KANTON AARGAU

Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017

Vom Grossen Rat beschlossen und genehmigt am
3. Dezember 2013

Inhaltsverzeichnis

Änderungen zum Budget 2014 und zu den Planjahren 2015–2017 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rats vom 26. November und 3. Dezember 2013

I. Übersicht Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017 **1**

Finanzierungsrechnung 1
Übersicht nach Steuergrössen 2
Übersicht Aufgabenbereiche 4
Finanzkennzahlen 11

II. Aufgabenbereichspläne **12**

Grosser Rat, Gerichte, Finanzkontrolle, Datenschutz

010 Grosser Rat 13
710 Rechtsprechung 17
810 Finanzaufsicht 21
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz 24

Regierungsrat

100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte 27

Staatskanzlei

120 Zentrale Stabsleistungen 33

Departement Volkswirtschaft und Inneres

210 Polizeiliche Sicherheit 38
215 Verkehrszulassung 43
225 Migration und Integration 49
230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration 56
235 Register und Personenstand 60
240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich 65
245 Standortförderung 71
250 Strafverfolgung 76
255 Straf- und Massnahmenvollzug 83

Departement Bildung, Kultur und Sport

310 Volksschule 89
315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten 101
320 Berufsbildung und Mittelschule 107
325 Hochschulen 116
335 Sport 122
340 Kultur 126

Departement Finanzen und Ressourcen

410 Finanzen 134
415 Statistik 142
420 Personal 145
425 Steuern 149
430 Immobilien 155
435 Informatik 164

440 Landwirtschaft 169

Departement Gesundheit und Soziales

510 Soziale Sicherheit 175
515 Betreuung Asylsuchende 180
520 Gesundheitsschutz 185
533 Verbraucherschutz 190
535 Gesundheitsversorgung 195
540 Militär und Bevölkerungsschutz 201
545 Sozialversicherungen 208

Departement Bau, Verkehr und Umwelt

605 Baubewilligung und Recht 210
610 Raumentwicklung 213
615 Energie 217
620 Umweltschutz 222
625 Umweltentwicklung 227
630 Umweltsanierung 233
635 Verkehrsangebot 236
640 Verkehrsinfrastruktur 241
645 Wald, Jagd und Fischerei 248

III. Stellenplan 253

Personalbestand in Vollzeitstellen 253
Aufgabenbereiche 253

IV. Erfolgs- und Investitionsrechnung (Artengliederung) 255

V. Funktionale Gliederung der Finanzierungsrechnung 262

VI. Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven 268

VII. Informationen und Erklärungen 270

Definitionen der Finanzkennzahlen 270
Aargauer Rechnungsmodell 271
Glossar 272
Abkürzungsverzeichnis 274

VIII. Übersicht Umschreibung der beschlossenen Globalkredite in Verpflichtungskredite 275

Änderungen zum Budget 2014 und zu den Planjahren 2015–2017 gemäss den Beschlüssen des Grossen Rats vom 26. November und 3. Dezember 2013

1. Ausgangslage

Der Regierungsrat unterbreitete dem Grossen Rat am 14. August 2013 mit Botschaft Nr. 13.170 den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2015–2017 mit Budget 2014. An seinen Sitzungen vom 26. November und 3. Dezember 2013 beschloss der Grosse Rat das Budget 2014 mit Änderungen bei verschiedenen Entwicklungsschwerpunkten, Zielen sowie Anpassungen im Finanzteil. Weiter genehmigte der Grosse Rat die Planjahre 2015–2017 und verlangte Änderungen für die Planjahre bei verschiedenen Zielen sowie Anpassungen im Finanzteil.

2. Umsetzung der Beschlüsse und der verlangten Änderungen

Die Beschlüsse des Grossen Rats zum Budget 2014 sowie die für die Planjahre 2015–2017 verlangten Änderungen sind in den vorliegenden Aufgabenbereichsplänen umgesetzt.

Die vom Regierungsrat beantragte durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne um 0,5 % im Budgetjahr 2014 hat der Grosse Rat abgelehnt. Dieser Lohnentscheid hat im Aufgabenteil punktuelle Anpassungen von Zielsystemen und Indikatoren zur Folge. Im Finanzteil hat der Verzicht auf die beantragte Lohnerhöhng sowohl im Budgetjahr 2014 wie auch in den Planjahren 2015–2017 finanzielle Auswirkungen auf das Verwaltungspersonal, die Lehrpersonen, die Gemeindebeiträge an die Lehrerlöhne sowie auf weitere kleinere Positionen.

Der durch den Grossen Rat steuerbare Aufgabenteil umfasst die Entwicklungsschwerpunkte mit den Massnahmen und die Ziele mit den Indikatoren. Insgesamt hat der Grosse Rat 14 Ziele und 3 Entwicklungsschwerpunkte geändert. Die entsprechenden Änderungen sind nachfolgend im Abschnitt 3. aufgeführt. Die beschlossenen Veränderungen des Budgets 2014 und der Planjahre 2015–2017 im Finanzteil sind in Kapitel 4 zusammenfassend dargestellt.

3. Änderungen im Aufgabenteil

Nachfolgend werden die durch den Grossen Rat beschlossenen Änderungen bei den Entwicklungsschwerpunkten und Zielen aufgeführt und optisch (durch Streichung bzw. Unterstreichung) hervorgehoben.

Gerichte Kanton Aargau

AB 710 Rechtsprechung

Ziel 710Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die hohe Qualität der Rechtsprechung wird gewahrt.								
01 Anzahl Entscheide Obergericht (OG)	Anzahl	3'325	3'100	3'300	3'400	3'500	3'600	◑
02 Ergriffene Rechtsmittel gegen Entscheide (OG)	Anzahl	364	362	425	435	445	455	◑
03 Bundesgerichtsentscheide	Anzahl	351	287	403	413	423	433	◑
04 Urteile durch Bundesgericht bestätigt	%	86.0	88.0	86.0	86.0	86.0	86.0	◑
05 Urteile durch Bundesgericht, die teilweise bestätigt werden	%	5.0	6.0	5.0	5.0	5.0	5.0	◑
06 Urteile durch Bundesgericht, die nicht bestätigt werden	%	9.0	6.0	9.0	9.0	9.0	9.0	◑

Wahrung der Rechtssicherheit durch hohe Akzeptanz der obergerichtlichen Entscheide.
01: Aufgrund der erwarteten Bevölkerungszunahme wird mit einem Anstieg der Fälle gerechnet.
02/03: Die erwartete Bevölkerungszunahme wird sich auch in diesem Bereich auswirken.
04: Es wird mit einer gleichbleibenden prozentualen Belastung gerechnet.
05: Es wird damit gerechnet, dass die Urteile weiterhin auf dem Niveau ~~2013~~ 2012 bestätigt werden.
06: Es wird damit gerechnet, dass die Zahl auf dem Niveau 2013 bleibt.

Staatskanzlei

AB 120 Zentrale Stabsleistungen

Ziel 120Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die kantonale Politik ist in interkantonalen, eidgenössischen und grenzüberschreitenden Gremien vertreten.								
01 Betreute Organe im Bereich Aussenbeziehungen (interkantonale und grenzüberschreitende Konferenzen und Organisationen)	Anzahl	18	18	17	17	16	~~15~~ 16	●
02 Vom Aargau eingenommene Präsidiums- und Vorstandssitze in interkantonalen und grenzüberschreitenden Gremien	Anzahl	9	8	7	7	7	6	◑

Departement Volkswirtschaft und Inneres

AB 225 Migration und Integration

225E001	Neuausrichtung der kantonalen Integrationsförderung gemäss den Bundesvorgaben im Rahmen von EKIM (Entwicklung kantonaler Integrationsprogramme und begleitende Massnahmen)
2011-2013	Erarbeitung des Integrationsprogramms zur Umsetzung des Förderprogramms des Bundes
~~ab~~ 2014-2017	Umsetzung der drei Pfeiler (Information und Beratung / Bildung und Arbeit / weitere)

Der Kredit für die Integrationspauschale für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (IP) und der Integrationskredit für Ausländerinnen und Ausländer werden zusammengelegt. Der Bund erhöht seinen Beitrag für die spezifische Integrationsförderung, und die Ausrichtung der Subventionen an die Kantone wird an umfassende kantonale Integrationsprogramme und eine Mitfinanzierung der Kantone gebunden.
Über das kantonale Integrationsprogramm des Kantons Aargau (KIP) und den entsprechenden Kredit wird der Grosse Rat im Laufe des Jahres 2013 befinden. ~~Ab~~ 2014-2017 erfolgt die Umsetzung des Programms. Der Bruttoaufwand von 28.535 Mio. Franken setzt sich zusammen aus einem Gesamtaufwand KIP von 28.144 Mio. Franken und Vorlaufkosten von 0.391 Mio. Franken. Als Nettoaufwand des Kantons verbleiben 4.939 Mio. Franken (4.618 Mio. KIP und 0.321 Mio. Vorlaufkosten).

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	28.54

AB 250 Strafverfolgung

Ziel 250Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Staatsanwaltschaften für die Bezirke: Die Strafverfahren werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebots durchgeführt.								
01 Anteil der erledigten Strafverfahren mit einer Verfahrensdauer bis 4 Monate (~kleine Verfahren; Minimalwert)	%	-	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	●
02 Anteil der erledigten Verfahren mit einer Verfahrensdauer zwischen 4 und 12 Monate (~mittlere Verfahren; Maximalwert)	%	-	20.0	20.0	20.0	20.0	20.0	◑
03 Anteil der erledigten Verfahren mit einer Verfahrensdauer über 12 Monate (~grosse Verfahren; Maximalwert)	%	-	25.0	25.0	25.0	25.0	25.0	◑
04 Hängige Verfahren mit einer Verfahrensdauer über 12 Monaten	Anzahl	-	400	400	450	500	550	◑
05 Anteil der hängigen Verfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten (Maximalwert)	%	-	10.0	~~10.0~~ 6.0	~~10.0~~ 6.0	~~10.0~~ 6.0	~~10.0~~ 6.0	◑

AB 255 Straf- und Massnahmenvollzug

Ziel 255Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die erfolgreiche Resozialisierung wird durch Schul- und Berufsabschlüsse gefördert.								
01 Anteil innert Jahresfrist absolvierter Abschlussprüfungen von Berufsvorbereitungsklasse-Schülern	%	100.0	86.0	~~63.0~~ 67.0	~~63.0~~ 67.0	~~63.0~~ 67.0	~~63.0~~ 67.0	◑
02 Anteil bestandener Abschlussprüfungen von Berufsvorbereitungsklasse-Schülern	%	100.0	100.0	75.0	75.0	75.0	75.0	◑
03 Anteil im letzten Ausbildungsjahr absolvierter Berufsabschlussprüfungen von Jugendlichen	%	100.0	100.0	67.0	67.0	67.0	67.0	◑
04 Anteil bestandener Berufsabschlussprüfungen von Jugendlichen	%	100.0	100.0	75.0	75.0	75.0	75.0	◑

Departement Bildung, Kultur und Sport

AB 310 Volksschule

Ziel 310Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Schülerinnen und Schüler durchlaufen die Volksschule erfolgreich und finden direkt eine Anschlusslösung.								
01 ~~Lernende durchlaufen die Volksschule in regulärer Laufzeit~~ Anteil Lernende mit regulärem Alter bei Schulaustritt	%	53	53	54	55	55	55	◑
04 Jugendliche treten nach der Volksschule direkt in eine weiterführende Ausbildung oder Mittelschule ein	%	83	83	84	85	85	85	◑
05 Erfolgreiche Fortsetzung der Schullaufbahn nach Besuch der regionalen Spezialklasse	%	89	60	75	75	75	75	◑
06 Schulausschlüsse bis 6 Wochen	Anzahl	68	70	70	70	70	70	◑
07 Schulausschlüsse über 6 Wochen	Anzahl	4	10	8	8	8	8	◑

AB 340 Kultur

Ziel 340Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das kreative Potenzial sowie die Vielfalt und Qualität des kulturellen Angebots im Kanton werden gefördert.								
01 Eingereichte Gesuche und Jurierungsanmeldungen Aargauer Kuratorium	Anzahl	693	800	700	700	700	700	○
02 Eingereichte Gesuche Swisslos-Fonds	Anzahl	254	240	255	255	255	255	○
03 Bewilligte Gesuche Aargauer Kuratorium	Anzahl	393	400	400	400	400	400	◑
04 Bewilligte Gesuche Swisslos-Fonds	Anzahl	146	140	150	150	150	150	●
12 Fördermittel des Kuratoriums für das aktuelle Kulturschaffen	1000 Fr.	-	6'200	~~6'300~~ 6'200	6'300	6'400	6'400	●
07 Vom Kuratorium geförderte Kulturkommissionen und -träger in den Gemeinden	Anzahl	35	47	35	35	35	35	◑
10 Leistungsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen des Kuratoriums und der Abteilung Kultur gemäss § 10 Kulturgesetz	Anzahl	17	19	18	18	19	19	●
13 Betriebsbeiträge für Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung gemäss § 10 Kulturgesetz	1000 Fr.	-	2'350	~~2'450~~ 2'350	2'450	2'700	2'700	●

Departement Finanzen und Ressourcen

AB 415 Statistik

Ziel 415Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die statistischen Daten werden effizient und termingerecht erhoben.								
01 Datenerhebungen im Auftrag des Bundes	Anzahl	12	11	12	12	12	13	○
02 Datenerhebungen im Auftrag des Regierungsrats	Anzahl	12	12	11	~~12~~ 11	~~12~~ 11	~~13~~ 11	●
03 Kantonale Register mit Administrativdaten, welche zur Verfügung stehen	Anzahl	-	-	3	3	3	3	○
04 Anteil eingehaltene Termine bei der Datenerhebung gemessen an der Gesamtzahl	%	-	-	95.0	95.0	95.0	95.0	●

AB 440 Landwirtschaft

Ziel 440Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Grundlagen für Strukturverbesserungen und Raumnutzung werden gefördert.								
01 Landwirtschaftliche Nutzfläche	Hektar	60'817	61'100	60'200	59'900	59'600	59'500	○
02 Entwicklung der Fruchtfolgefläche: Gesamtbilanz	Hektar	-	-	~~40'620~~ 40'580	~~40'610~~ 40'490	~~40'600~~ 40'485	~~40'590~~ 40'480	○
03 Zu beurteilende Geschäfte gemäss Boden-, Pacht- und Regulierungsrecht	Anzahl	2'333	2'300	2'300	2'300	2'300	2'300	○
04 Zur Beurteilung zugewiesene Baugesuche	Anzahl	-	-	950	950	950	950	○
05 Zur Beurteilung zugewiesene Geschäfte Verwaltungsinterne Konferenz (VIK)	Anzahl	-	-	150	150	150	150	○
Moderne Meliorationen								
06 Gemeinden mit Bedarf an Modernen Meliorationen	Anzahl	121	120	118	117	116	115	○
07 Laufende Vorplanungen für Moderne Meliorationen	Anzahl	-	3	3	2	2	2	◑

08	Laufende Meliorationsprojekte	Anzahl	-	6	6	7	7	7	◑
09	Jährliche Investitionen in Meliorationsprojekte (Brutto)	Mio. Fr.	10.0	10.0	3.0	3.3	4.5	4.5	◑
10	Jährliche Investitionen in Meliorationsprojekte (Kanton)	Mio. Fr.	-	-	1.0	1.1	1.5	1.5	◑
	Periodische Wiederinstandstellungen (PWI)								
11	Laufende PWI-Projekte	Anzahl	-	-	27	27	27	27	◑
12	Jährliche Investitionen in PWI-Projekte (Brutto)	Mio. Fr.	-	-	10.0	10.0	10.0	10.0	◑
13	Jährliche Investitionen in PWI-Projekte (Kanton)	Mio. Fr.	-	-	1.0	1.0	1.0	1.0	◑
	Darlehen durch die ALK								
14	Durch die ALK erteilte Investitionskredite und Darlehen	Anzahl	142	180	160	150	150	150	○
15	Summe der durch die ALK erteilten Investitionskredite und Darlehen	Mio. Fr.	20.0	21.0	19.0	18.0	18.0	18.0	○

Departement Gesundheit und Soziales

AB 515 Betreuung Asylsuchende

Ziel 515Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Zur Förderung von Tagesstrukturen der Asylsuchenden werden Kurse und Beschäftigungsprogramme angeboten.								
01 Personen in Deutsch- und Alphabetisierungskursen	Anzahl	433	450	420	420	420	420	●
02 Kinder in Einschulungsvorbereitungskursen (EVK)	Anzahl	196	120	190	190	190	190	●
03 Kinder in Kindergärten	Anzahl	-	-	70	70	70	70	●
04 Plätze für Beschäftigungsprogramme Asylwesen	Anzahl	115	115	115	115	115	115	●
05 Plätze für Integrationsprogramme	Anzahl	55	55	40	40	40	40	●
06 Bestellte Beschäftigungsprogrammtage	Tage	23'000	23'000	~~8'000~~ 23'000	~~8'000~~ 23'000	~~8'000~~ 23'000	~~8'000~~ 23'000	●
07 Präsenztage in Beschäftigungsprogrammen	Tage	14'379	13'000	~~14'000~~ 16'000	~~14'000~~ 21'000	~~14'000~~ 21'000	~~14'000~~ 21'000	◑

AB 520 Gesundheitsschutz

Ziel 520Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die rettungsdienstliche und amtsärztliche Versorgung ist sichergestellt.								
01 Quote der Rettungsdienste, die 15 Minuten nach Alarmeingang beim Patienten sind	%	~~164.0~~ 82.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
02 Amtsärzte	Anzahl	24	26	26	26	26	26	●
03 Fortbildungsveranstaltungen für Amtsärzte	Anzahl	2	2	2	2	2	2	●

AB 535 Gesundheitsversorgung

Ziel 535Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Der Aufwand der kantonalen Prämienverbilligung und der Anteil der Bezüger bleiben stabil.								
01 Personen mit Anspruch auf Prämienverbilligung	Anzahl	159'106	161'980	162'280	159'307	159'544	164'630	◑
02 Anteil Bezüger von Prämienverbilligung an der Gesamtbevölkerung	%	25.6	26.0	25.0	24.5	24.5	25.3	◑
03 Prozentsatz des massgeblichen Einkommens	%	11.0	11.0	11.0	~~11.0~~ 11.5	~~11.0~~ 11.5	~~11.0~~ 11.5	●
04 Richtprämie Prämienverbilligung für Erwachsene	Fr.	3'300	3'350	3'350	3'300	3'300	3'350	◑

05	Richtprämie Prämienverbilligung für Kinder	Fr.	950	950	950	950	950	1'000	◑
06	Kantonaler Aufwand für die Prämienverbilligung (ohne Aussenstände)	Mio. Fr.	268.8	280.0	282.1	284.1	297.4	314.5	●
07	Bundeszuschüsse für Prämienverbilligung	Mio. Fr.	165.1	170.0	175.2	180.8	186.5	192.3	○

Departement Bau, Umwelt und Verkehr

AB 610 Raumentwicklung

Ziel 610Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Strategien, Konzepte und Vorgaben zur Raumentwicklung sind auf die aktuellen Entwicklungen, Anforderungen und Zielsetzungen ausgerichtet.								
01 Abgeschlossene Richtplananpassungen pro Jahr (ohne Fortschreibung)	Anzahl	5	8	8	10	10	10	◑
02 Laufende Richtplanänderungs-Verfahren auf Antrag von Gemeinden, Replas, Privaten	Anzahl	13	8	10	5	5	5	◑
03 Laufende Entwicklungs- und Standortförderungsprojekte (z. B. Agglo-programme, ESP-Projekte, Umnutzungsprojekte, usw.)	Anzahl	22	30	30	30	30	30	◑
04 Einwohnerentwicklung pro Jahr	Anzahl	6'495	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000	○
05 Einwohnerentwicklung Agglomeration	Anzahl	4'980	4'500	4'500	4'500	4'500	4'500	○
06 Einwohnerentwicklung ländlicher Raum	Anzahl	1'515	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500	○
07 Jährliche Überbauungen von nicht überbauter Bauzonen	Hektar	131	120	120	120	120	120	○
08 Überbaute Bauzone pro Einwohner	m2	282	280	275	275	275	275	○
09 Entwicklung der Fruchtfolgefläche: Gesamtbilanz	Hektar	40'637	40'630	~~40'620~~ 40'580	~~40'610~~ 40'490	~~40'600~~ 40'485	~~40'590~~ 40'480	○

AB 615 Energie

Ziel 615Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Steigerung Energieeffizienz bei Grossverbrauchern.								
01 Erfasste Betriebsstätten	Anzahl	-	-	600	600	600	600	○
02 Betriebsstätten mit Zielvereinbarung	%	-	-	40.0	70.0	80.0	100.0	◑
03 ~~Reduktion Energieverbrauch~~ Durchschnittliche Reduktion des Energieverbrauchs im Vergleich zum Vorjahr	~~MWh/a~~ %	-	-	~~0~~ 2	~~0~~ 2	~~0~~ 2	~~0~~ 2	◑

AB 625 Umweltentwicklung

Ziel 625Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Artenvielfalt wird gefördert.								
01 Fläche wertvoller Lebensräume	Hektar	10'307	10'800	11'000	11'400	11'500	11'600	◑
02 Fläche mit Bewirtschaftungsvereinbarungen (6-Jahresverträge)	Hektar	4'504	4'350	~~4'600~~ 4'800	4'650 4'800	~~4'750~~ 4'800	4'800	●
04 Anteil der Verantwortungsarten mit Aktionsplan in Umsetzung	%	-	-	35.0	43.0	50.0	55.0	●
06 Gesamtaufwand der subventionierten Naturschutzprojekte von Gemeinden und Organisationen	1000 Fr.	1'930	1'600	1'650	1'700	1'800	1'900	◑
07 Biotopschutz-Index	Punkte	88.0	87.0	88.0	88.0	89.0	89.0	◑

08	Kessler-Index Kulturland	Punkte	101.0	102.0	102.0	103.0	103.0	104.0	◑
09	Kessler-Index Siedlungsgebiet	Punkte	-	-	74.0	75.0	77.0	80.0	◑

AB 635 Verkehrsangebot

635E001	**Mit der Limmattalbahn, Teil Aargau Killwangen-Dietikon, wird das Limmattal besser erschlossen.**
2010	Gründung der Aktiengesellschaft Limmattalbahn AG
2011	Vorprojekt (bewilligt vom Grossen Rat)
2011	Vorlage an den Grossen Rat: Bauprojektierung
2012	Einreichung des Agglomerationsprogramms beim Bund
2014	Vorlage an den Grossen Rat: Realisierung
2016	Baubeginn der Limmattalbahn
ab Ende 2019	Inbetriebnahme der Neubaustrecke (ggf. etappiert)

Realisieren des neuen strategischen öV-Infrastruktur-Projekts Limmattalbahn in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich. Die Limmattalbahn verbindet und erschliesst auf 13.4 km im aufstrebenden Limmattal zwischen Zürich-Altstetten und Killwangen die wachsenden Arbeitsplatz- und Wohngebiete.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2011-1398 vom 23.08.2011	Mio. Fr.	~~39.83~~
	Mio. Fr.	8.9

635E002	**S-Bahn Aargau 2016 ff. bildet mit dem Ausbau und Abstimmung der Infrastruktur die Grundlage für die Verbesserung des S-Bahn Angebotes im Aargau.**
2012	Studien und Vorprojekte
2013	Bauprojektierung/Auflageprojekte. Kreditbotschaft
2014	Realisierung bauliche Massnahmen
2018	Abschluss/Inbetriebnahme

Abgestimmt auf die Inbetriebnahme von grösseren ausserkantonalen Bahnbauwerken soll das S-Bahnangebot des Kantons Aargau schrittweise verbessert werden. Dies bedingt Anpassungen und Ausbauten bei Infrastrukturbauten, welche ab 2014 vorgenommen werden sollen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-2029 vom 03.07.2012 und GRB geplant	Mio. Fr.	~~3.60~~
	Mio. Fr.	39.83

4. Änderungen im Finanzteil

Der Finanzteil der Aufgabenbereichspläne besteht aus den Abschnitten D. (Finanzielle Steuergrössen), E. (Finanzierungsrechnung), F. (Übersicht LUAE), G. (Übersicht Verpflichtungskredite) und H. (Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen).

Die Beschlüsse des Grossen Rats zum Finanzteil sind in den Aufgabenbereichsplänen vollständig umgesetzt. Die finanziellen Auswirkungen der vom Grossen Rat im Aufgabenbereich 535 "Gesundheitsversorgung" beschlossene Erhöhung des Prozentsatzes des massgeblichen Einkommens für den Bezug von Prämienverbilligungen (Ziel 535Z001, Indikator 03) von 11,0 % auf 11,5 % ab dem Jahr 2015 werden mit dem AFP 2015–2018 umgesetzt. Hierfür sind zusätzliche Berechnungen anzustellen und insbesondere auch die nötige Abstimmung der geplanten und finanziell bereits berüchsichtigten Revision des EG KVG bzw. der Leistungsanalyse vorzunehmen. Die zur Umsetzung des Beschlusses nötige Dekretsänderung wird dem Grossen Rat im Jahr 2014 vorgelegt.

Die finanziellen Auswirkungen der Beschlüsse des Grossen Rats zum AFP 2014–2017 sind in nachfolgender Tabelle zusammenfassend dargestellt.

in Franken		**Bu 2014**	**Plan 2015**	**Plan 2016**	**Plan 2017**
Antrag Regierungsrat vom 14. August 2013: Saldo Finanzierungsrechnung		**-1'398'912**	**-143'054**	**-51'729**	**-648'318**
Beschlüsse Grosser Rat vom 26. November 2013 / 3. Dezember 2013					
Alle Aufgabenbereiche	Verzicht auf Erhöhung der Löhne im Budget 2014 (0 % statt wie beantragt 0,5 %)	-6'307'794	-6'202'462	-6'269'620	-6'265'335
	- Verwaltungspersonal	*-3'063'121*	*-3'051'388*	*-3'016'758*	*-3'000'462*
	- Lehrpersonen	*-4'978'800*	*-4'978'800*	*-4'977'200*	*-4'977'200*
	- Gemeindebeiträge Lehrpersonen	*1'411'300*	*1'506'300*	*1'410'900*	*1'399'600*
	- Übrige Anpassungen	*322'827*	*321'426*	*313'438*	*312'727*
010 Grosser Rat	Globalbudget: günstigere Bildschirmbeschaffung	-10'000			
340 Kultur	Globalbudget: Verzicht auf Erhöhung Fördermittel an Kuratorium	-100'000			
340 Kultur	Globalbudget: Verzicht auf Erhöhung Betriebsbeiträge gemäss § 10 Kulturgesetz	-100'000			
340 Kultur	Globalbudget: Kürzung archäologische Grabungen	-150'000			
415 Statistik	Globalbudget: Datenerhebungen im Auftrag des Regierungsrats		-25'000	-25'000	-50'000
510 Soziale Sicherheit	Globalbudget: Saldoneutrale Verschiebung mit AB 515	800'211	755'733	763'696	767'084
515 Betreuung Asylsuchende	Globalbudget: Saldoneutrale Verschiebung mit AB 510	-800'211	-755'733	-763'696	-767'084
535 Gesundheistversorgung	Globalbudget: Erhöhung Einkommenssatz Prämienverbilligung ab 2015 um 0,5 %	-	-	-	-
610 Raumentwicklung	Globalbudget: Reduktion	-100'000	-100'000	-100'000	-100'000
Total		**-6'767'794**	**-6'327'462**	**-6'394'620**	**-6'415'335**
Beschlüsse Grosser Rat: Saldo Finanzierungsrechnung		**-8'166'706**	**-6'470'516**	**-6'446'349**	**-7'063'653**

Anmerkungen: (+) Aufwand / Verschlechterung / (-) Ertrag / Verbesserung

I. Übersicht Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017

Finanzierungsrechnung

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbduget Saldo	**-**	**2'402**	**2'485**	**3.5%**	**2'455**	**2'492**	**2'536**
Globalbduget Aufwand	-	3'643	3'692	1.4%	3'710	3'755	3'824
Globalbduget Ertrag	-	-1'240	-1'206	-2.7%	-1'255	-1'263	-1'288
LUAE Saldo	**-**	**-2'450**	**-2'515**	**2.7%**	**-2'496**	**-2'519**	**-2'568**
LUAE Aufwand	-	1'218	1'323	8.6%	1'526	1'458	1'395
LUAE Ertrag	-	-3'668	-3'838	4.6%	-4'022	-3'978	-3'962
= Erfolgsrechnung Saldo	**-**	**-48**	**-30**	**-38.1%**	**-41**	**-27**	**-31**
- Abschreibungen*	**-**	**133**	**162**	**21.4%**	**201**	**267**	**250**
+ Investitionsrechnung Saldo	**-**	**179**	**183**	**2.3%**	**236**	**287**	**274**
Investitionsrechnung Aufwand	-	266	276	4.0%	372	408	370
Investitionsrechnung Ertrag	-	-87	-93	7.4%	-136	-121	-95
= Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-2**	**-8**	**294.7%**	**-6**	**-6**	**-7**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

Übersicht nach Steuergrössen

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	-	2'402	2'485	3.5%	2'455	2'492	2'536
Globalbudget Aufwand	-	3'643	3'692	1.4%	3'710	3'755	3'824
30 Personalaufwand	-	1'608	1'629	1.3%	1'619	1'632	1'659
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	297	299	0.8%	263	256	231
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	-		-	-	-
34 Finanzaufwand	-	0	0	0.0%	0	0	0
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	0	0	-58.3%	0	0	0
36 Transferaufwand	-	1'650	1'685	2.1%	1'743	1'784	1'849
37 Durchlaufende Beiträge	-	56	61	9.2%	66	66	66
38 Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-		-	-	-
39 Interne Verrechnungen	-	31	18	-42.9%	18	18	19
Globalbudget Ertrag	-	-1'240	-1'206	-2.7%	-1'255	-1'263	-1'288
40 Fiskalertrag	-	-0	-		-	-	-
41 Regalien und Konzessionen	-	-2	-2	-9.0%	-2	-2	-2
42 Entgelte	-	-215	-212	-1.2%	-213	-218	-216
43 Verschiedene Erträge	-	0	-0	∞%	-18	-27	-40
44 Finanzertrag	-	-21	-28	29.3%	-28	-28	-28
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-25	-1	-95.6%	-1	-3	-2
46 Transferertrag	-	-828	-838	1.2%	-852	-870	-890
47 Durchlaufende Beiträge	-	-56	-61	9.2%	-66	-66	-66
48 Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-		-	-	-
49 Interne Verrechnungen	-	-93	-65	-30.7%	-75	-49	-44
LUAE Saldo	-	-2'450	-2'515	2.7%	-2'496	-2'519	-2'568
LUAE Aufwand	-	1'218	1'323	8.6%	1'526	1'458	1'395
30 Personalaufwand	-	1	1	-26.7%	1	1	1
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	76	68	-10.7%	69	70	70
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	132	152	15.6%	187	249	228
34 Finanzaufwand	-	50	43	-14.2%	44	43	42
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	37	27	-26.6%	159	24	30
36 Transferaufwand	-	492	594	20.8%	621	645	610
37 Durchlaufende Beiträge	-	202	232	15.2%	211	212	200
38 Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-		-	-	-
39 Interne Verrechnungen	-	227	204	-9.9%	234	214	212
LUAE Ertrag	-	-3'668	-3'838	4.6%	-4'022	-3'978	-3'962
40 Fiskalertrag	-	-2'253	-2'300	2.1%	-2'348	-2'404	-2'475
41 Regalien und Konzessionen	-	-115	-116	0.9%	-281	-121	-121
42 Entgelte	-	-54	-54	-0.9%	-54	-54	-53
43 Verschiedene Erträge	-	-	-		-	-	-
44 Finanzertrag	-	-162	-164	1.3%	-164	-165	-168
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-74	-134	81.3%	-106	-145	-79
46 Transferertrag	-	-642	-680	5.8%	-681	-693	-678
47 Durchlaufende Beiträge	-	-202	-232	15.2%	-211	-212	-200
48 Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-		-	-	-
49 Interne Verrechnungen	-	-165	-158	-4.5%	-177	-183	-187
Investitionsrechnung Saldo	-	179	183	2.3%	236	287	274
Investitionsrechnung Aufwand	-	266	276	4.0%	372	408	370
50 Sachanlagen	-	249	250	0.5%	340	373	332

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	-	-	-		-	-	-
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	13	20	62.6%	24	27	31
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	4	6	35.5%	7	8	6
58 Ausserordentliche Investitionen	-	-	-		-	-	-
59 Übertrag an Bilanz	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Ertrag	-	-87	-93	7.4%	-136	-121	-95
60 Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	-	-8	-4	-46.9%	-3	-2	-2
61 Rückerstattungen	-	-	-		-	-	-
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-	-74	-83	11.7%	-125	-111	-87
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-4	-6	35.5%	-7	-8	-6
68 Ausserordentlicher Investitionsertrag	-	-	-		-	-	-
69 Übertrag an Bilanz	-	-	-		-	-	-

Übersicht Aufgabenbereiche

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
010 Grosser Rat							
Globalbudget Saldo	-	4'589	4'633	0.9%	4'542	4'574	4'588
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	4'589	4'633	0.9%	4'542	4'574	4'588
710 Rechtsprechung							
Globalbudget Saldo	-	53'273	49'354	-7.4%	49'302	48'382	49'018
LUAE Saldo	-	14'352	13'775	-4.0%	14'328	16'355	16'251
Investitionsrechnung Saldo	-	3'033	1'895	-37.5%	1'935	1'713	1'298
Finanzierungsrechnung Saldo	-	70'296	64'739	-7.9%	64'677	63'755	64'156
810 Finanzaufsicht							
Globalbudget Saldo	-	2'161	2'133	-1.3%	2'120	2'118	2'106
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	2'161	2'133	-1.3%	2'120	2'118	2'106
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz							
Globalbudget Saldo	-	556	554	-0.5%	551	555	556
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	556	554	-0.5%	551	555	556
100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte							
Globalbudget Saldo	-	47'622	46'616	-2.1%	-7'434	-31'918	-69'845
LUAE Saldo	-	441	382	-13.2%	2'658	2'372	2'548
Investitionsrechnung Saldo	-	1'503	554	-63.2%	240	240	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	49'288	47'274	-4.1%	-7'218	-31'710	-69'877
120 Zentrale Stabsleistungen							
Globalbudget Saldo	-	11'191	11'163	-0.3%	11'236	11'485	11'639
LUAE Saldo	-	544	406	-25.4%	70	143	323
Investitionsrechnung Saldo	-	717	256	-64.3%	232	116	37
Finanzierungsrechnung Saldo	-	11'828	11'319	-4.3%	11'368	11'472	11'546

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
210 Polizeiliche Sicherheit							
Globalbudget Saldo	-	74'377	76'423	2.7%	77'788	78'427	80'375
LUAE Saldo	-	1'262	838	-33.6%	869	2'855	3'174
Investitionsrechnung Saldo	-	3'438	3'549	3.2%	2'036	472	500
Finanzierungsrechnung Saldo	-	77'815	79'972	2.8%	79'824	78'899	80'875
215 Verkehrszulassung							
Globalbudget Saldo	-	-15'114	-16'134	6.7%	-16'359	-17'080	-16'639
LUAE Saldo	-	-1'482	-1'632	10.1%	-1'382	-1'382	-682
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	-16'596	-17'866	7.6%	-17'841	-18'562	-17'321
225 Migration und Integration							
Globalbudget Saldo	-	4'286	4'393	2.5%	5'061	4'897	5'150
LUAE Saldo	-	650	1'766	171.7%	1'766	1'766	650
Investitionsrechnung Saldo	-	58	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	4'995	5'043	1.0%	5'711	5'547	5'800
230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration							
Globalbudget Saldo	-	1'423	1'310	-7.9%	1'313	1'242	1'289
LUAE Saldo	-	9'250	10'750	16.2%	10'750	10'950	11'150
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	10'673	12'060	13.0%	12'063	12'192	12'439
235 Register und Personenstand							
Globalbudget Saldo	-	10'845	9'684	-10.7%	7'711	9'891	10'522
LUAE Saldo	-	-42'501	-43'002	1.2%	-43'250	-43'379	-43'379
Investitionsrechnung Saldo	-	20	-		690	660	660
Finanzierungsrechnung Saldo	-	-31'636	-33'317	5.3%	-34'849	-32'948	-32'317
240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich							
Globalbudget Saldo	-	3'078	2'335	-24.1%	2'280	2'324	2'332
LUAE Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	3'078	2'335	-24.1%	2'280	2'324	2'332
245 Standortförderung							
Globalbudget Saldo	-	3'578	3'556	-0.6%	3'333	3'298	3'341
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	3'578	3'556	-0.6%	3'333	3'298	3'341
250 Strafverfolgung							
Globalbudget Saldo	-	15'831	15'685	-0.9%	13'604	12'870	12'948
LUAE Saldo	-	-9'417	-10'291	9.3%	-10'291	-10'291	-10'381
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	6'324	5'304	-16.1%	3'223	2'489	2'567

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
255 Straf- und Massnahmenvollzug							
Globalbudget Saldo	-	24'956	27'218	9.1%	27'086	24'136	23'667
LUAE Saldo	-	22'408	22'999	2.6%	23'692	24'203	24'866
Investitionsrechnung Saldo	-	100	100	0.0%	140	75	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	47'176	50'218	6.4%	50'819	48'414	48'450
310 Volksschule							
Globalbudget Saldo	-	679'756	569'544	-16.2%	562'803	568'607	583'557
LUAE Saldo	-	-400	-400	0.0%	-400	1'156	1'156
Investitionsrechnung Saldo	-	270	1'172	334.1%	952	750	750
Finanzierungsrechnung Saldo	-	679'626	570'316	-16.1%	563'355	568'957	583'907
315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten							
Globalbudget Saldo	-	220'245	228'509	3.8%	233'613	238'913	244'813
LUAE Saldo	-	-20	-20	0.0%	-20	-20	-20
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	220'225	228'489	3.8%	233'593	238'893	244'793
320 Berufsbildung und Mittelschule							
Globalbudget Saldo	-	269'757	270'969	0.4%	272'455	273'289	274'782
LUAE Saldo	-	-21'670	-27'394	26.4%	-28'327	-26'169	-26'271
Investitionsrechnung Saldo	-	200	447	123.3%	494	2'832	3'000
Finanzierungsrechnung Saldo	-	248'087	243'575	-1.8%	244'129	247'120	248'511
325 Hochschulen							
Globalbudget Saldo	-	85'944	120'766	40.5%	115'575	117'789	119'887
LUAE Saldo	-	101'551	107'187	5.5%	111'811	116'571	121'122
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	20	50
Finanzierungsrechnung Saldo	-	187'496	227'953	21.6%	227'386	234'380	241'059
335 Sport							
Globalbudget Saldo	-	2'778	2'738	-1.5%	2'830	2'840	3'028
LUAE Saldo	-	-1	-1	0.0%	-1	-1	-1
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	2'778	2'737	-1.5%	2'829	2'839	3'028
340 Kultur							
Globalbudget Saldo	-	34'634	35'768	3.3%	35'138	36'688	37'823
LUAE Saldo	-	5'800	5'800	0.0%	5'800	5'911	5'911
Investitionsrechnung Saldo	-	1'028	93	-90.9%	199	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	41'462	41'661	0.5%	41'137	42'488	43'623

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
410 Finanzen							
Globalbudget Saldo	-	3'611	3'597	-0.4%	3'580	3'562	3'581
LUAE Saldo	-	-325'981	-372'348	14.2%	-339'437	-324'224	-314'660
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	-322'799	-369'181	14.4%	-335'858	-320'662	-311'079
415 Statistik							
Globalbudget Saldo	-	1'719	1'647	-4.2%	1'613	1'617	1'626
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	1'719	1'647	-4.2%	1'613	1'617	1'626
420 Personal							
Globalbudget Saldo	-	7'419	7'189	-3.1%	7'044	7'007	7'009
LUAE Saldo	-	-	-		480	480	480
Investitionsrechnung Saldo	-	394	214	-45.7%	-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	7'813	7'403	-5.2%	7'044	7'007	7'009
425 Steuern							
Globalbudget Saldo	-	26'860	26'517	-1.3%	27'081	26'979	26'954
LUAE Saldo	-	-2'253'677	-2'307'119	2.4%	-2'341'031	-2'398'342	-2'470'503
Investitionsrechnung Saldo	-	3'058	3'531	15.5%	3'295	3'330	3'385
Finanzierungsrechnung Saldo	-	-2'225'303	-2'278'662	2.4%	-2'312'384	-2'370'301	-2'444'221
430 Immobilien							
Globalbudget Saldo	-	26'274	14'524	-44.7%	16'779	22'233	22'616
LUAE Saldo	-	28'293	39'205	38.6%	38'806	36'586	34'403
Investitionsrechnung Saldo	-	47'833	31'850	-33.4%	60'039	52'247	55'459
Finanzierungsrechnung Saldo	-	80'014	61'283	-23.4%	91'442	88'819	92'130
435 Informatik							
Globalbudget Saldo	-	31'264	35'234	12.7%	35'169	35'316	35'402
LUAE Saldo	-	624	418	-33.0%	5'893	5'598	5'830
Investitionsrechnung Saldo	-	7'067	7'947	12.4%	3'260	2'191	3'492
Finanzierungsrechnung Saldo	-	38'331	43'181	12.7%	38'429	37'507	38'895
440 Landwirtschaft							
Globalbudget Saldo	-	10'199	10'864	6.5%	10'610	10'748	10'543
LUAE Saldo	-	881	1'040	18.0%	1'278	2'006	2'316
Investitionsrechnung Saldo	-	861	1'020	18.5%	1'258	1'986	2'296
Finanzierungsrechnung Saldo	-	11'060	11'884	7.5%	11'868	12'734	12'839

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
510 Soziale Sicherheit							
Globalbudget Saldo	-	31'549	28'035	-11.1%	27'647	27'695	28'420
LUAE Saldo	-	7'790	8'035	3.1%	8'035	8'035	8'035
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	39'339	36'070	-8.3%	35'682	35'730	36'455
515 Betreuung Asylsuchende							
Globalbudget Saldo	-	435	5'706	1'210.8%	5'122	4'702	5'136
LUAE Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	435	5'706	1'210.8%	5'122	4'702	5'136
520 Gesundheitsschutz							
Globalbudget Saldo	-	13'280	14'023	5.6%	13'919	13'968	16'016
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	13'280	14'023	5.6%	13'919	13'968	16'016
533 Verbraucherschutz							
Globalbudget Saldo	-	11'384	11'169	-1.9%	10'734	10'718	10'677
LUAE Saldo	-	-300	-223	-25.6%	-223	-223	-300
Investitionsrechnung Saldo	-	-	288		211	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	11'084	11'157	0.7%	10'645	10'418	10'377
535 Gesundheitsversorgung							
Globalbudget Saldo	-	505'631	664'097	31.3%	693'718	735'042	781'327
LUAE Saldo	-	-32'100	-34'100	6.2%	-34'100	-34'100	-34'100
Investitionsrechnung Saldo	-	400	400	0.0%	400	400	400
Finanzierungsrechnung Saldo	-	473'531	629'997	33.0%	659'618	700'942	747'227
540 Militär und Bevölkerungsschutz							
Globalbudget Saldo	-	6'062	5'831	-3.8%	5'389	5'291	5'377
LUAE Saldo	-	-2'527	-2'417	-4.4%	-2'415	-2'415	-2'415
Investitionsrechnung Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0
Finanzierungsrechnung Saldo	-	3'536	3'414	-3.4%	2'974	2'876	2'963
545 Sozialversicherungen							
Globalbudget Saldo	-	-	-		-	-	-
LUAE Saldo	-	144'160	157'260	9.1%	162'710	168'033	174'090
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	144'160	157'260	9.1%	162'710	168'033	174'090

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
605 Baubewilligung und Recht							
Globalbudget Saldo	-	2'072	1'534	-26.0%	1'510	1'503	1'529
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	2'072	1'534	-26.0%	1'510	1'503	1'529
610 Raumentwicklung							
Globalbudget Saldo	-	6'634	7'247	9.2%	6'636	6'793	6'106
LUAE Saldo	-	-	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	6'634	7'247	9.2%	6'636	6'793	6'106
615 Energie							
Globalbudget Saldo	-	7'075	7'753	9.6%	8'160	8'547	8'540
LUAE Saldo	-	-47'560	-47'760	0.4%	-52'290	-52'290	-52'290
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	-40'485	-40'007	-1.2%	-44'130	-43'743	-43'750
620 Umweltschutz							
Globalbudget Saldo	-	9'032	8'902	-1.4%	8'862	8'454	8'061
LUAE Saldo	-	-11'267	-11'588	2.9%	-11'570	-11'480	-11'411
Investitionsrechnung Saldo	-	400	500	25.0%	500	500	500
Finanzierungsrechnung Saldo	-	-2'028	-2'448	20.7%	-2'539	-2'856	-3'249
625 Umweltentwicklung							
Globalbudget Saldo	-	16'204	15'396	-5.0%	14'976	14'885	14'377
LUAE Saldo	-	3'364	7'390	119.7%	10'397	14'174	13'827
Investitionsrechnung Saldo	-	9'446	8'806	-6.8%	11'823	15'610	15'274
Finanzierungsrechnung Saldo	-	24'200	22'742	-6.0%	25'330	29'015	28'161
630 Umweltsanierung							
Globalbudget Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0
LUAE Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0
Investitionsrechnung Saldo	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0
635 Verkehrsangebot							
Globalbudget Saldo	-	89'088	87'506	-1.8%	91'538	94'562	98'043
LUAE Saldo	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Investitionsrechnung Saldo	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Finanzierungsrechnung Saldo	-	98'651	104'256	5.7%	110'938	112'498	120'624
640 Verkehrsinfrastruktur							
Globalbudget Saldo	-	52'219	50'845	-2.6%	50'146	50'038	50'022
LUAE Saldo	-	-52'219	-50'845	-2.6%	-50'146	-50'038	-50'022
Investitionsrechnung Saldo	-	89'256	103'862	16.4%	128'933	185'394	164'771
Finanzierungsrechnung Saldo	-	0	0	0.0%	0	0	0

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
645 Wald, Jagd und Fischerei							
Globalbudget Saldo	-	8'441	10'641	26.1%	9'928	9'410	9'896
LUAE Saldo	-	103	58	-43.8%	58	56	56
Investitionsrechnung Saldo	-	450	-		-	450	-
Finanzierungsrechnung Saldo	-	8'891	10'641	19.7%	9'928	9'860	9'896

Finanzkennzahlen

	2008	2009	2010	2011	2012	2013 Budget	2014 Budget	2015 Plan	2016 Plan	2017 Plan
Nettoschuld pro Einwohner	-	-	-	-	-	576.0	705.0	591.0	744.0	785.0

Die Nettoschuld pro Einwohner zeigt die Pro-Kopf-Verschuldung nach Abzug des Finanzvermögens.

Investitionsanteil	-	-	-	-	-	6.0	6.0	7.8	8.4	7.6

Diese Kennzahl zeigt die Aktivitäten bei den Investitionen auf. Diese Kennzahl zeigt die Aktivitäten bei den Investitionen auf.

Kapitaldienstanteil	-	-	-	-	-	4.0	4.6	5.2	6.6	6.1

Diese Kennzahl ist ein Mass für die Belastung des Haushaltes durch Kapitalkosten. Der Kapitaldienstanteil gibt Auskunft darüber, wie stark der Laufende Ertrag durch den Zinsendienst und die Abschreibungen (= Kapitaldienst) belastet ist, wobei ein hoher Anteil auf einen enger werdenden finanziellen Spielraum hinweist.

Nettoverschuldungsquote	-	-	-	-	-	1.0	1.2	1.0	1.2	1.3

Die Nettoverschuldungsquote zeigt das Fremdkapital und die Verpflichtungen für Spezialfinanzierungen abzüglich Finanzvermögen, Darlehen und Beteiligungen, Spezialfinanzierungen in Prozent des BIP Aargau.

Nettoverschuldungsquotient	-	-	-	-	-	16.3	19.8	16.5	20.5	21.3

Der Nettoverschuldungsquotient gibt an, welcher Anteil der Fiskalerträge erforderlich wäre, um die Nettoschulden abzutragen.

Selbstfinanzierungsgrad	-	-	-	-	-	73.6	52.4	129.5	63.1	87.8

Diese Kennzahl zeigt auf, inwieweit Investitionen aus selbsterarbeiteten Mitteln bezahlt werden können. Ein Selbstfinanzierungsgrad von 100% entspricht dabei einer vollständigen Finanzierung der Nettoinvestitionen durch eigene Mittel. Aufgrund der kumulierten Werte über mehrere Jahre lässt sich erkennen, inwieweit die Investitionen selbst- oder fremdfinanziert sind.

Staatsquote	12.1	11.9	11.9	12.0	12.3	12.1	12.1	12.0	11.9	11.5

Die Staatsquote misst die Ausgaben (bereiniger Aufwand) des Kantons in Prozent des BIP Aargau.

Steuerquote	6.5	6.0	5.9	6.1	6.0	5.8	5.8	5.7	5.6	5.6

Die Steuerquote zeigt den Anteil der Steuern auf Einkommen und Vermögen in Prozent des BIP Aargau.

Zinsbelastungsanteil	-	-	-	-	-	0.7	0.8	0.7	0.7	0.6

Der Zinsbelastungsanteil sagt aus, welcher Anteil der verfügbaren Erträge durch den Zinsaufwand gebunden ist. Je grösser der Zinsbelastungsanteil, desto kleiner ist der Handlungsspielraum für den Kanton.

Anmerkung: Mit der Umstellung der Rechnungslegung im Jahr 2014 verändern sich die Berechnungsgrundlagen der Kennzahlen massgeblich. Der Kennzahlenvergleich zwischen den Jahren 2014 bis 2017 resp. dem umgeschriebenen Budget 2013 mit den Vorjahren ist mit Ausnahme der Staats- und Steuerquote daher nicht möglich.

II. Aufgabenbereichspläne

Aufgabenbereich 010: Grosser Rat

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Grosse Rat ist die gesetzgebende und die oberste Aufsicht führende Behörde des Kantons. Er besteht aus 140 Mitgliedern. Der Parlamentsdienst stellt die Administration und die Protokollführung für einen reibungslos funktionierenden Parlamentsbetrieb des Grossen Rats sicher. Im Weiteren informiert der Parlamentsdienst die Öffentlichkeit über die Arbeit des Grossen Rats. Als Grundlage für die Tätigkeiten des Parlamentsdiensts gelten die Bestimmungen des Geschäftsverkehrsgesetzes und der Geschäftsordnung. Die Aufgaben sind in § 39 der Geschäftsordnung geregelt.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Organisation
Grosser Rat: Mit Beginn der Legislaturperiode 2013-2016 hat der Grosse Rat eine neue grossrätliche Kommission gebildet - die Einbürgerungskommission. Sie übernimmt die Behandlung der Einbürgerungsgesuche, welche bislang von der Kommission für Justiz geprüft wurden. Der Grosse Rat verfügt mit dieser Änderung neu über 10 ständige Kommissionen.

Der Parlamentsdienst umfasst die Bereiche "Ratssekretariat" (zuständig für Plenum, Präsidium, Büro, Präsidentenkonferenz), "Kommissionsdienst" (zuständig für die Kommissionen) und "Hausdienst" (zuständig für die Bewirtschaftung des Grossratsgebäudes). Damit die unterschiedlichen Auslastungen und grossen Spitzen in der Sitzungstätigkeit bewältigt werden können, arbeiten die meisten Mitarbeitenden des Parlamentsdiensts in Jahresarbeitszeit und/oder mit flexiblen Teilzeitpensen.
Parlamentsdienst und Staatskanzlei pflegen im Rahmen einer Leistungsvereinbarung eine enge Zusammenarbeit: Der Parlamentsdienst bezieht Leistungen in den Bereichen Personal- und Rechnungswesen, Weibeldienst, Informatik, zentrale Dienste, Rechtsdienst und Kommunikation bei der Staatskanzlei. Die Staatskanzlei bezieht Leistungen des Hausdiensts beim Parlamentsdienst.

Umfeldentwicklungen
Erstmals beginnt am 1. Januar 2014 ein mit dem Kalenderjahr übereinstimmendes Amtsjahr.
Die Inkraftsetzung der geplanten Revision des Geschäftsverkehrsgesetzes ist auf den 1. Januar 2015 vorgesehen. Die entsprechenden Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten werden somit im Jahr 2014 anfallen.
Die Erwartungen an den elektronischen Informationsaustausch und an die Unterstützung des Rats und der Ratsmitglieder im Bereich der modernen Kommunikationsmittel nehmen laufend zu. Gleichzeitig wird erwartet, dass die Zustellung von Unterlagen in Papierform beibehalten wird. Das Büro des Grossen Rats hat den Parlamentsdienst beauftragt, die Nutzung der elektronischen Mittel (Internetauftritt GR, Kommunikationsplattform GRAGnet, elektronische Zustellung) zu fördern.
Die Saaltechnik im Grossratssaal wurde im Jahr 2005 eingebaut. Einzelne Komponenten müssen in den nächsten Jahren kontinuierlich ersetzt werden. Das Grossbilddisplay soll 2014 ersetzt werden.

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 010Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Parlamentsdienst gewährleistet einen funktionierenden Ratsbetrieb und ist für die effiziente Vor- und Nachbereitung der Sitzungen verantwortlich.								
Sitzungen Grossrat								
01 Grossratssitzungen	Anzahl	33	49	49	49	49	49	◑
02 Anteil der fristgerechten Zustellung der Traktandenliste (4 Tage vor GR-Sitzung)	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	◑
03 Nichteinhalten der Karenzfrist für die Geschäftsberatung mit Zustimmung des Büros (17 Tage vor Beratung)	Anzahl	-	2	2	2	2	2	◑
04 Anteil der korrekt ausbezahlten Sitzungsgelder	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	●
Erledigte Geschäfte								
05 Erledigte Traktanden gemäss GR-Protokoll	Anzahl	577	600	600	600	600	600	◑
06 Erledigte parlamentarische Vorstösse: Total	Anzahl	421	200	330	330	330	330	◑
07 Erledigte Aufträge	Anzahl	38	10	20	20	20	20	◑
08 Erledigte Motionen	Anzahl	47	30	40	40	40	40	◑
09 Erledigte Postulate	Anzahl	113	30	80	80	80	80	◑
10 Erledigte Interpellationen	Anzahl	222	125	185	185	185	185	◑
11 Erledigte Anträge auf Direktbeschluss	Anzahl	1	5	5	5	5	5	◑
12 Erledigte parlamentarische Initiativen	Anzahl	0	0	0	0	0	0	◑
13 Erledigte Sachvorlagen (Geschäfte)	Anzahl	112	110	110	110	110	110	◑
14 Hängige Geschäfte	Anzahl	70	85	85	85	85	85	◑
Publikation Beschlüsse								
15 Durchschnittliche Arbeitstage bis zur Publikation des Wortprotokolls im Internet	Anzahl	9	10	10	10	10	10	●
16 Anteil der innerhalb von 1.5 Stunden nach der Ratssitzung publizierten Abstimmungslisten	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	●
17 Anteil der ausgefertigten GR-Beschlüsse innerhalb 7 Wochentagen	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	●

06: Die Indikatoren 07 - 12 wurden aufgrund von Erfahrungswerten der Vorjahre angepasst.

Ziel 010Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die grossrätlichen Organe Büro, Präsidentenkonferenz und Kommissionen werden vom Parlamentsdienst administrativ und organisatorisch entlastet.								
01 Bürositzungen (Ratsleitung)	Anzahl	6	8	8	8	8	8	●
02 Präsidentenkonferenz	Anzahl	2	4	4	4	4	4	●
03 Kommissionssitzungen: Total Seitenzahl der Protokolle	Anzahl	1'689	2'100	2'100	2'100	2'100	2'100	◑
04 Kommissionssitzungen: Gesamtdauer in Stunden	Stunden	256	360	360	360	360	360	◑
05 Durchschnittliche Arbeitstage bis zur Abgabe des Protokollentwurfs an das Kommissionspräsidium	Anzahl	5	10	10	10	10	10	●
06 Herausgegebene Medienmitteilungen	Anzahl	39	40	40	40	40	40	●
07 Publikationsquote der Medienmitteilungen	%	70.7	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	◑

04: Der Jahreswert 2012 wurde aufgrund eines Rechenfehlers korrigiert (neu 256 anstelle 234).

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**4'589**	**4'633**	**0.9%**	**4'542**	**4'574**	**4'588**
Globalbudget Aufwand	**-**	**4'625**	**4'669**	**0.9%**	**4'577**	**4'608**	**4'621**
30 Personalaufwand	-	3'583	3'583	0.0%	3'572	3'573	3'571
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	756	829	9.7%	749	779	794
36 Transferaufwand	-	286	256	-10.5%	256	256	256
Globalbudget Ertrag	**-**	**-36**	**-36**	**0.0%**	**-35**	**-34**	**-33**
42 Entgelte	-	-36	-36	0.0%	-35	-34	-33
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Der hauptsächlichste Grund für die Erhöhung des Sachaufwands ist, weil 2014 die rund zehn Jahre alte Saaltechnik (Grossbildschirm) teilweise ersetzt und verbessert wird.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**4'589**	**4'633**	**0.9%**	**4'542**	**4'574**	**4'588**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**4'589**	**4'633**	**0.9%**	**4'542**	**4'574**	**4'588**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**51**	**40**	**-21.7%**	**40**	**40**	**-**
	VK-Globalbudget	-	51	40	-21.7%	40	40	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Büro GR	**Saldo**	**-**	**51**	**40**	**-21.7%**	**40**	**40**	**-**
	Aufwand	-	51	40	-21.7%	40	40	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**7.73**	**8.50**	**8.60**	**1.2%**	**8.60**	**8.60**	**8.60**
Ordentliche Stellen	7.73	8.50	8.60	1.2%	8.60	8.60	8.60
Fremdfinanzierte Stellen	0	-	0		0	0	0
Projektstellen	0	-	0		0	0	0

Die Stellenprozente der stellvertretenden Ratssekretärin/Leiterin Kommissionsdienst resp. des stellvertretenden Ratssekretärs/Leiter Parlamentsdienst werden von 90 % auf 100 % angehoben.

Aufgabenbereich 710: Rechtsprechung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Gewährleisten sach- und rechtsrichtiger sowie zeitgerechter Beurteilung von Streitigkeiten durch die Gerichte sowie Beaufsichtigen der Geschäftsführung der Bezirksgerichte, der Friedensrichter sowie der zuständigen Stellen gemäss Schuldbetreibungs- und Konkursrecht; Disziplinaraufsicht über die Anwälte und Erteilen der Fähigkeitsausweise sowie Durchführung von Konkursverfahren.

Zuständige Kommission
Kommission für Justiz (JUS)

Leistungsgruppen
LG 710.05 Rechtsprechung des Justizgerichts
LG 710.10 Rechtsprechung des Obergerichts
LG 710.20 Rechtsprechung des Spezialverwaltungsgerichts
LG 710.21 Rechtsprechung Schlichtungsstelle für Gleichstellung
LG 710.25 Rechtsprechung Zwangsmassnahmengericht
LG 710.30 Rechtsprechung der Bezirksgerichte
LG 710.32 Rechtsprechung Schlichtungsstelle für Miete und Pacht
LG 710.40 Rechtsprechung der Friedensrichter
LG 710.50 Verfahren des Konkursamts
LG 710.60 Aufsichtsverfahren/Fähigkeitsausweise

Organisation
Umsetzung des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG; SAR 155.200).

Umfeldentwicklung
Im Januar 2013 wurden an den Bezirksgerichten die Familiengerichtsabteilungen eingeführt und die Mietschlichtungsstellen (CH ZPO) angegliedert. Beim Verwaltungsgericht erfolgte die Integration von Teilen der Spezialverwaltungsgerichte (Rekursgericht im Ausländerrecht, Landwirtschaftliche Rekurskommission, Personalrekursgericht). Weiter wurde beim Spezialverwaltungsgericht die Schlichtungsstelle für Gleichstellungsfragen angegliedert. Die Justizleitung als neue Führungsstruktur, ist seit dem 1. Januar 2013 tätig. Mehraufwand zu erwarten ist insbesondere beim Verwaltungsgericht durch das bis 2016 beschlossene Massnahmenpaket Crime Stop.

Risiken
Die prognostizierte Bevölkerungszunahme könnte sich bei den Gerichten mit einem Fallanstieg auswirken.

Auswirkungen
Eine weitere Beschleunigung der Verfahren wäre nur mit zusätzlichen Ressourcen möglich.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

710E001	Umsetzung des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts
2012	Bereitstellung der Infrastruktur
2012	Schulung des Personals
2013 - 2015	Anpassung der bestehenden vormundschaftlichen Massnahmen an das neue Erwachsenenschutzrecht

Am 1. Januar 2013 wurde der Betrieb der Familiengerichte aufgenommen. Die Anzahl der übernommenen ca. 9'000 laufenden sowie der neuen Verfahren für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden bedeuten eine grosse Herausforderung. Die durch den Grossen Rat zur Verfügung gestellten Mittel werden vollumfänglich ausgeschöpft.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	6.69

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◐ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 710Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die vorliegenden Fälle werden speditiv bearbeitet.								
01 Jährliche Falleingänge Gerichte	Anzahl	27'409	33'500	34'000	34'500	35'000	35'315	○
02 Jährliche erledigte Fälle Gerichte	Anzahl	27'135	33'330	33'830	34'330	34'840	35'268	◐
03 Pendente Fälle per 31.12. Gerichte	Anzahl	8'827	11'170	11'340	11'510	11'670	11'717	◐
04 Pendente Fälle per 31.12. Gerichte in % der Falleingänge	%	32.2	33.3	33.4	33.4	33.3	33.2	◐

Wahrung des Rechtsfriedens durch rasche Fallbearbeitung.
01/03: Die anhaltende Bevölkerungszunahme sowie Gesetzesänderungen wirken sich bei den Gerichten in einem Fallanstieg aus. Der Anstieg der eingegangenen, erledigten und pendenten Fälle ist auf die Einführung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts per 1.1.2013 zurückzuführen.
02: Die Fallerledigung hängt von der Anzahl Falleingänge und der Komplexität der Fälle ab. Die Fallanzahl wird ohne die Testamtensrückzüge ausgewiesen.
04: Die pendenten Fälle liegen bei einem Drittel der jährlichen Falleingänge.

Ziel 710Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Bewirtschaftung der amtlichen Honorare und unentgeltlichen Rechtspflege ist effizient.								
01 Amtliche Honorare und unentgeltliche Rechtspflege	Fr.	10'496'400	10'590'000	10'640'000	10'710'000	10'780'000	10'860'000	○
02 Rückforderung aus unentgeltlicher Rechtspflege und Verlustscheinen	Fr.	2'780'700	2'600'000	2'700'000	2'800'000	2'900'000	3'000'000	◑
03 Nicht beeinflussbare Abschreibungen Debitoren (zu Lasten Staat, Vormerkungen aus unentgeltlicher Rechtspflege)	Fr.	2'423'500	3'500'000	3'600'000	3'650'000	3'700'000	3'760'000	○

01: Die Entwicklung der amtlichen Honorare und die unentgeltliche Rechtspflege sind schwer zu budgetieren. Aufgrund der erwarteten Bevölkerungszunahme wird mit einem leichten Anstieg pro Jahr gerechnet.
02: Die Ergebnisse der Rückforderungen werden auf hohem Niveau gehalten. Die zusätzlichen Ressourcen dienen der intensiveren Bewirtschaftung.
03: Eine Zunahme der Bevölkerung wirkt sich auch auf die Aufwendungen für die Abschreibungen von Debitoren aus.

Ziel 710Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die hohe Qualität der Rechtsprechung wird gewahrt.								
01 Anzahl Entscheide Obergericht (OG)	Anzahl	3'325	3'100	3'300	3'400	3'500	3'600	◑
02 Ergriffene Rechtsmittel gegen Entscheide (OG)	Anzahl	364	362	425	435	445	455	◑
03 Bundesgerichtsentscheide	Anzahl	351	287	403	413	423	433	◑
04 Urteile durch Bundesgericht bestätigt	%	86.0	88.0	86.0	86.0	86.0	86.0	◑
05 Urteile durch Bundesgericht, die teilweise bestätigt werden	%	5.0	6.0	5.0	5.0	5.0	5.0	◑
06 Urteile durch Bundesgericht, die nicht bestätigt werden	%	9.0	6.0	9.0	9.0	9.0	9.0	◑

Wahrung der Rechtssicherheit durch hohe Akzeptanz der obergerichtlichen Entscheide.
01: Aufgrund der erwarteten Bevölkerungszunahme wird mit einem Anstieg der Fälle gerechnet.
02/03: Die erwartete Bevölkerungszunahme wird sich auch in diesem Bereich auswirken.
04: Es wird mit einer gleichbleibenden prozentualen Belastung gerechnet.
05: Es wird damit gerechnet, dass die Urteile weiterhin auf dem Niveau 2012 bestätigt werden.
06: Es wird damit gerechnet, dass die Zahl auf dem Niveau 2013 bleibt.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**53'273**	**49'354**	**-7.4%**	**49'302**	**48'382**	**49'018**
Globalbudget Aufwand	**-**	**73'946**	**70'519**	**-4.6%**	**70'814**	**70'267**	**71'172**
30 Personalaufwand	-	63'489	61'723	-2.8%	61'944	61'308	62'149
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	10'443	8'781	-15.9%	8'855	8'944	9'008
36 Transferaufwand	-	14	15	7.1%	15	15	15
Globalbudget Ertrag	**-**	**-20'673**	**-21'165**	**2.4%**	**-21'511**	**-21'886**	**-22'154**
42 Entgelte	-	-20'322	-20'487	0.8%	-20'833	-21'206	-21'474
43 Verschiedene Erträge	-	-	-80		-80	-80	-80
44 Finanzertrag	-	-50	-49	-2.6%	-49	-50	-50
46 Transferertrag	-	-301	-550	82.7%	-550	-550	-550
LUAE Saldo	**-**	**14'352**	**13'775**	**-4.0%**	**14'328**	**16'355**	**16'251**
LUAE Aufwand	**-**	**15'852**	**14'990**	**-5.4%**	**15'623**	**17'670**	**17'586**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	15'490	14'705	-5.1%	14'735	14'975	15'175
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	362	285	-21.4%	888	2'695	2'411
LUAE Ertrag	**-**	**-1'500**	**-1'215**	**-19.0%**	**-1'295**	**-1'315**	**-1'335**
42 Entgelte	-	-1'500	-1'215	-19.0%	-1'295	-1'315	-1'335
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**3'033**	**1'895**	**-37.5%**	**1'935**	**1'713**	**1'298**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**3'033**	**1'895**	**-37.5%**	**1'935**	**1'713**	**1'298**
50 Sachanlagen	-	3'033	1'895	-37.5%	1'935	1'713	1'298
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Nach der Umsetzung des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) und des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) per 1.1.2013 wird mit keinen signifikanten Fallzunahmen als Folge von Veränderungen in den Jahren 2014 bis 2017 gerechnet, sofern diese nicht vorhersehbar sind. Der Personalaufwand verändert sich (ausser im Jahr 2016 infolge Wegfall von Projektstellen) leicht nach oben aufgrund der erwarteten Teuerung. Gegenüber dem Jahr 2013 ist er infolge Wegfalls von Projektstellen per 31.12.2013 tiefer. Beim Sachaufwand wird ebenso mit einem leichten Anstieg gerechnet. Bei den Einnahmen wird mit einem leichten Anstieg gerechnet, bedingt durch erwartete Bevölkerungszunahme.

LUAE

Die Entwicklung der Partei- und Prozesskostenentschädigung, der amtlichen Honorare und unentgeltlichen Rechtspflege sowie der Abschreibungen Debitoren ist schwer abschätzbar, da die Auswirkung des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts nicht bekannt sind und die Veränderungen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umfeld nicht prognostizierbar sind.

Investitionsrechnung

Das Projekt Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) wird im Jahr 2014 und in den Folgejahren weiter umgesetzt. Weitere Informatikprojekte wie die Zentralisierung der Serverinfrastruktur sowie die Betreibungssoftware werden fortgesetzt.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**67'625**	**63'129**	**-6.6%**	**63'630**	**64'737**	**65'269**
- Abschreibungen*	-	362	285	-21.4%	888	2'695	2'411
+ Nettoinvestitionen	-	3'033	1'895	-37.5%	1'935	1'713	1'298
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**70'296**	**64'739**	**-7.9%**	**64'677**	**63'755**	**64'156**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Unentgeltliche Rechtspflege							
Saldo	**-**	**6'310**	**6'090**	**-3.5%**	**6'120**	**6'180**	**6'210**
Total Aufwand	-	6'310	6'090	-3.5%	6'120	6'180	6'210
Amtliche Honorare und unentgeltliche Rechtspflege	-	6'310	6'090	-3.5%	6'120	6'180	6'210
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**3'400**	**2'164**	**-36.4%**	**2'205**	**1'984**	**1'570**
	VK-Globalbudget	-	368	369	0.3%	370	371	372
	VK-Investitionsrechnung	-	3'033	1'795	-40.8%	1'835	1'613	1'198
Kreditkompetenz Justizleitung	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'918**	**971**	**-49.4%**	**609**	**445**	**372**
	Aufwand	-	1'918	971	-49.4%	609	445	372
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'482**	**1'193**	**-19.5%**	**1'596**	**1'539**	**1'198**
	Aufwand	-	1'482	1'193	-19.5%	1'596	1'539	1'198
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

Die Umsetzung für das Kindes- und Erwachsenenschutzgesetz wird im 2014 und Folgejahre weitergeführt.

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR)									
VK, einmaliger Aufwand	23.08.2011	6'685	6'685	3'410	1'193	1'596	1'539	1'198	-2'116

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**286.21**	**378.49**	**378.59**	**0.0%**	**383.59**	**381.09**	**379.49**
Ordentliche Stellen	285.27	364.99	364.99	0.0%	369.99	369.99	369.99
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	0.94	13.50	13.60	0.7%	13.60	11.10	9.50

Aufgabenbereich 810: Finanzaufsicht

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Gemäss dem Gesetz über die Finanzkontrolle (GFK; SAR 612.200) gewährleistet der Aufgabenbereich als oberstes Fachorgan der Finanzaufsicht eine unabhängige Überprüfung des kantonalen Finanzhaushalts und ist in seiner Tätigkeit nur Verfassung und Gesetz verpflichtet. Im Zentrum steht die Kontrolle der Haushaltsführung auf Ordnungsmässigkeit, Rechtmässigkeit, Zweckmässigkeit, Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit sowie Wirksamkeit.
Der Aufgabenbereich ist verantwortlich für die Revision des Jahresberichts mit Jahresrechnung und separaten Revisionsstellenmandaten. Ebenso führt er Revisionen im Auftrag des Grossen Rats, des Regierungsrats, der Departemente, der Gerichte und der Staatskanzlei durch.

Zuständige Kommission
Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF)

Organisation
Administrativ ist der Aufgabenbereich dem Departement Finanzen und Ressourcen beigeordnet.

Umfeld
Das neue Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (nGAF) ist seit August 2013 in Kraft. Da die Prüfungen des Aufgabenbereichs zu einem grossen Teil auf diesen Regelungen basieren, werden sie dessen Arbeitsumfeld wesentlich beeinflussen. Zusätzlich wird sich der Prüfungsumfang durch zwei neue Aufgabenbereiche erweitern. Eine gewichtige Veränderung bedeutet insbesondere auch das Redesign von SAP (RESAP) samt Einführung des Kontenplans nach HRM2.

Risiken
Durch neue gesetzliche Regelungen, einen neuen Kontenplan und Veränderungen im Rechnungswesensystem SAP ergeben sich Risiken in Bezug auf die Buchführung, die Rechnungslegung und den Jahresabschluss 2014, welche die Prüftätigkeit zwischenzeitlich erschweren werden.

Handlungsfelder
Schulungen der Mitarbeitenden stellen sicher, dass die anstehenden Veränderungen in den zukünftigen Prüfungen angemessen berücksichtigt werden.

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 810Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Finanzaufsicht erfolgt risikoorientiert, effizient und qualitativ hochwertig.								
01 Zu prüfende Aufgabenbereiche	Anzahl	42	42	43	43	43	43	○
02 Prüfungen Finanzaufsicht (Jahresbericht mit Jahresrechnung)	Anzahl	81	75	80	80	80	80	◑
03 Aufwand Finanzaufsicht	Tage	1'267	1'300	1'300	1'300	1'300	1'300	◑
04 Zu prüfende Revisionsstellenmandate	Anzahl	20	15	15	15	15	15	◑
05 Aufwand Revisionsstellenmandate	Tage	138	100	100	100	100	100	◑
06 Honorareinnahmen aus Revisionsstellenmandaten	1000 Fr.	187	140	140	140	140	140	●
07 Anteil durchgeführte Revisionen zu geplanten Revisionen	%	112.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
08 Anteil mit Revisionen abgedeckter Risiken am Gesamtrisiko	%	53.0	50.0	50.0	50.0	50.0	50.0	◑
09 Aufwand für übrige Dienstleistungen	Tage	180	300	200	200	200	200	◑
10 Produktivitätsgrad	%	67.0	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	◑
11 Prüfungen der Finanzkontrolle durch die externe Revisionsstelle gemäss § 5 GFK	Anzahl	-	-	2	2	2	2	○

10: Die Kennzahl misst die erfasste produktive Istzeit im Verhältnis zur Präsenzzeit (Präsenzzeit = Sollarbeitszeit minus bezahlte Abwesenheiten).
11: Die Anzahl bezieht sich auf die Prüfung des Jahresberichts und die periodische Qualitätskontrolle und Leistungsbeurteilung der Finanzkontrolle durch eine Revisionsstelle.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**2'161**	**2'133**	**-1.3%**	**2'120**	**2'118**	**2'106**
Globalbudget Aufwand	**-**	**2'301**	**2'273**	**-1.2%**	**2'260**	**2'258**	**2'246**
30 Personalaufwand	-	2'123	2'102	-1.0%	2'093	2'075	2'077
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	178	170	-4.4%	166	182	168
36 Transferaufwand	-	-	2		2	2	2
Globalbudget Ertrag	**-**	**-140**	**-140**	**0.0%**	**-140**	**-140**	**-140**
42 Entgelte	-	-40	-40	0.0%	-40	-40	-40
49 Interne Verrechnungen	-	-100	-100	0.0%	-100	-100	-100
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**2'161**	**2'133**	**-1.3%**	**2'120**	**2'118**	**2'106**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**2'161**	**2'133**	**-1.3%**	**2'120**	**2'118**	**2'106**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**11.06**	**11.50**	**11.50**	**0.0%**	**11.50**	**11.50**	**11.50**
Ordentliche Stellen	11.06	11.50	11.50	0.0%	11.50	11.50	11.50
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 820: Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Das Gesetz über die Information der Öffentlichkeit, den Datenschutz und das Archivwesen (IDAG) regelt die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der beauftragten Person für Öffentlichkeit und Datenschutz und trägt den internationalen Abkommen im Datenschutz gemäss Schengen/Dublin sowie den bundesrechtlichen Vorgaben Rechnung. Es gilt für alle öffentlichen Organe des Kantons. Die beauftragte Person überwacht die Anwendung der Vorschriften des IDAG, berät Behörden bei der Anwendung der Bestimmungen des IDAG, erteilt Privaten Auskünfte über ihre Rechte und vermittelt zwischen Behörden und Privaten.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Organisation
Die Stelle besteht aus der beauftragten Person, ihrem Stellvertreter und einem juristischen Sachbearbeiter oder einer juristischen Sachbearbeiterin. Die Stelle wird durch ein Sekretariat unterstützt.

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Nach den Beobachtungen im Zeitpunkt der Budgeterstellung ist weiterhin mit Fallzahlen auf hohem Niveau zu rechnen. Aufgrund der zunehmenden Beteiligung mehrerer Stellen an Projekten und der Entwicklung web-basierter Lösungen im IT-Bereich ist mit steigender Komplexität der Fälle zu rechnen. Der Schwerpunkt wird weiterhin bei Beratung, Vermittlung, Aufklärung und Schulung liegen.

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 820Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Leistungsfähigkeit der Stelle für Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz ist hoch.								
Eingang								
01 Eingegangene Geschäftsfälle insgesamt	Anzahl	423	420	420	420	420	420	○
02 Eingegangene Anzeigen und Anfragen	Anzahl	-	-	305	305	305	305	○
03 Weitere eingegangene Geschäftsfälle (Schlichtungsgesuche, Kontrollen/Vorabkontrollen, Stellungnahmen etc.)	Anzahl	-	-	75	75	75	75	○
04 Begleitete Projekte (Eingang)	Anzahl	-	-	40	40	40	40	○
Erledigung								
05 Erledigte Geschäftsfälle insgesamt	Anzahl	416	390	400	400	400	400	●
06 Erledigte Anzeigen und Anfragen	Anzahl	-	-	285	285	285	285	●
07 Weitere erledigte Geschäftsfälle (Schlichtungsgesuche, Kontrollen/Vorabkontrollen, Stellungnahmen etc.)	Anzahl	-	-	75	75	75	75	●
08 Begleitete Projekte (Erledigung)	Anzahl	-	-	40	40	40	40	●
09 Hängige Geschäftsfälle per Stichtag	Anzahl	-	-	70	90	110	130	●

04: Erfasst wird die Anzahl der im Berichtsjahr begleiteten Projekte kantonaler und kommunaler öffentlicher Organe, unabhängig vom Zeitpunkt des Beginns oder der Beendigung bei diesen Behörden.
08: Vgl. Kommentar zu I04

Ziel 820Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Anteil zeitgerechter Erledigungen im Bereich Öffentlichkeitsprinzip ist hoch.								
01 Erledigte Anzeigen und Anfragen	Anzahl	-	-	30	30	30	30	●
02 Anteil der innerhalb von 90 Tagen erledigten Anfragen und Anzeigen	%	-	-	75.0	75.0	75.0	75.0	◑

02: Im Jahresbericht 2012 und Budget 2013 wurde nicht zwischen Erledigungen im Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz unterschieden, sondern es wurden die Erledigungsfristen aller informellen Erledigungen gemessen. Aufgrund des sehr guten Ergebnisses im Jahresbericht 2012 wird ab 2014 der Zielwert von 65% auf 75% erhöht.

Ziel 820Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Anteil zeitgerechter Erledigungen im Bereich Datenschutz ist hoch.								
01 Erledigte Anzeigen und Anfragen zum Datenschutz	Anzahl	-	-	255	255	255	255	●
02 Erledigte Bewilligungsgesuche für Videoüberwachungsanlagen	Anzahl	-	-	25	20	20	20	●
03 Anteil der innerhalb von 90 Tagen erledigten Anfragen und Anzeigen	%	-	-	75.0	75.0	75.0	75.0	◑
04 Anteil der innerhalb von 90 Tagen erledigten Gesuche für Videoüberwachungsanlagen	%	91.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑

03: Kommentar wie bei 820Z002I02.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**556**	**554**	**-0.5%**	**551**	**555**	**556**
Globalbudget Aufwand	**-**	**556**	**554**	**-0.5%**	**551**	**555**	**556**
30 Personalaufwand	-	478	475	-0.6%	472	477	477
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	74	74	0.0%	74	74	74
36 Transferaufwand	-	5	5	0.0%	5	5	5
Globalbudget Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**556**	**554**	**-0.5%**	**551**	**555**	**556**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**556**	**554**	**-0.5%**	**551**	**555**	**556**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**2.60**	**3.00**	**3.00**	**0.0%**	**3.00**	**3.00**	**3.00**
Ordentliche Stellen	2.60	3.00	3.00	0.0%	3.00	3.00	3.00
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

Aufgabenbereich 100: Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die Generalsekretariate unterstützen die politische Führung der Departemente. Sie erbringen zentrale Dienstleistungen für die Departementsleitung und für die Abteilungen. Dazu gehören das Personal-, Finanz- und Rechnungswesen, das Controlling, die Informatik, die Kommunikation und der Rechtsdienst. Die Generalsekretariate bilden die departementale Schnittstelle zur Staatskanzlei. Zusätzlich erledigen die Generalsekretariate in ausgewählten Bereichen Spezialaufgaben, unter Einschluss der Koordination und Führung interdepartementaler Projekte. Die Erarbeitung der departementalen Steuerungsbereichspläne (Aufgabenbereichspläne, Leistungsgruppenpläne) und des Jahresberichts sind weitere wesentliche Bestandteile dieses Aufgabenbereichs.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Leistungsgruppen
LG 100.10 Zentrale Dienstleistungen und Projekte SK / Finanzen RR
LG 100.20 Zentrale Dienstleistungen und Projekte DVI
LG 100.30 Zentrale Dienstleistungen und Projekte BKS
LG 100.40 Zentrale Dienstleistungen und Projekte DFR
LG 100.50 Zentrale Dienstleistungen und Projekte DGS
LG 100.60 Zentrale Dienstleistungen und Projekte BVU

Herausforderungen der Generalsekretariate
In Zeiten der knappen finanziellen Ressourcen intensiviert sich die Zusammenarbeit zwischen den Departementen und deren Abteilungen. Es geht darum, Schwerpunkte zu verwirklichen, die den Kanton insgesamt weiterbringen. Dadurch wird der zeitliche Aufwand auch für die interdepartementale Koordinationstätigkeit in den nächsten Jahren zunehmen.

Aufgrund der konjunkturellen Lage und der anstehenden Revision von Rechtserlassen ist davon auszugehen, dass die Anzahl der durch die Rechtsdienste der Departemente behandelten Beschwerden leicht rückläufig ist. Die Entwicklung in den letzten Jahren lässt jedoch darauf schliessen, dass tendenziell mehr Beschwerdeentscheide angefochten werden.

Mit der Umsetzung von WOV-FIREL und gleichzeitig der Einführung von HRM 2 (harmonisiertes Rechnungsmodell) sind alle Stellen im Bereich des Rechnungswesens 2014 stark gefordert. Insbesondere sollen die fachlichen Kompetenzen im Budgetjahr weiter gestärkt werden.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

100E001	Überprüfung Gebührenrecht (Zuständigkeit: DFR/SK)
2010	Bestandesaufnahme und Zusammenstellung der Rechtsgrundlagen
2011-2013	Überprüfung der einzelnen Gebühren (Bemessung, Weiterbestand)
2010-2011	Normkonzept Gesetz und Dekret
4. Quartal 2013	Botschaft 1. Lesung (mit Dekretsentwurf)
3. Quartal 2014	Botschaft 2. Lesung (mit Dekret und Vorentwurf VO)
4. Quartal 2015	Fertigstellen VO-Änderungen und technische Umstellung des Gebührenbezugs
4. Quartal 2015	Publikation des revidierten Gebührenrechts
01.01.2016	Inkraftsetzung Gesetz/Dekret/Verordnung

Der Regierungsrat nahm aufgrund von Rückmeldungen im Rahmen der öffentlichen Anhörung inhaltliche und konzeptionelle Änderungen an einzelnen Teilen der Vorlage vor. Dabei beschloss er unter anderem, dem Grossen Rat gleichzeitig mit der Botschaft für den Gesetzesentwurf bereits auf die 1. Lesung einen Entwurf für das Dekret mit den konkreten Gebührenrahmen zu unterbreiten. Diese inhaltliche Erweiterung der Vorlage soll es dem Grossen Rat eine gesamtheitliche Sicht ermöglichen. Der regierungsrätliche Beschluss machte es erforderlich, die Arbeiten am Dekret und die finanzwirtschaftlichen Erhebungen gegenüber dem ursprünglichen Zeitplan vorzuziehen. Insbesondere die flächendeckende Erhebung von Kosten und Erlösen aller Gebührentatbestände aufgrund eines neuen Erhebungskonzepts erwies sich dabei als zeitintensiv. Dadurch verzögerte sich die Erarbeitung der Botschaft zum Dekret.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.54

100E002	Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und Neugestaltung der Rechnungslegung (WOV-FIREL) (Zuständigkeit: DFR/SK)
2010-2013	Gesetzgebung: Revision GAF und Folgeerlasse
2010-2014	Bewertung, Bilanzanpassung
2012-2014	Begleitung Informatikprojekte, Implementierung Anlagenbuchhaltung
2012-2014	Datenübernahme und Schulung

Im Rahmen des Projekts WOV-FIREL werden die staatlichen Führungsinstrumente weiterentwickelt, und das neue harmonisierte Rechnungsmodell (HRM2) wird eingeführt. Die dazu notwendige Revision der gesetzlichen Grundlagen ist bis und mit Verordnungsstufe abgeschlossen. Der Grosse Rat hat am 5. Juni 2012 in 2. Beratung der Revision des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF; SAR 612.300) zugestimmt und das neue GAF sowie das dazugehörige Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF; SAR 612.310) verabschiedet. Der Aufgaben- und Finanzplan 2014-2017 basiert auf den neuen gesetzlichen Grundlagen und wurde nach neuem Layout erstellt. Neben der Erstellung des Bilanzanpassungsberichts (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 410E007 im AB 410) stehen im Jahr 2014 die Implementierung der Anlagenbuchhaltung, die Umschreibung der Jahresrechnung 2013 und der Globalkredite ins neue Recht sowie die Erarbeitung der Handbücher und Schulungsunterlagen im Vordergrund.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-1934 vom 5. Juni 2012	Mio. Fr.	2.87

200E001	Hightech Aargau (interdepartementales Projekt, Federführung DVI)
2010	Machbarkeitsstudien
2012	Botschaft an den Grossen Rat
ab 2013	Umsetzung

Die Basis für die Umsetzung wurde bis im ersten Quartal 2013 mit dem Arbeitsbeginn des Gesamtprojektleiters, mit dem Aufbau des Hightech Zentrums (HTZ) und seinen Organen sowie mit der Besetzung der Koordinationsstelle Arealförderung gelegt. Das HTZ wird 2014 einen Personalbestand erreichen, mit dem es, ausgerichtet an den Bedürfnissen der Wirtschaft, die Beratungsgespräche mit KMU, die Netzwerkbildung mit Forschungs- und Entwickungspartnern und Organisation von Veranstaltungen stark ausbauen kann. Der Bau der Anlage für den Freie-Elektronen-Röntgenlaser (SwissFEL) beim Paul Scherrer Institut, 2013 als Teil des Schwerpunkts Hightech Forschung gestartet, dürfte bis 2016 abgeschlossen sein.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-1986 vom 19. Juni 2012	Mio. Fr.	37.92

200E002	Überprüfung der Aufgaben- und Lastenentwicklung / -teilung von Kanton und Gemeinden sowie Totalrevision Gesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FLAG) (Zuständigkeit: DVI)
2011-2013	Analyse und Konzepte
2014-2015	Rechtsetzung
2016	Vorbereitung Umsetzung
ab 2017	Umsetzung

Nach der vorgezogenen Regelung des Ausgleichs für die Kantonalisierung der Spitalfinanzierung durch den Grossen Rat am 2. Juli 2013 liegt der Schwerpunkt der Arbeiten in der Konzipierung von Lösungsvorschlägen für die künftige Aufgaben- und Lastenteilung.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.90

200E003	Verstärkung der Massnahmen gegen Jugendgewalt, insbesondere durch eine bessere Vernetzung der Institutionen und durch ein Programm zur Früherkennung von Intensivtätern (Zuständigkeit: DVI)
2011-2013	Auswertung Grundlagenbericht, Beschluss Regierungsrat über Umsetzungskonzept
2011-2013	Programm zur Früherkennung von Intensivtätern: Erarbeitung und Implementierung
ab 2014	Gestaffelte Umsetzung von Massnahmen

Der Entscheid des Regierungsrats über die zu ergreifenden Massnahmen ist bis Ende 2013 geplant. Anschliessend folgt deren Umsetzung unter Federführung der zuständigen Departemente.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

500E001	Familienergänzende Kinderbetreuung (Änderung des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes, SPG)
2013	Erarbeiten eines Normkonzepts
2013	Erarbeiten eines Gesetzesentwurfs
August 2014	Genehmigung der 1. Botschaft durch den Grossen Rat
März 2015	Genehmigung der 2. Botschaft durch den Grossen Rat
01.10.2015	Inkraftsetzung

Nachdem der Grosse Rat die Teilrevision des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung im Januar 2012 abgelehnt hat, wurden mehrere parlamentarische Vorstösse überwiesen, die eine Neuregelung in diesem Bereich fordern. Das Departement Gesundheit und Soziales hat in der Folge ein neues Rechtssetzungsprojekt gestartet. Der neue Entwurf wird voraussichtlich Mitte 2013 in die Anhörung gehen. Das parlamentarische Verfahren ist für 2014 geplant.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 100Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Parlamentarische Vorstösse werden fristgerecht bearbeitet und umgesetzt.								
01 Vom Grossen Rat eingereichte parlamentarische Vorstösse	Anzahl	181	199	194	194	194	194	◑
02 Bearbeitete und an den Grossen Rat verabschiedete parlamentarische Vorstösse	Anzahl	194	189	189	189	189	189	◑
03 Aufwand für die Bearbeitung parlamentarischer Vorstösse	Fr.	290'641	306'907	291'300	292'050	292'050	292'050	◑
04 Durchschnittliche Kosten für die Beantwortung eines parlamentarischen Vorstosses	Fr.	1'498	1'624	1'541	1'545	1'545	1'545	◑
05 Anteil innerhalb von 3 Monaten beantworteter parlamentarischer Vorstösse	%	86.1	90.0	90.7	90.7	90.7	90.7	◑
06 Anteil fristgerecht umgesetzter Vorstösse (Regelfrist: 4 Jahre)	%	82.1	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	◑

Ziel 100Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Der Geschäftsverkehr des Regierungsrats mit dem Grossen Rat ist sichergestellt.								
01 Von den Departementen/Staatskanzlei dem Regierungsrat eingereichte Vorträge/Geschäfte	Anzahl	1'418	1'340	1'248	1'248	1'248	1'248	●
02 Vorlagen an den Grossen Rat (Botschaften)	Anzahl	82	66	63	60	62	60	●

01: Der Rückgang steht im Zusammenhang mit der auf den 1. August 2013 in Kraft gesetzten Änderung der Delegationsverordnung.
02: Aufgrund der momentan in den Departementen in Arbeit befindenden Gesetzesanpassungen wird damit gerechnet, dass die Anzahl Botschaften abnimmt.

Ziel 100Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Der Rechtsfrieden wird durch definitive Erledigung der Beschwerden wieder hergestellt.								
01 Eingänge Beschwerden zur Stellungnahme oder zum Entscheid in Departementen	Anzahl	844	830	780	780	780	780	○
02 Anteil der nicht angefochtenen Beschwerdeentscheide	%	88.4	87.5	88.2	88.2	88.2	88.2	◑
03 Anteil der von der nächsthöheren Beschwerdeinstanz vollumfänglich bestätigten Beschwerdeentscheide von Regierungsrat und Departement	%	45.4	59.6	60.9	60.9	60.9	60.9	◑
04 Durchschnittliche Behandlungsdauer der Beschwerden	Monat	-	-	3.5	3.5	3.5	3.5	◑

Ziel 100Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Die Begleichung der Zahlungsverbindlichkeiten erfolgt fristgerecht.								
01 Kreditorenrechnungen	Anzahl	200'267	200'950	203'450	231'950	232'450	232'950	○
03 Einhalten der Zahlungsziele Kreditoren	%	64.5	67.1	67.6	70.4	70.3	70.3	◑

01: Ab 2015 werden auch die Kreditorenrechnungen berücksichtigt, welche aktuell via JURIS bezahlt werden.

Ziel 100Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Das Personal ist bedarfsgerecht eingesetzt.								
01 Stellen Total	Anzahl	3'940	4'055	3'984	3'959	3'947	3'914	
02 Ordentliche Stellen	Anzahl	3'414	3'497	3'429	3'448	3'467	3'474	
03 Projektstellen	Anzahl	123	136	131	90	58	19	
04 Fremdfinanzierte Stellen	Anzahl	403	423	424	422	422	420	

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017
Globalbudget Saldo	**-**	**47'622**	**46'616**	**-2.1%**	**-7'434**	**-31'918**	**-69'845**
Globalbudget Aufwand	**-**	**50'056**	**48'948**	**-2.2%**	**12'898**	**-2'586**	**-27'513**
30 Personalaufwand	-	30'765	30'486	-0.9%	30'137	30'038	30'074
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	11'331	10'204	-9.9%	-27'113	-43'478	-70'040
36 Transferaufwand	-	6'809	7'115	4.5%	8'730	9'710	11'310
39 Interne Verrechnungen	-	1'151	1'144	-0.6%	1'144	1'144	1'144
Globalbudget Ertrag	**-**	**-2'434**	**-2'332**	**-4.2%**	**-20'332**	**-29'332**	**-42'332**
41 Regalien und Konzessionen	-	-97	-97	0.0%	-97	-97	-97
42 Entgelte	-	-477	-397	-16.7%	-397	-397	-397
43 Verschiedene Erträge	-	-	-		-18'000	-27'000	-40'000
46 Transferertrag	-	-660	-638	-3.3%	-638	-638	-638
49 Interne Verrechnungen	-	-1'200	-1'200	0.0%	-1'200	-1'200	-1'200
LUAE Saldo	**-**	**441**	**382**	**-13.2%**	**2'658**	**2'372**	**2'548**
LUAE Aufwand	**-**	**1'217**	**1'101**	**-9.5%**	**3'497**	**3'211**	**3'387**
30 Personalaufwand	-	856	738	-13.8%	731	723	723
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	51	51	-1.0%	51	51	51
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	278	278	0.0%	2'682	2'403	2'580
37 Durchlaufende Beiträge	-	31	34	9.7%	34	34	34
LUAE Ertrag	**-**	**-776**	**-719**	**-7.3%**	**-839**	**-839**	**-839**
41 Regalien und Konzessionen	-	-545	-500	-8.3%	-620	-620	-620
42 Entgelte	-	-200	-185	-7.5%	-185	-185	-185
47 Durchlaufende Beiträge	-	-31	-34	9.7%	-34	-34	-34
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**1'503**	**554**	**-63.2%**	**240**	**240**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**1'503**	**554**	**-63.2%**	**240**	**240**	**-**
50 Sachanlagen	-	1'503	554	-63.2%	240	240	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

31: Minderaufwendungen ergeben sich aus der Verschiebung von Teilen des IT-Budgets beim Departement Gesundheit und Soziales im Aufgabenbereich 533 (Verbraucherschutz) sowie aufgrund des Abschlusses des Projekts WOV-FIREL. Auf der anderen Seite benötigen die Umsetzung des Geoinformationsgesetzes (GeoIG) und die Ablösung von nicht strategiekonformen Datenbanken (zum Beispiel Access) Mehraufwendungen.
Zusätzlich wurde die Leistungsanalyse pauschal im AB 100 in den Jahren 2015-2017 umgesetzt.
36: Die Schwankungen beim Transferaufwand sind zum grossen Teil auf die Entwicklung des Projekts Hightech Aargau zurückzuführen.
43: Die Mehreinahmen der Jahre 2015-2017 resultieren aus der Leistungsanalyse, welche pauschal im AB 100 umgesetzt wurde.

LUAE

30: Beim Personalaufwand in den LUAE handelt es sich um die Ruhegehälter für den Regierungsrat.
33: Für die im Jahr 2014 abgeschlossenen Projekte WOV-FIREL und RESAP sind jährliche Abschreibungen eingestellt.

Investitionsrechnung

50: Das im Zuständigkeitsbereich der Staatskanzlei angesiedelte Projekt MIS2 läuft Ende 2013 aus. Das Informatik-Projekt RESAP unter der Führung des Departements Finanzen und Ressourcen wird im Lauf des Jahrs 2014 beendet. Im Departement Volkswirtschaft und Inneres startet das Projekt "Erneuerung JURIS" 2014 und dauert bis 2016.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**48'063**	**46'998**	**-2.2%**	**-4'776**	**-29'547**	**-67'297**
- Abschreibungen*	-	278	278	0.0%	2'682	2'403	2'580
+ Nettoinvestitionen	-	1'503	554	-63.2%	240	240	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**49'288**	**47'274**	**-4.1%**	**-7'218**	**-31'710**	**-69'877**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**9'915**	**7'913**	**-20.2%**	**8'905**	**9'610**	**10'451**
	VK-Globalbudget	-	8'412	7'359	-12.5%	8'665	9'370	10'451
	VK-Investitionsrechnung	-	1'503	554	-63.1%	240	240	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**1'457**	**1'184**	**-18.6%**	**1'135**	**1'170**	**721**
	Aufwand	-	1'457	1'184	-18.6%	1'135	1'170	721
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**394**	**410**	**4.2%**	**420**	**310**	**-**
	Aufwand	-	394	410	4.2%	420	310	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**8'064**	**6'319**	**-21.6%**	**7'150**	**8'130**	**9'730**
	Aufwand	-	8'064	6'319	-21.6%	7'150	8'130	9'730
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
WOV-FIREL									
VK, einmaliger Aufwand	05.06.2012	2'870	2'870	808	275	-	-	-	533
Hightech Aargau									
VK, einmaliger Aufwand	19.06.2012	37'920	37'920	31'559	5'540	7'150	8'130	9'730	1'009
Umsetzung neues Vormundschaftsrecht									
VK, einmaliger Aufwand	12.08.2009	1'000	-	-	-	-	-	-	-
ZK, einmaliger Aufwand	23.08.2011	358	1'358	304	-	-	-	-	-
Informatik-Projekt RESAP									
VK, einmaliger Aufwand	14.12.2010	8'700	8'700	1'685	504	-	-	-	1'180

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total RR	**6.43**	**7.20**	**7.20**	**0.0%**	**5.00**	**5.00**	**5.00**
Ordentliche Stellen RR	5.00	5.00	5.00	0.0%	5.00	5.00	5.00
Fremdfinanzierte Stellen RR	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen RR	1.43	2.20	2.20	0.0%	0	0	0

In dieser Kategorie sind die fünf Regierungsräte als ordentliche Stellen sowie die Projektstellen der Staatskanzlei im AB 100 erfasst.

Aufgabenbereich 120: Zentrale Stabsleistungen

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Grundauftrag besteht in der optimalen Unterstützung des Regierungsrats in allen operativen, strategischen, kommunikativen und rechtlichen Belangen seiner Tätigkeit. Im operativen Bereich zählen dazu insbesondere die Vorbereitung, Begleitung und Nachbearbeitung der Regierungsratssitzungen sowie die Geschäftsplanung und -koordination. Zudem werden Wahlen und Abstimmungen auf eidgenössischer, kantonaler, Bezirks- und Kreisebene vorbereitet und durchgeführt sowie Schlichtungseingaben kantonaler Angestellter und von Lehrpersonen behandelt, die sich auf eine personalrechtliche Streitigkeit mit der Anstellungsbehörde beziehen. Auf strategischer Ebene bereitet die Staatskanzlei die Planung vor, koordiniert die Rechenschaftsinstrumente, führt das Aufgabencontrolling durch sowie plant und koordiniert die Aussenbeziehungen. Im kommunikativen Bereich informiert die Staatskanzlei über die Arbeit von Regierungsrat und Departementen, und bereitet Grossveranstaltungen vor beziehungsweise begleitet diese. Der Rechtsdienst des Regierungsrats erstellt Mitberichte und Gutachten zuhanden des Regierungsrats und des Grossen Rats und verfasst Entscheidentwürfe zu Beschwerden, bei denen ein Departement bereits verfahrensmässig einbezogen war.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Leistungsgruppen
LG 120.10 Kanzleidienste, Publikationen, Wahlen
LG 120.20 Strategie und Aussenbeziehungen
LG 120.30 Kommunikationsdienst Regierungsrat
LG 120.40 Verwaltungsinterne Rechtspflege und -beratung

Umfeldentwicklung Kanzleidienste, Publikationen, Wahlen
Die technologische Entwicklung beeinflusst die Arbeit in den nächsten Jahren stark: Ein grosses Vorhaben stellen Vorbereitung und pilotmässige Umsetzung des E-Voting im Kanton Aargau dar. Nachdem die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer elektronisch abstimmen und wählen können, soll das E-Voting schrittweise auch für die im Kanton Aargau wohnhaften Stimmberechtigten umgesetzt werden. Weitere Bereiche betreffen die Einführung einer neuen Software für Wahlen und Abstimmungen (Wabsys) und die Weiterentwicklung der verwaltungsweit eingesetzten Geschäftskontrolle (iGEKO cubeline).

Umfeldentwicklung Strategie und Aussenbeziehungen
Die Weiterentwicklung der Instrumente zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung ist weitgehend abgeschlossen und die Ergebnisse liegen mit dem AFP 2014-2017 erstmals in neuer Form vor. Die Einführungsphase im Jahr 2014 bedarf einer engen Begleitung aller Beteiligten und erfordert einen erhöhten Controllingaufwand. Zudem sind die technischen Systeme aufgrund der praktischen Erfahrungen weiterzuentwickeln (siehe auch AB 100 Entwicklungsschwerpunkt WOV-FIREL). Mit einer aktiven Gestaltung der Aussenbeziehungen, insbesondere in und zwischen den Regionalkonferenzen im Raum Zürich und Basel, einer Fortsetzung der strategischen bilateralen Zusammenarbeit mit Luzern im Süden und dem wirtschaftsstarken Baden-Württemberg im Norden sowie der gezielten Interessenvertretung auf Bundesebene kann sich der Kanton Aargau in diesem Raum verstärkt positionieren. Das Ziel ist eine starke, eigenständige, dynamische und selbstbewusste Politik mit innovativen Lösungen.

Umfeldentwicklung Kommunikationsdienst Regierungsrat
Die Verwaltungs- und Regierungskommunikation hat in den letzten Jahren durch die Entwicklungen in der Politik, der Medienlandschaft und insbesondere auch im Bereich Kommunikationstechnologien (Digitalisierung der Kommunikation, Social Media, Mobilekommunikation usw.) an Bedeutung gewonnen. Die Kommunikation entwickelt sich zu einem umfassenden Kommunikationsmanagement. Zu den grossen Herausforderungen gehört auch, die jüngeren Stimmbürgerinnen und Stimmbürger über die Belange des Kantons zu informieren und sie zur Partizipation in der direkten Demokratie zu motivieren. In diesem Zusammenhang gewinnen zum Beispiel Social Media, die eine Direktkommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, zunehmend an Bedeutung.

Umfeldentwicklung verwaltungsinterne Rechtspflege und -beratung
Die ständige Herausforderung in Rechtspflege und Rechtsberatung bleibt das im permanenten Wandel befindliche, komplexer werdende rechtliche Umfeld auf nationaler und internationaler Ebene. Eine professionelle Rechtsberatung der politischen Behörden muss zur rechtzeitigen Wahrung der Handlungsmöglichkeiten die Entwicklungen im Umfeld beobachten. Aufgrund der konjunkturellen Prognosen im Beschwerdebereich wird mit einem stetigen Geschäftsgang mit gleichbleibendem Geschäftsanfall gerechnet.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

120E001	E-Voting
2009-2016	Pilotversuche E-Voting für Auslandschweizer
2014-2017	Pilotversuche für Stimmberechtigte Kanton Aargau in maximal 5 Gemeinden
2017	Auswertung und Bericht betreffend Pilotversuche E-Voting
ab 2018	Entscheid zur Überführung in den Normalbetrieb sowohl für Auslandschweizer als auch für alle Stimmberechtigte Kanton Aargau

Der Regierungsrat führte in den Jahren 2009-2012 ein Vorprojekt mit Vote électronique (VE) für die stimmberechtigten Auslandschweizer des Kantons Aargau durch. Für dieses Vorprojekt beschloss er einen Kleinkredit mit einem einmaligen Nettoaufwand von Fr. 675'000.-. Im Rahmen der Zusatzfinanzierungen und Zielanpassungen 2012, II. Teil, beschloss der Grosse Rat 2012 einen Zusatzkleinkredit für die Weiterführung der Versuche mit VE für die stimmberechtigten Auslandschweizer in den Jahren 2013-2016. Der Kleinkredit erhöhte sich dadurch auf Fr. 1'393'000.-. Am 28. März 2013 haben die Kantone des Consortiums VE (Aargau, Freiburg, Graubünden, Schaffhausen, Solothurn, St. Gallen und Thurgau) eine gemeinsame Strategie zur Weiterentwicklung des genutzten VE-Systems entwickelt, die sich auf die Grundlagen des dritten Berichts des Bundesrats zum E-Voting stützt. Im Kanton Aargau sollen ab 2014 Pilotversuche für den Einbezug erster Stimmberechtigter im Kanton Aargau beginnen. Der in erster Linie für die Entwicklung des Systems der zweiten Generation notwendige Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 1'139'000.- wird dem Grossen Rat mit den Zusatzfinanzierungen und Zielanpassungen 2013, II. Teil, beantragt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-2173 vom 30. Oktober 2012 und GRB geplant	Mio. Fr.	2.53

120E002	Image Aargau
2012	Konzeption festlegen
2013	Inhalt definieren
2013-2014	Umsetzung der Massnahmen

Die im Zusammenhang mit dem Projekt Image Aargau entwickelten Markenbotschaften ("Menschen machen Zukunft") werden 2014 in die Kommunikations- und Marketingaktivitäten des Kantons integriert, begleitet und unterstützt von Lancierungsmassnahmen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.33

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 120Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Ergebnisse der Regierungstätigkeit sind durch klare und eindeutig formulierte Regierungsratsbeschlüsse nachvollziehbar.								
01 Regierungsratssitzungen	Anzahl	39	38	38	38	38	38	○
02 Regierungsratsbeschlüsse	Anzahl	1'783	1'900	1'700	1'600	1'600	1'600	○
03 Anteil der nach 6 Arbeitstagen unterschriftsbereiten RRB	%	98.0	90.0	95.0	95.0	95.0	95.0	●

02: Der Rückgang der Anzahl Regierungsratsbeschlüsse steht unter anderem im Zusammenhang mit dem seit 2012 praktizierten Verzicht auf Kenntnisnahme mittels RRB von Urteilen und Beschlüssen des Verwaltungsgerichts und des Bundesgerichts (ca. 60 RRB's) und der auf den 1. August 2013 in Kraft gesetzten Änderung der Delegationsverordnung.
03: Der Anteil wird aufgrund bisheriger Erfahrungen erhöht.

Ziel 120Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Wahlen und Abstimmungen (W+A) sind zeitgerecht und formal richtig durchgeführt.								
01 Blankoabstimmungstermine des Bundes und des Kantons Aargau	Anzahl	5	4	4	4	5	4	○
02 Stimmberechtigte im Kanton Aargau	Anzahl	403'064	407'000	411'000	415'000	419'000	423'000	○
03 Stimmberechtigte Auslandschweizer im Kanton Aargau	Anzahl	7'005	7'000	7'500	7'800	8'000	8'200	○
04 Zeitpunkt der Resultatsveröffentlichung im Internet nach letzter Urnenschliessung bei Abstimmungen und Wahlen (Durchschnitt)	Stunden	3	4	4	5	5	3	◑
05 Durchführung einer 2. Publikation	Anzahl	0	0	0	0	0	0	◑

01: Neben den vier eidgenössischen Terminen finden 2016 an einem gesonderten Termin kantonale Wahlen statt.
03: Im Juli 2013 waren 7'330 stimmberechtigte Auslandschweizer registriert. Die Zahl wird weiter zunehmen. Es ist damit zu rechnen, dass in Jahren von eidgenössischen Wahlen die Zunahme stärker ausfällt als in den anderen Jahren.

Ziel 120Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Arbeitsfrieden wird erhalten durch zukunfts- und lösungsorientierte Bearbeitung anstellungsrechtlicher Konflikte								
01 Neueingänge Gesuche bei der Schlichtungskommission	Anzahl	146	60	60	60	60	60	○
02 Fallerledigung Schlichtungskommission	Anzahl	167	60	60	60	60	60	◑
03 Anteil Einigungen im Verhältnis zu den erledigten Fällen	%	25.0	30.0	50.0	50.0	50.0	60.0	◑

01/02: Die Budget- und Planwerte basieren auf durchschnittlichen Erfahrungswerten der Vorjahre.
03: Der Vollzug neuer Bestimmungen im Lehrpersonenbereich sowie die Massenverfahren betreffend Lohngleichheit werden bis Ende 2013 abgeschlossen sein. Die Einigungsquote 2014-2016 (Einigungen inklusive Rückzüge) entspricht dem durchschnittlichen Beobachtungsrahmen. Für 2017 wird erwartet, dass eine mediative Verhandlungsmethodik die Einigungsquote erhöhen wird.

Ziel 120Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Planung (AFP) und Berichterstattung (JB) sind qualitativ hochstehend.								
01 Vertieft geprüfte Aufgabenbereiche (AFP)	Anzahl	31	43	10	10	10	10	●
02 Rückmeldungen zu materiellen und formalen Fehlern aus dem Grossen Rat	Anzahl	-	2	4	3	2	1	◑

01: Nach der Überführung der Aufgabenbereiche ins neue Layout gemäss dem Projekt WOV-FRIEL (Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und Erneuerung der Rechnungslegung) wurden alle Aufgabenbereiche geprüft. Anschliessend werden jährlich rund 1/4 der Aufgabenbereiche vertieft kontrolliert.
02: Infolge der Einführung des neuen Layouts wird mit erhöhten Anzahl Fehlern im Jahr 2014 gerechnet. Sobald das System stabiler ist, werden negative Rückmeldungen abnehmen.

Ziel 120Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die kantonale Politik ist in interkantonalen, eidgenössischen und grenzüberschreitenden Gremien vertreten.								
01 Betreute Organe im Bereich Aussenbeziehungen (interkantonale und grenzüberschreitende Konferenzen und Organisationen)	Anzahl	18	18	17	17	16	16	●
02 Vom Aargau eingenommene Präsidiums- und Vorstandssitze in interkantonalen und grenzüberschreitenden Gremien	Anzahl	9	8	7	7	7	6	◑

01/02: Der leichte Rückgang ist die Folge der verstärkten Konzentration der Mitgliedschaften.

Ziel 120Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Kanton Aargau organisiert Repräsentationsanlässe mit nationaler Ausstrahlung								
01 Repräsentationsanlässe mit nationaler Ausstrahlung	Anzahl	-	-	3	2	1	1	●
02 Berichterstattung in nationalen Medien	Anzahl	-	-	3	2	1	1	◑

01: Für 2014 sind folgende Anlässe geplant: Demokratiekonferenz mit dem Bundesland Rheinland-Pfalz, Kongress der Auslandschweizerorganisation, Gedenken zum Frieden von Baden 1714. Für 2015 ist geplant, dass der Kanton Aargau an der Kantonswoche der Schweizer Botschaft in Moskau als Gastkanton teilnimmt. Zudem wurde er als Gastkanton an die Olma eingeladen. Ab 2016 wird mit einem grösseren Anlass pro Jahr gerechnet.

Ziel 120Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Öffentlichkeit ist über die kommunikationsrelevanten Geschäfte des Regierungsrats informiert.								
01 Regierungsmedienkonferenzen	Anzahl	12	15	10	10	10	10	◑
02 Abdruckquote / Berichterstattung der kommunikationsrelevanten Geschäfte in den Printmedien	%	80.0	85.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑

Ziel 120Z008	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Bürgerinnen und Bürger erhalten einen direkten Zugang zur Verwaltung (Förderung social media).								
01 Betreute Webseiten und Social-Media-Plattformen	Anzahl	-	-	5	5	5	5	●
02 Monatliche Zugriffe auf www.ag.ch	Anzahl	-	-	420'000	440'000	460'000	480'000	◑
03 Auf den Social-Media-Plattformen des Kantons vom Kommunikationsdienst RR publizierte Beiträge	Anzahl	-	-	400	400	400	400	●

02: Das Ziel wird neu in den AFP 2014-2017 aufgenommen. Die Entwicklung der monatlichen Zugriffe auf www.ag.ch ist geschätzt und basiert noch nicht auf Erfahrungswerten.

Ziel 120Z009	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Rechtsfrieden wird durch rasche und definitive Streiterledigung wieder hergestellt.								
01 Neueingänge Beschwerden im Zuständigkeitsbereich des Rechtsdiensts des Regierungsrats	Anzahl	164	230	230	230	230	230	
02 Anteil der erledigten Fälle im Verhältnis zu den eingegangenen Beschwerden	%	107.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	
03 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer von Beschwerden	Tage	125	145	145	145	145	145	

01: Die Anzahl Beschwerden ist nicht steuerbar. Die Plangrösse wurde vorsichtig von 250 auf 230 reduziert.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**11'191**	**11'163**	**-0.3%**	**11'236**	**11'485**	**11'639**
Globalbudget Aufwand	**-**	**12'190**	**12'280**	**0.7%**	**12'461**	**12'631**	**12'710**
30 Personalaufwand	-	7'885	7'814	-0.9%	7'628	7'708	7'742
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	3'395	3'562	4.9%	4'031	4'111	4'147
36 Transferaufwand	-	910	904	-0.7%	803	812	821
Globalbudget Ertrag	**-**	**-999**	**-1'117**	**11.8%**	**-1'226**	**-1'145**	**-1'070**
42 Entgelte	-	-779	-897	15.2%	-1'006	-925	-850
49 Interne Verrechnungen	-	-220	-220	0.0%	-220	-220	-220
LUAE Saldo	**-**	**544**	**406**	**-25.4%**	**70**	**143**	**323**
LUAE Aufwand	**-**	**759**	**621**	**-18.2%**	**285**	**393**	**573**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	135	115	-14.8%	115	120	120
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	624	506	-19.0%	170	273	453
LUAE Ertrag	**-**	**-215**	**-215**	**0.0%**	**-215**	**-250**	**-250**
42 Entgelte	-	-215	-215	0.0%	-215	-250	-250
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**717**	**256**	**-64.3%**	**232**	**116**	**37**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**717**	**256**	**-64.3%**	**232**	**116**	**37**
50 Sachanlagen	-	717	256	-64.3%	232	116	37
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

31: Für die Wahljahre 2015 und 2016 gibt es Mehraufwendungen im Bereich Wahlen und Abstimmungen. 2017 ist der Start eines neuen Verpflichtungskredits für die Erneuerung des Intranets sowie die Ablösung bestehender Fachapplikationen im Zusammenhang mit E-Government geplant.
42: Aufgrund von Erfahrungswerten wurden die Einnahmen für das Amtsblatt erhöht. In den Wahljahren 2015 und 2016 gibt es Rückerstattungen aufgrund des Versands von Wahlpropaganda.

LUAE

33: Der Abschreibungsaufwand hängt mit dem Nutzungsbeginn von verschiedenen Projekten zusammen (zum Beispiel E-Voting, Wahl- und Abstimmungssystem etc.).

Investitionsrechnung

Die Investitionsrechnung entspricht dem Investitionsaufwand aus verschiedenen Projekten (zum Beispiel E-Voting, Erneuerung Wahl- und Abstimmungssystem Kanton Aargau).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**11'735**	**11'568**	**-1.4%**	**11'305**	**11'628**	**11'962**
- Abschreibungen*	-	624	506	-19.0%	170	273	453
+ Nettoinvestitionen	-	717	256	-64.3%	232	116	37
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**11'828**	**11'319**	**-4.3%**	**11'368**	**11'472**	**11'546**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**1'909**	**1'565**	**-18.0%**	**1'577**	**1'475**	**1'553**
	VK-Globalbudget	-	1'192	1'309	9.8%	1'344	1'359	1'516
	VK-Investitionsrechnung	-	717	256	-64.3%	232	116	37
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**1'280**	**677**	**-47.1%**	**775**	**600**	**614**
	Aufwand	-	1'280	677	-47.1%	775	600	614
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**630**	**888**	**41.0%**	**802**	**875**	**939**
	Aufwand	-	630	906	44.0%	802	881	942
	Ertrag	-	-	-19		-1	-7	-3
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

Die Abweichungen entsprechen dem Verlauf der Projekte

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**47.77**	**50.75**	**50.45**	**-0.6%**	**49.45**	**49.95**	**49.95**
Ordentliche Stellen	46.59	49.65	49.15	-1.0%	48.15	48.65	48.65
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	1.18	1.10	1.30	18.2%	1.30	1.30	1.30

Aufgabenbereich 210: Polizeiliche Sicherheit

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Dem Aufgabenbereich obliegen die Bekämpfung der Kriminalität durch Prävention und Repression, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Kontrolle des Verkehrs zur Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung. Die Rechtsgüter der einzelnen Personen werden geschützt.

Zuständige Kommission
Kommission für Sicherheit (SIK)

Leistungsgruppen
LG 210.10 Verkehrssicherheit
LG 210.20 Sicherheit und Ordnung
LG 210.30 Kriminalitätsbekämpfung
LG 210.90 Organisationseinheit Kantonspolizei

Organisation
Die öffentliche Sicherheit und Ordnung wird im Kanton Aargau auf der Basis einer dualen Organisation gewährleistet. Während die Polizeikräfte der Gemeinden für die lokale Sicherheit verantwortlich sind, ist die Kantonspolizei für die Kriminal-, Sicherheits- und Verkehrspolizei zuständig. Der Kantonspolizei obliegt die Führungsfunktion bei der allgemeinen Polizeitätigkeit im Kanton.

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Kriminalitätsbekämpfung
Die lückenlose Aufklärung schwerer Straftaten wie zum Beispiel Tötung, Vergewaltigung, Raub, Brandstiftung oder gewerbsmässiger Drogenhandel behalten bei der Kriminalitätsbekämpfung höchste Priorität. Die am 1. Januar 2011 in Kraft gesetzte schweizerische Strafprozessordnung hat insbesondere aufgrund des Ausbaus der Parteirechte, der erhöhten Anforderungen an die Beweisführung und die formale Dokumentations- und Protokollpflicht zu einer spürbaren Erhöhung des personellen und materiellen Aufwands bei der Kriminalitätsbekämpfung geführt. Die ersten Erfahrungen ergaben für das Jahr 2011 einen Mehraufwand von ca. 9 Personenjahren.
Im Rahmen der Aktion "Crime Stop" wird die sichtbare Präsenz an den Hotspots sowie in Quartieren hochgehalten. Asylunterkünfte werden intensiv überwacht und Rayonbeschränkungen veranlasst. Die Zusammenarbeit zwischen der Kantonspolizei, der Staatsanwaltschaft, dem Amt für Justizvollzug und dem Amt für Migration und Integration wird weiter intensiviert.

Sicherheit und Ordnung
Die wachsende Bevölkerung erfordert mit ihrem veränderten multikulturellen Umfeld und dem Trend zur 24-Stunden Gesellschaft mehr polizeilichen Aufwand zur Erhaltung des aktuellen Sicherheitsniveaus. Gewaltdelikte und Delinquenz von Personen aus dem Asylbereich erfordern weiterhin eine hohe polizeiliche Präsenz und intensive Kontrollen an Hotspots. Die Interventionen (mit und ohne Delikt) wegen häuslicher Gewalt verharren seit 3 Jahren auf stabilem Niveau.

Verkehrssicherheit
Es ist davon auszugehen, dass das individuelle Mobilitätsverhalten der Bevölkerung hoch bleibt und deshalb im Zusammenhang mit dem Bevölkerungswachstum mehr Individualverkehr entsteht. Die Pendlerströme dürften weiter zunehmen, was insbesondere zu Stosszeiten den Verkehrsfluss hemmen wird. Der technologische Fortschritt verbessert die Selbstüberwachung der Fahrzeuge und die Verkehrsüberwachung der Polizei, was sich wiederum positiv auf die Verkehrsunfallentwicklung auswirken könnte. Die demografische Verschiebung der Altersstruktur zugunsten älterer und zulasten jüngerer Bevölkerungsgruppen vermindert die Unfallrisiken durch Neulenker (z.B. Unerfahrenheit, Geschwindigkeit), erhöht aber die Risiken altersbedingter Fahruntauglichkeit. Mit dem Verkehrssicherheitspaket Via sicura soll die Zahl der Verkehrsopfer weiter gesenkt werden. Das am 1. Januar 2013 in Kraft getretene erste Massnahmenpaket mit verschärften Sanktionen wird eine präventive Wirkung erzielen und das Unfallgeschehen positiv beeinflussen. Das Verkehrssicherheitspaket Via sicura beinhaltet zwei weitere Massnahmenpakete, welche gestaffelt bis 2015 in Kraft treten. Dabei sind die Rahmenbedingungen und der Investitionsbedarf zur Implementierung der beweissicheren Atem-Alkoholkontrolle noch nicht bekannt.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

210E001	Erneuerung der Führungsinfrastruktur und Zusammenfassung der Notrufzentralen
2007-2013	Erarbeitung Projekt
2013	Bewilligung Grosskredit durch den Grossen Rat
2017	Abschluss der Realisierung

Aufgrund der Erfahrungen bei Grossereignissen (vor allem Hochwasser 2005) genügen die Führungsinfrastruktur des kantonalen Führungsstabs und die Einsatzzentrale des Polizeikommandos nicht mehr. Es sind räumliche Vergrösserungen und technische Anpassungen notwendig. Die bestehenden drei Notrufzentralen werden in einer Zentrale zusammengefasst. Der Verpflichtungskredit ist im Aufgabenbereich 430 (Immobilien Aargau) eingestellt, mit Ausnahme der bei der Kantonspolizei notwendigen Projektstellen für die polizeibezogenen Aspekte des Vorhabens.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	39.38

210E002	Personalaufbau zur Erreichung des Mindestbestandes des Polizeikorps gemäss Polizeigesetz vom 6. Dezember 2005
bis 2016	Intensivierung der Rekrutierungsmassnahmen und Erhöhung der Anzahl Polizeischüler-/innen von 30 auf 38
bis 2017	Sicherstellung der zusätzlich benötigten Infrastruktur
2017	Ausbau der Spezialdienste zur Optimierung der Kriminalitätsbekämpfung

Am 27. Januar 2010 beschloss der Regierungsrat die Umsetzung der Vorgaben zur Polizeidichte bis im Jahr 2017 gemäss § 13 Polizeigesetz. Dabei soll die Verhältniszahl 1:700 (1 Polizist/Polizistin auf 700 Einwohnerinnen/Einwohner) erreicht werden. Die zusätzlich notwendigen Stellen sollen zu 2/3 durch die Kantonspolizei und zu 1/3 durch die Polizeikräfte der Gemeinden aufgebaut werden. Für die Bereitstellung der zusätzlichen baulichen Infrastruktur werden dem Grossen Rat verschiedene Kreditbegehren unterbreitet. Während der Personalaufbau im Globalbudget des AB 210 eingestellt ist, werden die Infrastrukturausgaben vom Aufgabenbereich 430 Immobilien Aargau getragen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2013-0072 vom 25. Juni 2013 und Verpflichtungskredite Regierungsrat	Mio. Fr.	3.14

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 210Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Niveau des subjektiven Sicherheitsempfindens ist hoch.								
01 Personalstunden uniformierte Präsenz	Stunden	146'069	147'000	148'000	148'000	148'000	148'000	●
02 Polizeikräfte der Gemeinden: Personalstunden uniformierte Präsenz	Stunden	226'682	146'000	149'000	151'000	154'000	156'000	○
03 Max. 15 Min. zwischen Alarmierung und Eintreffen der Polizei (Minimalwert)	%	84.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
04 Interventionen bei Gewalt im öffentlichen Raum ohne Delikt	Anzahl	96	100	100	100	100	100	◑
05 Interventionen bei häuslicher Gewalt (ohne Delikt)	Anzahl	341	260	260	260	260	260	◑
06 Polizeikräfte der Gemeinden: Interventionen bei häuslicher Gewalt (ohne Delikt)	Anzahl	499	510	510	510	510	510	○
07 Jugendpatrouillen	Anzahl	350	350	350	350	350	350	●
08 Grosskontrollen	Anzahl	54	60	60	60	60	60	●
09 Subjektives Sicherheitsempfinden: Umfrageantwort "sicher" (minimaler Anteil)	%	96.0	-	-	-	95.0	-	◑

02: Die Stunden basieren auf einer Nettojahresarbeitszeit von 1'800 Std. der Regionalpolizeien und dem festgelegten Standard gemäss Indikator I18 (LG 210.20, Polizeikräfte der Gemeinden: 30% uniformierte Präsenz im Verhältnis zur Nettoarbeitszeit). Dieser Minimalstandard wird stets deutlich übertroffen (2012: 48%).
04: In den Fällen, in denen das Opfer bei einem Antragsdelikt auf Stellung eines Strafantrages verzichtet, wird ein Bericht erstellt.
05: Interventionen bei häuslicher Gewalt ohne Delikt sind Aufgabe der Polizeikräfte der Gemeinden. Der im Indikator ausgewiesene Wert weist die subsidiäre Unterstützung durch die Kantonspolizei aus. Während die Interventionen ohne Delikt gegenüber 2012 zurückgehen dürften, wird bei den Interventionen mit Delikt von einer Zunahme ausgegangen (210Z002-I05). Die Summe der Interventionen der Kantonspolizei dürfte von 640 auf 690 leicht zunehmen.
07: Unter einer Jugendpatrouille wird der Einsatz von in der Regel 2 Jugendsachbearbeitenden verstanden, welche während der Patrouillentätigkeit im Bereich Jugend und Gewalt tätig sind. Der Einsatz der Jugendpatrouille dauert mindestens 3 Stunden pro Mitarbeitende.
08: Unter Grosskontrollen werden geplante Aktionen mit mindestens 10 Mitarbeitenden unter der Leitung einer Kaderperson mit dem Fokus auf Fahndung (Kontrolle von Personen/Fahrzeugen) verstanden.
09: Die Bevölkerungsumfrage, welche unter anderem das subjektive Sicherheitsempfinden zur Sprache bringt, wird in der Regel alle vier Jahre durchgeführt.

Ziel 210Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Vertrauen der Bevölkerung ist durch die konsequente polizeiliche Bekämpfung der Kriminalität stark.								
01 Bearbeitete Straftaten nach Strafgesetzbuch (StGB)	Anzahl	25'778	25'000	25'000	25'500	26'000	26'500	◑
02 Aufklärungsquote der Straftaten gemäss Strafgesetzbuch (Minimalwert)	%	32.8	33.0	33.0	33.0	34.0	35.0	◑
03 Bearbeitete Gewaltstraftaten	Anzahl	2'144	2'500	2'500	2'500	2'500	2'500	◑
04 Aufklärungsquote Gewaltstraftaten (Minimalwert)	%	87.6	88.0	90.0	90.0	90.0	90.0	◑
05 Bearbeitete Straftaten häuslicher Gewalt	Anzahl	299	430	430	430	430	430	◑
06 Bearbeitete Einbruchdiebstähle nach StGB	Anzahl	2'774	2'600	2'500	2'400	2'400	2'400	◑
07 Aufklärungsquote Einbruchdiebstahl (Minimalwert)	%	11.8	14.0	15.0	15.0	15.0	15.0	◑
08 Festnahmen	Anzahl	1'952	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800	◑

02: Als aufgeklärt gilt in der polizeilichen Statistik eine Straftat, wenn nach polizeilichem Ermessen zumindest eine Person als Urheber der Straftat identifiziert werden kann. Dies sagt nichts über den weiteren Verlauf des möglicherweise anschliessenden Justizverfahrens aus. Zur Bildung der Aufklärungsquote werden alle (unabhängig von Tatort und Tatzeit) in der Berichtsperiode durch die Kantonspolizei rapportierten und aufgeklärten Straftaten verrechnet.
03: 2012 war erstmals ein markanter Rückgang der Gewaltstraftaten festzustellen (2011: 2'477). Ob dieser Rückgang nachhaltig ist, lässt sich gegenwärtig noch nicht abschätzen. - Die Definition der Gewaltdelikte folgt jener der schweizerischen Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS): Tötungsdelikt (Art. 111-116 StGB), Schwere Körperverletzung (Art. 122), Geiselnahme (Art. 185), Vergewaltigung (Art. 190), Raub (Art. 140), Einfache Körperverletzung (Art. 123), Tätlichkeiten (Art. 126), Raufhandel (Art. 133), Angriff (Art. 134), Nötigung (Art. 181), Freiheitsberaubung / Entführung (Art. 183+184), Sexuelle Nötigung (Art. 189), Drohung / Gewalt gegen Beamte (Art. 285), Erpressung (Art. 156), Drohung (Art. 180).
05: Siehe Kommentar zu 210Z001-I05.
06: Die Einbruchdiebstähle werden ohne Einschleichediebstähle ausgewiesen.

08: Aufgrund der neuen Strafprozessordnung (Definitionen) werden die Festnahmen und nicht wie vormals die Verhaftungen/Anhaltungen ausgewiesen. Die Festnahmen setzen sich u.a. aus § 31 Abs. 1 Polizeigesetz, § 11 Abs. 1 und 2 Einführungsgesetz zum Ausländerrecht, Art. 217 und Art. 221 der Eidg. Strafprozessordnung sowie Rückführungen von Vermissten/Entwichenen (z. B. in die Psychiatrische Klinik Königsfelden) zusammen. Erfasst werden neu nur noch Festnahmen/Gewahrsam, d. h. Personen, welche eingesperrt werden (anders als bei der Anhaltung).

Ziel 210Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die objektive Verkehrssicherheit auf Autobahnen und Kantonsstrassen ist hoch.								
01 Verzeigungen gemäss Strassenverkehrsgesetz Art. 90/2 und Art. 90/3	Anzahl	2'183	2'000	1'800	1'700	1'700	1'700	◑
02 Polizeikräfte der Gemeinden: Verzeigungen gemäss Strassenverkehrsgesetz Art. 90/2 und Art. 90/3	Anzahl	269	320	300	280	280	280	○
03 Rapportierte Verkehrsunfälle	Anzahl	2'552	2'800	2'600	2'500	2'500	2'500	◑
04 Ordnungsbussen	Anzahl	58'623	55'000	55'000	55'000	55'000	55'000	◑
05 Leicht- und Schwerverletzte bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	1'537	1'700	1'600	1'550	1'500	1'500	◑
06 Schwerverletzte bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	294	270	260	250	250	240	◑
07 Verkehrstote bei Unfällen (Maximalzahl)	Anzahl	21	18	17	16	15	14	◑

Allgemein kann davon ausgegangen werden, dass sich die Unfallzahlen und ihre Folgen wegen des technologischen Fortschritts und der Verkehrsüberwachung durch die Polizei positiv entwickeln.
01: Art. 90 Abs. 2 SVG: Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe wird bestraft, wer durch grobe Verletzung der Verkehrsregeln eine ernstliche Gefahr für die Sicherheit anderer hervorruft oder in Kauf nimmt.
Art. 90 Abs. 3 SVG: Mit Freiheitsstrafe von einem bis zu vier Jahren wird bestraft, wer durch vorsätzliche Verletzung elementarer Verkehrsregeln das hohe Risiko eines Unfalls mit Schwerverletzten oder Todesopfern eingeht, namentlich durch besonders krasse Missachtung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit, waghalsiges Überholen oder Teilnahme an einem nicht bewilligten Rennen mit Motorfahrzeugen.
04: Die Zahl der Ordnungsbussen dürfte rückläufig sein, weil gegenüber dem Budget 2013 der Personaleinsatz vom Bereich Verkehr zur Kriminalitätsbekämpfung verlagert wurde.
06: Als schwerverletzt gilt, wer schwere, sichtbare Beeinträchtigungen aufweist, die normale Aktivitäten zu Hause für mindestens 24 Stunden verhindern (z.B. Bewusstlosigkeit oder Knochenbruch [exkl. Fingerbruch] oder Spitalaufenthalt von mehr als einem Tag.)

Ziel 210Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Polizeidichte entspricht 1 Polizist/Polizistin auf 700 Einwohnerinnen/Einwohner.								
01 Einwohner/innen auf 1 Polizist/in (Kantonspolizei und Polizeikräfte der Gemeinden) im Kanton Aargau	Anzahl	725	723	707	701	698	700	◑
02 Einwohner/innen auf 1 Kantonspolizist/in im Kanton Aargau	Anzahl	1'048	1'046	1'046	1'042	1'041	1'039	●
03 Grösse des Polizeikorps der Kantonspolizei (100 Stellenprozent)	Anzahl	593	599	610	621	629	638	●
04 Grösse der Polizeikräfte der Gemeinden (100 Stellenprozent)	Anzahl	264	270	291	300	308	310	○

Die Planung der Polizeidichte beruht auf der neusten Bevölkerungsprognose vom Juni 2013. Massgebend für die Zielerreichung des Personalaufwuchses bzw. der Polizeidichte in einem bestimmten Jahr ist die Bevölkerungszahl des Kantons Aargau am Anfang des betreffenden Jahres. Lesebeispiel 2015: Bevölkerungsprognose für Ende 2014 645'595 geteilt durch die Grösse der Polizeikorps Kanton und Gemeinden von 921 (I03+I04) ergibt die geplante Polizeidichte von 701 (I01).

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**74'377**	**76'423**	**2.7%**	**77'788**	**78'427**	**80'375**
Globalbudget Aufwand	**-**	**107'824**	**107'680**	**-0.1%**	**108'803**	**109'685**	**112'352**
30 Personalaufwand	-	89'473	90'923	1.6%	92'011	93'421	95'193
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	17'880	15'465	-13.5%	15'500	14'972	15'867
36 Transferaufwand	-	471	1'292	174.2%	1'292	1'292	1'292
Globalbudget Ertrag	**-**	**-33'447**	**-31'258**	**-6.5%**	**-31'015**	**-31'258**	**-31'978**
42 Entgelte	-	-10'447	-10'408	-0.4%	-10'165	-10'408	-10'408
46 Transferertrag	-	-1'100	-1'150	4.5%	-1'150	-1'150	-1'150
49 Interne Verrechnungen	-	-21'900	-19'700	-10.0%	-19'700	-19'700	-20'420
LUAE Saldo	**-**	**1'262**	**838**	**-33.6%**	**869**	**2'855**	**3'174**
LUAE Aufwand	**-**	**1'262**	**838**	**-33.6%**	**869**	**2'855**	**3'174**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	1'262	838	-33.6%	869	2'855	3'174
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**3'438**	**3'549**	**3.2%**	**2'036**	**472**	**500**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**3'438**	**3'549**	**3.2%**	**2'036**	**472**	**500**
50 Sachanlagen	-	3'438	3'549	3.2%	2'036	472	500
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Die Hauptursachen für den erhöhten Saldo im Globalbudget liegen in einem höheren Personalaufwand und in den tieferen internen Verrechnungen für Aufgaben der Verkehrssicherheit.
Das Polizeigesetz (PolG) legt in § 13 fest, dass sich der Mindestbestand des Kantonspolizeikorps nach der jeweiligen Einwohnerzahl richtet. Pro 700 Kantonseinwohner ist mindestens eine Polizistin beziehungsweise ein Polizist erfoderlich. Mitgezählt für diese Bestimmung werden auch die Korpsbestände der Polizeikräfte der Gemeinden (Regionalpolizei). Gegenüber dem Budget 2013 ist für die Jahre 2014 und 2015 eine weitere Aufstockung des Korps der Kantonspolizei um jeweils 11 Polizistinnen und Polizisten vorgesehen (je 1.0 Mio. Franken). In den Planjahren 2016 und 2017 sind 8 respektive 9 zusätzliche Korpsangehörige vorgesehen.
Beim Sachaufwand wurden die Kosten gegenüber dem Budget 2013 um 1.4 Mio. Franken reduziert. Diese Massnahmen erfolgten hauptsächlich durch den Verzicht beim Kauf neuer Uniformgegenstände (0.2 Mio. Franken), durch eine Reduktion beim Fahrzeugersatz (0.5 Mio. Franken) sowie bei laufenden Betriebskosten im Fahrzeug- und Kommunikationsbereich (0.5 Mio. Franken).
Die Erträge setzen sich aus Ordnungsbussen (5.0 Mio. Franken) und aus Dienstleistungen gemäss Gebührenverordnung der Kantonspolizei (6.6 Mio. Franken) sowie aus Internen Verrechnungen aus der Strassenrechnung im Bereich der Verkehrssicherheit (19.7 Mio. Franken) zusammen. Die in den Jahren 2012 und 2013 vorgenommene Verlagerung des Ressourceneinsatzes von der Leistungsgruppe Verkehrssicherheit zur Kriminalitätsbekämpfung soll bis auf Weiteres beibehalten werden. Die Einnahmen aus der Strassenrechnung fallen dadurch um 2.2 Mio. Franken tiefer aus.

LUAE

Die Investitionen für den Ersatz des Rapportierungssystems RAPOL und für die die Erneuerung der Funkgeräte POLYCOM werden im Jahr 2015 abgeschlossen. Dies führt ab 2016 zu einer Erhöhung der Abschreibungen bei der in der Bilanz aktivierten Software und den Geräten.

Investitionsrechnung

In den Jahren 2013 bis 2015 werden grössere Investitionen für den Ersatz des Rapportierungssystems der Kantonspolizei RAPOL (4.9 Mio. Franken des Gesamtkredits von 5.132 Mio. Franken) und für die Erneuerung der Funkgeräte POLYCOM (2.0 Mio. Franken) getätigt.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**75'639**	**77'261**	**2.1%**	**78'658**	**81'282**	**83'549**
- Abschreibungen*	-	1'262	838	-33.6%	869	2'855	3'174
+ Nettoinvestitionen	-	3'438	3'549	3.2%	2'036	472	500
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**77'815**	**79'972**	**2.8%**	**79'824**	**78'899**	**80'875**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**3'628**	**5'009**	**38.1%**	**3'466**	**1'902**	**1'930**
	VK-Globalbudget	-	190	1'460	668.4%	1'430	1'430	1'430
	VK-Investitionsrechnung	-	3'438	3'549	3.2%	2'036	472	500
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**420**	**610**	**45.2%**	**430**	**230**	**730**
	Aufwand	-	420	610	45.2%	430	230	730
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**605**	**1'115**	**84.3%**	**275**	**-**	**-**
	Aufwand	-	605	1'115	84.3%	275	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**2'603**	**3'284**	**26.2%**	**2'761**	**1'672**	**1'200**
	Aufwand	-	2'603	3'284	26.2%	2'761	1'672	1'200
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Ablösung RAPOL									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	5'132	5'132	-	1'635	1'100	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	geplant	162	-	-	-	-	-	-	-
Kantonale Notrufzentrale									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	39'380	39'380	-	449	461	472	-	-
Rechtsmedizinische Leistungen KSA									
VK, wiederkehrender A.	25.06.2013	1'200	1'200	-	1'200	1'200	1'200	1'200	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**688.90**	**702.20**	**711.45**	**1.3%**	**724.20**	**732.20**	**739.20**
Ordentliche Stellen	686.95	700.20	711.20	1.6%	722.20	730.20	739.20
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	1.95	2.00	0.25	-87.5%	2.00	2.00	0

Die Veränderungen bei den Ordentlichen Stellen geben den Personalaufwuchs zur Erreichung der im Polizeigesetz festgelegten Polizeidichte wieder (210Z004).
2017 werden die Projektstellen nach Abschluss des Projekts Erneuerung Führungsinfrastruktur und Zusammenfassung der Notrufzentralen (210E001) wegfallen.

Aufgabenbereich 215: Verkehrszulassung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich Verkehrszulassung umfasst alle Leistungen im Zusammenhang mit der Zulassung von Personen und Fahrzeugen zum Strassenverkehr: Prüfung von Fahrzeugen, Prüfung von Lenkerinnen und Lenkern, Umsetzung von Administrativmassnahmen (Verwarnung, Ausweisentzug, etc.) sowie Inkasso der Motorfahrzeugabgaben.

Zuständige Kommission
Kommission für Sicherheit (SIK)

Leistungsgruppen
LG 215.10 Fahrzeug- und Führerzulassung
LG 215.20 Fahrzeug- und Führerprüfungen
LG 215.30 Administrativmassnahmen
LG 215.40 Motorfahrzeugabgaben
LG 215.90 Organisationseinheit Strassenverkehrsamt

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
In den kommenden Jahren werden die Mobilität und der Fahrzeugbestand weiter zunehmen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt ein ungebrochenes Wachstum (2012: +2.4%). Tendenziell nimmt das Durchschnittsalter der eingelösten Fahrzeuge zu. Dies führt - bei gleichbleibender Regelmässigkeit der Kontrollen - zu einer Erhöhung der Anzahl durchzuführender periodischer Fahrzeugprüfungen. Mit Blick auf die Zunahme des Bestands an Personenwagen von rund 10'000 Fahrzeugen pro Jahr ist die Eröffnung einer neuen Prüfstelle im Fricktal geplant. Diese wird voraussichtlich nicht vor 2018 den Betrieb aufnehmen.

Im Bereich Administrativmassnahmen wächst die Anzahl eingegangener Polizeirapporte betreffend Personen mit Wohnsitz im Kanton Aargau jährlich an (2012: +2.8%). Bedingt durch die demografische Entwicklung steigt die Zahl der älteren Verkehrsteilnehmenden und damit der Aufwand für die Überprüfung der Fahrfähigkeit ebenfalls an (2012: +7.7%).
Am 1. Januar 2013 trat ein erstes Bundespaket mit Massnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms «Via sicura» in Kraft. Darin enthalten sind Massnahmen gegen Raser wie die Einziehung und Verwertung von Motorfahrzeugen sowie das Verbot von Radarwarnungen. Im Anschluss an das erste Bundespaket tritt per 1. Januar 2014 das zweite Bundespaket in Kraft mit der obligatorischen Anordnung einer Fahreignungsuntersuchung bei Fahren in angetrunkenem Zustand mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille oder mehr.

Diese Gründe führen zu einer Zunahme der zu verarbeitenden Geschäftsfälle sowie deren Komplexität. Die ständig zunehmende Geschäftslast zwingt zu Elektronisierungen der Abwicklungen (E-Rechnung, elektronischer Versicherungsnachweis, emedko). Die gleiche Leistungsqualität wie in den Vorjahren kann nur durch eine Aufstockung des Personalbestands erreicht werden.

Die VIACAR AG wurde beauftragt, ein in VIACAR integriertes Dokumentmanagementsystem (DMS) zu konzipieren. Die allfälligen Kosten und der Finanzierungsanteil des Kantons Aargau sind noch nicht bekannt. Dieses Projekt erlaubt es dem Strassenverkehrsamt, auf die geplante Einführung eines eigenen DMS zu verzichten.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

215E001	Sanierung Verwaltungsgebäude
2011	Bewilligung Grosskredit durch den Grossen Rat
2011-2014	Bauausführung

Die Sanierung der Schalterhalle geht in die Endphase. Die Bauabnahme erfolgte am 11. Februar 2013. Die Schalterhalle wurde Anfang März 2013 bezogen. Die Planung der Etappe 2, Sanierung Verwaltungstrakt, läuft bereits auf Hochtouren. Nach Aussagen des Generalplanerteams werden vergangene Probleme und Verzögerungen in die weitere Planung miteinbezogen. Insbesondere die Verzögerung der Wand- und Deckenelemente veranlasste das Team, intensiver mit den Lieferanten und Handwerkern zusammenzuarbeiten, damit der Endtermin der Sanierung (Dezember 2013/Januar 2014) gehalten werden kann. Im Weiteren muss mit einer umfangreichen Sanierung des Parkings und des Parkdecks gerechnet werden. Nach fundierten und detaillierten Untersuchungen und Probebohrungen geht das Ingenieurteam davon aus, dass die ganze Beton-Grundstruktur saniert oder angepasst werden muss, was zu rund 500'000 Franken Mehrkosten als geplant führen wird. Sobald endgültige Zahlen vorliegen, wird die Baukommission darüber befinden. Die Gesamtkosten können voraussichtlich eingehalten werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2011-1038 vom 18. Januar 2011	Mio. Fr.	21.92

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 215Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Es nehmen nur verkehrstaugliche Fahrzeuge am Verkehr teil.								
01 Bestand Motorfahrzeuge, Anhänger, Mofas und Schiffe	Anzahl	520'320	533'281	546'693	560'361	574'370	588'729	○
02 Bestand Personenwagen	Anzahl	357'826	366'294	375'506	384'893	394'516	404'379	○
03 Motorisierungsgrad (Personenwagen pro 1000 Einwohner/innen)	Anzahl	573	588	578	588	595	602	○
04 Anteil Personenwagen älter als 7 Jahre	%	53.4	52.4	55.0	56.0	56.0	57.0	○
05 Durch das Strassenverkehrsamt durchgeführte Fahrzeugprüfungen (erste und wiederholte Prüfungen)	Anzahl	96'168	96'000	101'000	101'000	101'000	101'000	●
06 Beanstandungsquote Fahrzeugprüfungen Strassenverkehrsamt	%	18.3	19.0	19.0	19.0	19.0	19.0	◑
07 Durchgeführte Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperte	Anzahl	3'037	3'012	3'100	3'100	3'100	3'100	●
08 Fahrzeugprüfungen durch externe Partner	Anzahl	48'679	50'000	50'000	50'000	50'000	50'000	◑
09 Beanstandungsquote Fahrzeugprüfungen durch externe Partner	%	20.2	19.7	19.7	19.7	19.7	19.7	◑
10 Anteil der eingehaltenen Prüfungsintervalle für Personenwagen	%	80.2	85.0	79.8	80.1	80.5	80.8	●
11 Personenwagen über dem gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungsintervall und über dem betriebsnotwendigen Arbeitsvorrat	Anzahl	22'752	23'850	25'500	26'000	26'500	27'000	●

01: Der Bestand wuchs in den letzten drei Jahren im Durchschnitt um 2.4%. Auch in den Planjahren wird mit einem kontinuierlichen Wachstum von jährlich 2.5% gerechnet.
02: Der Bestand wuchs in den letzten drei Jahren durchschnittlich um 2.5%. Es wird mit einem gleich bleibenden Wachstum geplant.
04: Der Anteil der über 7-jährigen Personenwagen blieb in den letzten drei Jahren stabil (durchschnittlich 55% vom Bestand Personenwagen). Da tendenziell das Durchschnittsalter der eingelösten Fahrzeuge zunimmt, wird mit einer leichten Zunahme der Personenwagen älter als 7 Jahre geplant.
05: Durch die geplante Anstellung von einem Verkehrsexperten im Juli 2013 wird mit einer leichten Zunahme der durchgeführten Fahrzeugprüfungen im 2014 gerechnet. Experten in Ausbildung führen keine Fahrzeugprüfungen durch. Die Ausbildung erfolgt im ersten Jahr der Anstellung und dauert ca. ein Jahr.
07: Verkehrsexperten werden für die Abnahme von Führer- und Fahrzeugprüfungen in der Regel im Verhältnis 25% zu 75% eingesetzt. Für die Berechnung des Indikators wird nur der effektiv geleistete Fahrzeugprüfungsanteil verwendet. Beispiel mit Zahlen 2012: 96'168 Fahrzeugprüfungen dividiert durch (42.5 Experten x 74.5%) = 3'037 Fahrzeugprüfungen pro Experte. Die Zahlenreihen der letzten drei Jahre zeigen jedoch, dass pro Experte ca. 3'100 Fahrzeugprüfungen durchgeführt werden.
11: Dieser Indikator zeigt, wie viele Personenwagen hätten geprüft werden müssen (Überhang) abzüglich eines Arbeitsvorrats für die Planung der nächsten sechs Monate. Mit diesem Vorrat von prüfungspflichtigen Fahrzeugen ist gewährleistet, dass die Infrastruktur und Verkehrsexperten ausgelastet werden können. Wegen der Stellenplafonierung und der prognostizierten Erhöhung des Fahrzeugbestands in den Planjahren wird von einem Anstieg des Überhangs ausgegangen.

Ziel 215Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Es nehmen nur verkehrstaugliche Neulenkerinnen und Neulenker am Verkehr teil.								
01 Theoretische und praktische Führerprüfungen	Anzahl	30'757	31'000	31'500	31'600	31'700	31'800	○
02 Anteil der erfolgreich bestandenen ersten theoretischen Führerprüfungen (Basistheorie)	%	65.8	65.0	68.0	68.0	68.0	68.0	◑
03 Anteil der erfolgreich bestandenen ersten praktischen Führerprüfungen	%	65.2	66.0	64.0	64.0	64.0	64.0	◑
04 Durchgeführte theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperte	Anzahl	2'838	2'737	2'895	2'905	2'915	2'925	●

Ziel 215Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Dienstleistungen im Zusammenhang mit Fahrzeug- und Führerzulassung werden effizient erbracht.								
Fahrzeugzulassung								
01 Fahrzeugausweise	Anzahl	215'680	220'000	228'000	233'000	240'000	245'000	○
02 Erstellte Fahrzeugausweise pro Mitarbeitende der Fahrzeugzulassung	Anzahl	6'234	6'358	6'590	6'735	6'935	7'080	●
03 Sonderbewilligungen: Ausnahmefahrzeuge, Ausnahmetransporte, Sonntags- und Nachtfahrten	Anzahl	10'983	11'000	11'000	11'000	11'000	11'000	◑
Führerzulassung								
04 Lernfahrausweise	Anzahl	15'993	16'000	17'000	17'200	17'400	17'600	○
05 Führerausweise	Anzahl	47'340	49'000	50'500	51'000	51'500	52'000	○
06 Erstellte Führer- und Lernfahrausweise pro Mitarbeitende der Führerzulassung	Anzahl	6'032	5'652	5'870	5'930	5'990	6'050	●
Fahrzeug- und Führerzulassung								
07 Anteil der Wartezeit am Schalter Fahrzeug- und Führerzulassung unter 15 Minuten	%	90.1	90.0	89.0	87.0	85.0	83.0	●
08 Anteil von Kundinnen und Kunden, welche im Bereich Fahrzeug- und Führerzulassung (Schalterhalle) mit der Dienstleistung zufrieden sind	%	100.0	92.0	90.0	88.0	86.0	84.0	●

01: Die Zahlenreihen der letzten drei Jahre zeigen, dass der durchschnittliche Anteil der ausgestellten Fahrzeugausweise im Verhältnis zum Fahrzeugbestand ca. 41.7% betrug.
02: Bei gleichbleibendem Personalbestand infolge Stellenplafonierung im Bereich Fahrzeug- und Führerzulassung steigt die Anzahl der erstellten Fahrzeugausweise pro Mitarbeitende und damit die Belastung pro Mitarbeitende auf problematische Werte. Dies wiederum kann zu einer höheren Fluktuation führen und dadurch einen noch höheren Anstieg von Pendenzen bewirken, oder es müssen mehr Überstunden angeordnet werden.
06: Bei leicht steigender Anzahl ausgestellter Führer- und Lernfahrausweise und gleichzeitig unverändertem Personalbestand infolge Stellenplafonierung im Bereich Fahrzeug- und Führerzulassung erhöht sich die Anzahl der erstellten Führer- und Lernfahrausweise pro Mitarbeitende. Vgl. auch Kommentar zu I02.
07: Aufgrund der Stellenplafonierung ist von längeren Wartezeiten in der Schalterhalle auszugehen.

Ziel 215Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Anordnung der Administrativmassnahmen erfolgt rechtsgleich.								
01 Eingegangene Polizeirapporte betreffend Personen mit Wohnsitz im Kanton Aargau	Anzahl	18'942	19'500	20'000	20'600	21'300	22'000	○
02 Administrativmassnahmen (Ausweisentzüge, Verwarnungen u.a.)	Anzahl	16'379	15'500	17'550	18'155	18'860	19'365	◑
03 Eingegangene Beschwerden gegen Administrativmassnahmen	Anzahl	293	250	230	235	240	245	◑
04 Anteil der von der Beschwerdeinstanz ganz- oder teilweise gutgeheissenen Beschwerden	%	12.7	10.0	12.0	12.0	12.0	12.0	●

01: Per 1. Januar 2014 tritt das zweite Bundespaket "Via sicura" in Kraft mit der obligatorischen Anordnung einer Fahreignungsuntersuchung bei Fahren in angetrunkenem Zustand mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 Promille oder mehr. Aus diesem Grund wird mit einem Anstieg der eingegangenen Polizeirapporte betreffend Personen mit Wohnsitz im Kanton Aargau in den Planjahren gerechnet.
02: Aufgrund der Erfahrungswerte wird weiterhin mit einem Anstieg der Administrativmassnahmen in den Jahren 2014-2017 geplant (2012: +3.1%). Vor allem nach der Umsetzung des zweiten Pakets "Via sicura" wird mit einem starken Zuwachs der zu verarbeitenden Geschäftsfälle gerechnet.

Ziel 215Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die über 70-jährigen Ausweisinhaberinnen und -inhaber (Kat. B) absolvieren die vertrauensärztliche Kontrolluntersuchung termingerecht.								
01 Führerausweisinhaberinnen und -inhaber (Kat. B) über 70 Jahre	Anzahl	42'944	45'000	50'000	54'000	58'500	64'000	○
02 Anteil der Führerausweisinhaberinnen und-inhaber (Kat. B) über 70 Jahre am Total der Führerausweisinhaberinnen und -inhaber (Kat. B) aller Altersstufen	%	9.3	9.0	10.2	10.7	11.3	12.0	○
03 Erstellte Aufgebote zur periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung für über 70-jährige	Anzahl	22'851	24'750	27'000	29'000	31'000	34'000	●
04 Anteil der weiterbelassenen Führerausweise (Kat. B) am Total der Aufgebote zur periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung für über 70-jährige	%	89.1	86.0	81.5	82.8	83.9	85.3	◑
05 Freiwillige Verzichte auf den Führerausweis von über 70-jährigen	Anzahl	1'393	1'450	1'500	1'550	1'600	1'650	○

01: Der Anteil der Führerausweisinhaberinnen und -inhaber (Kat. B) über 70 Jahre nahm in den letzten Jahren kontinuierlich zu (2012: +7.7%). Aufgrund der demografischen Entwicklung wird in den Planjahren mit einem weiteren Anstieg gerechnet.
04: Die durchschnittliche Lebenserwartung und der Anteil der älteren Menschen in der Gesellschaft steigen an (Verbesserung der medizinischen Versorgung, gesunde Lebensweise). Aus diesen Gründen wird mit einer leicht steigenden Anzahl der weiterbelassenen Führerausweise (Kat. B) nach einer periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung geplant.
Ab 2013 wird die Anzahl der weiterbelassenen Führerausweise (Kat. B) nach einer periodischen verkehrsmedizinischen Kontrolluntersuchung neu berechnet (von September bis September). Die Zahlen werden vom Administrativmassnahmenregister des Bundes mit einer Verzögerung von drei Monaten zur Verfügung gestellt.

Ziel 215Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Strassenverkehrsamt sorgt für ein möglichst kostengünstiges Inkasso der Motorfahrzeugabgaben.								
01 Total Jahresrechnungen für die Motorfahrzeug-, Mofa- und Dauerbewilligungsabgaben	Anzahl	449'440	472'000	460'000	465'000	470'000	475'000	○
02 Entschädigung für das Inkasso für die Motorfahrzeugabgabe (zu Lasten Strassenrechnung)	1000 Fr.	5'106	5'000	5'200	5'200	5'200	5'200	◑
03 Nettoerträge Motorfahrzeugabgabe (Ablieferung an Strassenrechnung)	1000 Fr.	131'684	134'976	133'100	136'500	140'200	143'700	◑
04 Inkassokosten pro Rechnung für Motorfahrzeugabgaben	Fr.	10	9	9	8	8	8	◑
05 Anteil Inkassokosten am Total der Motorfahrzeugabgaben	%	4.3	4.0	4.0	3.9	3.8	3.7	◑

Mit diesem Ziel wird verfolgt, dass der Aufwand für das Inkasso (215Z006-I02) möglichst tief gehalten wird. Damit kann der grösstmögliche Teil der Motorfahrzeugabgaben (215Z006-I03) an die Strassenrechnung abgeliefert werden. Die Inkassokosten beinhalten sämtliche Kosten für den Bezug der Motorfahrzeugabgaben (Material- und Versandkosten, Arbeitsaufwand, usw.).

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**-15'114**	**-16'134**	**6.7%**	**-16'359**	**-17'080**	**-16'639**
Globalbudget Aufwand	**-**	**28'126**	**27'576**	**-2.0%**	**27'221**	**27'660**	**28'331**
30 Personalaufwand	-	18'744	19'077	1.8%	18'959	19'125	19'256
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	9'042	8'159	-9.8%	7'922	8'195	8'735
36 Transferaufwand	-	340	340	0.0%	340	340	340
Globalbudget Ertrag	**-**	**-43'240**	**-43'710**	**1.1%**	**-43'580**	**-44'740**	**-44'970**
42 Entgelte	-	-41'790	-42'260	1.1%	-42'130	-43'290	-43'520
46 Transferertrag	-	-1'450	-1'450	0.0%	-1'450	-1'450	-1'450
LUAE Saldo	**-**	**-1'482**	**-1'632**	**10.1%**	**-1'382**	**-1'382**	**-682**
LUAE Aufwand	**-**	**129'727**	**133'220**	**2.7%**	**136'678**	**140'223**	**143'690**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	100		100	100	-
39 Interne Verrechnungen	-	129'727	133'120	2.6%	136'578	140'123	143'690
LUAE Ertrag	**-**	**-131'209**	**-134'852**	**2.8%**	**-138'060**	**-141'605**	**-144'372**
40 Fiskalertrag	-	-129'967	-133'360	2.6%	-136'818	-140'363	-143'930
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-1'242	-1'492	20.1%	-1'242	-1'242	-442
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Der Rückgang des Sachaufwands im Budgetjahr ist einerseits auf Kürzungen bei verschiedenen Ausgabeposten wie Büromaterial, Porto- und Versandspesen, übriger Verwaltungsaufwand zurückzuführen. Andererseits wird vorerst auf die Realisierung des Projekts "Datenmanagementsystem StVA" verzichtet (300'000 Franken), weil die VIACAR AG ein entsprechendes Projekt prüft. Der Anstieg des Sachaufwands 2017 hängt mit dem Projekt ReDesign VIACAR zusammen.
Die Erträge fussen weiterhin auf einer Zunahme des Fahrzeugbestands von 2.5% pro Jahr.

LUAE

Die Motorfahrzeugabgaben verändern sich im Rahmen der Entwicklung des Fahrzeugbestands (+2.5% jährlich).

Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven:
Nach der Gründung der VIACAR AG per 1. Januar 2011 verblieb dem Kanton eine Rücklage, die in regelmässigen Jahrestranchen aufgelöst wird. Per 31. Dezember 2012 betrug die Rücklage 5.816 Mio. Franken. Die jährliche Auflösung von 1.242 Mio. Fr. wird im Jahr 2014 erhöht, damit im AB 215 die Saldovorgabe erreicht werden kann.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**-16'596**	**-17'766**	**7.0%**	**-17'741**	**-18'462**	**-17'321**
- Abschreibungen*	-	-	100		100	100	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-16'596**	**-17'866**	**7.6%**	**-17'841**	**-18'562**	**-17'321**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Motorfahrzeugabgaben							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	129'727	133'120	2.6%	136'578	140'123	143'690
Interne Verrechnung der Motorfahrzeugabgaben	-	129'727	133'120	2.6%	136'578	140'123	143'690
Total Ertrag	-	-129'727	-133'120	2.6%	-136'578	-140'123	-143'690
Motorfahrzeugabgabe	-	-129'727	-133'120	2.6%	-136'578	-140'123	-143'690

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**330**	**528**	**59.8%**	**558**	**630**	**660**
	VK-Globalbudget	-	330	528	59.8%	558	630	660
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**330**	**520**	**57.6%**	**550**	**580**	**610**
	Aufwand	-	330	520	57.6%	550	580	610
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**8**		**8**	**50**	**50**
	Aufwand	-	-	8		8	50	50
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	**Beschluss Grosser Rat**	**Kredit**	**Kredit mit Teuerung**	**Rest-Kredit 2013**	**Budget 2014**	**Planjahre 2015**	**2016**	**2017**	**Rest-Kredit 2017**
Rechtsmedizinische Leistungen KSA									
VK, wiederkehrender A.	25.06.2013	8	8	-	8	8	50	50	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**160.04**	**164.78**	**164.78**	**0.0%**	**166.78**	**168.78**	**168.78**
Ordentliche Stellen	160.04	164.78	164.78	0.0%	166.78	168.78	168.78
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 225: Migration und Integration

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die Aufgaben bestehen in der Erteilung und Verweigerung von Einreise-, Arbeits- und Anwesenheitsbewilligungen, in der Verlängerung oder dem Entzug von bestehenden ausländerrechtlichen Bewilligungen und dem Vollzug der von Kanton und Bund verfügten Wegweisungen von Personen, die keine Aufenthaltsberechtigung (mehr) besitzen, gegebenenfalls nach Anordnung von zweckmässigen Zwangsmassnahmen. Zudem obliegen dem Aufgabenbereich der Vollzug der flankierenden Massnahmen (FlaM) zur Personenfreizügigkeit und des Schwarzarbeitsgesetzes (BGSA) sowie die Koordination der staatlichen Integrationsvorhaben und die Umsetzung von Integrationsmassnahmen innerhalb der gesetzlichen Rahmenbedingungen.

Zuständige Kommission
Kommission für Sicherheit (SIK)

Leistungsgruppen
LG 225.10 Erwerbstätige
LG 225.20 Aufenthalt
LG 225.30 Asylverfahren
LG 225.40 Integration und Beratung
LG 225.90 Organisationseinheit Amt für Migration und Integration

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Am 5. März 2010 hat der Bundesrat den "Bericht zur Weiterentwicklung der Integrationspolitik des Bundes" verabschiedet. Gestützt darauf haben sich Bund und Kantone auf die strategischen Programmziele der langfristigen Integrationsförderung geeinigt. Diese bilden die verbindliche Grundlage für die neuen Programmvereinbarungen, welche der Bund mit den einzelnen Kantonen abschliesst.

Zwingende Voraussetzung für den weiteren Bezug von Bundesgeldern für die spezifische Integrationsförderung ab 2014 ist die Entwicklung kantonaler Integrationsprogramme (KIP), welche diesen Eckwerten entsprechen.

Die per 1. Januar 2013 in Kraft getretene Revision des Entsendegesetzes dürfte zu noch nicht bezifferbaren finanziellen Mehraufwendungen und zusätzlichem Arbeitsaufwand im Vollzug der Scheinselbständigkeitsbekämpfung führen. Weiter wird die Entsendegesetzrevision betreffend Subunternehmerhaftung aufgrund neuer Sanktionsmöglichkeiten ebenfalls zu Mehraufwand führen.

Die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative kann je nach Ausgestaltung erhebliche finanzielle und personelle Auswirkungen haben.

Die Auswirkungen der Teilrevision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) werden erst für die Planung berücksichtigt, wenn die Gesetzesänderung angenommen wurde.

Im Rahmen der Aktion Crime Stop wurden departementsübergreifend zusätzliche Massnahmen gegen die gestiegenen Sicherheitsprobleme mit Asylsuchenden ergriffen. Die damit verbundene Erhöhung der Personalressourcen und der Haftplätze findet ab 2014 in Indikatoren des Ziels 225Z008 Niederschlag.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

225E001	**Neuausrichtung der kantonalen Integrationsförderung gemäss den Bundesvorgaben im Rahmen von EKIM (Entwicklung kantonaler Integrationsprogramme und begleitende Massnahmen)**
2011-2013	Erarbeitung des Integrationsprogramms zur Umsetzung des Förderprogramms des Bundes
2014-2017	Umsetzung der drei Pfeiler (Information und Beratung / Bildung und Arbeit / weitere)

Der Kredit für die Integrationspauschale für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (IP) und der Integrationskredit für Ausländerinnen und Ausländer werden zusammengelegt. Der Bund erhöht seinen Beitrag für die spezifische Integrationsförderung, und die Ausrichtung der Subventionen an die Kantone wird an umfassende kantonale Integrationsprogramme und eine Mitfinanzierung der Kantone gebunden.
Über das kantonale Integrationsprogramm des Kantons Aargau (KIP) und den entsprechenden Kredit wird der Grosse Rat im Laufe des Jahres 2013 befinden. 2014 bis 2017 erfolgt die Umsetzung des Programms. Der Bruttoaufwand von 28.535 Mio. Franken setzt sich zusammen aus einem Gesamtaufwand KIP von 28.144 Mio. Franken und Vorlaufkosten von 0.391 Mio. Franken. Als Nettoaufwand des Kantons verbleiben 4.939 Mio. Franken (4.618 Mio. KIP und 0.321 Mio. Vorlaufkosten).

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2013-0134 vom 20. August 2013	Mio. Fr.	28.54

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 225Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Wirtschaft werden so weit möglich die entsprechend qualifizierten Arbeitskräfte bewilligt.								
01 Meldungen von bewilligungsfreien Einsätzen aus EU-/EFTA-Staaten (bis 90 Arbeitstage)	Anzahl	37'382	30'000	40'000	40'000	40'000	40'000	○
02 Bewilligte Entsendungen aus EU-EFTA-Staaten (über 90 Arbeitstage)	Anzahl	1'481	2'000	1'400	1'400	1'400	1'400	◑
03 Bewilligte Neueinreisen zum Stellenantritt (über 4 Monate)	Anzahl	6'989	6'900	7'000	7'000	7'000	7'000	◑
04 Davon Neueinreisen aus EU-/EFTA-Staaten zum Stellenantritt (über 4 Monate)	Anzahl	6'483	6'500	6'500	6'500	6'500	6'500	○
05 Davon Neueinreisen aus Drittstaaten zum Stellenantritt (über 4 Monate)	Anzahl	506	400	500	500	500	500	◑
06 Grenzgängerbewilligungen	Anzahl	6'835	7'000	4'000	4'250	4'500	7'000	○

01: Die Meldungen von bewilligungsfreien Einsätzen aus EU-/EFTA-Staaten (bis 90 Arbeitstage) stiegen in den letzten Jahren von 27'736 im Jahr 2010 auf 37'382 im Jahr 2012 an. Es wird mit einer Stagnation auf dem hohen Niveau von 40'000 Meldungen gerechnet.
02: Durch spezifische Beschränkungen des Bundes (Dienstleisterkontingente für über 90-tägige Einsätze) sind die Entsendungen seit 2011 rückläufig. Die Planung 2013 orientierte sich noch am alten Niveau (2010: 2'172).
06: Die erstmaligen Grenzgängerbewilligungen nahmen in den letzten Jahren kontinuierlich zu (2010: 1'794, 2011: 1'968). Hinzu kommen die Verlängerungen bereits bestehender Grenzgängerbewilligungen. Diese werden ab 2017 wieder ansteigen (Wellenbewegung).

Ziel 225Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Schutz des einheimischen Arbeitsmarkts vor Lohndumping und anderen Missbräuchen ist gewährleistet.								
01 Inspektionen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	Anzahl	1'199	1'300	1'200	1'200	1'200	1'200	●
02 Anteil der sanktionierten Meldeverstösse am Total der gemeldeten Entsandten	%	1.9	2.0	2.0	2.0	2.0	2.0	◑
03 Anteil der festgestellten Fälle von nicht branchenüblichen Löhnen am Total der kontrollierten Löhne	%	27.2	15.0	20.0	20.0	20.0	20.0	◑
04 Kontrollen im Rahmen des Schwarzarbeitsgesetzes	Anzahl	620	500	500	500	500	500	●
05 Anteil der festgestellten Schwarzarbeitsverdachtsfälle am Total der durchgeführten Kontrollen	%	21.3	20.0	20.0	20.0	20.0	20.0	◑
06 Sanktionen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit	Anzahl	238	160	220	220	220	220	◑

01: In den letzten Jahren wurden jeweils rund 1'200 Inspektionen vorgenommen (2010: 1'215, 2011: 1'190, 2012: 1'199). Diese Grössenordnung soll beibehalten werden.
03: Die Werte sind jeweils von Jahr zu Jahr stark schwankend, da sie von den geprüften Branchen abhängig sind.
06: Der hohe Wert im Jahr 2012 war zwar einmalig (JB 2011: 149), er entstand durch Pendenzenabbau. Mit der Entsendegesetzrevision gibt es ab 2013 neue Sanktionsmöglichkeiten (Dokumentationspflichtverletzung, Verstoss gegen Normalarbeitsverträge, Subunternehmerhaftung), weshalb mit Sanktionen auf hohem Niveau zu rechnen ist.

Ziel 225Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Gesuche um Arbeitsbewilligungen werden rasch, effizient und kundenorientiert bearbeitet.								
01 Total Bewilligungen zur Erwerbstätigkeit	Anzahl	17'921	18'720	15'220	15'470	15'720	18'220	○
02 Anteil der Gesuche, die innert 10 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	68.3	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0	●
03 Anteil der Gesuche, die innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	81.0	85.0	85.0	85.0	85.0	85.0	●

01: Das Total entspricht der Summe der Indikatoren 225Z001 I02, I03, I06, I07, I08 und I09, es steigt durch die Zunahme bei den Grenzgängern (Z001I06) auch an.

Ziel 225Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Zuwanderungsbeschränkungen für Personen aus Drittstaaten werden konsequent umgesetzt.								
01 Bewilligte Gesuche um Familiennachzug aus Drittstaaten	Anzahl	1'071	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100	◑
02 Bewilligte Gesuche zur sonstigen erwerbslosen Wohnsitznahme aus Drittstaaten	Anzahl	32	30	30	30	30	30	◑
03 Vertiefte Prüfungen (Familiennachzug, Vorbereitung der Heirat und Sonstige)	Anzahl	469	400	400	400	400	400	●
04 Ablehnungsquote (Familiennachzug, Vorbereitung der Heirat und Sonstige)	%	5.1	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	◑
05 Gesuche um Härtefallprüfungen	Anzahl	347	300	300	300	300	300	○
06 Bewilligte Härtefälle	Anzahl	209	180	180	180	180	180	◑
07 Erstmalige Erteilung der Niederlassung, Drittstaaten	Anzahl	2'204	2'400	2'400	2'400	2'400	2'400	◑
08 Vertiefte Prüfung vor Erteilung Niederlassung	Anzahl	1'740	1'700	1'750	1'750	1'750	1'750	●
09 Davon Verweigerung Erteilung Niederlassung	Anzahl	680	550	680	680	680	680	◑

09: In den nicht erteilten Niederlassungsbewilligungen sind jene enthalten, die aufgrund der Aufenthaltsdauer die Niederlassungsbewilligung beantragen könnten, aber darauf verzichten.

Ziel 225Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Zuwanderung im Rahmen der Personenfreizügigkeit wird konsequent kontrolliert.								
01 Bewilligte Gesuche um Familiennachzug EU/EFTA	Anzahl	1'768	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700	○
02 Bewilligte Gesuche zur sonstigen erwerbslosen Wohnsitznahme EU/EFTA	Anzahl	185	160	160	160	160	160	○
03 Erstmalige Erteilung der Niederlassung, EU/EFTA	Anzahl	4'095	4'300	4'700	5'000	5'300	5'600	○

03: Ansteigend aufgrund der hohen Fallzahlen bei den Neueinreisen in den vergangenen Jahren.

Ziel 225Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Gesuche um Aufenthaltsregelungen und Verlängerungen werden rasch, effizient und kundenorientiert bearbeitet.								
Umfeldindikatoren								
01 Ausländerbestand im Kanton Aargau, total	Anzahl	141'119	145'200	149'700	153'700	157'700	161'700	○
02 Ausländerbestand im Kanton Aargau, Niederlassungsbewilligungen C	Anzahl	103'900	105'700	110'000	113'000	116'000	119'000	○
03 Ausländerbestand im Kanton Aargau, Aufenthaltsbewilligungen B	Anzahl	36'252	38'800	39'000	40'000	41'000	42'000	○
04 Ausländerbestand im Kanton Aargau, Kurzaufenthaltsbewilligungen L	Anzahl	967	700	700	700	700	700	○
05 Ausländeranteil im Kanton Aargau	%	22.6	23.0	23.2	23.5	23.8	24.1	○
Leistungsindikatoren								
06 Anteil der Familiennachzugsgesuche, die innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	52.8	55.0	55.0	55.0	55.0	55.0	●
07 Anteil der Gesuche um Vorbereitung der Heirat, die innert 20 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	41.3	40.0	40.0	40.0	40.0	40.0	●
08 Verlängerungen Niederlassungsbewilligungen C	Anzahl	11'613	35'000	35'000	27'500	8'000	17'000	○
09 Anteil der Verlängerungen C, welche innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	92.4	90.0	90.0	90.0	90.0	70.0	●

Ziel 225Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Gesuche um Aufenthaltsregelungen und Verlängerungen werden rasch, effizient und kundenorientiert bearbeitet.								
10 Verlängerungen Aufenthaltsbewilligungen B	Anzahl	13'048	14'600	13'200	13'400	13'600	13'800	○
11 Anteil der Verlängerungen B, welche innert 15 Arbeitstagen bearbeitet werden	%	66.6	75.0	65.0	65.0	65.0	60.0	●
12 Erfasste biometrische Datensätze	Anzahl	8'213	24'000	26'000	26'000	21'000	15'500	○

06/07: Die Quoten beziehen sich auf die Summe der Fallzahlen aus den beiden Indikatoren 01 der Ziele Z004 und Z005.
09/11: Im Rahmen der Budgetplanung musste darauf verzichtet werden, je eine Stelle in den Bereichen "Verlängerungen" und "Biometrie" in den Jahren 2016 und 2017 zu besetzen, bevor die Fallzahlen 2018 wieder ansteigen werden. Da diese Stellen erst 2018 wieder besetzt werden, muss die Einarbeitung bei bereits wieder hohen Fallzahlen erfolgen, was zu Pendenzen im ganzen Team Verlängerungen (B und C) führen wird.
08: Die Verlängerungen der Kontrollfristen der Niederlassungsbewilligungen fallen über die Jahre verteilt sehr unregelmässig an. Der Grund dafür ist die von 3 auf 5 Jahre ausgedehnte Gültigkeitsdauer, welche seit dem 1. Januar 2008 auch für Drittstaatsangehörige gilt. Dadurch kommt es in den Jahren 2016 und 2017 zu einem Tiefststand (abgeschwächte Wiederkehr der Welle von 2011/12).
10: Durch die stetige Zunahme der erstmaligen Erteilung der Niederlassungsbewilligungen haben die Verlängerungen der Aufenthaltsbewilligungen B gegenüber den Vorjahren (2010: 14'275, 2011: 13'249, 2012: 13'048) leicht abgenommen.
11: Dieser Wert wird erst seit 2011 gemessen. Die Ergebnisse der beiden letzten Jahre (2011: 64.3%, 2012: 66.6%) haben gezeigt, dass ein Zielwert von 65% realisierbar ist.

Ziel 225Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Personen ohne Aufenthaltsrecht werden konsequent weggewiesen.								
01 Verwarnungen	Anzahl	119	150	150	150	150	150	◑
02 Wegweisungsverfügungen nach illegaler Anwesenheit	Anzahl	234	230	230	230	230	230	◑
03 Wegweisungsverfügungen nach Bewilligungsentzug	Anzahl	80	80	80	80	80	80	◑
04 Anteil Ausschaffungen nach Wegweisungen	%	34.8	35.0	35.0	35.0	35.0	35.0	◑
05 Anteil der selbständigen, kontrollierten Ausreisen nach Wegweisungen	%	31.5	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0	◑
06 Anteil der unkontrollierten Abgänge nach Wegweisungen	%	33.7	35.0	35.0	35.0	35.0	35.0	◑

04: Die Einführung der EU-Rückführungsrichtlinie und der eidgenössischen Strafprozessordnung haben die Rahmenbedingungen, unter denen das MIKA arbeitet, verändert. Da bei illegal anwesenden Personen keine Untersuchungshaften mehr angeordnet werden, ist kein Vollzug ab Haft möglich. Dadurch sinkt der Anteil der Ausschaffungen (JB 2011: 46%, JB 2012: 34.8%).
05: Jenen Personen, welche nicht ausgeschafft werden können (siehe I04), wird eine Ausreisemeldekarte ausgehändigt. Wenn sie diese beim Grenzübertritt abgeben, gilt die Ausreise als kontrolliert.

Ziel 225Z008	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Wegweisungsentscheide des Bundes werden konsequent vollzogen.								
01 Rayonauflagen	Anzahl	386	420	420	420	420	420	◑
02 Herkunftsbefragungen	Anzahl	23	40	30	30	30	30	○
03 Negative Asylentscheide des Bundes	Anzahl	1'685	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700	○
04 Ausländerrechtliche Administrativhaften	Anzahl	177	240	300	300	300	300	◑
05 Belegungstage für ausländerrechtliche Administrativhaften	Anzahl	-	-	8'760	8'760	8'760	8'760	◑
06 Auslastung der Haftplätze für ausländerrechtliche Administrativhaften	%	-	-	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
07 Unkontrollierte Abgänge im Asylbereich	Anzahl	702	500	440	440	440	440	◑
08 Kontrollierte Ausreisen im Asylbereich	Anzahl	756	600	660	660	660	660	
09 Kontrollierte Ausreisen im Asylbereich, davon Ausschaffungen	Anzahl	237	280	340	340	340	340	◑

Die zusätzlichen Personalressourcen und Haftplätze im Rahmen der Aktion Crime Stop werden zu mehr Haften (I04) und somit auch zu mehr Ausschaffungen führen, wodurch die Zahl der unkontrollierten Abgänge (I07) sinken wird.
04: Ausländerrechltiche Administrativhaften sind Vorbereitungs-, Ausschaffungs- und Durchsetzungshaften.

Ziel 225Z009	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Es werden Integrationsmassnahmen koordiniert und mitfinanziert.								
01 Kantonale Beiträge an Integrationsmassnahmen	1000 Fr.	1'484	1'492	1'427	1'681	655	855	●
02 Bundesbeiträge an Integrationsmassnahmen	1000 Fr.	4'235	3'996	4'536	5'033	5'302	5'590	◑
03 Projektunterstützung: Anteil Information und Beratung	%	-	-	20.0	20.0	20.0	20.0	◑
04 Projektunterstützung: Anteil Bildung und Arbeit	%	-	-	70.0	70.0	70.0	70.0	◑
05 Projektunterstützung: Anteil Verständigung und gesellschaftliche Integration	%	-	-	10.0	10.0	10.0	10.0	◑

Der Kredit für die Integrationspauschale für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene (IP) und der Integrationskredit für Ausländerinnen und Ausländer werden zusammengelegt. Der Bund erhöht seinen Beitrag für die spezifische Integrationsförderung, und die Ausrichtung der Subventionen an die Kantone wird an umfassende kantonale Integrationsprogramme und eine Mitfinanzierung der Kantone gebunden.
Über das kantonale Integrationsprogramm des Kantons Aargau (KIP) und den entsprechenden Kredit wird der Grosse Rat im Laufe des Jahres 2013 bestimmen. Ab 2014 erfolgt dann die Umsetzung des Programms (vgl. auch 225E001).

Ziel 225Z010	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung wird individuell gefördert.								
01 Abklärungsgespräche im Hinblick auf die Notwendigkeit einer Integrationsvereinbarung	Anzahl	352	300	300	300	300	300	●
02 Neu abgeschlossene Integrationsvereinbarungen	Anzahl	139	130	120	120	120	120	●
03 Überprüfte Integrationsvereinbarungen	Anzahl	157	130	120	120	120	120	●
04 Anteil der erfüllten Integrationsvereinbarungen am Total der getroffenen Vereinbarungen	%	79.5	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑

Die Erteilung oder Verlängerung einer Bewilligung kann an Bedingungen geknüpft werden, welche in einer sogenannten Integrationsvereinbarung festzulegen sind. Nach einer festzusetzenden Frist (6-12 Monate) wird überprüft, ob die vereinbarten Ziele erreicht wurden. Gegebenenfalls kann eine Nachfrist gesetzt, eine neue Vereinbarung getroffen oder eine Massnahme ergriffen werden. Das Nichterfüllen der in der Integrationsvereinbarung festgehaltenen Ziele kann unter Berücksichtigung des Verhältnismässigkeitsprinzips Einfluss auf das Anwesenheitsrecht haben.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**4'286**	**4'393**	**2.5%**	**5'061**	**4'897**	**5'150**
Globalbudget Aufwand	**-**	**16'472**	**21'722**	**31.9%**	**22'405**	**22'029**	**22'083**
30 Personalaufwand	-	12'238	13'299	8.7%	13'182	12'762	12'535
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	4'223	8'412	99.2%	9'212	9'256	9'537
36 Transferaufwand	-	11	11	0.0%	11	11	11
Globalbudget Ertrag	**-**	**-12'186**	**-17'329**	**42.2%**	**-17'344**	**-17'132**	**-16'933**
42 Entgelte	-	-8'700	-8'514	-2.1%	-8'030	-6'590	-6'590
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-	-264		-266	-1'368	-1'168
46 Transferertrag	-	-3'486	-8'551	145.3%	-9'048	-9'174	-9'175
LUAE Saldo	**-**	**650**	**1'766**	**171.7%**	**1'766**	**1'766**	**650**
LUAE Aufwand	**-**	**6'520**	**1'766**	**-72.9%**	**1'766**	**1'766**	**650**
30 Personalaufwand	-	264	-		-	-	-
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	5'607	-		-	-	-
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	1'116		1'116	1'116	-
36 Transferaufwand	-	650	650	0.0%	650	650	650
LUAE Ertrag	**-**	**-5'870**	**-**		**-**	**-**	**-**
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-2'384	-		-	-	-
46 Transferertrag	-	-3'486	-		-	-	-
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**58**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**58**	**-**		**-**	**-**	**-**
50 Sachanlagen	-	58	-		-	-	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Beim Personalaufwand stehen den Einsparungen durch teilweise Nichtbesetzung von Abgängen bei Pensionierungen und aufgrund der sinkenden Fallzahlen bei Verlängerungen und Biometrie ab 2016 (siehe Ziel 225Z006) höhere Kosten durch die Aktion Crime Stop gegenüber. Die vom Grossen Rat verabschiedeten Massnahmen beinhalten 4 Projektstellen (eine ab Mai 2013, drei ab September 2013), welche auf 3 Jahre befristet sind.

Sowohl beim Aufwand als auch beim Ertrag ist eine markante Zunahme zu verzeichnen. Dies ist auf die Verschiebung der finanziellen Mittel im Integrationsbereich zurückzuführen (siehe Kommentar LUAE).

LUAE

Bis 2013 wurde der vom Bund finanzierte Teil der Integration in den LUAE (siehe 2013 Sachkonten 30-33 sowie 45 und 46) geführt. Ab 2014 werden die ganzen Integrationsmassnahmen im Projektkredit KIP zusammengefasst und im Globalbudget unter den Verpflichtungskrediten geführt. Zudem wird ab 2014 der kantonale Anteil an den Integrationsmassnahmen gekürzt.

Die in den vergangenen Jahren vom Bund ausbezahlten Integrationspauschalen konnten nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden. Ob die im Jahr 2013 budgetierte Rückzahlung an den Bund (siehe Sachkonto 45) tatsächlich erfolgt, wird 2014 im Rahmen der Schlussabrechnung entschieden werden. Ab 2014 ist der kontinuierliche Abbau der verbleibenden Restbeträge geplant (siehe Globalbudget Sachkonto 45).

Neu hinzu kommen in den LUAE ab 2014 Abschreibungen im Informatikbereich (Projekt Elekronische Archivierung ELAR).

Investitionsrechnung

Das Projekt Elektronische Archivierung (ELAR) wird 2013 abgeschlossen. Auf neue Projekte musste aus finanziellen Gründen verzichtet werden.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**4'936**	**6'159**	**24.8%**	**6'827**	**6'663**	**5'800**
- Abschreibungen*	-	-	1'116		1'116	1'116	-
+ Nettoinvestitionen	-	58	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**4'995**	**5'043**	**1.0%**	**5'711**	**5'547**	**5'800**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**340**	**1'476**	**334.3%**	**1'730**	**647**	**854**
	VK-Globalbudget	-	282	1'476	423.8%	1'730	647	854
	VK-Investitionsrechnung	-	58	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**282**	**118**	**-58.2%**	**118**	**39**	**-**
	Aufwand	-	382	118	-69.1%	118	39	-
	Ertrag	-	-100	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**58**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	58	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**1'358**		**1'612**	**607**	**854**
	Aufwand	-	-	6'588		7'341	7'564	7'612
	Ertrag	-	-	-5'230		-5'729	-6'957	-6'758

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Kantonales Integrationsprogramm (KIP)									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	28'535	28'535	-	6'225	6'979	7'324	7'611	-
Zusätzl. Ausschaffungshaftplätze									
VK, einmaliger Aufwand	19.03.2013	1'086	1'086	965	362	362	241	-	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**113.15**	**109.20**	**113.90**	**4.3%**	**113.90**	**113.90**	**109.90**
Ordentliche Stellen	104.04	105.40	106.40	0.9%	106.40	106.40	106.40
Fremdfinanzierte Stellen	2.00	2.00	0	-100.0%	0	0	0
Projektstellen	7.11	1.80	7.50	316.7%	7.50	7.50	3.50

Die zwei bisherigen fremdfinanzierten Stellen im Integrationsbereich werden im Rahmen von des Kantonalen Integrationsprogramms KIP als Projektstellen weiter geführt. Hinzu kommen die Projektstellen im Rahmen der Aktion Crime Stop, welche im Jahr 2016 wieder abgebaut werden.

Aufgabenbereich 230: Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die Hauptaufgaben bestehen im Beraten und Vermitteln von Stellensuchenden, in der Sicherstellung des Angebots an arbeitsmarktlichen Massnahmen zur Förderung der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt, in der Gewährung von Arbeitslosenentschädigungen zur Verhinderung von finanziellen Notlagen der Stellensuchenden sowie in der Kontrolle der Einhaltung der rechtlichen Vorschriften des Arbeitsmarkts. Zudem obliegt dem Aufgabenbereich die Aufsicht über Industrie und Gewerbe, namentlich hinsichtlich Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz.

Zuständige Kommission
Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)

Leistungsgruppen
LG 230.10 Industrie- und Gewerbeaufsicht
LG 230.20 Arbeitsmarktliche Integration
LG 230.30 Arbeitslosenkasse
LG 230.90 Organisationseinheit Amt für Wirtschaft und Arbeit

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Arbeitsmarkt
Gemäss den Einschätzungen verschiedener Prognoseinstitute kann in Zukunft mit einer anziehenden Weltkonjunktur gerechnet werden. Es wird im Jahr 2014 von einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt ausgegangen, was zu einer leichten Abnahme der Arbeitslosenzahlen führen wird. Gegen Jahresende steigt die Arbeitslosigkeit aufgrund saisonaler Faktoren wieder an. Insgesamt wird die Arbeitslosigkeit im Kanton Aargau im Jahresdurchschnitt bei 2.8% erwartet (gemessen an der Zahl der Beschäftigten gemäss Volkszählung 2010). Die Schätzungen der Stellensuchendenzahlen basieren auf der jüngsten Konjunkturprognose des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO). Der Euroraum wird sich wirtschaftlich, wenn überhaupt, nur schwach entwickeln, was weiterhin Auswirkungen auf die schweizerische Volkswirtschaft haben wird.

Das innovative, 2012 gestartete Pilotprojekt Pforte Arbeitsmarkt (siehe 230E001) ist nur auf drei Jahre ausgelegt. Deshalb wird eine Verlängerung der Projektdauer geprüft. Die zusätzliche Zeit soll einerseits solidere Grundlagen für die Evaluation des Pilotvorhabens zur Verfügung stellen und andererseits die Konzipierung eines anschliessenden Regelbetriebs, dessen Gestaltung zur Zeit noch offen ist, erlauben. Weil Partner aller drei Staatsebenen Bund, Kanton und Gemeinden mit ihren jeweiligen gesetzlichen Grundlagen involviert sind, handelt es sich um ein sehr anspruchsvolles Projekt.

Arbeitslosenkasse
In der Arbeitslosenkasse ist die Einführung des Dokumentenmanagement-Systems im Auszahlungssystem der Arbeitslosenkassen (DMS-ASAL) geplant. Dies wird vorübergehend einen negativen Einfluss auf die Leistungsfähigkeit der Arbeitslosenkassen haben. Bis zum Jahresende 2014 wird sich die hohe Performance des neuen Systems positiv auf die entsprechenden Prozesse auswirken. Obschon der Personalbestand während diesem Zeitraum etwas höher gehalten wird, wird sich in dieser Phase eine hohe Belastung der Mitarbeitenden nicht vermeiden lassen. Im Laufe des Jahres 2014 wird sich die Situation wieder entspannen. Die geplanten Kosten werden im Rahmen der Vorgaben von Bund und Kanton gehalten.

Industrie- und Gewerbeaufsicht
In den Fachbereichen der Industrie- und Gewerbeaufsicht sind die Dossierzahlen weiterhin hoch. Es muss davon ausgegangen werden, dass die hohe Arbeitsbelastung in dieser Sektion anhalten wird. Das Einführungsgesetz zum Arbeitsrecht schreibt den Gemeinden vor, die Bauherren darauf hinzuweisen, dass das Amt für Wirtschaft und Arbeit für Projekte kostenlose Planbegutachtungen durchführen kann. Die Anzahl zu erstellender Planbegutachtungen wird dadurch etwas ansteigen.

Die neue Bundesgesetzgebung bezüglich Alkohol (Spirituosensteuergesetz SpStG, Alkoholhandelsgesetz AlkHG) soll per 1. Juli 2015 in Kraft treten. Die Gesetzgebung wird voraussichtlich keine Abgaben und Gebühren auf kantonaler Ebene vorschreiben.

Ein allfälliger Wegfall der Getränkeabgaben ab 2015 ist im vorliegenden AFP 2014-2017 nicht berücksichtigt. Die Anzahl Kleinhandelsbewilligungen und Wirtewechsel, respektive Mutationen werden, mit Ausnahme des Budgets 2014 auf dem bestehenden Niveau belassen (LG 230.10, Z005). Die alle vier Jahre anstehende Umsatz-Selbsteinschätzung der Wirte und der Spirituosenhändler wird zu einem kurzfristigen Anstieg der Erträge aus Spirituosenabgaben führen.
Die engen finanziellen Planungsvorgaben des Kantons zwingen zum Verzicht auf das IT-Projekt "Erneuerung und Erweiterung der Geschäftskontrolle" (GIGA+). Aus dem gleichen Grund können vorgesehene E-Government-Anwendungen nicht realisiert werden. Die gesetzlich vorgeschriebene Führung des Betriebsregisters (früher bei den Gemeinden angesiedelt) kann nur eingeschränkt umgesetzt werden.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

230E001	Pforte Arbeitsmarkt
2012-2014	Dreijährige Umsetzungsphase
2013-2015	Zwischen- und Schlussevaluation

Das Pilotprojekt Pforte Arbeitsmarkt hat sich als neuartige Institution etabliert. Es vereinigt für 10 Gemeinden im Bezirk Kulm Beratungen der bisher getrennt operierenden Institutionen Arbeitsvermittlung, Invalidenversicherung und Sozialhilfe unter einer gemeinsamen Führung. Zurzeit wird die Verlängerung des Pilotprojekts geprüft. Vom Bruttoaufwand von 1.384 Mio. Fr. werden 0.774 Mio. Franken durch das SECO finanziert. Der saldowirksame Teil des Verpflichtungskredits (0.51 Mio. Franken) ist im Aufgabenbereich 510 Soziale Sicherheit eingestellt. Im Bruttoaufwand sind zudem Vorlaufkosten von 0.1 Mio. Franken enthalten.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	1.38

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 230Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Arbeitssicherheit und der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmenden sind sichergestellt.								
01 Kontrollen im Bereich der Arbeitssicherheit (ASA-Kontrollen)	Anzahl	270	250	270	270	270	270	●
02 ASA-Betriebe mit Durchführungsorgan Kanton Aargau	Anzahl	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500	○
03 Planbegutachtungen (gewerbliche und öffentliche Bauvorhaben)	Anzahl	331	300	330	330	330	330	○
04 Anteil Erledigungen innert 30 Tagen (Planbegutachtungen)	%	95.3	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	●
05 Plangenehmigungen	Anzahl	364	310	365	365	365	365	○

01: Die Anzahl der ASA-Kontrollen wird in Zukunft auf dem Niveau des Jahres 2012 erwartet.
05: Die Anzahl bearbeiteter Planbegutachtungen, Plangenehmigungen und Betriebsbewilligungen dürfte auf dem Niveau des Jahres 2012 verbleiben.

Ziel 230Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Stellensuchende Personen werden rasch und dauerhaft in den Arbeitsmarkt reintegriert.								
01 Stellensuchende Kanton Aargau	Anzahl	13'109	14'010	14'030	14'030	14'030	14'030	◑
02 Stellensuchendendossiers pro Vollzeitstelle Personalberaterin / Personalberater	Anzahl	131	110	120	120	120	120	●
03 Dauer von der Anmeldung zur Arbeitsvermittlung bis zum ersten Beratungsgespräch (in Arbeitstagen)	Tage	9	10	10	10	10	10	●
04 Wiederanmeldungen (Anteil der Wiederanmeldungen in % der Abmeldungen der letzten 4 Monate)	%	4.2	4.0	4.0	4.0	4.0	4.0	◑

Ziel 230Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Es wird eine im Vergleich zum schweizerischen Durchschnitt hohe Integrationsleistung erzielt.								
Arbeitslosigkeit generell								
01 Arbeitslosenquote Schweiz (Jahresdurchschnitt)	%	2.9	3.2	3.1	3.1	3.1	3.1	○
02 Arbeitslosenquote Kanton Aargau (Jahresdurchschnitt)	%	2.7	3.0	2.8	2.8	2.8	2.8	◑
03 Erwerbstätige Bevölkerung Kanton Aargau	Anzahl	306'460	306'460	349'000	349'000	349'000	349'000	○
Jugendarbeitslosigkeit								
04 Arbeitslosenquote der Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren (Schweiz)	%	2.1	2.3	2.3	2.3	2.3	2.3	○
05 Arbeitslosenquote der Jugendlichen zwischen 15 und 19 Jahren (Kanton Aargau)	%	1.7	2.0	1.9	1.9	1.9	1.9	◑
06 Arbeitslosenquote der Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren (Schweiz)	%	3.9	4.1	4.1	4.1	4.1	4.1	○
07 Arbeitslosenquote der Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren (Kanton Aargau)	%	3.9	4.4	4.2	4.2	4.2	4.2	◑
Arbeitslosigkeit der über 50-jährigen Personen								
08 Arbeitslosenquote der über 50-jährigen Personen (Schweiz)	%	2.4	3.2	2.7	2.7	2.7	2.7	○
09 Arbeitslosenquote der über 50-jährigen Personen (Kanton Aargau)	%	2.3	3.1	2.6	2.6	2.6	2.6	◑
Langzeitarbeitslosigkeit								
10 Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit Kanton Aargau	Anzahl	1'483	1'700	1'600	1'600	1'600	1'600	◑

08/09: Der Budgetwert 2013 (3.1% für AG) wurde bei der Neuberechnung der Arbeitslosenquoten (Basis Volkszählung 2010 statt 2000) zu wenig stark korrigiert: anstatt von 3.4% auf 3.1% müsste die Korrektur etwa auf 2.6% als Jahresdurchschnitt erfolgen. Grund für die starke Veränderung ist die überdurchschnittlich hohe Zunahme der Erwerbstätigen im Alterssegment über 50 Jahre. Es wird demzufolge gegenüber 2013 von einer stabilen Entwicklung ausgegangen.

Ziel 230Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Arbeitslosenkasse gewährleistet eine hohe Produktivität.								
01 Anteil von erstbearbeiteten Neuanträgen für Arbeitslosenentschädigung innert 10 Werktagen	%	98.4	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	
02 Dossiers pro 100 % Sachbearbeitende des Bereichs Arbeitslosenentschädigung	Anzahl	252	240	240	240	240	240	
03 Dossiers bei der Öffentlichen Arbeitslosenkasse (ALK 19)	Anzahl	8'044	9'000	8'500	8'500	8'500	8'500	

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017
Globalbudget Saldo	**-**	**1'423**	**1'310**	**-7.9%**	**1'313**	**1'242**	**1'289**
Globalbudget Aufwand	**-**	**47'824**	**48'475**	**1.4%**	**48'082**	**48'076**	**47'928**
30 Personalaufwand	-	39'555	40'188	1.6%	39'852	39'803	39'752
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	7'664	7'681	0.2%	7'624	7'668	7'570
36 Transferaufwand	-	30	30	0.0%	30	30	30
39 Interne Verrechnungen	-	576	576	0.0%	576	576	576
Globalbudget Ertrag	**-**	**-46'401**	**-47'165**	**1.6%**	**-46'770**	**-46'834**	**-46'639**
42 Entgelte	-	-1'847	-1'925	4.2%	-1'953	-2'108	-1'975
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-	-100		-100	-100	-100
46 Transferertrag	-	-43'978	-44'564	1.3%	-44'141	-44'050	-43'988
49 Interne Verrechnungen	-	-576	-576	0.0%	-576	-576	-576
LUAE Saldo	**-**	**9'250**	**10'750**	**16.2%**	**10'750**	**10'950**	**11'150**
LUAE Aufwand	**-**	**10'500**	**12'000**	**14.3%**	**12'000**	**12'200**	**12'400**
36 Transferaufwand	-	10'500	12'000	14.3%	12'000	12'200	12'400
LUAE Ertrag	**-**	**-1'250**	**-1'250**	**0.0%**	**-1'250**	**-1'250**	**-1'250**
41 Regalien und Konzessionen	-	-1'250	-1'250	0.0%	-1'250	-1'250	-1'250
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Die Veränderungen bei Aufwand und Ertrag wiederspiegeln die erwarteten Entwicklungen am Arbeitsmarkt. Dabei ist die zum Zeitpunkt der Planung herrschende grosse Unsicherheit über die wirtschaftliche Entwicklung zu berücksichtigen. Der Aufgabenbereich ist weitestgehend fremdfinanziert. Die Veränderung bei den Entgelten ist im Wesentlichen auf erwartete Ertragssteigerungen der Industrie- und Gewerbeaufsicht zurückzuführen.

LUAE

Die Abweichung beim Aufwand gegenüber 2013 ist auf die höheren Kantonsanteile am Vollzug der Arbeitslosenversicherung und an den Arbeitsmarktlichen Massnahmen zurückzuführen (Ankündigung des SECO).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**10'673**	**12'060**	**13.0%**	**12'063**	**12'192**	**12'439**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**10'673**	**12'060**	**13.0%**	**12'063**	**12'192**	**12'439**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Beiträge an ALV							
Saldo	**-**	**10'500**	**12'000**	**14.3%**	**12'000**	**12'200**	**12'400**
Total Aufwand	-	10'500	12'000	14.3%	12'000	12'200	12'400
Beiträge an öffentliche Sozialversicherungen	-	10'500	12'000	14.3%	12'000	12'200	12'400
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
	VK-Globalbudget	-	0	0	0.0%	0	0	0
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
	Aufwand	-	280	280	0.0%	280	280	280
	Ertrag	-	-280	-280	0.0%	-280	-280	-280
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**322.14**	**346.00**	**348.00**	**0.6%**	**346.00**	**346.00**	**346.00**
Ordentliche Stellen	16.43	17.00	17.00	0.0%	17.00	17.00	17.00
Fremdfinanzierte Stellen	305.71	329.00	331.00	0.6%	329.00	329.00	329.00
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 235: Register und Personenstand

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die wesentlichen Aufgaben bestehen im Führen von Registern und in der Aufsicht über die Einhaltung von gesetzlichen Bestimmungen zur Gewährleistung der Rechtssicherheit betreffend Gesellschafts-, Grundstück- und Personendaten.

Zuständige Kommission
Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)

Leistungsgruppen
LG 235.10 Handelsregister
LG 235.20 Grundbuch
LG 235.30 Landinformationen
LG 235.40 Personenstand
LG 235.50 Reisepapiere und Beglaubigungen
LG 235.90 Organisationseinheit Abteilung Register und Personenstand

Handelsregister
Gemäss Vorentwurf zur Änderung des Obligationenrechts (Stand Dezember 2012) soll zukünftig im Zusammenhang mit dem Handelsregisteramt nur noch der elektronische Geschäftsverkehr möglich sein. Zu diesem Zweck muss die elektronische Infrastruktur angepasst bzw. erweitert werden.

Grundbuch
Die Zahl der Grundbuchgeschäfte hat sich 2012 gegenüber dem Vorjahr um 7.7% zurückgebildet. Die Anzahl der Tagebuchnummern wird sich auf dem Niveau früherer Jahre einpendeln. Sollte bei grundbuchlichen Vorgängen das Kostendeckungsprinzip beschlossen werden, ist mit einer Saldoverschlechterung von über 30 bis 35 Millionen Franken zu rechnen. Diese ist in der Planung nicht berücksichtigt. Die Umstellung vom Papier- zum Informatikgrundbuch (Projekt GRUNAG) ist in den Bezirken Baden, Laufenburg, Lenzburg und Zurzach vollzogen. Alle weiteren Bezirke befinden sich in der Datenersterfassung. Der Abschluss des Projekts GRUNAG ist auf Frühjahr 2016 geplant. Das Projekt eGRIS wird schweizweit umgesetzt. Das Projekt hat einen nationalen elektronischen Geschäftsverkehr für eine standardisierte und medienbruchfreie Abwicklung der wichtigsten Geschäftsprozesse zwischen Grundbuchämtern, Kreditinstituten und Notariaten zum Ziel. Der Kanton Aargau befindet sich in der Testphase für das Auskunftssystem und den Datenbezug.

Das neue Beurkundungs- und Beglaubigungsrecht ist auf den 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Mit dem neuen Recht wird die Aufsicht über die Urkundspersonen verstärkt. Sowohl die Umsetzungsarbeiten als auch die verstärkte Aufsichtsaktiviät führen zu einer Mehrbelastung. Aufgrund der Effizienzgewinne durch die Digitalisierung des Grundbuchs (Projekt GRUNAG) ist eine Überprüfung der Organisation der Grundbuchführung im Kanton Aargau in Bearbeitung. Die Informatisierung des Grundbuchs wird zu einer Personalreduktion bei den Grundbuchämtern führen.

Landinformationen
Die amtliche Vermessung ist eine Verbundaufgabe von Bund und Kantonen. Der Grosse Rat hat am 17. Januar 2012 die Ziele des Vermessungsprogramms Aargau 2012–2015 genehmigt und den entsprechenden Globalkredit (Grosskredit) mit einem einmaligen Nettoaufwand von 13,5 Mio. Franken bewilligt. Im Jahr 2012 wurde in 8 von 30 Gemeinden mit der Vermessung begonnen. In den Jahren 2013 bis 2015 sind die Vermessungen noch in 22 Gemeinden zu beginnen. Nach Abschluss der Vermessungen stehen die Grundlagendaten der amtlichen Vermessung flächendeckend zur Nutzung zur Verfügung. Zusätzlich zu den Vermessungen ist aufgrund der gesetzlichen Vorgaben bis Ende 2015 der Wechsel des Bezugsrahmens durchzuführen.

Personenstand
Das Gesetz über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht wurde am 12. März 2013 vom Grossen Rat verabschiedet und wird per 1. Januar 2014 in Kraft treten. Die Wohnbevölkerung, die Zahl der Auslandschweizerinnen und -schweizer sowie der Ausländerinnen und Ausländer nehmen weiter zu. Es ist mit einer Zunahme der Zivilstandsereignisse mit Auslandbezug zu rechnen. Bei den Einbürgerungen wird für die kommenden Jahre eine gleichbleibende Anzahl Gesuche erwartet.

Reisepapiere und Beglaubigungen
Bis 2014 ist gegenüber den Vorjahren bei der Ausstellung von Pässen aufgrund der Ablösung der alten Pässe eine Zunahme zu erwarten. Die Anzahl der Identitätskarten bewegt sich ab 2015 auf hohem Niveau. Ab 2017 ist sowohl bei den Pässen als auch bei den Identitätskarten ein Rückgang vorgesehen (Ablösung abgeschlossen).

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

235E001	Einführung informatisiertes Grundbuch (Projekt GRUNAG)
2008	Bewilligung Globalkredit durch den Grossen Rat
2010	Start der gestaffelten Datenersterfassung
2016	Abschluss Datenersterfassung

In vier Bezirken konnte die Datenersterfassung abgeschlossen werden, in einem weiteren Bezirk steht sie kurz vor dem Abschluss. In allen anderen Bezirken läuft die Datenersterfassung. Der Abschluss des Projekts ist auf Frühjahr 2016 vorgesehen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2008-2039 vom 2. Dezember 2008	Mio. Fr.	20.93

235E002	Überprüfung Organisation Grundbuchämter
2013	Evaluation
2014	Entscheid Grosser Rat
ab 2015/2016	Umsetzung

Effizienzgewinne durch die Informatisierung des Grundbuchs (Projekt GRUNAG) machen eine Überprüfung der aargauischen Grundbuchführung notwendig. Im Herbst 2012 wurde die Projektarbeit zur Reorganisation der Grundbuchführung aufgenommen. Der Grosse Rat wird 2014 die Zahl der Grundbuchämter neu festlegen können. Mit der Umsetzung der neuen Organisation ist ab 2015/2016 zu rechnen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.25

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 235Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Handelsregistergeschäfte werden korrekt und zügig eingetragen.								
01 Bestand Gesellschaften: Einzelfirmen	Anzahl	10'873	11'300	11'300	11'400	11'500	11'600	○
02 Bestand Gesellschaften: Gesellschaften mit beschränkter Haftung	Anzahl	8'601	8'700	9'100	9'300	9'500	9'700	○
03 Bestand Gesellschaften: Aktiengesellschaften	Anzahl	10'111	10'000	10'300	10'400	10'500	10'600	○
04 Eintragungen ins Handelsregister	Anzahl	12'655	12'500	12'500	12'500	12'500	12'500	○
05 Anteil Berichtigungen/Nachträge	%	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	◑
06 Innert 8 Arbeitstagen abgeschlossene Eingaben	%	90.0	90.0	90.0	90.0	90.0	90.0	●
07 Innert 9 - 20 Arbeitstagen abgeschlossene Eingaben	%	8.0	6.0	6.0	6.0	6.0	6.0	●

01: Die Attraktivität der Einzelunternehmen hat in den letzten Jahren abgenommen, der Bestand wird auch zukünftig nicht mehr stark zunehmen.
02: Die Attraktivität der GmbH ist weiterhin sehr hoch, daher ist auch in Zukunft mit einer Bestandeszunahme zu rechnen.

Ziel 235Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Grundbuchgeschäfte werden zügig eingetragen.								
01 Grundbuchanmeldungen (Tagebuchnummern)	Anzahl	54'385	57'000	55'000	55'000	55'000	55'000	○
02 Anteil Verfahren mit Grundbucheintrag innert 4 Arbeitswochen	%	99.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	●

01: Die Anzahl der Tagebuchnummern wird sich auf dem Niveau früherer Jahre einpendeln.

Ziel 235Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Aktualität der amtlichen Vermessung wird gewährleistet.								
01 Grenz- und Gebäudemutationen der laufenden Nachführung pro Jahr	Anzahl	4'669	4'700	4'700	4'700	4'700	4'700	○
02 Zugriffe auf die Daten der amtlichen Vermessung (Datensatz Parzellen) über das Aargauische Geografische Informationssystem (AGIS)	Anzahl	390'875	400'000	400'000	400'000	400'000	400'000	○
03 Zugriffe auf den Übersichtsplan über das Aargauische Geografische Informationssystem (AGIS)	Anzahl	169'222	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000	○
04 Periodisch aktualisierte Gemeinden pro Jahr	Anzahl	-	10	30	30	30	30	◑
05 Nachgeführte Fixpunkte pro Jahr	Anzahl	686	650	600	600	600	600	●
06 Nachgeführte Übersichtspläne der Gemeinden pro Jahr	Anzahl	214	216	213	213	212	212	●

02/03: Die Georeferenzdaten der amtlichen Vermessung stehen über das Aargauische Geografische Informationssystem (AGIS) den Behörden, der Wirtschaft, der Gesellschaft und der Wissenschaft für die Nutzung zur Verfügung.
06: Durch Zusammenschlüsse verringert sich die Zahl der Gemeinden und damit die Zahl der nachgeführten Übersichtspläne.

Ziel 235Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Qualität bei den regionalen Zivilstandsämtern ist hoch.								
01 Zivilstandsereignisse (Geburten, Todesfälle, Heiraten, Vaterschaftsanerkennungen, Namenserklärungen und eingetragene Partnerschaften)	Anzahl	15'339	15'700	15'900	16'100	16'300	16'500	○
02 Notwendige Berichtigungen bezogen auf die Gesamtzahl der Eintragungen	%	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	◑
03 Leistungen zugunsten regionaler Zivilstandsämter: Personalaufwand (Stellenprozente)	%	312.0	330.0	330.0	330.0	330.0	330.0	◑

01: Mit der Zunahme der Bevölkerung steigen auch die zivilstandsamtlichen Ereignisse. Dank Schulungen und Informationen bleibt die Qualität der Zivilstandsämter hoch (I02).

Ziel 235Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Verfahren für ordentliche Einbürgerungen ist kurz und die Prüfung der Dossiers ist zuverlässig.								
01 Ordentliche Einbürgerungen (Eingegangene Dossiers)	Anzahl	864	900	900	900	900	900	○
02 Ordentliche Einbürgerungen (durch das Departement abgeschlossene Verfahren nach Anzahl Personen)	Anzahl	1'525	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	◑
03 Innert 8 Monaten an die zuständige Grossratskommission zugestellte Verfahren	%	27.0	70.0	70.0	70.0	70.0	75.0	◑
04 Innert 8-12 Monaten an die zuständige Grossratskommission zugestellte Verfahren	%	52.0	25.0	25.0	25.0	25.0	20.0	◑
05 Nach 12 Monaten an die zuständige Grossratskommission zugestellte Verfahren	%	21.0	5.0	5.0	5.0	5.0	5.0	◑
06 Durch die zuständige Grossratskommission beanstandete Dossiers	Anzahl	0	0	0	0	0	0	●

Die Verfahrensdauer wird bestimmt durch die eigentliche Bearbeitungszeit des Teams Einbürgerungen und verschiedene, nicht beeinflussbare Faktoren, wie die Vollständigkeit der Dossiers, die Bezahlung des Kostenvorschusses, die Rücklaufzeit bei Aktenergänzungen und das Eintreffen der eidgenössischen Bewilligung.

Ziel 235Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Bearbeitung der Identitätskarten (IDK) und Anträge für biometrische Pässe ist effizient.								
01 Bearbeitete Identitätskarten	Anzahl	57'722	57'000	59'000	61'000	61'000	43'000	○
02 Erfasste Pässe	Anzahl	30'416	35'000	38'000	38'000	38'000	30'000	○
03 Anträge im Ausweiswesen: provisorische Pässe	Anzahl	978	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000	○
04 Bearbeitete Reisedokumente pro Vollzeitstelle	Anzahl	-	-	10'000	10'200	10'200	9'000	●

Bis 2015 wird mit einer Zunahme der Ausstellung von Reisedokumenten gerechnet. In den Jahren 2003 bis 2006 wurden im langjährigen Vergleich ausserordentlich viele Reisedokumente ausgestellt (Gültigkeit 10 Jahre). Weil der Anteil an arbeitsintensiven Pässen im Verhältnis weniger stark sinkt als die weniger arbeitsintensiven Identitätskarten, sinkt 2017 die Produktivitätskennzahl (I04).

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**10'845**	**9'684**	**-10.7%**	**7'711**	**9'891**	**10'522**
Globalbudget Aufwand	**-**	**28'143**	**28'092**	**-0.2%**	**25'638**	**27'399**	**26'850**
30 Personalaufwand	-	17'232	16'472	-4.4%	15'068	14'543	14'511
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	7'649	8'058	5.3%	7'009	9'295	9'528
36 Transferaufwand	-	3'262	3'562	9.2%	3'562	3'562	2'812
Globalbudget Ertrag	**-**	**-17'298**	**-18'408**	**6.4%**	**-17'928**	**-17'508**	**-16'328**
42 Entgelte	-	-15'284	-15'864	3.8%	-15'964	-15'914	-14'284
46 Transferertrag	-	-2'014	-2'544	26.3%	-1'964	-1'594	-2'044
LUAE Saldo	**-**	**-42'501**	**-43'002**	**1.2%**	**-43'250**	**-43'379**	**-43'379**
LUAE Aufwand	**-**	**446**	**446**	**0.0%**	**446**	**566**	**566**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	-		-	120	120
37 Durchlaufende Beiträge	-	446	446	0.0%	446	446	446
LUAE Ertrag	**-**	**-42'947**	**-43'447**	**1.2%**	**-43'696**	**-43'945**	**-43'945**
40 Fiskalertrag	-	-42'501	-43'002	1.2%	-43'250	-43'499	-43'499
47 Durchlaufende Beiträge	-	-446	-446	0.0%	-446	-446	-446
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**20**	**-**		**690**	**660**	**660**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**20**	**-**		**690**	**660**	**660**
50 Sachanlagen	-	20	-		690	660	660
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Der Rückgang des Personalaufwands ist durch den Stellenabbau bei den Grundbuchämtern (Informatisierung der Grundbücher) bedingt. Die Veränderungen beim Sach- und übrigen Betriebsaufwand entsprechen mehrheitlich der Entwicklung der Vemessungsprogramme 2008-2011 und 2012-2015. Der tiefere Transferaufwand 2017 ist im Wesentlichen auf den periodischen Rückgang der Nachfrage bei den Reisedokumenten zurückzuführen (750'000 Franken).

Der Verlauf der Erträge ergibt sich aus der Planung der Vermessungsprogramme sowie aus der Entwicklung bei den Reisepapieren.

LUAE

Bei den Grundbuchabgaben wird aufgrund der Geschäftstätigkeit im Immobilienbereich sowie der Berücksichtigung der Vergangenheitswerte eine leichte Zunahme des Ertrags erwartet.

Investitionsrechnung

Ab 2015 führen das Projekt Kataster der öffentlich-rechtlichen Eigentumsbeschränkungen (ÖREB) mit 200'000 Franken, das Projekt eGRIS (elektronischer Geschäftsverkehr) mit 130'000 Franken sowie die Erneuerung der Erfassungsstationen beim Pass- und Patentamt mit 360'000 Franken zu Mehraufwand.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**-31'656**	**-33'317**	**5.2%**	**-35'539**	**-33'488**	**-32'857**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	120	120
+ Nettoinvestitionen	-	20	-		690	660	660
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-31'636**	**-33'317**	**5.3%**	**-34'849**	**-32'948**	**-32'317**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**4'853**	**4'380**	**-9.6%**	**2'879**	**5'013**	**4'660**
	VK-Globalbudget	-	4'833	4'380	-9.2%	2'549	4'353	4'000
	VK-Investitionsrechnung	-	20	-		330	660	660
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**113**	**40**	**-64.5%**	**680**	**960**	**960**
	Aufwand	-	513	590	15.1%	680	960	960
	Ertrag	-	-400	-550	37.5%	-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**4'740**	**4'340**	**-8.3%**	**2'199**	**4'053**	**3'700**
	Aufwand	-	6'170	6'140	-0.3%	3'929	5'413	5'510
	Ertrag	-	-1'430	-1'800	25.9%	-1'730	-1'360	-1'810

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Vermessungsvorhaben 1									
VK, einmaliger Aufwand	20.05.2008	34'000	34'000	18'450	808	508	2'008	1'008	14'118
Vermessungsvorhaben 2									
VK, einmaliger Aufwand	17.01.2012	20'300	20'300	17'777	3'202	2'502	3'302	4'502	4'762
Grunag									
VK, einmaliger Aufwand	02.12.2008	20'925	20'925	7'929	2'131	919	103	-	4'776

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**157.88**	**166.95**	**146.95**	**-12.0%**	**136.75**	**122.65**	**120.05**
Ordentliche Stellen	126.06	126.85	124.85	-1.6%	123.65	121.65	120.05
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	31.82	40.10	22.10	-44.9%	13.10	1.00	0

Gemäss dem Projektfortschritt bei der Datenersterfassung für das elektronische Grundbuch (GRUNAG, 235E001) werden Projektstellen abgebaut.

Aufgabenbereich 240: Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die wesentlichen Aufgaben bestehen in der rechtlichen und finanziellen Aufsicht über die Gemeinden.
Die rechtliche Aufsicht umfasst die Beratung von Gemeinden und Privatpersonen, den Entscheid von Beschwerden und die Überprüfung der korrekten Amtsführung der Gemeinden in den Bereichen Gemeindeversammlung, Polizei, Einwohnerkontrolle und Gastgewerbe.
Die finanzielle Aufsicht über die Gemeinden umfasst die Genehmigung der Budgets und Rechnungen der Gemeinden sowie die Beratung in finanziellen Belangen. Es werden die Finanzausgleichsbeiträge ermittelt und eröffnet sowie Investitionsprojekte, die allenfalls zusätzliche Finanzausgleichsbeiträge auslösen können, freigegeben.
Schliesslich wird der fachliche Betrieb des kantonalen Einwohner- und Objektregisters gemäss Vorschriften des Bundes sichergestellt. Der Datenaustausch zwischen Behörden und Registern von Bund, Kanton und Gemeinden wird gemäss den Qualitätsanforderungen des Bundes gewährleistet.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Leistungsgruppen
LG 240.10 Gemeindeaufsicht
LG 240.20 Finanzausgleich
LG 240.30 Gemeindedatenaustausch
LG 240.90 Organisationseinheit Gemeindeabteilung

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Die Komplexität der Gemeindeaufgaben nimmt zu, und die Anspruchshaltung der Bevölkerung steigt. Die Rekrutierung von Behördenmitgliedern wird teilweise schwierig. Diese Entwicklungen wirken sich neben dem Bevölkerungswachstum auf die Anforderungen in der Gemeindeaufsicht aus.

Die dynamische Entwicklung der Kosten in etlichen Aufgabenbereichen, wie Gesundheits- und Pflegebereich oder Bildungs- und Sozialbereich, wird zu zusätzlichen Belastungen der Gemeindehaushalte führen. Eine Analyse des Finanzausgleichs hat gezeigt, dass die eingesetzten Mittel nicht immer in optimaler Weise wirken. Es gibt Gemeinden mit tiefer Steuerkraft, welche aufgrund der Gewichtungsfaktoren nicht oder nur beschränkt finanzausgleichsberechtigt sind. Vor allem strukturell schwache und Agglomerationsgemeinden geraten zunehmend unter Druck. Falls die Mehrbelastungen insgesamt nicht durch Mehrerträge (Bevölkerungswachstum und Konjunkturlage) aufgefangen werden können, führt dies zu einer Erhöhung des Nettobedarfs und folglich zu Mehrausgaben beim Finanzausgleich. Anpassungen am Finanzausgleichsmodell (im Rahmen des Projekts Aufgaben- und Lastenverteilung) haben Auswirkungen auf die Tätigkeit der Gemeindeabteilung.

Die Umstellung auf die neue Rechnungslegung HRM2 bedingt in den Jahren 2014 bis 2017 einen höheren Beratungsaufwand.

Die Datenerfassung seitens Gemeinden wird immer komplexer durch neue Standards und durch neue Gesetze (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Zweitwohnungen, etc.). Zudem erhöhen neue Möglichkeiten des Datenbezugs (z.B. Zivilstandswesen) die Flexibilität und die Reaktionszeit der Produkte (Einwohnerkontrollen, kantonale Amtsstellen, Bundesamt für Statistik). Der für die Gewährleistung eines hohen Niveaus von Datenqualität und Datenschutz zu erbringende Aufwand steigt gemäss den Bedürfnissen der Datenbezüger. Eine weitere Herausforderung stellt beim Bund, beim Kanton und den Gemeinden die Gewinnung von qualifizierten Mitarbeitenden dar, welche die Abläufe verstehen und polyvalent eingesetzt werden können.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

240E001	Förderung Gemeindezusammenarbeit und Gemeindezusammenschlüsse
	Unterstützung und Begleitung verschiedener Zusammenschlussprojekte
2014	Analyse der Wirkungen von Gemeindezusammenschlüssen

Die Gemeindeabteilung unterstützt Projekte von Gemeindezusammenschlüssen beratend, allenfalls auch mit der Einsitznahme in der Projektorganisation. Auf 2014 sind drei Zusammenschlüsse beschlossen (Bremgarten/Hermetschwil-Staffeln, Endingen/Unterendingen, Schinznach-Dorf/Oberflachs). Laufende Projekte sind Oberkulm/Unterkulm (2015) und Mittleres Fricktal (2016) sowie Killwangen/Spreitenbach (2016).

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

240E002	Einführung des harmonisierten Rechnungsmodells (HRM 2) bei den Gemeinden
2014	Unterstützung und Beratung der Gemeinden bei der Einführung
2014	Erarbeitung Handbuch Rechnungswesen für die Gemeinden
2014/2015	Permanente Schulung der Leiter/innen Finanzen und der Finanzkommissionen
2015	Beratung und Unterstützung der Gemeinden beim ersten Rechnungsabschluss nach der neuen Rechnungslegung
2015	Unterstützung der Ausbildungsaktivitäten des Instituts for Public Management (IPM GmbH)
2015	Anpassung des Handbuchs Rechnungswesen aufgrund der Bedürfnisse und Erfahrungen

Die Gemeinden stellen ihre Rechnung auf 1. Januar 2014 auf HRM2 um. Sie werden dabei durch die Gemeindeabteilung begleitet und unterstützt. Die Projektarbeiten laufen planmässig.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat Mio. Fr. 0.98

240E003	Revision Gemeindegesetz
2014/2015	Erarbeitung Normkonzept
2018	Inkraftsetzung

Die Revision verfolgt die Zielsetzung, die Gemeindeautonomie zu stärken. Die kommunale Organisationsfreiheit und Selbstkontrolle sollen gestärkt werden, die Aufsicht des Kantons vermehrt subsidiär ausgestaltet werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 240Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Gemeinden haben ordnungsgemässe Voranschläge und Rechnungen.								
01 Gemeinden	Anzahl	219	216	213	212	208	208	○
02 Gemeindeverbände	Anzahl	185	185	185	185	185	185	○
03 Steuerkraft pro Einwohner/in	Fr.	2'579	2'632	2'712	2'720	2'753	2'780	○
04 Nettoinvestitionen	Mio. Fr.	254.0	290.0	290.0	320.0	330.0	290.0	○
05 Nettoschulden der Gemeinden	Mio. Fr.	-30.0	25.0	95.0	175.0	245.0	255.0	○
06 Nettoschulden pro Einwohner/in	Fr.	-49	39	148	270	374	384	○
07 Einhaltung Mindestkapitalisierung durch Gemeinden	%	-	-	-	95.0	95.0	95.0	◑
08 Anteil Gemeinden mit mittelfristig ausgeglichener Erfolgsrechnung	%	-	-	-	95.0	95.0	95.0	◑

01: Im Jahr 2014 werden 3 Projekte umgesetzt (3 Gemeinden weniger). Für 2015 ist ein Projekt (- 1 Gemeinde) und für 2016 sind 2 Projekte (- 4 Gemeinden) in Bearbeitung.
03: Die Teilrevision des Steuergesetzes wird zur Folge haben, dass sich das Wachstum der Steuerkraft gegenüber den Vorjahren etwas abschwächt.
04: Die Gemeinden werden in den nächsten Jahren vermehrt Investitionen in Schulbauten realisieren (Platzbedarf infolge Umstellung auf das Modell 6/3).
05: Die höheren Investitionen und das etwas schwächere Wachstum der Steuerkraft haben zur Folge, dass sich die Nettoverschuldung der Gemeinden erhöhen wird. Es wird davon ausgegangen, dass die Nettoschuld der Gemeinden bis 2017 auf rund 255 Millionen Franken ansteigen wird.
07: Es wird erwartet, dass 95% aller Gemeinden die Mindestkapitalisierung einhalten werden. Es liegen noch keine Erfahrungswerte nach der neuen Rechnungslegung HRM2 vor.
08: 95% aller Gemeinden dürften mittelfristig eine ausgeglichene Rechnung ausweisen. Es liegen noch keine Erfahrungswerte nach der neuen Rechnungslegung HRM2 vor.

Ziel 240Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Amtsführung in den Gemeinden erfolgt rechtlich korrekt.								
01 Beschwerdeentscheide	Anzahl	44	40	40	40	40	40	◑
02 Durchschnittliche Verfahrensdauer für Beschwerden	Monat	2.3	5.0	4.0	4.0	4.0	4.0	◑
03 Beschwerden mit Verfahrensdauer über 12 Monate	Anzahl	1	0	0	0	0	0	◑
04 Max. Anteil gutgeheissene Beschwerden am Gesamttotal der Beschwerden	%	7.0	15.0	15.0	15.0	15.0	15.0	◑

Die Anzahl der Beschwerdeentscheide und die Anzahl Gutheissungen von Beschwerden sind ein Indikator für die Amtsführung in den Gemeinden. Es werden damit nicht die tatsächlichen Verhältnisse abgebildet. Es ist vor allem als Frühwarnsystem für Veränderungen in der Qualität zu verstehen. Die Beschwerden betreffen die Bereiche Gemeindeversammlung, Polizei, Einwohnerkontrolle und Gastgewerbe.

Ziel 240Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Gemeindebehördensitze werden vollständig und innert nützlicher Frist besetzt.								
01 Vorzeitige Demissionen von Gemeinderatsmitgliedern	Anzahl	69	60	60	80	80	60	○
02 Vakante Gemeinderatssitze länger als 6 Monate	Anzahl	-	0	0	0	0	0	◑
03 Vakante Sitze länger als 6 Monate übrige vom Volk gewählte Kommissionen	Anzahl	-	20	20	20	20	20	◑

02/03: Bisher liegen keine Erfahrungswerte vor. Behörden müssen grundsätzlich vollständig besetzt sein; kurzfristig kann ein Abweichen davon toleriert werden.

Ziel 240Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Steuerbelastung unter den Gemeinden ist ausgewogen.								
01 Tiefster Steuerfuss	%	60.0	60.0	65.0	65.0	65.0	65.0	
02 Höchster Steuerfuss	%	126.0	126.0	126.0	126.0	126.0	126.0	
03 Median Steuerfuss	%	108.0	109.0	109.0	109.0	109.0	109.0	
04 Anteil Gemeinden mit einem Steuerfuss in einer Bandbreite von 30%	%	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	

03: Der Median (Zentralwert) des Steuerfusses der Gemeinden ist der Wert, der an der mittleren Stelle steht, wenn man die Steuerfüsse aller Gemeinden nach der Höhe sortiert. 2012 hatten 7 der 219 Gemeinden einen Steuerfuss mit dem Medianwert.
04: Als Massstab wird die Streuung +/- 15% um das nach Einwohnerzahl gewichtete Kantonsmittel verwendet.

Ziel 240Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Finanzausgleichsbeiträge und -abgaben werden korrekt berechnet.								
01 Summe Finanzausgleichsbeiträge	Mio. Fr.	49.9	28.2	44.5	48.1	51.6	53.7	
02 Summe Finanzausgleichsabgaben	Mio. Fr.	28.4	28.4	26.2	26.5	26.5	26.6	
03 Bewilligte Gesuche für zusätzliche Finanzausgleichsbeiträge	Anzahl	2	2	8	8	8	6	
04 Schriftliche Beanstandungen gegen nicht korrekt berechnete Finanzausgleichsbeiträge und -abgaben	Anzahl	0	0	0	0	0	0	

01: 2012 wurden höhere Beiträge ausbezahlt aufgrund der Spezialregelung des Grossen Rats, die eine tiefere Anrechnung der Ertragskraft festlegte. 2014 erhöhen sich die Beiträge, weil im Basisjahr 2012 der Finanzbedarf bzw. der Nettoaufwand der Gemeinden stark gestiegen ist.
03: In den nächsten Jahren stehen bei vielen Gemeinden grosse Investitionen, v.a. im Schulbereich, an. Es wird angenommen, dass dies bei einzelnen Gemeinden zu einer Überschuldung führen wird.

Ziel 240Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Finanzausgleichsfonds wird bedarfsgerecht gesteuert.								
01 Fondsbestand Finanzausgleich	Mio. Fr.	229.3	224.6	189.4	161.9	129.6	117.4	
02 Erforderlicher Minimalbestand Finanzausgleichsfonds	Mio. Fr.	189.0	193.0	197.3	204.3	219.8	242.9	
03 Zuschlag Kantonssteuer auf Einkommen und Vermögen	%	0	0	0	0	0	0	
04 Zuschlag Gewinn- und Kapitalsteuer	%	0	0	0	5.0	5.0	5.0	
05 Beitragsberechtigte Gemeinden	Anzahl	99	79	92	93	94	96	
06 Zusammenschlussbeiträge	Mio. Fr.	3.9	3.0	6.4	10.6	9.8	0.3	
07 Abgabepflichtige Gemeinden	Anzahl	58	57	58	58	58	57	

01: Es wird mit einem deutlichen Abbau des Fondsbestands gerechnet. Gründe dafür sind: Aussetzung des Steuerzuschlags auf der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen in den Jahren 2010 bis 2014; höhere Ausgleichsbeiträge wegen zunehmendem Finanzbedarf; Beiträge an Gemeindezusammenschlüsse in den Jahren 2014, 2015 und 2016; Sonderbeiträge 2014 bis 2016.
04: Gemäss § 6 Abs. 3 Finanzausgleichsgesetz entfällt der Zuschlag auf der Gewinn- und Kapitalsteuer, wenn der Fondsbestand den Mittelbedarf der vergangenen 4 Zahlungsjahre übersteigt. Aufgrund dieser Bestimmung setzt der Steuerzuschlag auf der Gewinn- und Kapitalsteuer der juristischen Personen ab 2015 wieder ein.
06: 2014 werden Beiträge an drei Zusammenschlussprojekte ausgerichtet. 2015 ist ein Beitrag geplant und 2016 Beiträge an zwei Zusammenschlussprojekte.

Ziel 240Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Datenqualität der Einwohner- und Objektregister der Gemeinden ist hoch.								
01 Mindestanteil Gemeinden mit 100% Datenqualität Einwohnerregister bei Erstlieferung	%	-	-	95.0	95.0	95.0	95.0	
02 Mindestanteil Gemeinden mit 100% Datenqualität Objektregister bei Erstlieferung	%	-	-	70.0	70.0	70.0	70.0	

Damit die Datenqualität das notwendige Niveau erreicht, werden die Gemeinden beraten und geschult. Die Indikatoren werden ab 2014 gemessen, dem ersten ordentlichen Betriebsjahr nach Abschluss des Projekts Daten- und Registerharmonisierung.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**3'078**	**2'335**	**-24.1%**	**2'280**	**2'324**	**2'332**
Globalbudget Aufwand	**-**	**3'116**	**2'883**	**-7.5%**	**2'808**	**2'852**	**2'860**
30 Personalaufwand	-	2'285	2'161	-5.5%	2'100	2'094	2'102
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	831	723	-13.0%	708	758	758
Globalbudget Ertrag	**-**	**-38**	**-548**	**1'342.1%**	**-528**	**-528**	**-528**
42 Entgelte	-	-38	-68	78.9%	-48	-48	-48
46 Transferertrag	-	-	-480		-480	-480	-480
LUAE Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
LUAE Aufwand	**-**	**33'200**	**85'500**	**157.5%**	**94'300**	**101'000**	**58'000**
36 Transferaufwand	-	33'200	85'500	157.5%	94'300	101'000	58'000
LUAE Ertrag	**-**	**-33'200**	**-85'500**	**157.5%**	**-94'300**	**-101'000**	**-58'000**
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-4'700	-35'200	648.9%	-27'500	-32'300	-12'200
46 Transferertrag	-	-28'400	-50'300	77.1%	-50'600	-50'600	-26'600
49 Interne Verrechnungen	-	-100	-		-16'200	-18'100	-19'200
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Aufwand
2013 wird das Projekt Daten- und Registerharmonisierung abgeschlossen und in den ordentlichen Betrieb der Fachstelle Datenaustausch überführt. Im Budget 2013 sind zusätzlich zu den ordentlichen Betriebskosten noch Projektkosten eingesetzt (Personalaufwand sowie Sach- und übriger Betriebsaufwand).
Bis 2014 sind Kosten für das Projekt Umsetzung HRM2 bei den Gemeinden eingesetzt.

Ertrag
Nach Abschluss des Projekts Daten- und Registerharmonisierung wird den Gemeinden, die ihr Objektregister im kantonalen System führen, ab 2014 die in Gesetz und Verordnung vorgesehene Gebühr verrechnet (46 Transferertrag).

LUAE

Aufwand
Im Transferaufwand sind in den Jahren 2014 bis 2016 Sonderbeiträge von rund 10 Millionen Franken gemäss der Gesetzesvorlage zum Ausgleichsgesetz Spitalfinanzierung eingesetzt. Die Beiträge zum Ausgleich des indirekten Finanzausgleichs bei den wegfallenden Gemeindebeiträgen an die Spitalfinanzierung betragen in den Jahren 2014 - 2016 24.1 Millionen Franken. Die ordentlichen Beiträge erhöhen sich 2014 gegenüber dem Vorjahr um 16.2 Millionen Franken auf 44.5 Millionen Franken. Dies ist vor allem begründet in der starken Zunahme des Finanzbedarfs bzw. des Nettoaufwands der Gemeinden im Basisjahr 2012.

Ertrag
Im Transferertrag sind gemäss der Gesetzesvorlage zum Ausgleichsgesetz Spitalfinanzierung in den Jahren 2014 - 2016 Abgaben zum Ausgleich des indirekten Finanzausgleichs bei den wegfallenden Gemeindebeiträgen an die Spitalfinanzierung von 24.1 Millionen Franken eingerechnet.
In den Planjahren 2015 - 2017 ist der Steuerzuschlag für juristische Personen mit dem gesetzlichen Minimum von 5% eingesetzt, nachdem dieser seit 2010 aufgrund der Höhe des Fondsbestands ausgesetzt war (49 Interne Verrechnungen).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**3'078**	**2'335**	**-24.1%**	**2'280**	**2'324**	**2'332**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**3'078**	**2'335**	**-24.1%**	**2'280**	**2'324**	**2'332**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Finanzausgleich (Spezialfinanzierung)							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	33'200	85'500	157.5%	94'300	101'000	58'000
Innerkantonale Finanzausgleichsbeiträge	-	28'200	44'500	57.8%	48'100	51'600	53'700
Zusätzliche Beiträge innerkantonaler Finanzausgleich	-	2'000	2'000	0.0%	2'000	5'000	4'000
Sonderbeiträge	-	-	8'500		9'500	10'500	-
Ausgleichsbeiträge Spitalfinanzierung	-	-	24'100		24'100	24'100	-
Beiträge an Gemeinden	-	3'000	6'400	113.3%	10'600	9'800	300
Total Ertrag	-	-33'200	-85'500	157.5%	-94'300	-101'000	-58'000
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des EK	-	-4'700	-35'200	648.9%	-27'500	-32'300	-12'200
Innerkantonaler Finanzausgleich	-	-28'400	-26'200	-7.7%	-26'500	-26'500	-26'600
Ausgleichsabgaben Spitalfinanzierung	-	-	-24'100		-24'100	-24'100	-
Verschiedene interne Verrechnungen	-	-100	-		-16'200	-18'100	-19'200

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach	**Saldo VK total**	**-**	**411**	**36**	**-91.2%**	**-**	**-**	**-**
Steuergrösse	VK-Globalbudget	-	411	36	-91.2%	-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**209**	**36**	**-82.8%**	**-**	**-**	**-**
Regierungsrat	Aufwand	-	209	36	-82.8%	-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Grosser Rat	Aufwand	-	-	-		-	-	-
(Sammelvorlage)	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**202**	**-**		**-**	**-**	**-**
Grosser Rat	Aufwand	-	202	-		-	-	-
(Einzelvorlage)	Ertrag	-	-	-		-	-	-

Das Projekt Daten- und Registerharmonisierung wird Mitte 2013 abgeschlossen. 2014 ist die letzte Tranche des Projekts Umsetzung HRM2 bei den Gemeinden eingesetzt. Der Aufwand für die Begleitung von Gemeindezusammenschlüssen wird ab 2014 im Globalbudget ausgewiesen.

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Daten- und Registerharmonisierung									
VK, einmaliger Aufwand	09.12.2008	10'100	10'100	1'755	-	-	-	-	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**14.98**	**15.00**	**14.20**	**-5.3%**	**14.20**	**13.20**	**13.20**
Ordentliche Stellen	12.58	12.60	13.20	4.8%	13.20	13.20	13.20
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	2.40	2.40	1.00	-58.3%	1.00	0	0

Aufgabenbereich 245: Standortförderung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die Standortförderung stärkt den Wirtschafts- und Wohnstandort Aargau durch eine gezielte Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen und Privatpersonen. Sie betreut ansässige Unternehmen, fördert Neugründungen und akquiriert wertschöpfungsstarke und/oder arbeitsplatzschaffende Unternehmen aus dem Ausland.

Zuständige Kommission
Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)

Leistungsgruppen
LG 245.10 Standortentwicklung
LG 245.20 Standortmarketing und -pflege
LG 245.90 Organisationseinheit Standortförderung

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Im intensiven internationalen und interkantonalen Standortwettbewerb spielen die weichen Faktoren eine immer wichtigere Rolle. Neben der Höhe der Steuerbelastung, der guten Erreichbarkeit, den marktreifen Grundstücken und verfügbaren Immobilien gewinnen Themen wie Wohn- und Lebensqualität, das Bildungsangebot und die familienexterne Kinderbetreuung an Bedeutung.

Das Standortförderungsgesetz ist bis am 31. Dezember 2016 befristet. Dem Grossen Rat soll bis 2015 das Ergebnis einer Evaluation verbunden mit einem Beschlussentwurf vorgelegt werden.

Hightech Aargau
Mit Hightech Aargau wird die Standortattraktivität des Aargaus erhöht. Aargauische und neu zuziehende Unternehmen profitieren von neuen Angeboten im Bereich des Wissens- und Technologietransfers. Rasch verfügbare Areale sind für Unternehmenserweiterungen und für Neuansiedlungen ein zentraler Faktor. Im Rahmen von Hightech Aargau wird die Revitalisierung von Industriebrachen und die Erlangung der Marktreife strategischer Areale vorangetrieben. Der Gesamtprojektleiter für Hightech Aargau arbeitet in der Abteilung Standortförderung und stellt sicher, dass Synergien zwischen Hightech Aargau und der Standortförderung in idealer Weise genutzt werden können.

Standortentwicklung
Für eine professionelle Standortförderung im Kanton Aargau sind regionale Standortförderstrukturen unabdingbar. Mit dem Umsetzungsprogramm 2012-2015 der Neuen Regionalpolitik (NRP) werden Anreize für den Aufbau und Erhalt von regionalen Standortförderungen geschaffen. Daneben wird das Netzwerk unter den regionalen Standortförderungen und der kantonalen Standortförderung weiter gepflegt. Es sind Vorschläge für die Zeit nach dem laufenden NRP-Umsetzungsprogramm auszuarbeiten.

Standortmarketing und -pflege
Die Zusammenarbeit mit der S-GE (Switzerland Global Enterprise, seit Mai 2013 neuer Name der OSEC), die für die Schweiz die Standortpromotion betreibt, ist in einer Leistungsvereinbarung für die Jahre 2012-2015 geregelt. Die Standortförderung nutzt die Gefässe der S-GE vermehrt, um Leads (= ansiedlungswillige Unternehmen) zu akquirieren und Ansiedlungen realisieren zu können. Die Zusammenarbeit mit BaselArea wird einen weiteren Beitrag zur stärkeren Vermarktung des Fricktals liefern. Die Standortförderung sucht für Aargauer Unternehmen Grundstücke und Immobilien. Zudem unterhält sie die Serviceline, welche den Unternehmen für Anfragen allgemeiner Art offen steht. Viele zusätzliche Arbeitsplätze werden in neu gegründeten Unternehmen geschaffen. Mit der Beratung und Förderung insbesondere von jungen Technologieunternehmen sollen diese im erfolgreichen Aufbau ihres Geschäfts unterstützt werden. Zudem tragen sie zur Stärkung des Hightech-Standorts Aargau bei. Das Beratungsangebot von GENILEM (kostenloses Coaching-Angebot für innovative Jungunternehmerinnen und Jungunternehmer) und die verstärkte Kooperation mit dem Technopark Aargau sowie der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) tragen ebenfalls zum Erfolg von Jungunternehmen bei.

Tourismus
Der Tourismus hilft mit, die Lebens- und Freizeitqualität eines Standorts zu portieren. Bisher war der Zielmarkt von Aargau Tourismus vor allem der Aargau selbst. Ab 2014 soll die Bekanntmachung des touristischen Angebots auch ausserhalb des Kantons, insbesondere im deutschsprachigen Raum erfolgen. Das Thema Hightech soll ebenfalls von der touristischen Seite beleuchtet werden. So kann die touristische Vermarktung zur Bekanntmachung von Hightech Aargau beitragen.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

245E001	Neue Regionalpolitik (NRP), Umsetzungsperiode 2012-2015
2011	Erarbeitung und Genehmigung Umsetzungsprogramm
ab 2011	Projekteingaben
ab 2012	Umsetzung der Projekte

Die Umsetzungsperiode läuft bis Ende 2015. Erste Vorschläge und Planungen für das Folgeprogramm NRP 2016-2019 werden erarbeitet.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2011-1334 vom 21.6.2011	Mio. Fr.	3.30

245E002	Branchenfokussierte Akquisition
bis 2014	Umsetzung Konzept branchenfokussierte Akquisition

Ab 2015 werden die aufgebauten Aktivitäten ins internationale Standortmarketing und teilweise in Hightech Aargau (z.B. bei der Energietechnologie) überführt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.47

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 245Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Kanton Aargau ist ein attraktiver Standort.								
01 Bruttoinlandprodukt (BIP) pro Kopf	Fr.	51'900	52'100	52'600	53'000	53'400	53'700	○
02 Volkseinkommen pro Kopf	Fr.	56'000	56'400	57'300	58'400	59'500	60'700	○
03 Gesamtzahl der Unternehmen im Kanton Aargau	Anzahl	29'585	30'000	30'700	31'100	31'500	31'900	○
04 Unternehmensbesuche	Anzahl	38	40	40	50	50	50	●
05 Organisation von Anlässen in den Fokusbranchen gemäss Entwicklungsleitbild und Initiative "Hightech Aargau"	Anzahl	3	2	3	3	3	3	●
06 Standortpflegeprojekte (Ansässige)	Anzahl	71	60	60	60	60	60	◑
07 Anteil der Unternehmen mit der Beurteilung "gut" und "sehr gut" im Rahmen der AIHK-Umfrage	%	66.0	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0	◑
08 Sitzverlegungen in den Kanton Aargau (AG, GmbH, Einzelfirma)	Anzahl	382	355	360	360	360	360	◑
09 Sitzverlegungen in andere Kantone und ins Ausland (AG, GmbH, Einzelfirma)	Anzahl	335	305	310	310	310	310	◑
10 Neue Arbeitsplätze, die mit der Unterstützung des Standortmarketings bei Neugründungen (Start-up, Ansiedlungen) geschaffen wurden	Anzahl	334	170	155	160	160	160	◑
11 Rating durch Standard & Poor's für den Kanton Aargau	AAA	1	1	1	1	1	1	
12 Standortqualitätsindikator der Credit Suisse (Kantonsrangierung Schweiz)	Rang	3	3	4	4	4	4	○

Aufgrund von Sparmassnahmen wird die geplante Bekanntmachung und Präsenz des Kantons als attraktiver Unternehmensstandort im In- und Ausland reduziert. Sollten die finanziellen Einschränkungen anhalten, ist eine Abnahme der Zuzüge und Ansiedlungen und eine Zunahme der Wegzüge zu befürchten.
01-03: Wegen der bestehenden wirtschaftlichen Unsicherheiten ist eine Prognose für die Jahre 2015-2017 schwierig.
01: Die Budget- und Planwerte fussen auf der Wirtschaftsprognose des Instituts BAK Basel (Datenlieferung Januar 2013) und der Bevölkerungsprognose von Statistik Aargau (Juni 2013).
02: Siehe Kommentar zu I01.
05: Die Anzahl Anlässe nimmt ab 2014 nicht mehr zu, da diese Anlässe zum Teil vom Hightech Zentrum abgedeckt werden.
10: Da gegenüber den Vorjahren (2012 und älter) noch stärker auf die Qualität bei den Ansiedlungen gesetzt werden soll, ist auch bei den Arbeitsplätzen gegenüber dem Jahr 2012 mit einer geringeren Anzahl zu rechnen. Die zusätzliche Reduktion im Jahr 2014 gegenüber dem Budget 2013 ergibt sich aufgrund der Sparmassnahmen.
12: Die Gruppe der Kantone AG, NW, GE und BS liegt nahe beisammen. Eine Rangverschiebung ist möglich.

Ziel 245Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Neuansiedlungen erfolgen vorwiegend in wertschöpfungsstarken Branchen.								
01 Teilnahme der Standortförderung an Anlässen mit Bezug zu den Fokusbranchen / -technologien	Anzahl	8	5	7	7	10	10	●
02 Bearbeitete Ansiedlungsprojekte	Anzahl	337	240	250	260	260	260	◑
03 Gesamtzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ansiedlungsprojekte	Anzahl	20	15	19	20	20	20	◑
04 Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Ansiedlungsprojekte in den Fokusbranchen / -technologien	Anzahl	5	8	12	12	14	14	◑

04: Mit der Umsetzung von Hightech Aargau und der branchenfokussierten Akquisition wird davon ausgegangen, dass die Zahl der Ansiedlungen in den Fokusbranchen gesteigert werden kann.

Ziel 245Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Jungunternehmertum im Kanton Aargau wird gefördert.								
01 Organisation von Anlässen und Teilnahme der Standortförderung an Anlässen mit Bezug zur Jungunternehmer-Förderung	Anzahl	6	6	6	6	8	8	●
02 Einsitz in Gremien mit Bezug zur Jungunternehmer-Förderung	Anzahl	3	3	4	4	4	4	●
03 Bearbeitete Start-up Projekte	Anzahl	48	40	40	40	40	40	◑
04 Erfolgsquote der bearbeiteten Start-up Projekte	%	50.0	45.0	40.0	45.0	50.0	50.0	◑

Start-up-Unternehmen sind wichtig für das Wirtschaftswachstum im Kanton Aargau. Sie schaffen neue Arbeitsplätze und sind Ausdruck eines innovativen Wirtschaftsumfelds.
02: Zur Förderung des Jungunternehmertums zählt auch der Einsitz der Standortförderung in Gremien wie z.B. Evaluationskommission Forschungsfonds Aargau, Förderkommission des Technoparks, Vorstand der Start-up-Beratung GENILEM, womit das Netzwerk zur Schaffung idealer Rahmenbedingungen für die Neugründung von Unternehmen weiterentwickelt wird.
04: Die Erfolgsquote berechnet sich aus den total bearbeiteten Start-up-Projekten (I03) geteilt durch die Anzahl der erfolgreich abgeschlossenen Projekte. Erfolgreich abgeschlossen wird ein Projekt, wenn tatsächlich eine Geschäftsgründung erfolgt ist (z.B. mit einem Handelsregistereintrag), operative Tätigkeiten vorhanden sind und mindestens ein Arbeitsplatz entstanden ist.

Ziel 245Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die regionalen Standortförderstrukturen sind flächendeckend und stark.								
01 Vernetzungs- und Ausbildungsanlässe mit den Regionen	Anzahl	4	5	4	4	4	4	●
02 Mit den Regionen abgeschlossene Projektverträge im Rahmen der Neuen Regionalpolitik (NRP) des Bundes	Anzahl	13	5	1	0	10	5	●
03 Anteil Regionen mit regionalen Standortförderstrukturen	%	38.5	46.2	61.5	61.5	61.5	70.0	◑

02: Die NRP-Umsetzungsperiode läuft 2012-2015. Gegen Ende der Periode geht die Anzahl der Projekte zurück, da die verfügbaren Mittel bereits weitgehend vergeben sind. Die Planung geht von einem weiteren Programm ab 2016 aus.
03: Basis ist der Perimeter und die Anzahl der Regionalplanungsverbände. Um den Wert im Jahr 2017 erreichen zu können, müssten zusätzliche Massnahmen und Mittel beschlossen werden, die im AFP 2014-2017 noch nicht enthalten sind.

Ziel 245Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die touristischen Angebote im Tagestourismus sind vernetzt und werden gemeinsam vermarktet.								
01 Logiernächte in aargauischen Hotelbetrieben	Anzahl	687'316	700'000	650'000	650'000	660'000	660'000	○
02 Neue Publikationen über gemeinsam erarbeitete Angebote	Anzahl	8	6	5	6	6	6	●
03 Schaffung von überregionalen buchbaren Angeboten	Anzahl	1	2	3	4	5	6	●

01: Der starke Franken wirkt dämpfend auf die Zahl der Logiernächte.
02: Aufgrund der Sparmassnahme im Budgetjahr 2014 nimmt die Anzahl Publikationen ab.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**3'578**	**3'556**	**-0.6%**	**3'333**	**3'298**	**3'341**
Globalbudget Aufwand	**-**	**3'848**	**3'976**	**3.3%**	**3'633**	**3'648**	**3'691**
30 Personalaufwand	-	1'672	1'475	-11.8%	1'466	1'470	1'476
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	1'596	1'771	11.0%	1'537	1'498	1'535
36 Transferaufwand	-	330	330	0.0%	330	330	330
37 Durchlaufende Beiträge	-	250	400	60.0%	300	350	350
Globalbudget Ertrag	**-**	**-270**	**-420**	**55.6%**	**-300**	**-350**	**-350**
46 Transferertrag	-	-20	-20	0.0%	-	-	-
47 Durchlaufende Beiträge	-	-250	-400	60.0%	-300	-350	-350
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Die hohen Personalkosten im Budget 2013 wurden von den hinsichtlich der Reorganisation für 2012 budgetierten Werten abgeleitet. Die interne Besetzung der Stelle Abteilungsleitung führte zu einer Reduktion des Personalaufwandes.
Nach dem reduzierten Jahresbudget 2013 für die Neue Regionalpolitik werden 2014 Aufwand und Ertrag (Bundesbeiträge) wieder erhöht (Sachkonti 37 und 47).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**3'578**	**3'556**	**-0.6%**	**3'333**	**3'298**	**3'341**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**3'578**	**3'556**	**-0.6%**	**3'333**	**3'298**	**3'341**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**1'423**	**1'586**	**11.5%**	**1'425**	**1'475**	**1'475**
	VK-Globalbudget	-	1'423	1'586	11.5%	1'425	1'475	1'475
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**648**	**611**	**-5.7%**	**500**	**500**	**500**
	Aufwand	-	648	611	-5.7%	500	500	500
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**325**	**475**	**46.4%**	**375**	**-**	**-**
	Aufwand	-	575	875	52.3%	675	-	-
	Ertrag	-	-250	-400	60.0%	-300	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**450**	**500**	**11.1%**	**550**	**975**	**975**
	Aufwand	-	450	500	11.1%	550	1'325	1'325
	Ertrag	-	-	-		-	-350	-350

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Internationales Standortmarketing									
VK, einmaliger Aufwand	06.12.2011	2'400	2'400	2'022	500	550	550	550	-128
NRP 2016-2019									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	3'101	3'101	-	-	-	775	775	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**7.04**	**8.50**	**8.50**	**0.0%**	**8.50**	**8.50**	**8.50**
Ordentliche Stellen	6.22	8.00	8.00	0.0%	8.00	8.00	8.00
Fremdfinanzierte Stellen	0	-	-		-	-	-
Projektstellen	0.82	0.50	0.50	0.0%	0.50	0.50	0.50

Aufgabenbereich 250: Strafverfolgung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die Strafverfolgung ist für die gleichmässige Durchsetzung des staatlichen Strafanspruchs verantwortlich. Die Staatsanwaltschaften leiten in Strafverfahren gegen Erwachsene das Vorverfahren, verfolgen die Straftaten im Rahmen von Untersuchungen, erlassen Strafbefehle, Einstellungs-, Nichtanhandnahme- und Sistierungsverfügungen oder erheben Anklagen und vertreten diese vor Gericht. Straffällig gewordene Jugendliche im Alter zwischen 10 und 18 Jahren werden durch die Jugendanwaltschaft mit Strafen und Schutzmassnahmen behandelt, mit dem Ziel, dass die Jugendlichen nicht mehr rückfällig werden. Die Jugendanwaltschaft nimmt dabei alle jugendstrafrechtlichen Funktionen wahr und ist zuständig für die Strafuntersuchung, die vorsorgliche Anordnung von Schutzmassnahmen, die Entscheidfällung (Strafbefehle, Einstellungen), die Anklage vor Jugendgericht und schliesslich auch für den Vollzug der Entscheide.

Zuständige Kommission
Kommission für Sicherheit (SIK)

Leistungsgruppen
LG 250.10 Oberstaatsanwaltschaft
LG 250.20 Kantonale Staatsanwaltschaft
LG 250.30 Staatsanwaltschaften für die Bezirke
LG 250.40 Jugendanwaltschaft
LG 250.90 Organisationseinheit Staatsanwaltschaft
LG 250.91 Organisationseinheit Jugendanwaltschaft

Organisation
Die Abteilung Staatsanwaltschaft setzt sich aus sechs dezentralen Staatsanwaltschaften, der kantonalen Staatsanwaltschaft und der Oberstaatsanwaltschaft, welcher die Gesamtleitung obliegt, zusammen. Die Abteilung Jugendanwaltschaft ist nicht unterteilt.

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Der Umgang mit der schweizerischen Strafprozessordnung, die seit dem 1. Januar 2011 in Kraft ist, zählt im Massengeschäft mittlerweile zum normalen Alltag. In grösseren Verfahren stellen sich jedoch weiterhin prozessuale Fragen, die vertieft zu klären sind. Seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung haben die Gerichte zahlreiche Grundsatzentscheide gefällt, die Auswirkungen auf die Art der Untersuchungsführung haben. Dennoch gibt es zu wichtigen Fragen (z.B. wie weit die Teilnahmerechte von Mitbeschuldigten gehen) noch keine wegweisende Rechtssprechung. Neue Strafbestimmungen werden von den Bundesbehörden teils sehr kurzfristig in Kraft gesetzt, so dass nur wenig Zeit für Anpassungen bleibt. Ein Beispiel sind Bestimmungen zur Verkehrssicherheit (Via sicura).
Mit zunehmender Vertrautheit mit dem neuen Recht nutzen die Parteien ihre prozessualen Möglichkeiten vermehrt. Die Zahl der amtlich verteidigten Beschuldigten ist steigend. Grössere Verlagerungen der polizeilichen Tätigkeiten haben unmittelbareren Einfluss auf die Zahl und die Art der Verfahren. Der Aufwuchs bei den Polizeikräften wie auch die Bevölkerungsentwicklung kann zu einer Zunahme der Verfahren führen. Bei der Erfüllung des Ziels, die Verfahren zu beschleunigen, ist die Staatsanwaltschaft stark von den Arbeitsergebnissen Dritter abhängig (Zwangsmassnahmengericht, Beschwerdekammer des Obergerichts in Strafsachen, psychiatrische Gutachter, etc.).

Die Gerichtspraxis wie auch neue Strafbestimmungen erfordern ein ständiges Anpassen der Arbeitsabläufe und der Strafmassempfehlungen, teils in Absprache mit den anderen kantonalen Strafverfolgungsbehörden. Dem gestiegenen und wohl weiter steigenden formellen Aufwand in der Untersuchungsführung wird mit einer Beschränkung auf das gerichtlich noch tolerierte Minimum und mit vermehrter Nichtanhandnahme begegnet. Zudem werden Strafverfahren, wo möglich, im Rahmen des weniger aufwändigen Strafbefehlsverfahrens erledigt.

Die Jugendanwaltschaft muss die mögliche Anpassung des Strafgesetzbuchs (Erhöhung des Alters für Massnahmen unter dem Jugendstrafrecht von 22 auf 25 Jahre) im Auge behalten und rechtzeitig die personellen und finanziellen Auswirkungen prüfen. In einem kantonalen Entwicklungsschwerpunkt (200E003) werden die Massnahmen gegen Jugendgewalt insbesondere durch eine bessere Vernetzung der Institutionen und durch ein Programm zur Früherkennung von Intensivtätern verstärkt.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

250E001	Verfolgung von Vermögensdelikten
2014-2015	Konkursdelikte: Zusammenarbeit zwischen Staatsanwaltschaft und Konkursamt institutionalisieren und standardisieren (Konzept, Umsetzung)
2013-2014	Vermögensabschöpfung: Verfahren erarbeiten, Mitarbeitende ausbilden, Bewirtschaftung der Vermögenswerte bereitstellen (Konzept, Umsetzung)

Es handelt sich um die Umsetzung eines regierungsrätlichen Schwerpunkts der Strafverfolgung 2011-2014 ("Vermögensdelikte konsequenter verfolgen"). Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden, die Verfahrensabläufe sind zu erarbeiten, zu standardisieren und zu etablieren. Die Erarbeitung wird durch die kantonale Staatsanwaltschaft gemacht. Infolge der Grossverfahren SAR (SAR Premium Cars AG) und ASE (ASE Investment AG) hat sich das Projekt verzögert.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

250E002	Verursacherprinzip bei den Auslagen
2013-2014	Analyse und Überprüfung der im Verfahren anfallenden Kosten auf deren Verrechenbarkeit als Untersuchungskosten im Sinne von Art. 422 StPO
2014-2015	Allfällige Anpassungen von Gesetzesgrundlagen

Die schweizerische Strafprozessordnung definiert die Kosten, die in einem Strafverfahren weiterverrechnet werden können. Es ist zu überprüfen, ob heute alle Kosten verrechnet werden, deren Verrechnung zulässig ist. Weiter ist zu prüfen, ob die kantonalrechtlichen Grundlagen für die Verrechnung aller verrechenbaren Kosten ausreichen, allenfalls sind die Grundlagen zu schaffen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 250Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Aufsicht der Oberstaatsanwaltschaft über die ganze Staatsanwaltschaft ist gewährleistet.								
01 Hängige Strafverfahren per 1. Januar (Staatsanwaltschaft Aargau)	Anzahl	-	7'340	7'290	7'240	8'210	9'210	◑
02 Neu eröffnete Strafverfahren (Staatsanwaltschaft Aargau)	Anzahl	-	40'200	38'200	38'200	38'200	38'200	○
03 Abgeschlossene Strafverfahren (Staatsanwaltschaft Aargau)	Anzahl	-	40'250	38'250	37'230	37'200	37'200	◑
04 Hängige Strafverfahren per 31. Dezember (Staatsanwaltschaft Aargau)	Anzahl	-	7'290	7'240	8'210	9'210	10'210	◑
05 Genehmigung von Einstellungen	Anzahl	-	2'500	2'500	2'400	2'400	2'400	◑
06 Durch die Oberstaatsanwaltschaft erhobene Einsprachen gegen Strafbefehle	Anzahl	136	150	150	150	150	150	◑
07 Amtliche Verteidigungen (Staatsanwaltschaft Aargau)	Anzahl	-	500	500	500	500	500	◑

In diesem neuen Ziel werden die wichtigsten Fallzahlen der ganzen Staatsanwaltschaft dargestellt. Indikator 06 wurde bereits im AFP 2013-2016 geführt.
Für das Jahr 2015 ist ein Stellenabbau bei der Staatsanwaltschaft im Umfang von 13.2 Stellen geplant (vgl. Abschnitt I. Stellenplan), was Auswirkungen auf die Erledigungskapazität haben wird. Es ist das Ziel, die Erledigung von Strafverfahren auf hohem Niveau zu halten (I03). Dennoch muss ab 2015 mit einer steigenden Tendenz bei den unerledigten Verfahren gerechnet werden (I01 und I04, vgl. auch Z004 und Z005).
02: Die Gesamtzahl ergibt sich aus dem Zusammenzug aller Staatsanwaltschaften. Der Wert im Budget 2014 ist an die Erfahrungswerte im laufenden Jahr 2013 angepasst.
05: Weil weniger Strafverfahren abgeschlossen werden (I03), werden auch die Werte der Genehmigung von Einstellungen leicht rückläufig sein.

Ziel 250Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Kantonale Staatsanwaltschaft: Die Straf- und Rechtshilfeverfahren werden zielgerichtet geführt.								
Strafverfahren								
01 Hängige Strafverfahren per 1. Januar	Anzahl	-	110	110	110	110	110	◑
02 Neu eröffnete Strafverfahren	Anzahl	99	100	100	100	100	100	○
03 Abgeschlossene Strafverfahren	Anzahl	84	100	100	100	100	100	◑
04 Hängige Strafverfahren per 31. Dezember	Anzahl	136	110	110	110	110	110	◑
05 Erlassene Strafbefehle	Anzahl	45	30	40	40	40	40	◑
06 Einstellungsverfügungen	Anzahl	63	60	60	60	60	60	◑
07 Nichtanhandnahmeverfügungen	Anzahl	-	30	30	30	30	30	◑
08 Anklagen	Anzahl	27	15	20	20	20	20	◑
Rechtshilfeverfahren								
09 Hängige Rechtshilfeverfahren per 1. Januar	Anzahl	-	20	40	40	40	40	◑
10 Neu eröffnete Rechtshilfeverfahren	Anzahl	-	120	120	120	130	140	◑
11 Abgeschlossene Rechtshilfeverfahren (inkl. vereinfachte Ausführung)	Anzahl	117	100	120	120	130	140	◑
12 Hängige Rechtshilfeverfahren per 31. Dezember	Anzahl	-	40	40	40	40	40	◑

03: Die Anzahl erledigter Strafverfahren entspricht nicht der Summe der erlassenen Strafbefehle, der Einstellungsverfügungen sowie der Anklagen vor Gericht, da in einem Verfahren mehrere Abschlussarten vorkommen können. Die höhere Zahl für die Budgetjahre ist eine Folge sehr hoher Eingänge in den Jahren 2011 und 2012.
05: Die Planung der erlassenen Strafbefehle stützt sich auf die Erfahrungswerte ab.
07: Bei den Nichtanhandnahmeverfügungen handelt es sich um die Nichteintretensverfügungen (Verfahren, welche nicht an die Hand genommen werden, resp. Anzeigen, bei welchen keine strafrechtliche Verfolgung stattfindet). Seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung ist "Nichtanhandnahme" die korrekte juristische Bezeichnung.
08: Der Wert im Budget 2014 stützt sich auf die Erfahrungswerte ab.
09: Infolge Zunahme der hängigen Verfahren werden die Werte im Budget 2014 mit einem höheren Wert budgetiert und für die Planjahre fortgeschrieben.
10: Die Tendenz ist langfristig eher steigend, da mit der Öffnung und Erweiterung des Schengenraums die Hürden für internationale Rechtshilfegesuchen sinken.
11: Ziel ist, sofern die Eingänge ab 2014 steigen, dass auch die Abschlüsse im gleichen Mass steigen (Input = Output).

Ziel 250Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Kantonale Staatsanwaltschaft: Die Straf- und Rechtshilfeverfahren werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebots durchgeführt.								
01 Hängige Strafverfahren mit einer Verfahrensdauer über 24 Monate per Stichtag	Anzahl	-	35	35	35	35	35	
02 Anteil der hängigen Strafverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 24 Monaten per Stichtag (Maximalwert)	%	-	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0	
03 Hängige Rechtshilfeverfahren mit einer Verfahrensdauer über 6 Monate per Stichtag	Anzahl	-	30	30	30	30	30	
04 Anteil der hängigen Rechtshilfeverfahren mit einer Verfahrensdauer von über 6 Monaten per Stichtag (Maximalwert)	%	-	50.0	50.0	50.0	50.0	50.0	

Für dieses neue Ziel fehlen Erfahrungswerte; die Zielwerte sind deshalb als provisorisch zu betrachten.

Ziel 250Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Staatsanwaltschaften für die Bezirke: Die Strafverfahren werden zielgerichtet geführt.								
01 Hängige Strafverfahren per 1. Januar	Anzahl	7'176	7'000	7'000	7'000	8'000	9'000	
02 Neu eröffnete Strafverfahren	Anzahl	37'139	40'000	38'000	38'000	38'000	38'000	
03 Abgeschlossene Strafverfahren	Anzahl	37'881	40'000	38'000	37'000	37'000	37'000	
04 Hängige Strafverfahren per 31. Dezember	Anzahl	6'703	7'000	7'000	8'000	9'000	10'000	
05 Erlassene Strafbefehle	Anzahl	33'257	35'000	34'000	33'500	33'500	33'500	
06 Einstellungsverfügungen	Anzahl	2'571	2'700	2'700	2'600	2'600	2'600	
07 Nichtanhandnahmeverfügungen	Anzahl	2'405	1'700	2'300	2'300	2'300	2'300	
08 Haftanträge (Untersuchungs- und Sicherheitshaft)	Anzahl	647	450	500	500	500	500	
09 Anklagen	Anzahl	508	600	500	500	500	500	
10 Berufungen durch die Staatsanwaltschaften für die Bezirke	Anzahl	69	35	60	60	60	60	

Die tieferen Erledigungswerte ab 2015 (I03, I05, I06) und die steigenden Pendenzen (I01, I04) ergeben sich aus dem geplanten Personalabbau (vgl. Abschnitt I. Stellenplan).
02: Der Wert im Budget 2014 basiert auf den Erfahrungswerten 2011 und 2012. Der Indikator hängt wesentlich von den Schwerpunkten der polizeilichen Tätigkeit und vom Anzeigeverhalten ab.
04: Der Ist-Wert 2012 müsste eigentlich 6'434 sein: Hängige Strafverfahren (I01) plus neu eröffnete (I02) minus abgeschlossene Strafverfahren (I03). Weil aber Verfahren vereinigt oder aufgeteilt oder nach Abschluss wieder aufgenommen werden können, stimmt diese Rechnung nicht. Die Berechnung soll in Zukunft angepasst werden.
06: Infolge Rückgang der abgeschlossenen Strafverfahren (siehe Indikator I03) sind auch die Einstellungsverfügungen rückläufig.
07: Die Erhöhung des Werts im Budget 2014 ist eine Anpassung an die Erfahrungswerte 2011 und 2012.
08: Die Zahl der Haftanträge nahm 2012 infolge der Aktion Crime Stop zu. Der Budgetwert 2014 wird demzufolge gegenüber dem Budgetwert 2013 erhöht.
09/10: Der Budgetwert 2014 sowie die Planjahre werden an die Erfahrungswerte 2011 und 2012 angepasst.

Ziel 250Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Staatsanwaltschaften für die Bezirke: Die Strafverfahren werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebots durchgeführt.								
01 Anteil der erledigten Strafverfahren mit einer Verfahrensdauer bis 4 Monate (~kleine Verfahren; Minimalwert)	%	-	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	
02 Anteil der erledigten Verfahren mit einer Verfahrensdauer zwischen 4 und 12 Monate (~mittlere Verfahren; Maximalwert)	%	-	20.0	20.0	20.0	20.0	20.0	
03 Anteil der erledigten Verfahren mit einer Verfahrensdauer über 12 Monate (~grosse Verfahren; Maximalwert)	%	-	25.0	25.0	25.0	25.0	25.0	

Ziel 250Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Staatsanwaltschaften für die Bezirke: Die Strafverfahren werden unter Beachtung des Beschleunigungsgebots durchgeführt.								
04 Hängige Verfahren mit einer Verfahrensdauer über 12 Monaten	Anzahl	-	400	400	450	500	550	◑
05 Anteil der hängigen Verfahren mit einer Verfahrensdauer von über 12 Monaten (Maximalwert)	%	-	10.0	6.0	6.0	6.0	6.0	◑

04: Durch den geplanten Stellenabbau 2015 dürften die überjährigen hängigen Verfahren zunehmen. Dieser Indikator steht in direktem Zusammenhang mit den abgeschlossenen Verfahren Z004-I03 sowie den hängigen Verfahren in den Indikatoren Z004-I01 und Z004-I04.
05: Es handelt sich um einen Maximalwert, welcher nicht überschritten werden sollte. Der Wert im Budget 2013 ist zu hoch angesetzt.

Ziel 250Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Leistungsfähigkeit der Jugendanwaltschaft und die Effizienz ihrer schriftlichen Entscheide sind hoch.								
Anzeigen								
01 Eingegangene Anzeigen	Anzahl	-	4'900	4'900	4'900	4'900	4'900	○
02 Anzeigen gegen 10-14-Jährige	Anzahl	-	1'650	1'650	1'650	1'650	1'650	○
03 Verzeigte Jugendliche von 10 bis 14 Jahren	Anzahl	-	850	850	850	850	850	○
04 Anzeigen gegen 15- bis 17-Jährige	Anzahl	-	3'250	3'250	3'250	3'250	3'250	○
05 Verzeigte Jugendliche von 15 bis 17 Jahren	Anzahl	-	1'650	1'650	1'650	1'650	1'650	○
Entscheide								
06 Entscheide im schriftlichen Verfahren betreffend Anzeigen	Anzahl	-	3'430	3'430	3'430	3'430	3'430	◑
07 Anteil Entscheide im schriftlichen Verfahren innert 3 Monaten ab Eingang der Akten	%	-	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
08 Von Entscheiden betroffene Jugendliche	Anzahl	-	1'750	1'750	1'750	1'750	1'750	○

Bei den Indikatoren des Z006 handelt es sich um provisorische Werte, da bei den neuen differenzierten Indikatoren noch gesicherte mehrjährige Erfahrungswerte fehlen. Basis sind Erhebungen und Herleitungen aus den Jahren 2011 und 2012.
06: Ein Entscheid kann Entscheide zu mehreren Anzeigen beinhalten. Das schriftliche Verfahren kommt bei Verstössen gegen das Strassenverkehrsgesetz (ohne Entwendung zum Gebrauch und ohne Fahren in angetrunkenem Zustand FIAZ und Fahren unter Drogeneinfluss FUD) sowie bei Übertretungen zur Anwendung.

Ziel 250Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die mittleren und schwereren Fälle werden gründlich abgeklärt, um die gefährdeten Jugendlichen zu identifizieren mit dem Ziel der Früherkennung und Frühintervention.								
01 Angeordnete Zwangsmittel (Haftbefehl, Hausdurchsuchungsbefehl, Telefonüberwachung)	Anzahl	-	50	50	50	50	50	◑
02 Früherkennungsgespräche einzeln und in Gruppen	Anzahl	-	400	400	400	400	400	◑
03 Vorladungen mit Strafabschluss der Jugendanwaltschaft	Anzahl	-	750	750	750	750	750	◑
04 Vorladungen mit Einleitung einer vorsorglichen ambulanten oder stationären Massnahme, Beobachtung oder Begutachtung	Anzahl	-	50	50	50	50	50	◑
05 Anteil der innerhalb von 12 Monaten ab Eingang in eigener Kompetenz erledigten mittleren und schwereren Verfahren (ohne Anklagen)	%	-	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
06 Anteil der innerhalb von 30 Monaten ab Eingang zur Anklage gebrachten Jugendgerichtsfälle	%	-	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
07 Anklagen und andere Jugendgerichtsfälle (Aufhebung oder Änderung einer Massnahme, Berufungen)	Anzahl	-	12	12	15	15	15	◑

Bei den Indikatoren des Z007 handelt es sich um provisorische Werte, da bei den neuen differenzierten Indikatoren noch gesicherte mehrjährige Erfahrungswerte fehlen. Basis sind Erhebungen und Herleitungen aus den Jahren 2011 und 2012.
02: Früherkennungsgespräche werden aus folgenden Gründen geführt: Drogengespräche, Gefährdungsdiagnostik sowie Früherkennung Intensivtäter.

03: Die Jugendanwaltschaft kann folgende Verfügungen treffen: Persönliche Leistung/Kurse, Verweise, Bussen, Einstellungsverfügungen, Mediation sowie Strafbefreiung.

Ziel 250Z008	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die für Jugendliche angeordneten Massnahmen werden unter Vermeidung von Abbrüchen vollzogen.								
01 Vollzug von gerichtlich angeordneten Sanktionen (ambulante und stationäre Massnahmen, Strafen)	Anzahl	-	15	15	12	12	12	◑
02 Vollzugstage stationäre Unterbringung (inkl. vorsorgliche Unterbringung und Beobachtung) und Freiheitsentzug	Anzahl	4'372	7'000	8'000	8'000	8'000	8'000	◑
03 Vollzug von durch die Jugendanwaltschaft angeordneten Sanktionen	Anzahl	-	480	480	480	480	480	◑
04 Anteil der ordnungsgemäss beendigten Massnahmen	%	-	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑

Bei den Indikatoren des Z008 handelt es sich um provisorische Werte, da bei den neuen differenzierten Indikatoren noch gesicherte mehrjährige Erfahrungswerte fehlen. Basis sind Erhebungen und Herleitungen aus den Jahren 2011 und 2012.
03: Die Jugendanwaltschaft kann folgende Sanktionen anordnen: Interne und externe ambulante Massnahmen, Bussen, interne und externe Persönliche Leistungen, bedingte Freiheitsentzüge sowie Umwandlungen von Bussen in Persönliche Leistungen und umgekehrt.
04: Der Indikator beinhaltet alle ambulanten und stationären Massnahmen, welche vom Jugendgericht oder der Jugendanwaltschaft rechtskräftig angeordnet wurden.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**15'831**	**15'685**	**-0.9%**	**13'604**	**12'870**	**12'948**
Globalbudget Aufwand	**-**	**28'314**	**28'168**	**-0.5%**	**26'087**	**25'353**	**25'431**
30 Personalaufwand	-	25'730	25'307	-1.6%	23'226	22'582	22'660
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	2'583	2'860	10.7%	2'860	2'770	2'770
36 Transferaufwand	-	0	0	0.0%	0	0	0
Globalbudget Ertrag	**-**	**-12'483**	**-12'483**	**0.0%**	**-12'483**	**-12'483**	**-12'483**
42 Entgelte	-	-12'383	-12'383	0.0%	-12'383	-12'383	-12'383
46 Transferertrag	-	-100	-100	0.0%	-100	-100	-100
LUAE Saldo	**-**	**-9'417**	**-10'291**	**9.3%**	**-10'291**	**-10'291**	**-10'381**
LUAE Aufwand	**-**	**9'133**	**8'259**	**-9.6%**	**8'259**	**8'259**	**8'169**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	7'660	6'786	-11.4%	6'786	6'786	6'786
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	90	90	0.0%	90	90	-
36 Transferaufwand	-	1'383	1'383	0.0%	1'383	1'383	1'383
LUAE Ertrag	**-**	**-18'550**	**-18'550**	**0.0%**	**-18'550**	**-18'550**	**-18'550**
42 Entgelte	-	-18'550	-18'550	0.0%	-18'550	-18'550	-18'550
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Die deutliche Reduktion des Personalaufwands ab 2015 wird durch den Abbau von 13.2 Stellen bewirkt.

LUAE
Der Minderaufwand beim Konto 31 Sach- und übriger Betriebsaufwand (LUAE) ergibt sich aus der Umbuchung des Aufwands für rechtsmedizinische Leistungen und den damit verbundenen Debitorenverlusten ins Globalbudget (Verpflichtungskredit).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**6'414**	**5'394**	**-15.9%**	**3'313**	**2'578**	**2'567**
- Abschreibungen*	-	90	90	0.0%	90	90	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**6'324**	**5'304**	**-16.1%**	**3'223**	**2'489**	**2'567**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**1'121**	**2'316**	**107.3%**	**1'649**	**974**	**974**
	VK-Globalbudget	-	1'121	2'316	107.3%	1'649	974	974
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'121**	**2'316**	**107.3%**	**1'649**	**974**	**974**
	Aufwand	-	1'121	2'316	107.3%	1'649	974	974
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Umsetzung CH StPO u. JStPO									
VK, einmaliger Aufwand	16.03.2010	4'600	4'600	930	223	228	-	-	479
Abbau altrechtl.- + Grossverfahren									
VK, einmaliger Aufwand	06.03.2012	3'410	3'410	1'984	1'119	447	-	-	418
Rechtsmedizinische Leistungen KSA									
VK, wiederkehrender A.	25.06.2013	974	974	-	974	974	974	974	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**178.65**	**176.00**	**176.00**	**0.0%**	**162.80**	**152.80**	**152.80**
Ordentliche Stellen	165.65	166.00	166.00	0.0%	152.80	152.80	152.80
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	13.00	10.00	10.00	0.0%	10.00	0	0

Die Planung geht für das Jahr 2015 von einem Stellenabbau bei der Staatsanwaltschaft aus (13.2 Bezirksverwaltungsstellen, welche für die Jahre 2013-2014 verlängert wurden). Es wird versucht, die Auswirkungen auf verschiedene Leistungsindikatoren abzuschätzen (vgl. 250Z001, Z004 und Z005). In welchem Ausmass die gesteckten Leistungs- und Qualitätsziele mit dem reduzierten Personalbestand erreicht werden können, wird Gegenstand einer vertieften Prüfung sein.

Aufgabenbereich 255: Straf- und Massnahmenvollzug

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Das Amt für Justizvollzug (AJV) plant und überwacht als zuständige Vollzugsbehörde bei erwachsenen Straftätern und Straftäterinnen den Vollzug von Strafen und strafrechtlichen Massnahmen entsprechend dem gerichtlichen Vollzugsauftrag. Zudem werden aufgrund einer besonderen Anordnung straffällig gewordene erwachsene Menschen von der Bewährungshilfe betreut, um Rückfälle zu vermeiden und die Integration in die Gesellschaft zu erleichtern. Die Justizvollzugsanstalt Lenzburg, das Zentralgefängnis und die Bezirksgefängnisse stellen den Strafverfolgungsbehörden, Gerichten und Verwaltungsstellen Plätze für Untersuchungshaft, Straf- und Massnahmenvollzug und Administrativhaft zur Verfügung. Das Jugendheim Aarburg (JHA) setzt jugendstrafrechtliche und zivilrechtliche Schutzmassnahmen um. Damit bestehen die Hauptaufgaben des AJV darin, Haftinfrastrukturen zugunsten der Strafverfolgungs- bzw. der Justizbehörden zur Verfügung zu stellen und diese sicher und rechtskonform zu betreiben, (potenzielle) Opfer zu schützen und Rückfälle in die Kriminalität zu verhindern.

Zuständige Kommission
Kommission für Sicherheit (SIK)

Leistungsgruppen
LG 255.10 Vollzugsdienste und Bewährungshilfe
LG 255.20 Bezirksgefängnisse
LG 255.30 Justizvollzugsanstalt
LG 255.40 Jugendheim
LG 255.90 Organisationseinheit Amt für Justizvollzug

Umfeldentwicklung und Schwerpunkte
Vollzugsdienste und Bewährungshilfe
Möglicherweise 2015 oder 2016 wird es im Straf- und Massnahmenvollzug zu Veränderungen infolge Revision des Strafgesetzbuchs kommen. Namentlich steht zur Diskussion, dass Electronic Monitoring als eigene Vollzugsform eingeführt und durch den Kanton angeboten werden soll. Zudem wird die Wiedereinführung kurzer unbedingter Freiheitsstrafen erwogen. Die gemeinnützige Arbeit könnte künftig wieder als Vollzugsform (statt als Sanktionsart) und durch die Vollzugsbehörde angeordnet werden.

Bezirksgefängnisse
Die alten Bezirksgefängnisse Bremgarten, Laufenburg und Zurzach entsprechen nicht mehr den Standards für einen sicheren und modernen Strafvollzug. Deshalb wird deren Schliessung nach Abschluss der Gesamtsanierung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg angestrebt und im Rahmen der Verfügbarkeit von Ersatz-Haftplätzen auch umgesetzt.

Justizvollzugsanstalt
In Folge der Aktion Crime Stop werden im Zentralgefängnis, mit Ausnahme der 25 Konkordatsplätze, nur noch Untersuchungshaft und Kurzstrafen vollzogen. in der Strafanstalt wird die Aufnahmekapazität für die schrittweise Sanierung des 5*-Baus vorübergehend reduziert. Schreitet die Sanierung planmässig voran, kann von einem Abschluss im 1. Quartal 2016 ausgegangen werden. Die Kapazität der Strafanstalt kann dann um 12, von 180 auf 192 Plätze, erhöht werden.

Jugendheim
Im Zeitraum 2014 - 2017 wird sich das Umfeld voraussichtlich stark verändern. Einerseits sind die Auswirkungen des neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrechts (KESR) noch nicht klar. Im Aargau liegt die Verantwortung für zivilrechtliche Massnahmen seit 1. Januar 2013 bei den neu geschaffenen Familiengerichten. Es ist davon auszugehen, dass gerichtliche Instanzen bei der Verfügung von stationären Massnahmen eher Zurückhaltung pflegen. Das bedeutet möglicherweise einen Rückgang der Anfragen für Platzierungen im JHA. Gleichzeitig ist gegenwärtig schweizweit ein Rückgang bei den strafrechtlichen Massnahmen zu verzeichnen. Das AJV reagiert auf diese Entwicklung, indem das Jugendheim die Kontakte zu den Behörden intensiviert, die Tragfähigkeit im Innern verbessert (Erhöhung der Betreuungsdichte ab 2013, Anpassung des Konzepts ab 2014) und Abbrüche von Massnahmen mit allen Möglichkeiten zu verhindern sucht.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

255E001	Gesamtsanierung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg
2011	Infrastruktur
2012-2013	Produktionsgebäude
2013-2016	Sanierung Altbau

Es kann davon ausgegangen werden, dass die Gesamtsanierung im 1. Quartal 2016 abgeschlossen wird. Der Verzicht auf die Sanierung des Zentralraums im 5*-Bau führte zu einer Kosteneinsparung von 3 Mio. Franken. Mehrleistungen im Rahmen der Realisierung des Produktionsgebäudes bezüglich neuem Freizeitraum und Photovoltaikanlage führten zu Zusatzkosten von 1.8 Mio. Franken. Die Planung für den neuen Freizeitraum kostete rund 300'000 Franken. Somit verbleibt per saldo eine Kosteneinsparung von 900'000 Franken. Die Mittel sind im Aufgabenbereich 430 (Immobilien Aargau) eingestellt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2010-847 vom 21. September 2010	Mio. Fr.	40.15

255E002	Konzept Infrastruktur im Straf- und Massnahmenvollzug (Gefängniskonzept)
2013-2014	Grundlagenarbeiten (Bedarfsanalyse, Lösungsvarianten)
2014-2015	Erarbeiten des Konzepts
2015	Genehmigung und Beginn der Umsetzung

Seit längerer Zeit sind schweizweit die Gefängnisse teilweise völlig ausgelastet. Auch die aargauischen Bezirksgefängnisse sind stark ausgelastet. Es sollen deshalb die Infrastruktur des gesamten Freiheitsentzugs (inkl. administrative Haftarten und Jugendmassnahmenvollzug) einer Analyse unterzogen und Vorschläge für die künftige Entwicklung der aargauischen Straf- und Massnahmenvollzugs bis 2020 erarbeitet werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.20

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 255Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der speditive Vollzug rechtskräftiger Urteile ist gewährleistet.								
01 Anzahl Vollzugsentscheide	Anzahl	6'151	6'200	6'200	6'200	6'200	6'200	●
02 Verhältnis der Anzahl gutgeheissener Beschwerden gegen Vollzugsentscheide zur Anzahl sämtlicher Vollzugsentscheide	%	0.0	0.5	0.2	0.2	0.2	0.2	●
03 Anteil der Vollzugsgeschäfte, bei denen nicht innert 3 Monaten das Aufgebot ergangen oder die Vollzugsregelung erstellt ist	%	-	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	●

Die Sektion Vollzugsdienste und Bewährungshilfe ist besorgt für den raschen Vollzug in den passenden Institutionen gemäss Strafvollzugsverordnung (SMV).

Ziel 255Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Resozialisierung wird mittels Bewährungshilfe unterstützt.								
01 Anzahl Bewährungshilfeaufträge nach StGB	Anzahl	43	50	60	60	60	60	◑
02 Anteil der Erstgespräche mit den Klienten, welche innert 4 Wochen seit Auftrag durch die Vollzugsbehörden bzw. die Gerichte geführt wurden.	%	85.0	90.0	90.0	90.0	90.0	90.0	●
03 Durch die Bewährungshilfe geführte Klientengespräche	Anzahl	567	600	650	650	650	650	◑
04 Anteil erfolgreich durchgeführter Bewährungshilfeaufträge	%	-	90.0	90.0	90.0	90.0	90.0	◑

Der Erfolg der Resozialisierung ist nicht direkt messbar, weil keine langfristigen Informationen über jene Personen erhoben werden, die ihre Strafe verbüsst haben und ihren Wohnsitz frei wählen.
01: Bezüglich der Anzahl Anordnungen von Bewährungshilfe fehlen noch langfristige Erfahrungswerte. Es wird erwartet, dass die Gerichte vermehrt von der Möglichkeit der Bewährungshilfe Gebrauch machen werden und dass die Anzahl bedingter Entlassungen, bei denen Bewährungshilfe angeordnet wird, ansteigen wird.
04: Ein Bewährungshilfeauftrag gilt als erfolgreich, wenn bis zum Abschluss der Bewährungshilfe keine Verurteilung mit Rückversetzung oder kein Antrag der Vollzugsbehörde auf Rückversetzung an das Gericht vorliegt.

Ziel 255Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Entscheide der Vollzugsbehörde zielen auf die grösstmögliche öffentliche Sicherheit ab.								
01 Gewährung bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug	Anzahl	220	190	190	190	190	190	◑
02 Verweigerung bedingte Entlassung aus dem Strafvollzug	Anzahl	27	30	30	30	30	30	◑
03 Gewährung bedingte Entlassung aus dem Massnahmevollzug	Anzahl	8	10	10	15	15	15	◑
04 Anträge an die Staatsanwaltschaft auf Rückversetzung in den Straf- und Massnahmenvollzug	Anzahl	4	8	8	8	8	8	◑
05 Anordnungen von Sicherheitshaft nach Art. 440 Eidg. StPO und § 44 EG StPO	Anzahl	2	6	6	6	6	6	◑
06 Durch die Vollzugsbehörde intern vorgenommene Prüfungen betreffend Gemeingefährlichkeit	Anzahl	81	130	100	100	100	100	●
07 Der Konkordatsfachkommission zur Prüfung der Gemeingefährlichkeit unterbreitete Fälle	Anzahl	24	20	20	20	20	20	●

01: Gestützt auf die mehrjährigen Erfahrungswerte wird von tieferen Werten als im Jahr 2012 ausgegangen.
03: Einhergehend mit der Zunahme der stationären Massnahmen wird ab 2015 auch ein Anstieg der Anzahl bedingter Entlassungen aus dem Massnahmenvollzug erwartet.
06: Ab 2013 wird gemessen, wieviele Legalprognosen durch die Sektion intern mittels Prognoseinstrumenten vorgenommen werden. Das Triageverfahren wird angepasst, so dass gegenüber dem Budget 2013 mit weniger Fällen zu rechnen ist.

Ziel 255Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die optimale Belegung der Bezirksgefängnisse des Kantons Aargau ist gewährleistet.								
01 Plätze in den Bezirksgefängnissen (ohne Ausschaffungszentrum)	Anzahl	138	138	141	141	133	125	●
02 Plätze im Ausschaffungszentrum	Anzahl	11	11	22	22	22	22	●
03 Auslastung der Bezirksgefängnisse des Kantons Aargau sowie des Ausschaffungszentrums	%	99.6	85.0	98.0	98.0	98.0	98.0	○

Die optimale Belegung der Bezirksgefängnisse liegt aus betrieblicher Sicht bei 85%. Dieser Wert entspricht einer Vollbelegung unter Berücksichtigung von kurzfristig verfügbaren Reserveplätzen. Bis 2017 ist als Folge der Aktion Crime Stop jedoch eine erheblich höhere Auslastung geplant.
01: Von den 138 Plätzen werden deren 13 wegen des Umbaus des Amtshauses Aarau ab September 2013 für Ausschaffungshaft genutzt. Dafür stehen von Juli 2013 bis Juni 2016 im Rahmen der Aktion Crime Stop 16 Übergangsplätze zusätzlich zur Verfügung.
Da im Jahr 2016 die zusätzlichen 16 Übergangsplätze nur während sechs Monaten genutzt werden können, reduziert sich die durchschnittliche Aufnahmekapazität des Jahrs 2016 um acht Plätze auf 133 Plätze. Für den Betrieb der Übergangs-Haftplätze sind 2 Projektstellen notwendig.
02: Mit dem Umbau des Amtshauses Aarau werden ab September 2013 neben den bisherigen 11 weitere 11 Plätze für Ausschaffungshaft zur Verfügung gestellt. Für den Betrieb der zusätzlichen Haftplätze bis 2016 sind 2.5 Projektstellen notwendig.
03: Die in den vergangenen Jahren festgestellte permanent hohe Auslastung führt zu einer Erhöhung der Budget- und Planwerte.

Ziel 255Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die optimale Belegung der Justizvollzugsanstalt Lenzburg (JVA) ist gewährleistet.								
01 Plätze in der Strafanstalt	Anzahl	180	150	111	135	160	192	●
02 Plätze im Zentralgefängnis	Anzahl	107	87	119	119	113	107	●
03 Auslastung der Strafanstalt Lenzburg	%	96.0	90.0	96.0	96.0	95.0	94.0	◑
04 Auslastung des Zentralgefängnisses	%	79.0	85.0	96.0	95.0	95.0	94.0	◑
05 Anteil Normalvollzug im Zentralgefängnis	%	19.5	21.0	18.0	18.0	19.0	20.0	●
06 Anteil Untersuchungshaft im Zentralgefängnis	%	80.5	79.0	82.0	82.0	81.0	80.0	●

Die optimale Belegung liegt aus betrieblicher Sicht bei 90% für die Strafanstalt und bei 85% für das Zentralgefängnis. Diese Werte werden in der langfristigen Planung angestrebt. Auf mittlere Sicht (bis 2017) wird aufgrund der schweizweit knappen Kapazitäten und zur Entlastung der Bezirksgefängnisse im Bereich Kurzvollzug sowohl bei der Strafanstalt als auch beim Zentralgefängnis von einer höheren Auslastung ausgegangen.
01: Die Sanierung des 5*-Baus verursacht vorübergehend eine Reduktion der Haftplätze. Sie wird voraussichtlich im ersten Quartal 2016 abgeschlossen. Danach resultiert eine Kapazitätserhöhung um zwölf Plätze. Für den Betrieb der zusätzlichen Haftplätze sind 4.5 Stellen notwendig.
02: Die ordentliche Kapazität des Zentralgefängnisses von 107 Plätzen wird im Rahmen der Aktion Crime Stop von Juli 2013 bis Juni 2016 um zwölf Übergangsplätze erhöht. Da im Jahr 2016 die zusätzlichen zwölf Übergangsplätze nur während sechs Monaten zur Verfügung stehen, reduziert sich die durchschnittliche Aufnahmekapazität dieses Jahres um sechs Plätze auf 113 Plätze. Für den Betrieb der zusätzlichen Haftplätze sind 2 Projektstellen notwendig.
04: Während der Aktion Crime Stop liegt die Auslastung nahe an der absoluten Belastungsgrenze.

Ziel 255Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die optimale Belegung des Jugendheims Aarburg (JHA) ist gewährleistet.								
01 Plätze im Jugendheim	Anzahl	46	46	47	47	47	47	●
02 Auslastung des Jugendheims	%	83.0	85.0	85.0	85.0	85.0	85.0	◑

Die optimale Belegung des Jugendheims liegt aus pädagogischer Sicht bei 80%. Aufgrund der Betriebsbeiträge und der damit verbundenen Vorgaben des Bundes liegt die wirtschaftlich optimale Auslastung bei 85%, wie dies in der vorliegenden Planung zum Ausdruck kommt.
01: Ab Mitte 2013 wird im Bereich der geschlossenen Wohngruppe ein Platz mehr zur Verfügung gestellt.

Ziel 255Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die erfolgreiche Resozialisierung wird durch Schul- und Berufsabschlüsse gefördert.								
01 Anteil innert Jahresfrist absolvierter Abschlussprüfungen von Berufsvorbereitungsklasse-Schülern	%	100.0	86.0	67.0	67.0	67.0	67.0	◑
02 Anteil bestandener Abschlussprüfungen von Berufsvorbereitungsklasse-Schülern	%	100.0	100.0	75.0	75.0	75.0	75.0	◑
03 Anteil im letzten Ausbildungsjahr absolvierter Berufsabschlussprüfungen von Jugendlichen	%	100.0	100.0	67.0	67.0	67.0	67.0	◑
04 Anteil bestandener Berufsabschlussprüfungen von Jugendlichen	%	100.0	100.0	75.0	75.0	75.0	75.0	◑

Bei der Resozialisierung von Jugendlichen geht es darum, den Jugendlichen einen Anschluss an die Gesellschaft zu ermöglichen. Bei den jugendlichen Klienten handelt es sich oftmals eher um eine erste Sozialisierung. Mittels Ausbildung, dem Erlernen von verantwortungsvollem Handeln und sozialverträglichem Leben in Wohngruppen sowie dem erfolgreichen Abschluss einer Berufslehre soll den Jugendlichen der Einstieg in ein selbstverantwortliches Leben und in den ersten Arbeitsmarkt ermöglicht werden.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**24'956**	**27'218**	**9.1%**	**27'086**	**24'136**	**23'667**
Globalbudget Aufwand	**-**	**53'740**	**53'904**	**0.3%**	**54'891**	**56'932**	**56'463**
30 Personalaufwand	-	39'267	40'905	4.2%	40'828	41'503	41'682
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	13'910	12'497	-10.2%	13'548	14'763	14'114
36 Transferaufwand	-	564	503	-10.8%	516	667	667
Globalbudget Ertrag	**-**	**-28'785**	**-26'686**	**-7.3%**	**-27'806**	**-32'796**	**-32'796**
42 Entgelte	-	-27'038	-24'820	-8.2%	-25'907	-30'854	-30'854
44 Finanzertrag	-	-90	-90	0.0%	-90	-90	-90
46 Transferertrag	-	-1'657	-1'776	7.2%	-1'809	-1'853	-1'853
LUAE Saldo	**-**	**22'408**	**22'999**	**2.6%**	**23'692**	**24'203**	**24'866**
LUAE Aufwand	**-**	**23'658**	**24'549**	**3.8%**	**25'242**	**25'753**	**26'416**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	22'910	23'990	4.7%	24'540	25'150	25'730
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	288	99	-65.6%	99	-	83
36 Transferaufwand	-	460	460	0.0%	603	603	603
LUAE Ertrag	**-**	**-1'250**	**-1'550**	**24.0%**	**-1'550**	**-1'550**	**-1'550**
42 Entgelte	-	-1'250	-1'550	24.0%	-1'550	-1'550	-1'550
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**100**	**100**	**0.0%**	**140**	**75**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**100**	**100**	**0.0%**	**140**	**75**	**-**
50 Sachanlagen	-	100	100	0.0%	140	75	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Im Rahmen der Aktion Crime Stop sind bis 2016 für den Betrieb von elf zusätzlichen Ausschaffungshaftplätzen im Amtshaus Aarau 2.5 Projektstellen und für den Betrieb von 16 Übergangs-Haftplätzen in den Bezirksgefängnissen und im Zentralgefängnis vier Projektstellen und die damit verbundenen Sachkosten eingestellt. Per Mitte 2016 sind nach Abschluss der Gesamtsanierung des 5*-Baus der JVA 4.5 Stellen für die Kapazitätserhöhung um zwölf Haftplätze und 7.45 Stellen für die neue Abteilung 59 vorgesehen. Zudem ist eine Stelle für die Hauswartung / Betreuung im Jugendheim Aarburg geplant. Die mit den neuen Stellen verbundenen zusätzlichen Personalkosten werden durch Einsparungen bei der Beschaffung von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen teilweise kompensiert.
Der sinkende Ertrag im Budgetjahr 2014 resultiert aus den fehlenden Kostgelderträgen aufgrund der wegfallenden Zellenplätze während der Sanierung des Altbaus (5*) in der JVA Lenzburg.

LUAE

Seit 2008 ist bei den externen Straf- und Massnahmenvollzugskosten ein starker Anstieg zu verzeichnen. Einerseits steigt die Anzahl Vollzugstage im kostspieligen Massnahmenvollzug permanent an (Anordnung von mehr Massnahmen durch Gerichte, längerer Verbleib), andererseits wurden durch Beschluss der interkantonalen Konkordate seitens der Vollzugsinstitutionen die Preise (v.a. Kostgeldtarife) auf ein kostendeckendes Niveau angehoben. Es wird erwartet, dass sich der Anstieg der Straf- und Massnahmenvollzugskosten im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren gesamthaft verlangsamt.

Investitionsrechnung
Es sind Jahrestranchen für die Handydetektionsanlage der JVA eingestellt.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**47'364**	**50'218**	**6.0%**	**50'778**	**48'339**	**48'533**
- Abschreibungen*	-	288	99	-65.6%	99	-	83
+ Nettoinvestitionen	-	100	100	0.0%	140	75	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**47'176**	**50'218**	**6.4%**	**50'819**	**48'414**	**48'450**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**180**	**1'730**	**860.9%**	**1'756**	**937**	**10**
	VK-Globalbudget	-	80	1'630	1'937.0%	1'616	862	10
	VK-Investitionsrechnung	-	100	100	0.0%	140	75	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**180**	**120**	**-33.3%**	**140**	**75**	**-**
	Aufwand	-	180	120	-33.3%	140	75	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**1'610**		**1'616**	**862**	**10**
	Aufwand	-	-	1'610		1'616	862	10
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Zusätzl. Ausschaffungshaftplätze									
VK, einmaliger Aufwand	19.03.2013	1'853	1'853	1'602	580	582	340	-	-
Zusätzl. U-Haftplätze									
VK, einmaliger Aufwand	19.03.2013	3'200	3'200	2'550	1'020	1'023	512	-	-
Rechtsmedizinische Leistungen KSA									
VK, wiederkehrender A.	25.06.2013	10	10	-	10	10	10	10	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**298.75**	**306.99**	**312.99**	**2.0%**	**316.99**	**329.94**	**323.44**
Ordentliche Stellen	298.75	306.99	306.49	-0.2%	310.49	323.44	323.44
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0	0	6.50	∞%	6.50	6.50	0

Aufgabenbereich 310: Volksschule

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Aufgabe der Volksschule ist das Vermitteln von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in einem sinnschaffenden und motivierenden Lernklima; Schülerinnen und Schüler erwerben die Grundlage für eine weiterführende Ausbildung, zu ihrer Integration in die demokratische Gesellschaft und für ihren Berufs- und Lebenserfolg.

Zuständige Kommission
Kommission Bildung, Kultur und Sport

Leistungsgruppen
LG 310.10 Unterricht
LG 310.20 Aufsicht, Führung und Qualität
LG 310.30 Beratung und Unterstützung

Organisation
Die Volksschule im Kanton Aargau umfasst den zweijährigen Kindergarten, die sechsjährige Primarschule sowie die dreijährige Oberstufe mit Real-, Sekundar- und Bezirksschule. Der obligatorische Schulunterricht dauert 11 Schuljahre. Schülerinnen und Schüler mit Lernschwierigkeiten werden in Regelklassen mit bedarfsgerechter heilpädagogischer Unterstützung oder in Kleinklassen unterrichtet. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen besuchen eine Sonderschule (vgl. Aufgabenbereich 315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten) oder eine Regelklasse, wo sie spezifisch gefördert werden. Der Schulpsychologische Dienst berät Kinder und Jugendliche während der obligatorischen Schulzeit und deren Umfeld (Eltern, Schule und weitere Fachpersonen) bei Lern- und Leistungsbesonderheiten sowie psychischen oder psychosozialen Schwierigkeiten, welche sich im schulischen Umfeld manifestieren oder sich darauf auswirken. Die Kinder- und Jugendförderung berät und informiert Jugendorganisationen, Gemeinden, Verwaltung und Regierungsrat in Kinder- und Jugendbelangen. Sie übernimmt die Sachbearbeitung von Beitragsgesuchen und gewährleistet die Zusammenarbeit mit dem Bund, mit anderen Kantonen und dem grenznahen Ausland.

Umfeldentwicklung und Massnahmen
Die öffentliche Volksschule berücksichtigt kontinuierlich die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Die Schülerinnen und Schüler kommen mit unterschiedlicher Vorbildung sowie unterschiedlichem sozialem und kulturellem Hintergrund in die Schule. Viele Kinder und Jugendliche haben erwerbstätige Eltern oder leben bei einem alleinerziehenden erwerbstätigen Elternteil. Der Vielfalt der Familien- und Lebensformen ist adäquat Rechnung zu tragen. Den damit verbundenen Herausforderungen ist mit angemessenen pädagogischen Angeboten zu begegnen.

Nachdem in den letzten Jahren die Lernendenzahlen allgemein zurückgingen, steigen sie aktuell wieder an. Die an die Volksschule anschliessenden Berufsausbildungen und Schulen sowie die Wirtschaft verlangen von den Jugendlichen eine breite, umfassende und qualitativ hochstehende Volksschulbildung. Dies bedingt motivierte und qualifizierte Lehrpersonen und Schulleitungen an allen Schul- und Leistungsstufen. Weiterhin herrscht eine strukturelle Lehrpersonenknappheit. Die Lehrpersonen der "Babyboomergeneration" gehen in Pension. Junge Personen, die in den Lehrberuf einsteigen, wünschen zudem häufig ein Teilzeitpensum. Die Attraktivität des Lehrberufs muss weiterhin hoch gehalten werden. Es sind weiterhin verschiedene Möglichkeiten der Rekrutierung von Lehrpersonen anzubieten, zum Beispiel die Rekrutierung im Ausland oder die Möglichkeit des Einstiegs in den Lehrberuf für erfahrene Berufspersonen.

Die Bildungsrahmenartikel der Bundesverfassung verlangen eine strukturelle und inhaltliche Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme zu einem einheitlichen "Bildungsraum Schweiz". Mit der Stärkung der Volksschule, der das Aargauer Stimmvolk im März 2012 zugestimmt hat, wird die strukturelle Harmonisierung umgesetzt. Ab dem Schuljahr 2013/14 ist der Besuch des Kindergartens obligatorisch, erheblich sozial belastete Schulen erhalten Zusatzlektionen und in Real- und Sekundarklassen können befristet Krisenassistenzen eingesetzt werden. Im Schuljahr 2014/15 erfolgt der Strukturwechsel auf sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Oberstufe, die maximalen Abteilungsgrössen der Primarschule werden von 28 auf 25 Lernende gesenkt und die regionalen Spezialklassen sollen definitiv eingeführt werden. Die inhaltliche Harmonisierung wird mit der Umsetzung eines Deutschschweizer Lehrplans (Lehrplan 21) erfolgen. Um eine seriöse Umstellung zu gewährleisten, wird der Lehrplan frühestens auf das Schuljahr 2017/18 eingeführt.

Ab dem Schuljahr 2013/14 werden in Koordination mit dem Bildungsraum Nordwestschweiz flächendeckende Leistungstests eingeführt. In den Planjahren sollen auch ein Abschlusszertifikat zur Volksschule eingeführt und die Führungsstrukturen der Aargauer Volksschule optimiert werden.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

310E001	Stärkung der Volksschule
2010	Erarbeitung der Grundlagen
2011	Verabschiedung der Botschaft durch den GR
2012	Volksabstimmung
SJ 2013/14	Obligatorischer Kindergarten und zusätzliche Ressourcen
SJ 2014/15	Strukturwechsel 6/3

Am 11. März 2012 hat das Aargauer Stimmvolk der Stärkung der Volksschule zugestimmt. Ab dem Schuljahr (SJ) 2013/14 ist der Kindergartenbesuch obligatorisch, sozial erheblich belastete Schulen erhalten Zusatzlektionen und in Real- und Sekundarklassen können befristet Krisenassistenzen eingesetzt werden. Die Mittel für die Zusatzlektionen für Schulen mit erheblicher sozialer Belastung werden gestaffelt erhöht. Auf das Schuljahr 2014/15 erfolgt der Strukturwechsel auf sechs Jahre Primarschule und drei Jahre Oberstufe, die maximalen Abteilungsgrössen der Primarschule werden von 28 auf 25 Lernende gesenkt und es werden voraussichtlich die regionalen Spezialklassen definitiv eingeführt für Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, die in der Regelklasse aus disziplinarischen Gründen vorübergehend nicht mehr tragbar sind.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2011-1213 vom 29.03.2011	Mio. Fr.	1.52

310E002	Beteiligung des Kantons Aargau an der Entwicklung eines einheitlichen Lehrplans der deutschsprachigen Kantone (Lehrplan 21)
2006-2008	Erarbeitung der Grundlagen für den Deutschschweizer Lehrplan
2009-2014	Entwicklung des Deutschschweizer Lehrplans
2015-2016	Vorbereitung Einführung
SJ 2017/18	Einführung des Deutschschweizer Lehrplans

Der Deutschschweizer Lehrplan wird den Kantonen voraussichtlich 2014 zur Verfügung gestellt. Der Kanton Aargau wird sich die notwendige Zeit für die sorgfältige Einführung des Lehrplans und die Ausarbeitung einer entsprechenden Stundentafel nehmen. Ebenso wichtig ist, dass die Lehrmittel rechtzeitig zur Verfügung stehen und sich Schulen sowie Lehrpersonen seriös vorbereiten können. Dazu gehört auch die Weiterbildung. Aufgrund dieser Überlegungen kommt eine Einführung frühestens ab Schuljahr (SJ) 2017/18 in Frage.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	4.32

310E003	Einführung eines Abschlusszertifikats Volksschule
ab Mai 2006	Testlauf zum Abschlusszertifikat Volksschule an Pionierschulen
2008	Beschluss des GR über die Verlängerung des Testlaufs
2009-2012	Durchführung des verlängerten und erweiterten Pilotbetriebs
2011	Beschluss des GR über die gesetzliche Grundlage für die Einführung des Abschlusszertifikats im Rahmen der Vorlage Stärkung der Volksschule
SJ 2014/15	Definitive Einführung

Die gesetzliche Grundlage für die Einführung eines Abschlusszertifikats wurde mit der "Stärkung der Volksschule" (vgl. 310E001) geschaffen. Bis zur Einführung frühestens im Schuljahr (SJ) 2014/15 können die am Testlauf beteiligten Schulen die Übergangslösung weiterführen. Im Schuljahr 2014/15 wird erstmals der neue Leistungstest S2 im zweitletzten Schuljahr durchgeführt, welcher Teil des Abschlusszertifikats ist. Die ersten Zertifikate werden dementsprechend frühestens im Sommer 2016 ausgestellt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2008-2014 vom 25.11.2008	Mio. Fr.	1.86

310E005	Führungsstruktur der Volksschule Aargau optimieren
2011	Verabschiedung Schlussbericht kommunale Führungsstruktur
2012	Erarbeitung Normkonzept
2013	Vernehmlassung
2015	Verabschiedung der Botschaft durch den GR
2015	Volksabstimmung
ab 2016	Umsetzung

Mit der optimierten Führungsstruktur soll die Steuerung der Volksschule vereinfacht und die Aufgaben zwischen den verschiedenen Gremien geklärt werden. Die kommunalen Führungsstrukturen sind zu vereinfachen und die Instanzenwege sollen verringert werden. Ebenso gilt es die kommunalen Führungsstrukturen zu verschlanken und damit schlagkräftiger zu machen. Die Einführung der geplanten Führungsstruktur soll per 1. August 2016 erfolgen mit einer Übergangsfrist bis Ende 2017.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.78

310E006	Begabtenförderung
ab 2011	Ausweitung von Angeboten zur Begabtenförderung
2015	Angebote zur Begabtenförderung für alle Schülerinnen und Schüler zugänglich

Begabtenförderung findet in den regionalen Angeboten statt (z.B. Mathesupport, Atelier Litera, Sportschule Buchs-Rohr) sowie in den Gruppenangeboten, welche die Schulen selber realisieren können. Zudem ist Einzelförderung, insbesondere in den Bereichen Musik und Sport möglich. Für diesen Entwicklungsschwerpunkt ist ein Ziel (vgl. 310Z003) definiert, welches Auskunft gibt über den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die ein Angebot zur Begabtenförderung besuchen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

310E007	Förderung von Natur und Technik
2014	Beteiligung am nationalen Projekt SWiSE (Swiss Science Education)
2014	Entscheid über Weiterführung SWiSE
2014	Abbildung des Fachbereichs Natur und Technik im Lehrplan 21
2013-2016	Ausbau des Weiterbildungsangebotes für Lehrpersonen

Mehr Lernende sollen sich für eine naturwissenschaftliche Berufsbildung entscheiden oder einen entsprechenden Schwerpunkt in der Mittelschule wählen und deshalb im Bereich Naturwissenschaften inkl. Technik speziell gefördert werden. "Innovation SWiSE (Swiss Science Education) - Naturwissenschaftliche Bildung Schweiz" ist eine gemeinsame Initiative von mehreren Bildungsinstitutionen der Deutschschweiz. Im Fokus steht die Weiterentwicklung des naturwissenschaftlich-technischen Unterrichts in der obligatorischen Schule. Dabei erhalten Aspekte des aktiven, forschend entwickelnden Lernens besonderes Gewicht. An sechs Schulen im Kanton Aargau erproben Lehrpersonen im Rahmen von SWiSE Unterrichtsarrangements zu Natur und Technik. Unterstützt wird diese Bildungsinitiative durch die Mercator-Stiftung. Die Umsetzung der Massnahmen erfolgt zusammen mit den Kantonen des Bildungsraums Nordwestschweiz.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

310E008	Der Kanton setzt mit geeigneten und koordinierten Massnahmen die Kinderrechtskonvention im Rahmen der kantonalen Zuständigkeiten um
2011-2015	Schaffung einer Koordinationsstelle zu 50 Stellenprozent als 5-jähriges Projekt
2011-2015	Anhörung verbessern und angemessene Berücksichtigung der Kinder in wichtigen Familienangelegenheiten
2011-2015	Angebote und Abläufe im Bereich des Kinderschutzes koordinieren
2011-2015	Kinderrechte und Partizipation in der Schule und in sonderpädagogischen Institutionen fördern
2012-2015	Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der Chancen von Kindern von Migranten/innen sowie von bildungsfernen Familien erarbeiten

Die Koordinationsstelle erarbeitet die zur Umsetzung der Kinderrechtskonvention nötigen Massnahmen, koordiniert, leitet und kontrolliert die vom Regierungsrat beschlossenen Themenbereiche. In den Jahren 2014 und 2015 wird vorrangig der Bereich "Kinderrechte und Partizipation in der Schule und in sonderpädagogischen Institutionen fördern" angegangen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.52

310E009	Einführung von Frühfranzösisch an der Primarschule
2015	Festlegung neuer Einführungszeitpunkt
2015	Neue Botschaft an den GR
ab 2015	Nachqualifikation der Lehrpersonen
SJ 2017/18	Flächendeckende Einführung von Frühfranzösisch ab dem 5. Schuljahr

Seit der Annahme der "Stärkung der Volksschule" (vgl. 310E001) durch das Volk im März 2012 wird Französisch bereits in der 6. Klasse der Primarschule unterrichtet. Die Einführung von Französisch ab der 5. Klasse der Primarschule soll mit der Einführung des Deutschschweizer Lehrplans (Lehrplan 21; vgl. 310E002) koordiniert werden und ist auf das Schuljahr (SJ) 2017/18 vorgesehen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	4.60

310E010	Einführung von Englisch an der Primarschule
31.05.2006	Verabschiedung des Projektplans und Bewilligung des Globalkredits durch den RR
SJ 2006/07	Führung von 46 Pilotklassen für drei Jahre
30.06.2007	Verabschiedung der Botschaft durch den GR
SJ 2008/09	Flächendeckende Einführung
2012	Unterricht an allen Primarschulen ab 3. Schuljahr
2007-2014	Nachqualifikation der Lehrpersonen
2015	Evaluation

Die Möglichkeit zur Nachqualifikation für Lehrpersonen musste verlängert werden für Lehrpersonen, welche sich zuerst die notwendigen Sprachkenntnisse aneignen mussten oder welche neu an der Primarschule unterrichten. Bis ins Jahr 2015 wird eine Evaluation durchgeführt. Diese umfasst die Resultate des Leistungstests P6 in der 6. Primarklasse sowie eine Umfrage bei Eltern und Lehrpersonen. Der Entwicklungsschwerpunkt konnte deshalb nicht wie geplant Ende 2013 abgeschlossen werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2007-1157 vom 19.06.2007	Mio. Fr.	16.70

310E011	Befristete Sofortmassnahme: Zusatzlektionen für Schulen mit übermässiger Belastung
2010	Ausarbeitung Konzept
SJ 2011/12	Umsetzung
2011-2013	Multisystemische Therapie
2011-2014	Schulung in Kleingruppen
2011-2013	Früherkennung und Frühintervention

Die vorgezogenen Zusatzlektionen für Früherkennung und Frühintervention wurden im Schuljahr (SJ) 2013/14 im Rahmen der Stärkung der Volksschule (vgl. 310E001) von den Zusatzlektionen für Schulen mit erheblicher sozialer Belastung abgelöst. Die Multisystemische Therapie und die regionalen Spezialklassen sollen nach der Pilotphase evaluiert und gegebenenfalls definitiv eingeführt werden. Der Entwicklungsschwerpunkt wird Ende 2014 abgeschlossen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2010-0984 vom 30.11.2010 und Verpflichtungskredit Regierungsrat	Mio. Fr.	16.78

310E013	Administration der Lehrpersonen Schulen Aargau (ALSA)
ab 2012	Vorprojekt
2013	Submission
2013-2014	Realisierung
2015	Einführung

Die Prozesse zur Sprechung der Vollzeiteinheiten an die Schulen sowie die Abwicklung der Anstellungen der Lehrpersonen sollen durch ein System, auf das sowohl die Schulen als auch die kantonale Verwaltung Zugriff haben, unterstützt und optimiert werden. Nach der Submission 2013 wird das Projekt realisiert und steht den Schulen ab 2015 zur Verfügung.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	2.64

310E014	Neue Ressourcierung Volksschule
2014-2015	Analyse verschiedener Ressourcierungsarten und Erarbeitung einer effizienteren Ressourcenzuteilung
2016	Anhörung zu Varianten einer neuen Ressourcenzuteilung
2017	Beschluss Grosser Rat
SJ 2018/19	Einführung neues Finanzierungsmodell

Die Zuteilung der Ressourcen (Lehrpensen) für die Volksschule geschieht in einem komplexen System. Dies mit einer Vielzahl von verschiedenen zweckgebundenen Ressourcenarten, die unterschiedlich gesteuert werden. Die Möglichkeiten zu einer Vereinfachung, die zu einem effizienteren System führt, sollen geprüft werden. Eine allfällige neue Ressourcenzuteilung an der Volksschule könnte per Schuljahr (SJ) 2018/19 eingeführt werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.39

310E015	Klärung und Optimierung der Zuweisung von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen zur integrativen Schulung in der Regelklasse bzw. in die Sonderschule
2013	Überprüfung der Wirksamkeit und Adäquatheit der integrativen bzw. separativen Schulung
2014	Optimierung von Instrumenten der Zuweisung und der Angebotsplanung
2015	Umsetzung

Die Steuerung des Angebots für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung in der Volksschule ist anspruchsvoll. Sowohl integrative als auch separative Förderung sind kostenintensiv. Ziel ist eine bedarfsgerechte und kostenadäquate Schulung aller Kinder und Jugendlichen mit einer Behinderung im Volksschulalter.
In den letzten Jahren konnten die Kosten leicht gesenkt und auf weiterhin hohem Niveau stabilisiert werden. Aufgrund des interkantonalen Vergleichs sollte eine weitere Reduktion des Angebots und damit weitere Kostenersparnisse möglich sein. Hierfür sind die entsprechenden Instrumente zu erarbeiten und dann umzusetzen. Die Aufnahme dieses Entwicklungsschwerpunktes erfolgt auf Anregung der Kommission BKS.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.16

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 310Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die finanziellen Mittel für die Volksschule sind hinsichtlich ihrer Zielsetzung optimal eingesetzt.								
Lernende und Abteilungen								
01 Lernende der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	70'053	70'360	70'398	70'542	70'855	71'355	○
02 Abteilungen der Volksschule (exkl. Sonderschule)	Anzahl	4'011	3'960	4'021	4'053	4'068	4'096	◑
03 Lernende pro Abteilung (Abteilungsgrösse)	Anzahl	17.5	17.8	17.5	17.4	17.4	17.4	◑
Stundentafel								
04 Wochenlektionen für Lernende während der Primarschulzeit	Anzahl	123	123	156	156	156	156	●
05 Wochenlektionen für Lernende während der Realschulzeit	Anzahl	113	113	82	82	82	82	●
06 Wochenlektionen für Lernende während der Sekundarschulzeit	Anzahl	124	124	94	94	94	94	●
07 Wochenlektionen für Lernende während der Bezirksschulzeit	Anzahl	125	125	94	94	94	94	●
Lektionenverpflichtung								
08 Normalpensum Lehrperson Volksschule (exkl. Bezirksschule)	Anzahl	28	28	28	28	28	28	●
09 Normalpensum Lehrperson Bezirksschule	Anzahl	27	27	27	27	27	27	●
Vollzeitäquivalente und finanzielle Ressourcen								
11 Vollzeitäquivalente pro Abteilung (Unterricht nach Stundentafel inkl. IHP)	Anzahl	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	1.3	◑
10 Vollzeitäquivalente (Vollzeitpensen der Lehrkräfte) der Volksschule (sämtliche Angebote)	Anzahl	5'706	5'661	5'899	5'885	5'924	6'056	◑
19 Lohnkosten für Lehrpersonen der Volksschule (sämtliche Angebote)	1000 Fr.	-	768'196	794'254	789'995	801'781	826'395	◑
13 Lohnkosten pro Lernende/-r der Volksschule (sämtliche Angebote)	Fr.	-	10'918	11'282	11'199	11'316	11'581	◑
14 Vollzeitäquivalente für Schulleitungen	Anzahl	240	240	240	240	240	240	●
18 Lohnkosten für Schulleitungen	1000 Fr.	-	41'148	41'014	40'957	41'287	41'619	◑
20 Beitrag der Gemeinden an die Lohnkosten der Volksschule	1000 Fr.	-	162'542	297'082	299'457	306'739	315'013	●

Das Ziel bildet das System der Ressourcierung der Volksschule ab. Abhängig davon, wie die Schülerinnen und Schüler über die Gemeinden bzw. die Schuleinheiten und die Jahrgänge verteilt sind, ergeben sich unterschiedliche Klasseneinteilungen (Abteilungen). Bei ungleichmässiger Verteilung oder in kleineren Einheiten ergeben sich mehr kleinere Abteilungen, in grösseren Schulen ergeben sich grössere Abteilungen. Die notwendigen Ressourcen (Vollzeiteinheiten) pro Abteilung sind wesentlich abhängig von der Anzahl Unterrichtslektionen der Schülerinnen und Schüler. Diese sind in der Stundentafel im Lehrplan festgehalten. In der Primarschule werden die Lektionen gemäss Ressourcenverordnung so gesprochen, dass eine Abteilung mittlerer Grösse von einer Klassenlehrperson mit einem Normalpensum (100%-Anstellung) geführt werden kann. Für ein 100%-Pensum sind 28 Lektionen zu unterrichten, an der Bezirksschule 27 Lektionen. Diese Faktoren ergeben die durchschnittliche Ausstattung einer Abteilung mit Vollzeitäquivalenten für den Unterricht nach Stundentafel (inkl. integrierte Heilpädagogik). Im Total der Vollzeitäquivalente (sämtliche Angebote) sind zusätzlich sämtliche weiteren Förderangebote wie Begabungsförderung oder Deutsch als Zweitsprache, Instrumentalunterricht oder die verstärkten Massnahmen für Kinder und Jugendliche mit einer Behinderung enthalten. Aus diesem ergeben sich abhängig vom Lohnniveau die totalen Lohnkosten für die Lehrpersonen der Volksschule.
01/02: Ab 2014 wird in diesen Indikatoren jeweils das gewichtete Mittel aus zwei Stichtagen bezogen auf ein Kalenderjahr (7/12 des alten Schuljahres und 5/12 des neuen Schuljahres) dargestellt. Diese Änderung verbessert die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen. Die Schülerzahlen steigen gemäss Schulentwicklungsprognose von Statistik Aargau im Budgetjahr und den Planjahren moderat an. Die Abteilungszahlen entwickeln sich entsprechend den Schülerzahlen.
03: Mit Stärkung der Volksschule werden die maximalen Abteilungsgrössen auf das Schuljahr 2014/15 von 28 auf 25 Lernende gesenkt.
04-07: Durch die Einführung der 6. Klasse der Primarschule und der dreijährigen Oberstufe ab Schuljahr 2014/15 steigen die Unterrichtslektionen an der Primarschule an und diejenigen an der Oberstufe verringern sich. Allfällige Anpassungen aufgrund der Einführung des Deutschschweizer Lehrplans ab dem Schuljahr 2017/18 (Lehrplan 21; vgl. 310E002) sind noch nicht berücksichtigt.
10: Im Jahr 2015 ist durch die Einführung der 6. Primarklasse ein leichter Rückgang der Vollzeitäquivalente zu erwarten, da Primarschulabteilungen mit weniger Lehrpensen ausgestattet sind als Abteilungen der Oberstufe.
19/13: Die Lohnkosten für die Lehrpersonen erhöhen sich im Budgetjahr im Wesentlichen aufgrund von zusätzlichen Abteilungen (Fr. 10.7 Mio.), aufgrund der Stärkung der Volksschule inkl. Zusatzlektionen für Schulen mit erheblicher sozialer Belastung (Fr. 8.2 Mio.) sowie aufgrund der verstärkten Massnahmen für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung in der Regelklasse (VM; Fr. 4.5 Mio.). Bei den VM sind die erwarteten Kostenreduktionen aufgrund der Einführung des standardisierten Abklärungsverfahrens (SAV) nicht eingetroffen. Weiter führt eine Zunahme beim Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ; Fr. 2.5 Mio.) zu Mehrbedarf.
Aufgrund des Strukturwechsels im Rahmen der Umsetzung Stärkung Volksschule sinken die Lohnkosten für die Lehrpersonen im Jahr 2015. Der erneute Anstieg in den Folgejahren ist auf die weitere gestaffelte Einführung der Zusatzlektionen sowie die Einführung von Französisch an der

Primarschule zurückzuführen.
18: Die Schulleitungspensen werden alle drei Jahre neu berechnet. Die nächste Neuberechnung findet auf das Schuljahr 2014/15 hin statt.
20: Die Gemeinden beteiligen sich gemäss § 4 Abs. 1 des Gemeindebeteiligungsdekrets an den Lohnkosten der Lehrpersonen sowie an den Löhnen der Schulleitungen mit 35%. Der Anstieg des Gemeindebeitrags im Jahr 2014 ist auf die Kompensation der Spitalfinanzierung zurückzuführen. Die erwartete Kompensationssumme für alle Gemeinden zusammen beträgt Fr. 129.6 Mio. Diese wird realisiert, indem erstens der bisherige NFA-Abzug in der Höhe von Fr. 102.9 Mio. entfällt und zweitens ein Zuschlag in der Höhe von Fr. 26.7 Mio. erhoben wird.
Der restliche Mehrertrag entspricht dem ordentlichen Gemeindeanteil gemäss Gemeindebeteiligungsdekret aufgrund der steigenden Lohnkosten für Lehrpersonen (vgl. 310Z001-I19).

Ziel 310Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Schülerinnen und Schüler durchlaufen die Volksschule erfolgreich und finden direkt eine Anschlusslösung.								
01 Anteil Lernende mit regulärem Alter bei Schulaustritt	%	53	53	54	55	55	55	◑
04 Jugendliche treten nach der Volksschule direkt in eine weiterführende Ausbildung oder Mittelschule ein	%	83	83	84	85	85	85	◑
05 Erfolgreiche Fortsetzung der Schullaufbahn nach Besuch der regionalen Spezialklasse	%	89	60	75	75	75	75	◑
06 Schulausschlüsse bis 6 Wochen	Anzahl	68	70	70	70	70	70	◑
07 Schulausschlüsse über 6 Wochen	Anzahl	4	10	8	8	8	8	◑

01: Durch verschiedene, u.a. mit der Stärkung der Volksschule geschaffene Unterstützungsangebote dürfte sich der Anteil der Lernenden, welche die Volksschule in der geplanten Dauer von elf Jahren durchlaufen, erhöhen.
04: Bei den direkten Anschlusslösungen wird aufgrund der Massnahmen aus der Stärkung der Volksschule eine Verbesserung erwartet.
05: Aufgrund der guten Ergebnisse aus dem Jahr 2012 kann die Prognose nach oben angepasst werden.
06/07: Bei den temporären Schulausschlüssen konnte in den letzten Jahren eine rückläufige Tendenz festgestellt werden.

Ziel 310Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Begabte Schülerinnen und Schüler werden in speziellen Förderangeboten zusätzlich unterstützt.								
01 Begabte Lernende, die ausserhalb des Regelunterrichts speziell gefördert werden	Anzahl	552	570	650	680	680	680	●
02 Quote der begabten Lernenden, die ausserhalb des Regelunterrichts speziell gefördert werden	%	0.79	0.81	0.92	0.96	0.96	0.95	●

Durch die Verschiebung der 6. Klasse der Volksschule an die Primarschule wird erwartet, dass dort mehr Gruppenangebote geschaffen werden. Zudem werden die regionalen Angebote Mathesupport und Atelier Litera per 2014 ausgebaut. Mit dem Entwicklungsschwerpunkt Begabtenförderung (vgl. 310E006) wird der Ausbau der Angebote für begabte Schülerinnen und Schüler ausserhalb des Regelunterrichts verstärkt.

Ziel 310Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Volksschule Aargau bietet im interkantonalen Vergleich konkurrenzfähige Löhne.								
01 Lohn im ersten Praxisjahr Kindergarten	Fr.	70'975	71'330	70'975	71'152	71'686	72'224	●
02 Lohnvergleich Kindergarten mit den Referenzkantonen (Basis Mittelwert 100%)	%	99.9	101.0	99.9	99.9	99.9	99.9	◑
03 Lohn im ersten Praxisjahr Primarschule	Fr.	77'294	77'680	77'294	77'487	78'068	78'654	●
04 Lohnvergleich Primarschule mit den Referenzkantonen (Basis Mittelwert 100%)	%	99.2	101.0	99.2	99.2	99.2	99.2	◑
05 Lohn im ersten Praxisjahr Sekundarstufe	Fr.	87'824	88'263	87'824	88'044	88'704	89'369	●
06 Lohnvergleich Sekundarstufe mit den Referenzkantonen (Basis Mittelwert 100%)	%	99.2	101.0	99.2	99.2	99.2	99.2	◑

Der Lohn ist ein wichtiger Faktor zur Wettbewerbsfähigkeit. Die Lohnsteigerungen in den Planjahren entsprechen der durchschnittlichen prozentualen Erhöhung der Löhne. Die Lohnentwicklungen gestalten sich in den einzelnen Kantonen sehr unterschiedlich.
01/03/05: Für das Budget des Lohnes im ersten Praxisjahr der jeweiligen Schulstufe wird die geplante generelle und individuelle durchschnittliche prozentuale Erhöhung der Löhne zu gleichen Teilen gerechnet. Der Regierungsrat hat Ende November 2012 für das Budget 2013 eine individuelle Lohnerhöhung beschlossen. Folglich ist die in den Indikatoren geplante generelle Lohnerhöhung um 0.5% für das Budget 2013 nicht aktuell. 2013 beträgt der Lohn im ersten Praxisjahr Kindergarten Fr. 70'975, derjenige in der Primarschule Fr. 77'294 und Fr. 87'824 für die Sekundarstufe.
02/04/06: Der Lohnvergleich mit den Referenzkantonen basiert auf den effektiv bezahlten Löhnen. Da momentan für die Planjahre keine aktiven Lohnrevisionen bekannt sind, werden die Werte von 2012 fortgeschrieben. Die Referenzkantone sind Bern, Solothurn, Luzern, Zug, Zürich, Basel-Stadt und Basel-Land.

Ziel 310Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Arbeitszufriedenheit des Schulpersonals ist gross.								
01 Quote der mit der Arbeit zufriedenen Lehrpersonen Volksschule (Stufe eher zufrieden und zufrieden)	%	79	70	80	80	80	80	
02 Quote der mit der Arbeit zufriedenen Schulleitungen (Stufe eher zufrieden und zufrieden)	%	97	80	80	80	80	80	

Bei den Lehrpersonen wird nach der Arbeitszufriedenheit im Zusammenhang mit der Arbeitsbelastung gefragt, weshalb der Wert im Jahresbericht deutlich unterhalb des Wertes der Schulleitungen lag, bei denen eine allgemeine Einschätzung abgefragt wurde. Ab 2013 wird bei den Schulleitungen dieselbe Frage wie bei den Lehrpersonen gestellt, was voraussichtlich eine Angleichung der beiden Werte zur Folge haben wird. Anschliessend sind die beiden Werte besser vergleichbar.

Ziel 310Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Schulen sind in allen Bereichen funktionsfähig und erreichen die geforderte Mindestqualität.								
01 Evaluierte Evaluationseinheiten	Anzahl	89	86	75	75	75	75	
02 Quote der Schulen mit ausschliesslich grünen Ampeln	%	-	-	60	65	70	75	
03 Quote der Schulen mit grünen und gelben Ampeln	%	-	-	30	25	21	16	
04 Quote der Schulen mit mindestens einer roten Ampel	%	-	-	10	10	9	9	

01: Die Schulen werden für die externe Schulevaluation in vergleichbare Evaluationseinheiten aufgeteilt. Die Anzahl Evaluationseinheiten einer Schule definiert sich entlang folgender Kriterien: Grösse der Schule, Anzahl Standorte, Anzahl involvierter Stufen, Anzahl geführter Organisationseinheiten. Die Schulen werden im zweiten Evaluationsdurchgang alle fünf Jahre evaluiert. Das entspricht 75 Evaluationseinheiten pro Jahr.
02-04: Diese Indikatoren werden neu geführt; deshalb fehlen die Vorjahreszahlen. Schulen, welche in den so genannten Ampelkriterien die definierten Mindestanforderungen erfüllen, sind funktionsfähig und erhalten eine grüne Ampel im entsprechenden Ampelkriterium. Wenn die Funktionsfähigkeit in einem oder mehreren Bereichen gefährdet ist, so wird die Ampel beim entsprechenden Ampelkriterium auf gelb gesetzt. Eine rote Ampel weist auf eine gravierende Funktionsstörung hin. Durch die laufenden Qualitätssicherungsmassnahmen wird insgesamt eine Erhöhung der Qualität in den nächsten Jahren erwartet. Massnahmen zur Sicherstellung der Qualität sind: Weiterbildungs- und Beratungsangebote, Beratung und Begleitung durch das Inspektorat sowie ein verstärkter Fokus auf das schulinterne Qualitätsmanagement im laufenden zweiten Durchgang der externen Schulevaluation.

Ziel 310Z007	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Inspektorat erfüllt seine Aufsichts- und Beratungsfunktion.								
01 Einsätze im Zusammenhang mit der Aufsichtspflicht des Inspektorats (Einzelaufsicht Lehrpersonen)	Anzahl	47	30	45	45	45	45	
02 Einsätze des Inspektorats im Zusammenhang mit der externen Schulevaluation	Anzahl	123	100	120	120	120	120	
03 Beratungen durch das Inspektorat (Schulleitungen, Schulpflegen, Lehrpersonen)	Anzahl	3'567	3'100	3'300	3'200	3'200	3'500	

01: Das Budget 2014 und die Planjahre wurden aufgrund des Ist-Wertes 2012 nach oben korrigiert.
02: Zunehmend wichtig wird die Arbeit im Bereich der aufsichtlichen Begleitung von Schulen mit Funktionsstörungen (rote Ampeln aus der externen Schulevaluation).
03: Die Anzahl Beratungen von Schulpflegen nimmt zu. In den Gesprächen steht die Weiterentwicklung der Schule im Zentrum, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projekts Stärkung Volksschule (vgl. 310E001) sowie der Massnahmenumsetzung nach dem Verfahren der externen Schulevaluation. Hinzu kommt der Support bei der Bewältigung von schwierigen Situationen. Nach der Umsetzung des Projekts Stärkung der Volkschule wird ab 2015 mit einem Rückgang der Beratungen der Schulpflegen gerechnet. Ab dem Jahr 2017 wird sich die Anzahl der Beratungen aufgrund der Optimierung der Führungsstrukturen leicht erhöhen.

Ziel 310Z008	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Eine altersgemässe individuelle Entwicklung und die Förderung der psychischen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler werden durch sinnvolle Problemlösungsvorschläge unterstützt.								
01 Neuaufträge des Schulpsychologischen Dienstes	Anzahl	3'593	4'240	3'740	3'740	3'740	3'740	○
06 Fälle in Bearbeitung im Schulpsychologischen Dienst	Anzahl	5'480	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000	◑
07 Langzeitfälle in Bearbeitung beim Schulpsychologischen Dienst	Anzahl	2'505	2'900	2'900	2'900	2'900	2'900	○
08 Anteil der Eltern und Lehrpersonen, welche die Unterstützung des Schulpsychologischen Dienstes als positiv erfahren haben (Zufriedenheitsstufe 3 und 4)	%	97	95	95	95	95	95	◑
09 Anteil der Fälle in denen die vorgeschlagenen Massnahmen nach einem Jahr umgesetzt wurden	%	99	90	97	97	97	97	○

01: Die Neuaufträge des Schulpsychologischen Diensts haben in den letzten Jahren in der Tendenz abgenommen. Dies unter anderem durch niederschwellige Angebote im Vorfeld wie Schulhaussprechstunden oder Expertenrunden, durch die Anmeldungen teilweise vermieden werden können. Durch die steigende Komplexität der Fälle sind die behandelten Fälle jedoch arbeitsintensiver.
07: Bei den Langzeitfällen handelt es sich insbesondere um Sonderschulfälle (Kinder mit Behinderungen). Diese werden nicht mehr abgeschlossen und später neu eröffnet. Dadurch verringern sich die Neuaufträge bei gleich bleibendem Aufwand.
09: Das Budget 2014 und die Planjahre wurden aufgrund von Erfahrungswerten der vergangenen Jahre nach oben korrigiert.

Ziel 310Z009	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Kanton unterstützt die ausserschulische Kinder- und Jugendförderung.								
02 Gemeinden/Kirchgemeinden, die unterstützt werden	Anzahl	36	30	40	40	40	50	◑
08 Beiträge an die Gemeinden/Kirchgemeinden für Auf- und Ausbau der ausserschulischen Kinder- und Jugendarbeit	Fr.	-	400'000	500'000	500'000	500'000	600'000	●

02: Die Anzahl der unterstützten Gemeinden oder Kirchgemeinden hängt von den zur Verfügung stehenden Geldern, aber auch vom Umfang der eingegebenen Projekte ab. Die Anzahl der Eingaben kann jedoch nicht gesteuert werden, weshalb eine Voraussage schwierig ist.
08: Der effektive Bedarf übersteigt die zur Verfügung stehenden Mittel jährlich, weshalb eine Erhöhung geplant ist.

Ziel 310Z020	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Schulen mit erheblicher sozialer Belastung können ihre Aufgabe gleich gut wahrnehmen wie Schulen ohne erhebliche soziale Belastung.								
01 Anteil Lernende mit einer direkten Anschlusslösung (berufliche Grundbildung oder Mittelschule) in Schulen ohne Zusatzlektionen	%	-	-	75.0	75.0	75.0	75.0	◑
02 Anteil Lernende mit einer direkten Anschlusslösung (berufliche Grundbildung oder Mittelschule) in Schulen mit Zusatzlektionen	%	-	-	73.0	73.2	73.4	73.6	◑
03 Schulatmosphäre für Schülerinnen und Schüler in Schulen ohne Zusatzlektionen	Punkte	-	-	4.5	4.5	4.5	4.5	◑
04 Schulatmosphäre für Schülerinnen und Schüler in Schulen mit Zusatzlektionen	Punkte	-	-	4.3	4.4	4.5	4.5	◑
05 Zufriedenheit Lehrpersonen in der pädagogischen Arbeit an Schulen ohne Zusatzlektionen	Punkte	-	-	5.1	5.1	5.1	5.1	◑
06 Zufriedenheit Lehrpersonen in der pädagogischen Arbeit an Schulen mit Zusatzlektionen	Punkte	-	-	5.0	5.0	5.1	5.1	◑
10 Kosten Zusatzlektionen	1000 Fr.	-	-	11'665	14'000	15'700	18'000	●
08 Vollzeitäquivalente (Vollzeitpensen der Lehrkräfte) Zusatzlektionen	Anzahl	-	-	86	104	115	131	●

Mit den Zusatzlektionen sollen Schulen mit erheblicher sozialer Belastung ihren Auftrag gleich gut erfüllen können wie Schulen ohne erhebliche soziale Belastung. Die direkte Anschlusslösung steht als Indikator stellvertretend für den Schulerfolg. Ausserdem sollen die Schülerinnen und Schüler in einer lernförderlichen Schulatmosphäre lernen können und die Lehrpersonen sollen unter guten Bedingungen ihrem pädagogischen Auftrag nachkommen können. Auch diese beiden Aspekte haben letztlich das Erreichen der Bildungsziele zum Ziel. Mittelfristig wird eine angleichende Wirkung zwischen Schulen mit und ohne Zusatzlektionen erwartet. Die Mittel werden gestaffelt erhöht. Zudem benötigen die Schulen

Zeit, um Erfahrungen für den zielgerichteten Umgang mit den zusätzlichen Mitteln zu sammeln. Diese Indikatoren werden neu geführt; deshalb fehlen die Vorjahreszahlen. Aufgrund fehlender Erfahrungen mit den Indikatorwerten ist eine Prognose schwierig ist.
03/04: Die Schülerinnen und Schüler werden im Rahmen der externen Schulevaluation unter anderem zur Schulatmosphäre befragt. Dies umfasst Bereiche wie ein fairer Umgang untereinander, Angst vor Ausschluss oder Bedrohung oder das Ausmass von Littering an der Schule. Die Antworten reichen von 1 bis 6, wobei 6 den besten Wert darstellt. Als Indikator wird der Mittelwert der Antworten dargestellt.
05/06: In der externen Schulevaluation werden die Lehrpersonen u.a. zu ihrer Zufriedenheit in der pädagogischen Arbeit befragt. Dies umfasst Fragen zum respektvollen Umgang zwischen Schülerinnen, Schülern und Lehrpersonen, zur Erreichung der Lernziele, zur Unterstützung durch die Eltern oder zum Verhältnis zur Arbeitszufriedenheit mit der Arbeitsbelastung. Die Antwortkategorien reichen von 1 bis 6, wobei 6 den Wert mit der höchsten Zufriedenheit darstellt. Im Indikator werden die Mittelwerte der Antworten dargestellt.
10/08: Ab Schuljahr 2013/14 erhalten sozial belastete Schulen Zusatzlektionen. Die Mittel werden gestaffelt erhöht.

Ziel 310Z021	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Krisenassistenzen tragen zu einer Verbesserung in sehr schwierigen Klassensituationen bei.								
01 Bewilligte Einsätze Krisenassistenzen	Anzahl	-	-	112	112	112	112	◑
02 Anteil der Schulen, in welchen der Assistenzeinsatz die gesetzten Ziele erreicht	%	-	-	80	80	80	80	◑
04 Kosten Krisenassistenzen	1000 Fr.	-	-	896	1'096	1'996	1'996	●

01-04: Diese Indikatoren werden neu geführt; deshalb fehlen die Vorjahreszahlen. Ab dem Schuljahr 2013/14 können Sekundar- und Realschulen in sehr schwierigen Klassensituationen durch befristete Krisenassistenzen unterstützt werden. Die Mittel werden gestaffelt erhöht. Zu den Indikatoren liegen noch keine Erfahrungswerte vor, weshalb eine Prognose schwierig ist.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**679'756**	**569'544**	**-16.2%**	**562'803**	**568'607**	**583'557**
Globalbudget Aufwand	**-**	**858'991**	**883'695**	**2.9%**	**878'723**	**891'817**	**915'024**
30 Personalaufwand	-	846'421	871'359	2.9%	865'926	878'070	901'503
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	8'561	7'729	-9.7%	8'378	9'024	8'698
36 Transferaufwand	-	4'010	4'607	14.9%	4'420	4'723	4'823
Globalbudget Ertrag	**-**	**-179'235**	**-314'151**	**75.3%**	**-315'920**	**-323'211**	**-331'467**
42 Entgelte	-	-5'895	-5'895	0.0%	-5'925	-5'913	-5'895
46 Transferertrag	-	-173'190	-308'106	77.9%	-309'845	-317'148	-325'422
49 Interne Verrechnungen	-	-150	-150	0.0%	-150	-150	-150
LUAE Saldo	**-**	**-400**	**-400**	**0.0%**	**-400**	**1'156**	**1'156**
LUAE Aufwand	**-**	**6'400**	**6'400**	**0.0%**	**6'400**	**7'956**	**7'956**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	-		-	806	806
36 Transferaufwand	-	-	-		-	750	750
37 Durchlaufende Beiträge	-	6'400	6'400	0.0%	6'400	6'400	6'400
LUAE Ertrag	**-**	**-6'800**	**-6'800**	**0.0%**	**-6'800**	**-6'800**	**-6'800**
42 Entgelte	-	-400	-400	0.0%	-400	-400	-400
47 Durchlaufende Beiträge	-	-6'400	-6'400	0.0%	-6'400	-6'400	-6'400
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**270**	**1'172**	**334.1%**	**952**	**750**	**750**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**270**	**1'172**	**334.1%**	**952**	**750**	**750**
50 Sachanlagen	-	270	1'172	334.1%	952	0	0
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	-	-		-	750	750
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Budgetjahr

Die Abnahme des Globalbudgetsaldos liegt im Wesentlichen in der Zunahme der Gemeindebeiträge begründet (vgl. Transferertrag). Der Anstieg des Gemeindebeitrags ist auf die Kompensation der Spitalfinanzierung zurückzuführen. Die erwartete Kompensationssumme für alle Gemeinden zusammen beträgt Fr. 129.6 Mio. Diese wird realisiert, indem erstens der bisherige NFA-Abzug in der Höhe von Fr. 102.9 Mio. entfällt und zweitens ein Zuschlag in der Höhe von Fr. 26.7 Mio. erhoben wird. Der restliche Mehrertrag entspricht dem ordentlichen Gemeindeanteil gemäss Gemeindebeteiligungsdekret aufgrund der steigenden Lohnkosten für Lehrpersonen (vgl. 310Z001-I19).
Die Erhöhung des Personalaufwands im Budgetjahr erklärt sich im Wesentlichen durch die Steigerung bei den Lehrpersonenlöhnen (vgl. 310Z001-I02). Fr. 10.7 Mio. kommen durch zusätzliche Abteilungen zustande. Ausserdem entstehen durch die Umsetzung der Stärkung der Volksschule inkl. Zusatzlektionen für erheblich belastete Schulen zusätzliche Ausgaben von Fr. 8.2 Mio. Weiter muss das Budget 2014 für die verstärkten Massnahmen für die Schulung von Kindern und Jugendlichen mit einer Behinderung in der Regelklasse um Fr. 4.5 Mio. erhöht werden. Dies, da die erwartete Reduktion durch das standardisierte Abklärungsverfahren (SAV) nicht eingetroffen ist. Ein Anstieg der Kosten aufgrund einer Zunahme von Schülerinnen und Schülern mit entsprechendem Bedarf ist auch beim Unterricht in Deutsch als Zweitsprache (DaZ; Fr. 2.5 Mio.) zu verzeichnen.
Der Transferaufwand steigert sich im Budgetjahr durch eine Erhöhung der Beiträge für die Kinder- und Jugendförderung an Gemeinden und Kirchgemeinden sowie einer Erhöhung der Beiträge ans interne Qualitätsmanagement der Schulen aufgrund der gestiegenen Aktivitäten der Schulen in diesem Bereich. Weiter sind Beiträge an Schulbauten eingestellt.

Planjahre

Aufgrund des Strukturwechsels im Rahmen der Umsetzung Stärkung Volksschule sinkt der Personalaufwand im Jahr 2015. Der erneute Anstieg in den Folgejahren ist auf die weitere gestaffelte Einführung der Zusatzlektionen sowie die Einführung von Französisch an der Primarschule zurückzuführen. Beim Sachaufwand führt die Einführung der flächendeckenden Leistungstests zu Mehraufwand. Der Transferaufwand verändert sich im Wesentlichen aufgrund der eingestellten Beiträge an Schulbauten. Der Transferertrag erhöht sich durch den Zuschlag für die Kompensation Spitalfinanzierung sowie die Gemeindebeiträge am Personalaufwand der Volksschule.

LUAE

In den Planjahren 2016 und 2017 erscheinen erstmals die Abschreibungen der Investitionskosten des Projekts Administration der Lehrpersonen Schulen Aargau (ALSA).

Investitionsrechnung

Der Saldo der Investitionsrechnung erhöht sich im Budgetjahr aufgrund des Projekts Administration der Lehrpersonen Schulen Aargau (ALSA), welches in die Realisierungsphase kommt. Die Realisierung führt auch im Planjahr 2015 zu Investitionen von rund Fr. 1 Mio. In den Jahren 2016 und 2017 sind Mittel für Beiträge an Schulbauten der Gemeinden gemäss dem bis 31.12.2012 gültigen § 67a Schulgesetz eingestellt.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**679'356**	**569'144**	**-16.2%**	**562'403**	**569'762**	**584'712**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	1'556	1'556
+ Nettoinvestitionen	-	270	1'172	334.1%	952	750	750
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**679'626**	**570'316**	**-16.1%**	**563'355**	**568'957**	**583'907**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Weiterverrechenbare Personalkosten							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	6'400	6'400	0.0%	6'400	6'400	6'400
Gemeinden	-	6'400	6'400	0.0%	6'400	6'400	6'400
Total Ertrag	-	-6'400	-6'400	0.0%	-6'400	-6'400	-6'400
Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-	-6'400	-6'400	0.0%	-6'400	-6'400	-6'400

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**6'025**	**4'859**	**-19.4%**	**5'271**	**3'347**	**12'840**
	VK-Globalbudget	-	5'755	3'687	-35.9%	4'319	3'347	12'840
	VK-Investitionsrechnung	-	270	1'172	334.1%	952	0	0
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**791**	**822**	**4.2%**	**1'271**	**1'250**	**1'251**
	Aufwand	-	791	893	13.0%	1'342	1'321	1'322
	Ertrag	-	-	-71		-71	-71	-71
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**764**	**668**	**-12.5%**	**190**	**690**	**9'520**
	Aufwand	-	955	792	-17.1%	190	690	9'520
	Ertrag	-	-191	-123	-35.4%	-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**4'470**	**3'369**	**-24.6%**	**3'810**	**1'408**	**2'070**
	Aufwand	-	5'897	3'369	-42.9%	3'810	1'408	2'609
	Ertrag	-	-1'427	-		-	-	-540

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Lehreradministration (ALSA)									
VK, einmaliger Aufwand	03.07.2013	270	270	-23	-	-	-	-	0
ZK, einmaliger Aufwand	geplant	2'372	2'642	-	1'172	952	0	0	-
Stärkung Volksschule Aargau									
VK, einmaliger Aufwand	23.09.2009	800	-	-	-	-	-	-	-
ZK, einmaliger Aufwand	29.03.2011	715	1'515	912	315	300	300	-	-3
Englisch Primarschule									
VK, einmaliger Aufwand	19.06.2007	16'700	16'700	12'334	300	40	40	-	11'954
VK, wiederkehrender A.	19.06.2007	8'700	8'700	-	-	-	-	-	-
Französisch Primarschule									
VK, einmaliger Aufwand	20.01.2009	13'422	13'422	12'659	-	543	1'068	2'609	8'440
Checks und Aufgabensammlung									
VK, wiederkehrender A.	18.01.2011	2'100	2'100	-	1'582	1'976	-	-	-
Früherkennung und Frühintervention									
VK, einmaliger Aufwand	30.11.2010	9'100	9'100	114	-	-	-	-	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total Verwaltungspersonal	**-**	**106.25**	**109.65**	**3.2%**	**108.65**	**108.15**	**108.15**
Ordentliche Stellen	-	104.40	106.20	1.7%	106.20	106.20	106.20
Fremdfinanzierte Stellen	-	0.35	0.35	0.0%	0.35	0.35	0.35
Projektstellen	-	1.50	3.10	106.7%	2.10	1.60	1.60
Stellen total Lehrpersonen (inkl. Schulleitungen und Stellvertretungen)	5'945.84	5'986.00	6'139.00	2.6%	6'125.00	6'164.00	6'296.00

Infolge der Anpassungen der Abteilungsstruktur im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS), welche am 5. Juni 2012 vom Grossen Rat im Anhang 1 zum Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF) beschlossen wurden, können für diesen Aufgabenbereich keine vergleichbaren Ist-Zahlen 2012 dargestellt werden.

Aufgabenbereich 315: Sonderschulung, Heime und Werkstätten

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Zum Aufgabenbereich gehört das zeitgerechte Sicherstellen von differenzierten und bedarfsgerechten Angeboten zur Schulung, Ausbildung, Beschäftigung, Förderung und Betreuung von Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen mit dem Ziel der sozialen Integration.

Zuständige Kommission
Kommission Bildung, Kultur und Sport

Leistungsgruppen
LG 315.10 Ambulatorien, Sonderschulung und Wohnen Kinder/Jugendliche
LG 315.20 Wohnen und Tagesstruktur Erwachsene

Organisation
Das kantonale Betreuungsgesetz bietet seit 2007 ein einheitliches und zeitgemässes Regelwerk für die Sonderschulung, die stationäre Kinder- und Jugendhilfe sowie für die Betreuung von erwachsenen Menschen mit Behinderung. Darunter fallen ambulante, teilstationäre und stationäre Einrichtungen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit Behinderung oder in sozialen oder familiären Notlagen. Die Abteilung Sonderschulung, Heime und Werkstätten gewährleistet eine bedarfsgerechte Planung. Die Steuerung, Aufsicht und Finanzierung erfolgt mittels Leistungsvereinbarungen.

Umfeldentwicklung und Massnahmen
Die Angebotsnachfrage im Kinder- und Jugendbereich bleibt auf dem Gebiet der besonderen Förder- und Stützmassnahmen und im Bereich der Tages- und der stationären Sonderschulen unverändert hoch. Insbesondere die Tagessonderschulen für Kinder und Jugendliche mit sozialer Beeinträchtigung stehen unter hohem Aufnahmedruck. Gleichzeitig ist für diese Klientel in den stationären Sonderschulen der Bedarf an durchgehend verfügbaren Angeboten unverändert hoch. Die betroffenen Kinder und Jugendlichen können oftmals aufgrund der Konstellation in den Familiensystemen an den Wochenenden oder während den Ferien nicht nach Hause. Durch den Anstieg von Mehrfachdiagnosen sind die bestehenden Angebote regelmässig auf Inhalt und Konzeption zu überprüfen.

Die Nachfragesituation stellt hohe Anforderungen an eine wirksame Bedarfs- und Angebotsplanung, die verstärkt die Schnittstelle zwischen Regel- und Sonderschule einbezieht. Unter diesem Aspekt ist die heutige Zuweisungspraxis von Kindern und Jugendlichen in den Sonderschulbereich in Zusammenarbeit mit dem Aufgabenbereich 310 Volksschule genau zu analysieren. Im Rahmen von zwei Pilotprojekten über die Jahre 2013 und 2014 wird abgeklärt, ob im Umgang mit Autismusspektrumsstörungen bei Kindern und Jugendlichen neue Betreuungsformen benötigt werden und wie diese auszugestalten sind.

Die Heilpädagogischen Schulen sind teilweise überbelegt. Um diese Situation zu entschärfen, werden voraussichtlich die Werkstufen (Berufsvorbereitung) per Schuljahr 2015/16 an einem neuen Standort zusammengelegt. In den kommenden Jahren ist weiterhin mit einem Anstieg der Aargauer Bevölkerung zu rechnen. Entsprechend wird auch der Bedarf an Wohn- und Beschäftigungsplätzen für erwachsene Menschen mit einer Behinderung zunehmen. Zusätzlich wird durch die steigende Lebenserwartung der Pflege- und Betreuungsaufwand zunehmen, weil der Alterungsprozess bei vielen Menschen mit Behinderungen früh einsetzt. Dadurch wird eine weitere Verlagerung von Werkstatt- zu Beschäftigungsplätzen stattfinden. Die individuelle Leistungsfähigkeit von Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen nimmt ab. Dieser Wandel führt zu einer grösseren Nachfrage nach Teilzeitarbeit im Arbeitssektor. Bei Menschen mit geistiger Behinderung ist dies mit dem Älterwerden begründet. Bei Menschen mit einer psychischen Behinderung liegt der Grund in einer stark verminderten Belastbarkeit.
Zur Sicherstellung von differenzierten und durchlässigen Angeboten, werden neue Steuerungs-, Finanzierungs- und Qualitätssicherungsinstrumente eingeführt.

Per 1. Januar 2014 werden die beiden kantonseigenen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, das Zentrum für Arbeit und Beschäftigung (ZAB) sowie das Wohn- und Beschäftigungsheim Sternbild, verselbständigt und in die neu gegründete privatrechtliche Stiftung FARO überführt. Künftig werden alle Einrichtungen für erwachsene Menschen mit Behinderung im Kanton Aargau rechtlich gleichgestellt sein. Von den heute insgesamt 34 vom Kanton subventionierten Einrichtungen für Erwachsene sind nur deren zwei kantonseigene Einrichtungen. Das heutige Leistungsangebot von Sternbild und ZAB wird nach der Verselbständigung in vollem Umfang von der neuen privatrechtlichen Trägerschaft übernommen.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

315E001	Vorbereitung und Umsetzung NFA - Folgearbeiten NFA (Genehmigung des Behindertenkonzepts und des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich)
2006	Erarbeitung der rechtlichen Grundlagen für die kantonale Ausführungsgesetzgebung
2007	Anpassung der kantonalen Gesetzgebung gemäss NFA-Mantelerlasse
2008	Inkraftsetzung NFA
2010	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Regierungsrat
2010	Genehmigung des Behindertenkonzepts durch den Bundesrat
2012	Genehmigung des Konzepts für den sonderpädagogischen Bereich
2015	Botschaft an den Grossen Rat zum Konkordat über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik

Die Frage des Beitritts zum Konkordat über die Zusammenarbeit im sonderpädagogischen Bereich (Sonderpädagogik-Konkordat) steht im Zusammenhang mit einem Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung für die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS). Der Kanton Aargau hat entschieden, vorläufig nicht beizutreten und wird sich im Jahr 2015 wieder mit der Beitrittsfrage beschäftigen. Zu diesem Zeitpunkt müssen die Kantone, die HarmoS ratifiziert haben, das Konkordat umgesetzt haben. Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und Erziehungsdirektoren wird aufgrund der dannzumaligen Situation über das weitere Vorgehen entscheiden. Dieses Vorgehen entspricht dem GRB 2010-0980 vom 30. November 2010.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2007-1423 vom 27.11.2007	Mio. Fr.	1.16

315E002	Abgeltung der Kosten für Instandsetzung und Instandhaltung der Immobilien anerkannter Einrichtungen
2014	Durchführung der Gebäudezustandsbewertung der Immobilien anerkannter Einrichtungen
2014	Datenplausibilisierung und Bilanzabgleich
2014	Ermittlung Auswirkungen des Investitionsbedarfs auf den AFP des Kantons Aargau
2015	Festlegung der finanziellen Richtlinien für die Einrichtungen
2015	Erarbeitung und Einführung eines Controllinginstruments zur Überwachung des Investitionsbedarfs und der Mittelverwendung durch die Einrichtungen
2015	Anpassung der Betreuungsverordnung

Im Rahmen dieses Entwicklungsschwerpunkts werden Grundlagen für ein Instrumentarium zur Abgeltung der Kosten für Instandsetzung und Instandhaltung der Immobilien, die sich im Eigentum der Trägerschaften von anerkannten Einrichtungen befinden, erarbeitet. Ziel ist es, die Handhabung zu vereinheitlichen, den Investitionsbedarf zur Vermeidung von Schwankungen bei den Restkosten zu glätten und sicherzustellen, dass die in den Leistungspauschalen für die Immobilien berücksichtigten Aufwendungen zweckgebunden verwendet werden. Der verwaltungsinterne Initialaufwand gestaltete sich umfangreicher als angenommen. Aufgrund des aktuellen Terminplans ist die Einführung der neuen Instrumente und der Richtlinien neu auf 2015 statt 2014 geplant.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.76

315E003	Enthospitalisierung von jüngeren Langzeitpatientinnen und -patienten in der Klinik Königsfelden
2012	Erarbeitung Konzeption und Leistungsvereinbarung mit Trägerschaften
2014	Realisierung neuer Wohn-, Arbeits- und Beschäftigungsangebote im Rahmen des Betreuungsgesetzes

Per 1. Januar 2014 übernimmt die im 2013 neu gegründete Stiftung FARO nebst den bisher vom Kanton geführten Einrichtungen Wohn- und Beschäftigungsheim Sternbild und dem Zentrum für Arbeit und Beschäftigung (ZAB) auch die Verantwortung für die rund 25 verbliebenen, jüngeren Personen mit chronifizierten psychischen Erkrankungen aus der Langzeitpsychiatrie der Klinik Königsfelden. Für die Leistungen der drei Einrichtungen wird mit der Stiftung FARO eine Leistungsvereinbarung ab 2014 abgeschlossen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

315E004	Leistungsgerechte Abgeltung für Schul-, Wohn-, Arbeits- und Beschäftigungsangebote
2012-2014	Erarbeitung Leistungskatalog
2012-2014	Instrumentarium zur Bemessung der individuellen Betreuungsleistungen
2013-2014	Erarbeitung der finanziellen und rechtlichen Vorgaben
2015	Umsetzung in den Erwachseneneinrichtungen
2015	Überprüfung der Anwendung der Instrumente für den Kinder- und Jugendbereich

Für die leistungsgerechte Abgeltung von Wohn-, Arbeits- und Beschäftigungsangeboten werden in den Erwachseneneinrichtungen die Instrumente und Konzepte der Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone (SODK Ost) mit dem Kanton Zürich (SODK Ost+) an die Bedürfnisse des Kantons Aargau adaptiert und bis 2015 eingeführt. Im 2015 werden die Instrumente für die Anwendung im Kinder- und Jugendbereich geprüft.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.25

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 315Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedürfnissen wird ein bedarfsgerechtes Angebot an ambulanten Leistungen zur Früherfassung, Abklärung und Prävention zur Verfügung gestellt.								
11 Lektionen Sprachheilunterricht im Rahmen des Pensenpools	Anzahl	131'531	123'500	121'600	121'900	122'700	123'600	◑
12 Vereinbarte Stunden in Ambulatorien für Aargauer Kinder und Jugendliche	Anzahl	93'760	114'506	115'971	115'971	115'971	115'971	◑
07 Auslastung der vereinbarten Stunden in Ambulatorien für Aargauer Kinder und Jugendliche	%	93	97	97	97	97	97	◑
14 Beiträge des Kantons und der Gemeinden (Restkosten) an ambulante Angebote	Mio. Fr.	-	35.4	36.4	36.9	37.4	37.7	◑
09 Kantonsanteil an den Kosten (Restkosten) von ambulanten Angeboten	Mio. Fr.	-	21.2	21.8	22.1	22.4	22.6	◑

11: Der Anstieg der Lektionen Sprachheilunterricht in den Planjahren entspricht der erwarteten Schülerentwicklung.
12: Die in den Ambulatorien geplanten Förder- und Beratungsstunden bleiben unverändert. Die angespannte Arbeitsmarktsituation und der damit verbundene Fachkräftemangel stellt für die Ambulatorien auch mittelfristig eine grosse Herausforderung dar.
07: Die anhaltend starke Nachfrage nach ambulanten Leistungen kann nicht im gewünschten Umfang abgedeckt werden, was sich insbesondere auf die Wartelisten der Heilpädagogischen Früherziehungsdienste sowie der Psychomotorikambulatorien auswirkt. Trotz Ressourcenknappheit wird eine durchschnittliche Auslastung der Ambulatorien von 97% angestrebt.
14: Die Restkosten für das Jahr 2014 und für die Planjahre wurden u.a. auf Grundlage der mit den Ambulatorien abgeschlossenen

Leistungsverträgen für 2013 budgetiert. Zum Zeitpunkt der Budgetierung für das Jahr 2013 ging man mit Fr. 35 Mio. von rund 3% tieferen Restkosten aus.
09: Aufgrund des Kostenanstiegs im I14 erhöht sich auch der Kantonsanteil (60%) an den Restkosten.

Ziel 315Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Für Kinder und Jugendliche mit besonderen Betreuungsbedürfnissen wird ein bedarfsgerechtes Angebot an Sonderschulungs-, Ausbildungs- und Wohnplätzen zur Verfügung gestellt.								
01 Lernende des Kindergartens und der Volksschule inkl. Sonderschulung	Anzahl	71'962	72'312	72'353	72'497	72'816	73'316	
02 Aargauer Kinder und Jugendliche in Sonderschulen	Anzahl	1'909	1'952	1'955	1'955	1'961	1'961	
04 Aargauer Kinder und Jugendliche in Wohneinrichtungen	Anzahl	696	707	711	711	724	724	
06 Vereinbarte Plätze Sonderschulung in Aargauer Einrichtungen	Anzahl	1'828	1'833	1'859	1'859	1'865	1'865	
07 Vereinbarte Plätze Wohnen in Aargauer Einrichtungen	Anzahl	577	580	584	584	597	597	
08 Auslastung der vereinbarten Sonderschulplätze in Aargauer Einrichtungen	%	98	96	96	96	96	96	
09 Auslastung der vereinbarten Wohnplätze in Aargauer Einrichtungen	%	97	96	96	96	96	96	
10 Durchgeführte Audits bei den Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	Anzahl	10	5	7	7	7	7	
11 Anteil der auditierten Einrichtungen, in welchen die Entwicklungsschwerpunkte spätestens 2 Monate nach Abschluss der Audits vereinbart sind	%	100	95	95	95	95	95	
14 Beiträge des Kantons und der Gemeinden (Restkosten) an Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	Mio. Fr.	-	168.7	171.8	175.7	178.8	180.1	
15 Kantonsanteil an den Kosten (Restkosten) von Einrichtungen für Kinder und Jugendliche	Mio. Fr.	-	101.2	103.1	105.4	107.3	108.1	

02/04: Ab 2014 wird in diesen Indikatoren jeweils der Jahresdurchschnitt dargestellt. Diese Änderung verbessert die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen.
06: Der Aufnahmedruck infolge zunehmender Nachfrage an Sonderschul- und Wohnangeboten für sozial beeinträchtigte Kinder und Jugendliche bleibt unverändert hoch. Ein moderater Platzausbau in den Tagessonderschulen ist für die kommenden Jahre geplant.
07: Mit der Eröffnung des neuen Kompetenzzentrums für Krisenintervention und des geplanten sozialpädagogischen Therapiezentrums per 2016 sollen zusätzliche Wohnplätze geschaffen werden.
14: Der Kostenanstieg im Jahr 2014 sowie in den Planjahren steht im Zusammenhang mit den geplanten Platzerweiterungen im Schul- und Wohnbereich sowie den Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur der vom Kanton anerkannten Einrichtungen.
15: Aufgrund des Kostenanstiegs im I14 erhöht sich auch der Kantonsanteil (60%) an den Restkosten.

Ziel 315Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Für erwachsene Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen wird ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnplätzen und Tagesstrukturen zur Verfügung gestellt.								
01 Aargauer Erwachsene in Wohneinrichtungen	Anzahl	1'620	1'616	1'694	1'712	1'721	1'751	
03 Aargauer Erwachsene in Werk- und Beschäftigungsstätten	Anzahl	3'210	3'264	3'457	3'485	3'526	3'565	
05 Vereinbarte Wohnplätze in Aargauer Einrichtungen	Anzahl	1'772	1'836	1'853	1'872	1'882	1'915	
06 Vereinbarte Werk- und Beschäftigungsplätze in Aargauer Einrichtungen	Anzahl	2'679	2'804	2'844	2'853	2'863	2'896	
07 Auslastung der vereinbarten Wohnplätze in Aargauer Einrichtungen	%	99	98	98	98	98	98	
08 Auslastung der vereinbarten Werk- und Beschäftigungsplätze in Aargauer Einrichtungen	%	97	98	98	98	98	98	
11 Beiträge des Kantons und der Gemeinden (Restkosten) an Einrichtungen für Erwachsene	Mio. Fr.	-	155.9	165.8	170.2	175.3	183.6	

Ziel 315Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Für erwachsene Menschen mit besonderen Betreuungsbedürfnissen wird ein bedarfsgerechtes Angebot an Wohnplätzen und Tagesstrukturen zur Verfügung gestellt.								
12 Kantonsanteil an den Kosten (Restkosten) von Einrichtungen für Erwachsene	Mio. Fr.	-	93.5	99.5	102.1	105.2	110.1	

01-06: Der Bedarf an zusätzlichen Wohn- und Beschäftigungsplätzen ist unter anderem auf den Bevölkerungszuwachs zurückzuführen. Zudem führen sehr belastende Familiensituationen vermehrt zu Platzierungen in Erwachseneneinrichtungen. Ebenfalls werden zusätzliche Wohn- und Beschäftigungsplätze aufgrund der steigenden Lebenserwartung von Menschen mit Behinderungen benötigt.
01/03: Ab 2014 wird in diesen Indikatoren jeweils der Jahresdurchschnitt dargestellt. Diese Änderung verbessert die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen.
11: Der Kostenanstieg im Jahr 2014 sowie in den Planjahren steht im Zusammenhang mit den geplanten Platzerweiterungen im Wohn- und Beschäftigungsbereich. Zudem sind Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur der vom Kanton anerkannten Einrichtungen geplant.
12: Aufgrund des Kostenanstiegs im I11 erhöht sich auch der Kantonsanteil (60%) an den Restkosten.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**220'245**	**228'509**	**3.8%**	**233'613**	**238'913**	**244'813**
Globalbudget Aufwand	**-**	**380'832**	**379'720**	**-0.3%**	**388'299**	**397'125**	**406'954**
30 Personalaufwand	-	52'657	40'922	-22.3%	40'820	41'125	41'409
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	4'466	1'619	-63.7%	1'509	1'479	1'525
36 Transferaufwand	-	313'672	337'175	7.5%	345'966	354'517	364'016
39 Interne Verrechnungen	-	10'038	4	-100.0%	4	4	4
Globalbudget Ertrag	**-**	**-160'588**	**-151'210**	**-5.8%**	**-154'686**	**-158'213**	**-162'141**
42 Entgelte	-	-6'166	-1'579	-74.4%	-1'579	-1'579	-1'579
46 Transferertrag	-	-144'391	-149'632	3.6%	-153'107	-156'634	-160'563
49 Interne Verrechnungen	-	-10'031	-		-	-	-
LUAE Saldo	**-**	**-20**	**-20**	**0.0%**	**-20**	**-20**	**-20**
LUAE Aufwand	**-**	**2'365**	**4'132**	**74.8%**	**4'602**	**5'555**	**5'367**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	55	-		-	-	-
36 Transferaufwand	-	10	-		-	-	-
37 Durchlaufende Beiträge	-	2'300	4'132	79.7%	4'602	5'555	5'367
LUAE Ertrag	**-**	**-2'385**	**-4'152**	**74.1%**	**-4'622**	**-5'575**	**-5'387**
42 Entgelte	-	-75	-20	-73.3%	-20	-20	-20
46 Transferertrag	-	-10	-		-	-	-
47 Durchlaufende Beiträge	-	-2'300	-4'132	79.7%	-4'602	-5'555	-5'367
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Die Verselbständigung der kantonseigenen Einrichtungen für Menschen mit Behinderung, das Zentrum für Arbeit und Beschäftigung (ZAB) sowie das Wohn- und Beschäftigungsheim Sternbild, per 1. Januar 2014, führt im Budget 2014 im Vergleich zum Vorjahr zu einer Verschiebung des Personalaufwands (Fr. 9.1 Mio.), des Sach- und übrigen Betriebsaufwands (Fr. 2.8 Mio.) sowie der Entgelte (Fr. 4.6 Mio.) in den Transferaufwand. Neu erfolgt die Finanzierung auf Basis eines Rahmen- und Leistungsvertrags.
Eine weitere Auswirkung auf den Personalaufwand im Budget 2014 betrifft die Überführung der Heilpädagogischen Schule Aarau in die Stiftung Schürmatt. Hier erfolgt eine Verschiebung von Fr. 2.0 Mio. in den Transferaufwand. Zudem sind die im Jahr 2014 geplanten Lektionen im Sprachheilbereich zum Vorjahr leicht rückläufig, was zusätzlich zu einer Entlastung des Personalaufwands von Fr. 0.4 Mio. führt.
Das Planjahr 2015 verändert sich zum Budget 2014 im Bereich des Sach- und übrigen Betriebsaufwands infolge Beendigung des Projekts "Abgeltung der Kosten für Instandsetzung und Instandhaltung der Immobilien anerkannter Einrichtungen" (vgl. 315E002).
Im Kinder- und Jugendbereich erhöht sich das Budget 2014 gegenüber dem Vorjahr um Fr. 4.1 Mio. Für das Jahr 2014 sind zusätzlich 26 Sonderschulplätze (vgl. 315Z002-I06) sowie 4 Wohnplätze (vgl. 315Z002-I07) für sozial beeinträchtigte Kinder und Jugendliche geplant. Zudem sind Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur der vom Kanton anerkannten Einrichtungen berücksichtigt, die sich entsprechend auch auf die Planjahre auswirken. Mit der geplanten Eröffnung des neuen Kompetenzzentrums für Krisenintervention und des geplanten sozialpädagogischen Therapiezentrums per 2016 erfolgt ein weiterer Platzausbau.
Im Erwachsenenbereich erhöht sich das Budget 2014 im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 9.9 Mio. Darin enthalten ist die Finanzierung von Fr. 2.8 Mio. für die Enthospitalisierung von jüngeren Langzeitpatientinnen und -patienten aus der Klinik Königsfelden. Für das Jahr 2014 sind zudem 17 Wohn- (vgl. 315Z003-I05) und 40 Beschäftigungsplätze (vgl. 315Z003-I06) geplant. Der Bedarf an zusätzlichen Wohn- und Beschäftigungsplätzen setzt sich in den Planjahren fort. Wie im Kinder- und Jugendbereich sind auch im Erwachsenenbereich zusätzliche Investitionen in die Gebäudeinfrastruktur notwendig, die sich ebenfalls auf die Planjahre auswirken.
Insgesamt nehmen die Restkosten für das Budget 2014 im Vergleich zum Vorjahr um Fr. 14.0 Mio. zu. Für die Planjahre wird mit einem durchschnittlichen Anstieg von Fr. 9.2 Mio. gerechnet.
Ab 01.01.2014 werden die Restkosten der kantonalen Einrichtungen nicht mehr via interne Verrechnung ausgewiesen. Folglich reduziert sich der Aufwand und Ertrag in den internen Verrechnungen.
Der Anstieg des Transferertrags im Budget 2014 im Vergleich zum Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Restkosten um Fr. 14.0 Mio. Die Gemeinden beteiligen sich gemäss § 24 Betreuungsgesetz mit 40% an den Restkosten. In den Planjahren wird mit einem durchschnittlichen Anstieg der Restkosten um Fr. 9.2 Mio. gerechnet, was einem Gemeindeanteil von Fr. 3.7 Mio. entspricht.

LUAE

Die vom Bundesamt für Justiz (BJ) ausgerichteten Betriebsbeitragszahlungen für anerkannte Einrichtungen erfolgen direkt an den Kanton und werden an die betreffenden Einrichtungen weitergeleitet. Der Zahlungsvorgang wird über die leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträge (LUAE) saldoneutral abgewickelt. Infolge weiterer, vom BJ anerkannter Einrichtungen, erhöhen sich die Beitragszahlungen gegenüber dem Budget 2013 um rund Fr. 1.8 Mio. Die budgetierten Beiträge richten sich nach der Leistungsvereinbarung 2013 bis 2014 zwischen dem BJ und dem Kanton.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**220'225**	**228'489**	**3.8%**	**233'593**	**238'893**	**244'793**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**220'225**	**228'489**	**3.8%**	**233'593**	**238'893**	**244'793**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach	**Saldo VK total**	**-**	**276**	**397**	**44.2%**	**210**	**210**	**210**
Steuergrösse	VK-Globalbudget	-	276	397	44.2%	210	210	210
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**276**	**397**	**44.2%**	**210**	**210**	**210**
Regierungsrat	Aufwand	-	276	397	44.2%	210	210	210
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Grosser Rat	Aufwand	-	-	-		-	-	-
(Sammelvorlage)	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Grosser Rat	Aufwand	-	-	-		-	-	-
(Einzelvorlage)	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total Verwaltungspersonal	**110.58**	**112.68**	**35.33**	**-68.6%**	**35.33**	**35.33**	**35.33**
Ordentliche Stellen	110.58	111.68	35.33	-68.4%	35.33	35.33	35.33
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	0	1.00	0	-100.0%	0	0	0
Stellen total Lehrpersonen (inkl. Stellvertretungen)	263.54	278.00	246.00	-11.5%	248.00	250.00	252.00

Aufgabenbereich 320: Berufsbildung und Mittelschule

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich umfasst die Bildungsangebote der beruflichen Grundbildung, der Fachmittelschulen und Gymnasien (Sekundarstufe II), der höheren Berufsbildung (Tertiärstufe B) sowie Berufsvorbereitung und Beratungsdienstleistungen für Ausbildung und Beruf. In einem sinnschaffenden und motivierenden Lernklima werden Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten als Grundlage für den Berufs- und Studienerfolg der Lernenden vermittelt.

Zuständige Kommission
Kommission Bildung, Kultur und Sport

Leistungsgruppen
LG 320.10 Berufsvorbereitung und Beratung
LG 320.20 Berufliche Grundbildung
LG 320.30 Höhere Berufsbildung / Weiterbildung
LG 320.40 Mittelschulbildung

Organisation
Die Berufsbildung setzt sich aus der beruflichen Grundbildung und der höheren Berufsbildung zusammen. Die berufliche Grundbildung findet in Lehrbetrieben und Berufsfachschulen statt und beginnt nach der obligatorischen Schulzeit. Es besteht die Möglichkeit, während oder nach der Berufslehre eine Berufsmaturität zu absolvieren, die zum Zutritt zu Fachhochschulen berechtigt. Erwachsene haben die Möglichkeit, Bildungsangebote nachzuholen und sich weiterzubilden. Berufsvorbereitung und Brückenangebote bereiten auf die Ausbildungen vor. Der Kanton Aargau führt verschiedene Mittelschulen, die zur Zulassung an Hochschulen führen. Die Beratung für Ausbildung und Beruf wird gestützt auf den Leistungsvertrag des Kantons durch den Verein Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Kanton Aargau (BDAG) wahrgenommen.

Umfeldentwicklung und Massnahmen
Das Erreichen bzw. der Erhalt der sozialen und beruflichen Integration sowie der Arbeitsmarkt- oder der Ausbildungsfähigkeit bleibt für alle Altersgruppen eine Herausforderung mit steigenden Anforderungen. Sowohl der Arbeitsmarkt als auch die politischen Zielsetzungen von Bund und Kanton verlangen den Abschluss einer nachobligatorischen Ausbildung auf der Sekundarstufe II und permanente Weiterbildung. Rechtzeitige, im besten Fall präventive Bildungsinformation und -beratung, Prozessbegleitung, gezielte psychologische Betreuung oder bedarfsgerechtes Mentoring können die Arbeitslosen- und die Invalidenversicherung sowie die Sozialhilfe nachhaltig entlasten.

Im Kanton Aargau laufen pro Jahr über 300 Jugendliche Gefahr, aufgrund von Mehrfachproblematiken den Anschluss in der Ausbildung dauerhaft zu verlieren. Damit diese Jugendlichen weiterhin von der Fachstelle Team 1155 erfasst und beraten werden, wird das Projekt "Case Management Berufsbildung (CMBB)" im Rahmen der schweizweiten Umsetzung bis Ende Juli 2016 verlängert und dem Grossen Rat zur Verstetigung ab diesem Zeitpunkt unterbreitet. Neben Jugendlichen mit Bildungsdefiziten hat sich in den letzten Jahren insbesondere die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen im Integrationsprogramm (IP) der Kantonalen Schule für Berufsbildung (KSB) erhöht. Aufgrund einer 2013 vorgenommenen Änderung der Kriterien für die Zulassung sowie der laufenden Asylgesetzrevision wird für die Planjahre mit weniger Teilnehmenden im IP gerechnet.

Der grösseren Nachfrage der Wirtschaft nach qualifizierten Fachkräften namentlich in wissens-, technologie- und kommunikationsbasierten Bereichen sowie den steigenden Anforderungen an Arbeitnehmende auf dem globalisierten Arbeitsmarkt ist weiterhin Rechnung zu tragen. Gemeinsam mit Verbänden und Organisationen der Arbeitswelt sind attraktive und bedarfsgerechte Rahmenbedingungen für die gesamte Berufsbildung des Wirtschaftsstandorts Aargau zu gewährleisten. Die nachgefragten Kenntnisse und Fertigkeiten sollen in allen Branchen sichergestellt werden.

Die Vernehmlassung zum Entwurf des Weiterbildungsgesetzes (WeBiG) wurde Ende April 2012 abgeschlossen. Unter der Voraussetzung, dass National- und Ständerat das Weiterbildungsgesetz verabschieden, wird dieses frühestens 2015 in Kraft treten. Damit werden die Rahmenbedingungen (bspw. die Sicherstellung der Anrechnung von Bildungsleistungen) auf nationaler Ebene harmonisiert.

Die stete Zunahme an Schülerinnen und Schülern an den Tagesmittelschulen hat zu Raumnot geführt. Nachdem im August 2012 zwei Pavillons an den Kantonsschulen Baden und Wohlen bezogen werden konnten, werden im Laufe des Schuljahrs 2013/14 drei Sporthallenprovisorien in Baden, Wohlen und Aarau in Betrieb genommen. In Planung befindet sich der Bau einer zusätzlichen Dreifach-Sporthalle an der Kantonsschule Wettingen, welche 2015 fertig gestellt werden soll. Um die hohe Qualität der Aargauer Maturitäten angesichts der stetig hohen Anforderungen der akademischen Hochschulen und der insgesamt steigenden Studierendenzahlen zu halten, wurden die Lehrpläne der Gymnasien und der Erwachsenenmaturität erneuert. Sie werden ab Schuljahr 2013/14 einlaufend eingeführt.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

320E001	Begabtenförderung in der Berufs- und Allgemeinbildung
ab 2010	Konzept und Umsetzung Begabtenförderung in der Berufs- und Allgemeinbildung
ab 2014	Evaluation und Folgemassnahmen

2012 erhielten zum ersten Mal 30 Schülerinnen und Schüler an der Neuen Kantonsschule Aarau und an der Kantonsschule Wettingen zusätzlich zur Matura das International Baccalaureate (IB) Diplom. Ab dem Schuljahr 2013/14 soll das IB als regulärer Ausbildungsgang angeboten werden. Die Umsetzung der Begabtenförderung an den Mittelschulen wird im Jahr 2014 extern evaluiert. Die Evaluation soll Empfehlungen im Hinblick auf die Verstetigung geben, ein Grossratsbeschluss ist für 2015 vorgesehen. Ein Konzept zur Umsetzung der Begabtenförderung in der Berufsbildung erfolgt 2014.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2009-0092 vom 23.06.2009, GRB 2011-1529 vom 8.11.2011 und Regierungsrat	Verpflichtungskredit Mio. Fr.	4.32

320E002	Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe II
2008-2015	Umsetzung der Bundesvorgaben zum Case Management Berufsbildung (CMBB)
2011-2013	Projekt "Gesamtsteuerung der Unterstützungsmassnahmen beim Übertritt von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II"
2015	Parlamentarischer Prozess zur Verstetigung des Case Management Berufsbildung (CMBB)
2014-2015	Umsetzung Projekt "Gesamtsteuerung der Unterstützungsmassnahmen beim Übertritt von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II"

Die vorhandenen Unterstützungsmassnahmen beim Übertritt von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II (Nahtstelle I) werden noch besser aufeinander abgestimmt. So können noch mehr Jugendliche eine Ausbildung auf Sekundarstufe II finden und erfolgreich abschliessen. Jugendliche, deren Einstieg in die Berufswelt stark gefährdet ist, werden mit Case Management Berufsbildung CMBB über einen längeren Zeitraum hinweg unterstützt. Die Fachstelle "Team 1155" sorgt für die Fallführung mit der Koordination der beteiligten Akteure über institutionelle Grenzen hinweg, damit ein Ausbildungsabbruch vermieden werden kann. Sowohl das Projekt Gesamtsteuerung Nahtstelle I als auch die Umsetzung der Bundesvorgaben CMBB dienen primär der Erhöhung der Abschlussquote auf Sekundarstufe II. Das CMBB soll bis Ende Juli 2016 verlängert werden. Dafür wird dem Grossen Rat mit den Zusatzfinanzierungen und Zielanpassungen 2013, 2. Teil, Antrag für die Bewilligung eines Zusatzkredits gestellt. Zu gegebener Zeit und nach erfolgter Evaluation der Massnahmen des CMBB wird dem Grossen Rat die Verstetigung ab Schuljahr 2016/17 beantragt. Die Umsetzung des Projekts "Gesamtsteuerung der Unterstützungsmassnahmen beim Übertritt von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II" erfolgt ab Schuljahr 2014/15.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2008-2014 vom 25.11.2008	Mio. Fr.	5.30

320E003	Standortkonzept Sekundarstufe II
2012	Analyse und Normkonzept
bis Sommer 2013	Erarbeitung von Grundlagen sowie Ausarbeitung von Varianten und Szenarien für mögliche Optimierungen
2013-2015	Anhörung und parlamentarischer Prozess
SJ 2015/16	Umsetzung

2012 wurde die Analyse der Auslastung des Schulraums auf der Sekundarstufe II abgeschlossen. Nun wird ein Konzept erstellt, damit der Schulraum im bestmöglichen Kosten-Nutzen-Verhältnis genutzt werden kann. Dies geschieht unter Berücksichtigung der im kantonalen Richtplan vorgesehenen Standorte, der pädagogischen Erfordernisse der einzelnen Bildungsgänge, der wirtschaftlichen Entwicklung sowie der regionalen Interessen der Schulstandorte.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	1.32

320E004	Steuerung und Finanzierung der subventionierten (nichtkantonalen öffentlichen) Berufsfachschulen
bis 2013	Analyse und Normkonzept
bis 2013	Mitwirkung der direkt Betroffenen und Normkonzept
2014-2015	Anhörung und parlamentarischer Prozess
2016-2017	Umsetzung

Auf der Basis der 2012 abgeschlossenen Analyse der Steuerungs- und Finanzierungssystematik der subventionierten (nichtkantonalen) Berufsfachschulen werden die notwendigen Massnahmen und das weitere Vorgehen in einem Normkonzept definiert, damit die Rollenverteilung zwischen den Hauptakteuren – Kanton, Gemeinden und Trägerschaften – klarer definiert werden kann und Zahlungspflicht und Steuerungsmöglichkeiten der Hauptfinanzierer (Kanton und Gemeinden) in Übereinstimmung gebracht werden können.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.57

320E005	Stärkung der Berufsbildung
ab 2012	Finanzielle Entlastung der Lehrbetriebe durch erhöhte Kantonsbeiträge an Überbetriebliche Kurse (ÜK)
ab 2012	Erhöhung der Beiträge an Absolventinnen und Absolventen von eidgenössischen Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen
2013	Analyse, Normkonzept und Anhörung für Verstetigung der Massnahmen
2014	Parlamentarischer Prozess für Verstetigung der Massnahmen
2015	Umsetzung der Verstetigung der Massnahmen

Durch die Erhöhung der finanziellen Beiträge des Kantons an die Organisatoren der überbetrieblichen Kurse (ÜK) um 20% können die Beiträge reduziert werden, welche die Lehrbetriebe für die ÜK-Tage ihrer Berufslernenden leisten. Diese finanzielle Entlastung der Lehrbetriebe ermöglicht den Erhalt eines umfangreichen Lehrstellenpools. In den Jahren 2012 bis 2015 wird die Erhöhung der Beiträge an die ÜK-Organisatoren im Rahmen eines Projekts sichergestellt. Ab August 2015 soll diese Erhöhung durch eine Änderung der Verordnung über die Berufs- und Weiterbildung (VBW) langfristig verankert werden.
Absolventinnen und Absolventen von eidgenössischen Berufsprüfungen und höheren Fachprüfungen sollen für ihre Bildungsanstrengung durch den Kanton finanziell stärker unterstützt werden. In den Jahren 2012 bis 2015 wird die Erhöhung der Beiträge an die Prüfungsgebühren bis maximal Fr. 2'000 im Rahmen eines Projekts sichergestellt (vgl. 320Z002-I08). Ab August 2015 soll durch eine Änderung des Gesetzes über die Berufs- und Weiterbildung (GBW) und der VBW eine Pauschale eingeführt werden, welche die Aufwendungen der Absolventinnen und Absolventen sowohl für die Vorbereitungskurse wie auch die Prüfungsgebühren teilweise abdeckt. Gemäss geltendem Recht entrichtet der Kanton Aargau aktuell nur Beiträge an die Prüfungsgebühren.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-2029 vom 3.07.2012	Mio. Fr.	6.34

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 320Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Lernenden der beruflichen Grundbildung erreichen einen Abschluss, der für das Erwerbsleben qualifiziert, und werden in ihren besonderen Begabungen gefördert.								
01 Lehrverträge	Anzahl	16'030	16'990	16'000	15'990	15'900	15'800	◑
02 Davon Lehrverträge zweijähriger beruflicher Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattestat (EBA)	Anzahl	880	850	920	940	960	980	◑
03 Lehrabschlüsse Eidgenössisches Fähigkeitszeugnis	Anzahl	4'954	4'945	4'945	4'930	4'910	4'880	◑
04 Lehrabschlüsse Eidgenössischer Berufsattest	Anzahl	405	416	426	436	446	456	◑
05 Berufsmaturitätsquote	%	13.2	13.7	13.9	13.9	13.9	13.9	◑
06 Geförderte Begabte im Sportbereich	Anzahl	44	55	47	47	47	47	◑
07 Quote von Lehrbetrieben mit grüner Ampel	%	97	95	98	98	98	98	◑
08 Pflichtlektionenpauschale (Berufsfachschulen)	Fr.	11.75	11.78	11.78	11.78	11.78	11.78	●
09 Pflichtlektionen pro Jahr an den subventionierten Berufsfachschulen	Anzahl	7'094'926	7'123'660	7'005'625	7'002'410	6'970'725	6'941'890	○
11 Pauschalbeitrag des Kantons für die subventionierten Berufsfachschulen	1000 Fr.	-	89'805	87'725	87'679	87'292	86'940	◑

01/03/04: Ab 2014 wird in diesem Indikator jeweils das gewichtete Mittel aus zwei Stichtagen bezogen auf ein Kalenderjahr (7/12 des alten Schuljahres und 5/12 des neuen Schuljahres) dargestellt. Diese Änderung verbessert die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen. Die Budgetierung des Indikators stützt sich auf das neue Referenzszenario "Lernende in der beruflichen Grundbildung" des Bundesamtes für Statistik (BfS), gemäss dem die Zahlen bis 2017 leicht abnehmen werden. Dieses Referenzszenario beruht für die Prognose 2012 bis 2021 erstmals ausschliesslich auf Einzeldaten, wodurch die Zuverlässigkeit der Daten verbessert werden soll.
02: Durch die fortlaufende Einführung neuer Attestberufe (z. B. Gipserpraktiker/in EBA, Malerpraktiker/in EBA) steigen die Lernendenzahlen kontinuierlich und stärker als erwartet an. Die neu eingeführten Attestberufe werden häufiger gewählt als angenommen.
05: Die Quote berechnet sich aus dem Verhältnis der Lernenden, die ein Berufsmaturitätszeugnis erworben haben, im Verhältnis zur 21-jährigen Wohnbevölkerung im Kanton Aargau. Die zukünftige Quote wird durch die Anzahl der Eintritte in den Berufsmaturitätslehrgang beeinflusst, wobei sich die Auswirkungen auf die Quote erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 3 bis 4 Jahren zeigen. Veränderungen der Anzahl und Zusammensetzung der 21-jährigen Wohnbevölkerung wirken sich demgegenüber unmittelbar auf die Quote aus. Vom Bundesamt für Statistik (BfS) werden nur Vergangenheitsdaten publiziert. Weil keine kantonale Bevölkerungsprognose auf dem Niveau einzelner Jahrgänge vorliegt, wird die Quote für die Planjahre auf der Basis des aktuellen Budgetwerts fortgeschrieben.
06: Die Abweichung zwischen Budget 2013 und 2014 ist darauf zurückzuführen, dass vermehrt Absolventinnen und Absolventen des fünfjährigen Sportgymnasiums die von Swiss Olympic vorgegebenen sportlichen Kriterien nicht mehr erfüllen und ihre Ausbildung deshalb im Regelgymnasium weiterführen.
07: Das Berufsinspektorat überprüft seit 2012 die Anbieter in der beruflichen Praxis anhand eines strukturierten Kriterienkatalogs, der an ein Ampelsystem gekoppelt ist. Durch diese noch systematischere Kontrolle kann künftig effizienter auf erkannte Mängel reagiert werden.
08: Die Pflichtlektionenpauschale entspricht dem Betrag, den eine subventionierte Berufsfachschule pro Lernende/r für eine Pflichtlektion gemäss Stundentafeln in den jeweiligen Bildungsverordnungen (nach Beruf) erhält.
09: Die Anzahl Pflichtlektionen berechnet sich aus der Multiplikation der Anzahl Lernenden an den Berufsfachschulen und der Anzahl Pflichtlektionen gemäss Bildungsverordnung (nach Beruf). Aufgrund der prognostizierten Abnahme der Lernenden in der beruflichen Grundbildung in den Planjahren nimmt entsprechend auch die Anzahl Pflichtlektionen leicht ab.
11: Aufgrund der Entwicklung der Anzahl Pflichtlektionen verringert sich der Pauschalbeitrag im Budgetjahr gegenüber dem Budget 2013 und ist in den Planjahren rückläufig (vgl. I08 und I09).

Ziel 320Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die höhere Berufsbildung versorgt die Wirtschaft mit ausgewiesenen Fachkräften.								
01 Studierende der Höheren Fachschule für Gesundheit und Soziales (HFGS)	Anzahl	608	630	700	700	700	700	◑
02 Studierende der Schweizerischen Bauschule Aarau (SBA)	Anzahl	369	510	445	460	460	460	◑
05 Studierende subventionsberechtigter Bildungsgänge höherer Fachschulen (HF)	Anzahl	-	-	1'600	1'625	1'650	1'650	○
11 Beitrag des Kantons an subventionsberechtigte Bildungsgänge höherer Fachschulen	1000 Fr.	-	11'000	10'830	11'080	11'380	11'380	○

Ziel 320Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die höhere Berufsbildung versorgt die Wirtschaft mit ausgewiesenen Fachkräften.								
07 Eingereichte Gesuche von erfolgreichen Absolventen von eidgenössischen höheren Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen an die Prüfungsgebühren	Anzahl	-	-	530	590	640	700	◑
08 Kantonsbeitrag pro erfolgreichem/r Absolventen/in von eidgenössischen höheren Berufsprüfungen und eidgenössischen höheren Fachprüfungen an die Prüfungsgebühren	Fr.	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	2'000	●

01: Aufgrund der grossen Zunahme an Studierenden des Bildungsgangs Sozialpädagogik HF im 2012 wurden die Budget- und Planwerte entsprechend erhöht.
02: Aufgrund neuer Rahmenlehrpläne (RLP) der Schweizerischen Bauschule Aarau (SBA) durchlaufen die Studierenden ein Praktikumsjahr, das neu von Lehrpersonen der SBA begleitet wird. Die RLP sind seit 1. Januar 2013 in Kraft; Studierende im Praktikumsjahr werden deshalb seit 2013 zu den Studierenden der SBA gezählt. Erstmals treten Studierende nach neuen RLP ihr Praktikum im Schuljahr 2014/15 an. Der Budgetwert 2013 wurde zu hoch angesetzt, weil die Praktikant/innen bereits mitgezählt wurden.
05/11: Diese Indikatoren werden neu geführt; deshalb fehlen die Vorjahreszahlen. Mit dem geplanten Beitritt des Kantons Aargau zur interkantonalen Vereinbarung über Beiträge an Bildungsgänge der Höheren Fachschulen (HFSV) im Jahr 2015 wird sich die Anzahl subventionierter Bildungsgänge und dementsprechend auch die Anzahl Studierender erhöhen. Somit steigt auch der Beitrag des Kantons an subventionsberechtigte Bildungsgänge.
07: Dieser Indikator wird neu geführt; deshalb fehlen die Vorjahreszahlen. Die 2008 eingeführte Möglichkeit zur Rückerstattung der Prüfungsgebühren wird nach wie vor nur von einem eher geringen Anteil der Absolventinnen und Absolventen genutzt. Mit der zunehmenden Bekanntheit dieser Massnahme wird sich auch die Anzahl eingereichter Gesuche erhöhen (vgl. 320E005).

Ziel 320Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Mittelschulen bilden die Lernenden entsprechend ihren Fähigkeiten, Neigungen und besonderen Begabungen aus und qualifizieren sie für den Eintritt in die Tertiärstufe.								
01 Lernende der Tagesmittelschulen (Gymnasium, FMS, HMS, IMS)	Anzahl	5'474	5'720	5'730	5'880	5'890	5'900	◑
02 Lernende an der Aargauischen Maturitätsschule für Erwachsene (AME) (Maturitätslehrgang, Passerelle, Vorkurs Pädagogik)	Anzahl	337	330	330	330	330	330	◑
03 Gymnasiale Maturitätsquote	%	14.6	15.3	15.3	15.3	15.3	15.3	◑
04 Abschlüsse gemäss Maturitäts-Anerkennungsreglement (MAR)	Anzahl	1'011	1'034	1'100	1'080	1'120	1'150	◑
05 Geförderte Begabte im Sport und Instrumentalunterricht	Anzahl	121	120	120	120	120	120	◑
06 Lernende mit zweisprachiger Matur	Anzahl	1'218	1'150	1'220	1'220	1'220	1'220	◑
10 Durchschnittliche Abteilungsgrössen (Lernende pro Abteilung) der Mittelschulen (exkl. AME)	Anzahl	21.9	22.0	21.8	22.0	22.0	22.0	◑
08 Kosten pro Lernende/r der Tagesmittelschule (Gymnasium, FMS, HMS, IMS)	Fr.	-	18'947	19'189	18'873	19'004	19'097	◑

01: Ab 2014 wird in diesem Indikator jeweils das gewichtete Mittel aus zwei Stichtagen bezogen auf ein Kalenderjahr (7/12 des alten Schuljahres und 5/12 des neuen Schuljahres) dargestellt. Diese Änderung verbessert die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen. Zentrale Faktoren für die Zunahme von Lernenden an den Tagesmittelschulen sind einerseits die zunehmend hohe Standortqualität des Kantons Aargau, die eine vermehrte Zuwanderung von bildungsnahen Familien nach sich zieht, andererseits die feststellbare Verschiebung der Schülerzahlen innerhalb der Sekundarstufe I (von der Sekundarschule in die Bezirksschule) sowie die neue Regelung für den Übertritt von der Bezirks- in die Mittelschule ("Fricktaler Regelung"). Die Planung ab 2015 wurde anhand der erfolgten Anmeldungen an die Tagesmittelschulen für das Schuljahr 2013/2014 angepasst.
02: Die Aargauische Maturitätsschule für Erwachsene (AME) weist aus Platz- und Kapazitätsgründen jedes Jahr Interessentinnen und Interessenten für den Lehrgang Passerelle und den Vorkurs Pädagogik ab, die dann diese Lehrgänge in anderen Kantonen absolvieren. Deshalb bleibt die Schülerzahl in der Planperiode auf diesem Niveau stabil.
03: Die Quote berechnet sich aus dem Verhältnis der Lernenden, die eine gymnasiale Maturität erreichen, im Verhältnis zur 19-jährigen Wohnbevölkerung im Kanton Aargau. Die Quote wird durch die Anzahl der Eintritte in den Maturitätslehrgang beeinflusst, wobei sich die Auswirkungen auf die Quote erst mit einer zeitlichen Verzögerung von vier Jahren zeigen. Veränderungen der Anzahl und Zusammensetzung der 19-jährigen Wohnbevölkerung wirken sich demgegenüber unmittelbar auf die Quote aus. Vom Bundesamt für Statistik (BfS) werden nur Vergangenheitsdaten publiziert. Weil keine kantonale Bevölkerungsprognose auf dem Niveau einzelner Jahrgänge vorliegt, wird die Quote für die Planjahre auf der Basis des aktuellen Budgetwerts fortgeschrieben.
04: Diese Zahl setzt sich zusammen aus den Abschlüssen im Gymnasium und den Abschlüssen im Maturitätslehrgang der AME.
06: Das Angebot an zweisprachigen Ausbildungsgängen (Deutsch-Englisch und Deutsch-Französisch) stösst bei den Lernenden auf grosses Interesse. Aufgrund der Erfahrungswerte 2012 und der erwarteten Zunahme der Anmeldungen an die Tagesmittelschulen wird mit einer höheren Anzahl Lernender in zweisprachigen Ausbildungsgängen gerechnet.
10: Ab 2014 wird in diesem Indikator jeweils das gewichtete Mittel aus zwei Stichtagen bezogen auf ein Kalenderjahr (7/12 des alten Schuljahres und 5/12 des neuen Schuljahres) dargestellt. Diese Änderung verbessert die Verknüpfung von Aufgaben und Finanzen.

Ziel 320Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
In den Brückenangeboten der Kantonalen Schule für Berufsbildung (KSB) erwerben die Jugendlichen die Grundlagen für den Übertritt in ein zertifizierendes Angebot der Sekundarstufe II.								
01 Lernende in der Berufsvorbereitung (Schulisches Angebot der Kantonalen Schule für Berufsbildung KSB)	Anzahl	589	620	610	610	610	610	◑
02 Lernende in der Berufsvorbereitung (Kombiniertes Angebot aus Schule und Praktikum der Kantonalen Schule für Berufsbildung KSB)	Anzahl	115	120	120	120	120	120	◑
03 Lernende in der Berufsvorbereitung (Integrationsprogramm der Kantonalen Schule für Berufsbildung KSB)	Anzahl	222	180	190	150	150	150	◑
04 Quote der Lernenden mit gesicherter Anschlusslösung	%	69	70	70	70	70	70	◑
05 Nettokosten pro Lernende/r in der Berufsvorbereitung (nur Kantonale Schule für Berufsbildung KSB)	Fr.	-	13'939	14'765	14'639	14'748	14'914	●

01: Die Lernenden im schulischen Angebot der Kantonalen Schule für Berufsbildung (KSB) werden an fünf Schultagen pro Woche entsprechend ihren Bedürfnissen auf den Übertritt in ein zertifizierendes Angebot der Sekundarstufe II vorbereitet. Die Anzahl der Lernenden fällt im Budgetjahr und in den Planjahren tiefer aus als 2013 budgetiert und bleibt ab 2014 konstant.
02: Die Lernenden der KSB im kombinierten Angebot werden an zwei Schultagen pro Woche entsprechend ihren Bedürfnissen auf den Übertritt in ein zertifizierendes Angebot der Sekundarstufe II vorbereitet. Zusätzlich absolvieren diese Lernenden an drei Tagen pro Woche ein Praktikum in einem Betrieb. Die Anzahl der Lernenden stabilisiert sich ab 2014 auf dem Niveau des Budgets 2013.
03: Spätimmigrierte Jugendliche werden an der KSB in separaten Klassenzügen unterrichtet. Die Mehrheit der Jugendlichen in den Klassenzügen des sogenannten Integrationsprogramms (IP) hat keine 4. Klasse der Oberstufe absolviert und weist beschränkte Kenntnisse der Deutschen Sprache auf. Ziele des Unterrichts sind die sprachliche, die soziokulturelle und die berufliche Integration. Die Altersspanne der Teilnehmenden reicht gegenwärtig von 14 bis 29 Jahren. Als deren Herkunftsländer können vorwiegend genannt werden: Eritrea, Somalia, Tunesien, Türkei, Kosovo, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden hauptsächlich von folgenden Institutionen an die KSB überwiesen: Fachstelle "Team 1155", Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf Aargau (BDAG), Caritas, Regionale Arbeitsvermittlungszentren (RAV), Amt für Migration und Integration Kanton Aargau sowie Kantonaler Sozialdienst. Der Aufnahmeentscheid wird in jedem Fall durch die Schulleitung getroffen. Durch die vorgesehene Umsetzung der Zulassungsbedingungen (Zulassung für junge Erwachsene bis 22 Jahre) reduziert sich die Gesamtzahl der Lernenden und damit die Kosten für das IP in den Planjahren.
05: Ausgewiesen wird der Kantonsanteil der Kosten. Die KSB wird weiterhin mit einem Lektionenfaktor von 2.5 finanziert. Im Rahmen des grossrätlichen Prüfauftrags betreffend Erhöhung des Lektionenfaktors (GR.12.253) wird die Finanzierung der KSB überprüft und entsprechende Massnahmen im Nachgang präsentiert. Zusätzlich werden von der KSB von den Wohnortgemeinden und Erziehungsberechtigten der Lernenden Beiträge erhoben. Aufgrund der angespannten Finanzlage des Kantons wird die Lehrmittelpauschale pro Schülerin oder Schüler an der KSB ab dem Schuljahr 2014/15 von Fr. 1'000 auf Fr. 900 gekürzt. Damit wird die Lehrmittelpauschale an diejenige der Tagesmittelschule angeglichen. Der Budgetwert 2013 wurde zu tief angesetzt, weil ein zu tiefer Kostenansatz pro Lektion angewendet wurde. Die Budgetierung für das Budgetjahr und die Planjahre wurde gemäss dieser Erkenntnis angepasst.

Ziel 320Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Ein qualitativ hochstehendes, niederschwellig zugängliches Informations- und Beratungsangebot wird sichergestellt.								
01 Aktive Fälle im Case Management Berufsbildung (CMBB)	Anzahl	596	600	400	400	400	400	◑
02 Beratene Personen in der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung (BSLB)	Anzahl	10'782	11'200	11'100	11'100	11'200	11'200	◑
07 Besucher/-innen der Infozentren der BSLB	Anzahl	39'849	40'500	40'000	40'000	40'500	40'500	◑
08 Beratene und behandelte Personen der schul- und jugendpsychologischen Beratung an der Sekundarstufe II (SJPB)	Anzahl	727	730	720	720	730	730	◑
09 Anteil der beratenen oder behandelten Personen der SJPB, welche die Ausbildung fortgesetzt, erfolgreich gewechselt oder eine neue Ausbildung in Aussicht haben	%	87	80	85	85	85	85	◑
10 Beratene Lehrpersonen und Mitglieder von Schulleitungen (Lehrpersonenberatung)	Anzahl	353	310	350	320	320	320	◑
13 Gesamtkosten der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf	1000 Fr.	-	12'300	11'900	12'400	12'500	12'500	●

01: Die Darstellung der Fallzahlen im Case Management Berufsbildung (CMBB) wurde für das Budget 2014 und die Planjahre geändert. Ab 2014 werden nur die Fälle gezählt, welche vom CMBB aktiv geführt und begleitet werden. Bis 2013 wurden alle Anmeldungen erhoben, auch diejenigen, welche nach einer Kurzberatung an eine andere Beratungs- oder Ausbildungsorganisation weiterverwiesen werden. Daher wurde der Budgetwert

2014 und die Werte der Planjahre im Vergleich zum Budget 2013 um 200 Fälle reduziert.
07: Weil mehr Veranstaltungen in den Schulen statt in den Info-Zentren durchgeführt werden, wurden der Budgetwert 2014 und die Werte der Planjahre gemäss Jahresbericht 2012 angepasst.
08: Der Budgetwert 2014 und die Werte der Planjahre wurden gemäss den Erkenntnissen aus dem Jahresbericht 2012 reduziert. Die zunehmende Komplexität der zu bearbeitenden Fragestellungen erhöht jedoch die für Beratung oder Behandlung aufzuwendende Zeit pro Person.
09: Aufgrund der Erfahrungswerte aus den Vorjahren wurde der Indikatorwert erhöht.
10: 2014 wird mit mehr Beratungen gerechnet aufgrund des Zusatzauftrags des Kantons für den Zeitraum 2012 bis 2014 zur Beratung der Lehrpersonen im Zusammenhang mit dem Strukturwechsel in der Volksschule (6/3).
13: In den vergangenen Jahren konnte der Verein Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf (BDAG) das Betriebskapital durch Zuweisung von Überschüssen aus der Betriebsrechnung im vertraglich vereinbarten Umfang aufbauen. Zudem konnten zweckgebundene Fondskapitalien gebildet werden. Deshalb wurde der Pauschalbeitrag an die BDAG für das Jahr 2014 um Fr. 400'000 gekürzt. Umfang und Qualität der Beratungsdienstleistungen werden durch diese Kürzung nicht tangiert.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**269'757**	**270'969**	**0.4%**	**272'455**	**273'289**	**274'782**
Globalbudget Aufwand	**-**	**304'242**	**306'727**	**0.8%**	**308'444**	**308'679**	**309'473**
30 Personalaufwand	-	161'249	165'136	2.4%	165'216	166'031	166'989
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	24'991	25'541	2.2%	26'059	25'478	25'597
36 Transferaufwand	-	118'002	116'051	-1.7%	117'169	117'170	116'888
Globalbudget Ertrag	**-**	**-34'486**	**-35'758**	**3.7%**	**-35'989**	**-35'390**	**-34'692**
42 Entgelte	-	-11'489	-10'849	-5.6%	-10'905	-10'838	-10'698
44 Finanzertrag	-	-15	-15	0.0%	-15	-15	-15
46 Transferertrag	-	-22'652	-24'530	8.3%	-24'703	-24'170	-23'611
49 Interne Verrechnungen	-	-331	-364	10.2%	-366	-367	-367
LUAE Saldo	**-**	**-21'670**	**-27'394**	**26.4%**	**-28'327**	**-26'169**	**-26'271**
LUAE Aufwand	**-**	**39'896**	**39'499**	**-1.0%**	**39'766**	**42'324**	**42'522**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	300	300	0.0%	300	300	300
36 Transferaufwand	-	29'096	25'899	-11.0%	26'166	28'724	28'922
37 Durchlaufende Beiträge	-	10'500	13'300	26.7%	13'300	13'300	13'300
LUAE Ertrag	**-**	**-61'566**	**-66'893**	**8.7%**	**-68'093**	**-68'493**	**-68'793**
42 Entgelte	-	-81	-65	-19.8%	-65	-65	-65
46 Transferertrag	-	-50'985	-53'528	5.0%	-54'728	-55'128	-55'428
47 Durchlaufende Beiträge	-	-10'500	-13'300	26.7%	-13'300	-13'300	-13'300
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**200**	**447**	**123.3%**	**494**	**2'832**	**3'000**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**200**	**447**	**123.3%**	**494**	**2'832**	**3'000**
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	200	447	123.3%	494	2'832	3'000
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Budgetjahr

Die Zunahme von Abteilungen an den Mittelschulen, der Berufsfachschule Gesundheit und Soziales (BFGS) sowie der Höheren Fachschule Gesundheit und Soziales (HFGS) führen zu einer Zunahme beim Personalaufwand von Fr. 2.97 Mio. Des Weiteren führen die steigenden Schülerzahlen an diesen kantonalen Schulen zu einem Anstieg beim Sachaufwand von insgesamt Fr. 0.63 Mio. Durch die höhere Anzahl Lernende in der beruflichen Grundbildung in kantonalen Angeboten (insbesondere an der BFGS Brugg) steigen die durch den Kanton erhobenen Wohnortsbeiträge um Fr. 883'000. Zudem erhöhen sich die ausserkantonalen Schulgelder an der HFGS infolge der höheren Anzahl ausserkantonaler Studierender um Fr. 200'000 (vgl. 320Z002-I01). An der Schweizerischen Bauschule Aarau (SBA) kann ab 2014 für die Studierenden im Praktikumsjahr ebenfalls der volle Tarif gemäss interkantonaler Fachschulvereinbarung (FSV) verrechnet werden, was zu Mehreinnahmen von Fr. 745'000 führt. Zudem fallen die Beiträge an die nicht kantonalen Berufsfachschulen um knapp Fr. 1.6 Mio. geringer aus, weil die Anzahl Berufslernende und damit auch die Anzahl Pflichtlektionen abnimmt (vgl. 320Z001-I09).
An der kantonalen Schule für Berufsbildung (KSB) ergibt sich ein Anstieg der Lohnsumme der Lehrpersonen um Fr. 729'000, weil der zu budgetierende Frankenbetrag pro Lektion auf der Basis der Rechnung 2012 angehoben werden musste. Der Lektionenfaktor von 2.5 sowie die Anzahl Lernende an der KSB bleiben im Budgetjahr unverändert (vgl. 320Z004).
Weil die Abrechnung 2012 des Bildungszentrums Zofingen (BZZ), dessen Betriebskosten durch die Stadt Zofingen und den Kanton je zur Hälfte getragen werden, günstiger ausfiel als budgetiert, muss für das Jahr 2014 eine geringere Akontozahlung geleistet werden. Der Auszug der Pädagogischen Hochschule (neuer Standort Campus Brugg-Windisch) aus dem BZZ Zofingen führt bei den Rückerstattungen der anteiligen Kosten am BZZ zu Mindereinnahmen von Fr. 700'000.
Die interne Verrechnung der Abteilung IMAG zugunsten der Gärtnerei der Kantonsschule Wettingen (entspricht 75% der Gesamtkosten) fällt infolge der leicht höheren budgetierten Kosten (Anpassung der Löhne an die Werte der Rechnung 2012) entsprechend höher aus.
Das Betriebskapital der Beratungsdienste für Ausbildung und Beruf (BDAG) hat im Jahr 2012 das empfohlene Minimum (15% des Gesamtumsatzes) erreicht. Aus diesem Grund und weil in den letzten Jahren immer markante Betriebsüberschüsse erzielt worden sind wurde der Pauschalbeitrag für das Jahr 2014 um Fr. 400'000 gekürzt (vgl. 320Z005-I13).

Planjahre

Der Mehraufwand in den Planjahren ergibt sich primär aus den nach wie vor zunehmenden Schülerzahlen an den kantonalen Schulen sowie der durchschnittlichen prozentualen Erhöhung der Löhne. Zudem ergibt sich aufgrund der einmaligen Reduktion des Beitrags an die BDAG im Budgetjahr 2014 im Planjahr 2015 eine Erhöhung von Fr. 500'000, ab 2016 um Fr. 600'000. An der KSB ergibt sich aufgrund der vorgesehenen Umsetzung der Zulassungsbedingungen (Zulassung für junge Erwachsene bis 22 Jahre) für das Integrationsprogramm (IP) ein Rückgang der Lohnsumme der Lehrpersonen um rund Fr. 1 Mio.

LUAE

Budgetjahr

Auf der Basis des Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) werden 2014 die zugesicherten jährlichen Kantonsbeiträge für die Amortisation und Verzinsung bestehender Berufsschulbauten mit einer einmaligen Restzahlung getilgt. Aus diesem Grund resultiert eine Abweichung von Fr. 3.8 Mio. Die durchlaufenden ausserkantonalen Schulgelder (interkantonale Lastenausgleichszahlungen in der beruflichen Grundbildung) werden an den Rechnungswert 2012 angepasst und betragen somit Fr. 13.3 Mio., was einer Erhöhung von Fr. 2.8 Mio. entspricht. Die Rechnungen werden gemäss § 50 des Gesetzes über die Berufs- und Weiterbildung (GBW) den Wohnortsgemeinden der entsprechenden Berufslernenden weiterverrechnet.
Der Bundesbeitrag für die Berufsbildung gemäss bundesrätlicher BFI-Botschaft 2013 bis 2016 (Förderung von Bildung, Forschung und Innovation) fällt um Fr. 2.3 Mio. höher aus als 2013, weil ab 2014 die Subventionierung der Bauten der Berufsbildung nach altrechtlicher Gesetzgebung abgeschlossen ist und deshalb leicht höhere Mittel für die Pauschalbeiträge an die Kantone zur Verfügung stehen.

Planjahre

Der Mehraufwand bei den LUAE ergibt sich aufgrund von steigenden Studierendenzahlen an ausserkantonalen höheren Fachschulen. Hingegen resultieren Mehreinnahmen aus den steigenden Bundesbeiträgen an die Berufsbildung gemäss bundesrätlicher BFI-Botschaft 2013 bis 2016 (Förderung von Bildung, Forschung und Innovation).

Investitionsrechnung

Die im Budgetjahr und in den Planjahren eingestellten Beträge entsprechen den geplanten Beiträgen an Bauten der Berufsbildung nach § 54 ff. des Gesetzes über die Berufs- und Weiterbildung (GBW). Die exakten Beträge pro Objekt werden durch den Regierungsrat gesprochen und sind erst nach Vorliegen der Schlussabrechnung bekannt.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**248'087**	**243'575**	**-1.8%**	**244'129**	**247'120**	**248'511**
- Abschreibungen*	-	200	447	123.3%	494	2'832	3'000
+ Nettoinvestitionen	-	200	447	123.3%	494	2'832	3'000
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**248'087**	**243'575**	**-1.8%**	**244'129**	**247'120**	**248'511**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Interkant. Lastenausgl. Mittelschulen							
Saldo	**-**	**13'290**	**13'620**	**2.5%**	**13'580**	**13'540**	**13'550**
Total Aufwand	-	13'290	13'620	2.5%	13'580	13'540	13'550
Ausserkant. Schulen	-	13'290	13'620	2.5%	13'580	13'540	13'550
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Bundesbeitrag an die Berufsbildung							
Saldo	**-**	**-49'900**	**-52'200**	**4.6%**	**-53'400**	**-53'800**	**-54'100**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-49'900	-52'200	4.6%	-53'400	-53'800	-54'100
BuBe Schulen, WB	-	-49'900	-52'200	4.6%	-53'400	-53'800	-54'100
Interkant Lastenausgl. duale Berufslehre							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	10'500	13'300	26.7%	13'300	13'300	13'300
DB private Untern.	-	10'500	13'300	26.7%	13'300	13'300	13'300
Total Ertrag	-	-10'500	-13'300	26.7%	-13'300	-13'300	-13'300
Durchlaufende Beiträge von Gemeinden	-	-10'500	-13'300	26.7%	-13'300	-13'300	-13'300

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**4'687**	**4'892**	**4.4%**	**5'230**	**5'218**	**5'474**
	VK-Globalbudget	-	4'687	4'892	4.4%	5'230	5'218	5'474
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**583**	**804**	**37.8%**	**871**	**911**	**911**
	Aufwand	-	586	804	37.1%	871	911	911
	Ertrag	-	-3	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**3'831**	**3'187**	**-16.8%**	**3'158**	**2'604**	**2'791**
	Aufwand	-	4'198	3'554	-15.3%	3'430	2'774	2'791
	Ertrag	-	-367	-367	0.0%	-272	-170	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**272**	**902**	**231.6%**	**1'202**	**1'704**	**1'772**
	Aufwand	-	272	902	236.6%	1'202	1'704	1'772
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	**Beschluss Grosser Rat**	**Kredit**	**Kredit mit Teuerung**	**Rest-Kredit 2013**	**Budget 2014**	**Planjahre 2015**	**2016**	**2017**	**Rest-Kredit 2017**
BFGS Pilot Attest wiederkehrend									
VK, wiederkehrender A.	09.05.2012	302	302	-	0	0	0	0	-
ZK, wiederkehrender A.	geplant	906	0	-	902	902	902	902	-
Beiträge Prüfungskosten wiederkehrend									
VK, wiederkehrender A.	geplant	1'170	-	-	-	300	802	870	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total Verwaltungspersonal	**-**	**201.21**	**200.31**	**-0.4%**	**201.91**	**201.21**	**201.21**
Ordentliche Stellen	-	192.61	192.61	0.0%	201.21	201.21	201.21
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	8.60	7.70	-10.5%	0.70	0	0
Stellen total Lehrpersonen (inkl. Stellvertretungen)	721.96	746.00	767.50	2.9%	777.40	784.30	790.80

Infolge der Anpassungen der Abteilungsstruktur im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS), welche am 5. Juni 2012 vom Grossen Rat im Anhang 1 zum Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF) beschlossen wurden, können für diesen Aufgabenbereich keine vergleichbaren Ist-Zahlen 2012 dargestellt werden.

Aufgabenbereich 325: Hochschulen

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Gewährleisten des Angebots an Studienplätzen, die für eine hochqualifizierte, verantwortungsvolle Arbeit in der Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft befähigen, sowie finanzielle Unterstützung von Menschen, die ihre Ausbildung nicht alleine finanzieren können. Fördern des Wissens- und Technologietransfers zur Entwicklung des Standorts Aargau.

Zuständige Kommission
Kommission Bildung, Kultur und Sport

Leistungsgruppen
LG 325.10 Hochschulen und Innovationsförderung
LG 325.20 Ausbildungsbeiträge

Organisation
Zur Gewährleistung von Studienplätzen ist der Kanton Aargau Mitträger der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) und der Hochschule für Heilpädagogik Zürich (HfH) sowie Vertragskanton der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) und der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV). Durch die Mitträgerschaft an der FHNW und dem Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA), der Einrichtung des Forschungsfonds Aargau, der Unterstützung des Technoparks Aargau sowie der Zusammenarbeit mit der Universität Basel betreffend Swiss Nanoscience Institute (SNI) und mit dem Paul Scherrer Institut (PSI) betreffend strategische Partnerschaft, fördert der Kanton den Wissens- und Technologietransfer. Diese Massnahmen tragen auch wesentlich zum interdepartementalen Entwicklungsschwerpunkt 200E001 Hightech Aargau im Aufgabenbereich 100 Zentrale Dienstleistungen bei (Massnahmen "Hightech Forschung", "Hightech Zentrum" sowie "Hightech Kooperation"). Mit Stipendien und Darlehen werden Menschen unterstützt, die ihre Ausbildung nicht alleine finanzieren können. Durch die gezielte finanzielle Unterstützung werden die Ausschöpfung des Bildungspotentials und die Chancengerechtigkeit gefördert.

Umfeldentwicklung und Massnahmen
Gestützt auf das Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) vom 30. September 2011 sehen Bund und Kantone eine gemeinsame und einheitliche Steuerung des Hochschulbereichs vor. Das HFKG betrifft die Universitäten, die Eidgenössischen Technischen Hochschulen (ETH), die Fachhochschulen und die Pädagogischen Hochschulen. Für die Umsetzung müssen die Kantone untereinander eine Vereinbarung abschliessen (Hochschulkonkordat), die sich zur Zeit im Vernehmlassungsverfahren befindet. Ein Inkrafttreten der neuen Steuerung ist frühestens für 2015 zu erwarten.

Die Annahmen bei der Studierendenentwicklung beruhen auf den Prognosen des Bundes für die Jahre 2014 bis 2017. Bei den Universitäten und Pädagogischen Hochschulen rechnet der Bund mit 1 bis 2% Wachstum, bei den Fachhochschulen mit 3%. Eine Abflachung des Wachstums soll ab 2017 eintreten.

Nach dem Bezug des Campus-Neubaus der FHNW in Brugg-Windisch im Herbst 2013 wird 2013/2014 das Gebäude Nord als letztes Bauprojekt für die Spezialräumlichkeiten der Pädagogischen Hochschule bereitgestellt. Mit dessen Bauabschluss im Sommer 2014 werden alle im Kanton Aargau Studierenden auf dem Campus Brugg-Windisch studieren. Die weitere Entwicklung der vom Aargau mitfinanzierten Forschungs- und Innovationsförderungsinstitutionen (SNI, Technopark Aargau, Forschungsfonds Aargau) erfolgt im Rahmen der Umsetzung der Aargauer Hightech Initiative (GRB 2012-1986 vom 19.06.2012).

Auf gesamtschweizerischer Ebene stehen in der Stipendienpolitik Entwicklungen an, welche auch auf den Kanton Aargau Auswirkungen haben werden. 2013 ist die interkantonale Vereinbarung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) in Kraft getreten. Gleichzeitig strebt der Bundesrat ein Bundesgesetz an, welches als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative des Verbandes Schweizer Studierendenschaften (VSS) vorgelegt werden soll. Der Beitritt des Kantons Aargau zum Stipendienkonkordat wird vorbereitet und dem Grossen Rat 2013 zum Beschluss unterbreitet, die rechtlichen Grundlagen überprüft und gegebenenfalls angepasst.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

325E001	Interkantonale Vereinbarung zur Harmonisierung des schweizerischen Stipendienwesens
2007/2008	Mitwirkung bei der Ausarbeitung der Interkantonalen Vereinbarung
2008	Vernehmlassung bei den Kantonen und Verabschiedung der Vereinbarung durch die EDK zuhanden der Kantone
2013	Inkrafttreten der Interkantonalen Vereinbarung
2013	Grossratsentscheid über den Beitritt zum Konkordat
2015-2016	Überprüfung der rechtlichen Grundlagen und allfällige Anpassung von Gesetz, Dekret und Verordnung

2013 ist die interkantonale Vereinbarung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen (Stipendienkonkordat) in Kraft getreten. Gleichzeitig strebt der Bundesrat ein Bundesgesetz an, welches als indirekter Gegenvorschlag zur Initiative des Verbandes Schweizer Studierendenschaften (VSS) vorgelegt werden soll. Der Beitritt des Kantons Aargau zum Stipendienkonkordat wird vorbereitet und dem Grossen Rat 2013 zum Beschluss unterbreitet, die rechtlichen Grundlagen überprüft und gegebenenfalls angepasst.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

325E003	Weiterentwicklung des Campus Brugg-Windisch
bis 2016	Quantitativer und qualitativer Ausbau des Fachhochschulstandorts Brugg-Windisch
2016	Konzentration von Elementen der Hightech-Strategie (Hightech Zentrum, Technopark Aargau) im Umfeld des Campus

Nach Abschluss sämtlicher Neubau- und Sanierungsarbeiten per Sommer 2014 streben der Kanton Aargau und die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) eine inhaltliche Weiterentwicklung des Campus Brugg-Windisch an. Die FHNW plant bei allen drei am Standort Brugg-Windisch vertretenen Hochschulen (Pädagogische Hochschule, Hochschule für Technik und Hochschule für Wirtschaft) den Ausbau ihres Studienangebots oder hat diesen mittels der Lancierung neuer Studiengänge (bspw. erstmaliger Start von International Management im Herbst 2013) bereits vorgenommen.
Seitens des Kantons, der Gemeinden und Dritter sind verschiedene weitere Massnahmen in Umsetzung oder geplant, die insgesamt den Campus aufwerten und dort einen eigentlichen Entwicklungs- und Technologie-Cluster entstehen lassen:
- Aufbau der Hightech Zentrum Aargau AG in einem Gebäude unmittelbar gegenüber des Campus-Neubaus;
- Eröffnung eines Zweitstandorts des Technoparks Aargau im selben Gebäude wie die Hightech Zentrum Aargau AG;
- Aufstockung des Forschungsfonds Aargau (von der die Hochschule für Technik der FHNW am Standort Brugg-Windisch in besonderem Masse profitieren dürfte);
- Unterstützung des PSI zwecks Integration des Kompetenzzentrums für Mobilität und Energie CCEM in den Campus-Neubau;
- Der Kanton plant zudem, das im Campus von der FHNW vorgesehene Projekt SWISSupSTART zur Förderung von Jungunternehmen mit zu unterstützen.
- Seitens der Standortgemeinden: Realisierung des Campussaals und nationale Positionierung durch Brugg und Windisch als bahnhofsnaher Veranstaltungsort, der aufgrund zumietbarer FHNW-Hörsäle auch grössere Raumbedürfnisse abzudecken vermag sowie Förderung von kostengünstigen Mietwohnungen für Studierende in der Nähe des Campus.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 325Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Den Aargauer Studierenden werden hinreichend Studienplätze zur Verfügung gestellt.								
01 Eintrittsquote an die Fachhochschulen	%	16.5	18.5	18.5	18.5	18.5	18.5	○
02 Eintrittsquote an die Universitäten	%	11.8	14.0	13.5	13.5	13.5	13.5	○
03 Aargauer Studierende an der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW	Anzahl	2'379	2'416	2'495	2'556	2'629	2'674	◑
04 Aargauer Studierende an Konkordats-Fachhochschulen	Anzahl	107	100	105	110	115	115	◑
05 Studierende, für die der Kanton Aargau Fachhochschulvereinbarungs-Beiträge bezahlt	Anzahl	2'870	2'614	3'060	3'180	3'290	3'410	○
06 Studierende, für die der Kanton Aargau Universitätsvereinbarungs-Beiträge bezahlt	Anzahl	3'930	4'080	4'100	4'240	4'400	4'510	○
07 Vom Kanton Aargau finanzierte Studienplätze	Anzahl	9'286	9'210	9'760	10'086	10'434	10'709	○
08 Studierende aus dem Kanton Aargau an der ETH	Anzahl	1'150	1'250	1'250	1'300	1'350	1'350	○
09 Aargauer Studierende, total	Anzahl	10'436	10'460	11'010	11'386	11'784	12'059	○
10 Hochschulausgaben pro Student/in aus dem Kanton Aargau	Fr.	-	18'775	19'326	18'613	18'559	18'662	◑

Die Gewährleistung einer hinreichenden Anzahl und Qualität von Studienplätzen ist die Kernaufgabe dieses Aufgabenbereichs. Das Ziel, hinreichend Studienplätze zur Verfügung zu stellen, wird erreicht, wenn alle Studierenden aus dem Kanton Aargau, die die entsprechenden Zulassungsbedingungen erfüllen, entweder an der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), einer Konkordats-Fachhochschule oder einer ausserkantonalen Hochschule studieren können. Die interkantonalen Vereinbarungen (Fachhochschulvereinbarung, Universitätsvereinbarung) erlauben es den Aargauer Studierenden, überall in der Schweiz ohne Beschränkung zu studieren.
Die Prognose der Studierendenentwicklung sowie der Eintrittsquoten ist schwierig, da unter anderem die effektiven Jahresberichtswerte des Bundesamts für Statistik (BfS) jeweils erst zwei Jahre verzögert vorliegen.
01: Der Indikator zeigt den Anteil der Studierenden, die erstmals in eine schweizerische Fachhochschule auf der Stufe Bachelor eintreten, im Verhältnis zur gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung (Bundesamt für Statistik). Die Prognose stützt sich auf die Entwicklung der Eintrittsquote an die Fachhochschulen der letzten Jahre sowie auf die prognostizierte Berufsmaturitätsquote (vgl. 320Z001-I05).
02: Der Indikator zeigt den Anteil der Studierenden, die erstmals in eine schweizerische Universität auf der Stufe Bachelor eintreten, im Verhältnis zur gleichaltrigen ständigen Wohnbevölkerung (Bundesamt für Statistik). Die Prognose stützt sich auf die Entwicklung der Eintrittsquote an die Universitäten der letzten Jahre sowie auf die prognostizierten gymnasialen Maturitätsquoten (vgl. 320Z003-I03).
03: Die Studierendenprognosen entsprechen den gesamtschweizerischen Trends und berücksichtigen die Eröffnung des Campus Brugg-Windisch.
04: Für die Hochschule für Heilpädagogik (HfH) wird aufgrund der letztjährigen Trends erwartet, dass sich die Studierendenzahl auf tiefem Niveau konsolidiert.
05: Die heute bekannten Werte zeigen, dass die effektiven Studierendenzahlen in den letzten Jahren stärker angestiegen sind als bisher angenommen. Die Budgetierung wurde dieser Entwicklung angepasst.
06: Die Annahmen bei der Studierendenentwicklung beruhen einerseits auf den Prognosen des Bundes für die Jahre 2014 bis 2017 (bei den

Universitäten und Pädagogischen Hochschulen mit 1 bis 2% Wachstum). Andererseits berücksichtigen sie die kantonalen Erfahrungswerte zu den Aargauer Studierenden der letzten Jahre.
07: Eine direkte Steuerung der Zahl der in Anspruch genommenen Studienplätze ist nicht möglich, da der Kanton gar nicht (resp. nicht alleiniger) Träger der entsprechenden Hochschulen ist. Vielmehr hängt die Möglichkeit der Einflussnahme davon ab, in welchem rechtlichen Verhältnis der Kanton zu den vom ihm mitfinanzierten sowie zu den ausserkantonalen Hochschulen steht.
10: Der Indikator setzt die Ausgaben des Kantons Aargau für Studienplätze, Forschung und Innovationsförderung ins Verhältnis zur Anzahl aller Studierenden aus dem Kanton Aargau. Dabei zeigt sich, dass sich die Ausgaben langfristig stabil entwickeln. Der Jahresberichtswert 2012 betrug Fr. 17'813. Der Anstieg im Budgetjahr 2014 ist auf die Erhöhung des Globalbeitrags an die FHNW von 2013 auf 2014 zurückzuführen (siehe auch Finanzkommentar).

Ziel 325Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Es werden genügend Lehrpersonen mit EDK anerkanntem Abschluss ausgebildet.								
01 Eintritte von Aargauerinnen und Aargauer in einen EDK anerkannten Studiengang an der Pädagogischen Hochschule FHNW	Anzahl	-	212	202	199	201	210	
02 Eintritte von Aargauerinnen und Aargauer in einen EDK anerkannten Studiengang an einer umliegenden Pädagogischen Hochschule	Anzahl	-	80	100	100	105	105	
03 Eintritte von Aargauerinnen und Aargauer in einen EDK anerkannten Studiengang gemessen am geschätzten Bedarf im Aargau	%	-	58	50	50	50	50	

Die Indikatoren zu diesem Ziel wurden im Budget 2013 neu aufgenommen, weshalb im Jahresbericht 2012 noch keine Werte abgebildet sind.
01: Der Indikator zeigt die Zahl der Eintritte von Aargauer Studierenden an der PH FHNW (Stufe Volksschule). Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen Eintritten und Abschlüssen, wie die Abbruchquote von 8,2% an der PH FHNW verdeutlicht. Die aktuellen Anmeldezahlen zeigen, dass zwar ein Wachstum stattfindet, allerdings nicht ganz so hoch wie ursprünglich erwartet.
03: Der Indikator vergleicht die Zahl aller Eintritte von Aargauer Studierenden (gemäss Indikatoren 01 und 02) mit dem erwarteten Bedarf (geschätzt aufgrund von Vollzugsdaten des BKS für den Volksschulbereich). Verglichen wird hier also das Ausbildungspotenzial des Kantons mit seinem Bedarf. Zu beachten ist, dass das Ausbildungspotenzial nicht mit dem tatsächlichen Rekrutierungspotenzial übereinstimmt: Letzteres ist teilweise grösser (da auch Studierende aus anderen Kantonen rekrutiert werden, insbesondere auch solche, die an der PH FHNW studieren) wie auch kleiner (da Aargauer Studierende in andere Kantone abwandern). Ab 2014 können erfahrene Berufspersonen direkt in die regulären Studiengänge eintreten. Aufgrund der neuen Modalitäten (annähernd gleiche Studienleistungen wie bei den regulären Studiengängen) werden für das Budgetjahr nur 25 Eintritte von erfahrenen Berufspersonen erwartet.

Ziel 325Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Personen mit ungenügendem finanziellem Rückhalt können mit Unterstützung von Ausbildungsbeiträgen eine Ausbildung absolvieren.								
01 Personen, die Stipendien erhalten	Anzahl	3'147	3'250	3'235	3'294	3'333	3'392	
12 Ausbezahlte Stipendien	1000 Fr.	-	16'400	16'500	16'800	17'000	17'300	
03 Personen, die Darlehen erhalten	Anzahl	65	-	65	65	65	65	
04 Ausbezahlte Darlehen	1000 Fr.	465	700	465	465	465	465	

Die Grundsätze des Ausbildungsbeitragsrechts sind auf Bundesebene durch Art. 66 der Bundesverfassung (BV), das Bundesgesetz über die Gewährung von Beiträgen an die Aufwendungen der Kantone für Ausbildungsbeihilfen (Ausbildungsbeihilfengesetz) und die dazugehörende Verordnung festgelegt. Die Anspruchsvoraussetzungen für Ausbildungsbeiträge, die Höchstansätze und die Bemessungsgrundlagen sind auf kantonaler Ebene durch das Gesetz und die Verordnung über Ausbildungsbeiträge sowie das Dekret über die Höchstansätze der Ausbildungsbeiträge geregelt. Aufgrund der engen gesetzlichen Rahmenbedingungen besteht bei der Einzelbeurteilung eines Gesuchs nur ein geringer Ermessensspielraum. Die Entwicklung der Ausgaben hängt von den festgelegten Ansätzen sowie von der Umfeldentwicklung ab.
01/12: Wie bei den Studierendenzahlen (vgl. 325Z001) wird auch bei der Anzahl Personen, die Stipendien erhalten, ein Anstieg prognostiziert. Es wird erwartet, dass dieser jedoch auf tieferem Niveau als bisher angenommen und tiefer als bei den Studierendenzahlen verläuft. Die Prognose wird deshalb auf den Jahreswert 2012 abgestimmt. Die neusten Erkenntnisse zeigen, dass die Zahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten im Tertiärbereich zunehmen. Für Tertiärausbildungen an Universitäten und Fachhochschulen lag der pro Kopf ausbezahlte Betrag durch den Kanton Aargau über den entsprechenden Werten für die ganze Schweiz. Dieses Niveau will der Kanton behalten.
03: Dieser Indikator wird neu geführt, weshalb der Vorjahresbudgetwert fehlt.
04: Zum Zeitpunkt der Budgetierung 2013 war der Jahresberichtswert für 2012 noch nicht bekannt und die Höhe der Darlehen wurde zu hoch budgetiert. Es wird erwartet, dass sich die Höhe der Darlehen auf dem Niveau von 2012 konsolidieren wird.

Ziel 325Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Wissens- und Technologietransfer zur Entwicklung des Standorts Aargau wird gefördert.								
01 Umfang der Drittmittel, die von unterstützten Hochschulen, Forschungs- und Transfereinrichtungen generiert werden	Mio. Fr.	66.2	66.1	62.1	63.6	64.2	65.4	

Drittmittel sind Beiträge von Privaten und öffentlichen Förderinstitutionen (Nationalfonds, Förderstiftung Technologie und Innovation) und bilden einen guten Indikator für die Qualität von Forschung und ihre Relevanz für die Praxis.
01: Der für das Budgetjahr 2014 erwartete Rückgang ist bedingt durch die neue Prioritätensetzung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW), die zugunsten der anwendungsorientierten Forschung zu einer Reduktion der Dienstleistungsaktivitäten und damit der entsprechenden Drittmittel führt. Zudem wird mit einem schwierigeren konjunkturellen Umfeld gerechnet. Ab 2014 wird ein Anstieg wegen den Leistungen des sich im Aufbau befindlichen Hightech Zentrums Aargau gerechnet (vgl. 200E001; GRB 2012-1986 vom 19. Juni 2012).

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**85'944**	**120'766**	**40.5%**	**115'575**	**117'789**	**119'887**
Globalbudget Aufwand	**-**	**111'959**	**122'351**	**9.3%**	**117'161**	**119'375**	**121'472**
30 Personalaufwand	-	1'477	1'342	-9.1%	1'332	1'335	1'331
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	157	153	-2.5%	144	149	156
36 Transferaufwand	-	110'326	120'857	9.5%	115'684	117'891	119'985
Globalbudget Ertrag	**-**	**-26'015**	**-1'586**	**-93.9%**	**-1'586**	**-1'586**	**-1'586**
42 Entgelte	-	-171	-11	-93.7%	-11	-11	-11
44 Finanzertrag	-	-1'560	-1'575	1.0%	-1'575	-1'575	-1'575
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-24'284	-		-	-	-
LUAE Saldo	**-**	**101'551**	**107'187**	**5.5%**	**111'811**	**116'571**	**121'122**
LUAE Aufwand	**-**	**103'451**	**109'087**	**5.4%**	**113'711**	**118'471**	**123'022**
36 Transferaufwand	-	103'451	109'087	5.4%	113'711	118'471	123'022
LUAE Ertrag	**-**	**-1'900**	**-1'900**	**0.0%**	**-1'900**	**-1'900**	**-1'900**
46 Transferertrag	-	-1'900	-1'900	0.0%	-1'900	-1'900	-1'900
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**20**	**50**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**20**	**50**
50 Sachanlagen	-	-	-		-	20	50
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Budgetjahr
Die Mehraufwendungen für das Budget 2014 im Vergleich zu 2013 entstehen grösstenteils durch den höheren Kantonsbeitrag an die FHNW, der im vierkantonal beschlossenen Leistungsauftrag 2012-2014 festgelegt ist. Dieser sieht insbesondere eine Konsolidierung der Masterstudiengänge, einen punktuellen Ausbau in der Forschung und den Bezug der Campus Neubauten in Brugg-Windisch und Olten vor. Hingegen bleiben die Beiträge an die verschiedenen Institutionen für Forschung und Innovationsförderung (bspw. Zentrum für Demokratie und Swiss Nano Science Institute) unverändert. Bei den Stipendien wird aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Personen, die Stipendien erhalten (vgl. 325Z003), nur mit einem geringen Wachstum gerechnet.
Als Folge der neuen Gesetzgebung über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF), welche per 1. Januar 2014 in Kraft tritt, wird die Möglichkeit aufgehoben, aus zweckgebundenen, nicht beanspruchten Budgetmitteln des Globalbudgets Rücklagen zu bilden. Deshalb wurden der Stipendienfonds auf Ende 2013 aufgelöst und folglich ab 2014 keine Entnahmen mehr budgetiert.

Planjahre
Das Wachstum in den Planjahren entspricht der Entwicklung des Trägerbeitrags an die FHNW gemäss vierkantonalem Leistungsauftrag. Dem Grossen Rat wird 2014 der kantonale Trägerbeitrag an die FHNW für die vierte Leistungsauftragsperiode 2015-2017 beantragt. Die von den Vertragskantonen im Leistungsauftrag festgelegten jährlichen Finanzierungsbeiträge bilden zusammen den Globalbeitrag der Vertragskantone an die FHNW. Der Verteilschlüssel der Globalbeiträge der Trägerkantone an die FHNW für die Leistungsauftragsperiode 2015-2017 richtet sich nach den Studierendenbeständen in den Jahren 2011 bis 2013. Da die Aargauer Studierenden im Vergleich zu den Studierenden der anderen Trägerkantonen in dieser Periode weniger stark zunehmen, führt dies zu einer Reduktion des prozentualen Anteils des Kantons Aargau am nächsten Globalbeitrag.

LUAE

Die Hochschulausgaben folgen im Wesentlichen der Entwicklung der Studierendenzahlen (vgl. 325Z001-I05 und I06). Insbesondere bei den Fachhochschulen ist ein Zuwachs an Studierenden und folglich auch an Hochschulbeiträgen zu erwarten.

Investitionsrechnung
In den Planjahren 2016 bis 2018 wird im Bereich der Ausbildungsbeiträge ein Detailkonzept für die elektronische Gesuchserfassung erstellt und umgesetzt sowie die entsprechende Software implementiert.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**187'496**	**227'953**	**21.6%**	**227'386**	**234'360**	**241'009**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	20	50
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**187'496**	**227'953**	**21.6%**	**227'386**	**234'380**	**241'059**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Fachhochschulvereinbarung (FHV)							
Saldo	**-**	**36'142**	**41'247**	**14.1%**	**43'186**	**45'197**	**47'419**
Total Aufwand	-	36'142	41'247	14.1%	43'186	45'197	47'419
Hochschulbeiträge	-	36'142	41'247	14.1%	43'186	45'197	47'419
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Universitätsvereinbarung (IUV)							
Saldo	**-**	**67'310**	**67'840**	**0.8%**	**70'525**	**73'274**	**75'603**
Total Aufwand	-	67'310	67'840	0.8%	70'525	73'274	75'603
Hochschulbeiträge	-	67'310	67'840	0.8%	70'525	73'274	75'603
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**85'497**	**94'920**	**11.0%**	**89'261**	**91'134**	**92'908**
	VK-Globalbudget	-	85'497	94'920	11.0%	89'261	91'114	92'858
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	20	50
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**20**	**50**
	Aufwand	-	-	-		-	20	50
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**825**	**800**	**-3.0%**	**800**	**800**	**800**
	Aufwand	-	825	800	-3.0%	800	800	800
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**84'672**	**94'120**	**11.2%**	**88'461**	**90'314**	**92'058**
	Aufwand	-	84'672	94'120	11.2%	88'461	90'314	92'058
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
FHNW, LV Beitrag 2012 - 2014									
VK, einmaliger Aufwand	20.09.2011	259'328	259'328	94'120	94'120	-	-	-	0
FHNW, LV Beitrag 2015 - 2017									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	270'833	270'833	-	-	88'461	90'314	92'058	
Zentrum für Demokratie									
VK, wiederkehrender A.	23.09.2008	800	800	-	-	-	-	-	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**-**	**9.20**	**9.80**	**6.5%**	**9.80**	**9.80**	**9.80**
Ordentliche Stellen	-	9.20	9.80	6.5%	9.80	9.80	9.80
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

Infolge der Anpassungen der Abteilungsstruktur im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS), welche am 5. Juni 2012 vom Grossen Rat im Anhang 1 zum Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF) beschlossen wurden, können für diesen Aufgabenbereich keine vergleichbaren Ist-Zahlen 2012 dargestellt werden.

Aufgabenbereich 335: Sport

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Schaffung von Voraussetzungen, damit sich Kinder, Jugendliche und Erwachsene regelmässig bewegen und auf allen Leistungsstufen aktiv Sport treiben können. Primäres Ziel sind dabei die körperliche Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Bevölkerung, die Unterstützung der ganzheitlichen Bildung sowie der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Zuständige Kommission
Kommission Bildung, Kultur und Sport

Leistungsgruppen
LG 335.10 Sport- und Bewegungsförderung

Organisation
Im Aufgabenbereich werden kinder- und jugendgerechte Bewegungsaktivitäten im Rahmen des Sportförderungsprogramms Jugend+Sport (J+S), mittels freiwilligen Schulsports sowie mit dem Projekt "Bewegte Schule Aargau" unterstützt. Beim "Erwachsenensport esa", dem auf Breiten- und Freizeitsport ausgerichteten Sportförderprogramm des Bundes, übernimmt der Kanton eine beratende und koordinierende Funktion. Der Kanton Aargau schafft bestmögliche Rahmenbedingungen für die sportliche, schulische und berufliche Entwicklung von Leistungssportlerinnen und -sportlern. Die Sportanlagenberatung sowie die Beratung, Unterstützung und Vernetzung der Verbände, Vereine sowie Gemeinden ist Teil des Aufgabenbereichs. Zudem umfasst der Aufgabenbereich die Geschäftsführung des Swisslos-Sportfonds. Ziel dabei ist, die Gelder des Swisslos-Sportfonds fachkompetent, effizient sowie unter Gewährleistung bestmöglicher Synergien zu vergeben.

Umfeldentwicklung und Massnahmen
Mit dem revidierten, 2012 in Kraft getretenen Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport passt der Bund das bisherige Sportfördersystem den veränderten Rahmenbedingungen an. Bewährte Prinzipien des alten Rechts wurden übernommen. Die Sport- und Bewegungsaktivitäten aller Altersgruppen, insbesondere von Kindern ab 5 Jahren sowie vermehrt auch von Erwachsenen, sollen gestärkt und der leistungsorientierte Nachwuchs- und Spitzensport mit optimalen Rahmenbedingungen unterstützt und gefördert werden. Die aus den neuen gesetzlichen Grundlagen des Bundes folgenden Umsetzungsmassnahmen müssen auch für den Kanton Aargau geprüft werden. Dies unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung sowie der Zunahme von Bewegungsmangel und vermehrtem Übergewicht bei Kindern und Jugendlichen.

Um eine bedarfsgerechte, effiziente und nachhaltige Versorgung der Kantonsbevölkerung mit Sportanlagen zu gewährleisten, wird ein Kantonales Sportanlagenkonzept (KASAK) erarbeitet und damit ein geeignetes Planungs- und Steuerungsinstrument geschaffen. Ebenso soll auch der Aargauer Leistungssport vermehrt gefördert werden. Denn er hat eine wichtige Vorbildfunktion für den Kinder- und Jugendsport sowie den Breiten- und Erwachsenensport. Mit einem gesamtheitlichen Leistungssportkonzept (LSK) sollen die Massnahmen im Nachwuchsleistungssport der letzten Jahre überprüft und angepasst sowie zusätzliche Massnahmen aufgezeigt werden, um den Talenten im Elite-Leistungssport Anschlusslösungen zu bieten und sie dadurch im Aargau zu halten.

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 335Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Für alle Kinder und Jugendlichen sind in J+S anerkannten Sportarten Bewegungsaktivitäten im Rahmen von J+S möglich.								
01 Kinder zwischen 5 und 10 Jahren	Anzahl	-	-	37'591	37'784	38'105	38'414	○
02 Anteil der Kinder (5-10 Jahre) im Kanton Aargau, welche eine Aktivität im Programm J+S besuchen	%	-	-	40	40	40	40	◑
04 Jugendliche zwischen 10 und 20 Jahren	Anzahl	-	-	72'783	72'298	72'005	71'656	○
05 Anteil der Jugendlichen (10-20 Jahre) im Kanton Aargau, welche eine Aktivität im Programm J+S besuchen	%	-	-	54	54	54	54	◑
07 J+S-Kurse und -Lager	Anzahl	4'483	5'020	5'000	5'000	5'000	5'000	◑
10 Aktive J+S-Leiterinnen und -Leiter	Anzahl	-	-	5'800	5'810	5'820	5'830	◑

Jugend+Sport (J+S) hat mit dem neuen Sportförderungsgesetz des Bundes eine neue, einfachere und einheitlichere Grundlage erhalten. Der J+S-Kindersport ist gesetzlich verankert und das Programm J+S steht somit definitiv für alle Kinder und Jugendliche von 5 bis 20 Jahren offen.
Die Berechnungsgrundlage der J+S-Statistiken wurde angepasst. Doppelzählungen von Teilnehmenden sowie Leiterinnen und Leitern sind nun ausgeschlossen. Die Indikatoren werden teilweise neu geführt, weshalb die Vorjahreszahlen fehlen.

Ziel 335Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Kader und J+S Coachs sind mit einer konzentrierten, qualitativ guten Ausbildung auf verschiedenen Kompetenzstufen gezielt auf ihre Aufgabe vorbereitet und bilden sich bedürfnisgerecht unter Nutzung ihrer speziellen Fähigkeiten weiter.								
01 Personen, welche eine J+S Weiterbildung resp. Ausbildung besuchen	Anzahl	5'494	5'400	5'380	5'380	5'380	5'380	◑
06 Quote der mit der Kursqualität zufriedenen Kursteilnehmenden (Kundenzufriedenheit auf Stufe 4+5)	%	94	95	95	95	95	95	●
07 Quote der Teilnehmenden, die bestätigen, dass das erworbene Fachwissen bedürfnisorientiert und praxisbezogen vermittelt wurde (Kundenzufriedenheit auf Stufe 4+5)	%	89	92	92	92	92	92	◑

Das Weiterbildungsprogramm für J+S-Leiterinnen und -Leiter sowie J+S-Coachs wird laufend den veränderten Rahmenbedingungen und den Bedürfnissen der Teilnehmenden angepasst.
01: Aufgrund der Beendigung des Pilotprojekts J+S-Kids und der definitiven Einführung von J+S-Kindersport ist mit keinem weiteren Anstieg bei den Aus- und Weiterbildungen zu rechnen.

Ziel 335Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Möglichst viele Kinder und Jugendliche besuchen ausserhalb des obligatorischen Sportunterrichts im Rahmen des freiwilligen Schulsports qualifizierten, geleiteten Sportunterricht nach freier Wahl.								
01 Anteil der Gemeinden, in welchen ein Angebot im freiwilligen Schulsport durchgeführt wird	%	-	-	50	50	50	50	◑
02 Anteil der Lernenden des Kindergartens und der Volksschule, welche ein Angebot im freiwilligen Schulsport besuchen	%	-	-	23	23	24	24	◑
07 Kurse, welche im freiwilligen Schulsport durchgeführt werden	Anzahl	1'354	1'650	1'550	1'550	1'550	1'700	●

Der freiwillige Schulsport ist das Bindeglied zwischen obligatorischem Schulsport und freiwilligem Vereinssport. Ziel ist es, durch den freiwilligen Sport in der Schule möglichst viele Kinder und Jugendliche für den Vereinssport zu motivieren.
Der Grosse Rat verfügt beim Angebot an freiwilligen Schulsportkursen über direkte Steuerungsmöglichkeiten, indem er über die Ausweitung oder Reduktion der Angebote beschliessen kann. Das Angebot an freiwilligen Schulsportkursen bestimmt, ob entweder mehr oder weniger Kinder und Jugendliche profitieren können. Die Ausweitung oder Reduktion des Angebots an freiwilligen Schulsportkursen hat auch höhere oder niedrigere Beiträge des Bundes zur Folge.
Die Indikatoren werden teilweise neu geführt, weshalb die Vorjahreszahlen fehlen.
07: Aufgrund des Jahresberichtswerts 2012 wurde die prognostizierte Anzahl Kurse für 2014 nach unten korrigiert. Für die Planjahre ist eine Prognose schwierig, da die Auswirkungen des neuen Sportförderungsgesetzes des Bundes noch nicht bekannt sind.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**2'778**	**2'738**	**-1.5%**	**2'830**	**2'840**	**3'028**
Globalbudget Aufwand	**-**	**3'901**	**3'878**	**-0.6%**	**3'971**	**3'981**	**4'227**
30 Personalaufwand	-	3'179	3'223	1.4%	3'339	3'346	3'597
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	723	655	-9.4%	631	634	629
36 Transferaufwand	-	-	1		1	1	1
Globalbudget Ertrag	**-**	**-1'123**	**-1'141**	**1.6%**	**-1'141**	**-1'141**	**-1'198**
42 Entgelte	-	-242	-244	0.7%	-244	-244	-244
46 Transferertrag	-	-881	-897	1.8%	-897	-897	-955
LUAE Saldo	**-**	**-1**	**-1**	**0.0%**	**-1**	**-1**	**-1**
LUAE Aufwand	**-**	**9'614**	**13'707**	**42.6%**	**19'287**	**15'172**	**15'172**
36 Transferaufwand	-	9'568	13'661	42.8%	19'241	15'126	15'126
37 Durchlaufende Beiträge	-	46	46	0.0%	46	46	46
LUAE Ertrag	**-**	**-9'615**	**-13'708**	**42.6%**	**-19'288**	**-15'173**	**-15'173**
42 Entgelte	-	-1	-1	0.0%	-1	-1	-1
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-2'978	-7'122	139.2%	-12'823	-8'926	-8'926
46 Transferertrag	-	-6'590	-6'539	-0.8%	-6'418	-6'200	-6'200
47 Durchlaufende Beiträge	-	-46	-46	0.0%	-46	-46	-46
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Aufgrund des Jahresberichtswerts 2012 werden im freiwilligen Schulsport für 2014 100 Kurse weniger budgetiert als 2013, entsprechend tiefer fällt der Sach- und Betriebsaufwand aus.
Diese Reduktion hat gleichzeitig zur Folge, dass ertragsseitig mit entsprechendem Rückgang der Bundesbeiträge gerechnet werden muss. Die Reduktion wird nicht ersichtlich, da mit der 2013 eingeführten Projektstelle für das nationale Präventionsprogramm Cool and Clean der Kanton mit Fr. 40'000 durch Swiss Olympic unterstützt wird. Damit entsteht ein zusätzlicher Ertrag, welchem jedoch ein zusätzlicher Personalaufwand gegenüber steht.

LUAE

Die leistungsunabhängigen Aufwendungen und Erträge aus dem Swisslos-Sportfonds schwanken je nach Anzahl eingereichter und bewilligter Gesuche und Grösse der unterstützten Projekte von Jahr zu Jahr. Aus dem Swisslos-Sportfonds sind ab 2014 Beiträge an folgende Projekte geplant: Die Erweiterung der Sporthalle Schachen Aarau zu einer Sport- und Eventhalle, die Sanierung bzw. der Ausbau des Hallenbads Telli Aarau, der Neubau des Fussballstadions Torfeld Süd Aarau, die Sanierung der Aargauer Eissportanlagen (Aarau, Reinach, Rheinfelden, Wettingen, Wohlen) sowie die Sanierung und Erweiterung des Sport- und Erholungszentrums Tägerhard Wettingen. Diese Grossprojekte können sich je nach Stand der Planungsarbeiten und der politischen Entscheidungsfindung verzögern.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**2'778**	**2'737**	**-1.5%**	**2'829**	**2'839**	**3'028**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**2'778**	**2'737**	**-1.5%**	**2'829**	**2'839**	**3'028**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Swisslos-Sportfonds (Spezialfinanzierung)							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	9'568	13'661	42.8%	19'241	15'126	15'126
Beiträge aus SLSF	-	9'568	13'661	42.8%	19'241	15'126	15'126
Total Ertrag	-	-9'568	-13'661	42.8%	-19'241	-15'126	-15'126
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des FK	-	-2'978	-7'122	139.2%	-12'823	-8'926	-8'926
Swisslos-Sportfonds Diverses	-	-390	-339	-13.1%	-218	-	-
Beiträge vom Swisslosfonds und Sport-Toto-Fonds	-	-6'200	-6'200	0.0%	-6'200	-6'200	-6'200

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**113**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	113	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**-**	**10.70**	**9.60**	**-10.3%**	**10.60**	**10.60**	**10.60**
Ordentliche Stellen	-	10.20	9.20	-9.8%	10.20	10.20	10.20
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	0.50	0.40	-20.0%	0.40	0.40	0.40

Infolge der Anpassungen der Abteilungsstruktur im Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS), welche am 5. Juni 2012 vom Grossen Rat im Anhang 1 zum Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (DAF) beschlossen wurden, können für diesen Aufgabenbereich keine vergleichbaren Ist-Zahlen 2012 dargestellt werden.

Aufgabenbereich 340: Kultur

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Fördern und Nutzen des kreativen Potenzials der Kulturschaffenden und Kulturträger durch Vernetzung, Evaluation und Unterstützung der kulturellen Aktivitäten. Werke und Kulturgüter werden erforscht, bewahrt und vermittelt.

Zuständige Kommission
Kommission Bildung, Kultur und Sport

Leistungsgruppen
LG 340.10 Kulturförderung
LG 340.20 Museum Aargau
LG 340.30 Kunsthaus
LG 340.40 Kantonsbibliothek
LG 340.50 Kantonsarchäologie
LG 340.60 Denkmalpflege
LG 340.70 Staatsarchiv

Organisation
Die Kulturförderung erfolgt über das Aargauer Kuratorium, den Swisslos-Fonds und mittels Leistungsvereinbarungen. Die Kommission für Kulturfragen berät den Regierungsrat bei der Auswahl der Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung und bei übergreifenden kulturpolitischen Fragestellungen. Der Kanton führt folgende Kulturinstitutionen und Sammlungen: das Aargauer Kunsthaus, das Museum Aargau, die Aargauer Kantonsbibliothek, die archäologische Sammlung sowie das Staatsarchiv Aargau. Die kantonalen Kulturinstitutionen sind unselbständige öffentlich-rechtliche Anstalten. Der Kanton sorgt mit der Kantonsarchäologie und der Denkmalpflege für die Erhaltung und Pflege der Kulturgüter.

Umfeldentwicklung und Massnahmen
Die Bevölkerungszahl im Aargau steigt weiterhin an, insbesondere durch Zuzügerinnen und Zuzüger mit unterschiedlichem kulturellen Hintergrund und sozioökonomischem Status. Ebenso wächst der Anteil aktiver Rentnerinnen und Rentner weiter an.

Das Interesse der Bevölkerung an zeitgenössischer Kunst und Kultur ist im Alltag spürbar. Auch der Besuch von Kulturdenkmälern und historischen Museen steht nach einer Erhebung des Bundesamts für Statistik (2009) hoch in der Publikumsgunst. In einer zunehmend virtuellen Alltagswelt gewinnt das sinnstiftende Gemeinschaftserlebnis an Bedeutung: Schweiz Tourismus schätzt authentische Ausflugsorte mit vielfältigem Erlebnischarakter als Megatrend im Freizeitmarkt ein. Die kantonalen Kulturinstitutionen sind in der Bevölkerung zwar bekannt, werden aber nur von einem Viertel davon besucht. Hier besteht ein unausgeschöpftes Potenzial, das zur Stärkung der Integration und zur Identifikation mit dem Lebensraum Aargau führen kann. Die Vermittlungsaktivitäten sollen sich vermehrt an alle Altersschichten und Bevölkerungsgruppen richten, unter anderem sind barrierefreie Angebote geplant. In den Planungszeitraum fällt das Projekt "Haus der Gegenwart" des neuen Ausstellungshauses des Stapferhauses, welches voraussichtlich mit einem namhaften Beitrag aus dem Swisslos-Fonds unterstützt wird. Die Erwartungen des Publikums in Bezug auf die Dienstleistungen der Anbieter sind gestiegen, gefordert sind aufwändiger Publikumsservice und verstärkte Kommunikationsmassnahmen. Veranstaltungen für private Firmen und Organisationen, die kulturvermittelnde Aktivitäten (Führungen, Workshops) mit gesellschaftlichen Komponenten (Apéro, Essen, Bankett) verbinden, werden im Kulturbereich immer wichtiger.

Die Digitalisierung schreitet rasch voran; die jährlich produzierte Menge an digitalen Publikationen, sowohl der neuen (born-digital) als auch der nachträglich digitalisierten Publikationen nimmt rasch zu. Dies stellt die Kantonsbibliothek und das Staatsarchiv vor grosse Herausforderungen in Bezug auf die inhaltliche und qualitative Entwicklung ihrer Bestände sowie an die Infrastruktur. Im Rahmen eines Projekts wollen die beiden Institutionen übergreifende Lösungen erarbeiten.
Der Bevölkerungszuwachs, der allgemeine Wohlstand und die tiefen Zinsen sind Ursachen für die anhaltend intensive und grossflächige Bautätigkeit in Neubauzonen wie auch in alten Siedlungskernen. Die Beanspruchung von Kantonsarchäologie und Denkmalpflege bleibt dementsprechend hoch. Die Kantonsarchäologie reagiert darauf mit einer Strategieentwicklung und überprüft ihre Handlungsmaximen.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

340E001	Integration Schloss Wildegg ins Museum Aargau
2010	Festlegung der Strategie Museum Aargau unter Einschluss der Wildegg und Erstellung des Betriebs- und Nutzungskonzepts Wildegg
2011	Integration des Schlosses Wildegg ins Museum Aargau
2013/2014	Masterplan für die Gesamtentwicklung von Schloss Wildegg
2015-2018	Umsetzung der Strategie Museum Aargau mit Ausbau zum Gesamterlebnis Schlossdomäne Wildegg

Eine Analyse des Ist-Zustands und der vorhandenen Potenziale des musealen Teils der Schlossdomäne Wildegg inklusive Schlossgarten hat gezeigt, dass die Wildegg im Kontext des Museum Aargau grosse Entwicklungsmöglichkeiten als kulturtouristische Destination aufweist. Der Garten wird während einer 10-jährigen Startphase als Pilotbetrieb geführt und aus dem Swisslos-Fonds finanziert. Auf der Basis eines 2013/2014 zu erstellenden Masterplans für die Gesamtentwicklung von Schloss Wildegg soll ab 2015 die Geschichte der barocken Schlossdomäne durch neue Inszenierungen und Vermittlungsformen in den Schlossgebäuden und im Garten attraktiver vermittelt werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2010-0402 vom 12.01.2010 -

340E002	Archäologische Grabungen in Baden
2009	Sondierungen und Bauuntersuchungen
2013/2014	Grabung Bäderquartier/Limmatknie
2015	Grabung Verenaäcker

Mit der Grabung Baden-Limmatknie wurden im April 2012 die Grossgrabungen im Bäderquartier abgeschlossen. Ausstehend ist noch die Grabung im Bereich der Park- und Bäderstrasse, welche aus technischen Gründen erst unmittelbar vor Baubeginn des neuen Thermalbades stattfinden kann, sowie die Abbruch- und Baubegleitungen. Auch bei diesen Arbeiten werden die ausserordentliche Dichte an archäologischen Befunden und die komplexe Geologie (die Arbeiten erfolgen in unmittelbarer Nähe der Thermalquellen) eine besondere Herausforderung darstellen. Die noch ausstehenden Untersuchungen werden mit grossem Aufwand für die Koordination der Grabungsabläufe mit Planungsprozessen und Bauabläufen seitens der Stadt Baden und der Bauherrschaft verbunden sein. Ihre zeitliche Dauer und ihr Umfang ist in wesentlichem Masse von bauplanerischen Faktoren abhängig.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2009-0092 vom 23.06.2009, GRB 2009-0269 vom 20.10.2009, GRB 2010-0887 vom 26.10.2010 und GRB 2011-1334 vom 21.6.2011	Mio. Fr.	7.82

340E003	Kooperative Speicherbibliothek (Kanton Luzern)
2010-2014	Planung
2014-2015	Auslagerungsvorbereitung
2015	Baubeginn
2016	Bezug

Die Magazinkapazitäten der Kantonsbibliothek werden in wenigen Jahren erschöpft sein. Aus diesem Grund beteiligt sich der Kanton Aargau am Projekt einer interkantonalen Speicherbibliothek mit einem zentralen Hochregallager, in dem Buchbestände der beteiligten Bibliotheken aufbewahrt werden. Der dadurch frei werdende Platz in der Kantonsbibliothek kann neu genutzt werden. Synergieeffekte erlauben einen effizienten Lieferdienst und machen Dienstleistungsangebote wie Digitalisierungen möglich. Die kooperative Speicherbibliothek soll ihren Standort im Kanton Luzern haben. Der Zeitplan des federführenden Departements des Kantons Luzern sieht die Ersteinlagerung von Beständen im Jahr 2016 vor.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.29

340E004	Gezielte Kulturvermittlungsangebote für Erwachsene
2013	Eingeladen II für gemeinnützige Vereine
2013-2016	Freiwilligenprogramm zur Erreichung neuer Bevölkerungskreise
2014	Zusätzliche Angebote kantonale Museen für Menschen mit Behinderung
2015	Eingeladen III

Der Kanton Aargau hat sich dank einer Konzentration der Kräfte und einer gezielten Förderung der Kulturvermittlung an ein junges Publikum in eine führende Position gebracht. In den folgenden Jahren sollen sich die Vermittlungsaktivitäten darüber hinaus vermehrt an alle Altersschichten und Bevölkerungsgruppen richten. Die Bereitstellung entsprechender Angebote wird Bestandteil aller kantonseigenen Kulturinstitutionen und über Leistungsverträge auch der kommunalen und privaten Beitragsempfänger. Bei den kantonalen Museen werden im Bereich Barrierefreiheit zusätzliche spezifische Angebote geschaffen. Das Freiwilligenprogramm wurde nach der erfolgreichen Pilotphase bis 2016 verlängert, um neue Einsatzgebiete zu erschliessen und zu evaluieren. Das Programm Eingeladen wird weiterentwickelt; es ist geplant, 2015 eine weitere Bevölkerungsgruppe gezielt anzusprechen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.22

340E022	Dokumentations- und Informationszentrum Aargau
2013	Analyse, Grobkonzept
2014	Detailkonzept, Pilot
2015	Umsetzung und Aufbau Dienstleistungen
2016	Aussenauftritt unter gemeinsamem Dach

Die jährlich produzierte Menge an digitalen Publikationen, sowohl der neuen (born-digital) als auch der nachträglich digitalisierten Publikationen, nimmt rasch zu. Neben den schriftlichen Dokumenten haben die audiovisuellen Medien im Laufe des 20. Jahrhunderts die Funktion von Leitmedien übernommen. Die Informations- und Kommunikationstechnologie der letzten Jahre hat diese Entwicklung beschleunigt und zu einer explosionsartigen Zunahme der Datenmenge geführt. Diese tiefgreifende und rasch voranschreitende Entwicklung stellt die Kantonsbibliothek und das Staatsarchiv vor grosse Herausforderungen in Bezug auf die inhaltliche und qualitative Entwicklung ihrer Bestände und an die Infrastruktur. Im Rahmen eines Projekts wollen die beiden Institutionen übergreifende Lösungen erarbeiten. Gleichzeitig sollen die neuen Möglichkeiten der Informationstechnologie für die Vermittlung genutzt werden. Orientierungsmodell bildet ein modernes Informations-, Dokumentations- und Medienzentrum, das die Kompetenzen bündelt und der interessierten Öffentlichkeit, der Verwaltung, Studierenden sowie Schülerinnen und Schülern vielfältiges und umfassendes Informations- und Quellenmaterial zur Beschäftigung mit Gegenwartsfragen und Zeitgeschichte ermöglicht. Ein Baustein eines solchen Zentrums soll auch das Ringier Bildarchiv werden, das über den Swisslos-Fonds finanziert wird. Der Aufbau eines solchen Zentrums ist modular denkbar.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

340E024	Kantonsarchäologie Strategieentwicklung
2013	Analyse und Zielsetzung
2013-2014	Konzeption
2014-2017	Umsetzung und Evaluation

Die Bautätigkeit im Kanton Aargau ist nach wie vor intensiv und grossflächig. Gemäss ihrem gesetzlichen Kernauftrag hat die Kantonsarchäologie archäologische Stätten, die nicht erhalten werden können, vor ihrer Zerstörung wissenschaftlich zu untersuchen und zu dokumentieren, was angesichts der Zunahme der Feldeinsätze in den letzten Jahren und der gleichzeitigen Verknappung der staatlichen Finanzmittel eine grosse Herausforderung darstellt. Die Kantonsarchäologie reagiert darauf mit einer Überprüfung der strategischen Ausrichtung und der Handlungsmaximen und wird Massnahmen und Schwerpunktsetzungen ableiten. Dieser Prozess wird im Rahmen des ordentlichen Stellenetats und des Globalbudgets durchgeführt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 340Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das kreative Potenzial sowie die Vielfalt und Qualität des kulturellen Angebots im Kanton werden gefördert.								
01 Eingereichte Gesuche und Jurierungsanmeldungen Aargauer Kuratorium	Anzahl	693	800	700	700	700	700	○
02 Eingereichte Gesuche Swisslos-Fonds	Anzahl	254	240	255	255	255	255	○
03 Bewilligte Gesuche Aargauer Kuratorium	Anzahl	393	400	400	400	400	400	◑
04 Bewilligte Gesuche Swisslos-Fonds	Anzahl	146	140	150	150	150	150	◑
12 Fördermittel des Kuratoriums für das aktuelle Kulturschaffen	1000 Fr.	-	6'200	6'200	6'300	6'400	6'400	●
07 Vom Kuratorium geförderte Kulturkommissionen und -träger in den Gemeinden	Anzahl	35	47	35	35	35	35	◑
10 Leistungsvereinbarungen mit Kulturinstitutionen des Kuratoriums und der Abteilung Kultur gemäss § 10 Kulturgesetz	Anzahl	17	19	18	18	19	19	●
13 Betriebsbeiträge für Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung gemäss § 10 Kulturgesetz	1000 Fr.	-	2'350	2'350	2'450	2'700	2'700	●

Die Kulturförderung erfolgt über das Aargauer Kuratorium, den Swisslos-Fonds und mittels Leistungsvereinbarungen. Das Aargauer Kuratorium ist abschliessend zuständig für die Förderung des professionellen künstlerischen Schaffens. Das seit 1. Januar 2010 geltende Kulturgesetz erlaubt die Unterstützung von Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung aus allen Bereichen des Kulturlebens. Die entsprechenden Betriebsbeiträge sind Bestandteil des Globalbudgets des Aufgabenbereichs. Die Kommission für Kulturfragen berät den Regierungsrat bei der Auswahl der Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung und bei übergreifenden kulturpolitischen Fragestellungen.
01: Die Gesuche und Jurierungsanmeldungen an das Aargauer Kuratorium unterliegen jährlichen Schwankungen, der Budget- und die Planwerte beruhen auf dem Ist-Wert 2012.
02: Die Gesuche an den Swisslos-Fonds unterliegen jährlichen Schwankungen, die Planwerte beruhen auf den Erfahrungswerten der Vorjahre.
12: Die Erhöhung der Fördermittel des Kuratoriums in den Planjahren ist begründet in der Schwerpunktsetzung im Bereich Theater (unter anderem Kinder- und Jugendtheater) und in den vorgesehenen Beitragserhöhungen bei diversen Institutionen.
07: Die Mehrspartenprogramme der Kulturkommissionen und -kulturträger werden im Fachbereich "Regionale Kulturveranstalter" behandelt. Dieser Fachbereich entstand Anfang 2012, nachdem im Jahr zuvor beschlossen wurde, die damaligen Fachgruppen "Jugendkultur" und "Spartenübergreifendes" aufzulösen. Im Zusammenhang mit dieser Reorganisation erwies es sich als sinnvoll, die Mehrspartenprogramme von regionalen Kulturveranstaltern mit einem Jahresbeitrag von mehr als Fr. 20'000 in den Fachbereichen "Theater und Tanz" sowie "Musik" und nicht im Fachbereich "Regionale Kulturveranstalter" zu behandeln. Diese Verschiebung erklärt die Abweichung zur ursprünglich geschätzten Zahl von 47.
10: Der Budgetwert 2013 hat sich als zu hoch herausgestellt, weil der vorgesehene kooperative Fördervertrag mit Flamencos en route 2012 durch jährlich gesprochene Programmbeiträge ersetzt wurde und daher nicht mehr zu den Leistungsvereinbarungen zählt. Ab 2016 soll eine weitere kulturelle Institution kantonale Betriebsbeiträge gemäss § 10 Kulturgesetz erhalten.
13: Die Erhöhung der Fördermittel zwischen den Jahren 2014 und 2015 ist auf eine geringfügige Erhöhung der Betriebsbeiträge für Erneuerungsgesuche ab 2015 zurückzuführen. Die Erhöhung ab 2016 ist bedingt durch den beabsichtigten Abschluss einer Leistungsvereinbarung mit einer weiteren Institution (vgl. 340Z001-I10).

Ziel 340Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die kantonalen Museen sind schweizweit positioniert und werden rege besucht.								
01 Wechselausstellungen	Anzahl	15	16	14	14	15	14	●
02 Besucher/innen Museum Aargau	Anzahl	194'343	183'000	193'000	199'000	204'000	211'000	◑
03 Besucher/innen des Kunsthauses	Anzahl	40'447	35'000	35'000	35'000	35'000	35'000	◑
04 Besucher/innen des Vindonissa-Museums	Anzahl	11'562	12'000	12'000	12'000	12'000	12'000	◑
08 Anteil ausserkantonaler Besucher/innen	%	53	55	55	56	56	56	◑
06 Medienberichte Museum Aargau und Aargauer Kunsthaus	Anzahl	919	1'035	1'005	1'085	1'005	1'005	◑

01: Der Indikator beinhaltet die Wechselausstellungen des Museum Aargau, des Aargauer Kunsthauses sowie des Vindonissa-Museums. Im Aargauer Kunsthaus werden die Ausstellungen tendenziell grösser und aufwändiger programmiert und binden somit finanzielle, räumliche und personelle Ressourcen stärker. Deshalb sind dort neu 9 anstelle von bisher 11 Wechselausstellungen geplant. Aufwendigere Ausstellungen haben im Gegenzug das Potenzial, mehr Publikum anzuziehen und in der Folge mehr Einnahmen zu generieren. Im Planjahr 2016 ist im Museum Aargau eine Sonderausstellung zur Industriegeschichte vorgesehen.
02: Der Indikator fasst die Besuchenden der Schlösser Lenzburg, Hallwyl, Wildegg und Habsburg sowie der Klosterkirche Königsfelden zusammen. Nicht eingerechnet sind die Besuchenden des Legionärspfads. Auf der Basis einer weiterhin attraktiven Angebotsgestaltung und einem aktiven Marketing ist an den meisten Standorten in den Planjahren mit einem leichten Anstieg der Besucherzahlen zu rechnen. Die geplante markante Steigerung der Besucherzahlen im Schloss Habsburg ab 2014 ist auf die Einrichtung eines Audiorundgangs für die Individualbesucher zurückzuführen, die mit einer elektronischen Schranke im Schlossturm gezählt werden.
03: Der Budgetwert und die Planwerte entsprechen dem durchschnittlichen Wert der letzten Jahre. Eine genaue Voraussage der Publikumswirksamkeit der Wechselausstellungen ist schwierig. 2012 war die Ausstellung zu Roman Signer ausserordentlich erfolgreich und trug massgeblich zum Übertreffen des Durchschnittswerts bei.
06: 2015 wird mit dem Erinnerungsjahr 1415 thematisch auch die Schweizer Bevölkerung angesprochen, was die ausserkantonale Berichterstattung ansteigen lassen dürfte. Im Jahr 1415 ging im Aargau, mit Ausnahme des Fricktals, die lange Ära der habsburgischen Herrschaft zu Ende. Durch die eidgenössische und insbesondere bernische Eroberung wurden in den Regionen des nachmaligen Kantons Aargau die Weichen für die Zukunft neu gestellt. Im 2015 soll 600 Jahre später an dieses einschneidende Ereignis und seine Folgen für den Aargau und die Schweiz in breit angelegten Vermittlungsaktivitäten unter Beteiligung der Regionen erinnert werden.

Ziel 340Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Das Kulturgut wird gesammelt, erforscht und zugänglich gemacht sowie vor Zerstörung und Verlust geschützt.								
01 Werke in der Sammlung des Kunsthauses	Anzahl	16'072	15'300	16'300	16'400	16'500	16'600	●
02 Leihgaben des Kunsthauses (ausgehend und eingehend)	Anzahl	683	-	350	370	390	410	◑
03 Archäologische Grabungen	Anzahl	93	125	125	125	125	125	◑
04 Forschungsprojekte (ausgewertete Grabungen) der Kantonsarchäologie	Anzahl	4	3	4	4	4	4	◑
05 Aufnahme neuer Denkmalschutzobjekte auf kantonaler Stufe	Anzahl	8	8	10	10	10	10	◑
06 Fachberatung zu Schutz- und Baumassnahmen sowie Restaurierungen von Denkmalschutzobjekten (Besprechungen, Augenscheine usw.)	Anzahl	1'113	1'000	1'100	1'100	1'100	1'100	◑
07 Umfang des Archivguts des Staatsarchivs	km	10.4	10.8	11.0	11.3	11.6	11.9	◑

01: Die Anzahl Werke in der Sammlung beruht auf Schätzungen und kann von Jahr zu Jahr schwanken. Sie ist abhängig von den Preisen der Ankäufe und von Neuzugängen durch Schenkungen und Dauerleihgaben.
02: Dieser Indikator wird neu geführt; deshalb fehlt der Budgetwert 2013. Der Indikator macht die zahlreichen Aktivitäten im Bereich Bewirtschaftung des mobilen Kulturguts sichtbar. Grundsätzlich nehmen die Aktivitäten der Museen zu, das heisst der Markt wächst. Die Anzahl der Museen in der Schweiz und die damit verbundene Zahl der Ausstellungen wächst stetig. Daher verzeichnet das Aargauer Kunsthaus immer mehr ausgehende Leihgaben. Bei den eingehenden Leihgaben ist ebenfalls ein leichter Anstieg zu verzeichnen, weil auch das Kunsthaus tendenziell immer aufwändigere Ausstellungen macht und somit mehr Leihgaben bezieht. Die hohen Werte im Jahr 2012 stehen im Zusammenhang mit der Ausleihe der Sammlung Züst ans Centre Culturel Suisse (CCS) in Paris sowie mit der Ausstellung "Stille Reserven".
03: Verlässliche Prognosen zu diesem Indikator sind schwierig, weil die Kantonsarchäologie reaktiv tätig wird. Der Budgetwert und die Planwerte beruhen auf Durchschnittszahlen der letzten Jahre. Im Jahr 2010 waren es 126 Grabungen, im Jahr 2011 139 Grabungen. Nicht klar vorhersehbar ist das jeweilige Grabungsvolumen (Grösse der Intervention).
04: Die Anzahl der ausgewerteten Grabungen steigt aufgrund der im Rahmen der Vindonissa-Professur verfassten Dissertationen, Lizentiats- und Masterarbeiten über archäologische Ausgrabungen im Aargau.
05: Die Denkmalpflege kümmert sich um die fristgerechte Abwicklung der Aufnahmeverfahren. Der Grossteil der Unterschutzstellungsverfahren geschieht auf Antrag Dritter und ist schlecht planbar. Die hier angegebenen Planwerte entsprechen den Erfahrungswerten. In den nächsten Jahren sollen zudem die wichtigsten Kirchenbauten des 20. Jahrhunderts unter Schutz genommen werden.
06: Die Prognosewerte zu den Fachberatungen an Schutzobjekten sowie deren Subventionierung und Dokumentation beruhen auf mehrjährigen Vergleichszahlen.
07: Die maximale Magazinkapazität beträgt 15 Kilometer. Sie kann jedoch wegen Überformaten von Archivgut nur zu 93 Prozent ausgenutzt werden. Die maximale Belegung beträgt damit 14 Laufkilometer. Der Budgetwert 2013 wurde zu tief gesetzt; für die kommenden Jahre wird eine lineare Entwicklung angenommen.

Ziel 340Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die kantonalen Kulturinstitutionen ermöglichen der Bevölkerung Vergangenheit und Gegenwart zu erleben und zu reflektieren sowie sich mit der Zukunft auseinanderzusetzen.								
01 Veranstaltungen und Führungen	Anzahl	2'891	2'550	3'016	3'016	3'016	3'016	●
02 Teilnehmende Veranstaltungen und Führungen	Anzahl	61'940	61'500	61'800	61'800	61'800	61'800	◑
03 Publikationen der kantonalen Kulturinstitutionen	Anzahl	27	27	23	24	23	23	●
04 Individuelle Anfragen für Fachberatung des Aargauer Kunsthauses	Anzahl	-	-	350	350	350	350	◑
05 Grabungsführungen	Anzahl	50	60	60	60	60	60	●
06 Führungen und Referate der Denkmalpflege	Anzahl	56	30	40	40	40	40	●

01/02: Die Indikatoren setzen sich zusammen aus den entsprechenden Angeboten bzw. Teilnehmenden im Museum Aargau (ohne Legionärspfad), im Aargauer Kunsthaus sowie im Vindonissa-Museum.
03: Der Rückgang gegenüber 2013 erklärt sich dadurch, dass das Aargauer Kunsthaus 6 anstelle von bisher 10 Publikationen plant, weil die Publikationen umfangreicher und demzufolge aufwändiger und kostenintensiver werden (vgl. 340Z002-I01). 2015 ist eine zusätzliche Publikation des Museum Aargau zum "Schicksalsjahr 1415" geplant.
04: Der Indikator wird neu geführt; der Ist-Wert 2012 und der Budgetwert 2013 liegen deshalb nicht vor. Neben den zahlreichen täglichen Anfragen sind insbesondere die Anfragen für Fachberatungen sehr aufwändig und bedingen interne Recherchen. Dabei geht es um Fragen, ob beispielsweise ein Werk als Leihgabe genommen werden soll, ob ein angebotenes Werk gekauft werden soll, wie Werke eingeschätzt werden oder mit welchen Auktionshäusern Interessenten zusammenarbeiten sollen.
06: Eines der wichtigsten Ziele der kantonalen Denkmalpflege ist die Öffentlichkeitsarbeit, welche in breiten Kreisen das Verständnis der denkmalpflegerischen Arbeit vertiefen kann. Einladungen für Referate und Anfragen für private Führungen sind schlecht planbar, deshalb sind die Planwerte gegenüber 2012 vorsichtig gesetzt.

Ziel 340Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Öffentlichkeit, Verwaltung und Forschung profitieren von erschlossenem Quellenmaterial und einer umfassenden Dokumentation von publizierten Informationen zum Aargau.								
01 Zuwachs an bewerteten, elektronisch erschlossenen Archiveinheiten des Staatsarchivs	Anzahl	6'582	12'000	10'000	10'000	6'000	6'000	●
02 Forschungsarbeiten durch externe Wissenschaftler/innen und an Universitäten mit Archivgut des Staatsarchivs	Anzahl	103	90	90	95	99	103	◑
03 Archivdienstleistungen des Staatsarchivs	Anzahl	2'004	1'650	1'700	1'750	1'800	1'850	◑
04 Verfügbare Medien der Kantonsbibliothek	Anzahl	728'233	737'000	744'000	748'200	755'200	762'200	●
08 Anteil der E-Publikationen am Zuwachs der Medien der Kantonsbibliothek	%	19	10	10	10	15	20	●
05 Zuwachs an Publikationen aus dem Aargau und über den Aargau	Anzahl	2'629	-	3'000	3'000	3'000	3'000	○
06 Ausleihen pro Jahr der Kantonsbibliothek	Anzahl	38'416	38'800	39'000	39'000	39'500	40'000	◑

01: Im Jahr 2012 wurde eine grössere Zahl von Beständen aus dem 19. Jahrhundert erschlossen. Deren Bearbeitung ist aufgrund der höheren Anforderungen im Bereich der Verzeichnung weitaus zeitaufwändiger als bei den Fonds aus dem 20. und 21. Jahrhundert. Insofern dürfte auch der Budgetwert 2013 deutlich zu hoch gesetzt sein. Mit dem Fortgang des Projekts Erschliessung und Konservierung von priorisierten Archivbeständen wird in den Jahren 2014 und 2015 mit einer überdurchschnittlichen Zunahme der bewerteten, elektronisch erschlossenen Archiveinheiten gerechnet.
02: Der Indikator widerspiegelt die Vernetzung des Staatsarchivs mit dem wissenschaftlichen Umfeld. Erfasst sind sämtliche im Budget- und im jeweiligen Planjahr laufenden Forschungsarbeiten. Diese umfassen Dissertationen, Master-, Bachelor- und Semesterarbeiten von Studierenden sowie andere Forschungsprojekte. Die Forschungsarbeiten sind erfahrungsgemäss im Umfang sehr unterschiedlich, wobei grössere Arbeiten häufig in eine Publikation münden. Der Anstieg in den Planjahren kann folgendermassen begründet werden: Zum einen werden durch das laufende Projekt "Erschliessung priorisierter Bestände" Bestände des Staatsarchivs der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Zum anderen will sich das Staatsarchiv Aargau durch die geplante Erneuerung des Archivinformationssystems im Internet als ein grosses Archiv positionieren. Dies führt zu einer Zunahme der Zahl der Benutzungen der Bestände des Staatsarchivs.
03: Der Indikator setzt sich aus den Positionen Archivbesuche, Reproduktionsaufträge, Teilnehmende an Führungen sowie Ausleihen ausser Haus zusammen. Im 1. Quartal 2014 ist die Inbetriebnahme des neuen Archivinformationssystems geplant. Damit sind die Verzeichnisse der Bestände des Staatsarchivs für die Benutzer online konsultierbar. Folglich ist mit einer kontinuierlichen Zunahme der Archivdienstleitungen zu rechnen.
04: Im Jahr 2015 werden weniger neue Medien angeschafft als in den übrigen Jahren. Deshalb fällt der Zuwachs in diesem Jahr geringer aus.
08: E-Publikationen sind E-Books, die von den Benutzerinnen und Benutzern der Kantonsbibliothek über eine Internetplattform ausgeliehen werden können. Der Kauf erfolgt gegenwärtig aus dem bestehenden Erwerbungsbudget, die Zahlen sind dementsprechend noch gering. Nach einer Einführungsphase wird aufgrund der Nutzungszahlen entschieden, in welchen Fachgebieten Print abgebaut und E-Bestände erweitert werden sollen. Der Anteil war 2012 besonders hoch, weil einmalig mit Mitteln ausserhalb des Erwerbungsbudgets ein E-Book-Bestand aufgebaut wurde, um eine Basis zu schaffen.

05: Der Indikator wird neu geführt; der Budgetwert 2013 wurde nicht erhoben. Der Zuwachs ist abhängig von der Publikationstätigkeit im Kanton. Als Basis dient der Bestandeszuwachs im Jahr 2012.
06: Das Wachstum wird im Jahr 2015 gebremst, weil weniger neuer Medien angeschafft werden als in den übrigen Jahren.

Ziel 340Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Kinder und Jugendliche erhalten Zugang zu einem hochstehenden Kulturleben.								
01 Anträge Kultur macht Schule	Anzahl	1'300	1'900	1'350	1'400	1'450	1'450	
02 Beteiligte Schüler/innen am Projekt Kultur macht Schule	Anzahl	69'713	80'000	72'500	75'000	77'500	77'500	
03 Schulträger (Gemeinden und Schulverbände) mit Kulturverantwortlichen	Anzahl	143	140	150	155	160	160	

01: Im Budget 2013 ist die Anzahl Anträge aufgrund fehlender Erfahrungswerte zu hoch budgetiert worden. In den Jahren 2014 bis 2016 wird ein Ausbau der Angebote mittels neuen Schwerpunkten und zeitgemässen Vermittlungsformen angestrebt. Demgemäss wird in den Planjahren eine Zunahme der Anzahl Anträge erwartet.
02: Im Budget 2013 ist die Anzahl beteiligte Schülerinnen und Schüler aufgrund fehlender Erfahrungswerte zu hoch budgetiert worden. Ziel ist es, in den Jahren 2014 bis 2016 die Beteiligung mittels zusätzlichen Vermittlungsformen und neuen Angeboten zu steigern, insbesondere durch das geplante bikantonale Projekt zur Architekturvermittlung der beiden Kantone Solothurn und Aargau. Die Anzahl Schülerinnen und Schüler sowie Anzahl Anträge hängen von der Konzipierung neuer Angebote und Kommunikationsstrategien sowie der zur Verfügung stehenden Ressourcen ab.
03: Die Kulturverantwortlichen an Schulen erbringen einen grossen Nutzen für die weitere Etablierung der kulturellen Bildung im Kanton Aargau. Das Interesse von Schulen und Gemeinden an der Einsetzung von Kulturverantwortlichen ist nach wie vor hoch. Das Potenzial ist noch nicht ausgeschöpft. Deshalb dürfte sich die Anzahl Schulträger mit Kulturverantwortlichen weiter erhöhen.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**34'634**	**35'768**	**3.3%**	**35'138**	**36'688**	**37'823**
Globalbudget Aufwand	**-**	**37'662**	**39'152**	**4.0%**	**38'710**	**40'130**	**41'203**
30 Personalaufwand	-	18'392	18'802	2.2%	18'322	18'160	17'977
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	7'996	8'862	10.8%	8'467	9'421	10'163
36 Transferaufwand	-	11'274	11'489	1.9%	11'922	12'549	13'063
Globalbudget Ertrag	**-**	**-3'028**	**-3'384**	**11.8%**	**-3'573**	**-3'441**	**-3'380**
42 Entgelte	-	-2'535	-2'727	7.6%	-2'776	-2'804	-2'848
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-293	-298	1.7%	-293	-293	-293
46 Transferertrag	-	-200	-359	79.5%	-504	-344	-239
LUAE Saldo	**-**	**5'800**	**5'800**	**0.0%**	**5'800**	**5'911**	**5'911**
LUAE Aufwand	**-**	**6'300**	**6'300**	**0.0%**	**6'300**	**6'411**	**6'411**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	-		-	111	111
36 Transferaufwand	-	5'800	5'800	0.0%	5'800	5'800	5'800
37 Durchlaufende Beiträge	-	500	500	0.0%	500	500	500
LUAE Ertrag	**-**	**-500**	**-500**	**0.0%**	**-500**	**-500**	**-500**
47 Durchlaufende Beiträge	-	-500	-500	0.0%	-500	-500	-500
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**1'028**	**93**	**-90.9%**	**199**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**1'028**	**93**	**-90.9%**	**199**	**-**	**-**
50 Sachanlagen	-	1'028	93	-90.9%	199	-	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Budgetjahr

Der Aufwand im Globalbudget steigt insgesamt um rund 1.49 Mio. Franken. Davon entfallen Fr. 150'000 auf zusätzlichen Personalaufwand für Praktikantinnen und Praktikanten, befristet angestellte Projektmitarbeitende für die Grabung Frick Gänsacker und für temporär angestellte Hilfskräfte im Museum Aargau. Der Sach- und Betriebsaufwand erhöht sich aufgrund der Jahrestranchen neuer Verpflichtungskredite für die Auslagerung von Buch- und Zeitschriftbeständen der Kantonsbibliothek in die Kooperative Speicherbibliothek (vgl. 340E03), für mehrere Notgrabungen, unter anderem in Frick, Bad Zurzach, Kaiseraugst, Kaiserstuhl, Windisch und Baden sowie für die Auswertungen der Grabungen Baden Bäderquartier und Windisch Römerblick. Der Transferaufwand steigt infolge einer Erhöhung des jährlichen Beitrags ans Naturama (Fr. 214'000) zur Deckung der Overheadkosten im Bereich Umweltbildung und für den Liegenschaftsunterhalt.
Beim Ertrag rechnet das Museum Aargau mit Mehreinnahmen bei den Eintritten; auch bei den Dienstleistungen, den Museumsshops und -cafés werden höhere Umsätze erwartet. Mit einer Ertragssteigerung bei den Eintritten und Vermittlungsaktivitäten rechnet auch das Kunsthaus. Die deutliche Zunahme beim Transferertrag ergibt sich infolge eines Beitrags des Schweizerischen Nationalfonds für die Auswertung Baden Bäderquartier. Zudem werden aufgrund der Erfahrungswerte der vergangenen Jahre höhere Auszahlungen aus Sozialversicherungen budgetiert.

Planjahre

Die Schwankung beim Personal- und Sachaufwand ist abhängig von den eingestellten Jahrestranchen der Verpflichtungskredite für archäologische Grabungen. Generell lässt sich festhalten, dass die Planbarkeit der Notgrabungen gering ist. Beim Transferaufwand ist ab dem Jahr 2015 neu der Betriebsbeitrag für die Kooperative Speicherbibliothek in der Höhe von Fr. 208'000 budgetiert. Der Betriebsbeitrag deckt den Mietzins für den von der Kantonsbibliothek beanspruchten Speicherraum, den anteilsmässigen Aufwand für Logistik, Verwaltung und Service sowie die Anlieferung der von der Kantonsbibliothek bestellten Medien. Im Jahr 2015 werden die Betriebsbeiträge für Kulturinstitutionen von mindestens kantonaler Bedeutung um Fr. 100'000 und im Jahr 2016 um Fr. 250'000 erhöht. Die Fördermittel des Kuratoriums für das aktuelle Kulturschaffen steigen in den Jahren 2015 und 2016 um je Fr. 100‘000. Gleichzeitig werden die Förderbeiträge der Denkmalpflege um Fr. 250'000 aufgestockt. Eine weitere Erhöhung um Fr. 500'000 erfolgt 2017. Beim Ertrag rechnet das Museum Aargau weiterhin mit einer kontinuierlichen Zunahme der Einnahmen aus Eintritten, aus der Geschichtsvermittlung und aus Dienstleistungen. Beim Transferertrag sind 2015 und 2016 noch einmal Mittel vom Schweizerischen Nationalfonds für die Auswertung Baden Bäderquartier budgetiert.

Investitionsrechnung

Der Aufwand in der Investitionsrechnung reduziert sich im Budgetjahr, weil nach Abschluss des Projekts LAEDAG die Informatikinvestitionen entfallen. In den Planjahren sind Mittel für ein neues Archivinformationssystem des Staatsarchivs budgetiert.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**40'434**	**41'568**	**2.8%**	**40'938**	**42'599**	**43'733**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	111	111
+ Nettoinvestitionen	-	1'028	93	-90.9%	199	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**41'462**	**41'661**	**0.5%**	**41'137**	**42'488**	**43'623**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Interkant. Kulturlastenausgleich							
Saldo	**-**	**5'800**	**5'800**	**0.0%**	**5'800**	**5'800**	**5'800**
Total Aufwand	-	5'800	5'800	0.0%	5'800	5'800	5'800
Verschiedene Beiträge an private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	5'800	5'800	0.0%	5'800	5'800	5'800
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**4'296**	**4'122**	**-4.1%**	**3'413**	**4'088**	**4'388**
	VK-Globalbudget	-	3'268	4'029	23.3%	3'214	4'088	4'388
	VK-Investitionsrechnung	-	1'028	93	-90.9%	199	-	-

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**1'673**	**1'996**	**19.3%**	**1'391**	**1'824**	**2'004**
	Aufwand	-	1'673	2'116	26.5%	1'656	1'929	2'004
	Ertrag	-	-	-120		-265	-105	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'110**	**1'435**	**29.3%**	**1'591**	**1'931**	**2'176**
	Aufwand	-	1'110	1'435	29.3%	1'591	1'931	2'176
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'488**	**666**	**-55.2%**	**331**	**208**	**208**
	Aufwand	-	2'438	1'663	-31.8%	331	208	208
	Ertrag	-	-950	-997	4.9%	-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
MA Schloss Wildegg									
VK, wiederkehrender A.	12.01.2010	965	965	-	1'493	-	-	-	-
KB Kooperative Speicherbibliothek									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	293	293	-	170	123	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	geplant	208	208	-	-	208	208	208	-
LAEDAG									
VK, einmaliger Aufwand	20.10.2009	1'610	-	-	-	-	-	-	
ZK, einmaliger Aufwand	18.01.2011	2'910	4'520	716	-	-	-	-	

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**152.02**	**142.43**	**151.43**	**6.3%**	**138.63**	**136.63**	**123.13**
Ordentliche Stellen	132.75	124.13	123.13	-0.8%	123.13	123.13	123.13
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	19.27	18.30	28.30	54.6%	15.50	13.50	0

Aufgabenbereich 410: Finanzen

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich ist die Drehscheibe für die Finanzaufgaben des Kantons. Er erstellt den Aufgaben- und Finanzplan mit Budget sowie den Jahresbericht mit Jahresrechnung des Kantons in enger Zusammenarbeit mit den Departementen und der Staatskanzlei. Er führt das Finanzcontrolling und ist verantwortlich für die Anwendung des Finanzrechts. Der Aufgabenbereich betreut die Führung der Beteiligungen des Kantons, bereitet finanzpolitische Grundlagen vor und bearbeitet finanzpolitische Projekte. Er nimmt in Zusammenarbeit mit den Departementen die kantonale Rechnungslegung vor und betreut die im Rechnungswesen eingesetzten Informatiksysteme. Der Aufgabenbereich ist verantwortlich für die Bereitstellung der notwendigen Liquidität für den zentralen Zahlungsverkehr. Dazu gehört die Bewirtschaftung aller Finanzanlagen und des kurz- und langfristigen Fremdkapitals.

Zuständige Kommission
Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF)

Leistungsgruppen
LG 410.10 Finanzpolitik und Beteiligungen
LG 410.20 Finanzhaushalt und Controlling
LG 410.30 Rechnungswesen und Systeme
LG 410.40 Tresorerie

Organisation
Statistik Aargau wurde bisher als Produktegruppe innerhalb des Aufgabenbereichs 410 (Finanzen, Controlling und Statistik) geführt und wird neu in der vorliegenden Planung als eigener Aufgabenbereich (AB 415) ohne Leistungsgruppen ausgewiesen.

Umfeld
Die Wirtschaftsentwicklung beeinflusst massgeblich den finanziellen Handlungsspielraum des Kantons. Im Budgetjahr wächst die Wirtschaft im Kanton Aargau voraussichtlich mit 2,2 Prozent kräftig, in den darauffolgenden Jahren wird sich das Wachstum leicht schwächer fortsetzen. Das Umfeld wird weiterhin stark geprägt sein von der volatilen Entwicklung der Zinsen an den Finanzmärkten. Trotz stabiler Steuereinnahmen des Kantons ergibt sich aufgrund von steigenden Anforderungen bei der Erfüllung der öffentlichen Aufgaben ein zunehmender Druck auf den Finanzhaushalt.

Mit der Umstellung der Rechnungslegung nach dem neuen Finanzrecht wird dem Parlament die neue Bilanz unterbreitet (E003).

Risiken
Trotz des guten Wirtschaftswachstums verbleiben bedeutende Risiken. So ist die Wirtschaftslage bei wichtigen Handelspartnern weiterhin instabil. Sofern sich weitere negative Entwicklungen ergeben, hätte dies auch Auswirkungen auf den Kanton. Veränderungen in den Finanzmärkten und Zinserhöhungen könnten den Staatshaushalt zusätzlich belasten. Der Ausgleich des Finanzhaushalts verlangt nach rasch wirksamen Massnahmen. Ohne gezielte Gegenmassnahmen kann eine Schuldenwirtschaft nicht vermieden werden.

Risiken können sich auch aus der Umsetzung des neuen Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (nGAF) und der Neukonzipierung der Rechnungswesenapplikation ergeben.

Handlungsfelder
Die angespannte Haushaltslage erfordert eine besondere Prioritätensetzung bei der Aufgabenerfüllung durch den Kanton sowie eine intensive Steuerung der Aufwand- und Saldoentwicklung.
In der Spezialfinanzierung Sonderlasten sind Lösungen zum Schuldenabbau auszuarbeiten und umzusetzen (E002).
Die Führung der Beteiligungen des Kantons ist mit weiterentwickelten Instrumenten zu stärken und die Refinanzierung der Darlehensfälligkeiten soll primär durch die Beschaffung von kurzfristigem Fremdkapital erfolgen.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

410E001	Überprüfung und Anpassung der Gesetzgebung zur Aargauischen Kantonalbank (AKB)
2013	Evaluation und Überprüfung des Anpassungsbedarfs
2014	Normkonzept
2014	Anhörungsverfahren
2015	Botschaft 1. Beratung
2015	Botschaft 2. Beratung
2016	Inkrafttreten

Die pendenten Vorstösse zur Finanzmarktkrise, zur Vergütung der Bankleitung und zu Beteiligungen der AKB werden bearbeitet. Im Zuge der neuen Eigenkapitalvorschriften der FINMA hat sich gezeigt, dass auch die entsprechenden Vorgaben für die AKB gemäss kantonalem AKB-Gesetz überprüft werden müssen. Ebenso soll die Aktualisierung der Public Corporate Governance Regeln geprüft werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

410E002	Vorbereitung geeigneter Massnahmen zur Reduktion der Schuld der Spezialfinanzierung Sonderlasten
2010	Situationsanalyse
2013	Prüfung und Ausarbeitung von Finanzierungsvarianten
2017	Umsetzung und Anwendung der beschlossenen Massnahmen

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

410E003	Bilanzanpassungsbericht
2013	Umschreibung Bilanz per 31.12.2012
2014	Definitiver Bilanzanpassungsbericht mit der Jahresrechnung 2013

Die Überarbeitung der Rechnungslegung wird eine veränderte Bilanz zur Folge haben. Ziel und Aufgabe des Bilanzanpassungsberichts ist es, die Überleitung von der alten zur neuen Bilanz im Einzelnen nachzuvollziehen und zu dokumentieren. Die dafür notwendigen finanziellen Aufwendungen werden im Verpflichtungskredit des AB 100 geführt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 410Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Finanzteil im Aufgaben- und Finanzplan (AFP), im Jahresbericht (JB) sowie zu den Nachtragskrediten ist frist- und benutzergerecht erarbeitet.								
Aufgaben- und Finanzplan								
01 Terminüberschreitung bei den Botschaftsvorlagen AFP	Tage	0	0	0	0	0	0	●
02 Parlamentarische Änderungswünsche zum Finanzteil AFP	Anzahl	-	-	0	0	0	0	●
Jahresbericht								
03 Terminüberschreitung bei den Botschaftsvorlagen JB	Tage	0	0	0	0	0	0	●
04 Parlamentarische Änderungswünsche zum Finanzteil JB	Anzahl	-	-	0	0	0	0	●
Nachtragskredite								
05 Terminüberschreitung bei den Botschaftsvorlagen Nachtragskredite	Tage	0	0	0	0	0	0	●
06 Botschaften Nachtragskredite/ Sammelvorträge für Verpflichtungskredite	Anzahl	-	-	2	2	2	2	●

Ziel 410Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die finanziellen Auswirkungen von Vorhaben sind umfassend und verständlich dargestellt.								
01 Baukommissions-, Projekt- und Arbeitsgruppensitzungen	Anzahl	305	200	250	250	250	250	●
02 Mitberichte (Finanz- und Aufgabencontrolling)	Anzahl	290	320	260	260	260	260	◑
03 Verwaltungsinterne Schulungen zum Thema Finanzrecht	Anzahl	4	5	4	3	3	3	●

02: Als Folge des neuen Kreditrechts wird damit gerechnet, dass die Anzahl Geschäfte, welche ein Mitberichtsverfahren erfordern, um ca. 10 % abnimmt. Mit den dadurch frei werdenden Ressourcen soll eine Fokussierung auf die finanziell besonders relevanten Regierungsgeschäfte vorgenommen werden.

Ziel 410Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die finanzpolitischen Grundlagen sind aktuell und transparent.								
01 Volkswirtschaftliche Prognosen	Anzahl	3	3	3	3	3	3	●
02 Erhebung und Darstellung der Auswirkungen von finanzpolitisch relevanten Bundesgeschäften	Anzahl	3	3	3	3	3	3	●
03 Stellungnahmen zu Bundesvorlagen und Vorlagen von Kantonskonferenzen (z.B. NFA)	Anzahl	6	6	6	6	6	6	○
04 Planung Finanzen Kanton - Gemeinden	Anzahl	1	1	1	1	1	1	●
05 Broschüre "Öffentliche Finanzen Kanton Aargau"	Anzahl	1	1	1	1	1	1	●

Ziel 410Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Beteiligungen des Kantons werden zentral betreut und über ihre Tätigkeiten wird Transparenz hergestellt.								
01 Kantonale Beteiligungen	Anzahl	37	34	37	37	37	37	◑
02 Beteiligungsreports	Anzahl	2	2	2	2	2	2	●
03 Analyse von Jahresberichten sowie Vorbereitungen und Instruktionen von Generalversammlungen	Anzahl	35	30	37	37	37	37	◑
04 Aktualisierung der Datenblätter pro Beteiligung	Anzahl	1	1	1	1	1	1	●
05 Überarbeitung Eigentümerstrategien	Anzahl	-	-	7	7	7	7	●

01: Der tiefere Wert im Budget 2013 lässt sich durch geplante, aber nicht eingetroffene Annahmen in den Zu- und Abgängen der Beteiligungen erklären.
03: Der Indikator ist abhängig von der Anzahl Beteiligungen. Die Analyse der Jahresberichte und die Vorbereitungen der Generalversammlungen erfolgen gemäss der Verordnung über die Delegation von Kompetenzen des Regierungsrats (SAR 153.111).

Ziel 410Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Finanzanlagen und das Fremdkapital sind optimal bewirtschaftet.								
01 Rating durch Standard & Poor's für den Kanton Aargau	AAA	1	1	1	1	1	1	◑
02 Rendite Kapitalmarkt (Kantone, 8 Jahre)	%	0.7	1.5	1.7	2.0	2.0	2.0	○
03 Geldmarktsatz (3 Monate LIBOR)	%	0.1	0.4	0.5	1.0	1.0	1.0	○
04 Kurz-, mittel- und langfristige Schulden am Jahresende	Mio. Fr.	1'552.0	1'600.0	1'750.0	1'800.0	1'800.0	1'800.0	◑
05 Kurzfristige Finanzanlagen am Geldmarkt, durchschnittlicher Bestand pro Jahr	Mio. Fr.	178.0	400.0	400.0	400.0	400.0	400.0	◑
06 Langfristige Finanzanlagen per Jahresende	Mio. Fr.	8.0	10.0	1.6	0	0	0	◑
07 Unterschreitung des Libors (Referenzzinssatz) im Jahresdurchschnitt beim Aufwand für neues kurzfristiges Fremdkapital	BasPkt.	-	5	5	5	5	5	◑
08 Unterschreitung des mittleren Zinssatzes für mittel- und langfristiges Kapital (SWAP-Satz) beim Aufwand für neues langfristiges Fremdkapital	BasPkt.	4	3	3	3	3	3	◑
09 Überschreitung des Libors (Referenzzinssatz) im Jahresdurchschnitt bei der Rendite von Geldmarktanlagen	BasPkt.	20	5	8	8	8	8	◑
10 Kurzfristiges Fremdkapital (Laufzeit unter einem Jahr) am gesamten Fremdkapital beträgt zwischen 20-30 %	%-Pkt	-	-	15	20	25	25	●

06: Die langfristigen Finanzanlagen werden vollständig abgebaut, da das Risiko-/ Ertragsverhältnis negativ ist.
09: Die Normalisierung der Zinssituation an den Finanzmärkten führt zu einer leichten Erhöhung der Differenz zwischen Libor und Rendite der Finanzanlagen.
10: Aufgrund der hohen Liquidität betrug der Anteil des kurzfristigen Fremdkapitals 2012 0 %. Bis im Jahr 2016 soll mit einem stetigen Aufbau des kurzfristigen Fremdkapitals der Zielwert von 25 Prozentpunkten erreicht werden.

Ziel 410Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Rechnungslegung ist vollständig, nachvollziehbar und verständlich.								
01 Prüfungsaufträge durch das Parlament	Anzahl	-	-	2	2	1	1	●
02 Beanstandungen durch die Finanzkontrolle (FK)	Anzahl	-	-	5	5	3	3	◑
03 Sachfragen der Departemente, Staatskanzlei und Gerichte	Anzahl	-	-	200	200	180	170	◑

Ziel 410Z009	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Betreuung und Gestaltung der für das Rechnungswesen relevanten Informatiksysteme ist gewährleistet.								
01 SAP-Lizenzen	Anzahl	-	-	800	825	850	875	◑
02 First-Level Support SAP	Anzahl	440	400	400	400	400	400	○
03 First-Level Support eBeK	Anzahl	-	200	200	200	200	200	○

01: Die Gesuche um neue Lizenzen werden beurteilt und zur Umsetzung an die Abteilung Informatik weitergegeben.

Ziel 410Z010	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Zahlungsverkehr wird termingerecht abgewickelt.								
01 Zahlungsausgänge pro Jahr	Anzahl	234'805	215'000	330'000	335'000	335'000	340'000	○
02 Manuelle Zahlungseingänge pro Jahr	Anzahl	46'077	47'000	47'000	47'000	47'000	47'000	○
03 Elektronische Zahlungseingänge pro Jahr	Anzahl	182'230	177'000	180'000	182'000	182'000	182'000	○
04 Erfüllungsgrad der tagfertigen Verarbeitung von Zahlungseingängen	%	98.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	●

01: Die Anzahl der Zahlungsausgänge erhöht sich ab 2014 infolge der neuen Abrechnungsmethode mit den Spitälern nach Fallpauschale (Einzelabrechnungen).

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**3'611**	**3'597**	**-0.4%**	**3'580**	**3'562**	**3'581**
Globalbudget Aufwand	**-**	**3'975**	**3'968**	**-0.2%**	**3'952**	**3'937**	**3'957**
30 Personalaufwand	-	2'733	2'741	0.3%	2'722	2'704	2'721
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	1'222	1'207	-1.2%	1'210	1'213	1'216
36 Transferaufwand	-	20	20	0.0%	20	20	20
Globalbudget Ertrag	**-**	**-363**	**-372**	**2.3%**	**-373**	**-376**	**-377**
42 Entgelte	-	-127	-128	0.8%	-128	-130	-130
43 Verschiedene Erträge	-	-1	-1	-58.3%	-1	-1	-1
49 Interne Verrechnungen	-	-235	-243	3.4%	-244	-245	-246
LUAE Saldo	**-**	**-325'981**	**-372'348**	**14.2%**	**-339'437**	**-324'224**	**-314'660**
LUAE Aufwand	**-**	**171'240**	**148'291**	**-13.4%**	**300'039**	**144'233**	**136'240**
30 Personalaufwand	-	340	335	-1.5%	330	325	320
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	11'553	11'429	-1.1%	10'600	10'215	9'844
34 Finanzaufwand	-	40'638	33'099	-18.6%	33'720	32'833	31'843
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	10'780	8'982	-16.7%	154'062	19'371	25'163
36 Transferaufwand	-	33'903	43'767	29.1%	41'197	46'899	40'540
39 Interne Verrechnungen	-	74'026	50'679	-31.5%	60'130	34'590	28'530
LUAE Ertrag	**-**	**-497'221**	**-520'639**	**4.7%**	**-639'476**	**-468'457**	**-450'900**
41 Regalien und Konzessionen	-	-51'273	-51'932	1.3%	-212'046	-52'149	-52'257
42 Entgelte	-	-8'720	-8'995	3.2%	-8'991	-8'987	-8'983
44 Finanzertrag	-	-121'434	-124'001	2.1%	-123'754	-125'341	-127'590
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-62'376	-90'097	44.4%	-57'235	-43'980	-23'470
46 Transferertrag	-	-218'153	-221'015	1.3%	-212'950	-213'500	-214'100
49 Interne Verrechnungen	-	-35'266	-24'599	-30.2%	-24'500	-24'500	-24'500
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

LUAE

LUAE Saldo: Die Veränderung der Saldi ist hauptsächlich auf die Auflösung der Ausgleichsreserve zurückzuführen.
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen: Die Abschreibungsbeträge reduzieren sich, da auch die Restbilanzfehlbeträge sinken.
34 Finanzaufwand: Der Aufwand reduziert sich aufgrund von Rückzahlungen langfristiger, hochverzinslicher Darlehen. Die leichte Zunahme im Jahr 2015 ist auf Neugeldbeschaffungen zurückzuführen.
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven: Die Abnahme im Budgetjahr ergibt sich aus der Spezialfinanzierung Swisslos-Fonds. Während es sich 2013 um eine Einlage handelt, wird 2014 mit einer Entnahme gerechnet. 2015 erhöht sich die Einlage in die Spezialfinanzierung Sonderlasten aufgrund der Entschädigung für den Heimfallverzicht des Kraftwerks Klingnau.
36 Transferaufwand: Die Zunahme resultiert aus höheren Beiträgen aus dem Swisslos-Fonds für gemeinnützige und wohltätige Projekte.
39 Interne Verrechnungen: Die Aufwände in der Spezialfinanzierung Sonderlasten nehmen aufgrund der Fertigstellung des Rückbaus (ab 2016) der Sondermülldeponie Kölliken ab.
41 Regalien und Konzessionen: Die starke Zunahme im Jahr 2015 ist auf die Entschädigung aus dem Heimfallverzicht über 160 Mio. Fr. des Wasserkraftwerks Klingnau zurückzuführen.
44 Finanzertrag: Die leichten Zunahmen sind auf höhere Zinserträge für kurzfristige Geldmarktanlagen zurückzuführen.
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven: Die Ausgleichsreserve wird in der Periode 2014-2017 vollständig aufgelöst: 80 Mio. Fr. im Budget 2014; 54 Mio. Fr. im Planjahr 2015; 35 Mio. Fr. im Planjahr 2016 und 21 Mio. Fr. im Planjahr 2017.
46 Transferertrag: Die Abnahme ab 2015 resultiert aus einem tieferen Ertrag aus dem Ressourcenausgleich des Bundes.
49 Interne Verrechnungen: Die Abnahme im Budgetjahr resultiert aus der direkten Verbuchung der Energieerlöse des Kraftwerks Rhyburg Schwörstadt AG in die Spezialfinanzierung Sonderlasten.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**-322'370**	**-368'751**	**14.4%**	**-335'858**	**-320'662**	**-311'079**
- Abschreibungen*	-	429	429	0.0%	-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-322'799**	**-369'181**	**14.4%**	**-335'858**	**-320'662**	**-311'079**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Abschreibungen Schuldenbremse							
Saldo	**-**	**11'124**	**11'000**	**-1.1%**	**10'600**	**10'215**	**9'844**
Total Aufwand	-	11'124	11'000	-1.1%	10'600	10'215	9'844
Abschr FehlBetr alt	-	11'124	11'000	-1.1%	10'600	10'215	9'844
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Beteiligungserlöse							
Saldo	**-**	**-126'872**	**-118'998**	**-6.2%**	**-120'186**	**-121'590**	**-123'257**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-126'872	-118'998	-6.2%	-120'186	-121'590	-123'257
Ertragsanteil SNB	-	-51'273	-51'932	1.3%	-52'046	-52'149	-52'257
Ertragsanteil Aarg. Kantonalbank	-	-34'030	-35'534	4.4%	-36'529	-37'625	-38'754
Dividende Axpo	-	-11'455	-10'341	-9.7%	-10'341	-10'341	-10'341
Dividenden AEW Energie AG	-	-6'611	-13'536	104.7%	-13'915	-14'332	-14'762
Weiterer Ertrag	-	-23'503	-7'655	-67.4%	-7'355	-7'143	-7'143
Finanzaufwand und -ertrag							
Saldo	**-**	**6'469**	**-108**	**-101.7%**	**-14**	**-1'463**	**-3'497**
Total Aufwand	-	40'638	33'099	-18.6%	33'720	32'833	31'843
Zins Schuldscheine	-	15'272	9'280	-39.2%	8'696	7'785	6'525
Zinsen auf Anleihen	-	10'000	10'000	0.0%	4'083	4'000	4'000
Zinsen auf Darlehen	-	11'761	10'371	-11.8%	9'657	9'188	8'588
Weiterer Aufwand	-	3'605	3'448	-4.4%	11'284	11'860	12'730
Total Ertrag	-	-34'169	-33'207	-2.8%	-33'734	-34'296	-35'340
Zins Darl. Finanz.G.	-	-2'128	-5'071	138.3%	-4'856	-4'452	-4'246
IntV Fi.aufw. Sonder	-	-26'524	-24'599	-7.3%	-24'500	-24'500	-24'500
Weiterer Ertrag	-	-5'517	-3'537	-35.9%	-4'378	-5'344	-6'594

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Sonderlasten (Spezialfinanzierung)							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	65'624	51'014	-22.3%	205'270	44'757	44'198
Mehrkosten gemäss § 15 LPV-Dekret	-	340	335	-1.5%	330	325	320
Einlagen in Spezialfinanzierungen EK	-	-	-		144'810	9'842	15'348
Verschiedene interne Verrechnungen	-	38'760	26'080	-32.7%	35'630	10'090	4'030
Interne Verrechnung Finanzaufwand Sonderlasten	-	26'524	24'599	-7.3%	24'500	24'500	24'500
Total Ertrag	-	-65'624	-51'014	-22.3%	-205'270	-44'757	-44'198
Erträge Heimfall KW	-	-	-		-160'000	-	-
Erlös Energiebetrieb	-	-	-8'800		-8'800	-8'800	-8'800
Übrige Erträge Finanzvermögen	-	-3'693	-		-	-	-
Dividenden	-	-	-414		-414	-414	-414
Ertragsanteil Aarg. Kantonalbank	-	-29'970	-29'466	-1.7%	-29'471	-29'375	-29'246
Finanzertrag verschiedene öffentliche Unternehmen	-	-	-1'273		-	-	-
Dividenden AEW Energie AG	-	-3'844	-7'464	94.2%	-6'585	-6'168	-5'738
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des EK	-	-19'376	-3'597	-81.4%	-	-	-
Verschiedene interne Verrechnungen	-	-8'742	-		-	-	-
Swisslos-Fonds							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	27'300	34'800	27.5%	32'230	38'380	32'470
Einlagen in Spezialfinanzierungen FK	-	2'364	-		-	-	-
Beiträge aus Swisslos-Fonds	-	24'936	34'800	39.6%	32'230	38'380	32'470
Total Ertrag	-	-27'300	-34'800	27.5%	-32'230	-38'380	-32'470
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des FK	-	-	-6'500		-3'380	-8'980	-2'470
Beiträge von SWISSLOS	-	-27'300	-28'300	3.7%	-28'850	-29'400	-30'000
Finanzausgleich Bund - Kantone (NFA)							
Saldo	**-**	**-181'786**	**-183'648**	**1.0%**	**-175'033**	**-175'481**	**-175'930**
Total Aufwand	-	8'967	8'967	0.0%	8'967	8'519	8'070
NFA Härteausgleich	-	8'967	8'967	0.0%	8'967	8'519	8'070
Total Ertrag	-	-190'753	-192'615	1.0%	-184'000	-184'000	-184'000
NFA RA Bund	-	-112'544	-114'703	1.9%	-110'400	-110'400	-110'400
NFA RA Kantone	-	-78'209	-77'912	-0.4%	-73'600	-73'600	-73'600
Abgeltung Staatsgarantie AKB							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	8'416	8'982	6.7%	9'252	9'529	9'815
Einl. Staatsgarantie	-	8'416	8'982	6.7%	9'252	9'529	9'815
Total Ertrag	-	-8'416	-8'982	6.7%	-9'252	-9'529	-9'815
Staatsgarantie AKB	-	-8'416	-8'982	6.7%	-9'252	-9'529	-9'815

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Ausgleichsreserve							
Saldo	**-**	**-43'000**	**-80'000**	**86.0%**	**-53'855**	**-35'000**	**-21'000**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-43'000	-80'000	86.0%	-53'855	-35'000	-21'000
Entn. Ausgl.reserve	-	-43'000	-80'000	86.0%	-53'855	-35'000	-21'000

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**18.31**	**18.50**	**18.50**	**0.0%**	**18.50**	**18.50**	**18.50**
Ordentliche Stellen	18.31	18.50	18.50	0.0%	18.50	18.50	18.50
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 415: Statistik

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich erarbeitet kantonale statistische Informationen. Dazu führt er im Auftrag von Bund und Kanton Erhebungen durch. Die im Auftrag des Bundes erhobenen Daten erlauben es, den Kanton Aargau im gesamtschweizerischen Kontext darzustellen. Auf der Grundlage der erhobenen Daten werden Zustand und Entwicklung der Bevölkerung, der Wirtschaft, der Gesellschaft, des Raumes und der Umwelt des Kantons in geeigneter Form dargestellt und veröffentlicht. Die Publikationen und die Veröffentlichungen im Internet stehen der Öffentlichkeit, den Medien und der Forschung mit den aktuellsten statistischen Informationen zur Verfügung. Sie dienen zusätzlich als Planungsgrundlage und Steuerungswissen für Politik und Verwaltung. Damit unterstützt der Aufgabenbereich auch die Zusammenarbeit von Kanton und Gemeinden.

Zuständige Kommission
Kommission für Aufgabenplanung und Finanzen (KAPF)

Organisation
Statistik Aargau wurde bisher als Produktegruppe innerhalb des Aufgabenbereichs 410 (Finanzen, Controlling und Statistik) geführt und wird neu in der vorliegenden Planung als eigener Aufgabenbereich ohne Leistungsgruppen ausgewiesen.

Umfeld
Die Nachfrage nach statistischen Informationen für Planungs- und Entwicklungsaufgaben steigt stetig. Gleichzeitig erhöht sich die Komplexität der Erhebungen, gilt es doch, zunehmend Daten aus verschiedenen Quellen zusammenzuführen. Sinnvollerweise können die inzwischen verfügbaren Register mit Administrativdaten auch für statistische Zwecke verwendet werden. Die technologischen Möglichkeiten führen dazu, dass aktuelle statistische Informationen vermehrt online zugänglich sind.

Risiken
Beim Bund werden gegenwärtig neue Vorgaben im Bereich der ambulanten Gesundheitsstatistik erarbeitet. Aufgrund der hohen Komplexität und der Mehrbelastung der Befragten bergen diese ein beträchtliches politisches Risiko. Zusätzlich bringen sie je nach Ausgestaltung bei den Kantonen einen erheblichen Mehraufwand mit sich, welcher mit den bestehenden personellen Ressourcen nicht zu bewältigen sein wird.

Handlungsfelder
Der Aufgabenbereich strebt an, die Erhebungen nach Möglichkeit zu vereinfachen und auf Befragungen zu verzichten, wenn die entsprechenden Informationen aus Registern mit Administrativdaten bezogen werden können. Der Zugang zu statistischen Informationen muss stark modernisiert und überarbeitet werden. Für eine zeitgemässe Ausrichtung der Statistik ist die geltende, kantonale Rechtsgrundlage zu schwach. Im Rahmen des Entwicklungsschwerpunkts E001 soll die Erarbeitung eines modernen Statistikgesetzes angegangen werden.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

415E001	**Kantonales Statistikgesetz**
2. Q. 2013	Projektauftrag
4. Q. 2013	Normkonzept
2014	Vernehmlassungsentwurf
2015	Botschaft 1. Beratung
2015	Botschaft 2. Beratung
01. 01. 2016	Inkrafttreten

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 415Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die statistischen Daten werden effizient und termingerecht erhoben.								
01 Datenerhebungen im Auftrag des Bundes	Anzahl	12	11	12	12	12	13	○
02 Datenerhebungen im Auftrag des Regierungsrats	Anzahl	12	12	11	11	11	11	●
03 Kantonale Register mit Administrativdaten, welche zur Verfügung stehen	Anzahl	-	-	3	3	3	3	○
04 Anteil eingehaltene Termine bei der Datenerhebung gemessen an der Gesamtzahl	%	-	-	95.0	95.0	95.0	95.0	●

Ziel 415Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Statistische Daten werden qualitativ hochwertig aufbereitet, so dass sie als Informations- und Planungsgrundlage für Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit dienen.								
Veröffentlichungen								
01 Publikationen	Anzahl	-	-	15	15	15	15	●
02 Publikationen ohne Korrigenda	%	-	-	95.0	95.0	95.0	95.0	●
03 Informationsobjekte Internet	Anzahl	-	-	30	30	30	30	●
04 Internet-Informationsobjekte ohne Korrekturen	%	-	-	95.0	95.0	95.0	95.0	●
Bereitstellung von Informationen								
05 Aufgerufene Seiten und Dokumente	Anzahl	-	-	25'000	25'000	25'000	25'000	◑
06 Beantwortete Anfragen	Anzahl	-	-	100	100	100	100	◑
07 Zufriedene interne und externe Kunden	%	-	97.0	-	95.0	-	95.0	●

07: Die Erhebung der Kundenzufriedenheit wird alle zwei Jahre durchgeführt.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**1'719**	**1'647**	**-4.2%**	**1'613**	**1'617**	**1'626**
Globalbudget Aufwand	**-**	**1'853**	**1'781**	**-3.9%**	**1'747**	**1'751**	**1'760**
30 Personalaufwand	-	1'479	1'467	-0.8%	1'458	1'462	1'466
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	196	166	-15.3%	166	166	166
36 Transferaufwand	-	178	148	-16.9%	123	123	128
Globalbudget Ertrag	**-**	**-134**	**-134**	**0.0%**	**-134**	**-134**	**-134**
42 Entgelte	-	-130	-130	0.0%	-130	-130	-130
49 Interne Verrechnungen	-	-4	-4	0.0%	-4	-4	-4
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**1'719**	**1'647**	**-4.2%**	**1'613**	**1'617**	**1'626**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**1'719**	**1'647**	**-4.2%**	**1'613**	**1'617**	**1'626**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**10.10**	**9.80**	**9.80**	**0.0%**	**9.80**	**9.80**	**9.80**
Ordentliche Stellen	9.32	9.00	9.00	0.0%	9.00	9.00	9.00
Fremdfinanzierte Stellen	0.78	0.80	0.80	0.0%	0.80	0.80	0.80
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 420: Personal

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich erarbeitet die Grundlagen zur Realisierung einer einheitlichen und fortschrittlichen Personal- und Lohnpolitik sowie der beruflichen Vorsorge und entwickelt diese weiter. Er gewährleistet deren einheitlichen Vollzug. Der Aufgabenbereich ist für eine einwandfreie Personal-, Lohn- und Versicherungsadministration verantwortlich, unterstützt die dezentrale Personalarbeit und koordiniert die Lehrlingsausbildung. Er fördert die Weiterentwicklung der Führung in den Departementen, der Staatskanzlei und den Gerichten nach einheitlichen und zeitgemässen Grundsätzen und stellt Personalführungsinstrumente und Bildungsangebote bereit, damit sich die Führungsverantwortlichen und die Mitarbeitenden kontinuierlich weiterbilden. Der Aufgabenbereich unterstützt eine innovative und leistungsorientierte Organisation mit entsprechenden Prozessen sowie einer zeitgemässen Unternehmenskultur und schafft die Voraussetzungen, dass sich die Verwaltung als Organisation stetig verbessert.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Leistungsgruppen
LG 420.10 Personal- und Organisationsentwicklung
LG 420.20 Zentrale Personal- und Lohnadministration
LG 420.30 Personalmanagement

Organisation
Wichtige Themen der Personal- und Lohnpolitik werden zusammen mit den Departementen, der Staatskanzlei und den Gerichten erarbeitet. Die departementsübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung fördert die Umsetzung. Einzelthemen werden mit den entsprechenden Fachpersonen der Abteilung, der Departemente, der Staatskanzlei und der Gerichte erarbeitet.

Umfeld
Als Arbeitgeber befindet sich der Kanton in Konkurrenz zu anderen öffentlichen Verwaltungen und Privatunternehmen. Der Fachkräftemangel auf dem Arbeitsmarkt und die Ansprüche der Mitarbeitenden - wie zum Beispiel die Möglichkeit zur Laufbahnentwicklung und das Gleichgewicht zwischen Beruf und Familie - müssen bei der Personalrekrutierung und Gestaltung der personalpolitischen Instrumente berücksichtigt werden. Fachkräfte spezifischer Berufsgruppen und Führungskräfte werden weiterhin schwierig zu rekrutieren sein. Andererseits beeinflussen und verändern technologische und gesellschaftliche Entwicklungen zunehmend die Anforderungen an die Mitarbeitenden und deren Belastbarkeit.

Risiken
Die finanzielle Entwicklung des Kantons Aargau beeinflusst wesentlich die Gestaltung der Personal- und Lohnpolitik. Ansprüche der Führungskräfte an systemunterstützte HR-Prozesse (Controlling, Datenmanagement, Datenqualität, Datensicherheit) und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt (Lohn, berufliche Vorsorge, Weiterbildung) erfordern adäquate Ressourcen.

Handlungsfelder
Eine gute Positionierung auf dem Arbeitsmarkt und bei den Mitarbeitenden kann mit einem attraktiven Gesamtangebot des Arbeitgebers (Employer Branding) erreicht werden. Zukünftige Aktivitätsfelder bilden die Präsenz des Kantons als Arbeitgeber in den neuen Medien, die Innovationsfähigkeit der Verwaltung, die Förderung einer guten Zusammenarbeitskultur sowie die zeitgemässe Gestaltung der Personalprozesse.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

420E001	Zweite Mitarbeitendenbefragung 2013
2012	Konzept
2013	Befragung
2013	Handlungsfelder zusammen mit den Departementen bestimmen
2014	Umsetzungsmassnahmen
1. Quartal 2015	Controlling der Umsetzungsmassnahmen

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 420Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Die Personal- und Lohnpolitik respektive das Personalrecht sind zeitgemäss.								
01 Lohnabweichungen gegenüber den Vergleichskantonen	%	-	-	2.0	2.0	2.0	2.0	●
02 Maximale Abweichung der Lohnentwicklung im Vergleich zum Durchschnitt der Wirtschaft	%	8.1	10.0	10.0	10.0	10.0	10.0	●
03 Frauenanteil in Lohnstufe 16-22	%	-	-	25.5	26.0	26.5	27.0	◑
04 Mitarbeitendenzufriedenheit	%	-	74.0	-	74.0	-	74.0	◑
05 Rechtsetzungsprojekte und Leitbilder	Anzahl	2	2	1	1	1	2	◑
06 Mitberichte (Personalrecht, Personal- und Stellencontrolling)	Anzahl	-	-	70	70	70	70	○

01: Anzahl Funktionen aus dem Lohnvergleich Persuisse, welche eine durchschnittliche Lohnabweichung grösser -5 % gegenüber den Vergleichskantonen (BE, BL, BS, SO, ZG, LU, ZH) aufweisen.

02: Wird durch die Cepec (Studienzentrum für Wirtschaftsprojekte)-Salärumfrage anhand von 144 Unternehmen aller Branchen gemessen.
04: Der Wert wird jeweils in den Mitarbeitendenbefragungen erhoben. Ein Wert ab 70 % gilt erfahrungsgemäss als gut.

Ziel 420Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Personal- und Lohnadministration ist vollständig, korrekt und termingerecht.								
01 Ordentliche Stellen/Fremdfinanzierte Stellen/Projektstellen	Anzahl	4'235	4'454	4'385	4'368	4'355	4'320	◑
02 Personalaufwand Verwaltungspersonal und Lehrpersonen	Mia. Fr.	1.55	1.59	1.63	1.62	1.63	1.66	○
03 Lohnausweise	Anzahl	-	-	25'000	25'000	25'000	25'000	○
04 Entgeltabrechnungen	Anzahl	-	-	80'000	80'000	80'000	80'000	○
05 Mutationen pro Sachbearbeiterstelle (100%)	Anzahl	36'461	33'000	38'000	38'000	38'000	38'000	○
06 Noch nicht erledigte Rückerstattungen (Stand von Ende Februar des Folgejahres)	Anzahl	-	-	3	3	3	3	○
07 Monatliche Lohnretouren und Wiederanweisungen an Entgeltempfangende	Anzahl	5	10	10	10	10	10	●
08 Monatliche Fehlermeldungen der Departemente	Anzahl	6	5	5	5	5	5	●

03: Die hier ausgewiesene Anzahl bezieht sich auf die Lohnausweise für die Verwaltung, Lehrpersonen und Spitäler.
05: Die protokollierten Mutationen aus dem PULS umfassen sämtliche Veränderungen im Personal- und Lohnstamm (u.a. Wohnortwechsel, Namensänderung) sowie die variablen Lohnerfassungen (u.a. Spesen, Inkonvenienzen).
07: Es handelt sich um Retouren von Lohnanweisungen aufgrund von unklaren Adress- bzw. Kontoangaben.
08: Die Auswertung erfolgt aufgrund der monatlichen Bestätigungen der korrekten Lohnauszahlungen durch die zuständigen Personalverantwortlichen der Departemente.

Ziel 420Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Mitarbeitenden sind gut weitergebildet.								
01 Angebotene Kurstage internes Bildungsangebot	Anzahl	415	415	415	415	415	415	●
02 Durchgeführte Kurstage internes Bildungsangebot	Anzahl	380	380	385	385	385	385	◑
03 Teilnehmende internes Bildungsangebot	Anzahl	1'825	2'100	2'100	2'100	2'100	2'100	◑
04 Teilnehmende interne Bildungsangebote für Führungsverantwortliche	Anzahl	-	-	320	310	300	300	◑
05 Beurteilung des "Nutzens" eines Bildungsangebots durch die Seminarteilnehmenden	%	79.0	83.0	83.0	83.0	83.0	83.0	●
06 Zufriedenheit der Teilnehmenden mit der administrativen Betreuung	%	-	-	92.0	92.0	92.0	92.0	●

05: Die Prozentzahl zeigt an, wie viele Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer den gelernten Stoff am Arbeitsplatz einsetzen können (Auswertung Kursbeurteilungen).

Ziel 420Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Eine innovative und leistungsorientierte Organisation wird gefördert.								
01 Eingereichte Ideen in der Innovationsdatenbank (denkmit.atizo.com)	Anzahl	-	-	60	60	60	60	◑
02 Umgesetzte Ideen	Anzahl	-	-	6	6	6	6	◑
03 Laufende Projekte der Unternehmensentwicklung	Anzahl	-	-	7	7	7	7	◑

Ziel 420Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Mitarbeitenden werden mit Case Management reintegriert.								
01 Laufende Begleitungen	Anzahl	85	85	85	85	85	85	○
02 Abgeschlossene Begleitungen	Anzahl	44	44	45	45	45	45	◑
03 Reintegrierte Mitarbeitende	Anzahl	22	22	25	25	25	25	◑
04 Beurteilung des Nutzens durch die Klientin bzw. den Klienten	%	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑

Ziel 420Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Berufslernenden werden erfolgreich ausgebildet.								
01 Berufslernende	Anzahl	160	164	166	168	168	168	◑
02 Erfolgreiche Lehrabschlüsse	%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	◑
03 Positive Beurteilung durch die Berufslernenden der Ausbildungsplätze	%	-	-	90.0	90.0	90.0	90.0	◑

02: Die Verantwortung für eine erfolgreiche Berufslehre liegt in der Zuständigkeit der Anstellungsbehörden (Abteilungen). Der Aufgabenbereich unterstützt und koordiniert die Departemente bei der Bereitstellung und Besetzung von Lehrstellen sowie bei der Ausbildung.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**7'419**	**7'189**	**-3.1%**	**7'044**	**7'007**	**7'009**
Globalbudget Aufwand	**-**	**8'002**	**7'772**	**-2.9%**	**7'627**	**7'565**	**7'567**
30 Personalaufwand	-	7'451	7'057	-5.3%	6'841	6'850	6'781
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	550	714	29.8%	784	714	784
36 Transferaufwand	-	2	2	33.3%	2	2	2
Globalbudget Ertrag	**-**	**-583**	**-583**	**0.0%**	**-583**	**-558**	**-558**
42 Entgelte	-	-383	-383	0.0%	-383	-358	-358
49 Interne Verrechnungen	-	-200	-200	0.0%	-200	-200	-200
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**480**	**480**	**480**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**480**	**480**	**480**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	-		480	480	480
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**394**	**214**	**-45.7%**	**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**394**	**214**	**-45.7%**	**-**	**-**	**-**
50 Sachanlagen	-	394	214	-45.7%	-	-	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

30 Personalaufwand: Die Abnahme im Budgetjahr beruht mehrheitlich auf Einsparungen bei den Personalrekrutierungskosten.
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Die Zunahme im Budgetjahr ist hauptsächlich auf erstmals budgetierte Kosten für die Lizenzen von PULSplus (Fr. 170'000.-) zurückzuführen.

LUAE

33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen: Die geplanten Abschreibungen in den Planjahren betreffen das Projekt PULSplus.

Investitionsrechnung

50 Sachanlagen: Der Aufwand entspricht dem Verlauf des Projekts PULSplus mit Abschluss im Budgetjahr.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**7'419**	**7'189**	**-3.1%**	**7'524**	**7'487**	**7'489**
- Abschreibungen*	-	-	-		480	480	480
+ Nettoinvestitionen	-	394	214	-45.7%	-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**7'813**	**7'403**	**-5.2%**	**7'044**	**7'007**	**7'009**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**394**	**214**	**-45.7%**	**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	394	214	-45.7%	-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**394**	**214**	**-45.7%**	**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	394	214	-45.7%	-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**21.09**	**21.60**	**21.60**	**0.0%**	**21.00**	**21.00**	**21.00**
Ordentliche Stellen	20.47	20.50	20.50	0.0%	20.50	20.50	20.50
Fremdfinanzierte Stellen	0.50	0.50	0.50	0.0%	0.50	0.50	0.50
Projektstellen	0.12	0.60	0.60	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 425: Steuern

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich vollzieht das Steuergesetz und übt die Aufsicht über die Steuerbehörden der Gemeinden aus. Er sorgt für richtige und gleichmässige Steuerveranlagungen und für einen einheitlichen Steuerbezug. Als Steuerbehörde veranlagt und bezieht der Aufgabenbereich alle Steuern, die vom Gesetz nicht einer anderen Behörde zugewiesen werden. Im Weiteren erarbeitet er die Grundlagen für die kantonale Finanzplanung und Steuerpolitik.

Zuständige Kommission
Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)

Leistungsgruppen
LG 425.10 Steuern natürliche Personen
LG 425.20 Steuern juristische Personen
LG 425.30 Grundlagen Steuerpolitik

Umfeld
Die Unsicherheiten betreffend der Entwicklung im Steuerstreit mit der EU sowie der Rechts- und Amtshilfe, insbesondere mit den USA, sind nach wie vor gross. Die Revision des Steuergesetzes (E002) tritt etappiert in Kraft: Tarifmilderungen bei den natürlichen Personen in den Jahren 2014 und 2015 sowie 2016 bei den juristischen Personen. Aufgrund der damit verbundenen Steuerausfälle ist in den betreffenden Jahren, auch bei ansprechendem Wirtschaftswachstum, nur mit einer schwachen Zunahme der Steuereinnahmen zu rechnen. Der Spielraum für weitere Steuersenkungen in den Kantonen wird zunehmend kleiner. Schweizweit findet eine schrittweise Einführung von E-Government statt, insbesondere auch im Steuerbereich.

Risiken
Die anhaltende Unsicherheit im EU-Steuerstreit kann bei interessierten Firmen zu einer Zurückhaltung bei Ansiedlungen und Investitionen führen. Ein allfälliger Wegfall des privilegierten Steuerregimes würde voraussichtlich zur Reduktion der ordentlichen Steuersätze führen. Dies könnte deutliche Steuerausfälle nach sich ziehen. Aufgrund knapper Ressourcen könnten bei der Migration der Informatiksysteme Verzögerungen entstehen. Dies würde zu einer Gefährdung der Betriebssicherheit führen und der Umsetzung von E-Government-Lösungen im Wege stehen.

Handlungsfelder
Die Erneuerung der Informatikapplikationen soll wie geplant weitergeführt werden (E001). Zur Sicherstellung des Betriebs ist eine Überführung der veralteten Systeme (20-jährig) in eine neue Umgebung zwingend erforderlich. Nach Massgabe der verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen findet schrittweise die Einführung von E-Government statt.
Die Erhaltung der steuerlichen Attraktivität des Kantons Aargau bleibt im Fokus und wird durch kunden- sowie lösungsorientiertes Handeln gefördert.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

425E001	Erneuerung Informatikapplikationen
2008	Vorarbeiten an den verschiedenen Teilprojekten
2012	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Steuern juristische Personen (JUST3)
2014	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Verrechnungssteuern (VEST3/WEBE)
2018	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Veranlagung natürliche Personen (VERANA3)
2019	Ablösung des bestehenden Informatiksystems für die Grundstücksschätzungen (GRUN)

Die Einführung der Applikationen VERANA3 und GRUN wird aufgrund von Ressourcenknappheit verschoben. Der Bruttoaufwand setzt sich bis anhin aus zwei Krediten im Kompetenzbereich der Regierung sowie einem Kredit auf Ebene des Grossen Rats zusammen. Weitere Kredite werden folgen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2013-0072 vom 25. Juni 2013, GRB 2013-0282 vom 26. November 2013, GRB geplant, Regierungsrat	Mio. Fr.	19.10

425E002	Teilrevision Steuergesetz
2010	Prüfen von weiteren Entlastungen (u.a. für Mittelstand und Familien) unter Berücksichtigung der finanzpolitischen Grundsätze
2010	Prüfen von Vereinfachungen des Steuersystems
2010	Überarbeiten der bestehenden Regelung Steuererleichterungen
4. Q. 2010	Vernehmlassungsverfahren
Mitte 2011	Botschaft 1. Beratung
2. Q. 2012	Botschaft 2. Beratung
01.01.2013	Inkrafttreten 1. Etappe: Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen
01.01.2014	Inkrafttreten 2. Etappe: Entlastung Mittelstand (inkl. erste Hälfte Tarifmilderung Einkommenssteuer) und übrige Anpassungen
01.01.2015	Inkrafttreten 3. Etappe: Zweite Hälfte Tarifmilderung Einkommenssteuer
01.01.2016	Inkrafttreten 4. Etappe: Entlastung juristische Personen

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 425Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Das Veranlagungsverfahren ist effizient und das Steuerpotenzial ist ausgeschöpft.								
Veranlagungsverfahren								
01 Steuerpflichtige natürliche Personen	Anzahl	372'657	379'000	385'000	391'000	397'000	403'000	○
02 Selbstständig Erwerbende (Haupterwerb)	Anzahl	18'920	19'100	19'100	19'200	19'300	19'400	○
03 Steuerpflichtige pro Steuerkommissär	Anzahl	15'658	15'282	15'524	15'766	16'008	16'250	●
04 Steuerpflichtige im Quellensteuerverfahren	Anzahl	42'203	40'000	45'000	46'000	47'000	48'000	○
05 Mutationen bei Grundstücken im Steuerwesen	Anzahl	27'180	25'000	28'000	28'500	29'000	29'500	○
06 Steuerpflichtige juristische Personen (ohne Vereine/Stiftungen)	Anzahl	21'956	22'200	24'000	25'000	26'000	27'000	○
07 Juristische Personen pro Revisor/Veranlagungsfachperson	Anzahl	798	779	842	847	881	915	●
Veranlagungsstand								
08 Veranlagungsstand natürliche Personen	%	68.9	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	◑
09 Veranlagungsstand juristische Personen	%	45.7	45.0	45.0	45.0	45.0	45.0	●
Revisionsdichte								
10 Revisionsdichte bei natürlichen Personen (revidierte Geschäftsjahre im Verhältnis zum Bestand an selbstständig Erwerbenden)	%	2.8	3.4	3.0	3.0	3.0	3.0	●
11 (Teil-) Revisionsdichte bei juristischen Personen (am Domizil revidierte Geschäftsjahre im Verhältnis zum Bestand an Kapitalgesellschaften)	%	9.4	10.0	6.0	6.0	6.0	6.0	●
Rechtsgleicher und gesetzeskonformer Vollzug								
12 Gerichtsentscheide betr. Vollzug Steuergesetz	Anzahl	399	500	400	400	400	400	◑
13 Gerichtsentscheide zugunsten der Steuerbehörden	%	79.4	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	○
14 Veranlagungen, gegen welche Einsprache erhoben wird	%	0.9	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	◑

03: Im Indikator ist die Aufstockung um eine Revisorenstelle ab 2013 auf neu 24.8 Vollzeitstellen berücksichtigt.
04: Der Budgetwert sowie die Planwerte wurden dem starken Wachstum der vergangenen Jahre angepasst.
07: Im Indikator ist die Aufstockung um eine Revisorenstelle ab 2015 auf 29.5 Vollzeitstellen berücksichtigt.
10: Der Indikator wird neu berechnet. Eine Kombination aus den Revisionen vor Ort des Bereichs Buchprüfungen und Teilrevisionen der Steuerkommissäre wird der Anzahl selbständig Erwerbender gegenübergestellt.
11: Die Revisionsdichte wird neu auf den Gesamtbestand der steuerpflichtigen Firmen (Stand vor zwei Jahren) bezogen. Bisher wurden die beschränkt steuerpflichtigen Firmen nicht berücksichtigt.

Ziel 425Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Steuerbezug ist straff.								
01 Netto-Ertrag Kantonssteuern und Anteile Bundessteuern	Mio. Fr.	2'216.0	2'242.9	2'306.1	2'340.2	2'398.0	2'472.0	○
02 Netto-Ertrag Kantonssteuern	Mio. Fr.	2'031.2	2'051.6	2'105.8	2'133.9	2'184.7	2'250.7	○
03 Netto-Ertrag Bundessteuern	Mio. Fr.	184.8	191.3	200.3	206.3	213.3	221.3	○
04 Steuerausstand der Sollstellung natürliche Personen (Kantonssteuer)	%	11.9	14.0	13.0	13.0	13.0	13.0	◑
05 Steuerausstand der Sollstellung juristische Personen (Kantonssteuer)	%	10.7	7.0	12.0	12.0	12.0	12.0	●
06 Verluste/ Erlasse des Steuerbezugs natürliche Personen	%	-	-	0.6	0.6	0.6	0.6	◑
07 Verluste/Erlasse des Steuerbezugs juristische Personen	%	-	-	0.5	0.5	0.5	0.5	◑

04/05: Der Indikator wird seit 2012 neu berechnet. Die Budget- sowie Planwerte basieren auf den Werten des Jahresberichts 2012.

Ziel 425Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
IT-Dienstleistungen für Gemeinden sind kundengerecht.								
01 Releases pro Jahr	Anzahl	2	2	1	1	1	1	●
02 Anwenderschulungen	Anzahl	-	-	1	1	1	1	●
03 Anfragen Hotline	Anzahl	-	-	11'000	11'000	11'000	11'000	◐
04 Reklamationen Verarbeitung Servicelösung Steuerbezug	Anzahl	-	-	1	1	1	1	●

Ziel 425Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Finanzpolitische Grundlagen aus dem Steuerbereich werden erarbeitet und transparent dargestellt.								
01 Steuerprognosen z.H. der Departementsleitung	Anzahl	7	4	5	5	5	5	●
02 Monitoringberichte zur Entwicklung der Steuerbelastung in den Kantonen	Anzahl	2	2	2	2	2	2	●

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**26'860**	**26'517**	**-1.3%**	**27'081**	**26'979**	**26'954**
Globalbudget Aufwand	**-**	**36'615**	**36'932**	**0.9%**	**37'358**	**37'156**	**37'271**
30 Personalaufwand	-	25'883	25'761	-0.5%	25'974	25'956	25'933
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	10'432	10'871	4.2%	11'084	10'899	11'038
39 Interne Verrechnungen	-	300	300	0.0%	300	300	300
Globalbudget Ertrag	**-**	**-9'755**	**-10'415**	**6.8%**	**-10'277**	**-10'177**	**-10'317**
42 Entgelte	-	-9'545	-10'205	6.9%	-10'067	-9'967	-10'067
46 Transferertrag	-	-210	-210	0.0%	-210	-210	-250
LUAE Saldo	**-**	**-2'253'677**	**-2'307'119**	**2.4%**	**-2'341'031**	**-2'398'342**	**-2'470'503**
LUAE Aufwand	**-**	**41'023**	**42'341**	**3.2%**	**58'729**	**61'218**	**64'157**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	20'400	18'400	-9.8%	18'400	18'400	18'400
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	1'543	1'591	3.1%	1'729	2'268	4'057
34 Finanzaufwand	-	9'780	10'150	3.8%	10'200	10'250	10'300
36 Transferaufwand	-	9'200	12'200	32.6%	12'200	12'200	12'200
39 Interne Verrechnungen	-	100	-		16'200	18'100	19'200
LUAE Ertrag	**-**	**-2'294'700**	**-2'349'460**	**2.4%**	**-2'399'760**	**-2'459'560**	**-2'534'660**
40 Fiskalertrag	-	-2'080'100	-2'123'000	2.1%	-2'167'400	-2'220'300	-2'287'400
42 Entgelte	-	-8'700	-9'000	3.4%	-9'000	-9'000	-9'000
44 Finanzertrag	-	-6'200	-5'760	-7.1%	-5'660	-5'560	-5'560
46 Transferertrag	-	-199'700	-211'700	6.0%	-217'700	-224'700	-232'700
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**3'058**	**3'531**	**15.5%**	**3'295**	**3'330**	**3'385**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**3'058**	**3'531**	**15.5%**	**3'295**	**3'330**	**3'385**
50 Sachanlagen	-	3'058	3'531	15.5%	3'295	3'330	3'385
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Bei der Umschreibung des Budgets 2013 wurden gemäss neuem Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (nGAF) einige Kleinprojekte in das Globalbudget verschoben. Insgesamt steigt der Aufwand im Budgetjahr um rund Fr. 450'000.-. Der Grossteil des Mehraufwandes (ca. Fr. 400'000.-) ist darauf zurückzuführen, dass die bisher durch die IT AG ausgeführten Druckaufträge (zum Beispiel von Steuerrechnungen) neu extern vergeben werden. Ausserdem fällt das Digitax-Scanning (elektronische Verarbeitung der Steuererklärungen) um Fr. 660'000.- höher aus, wobei die Kosten den Gemeinden weiterverrechnet werden. Zu Minderaufwendungen führen neben sinkenden Kosten für Postcheck- und Bankspesen (ca. Fr. 300'000.-) aufgrund der Ablösung der Check-Auszahlungen (ASR) auch geringere Aktivitäten bei den nicht-investiven Kleinvorhaben (ca. Fr. 300'000.-).
42 Entgelte: Die Zunahme im Budgetjahr um Fr. 660'000.- ist fast gänzlich auf die höheren Rückerstattungen der Gemeinden für das Digitax-Scanning zurückzuführen.

LUAE

Eine detaillierte Aufstellung der LUAE sowie Erläuterungen dazu finden sich in der Botschaft zum AFP 2014-2017.
40 Fiskalertrag: Der Indikatorwert 01 des Ziels 002 kann nicht direkt mit dem hier aufgeführten Fiskalertrag verglichen werden, da es sich dabei um eine Bruttogrösse (ohne Berücksichtigung von Abschreibungen, Zinsen usw.) handelt und die Anteile Bundessteuern in der Kostenart 46 Transferertrag (LUAE) separat ausgewiesen werden.

Investitionsrechnung

50 Sachanlagen: Der Mehraufwand von rund 0,5 Mio. Fr. ist zur Hauptsache auf höhere Aktivitäten beim Projekt Erneuerung Applikation VEST3/WEBE zurückzuführen.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**-2'226'817**	**-2'280'602**	**2.4%**	**-2'313'949**	**-2'371'364**	**-2'443'550**
- Abschreibungen*	-	1'543	1'591	3.1%	1'729	2'268	4'057
+ Nettoinvestitionen	-	3'058	3'531	15.5%	3'295	3'330	3'385
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-2'225'303**	**-2'278'662**	**2.4%**	**-2'312'384**	**-2'370'301**	**-2'444'221**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Ordnungsbussen Steuern nat. Personen							
Saldo	**-**	**-2'050**	**-2'200**	**7.3%**	**-2'200**	**-2'200**	**-2'200**
Total Aufwand	-	7'890	7'900	0.1%	7'900	7'900	7'900
Weiterer Aufwand	-	7'890	7'900	0.1%	7'900	7'900	7'900
Total Ertrag	-	-9'940	-10'100	1.6%	-10'100	-10'100	-10'100
Ordnungsbussen	-	-8'240	-8'400	1.9%	-8'400	-8'400	-8'400
Weiterer Ertrag	-	-1'700	-1'700	0.0%	-1'700	-1'700	-1'700
Kantonale Steuern nat. Personen							
Saldo	**-**	**-1'677'400**	**-1'682'400**	**0.3%**	**-1'696'350**	**-1'746'300**	**-1'802'250**
Total Aufwand	-	19'000	18'600	-2.1%	18'650	18'700	18'750
Verluste und Erlasse Steuern nat. P.	-	11'000	10'000	-9.1%	10'000	10'000	10'000
Weiterer Aufwand	-	8'000	8'600	7.5%	8'650	8'700	8'750
Total Ertrag	-	-1'696'400	-1'701'000	0.3%	-1'715'000	-1'765'000	-1'821'000
Einkommens- und Vermögenssteuern	-	-1'646'000	-1'646'000	0.0%	-1'660'000	-1'710'000	-1'766'000
Grundstückgewinnsteuern	-	-20'000	-25'000	25.0%	-25'000	-25'000	-25'000
Erbschafts- und Schenkungssteuern	-	-20'000	-20'000	0.0%	-20'000	-20'000	-20'000
Weiterer Ertrag	-	-10'400	-10'000	-3.8%	-10'000	-10'000	-10'000

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Kantonale Steuern jur. Personen							
Saldo	**-**	**-384'200**	**-423'400**	**10.2%**	**-437'500**	**-438'400**	**-448'400**
Total Aufwand	-	5'500	4'200	-23.6%	20'400	22'300	23'400
Weiterer Aufwand	-	5'500	4'200	-23.6%	20'400	22'300	23'400
Total Ertrag	-	-389'700	-427'600	9.7%	-457'900	-460'700	-471'800
Gewinn- und Kapitalsteuern	-	-389'000	-427'000	9.8%	-441'000	-442'000	-452'000
Weiterer Ertrag	-	-700	-600	-14.3%	-16'900	-18'700	-19'800
Anteile Bundessteuern nat. Personen							
Saldo	**-**	**-134'575**	**-138'950**	**3.3%**	**-141'950**	**-145'950**	**-149'950**
Total Aufwand	-	3'754	3'200	-14.8%	3'200	3'200	3'200
Weiterer Aufwand	-	3'754	3'200	-14.8%	3'200	3'200	3'200
Total Ertrag	-	-138'329	-142'150	2.8%	-145'150	-149'150	-153'150
Anteil an direkter Bundessteuer	-	-102'200	-104'000	1.8%	-107'000	-111'000	-115'000
Anteil an Verrechnungssteuer	-	-36'000	-38'000	5.6%	-38'000	-38'000	-38'000
Weiterer Ertrag	-	-129	-150	16.3%	-150	-150	-150
Anteile Bundessteuern jur. Personen							
Saldo	**-**	**-56'745**	**-61'360**	**8.1%**	**-64'360**	**-67'360**	**-71'360**
Total Aufwand	-	3'126	6'650	112.7%	6'650	6'650	6'650
Repartitionsz. direkte Bundessteuer	-	0	6'000	∞%	6'000	6'000	6'000
Weiterer Aufwand	-	3'126	650	-79.2%	650	650	650
Total Ertrag	-	-59'871	-68'010	13.6%	-71'010	-74'010	-78'010
Anteil an direkter Bundessteuer	-	-59'800	-68'000	13.7%	-71'000	-74'000	-78'000
Weiterer Ertrag	-	-71	-10	-85.9%	-10	-10	-10

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**2'958**	**3'531**	**19.4%**	**3'175**	**3'210**	**3'235**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	2'958	3'531	19.4%	3'175	3'210	3'235
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**1'443**	**931**	**-35.5%**	**605**	**515**	**700**
	Aufwand	-	1'443	931	-35.5%	605	515	700
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'070**	**1'800**	**68.2%**	**265**	**1'200**	**1'355**
	Aufwand	-	1'070	1'800	68.2%	265	1'200	1'355
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**445**	**800**	**79.8%**	**2'305**	**1'495**	**1'180**
	Aufwand	-	445	800	79.8%	2'305	1'495	1'180
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Erneuerung Appl. VERANA3 (Veranl. n.P.)									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	8'070	8'070	-	800	2'305	1'495	1'180	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**189.16**	**184.97**	**184.97**	**0.0%**	**184.97**	**184.97**	**184.97**
Ordentliche Stellen	186.65	181.47	181.47	0.0%	184.47	184.47	184.47
Fremdfinanzierte Stellen	0.08	0.50	0.50	0.0%	0.50	0.50	0.50
Projektstellen	2.43	3.00	3.00	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 430: Immobilien

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich optimiert als Kompetenzzentrum für Immobilienfragen den ökonomischen und ökologischen Ressourceneinsatz für den kantonalen Immobilienbestand, sorgt für den Substanzwerterhalt der kantonalen Liegenschaften und die optimale Abdeckung der Raumbedürfnisse der kantonalen Institutionen zu Marktkonditionen unter Wahrung der Nachhaltigkeit sowie kultureller Aspekte.

Zuständige Kommission
Kommission für allgemeine Verwaltung (AVW)

Leistungsgruppen
LG 430.10 Portfoliomanagement
LG 430.20 Projektmanagement
LG 430.30 Immobilienmanagement

Umfeld
Die Entwicklung des kantonalen Immobilienportfolios ist stark geprägt von grosszyklischen Erneuerungsvorhaben und Neubauten sowie der Umsetzung kantonaler Vorgaben (z.B. Aufwuchs Kantonspolizei (KAPO)). Aufgrund des verstärkten Umweltempfindens werden zunehmend ökologisch und energetisch optimierte Nutzflächen realisiert sowie Analysen und Nachrüstungen an den Gebäuden vorgenommen. Die Haupttätigkeit des Aufgabenbereichs liegt in der Planung und Ausführung zahlreicher Grossprojekte. Besonders erwähnenswert sind folgende Projekte: Aarau, Höhere Fachschule für Gesundheit und Soziales, Gesamtsanierung; Lenzburg, Justizvollzugsanstalt, Gesamtsanierung; Wettingen, Kantonsschule, Ersatz Turnhalle; Aarau, Laborgebäude, Neubau und Aarau, Kantonaler Führungsstab. Gleichzeitig stehen verschiedene Wettbewerbe an.

Risiken
Die bereits bekannten zahlreichen Grossvorhaben limitieren den finanziellen Handlungsspielraum bei neuen unvorhergesehenen Raumbedürfnissen. Knappe finanzielle Mittel führen zu kurzfristigen Neupriorisierungen der Bauvorhaben, welche üblicherweise mit Mehrkosten verbunden sind. Ein verstärkt dynamisches Umfeld verkürzt die Entscheidungszeiträume und steigert das Risiko von Fehlallokationen. Intensiviert wird die Problematik durch fehlende strategische Land- und Büroflächenreserven. Dringlicher Raumbedarf muss vermehrt mit Anmietungen gedeckt werden. Der damit verbundene Mietaufwand ist direkt abhängig vom Immobilienmarkt und dessen Risiken.

Handlungsfelder
Mit einer laufenden Vorhabenpriorisierung wird die Planungssicherheit erhöht und der Finanzierungssaldo Immobilien Aargau (FIMAG) regelmässig überprüft. Die Anstrengungen zum strategischen Landerwerb werden intensiviert. Die Revision der Liegenschaftsverordnung (E001) soll eine rollenorientierte Zusammenarbeit unterstützen und eine leistungsorientierte Steuerung im Bereich der Flächenressourcen ermöglichen. Im Weiteren wird die Strategie verfolgt, kantonseigene Areale zu bevorzugen und bestehende Liegenschaften auf Nutzungsverdichtungen, -optimierung und Nutzungserweiterung zu untersuchen. Mit einer umfassenden Energiebilanz soll künftig die Erreichung eines Energie- und CO2-Absenkpfads sichergestellt werden (E002).

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

430E001	Revision Liegenschaftsverordnung
2013	Erarbeitung Liegenschaftsverordnung
2014	Erhebung der Grundlagedaten zu Gebäuden, Gebäudeanlagen sowie Wartungs- und Reinigungsprozessen
2015	Umsetzung organisatorische Massnahmen zur finanziellen Führung

Im Kontext des revidierten Gesetzes über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (nGAF) wird die Revision der Liegenschaftsverordnung (SAR 612.116) in Angriff genommen. Insbesondere sollen die Leistungsabgrenzungen gegenüber den Bedürfnisdepartementen präziser definiert werden. Die überarbeitete Liegenschaftsverordnung soll eine rollenorientierte Zusammenarbeit unterstützen und eine leistungsorientierte Steuerung im Bereich der Flächenressourcen ermöglichen. Dies bedingt eine systematische Dokumentation von Gebäuden, Anlagen, Prozessen und Verträgen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.40

430E002	Energiebilanz kantonaler Immobilien
2012	Erarbeitung eines Messstellenkonzepts
2013	Nachrüstung der Messstellen von Pilotanlagen und Eröffnung Energiebilanz
2014	Auswertung und Überprüfung Messstellenkonzept
2015	Nachrüstung weiterer Anlagen nach Priorität und Eröffnung Energiebilanz
2015	Auswertung Erstmessungen und Strategie des CO2-Absenkpfads

Die Energiebilanz ist ein Produkt aus der Optimierung des Gebäudebetriebs. Die Gebäude der Zentralverwaltung werden analysiert und nachgerüstet. Aus den Erkenntnissen der Bilanz können mögliche Strategien zum Energie- und CO2-Absenkpfad abgeleitet werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner	-

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 430Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Die Entwicklung des kantonalen Immobilienportfolios basiert auf strategischen Grundlagen, die helfen, das Kosten-Nutzen-Verhältnis der Immobilien zu steigern.								
Kantonales Immobilienportfolio								
01 Gebäude im Verwaltungsvermögen	Anzahl	-	452	452	454	454	454	●
02 Gebäudewert im Verwaltungsvermögen	Mio. Fr.	-	1'587.0	1'593.0	1'611.0	1'611.0	1'611.0	○
03 Teilportfolio kantonseigene Anlagen	Anzahl	272	281	283	285	285	285	●
04 Bewirtschafteter Gebäudewert (kantonseigene Anlagen)	Mio. Fr.	1'619.0	1'501.0	1'507.0	1'524.0	1'524.0	1'524.0	○
05 Gebäude der Strassenliegenschaften	Anzahl	-	45	40	35	30	25	●
06 Gebäudewert der Strassenliegenschaften	Mio. Fr.	-	21.0	19.0	17.0	15.0	13.0	○
07 Gebäude im Finanzvermögen	Anzahl	15	23	10	10	10	10	●
08 Gebäudewert im Finanzvermögen	Mio. Fr.	-	23.0	7.3	7.3	7.3	7.3	○
09 Gebäude der Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG (Fremdbestand)	Anzahl	8	6	8	8	8	8	○
10 Gebäudewert der Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG (Fremdbestand)	Mio. Fr.	-	351.0	290.0	290.0	290.0	290.0	○
11 Gebäude im Mandatsbestand (Fremdbestand)	Anzahl	-	41	61	61	61	61	◑
12 Bewirtschafteter Gebäudewert Mandatsbestand (Fremdbestand)	Mio. Fr.	-	393.0	391.0	391.0	391.0	391.0	○
13 Anmietungen	Anzahl	-	425	414	414	414	414	●
14 Mietzinsaufwand netto	1000 Fr.	-	-	17'944	18'357	18'138	17'233	○
15 Bewirtschafteter kalkulatorischer Gebäudewert (Anmietungen)	Mio. Fr.	-	351.0	250.0	255.0	252.0	240.0	○
16 Bewirtschafteter Mieterausbau Fremdbestand	1000 Fr.	-	-	3'769	7'594	4'206	4'330	●
17 Vermietungen	Anzahl	-	337	302	302	302	302	●
18 Mietzinserträge netto	1000 Fr.	-	16'446	22'536	22'976	22'826	22'826	○
Planungsleistung								
19 Aktualisierungen des Immobilienmonitors	Anzahl	-	-	1	1	1	1	●
20 Überarbeitungen der strategischen Mehrjahresplanung	Anzahl	-	-	1	1	1	1	●
21 Strategische Gebäudeberichte	Anzahl	21	50	30	37	44	51	●
22 Aktuelle strategische Gebäudeberichte	%	-	-	32.0	40.0	47.0	55.0	●
23 Strategische Arealberichte	Anzahl	9	30	20	23	26	30	●
24 Aktuelle strategische Arealberichte	%	-	-	61.0	70.0	79.0	91.0	●

01/02: Die Werte verändern sich aufgrund der Fertigstellung der Dreifachturnhalle in Wettingen und der Multifunktionshalle in Gränichen.
03/04: Im Zuge der Neubewertung werden folgende Gebäude ins Verwaltungsvermögen umgewidmet: Schloss Habsburg (neu Bestandteil des Museum Aargau); Windisch Areal Vögtlin & Meyer (neu Bestandteil des Masterplans zum Baufeld A im Campusareal). Neu im Portfolio sind die Gebäude des zusätzlichen Schulraumbedarfs (3 Schulraumprovisorien und 3 Turnhallen). 2015 werden die Dreifachturnhalle in Wettingen und die Multifunktionshalle in Gränichen fertiggestellt.
07/08: Der bisherige Bestand enthält auch Liegenschaften, welche die Kriterien für die Aufnahme ins Finanzvermögen nicht mehr erfüllen. Diese werden im Zuge der Neubewertung ins Verwaltungsvermögen umgewidmet. Es handelt sich dabei um folgende Liegenschaften: Schloss Habsburg (neu Bestandteil des Museum Aargau); Windisch Areal Vögtlin & Meyer (neu Bestandteil des Masterplans zum Baufeld A im Campusareal). Im Rahmen der Eigentümerstrategie des Regierungsrats werden die ehemaligen Liegenschaften des Kantonsspitals Aarau direkt aus dem Verwaltungsvermögen veräussert. Deren im Jahr 2013 geplante Umwidmung ins Finanzvermögen ist hinfällig.
09: Im Rahmen der regelmässigen Bestandesüberprüfung werden zwei Kleinstliegenschaften der Finanzierungsgesellschaft ab 2012 separat als Liegenschaften geführt. 2013 wurde der Neubau Campus FHNW fertiggestellt.
10: Die Wertminderung ist darauf zurückzuführen, dass der Neubau Campus FHNW neu ohne Landwert (rund 50 Mio. Fr.) und die Dreifachturnhalle Mülimatt entsprechend dem Stockwerkeigentumsanteil (Wertreduktion um rund 13,7 Mio. Fr.) ausgewiesen werden.
11/12: Der Aufgabenbereich übernimmt die Betreuung der Liegenschaften der Stiftung Schloss Lenzburg (16 Gebäude im Wert von 23,4 Mio. Fr.) und der Stiftung Bau und Wirteschule (2 Gebäude im Wert von 36,7 Mio. Fr.). Da der Neubau Campus FHNW neu ohne Landwert (rund 50 Mio. Fr.) und die Dreifachturnhalle Mülimatt entsprechend dem Stockwerkeigentumsanteil (Wertreduktion um rund 13,7 Mio. Fr.) ausgewiesen werden,

verändert sich der bewirtschaftete Gebäudewert Mandatsbestand (Fremdbestand) nur marginal.
13: Die Veränderung ist grösstenteils auf Vertragsmutationen von Park- und Einstellhallenplätzen sowie von Lagerflächen zurückzuführen. Des Weiteren werden Mietverträge eines Anmieters vermehrt zusammengefasst.
15: Zur Deckung des Raumbedarfs hat der Aufgabenbereich rund 180 Mietobjekte gemietet. Der Gebäudewert wird anhand des mit 5,75 % kapitalisierten Mietaufwands (Z001 I14) berechnet und nimmt analog dem sinkenden Mietaufwand ab. Der relative Landanteil wurde grundsätzlich mit 20 % bemessen.
16: 2015 steigt der Aufwand wegen den Mieterausbauten Aarau, Lagerflächen, Neuer Standort; Baden, Justizbehörde Konkursamt, Sanierung Büros; Egliswil, Sammlungsdepot und der Zusammenführung der Staatsanwaltschaften Rheinfelden und Laufenburg an einem Standort. Die Fertigstellung dieser Vorhaben sowie der Vorhaben Aarau, Kunsthaus, Aussendepot und Aargau, DVI, Standorte Grundbuchämter führen ab 2016 zu sinkenden Aufwendungen.
17: Auf die Untervermietung von Parkplätzen wird künftig verzichtet.
18: Die Erhöhung ist auf die Mieterträge des Neubaus Campus FHNW zurückzuführen.
22/24: Der Aufgabenbereich strebt eine regelmässige Überprüfung der Strategieberichte an. Innerhalb des kantonalen Immobilienportfolios wurden 93 Gebäude und 33 Areale definiert, für die ein strategischer Bericht erforderlich ist. Die Indikatoren 22 und 24 weisen das Verhältnis der Indikatoren 21 und 23 im Bezug zur angestrebten Anzahl Berichte auf. Sie zeigen darüber hinaus den Anteil der Berichte, die in den vergangenen fünf Jahren überprüft wurden.

Ziel 430Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Raumbedarf der kantonalen Institutionen ist optimal abgedeckt und die verwaltungsinterne Fachberatung bedarfsgerecht und speditiv.								
Raumbedarf								
01 Eingegangene Begehren	Anzahl	-	80	50	50	50	50	◑
02 Bearbeitete Begehren	Anzahl	-	130	80	80	80	80	◑
03 Pendente Begehren	Anzahl	-	150	120	90	60	30	◑
04 Zur Projektentwicklung zugewiesene Wettbewerbe	Anzahl	-	2	5	2	2	2	◑
Fachberatung								
05 Personalaufwand für verwaltungsinterne Fachberatung	Stunden	-	-	15'220	15'320	15'420	15'420	●

Die Indikatoren zeigen neben der Leistung des Aufgabenbereichs auch die Raumbedürfnisse der Departemente auf. Es zeichnet sich ein sinkender Bedarf an Raumbegehren aus den Departementen bei zunehmender Komplexität ab, wonach die Planzahlen entsprechend angepasst werden.
04: Zur Vorbereitung der Grossprojekte werden im Budgetjahr ausserordentlich viele Wettbewerbe durchgeführt (Aarau, Laborgebäude, Neubau; Aarau, Kantonales Zeughaus, Ausbau; Aarau, KAPO, Neuer Standort; Aarau, Verwaltungsgebäude und Lenzburg, Stiftung Stapferhaus, Neubau (Mandat)).

Ziel 430Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die kantonalen Bauvorhaben sind wirtschaftlich, nachhaltig bzw. substanzwerterhaltend realisiert.								
01 Neubauten	1000 Fr.	7'253	6'467	18'567	45'460	26'630	31'200	◑
02 Neubauten in Minergie-P-eco	%	59.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
03 Erneuerungen (Eigenbestand)	1000 Fr.	-	-	23'380	15'475	19'090	12'890	◑
04 Erneuerungen in Minergie-eco	%	67.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
05 Erneuerungen (Bestand Finanzierungsgesellschaft Immobilien FGI FHNW)	1000 Fr.	-	4'000	3'868	0	0	0	◑
06 Nutzungsanpassungen (Eigenbestand)	1000 Fr.	-	-	9'123	13'920	16'500	16'600	◑
07 Nutzungsanpassungen (Bestand Finanzierungsgesellschaft Immobilien FGI FHNW)	1000 Fr.	-	3'420	0	0	0	0	◑
08 Mieterausbau (Ersterstellung)	1000 Fr.	-	-	2'649	5'070	3'906	30	◑
09 Mieterausbau (Erneuerungen/ Nutzungsanpassungen)	1000 Fr.	-	-	1'120	2'524	300	4'300	◑
10 Investitionsbeiträge	1000 Fr.	-	-	2'800	2'800	2'880	0	◑
11 Finanzierungssaldo Immobilien Aargau (FIMAG)	1000 Fr.	-	-	39'270	69'100	65'710	70'110	◑
12 Ausgleich Finanzierungssaldo Immobilien Aargau	1000 Fr.	-	-	-23'260	-21'265	-18'222	-16'953	◑
13 Bauvorhaben mit Verpflichtungskrediten kleiner 2 Mio. Fr.	Anzahl	-	31	29	21	14	7	◑
14 Bauvorhaben mit Verpflichtungskrediten ab 2 Mio. Fr.	Anzahl	-	52	36	34	27	18	◑
15 Termingerecht abgeschlossene Ausführungen	%	-	-	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
16 Abgeschlossene Projekte innerhalb des bewilligten Verpflichtungskredits	%	-	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	◑

01: Zu Beginn des Budgetjahres stehen einige Neubauvorhaben noch in der Planungsphase. Der Start der Ausführung grösserer Vorhaben im Laufe der Jahre 2014 und 2015 (Lenzburg, Erweiterung Justizvollzugsanstalt-Infrastruktur; Aarau, Kantonaler Führungsstab; Wettingen, Kantonsschule, Ersatz Turnhalle; Aarau, KAPO, Neuer Standort; Eiken, Zivilschutzausbildungszentrum (ZAZ), Erweiterung und Brugg, Standort Archäologie) führen zunächst zu einem Anstieg der Aufwendungen. Deren Baufortschritt sowie einzelne Projektabschlüsse senken die Aufwendungen 2016. Ende 2016 wird unter Vorbehalt der Kreditgenehmigung mit dem Neubau des Laborgebäudes in Aarau begonnen, was zu steigenden Aufwendungen im Jahr 2017 führt.
02: Eine Zertifizierung nach Minergie-P-eco wird nicht zwingend angestrebt.
03: Die Fertigstellung der Gesamtsanierungen des Verwaltungsgebäudes des Strassenverkehrsamts in Schafisheim und der Justizvollzugsanstalt in Lenzburg bewirkt in den Jahren 2015 bzw. 2017 einen Rückgang. 2016 steigen die Aufwendungen kurzfristig wegen des Baufortschritts der nachfolgenden Vorhaben: Aarau, Pflegeschule, Haus 39; Aarau, Infanteriekaserne 1, Sanierung und Aarau, Alte Kantonsschule, Gesamtkonzept Infrastruktur.
04: Der Minergie-eco Standard kann nur bei Gesamterneuerungen angewendet werden, wobei eine Zertifizierung nicht zwingend angestrebt wird.
05: Es handelt sich um Erneuerungen für die FHNW, welche über die Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG abgewickelt werden. Das Projekt Windisch FHNW, Gebäude Nord wird im Budgetjahr abgeschlossen.
06: Der Ausführungsbeginn nachfolgender Nutzungsanpassungen im Eigenbestand führt im Jahr 2015 zu steigenden Aufwendungen: Aarau, Neue Kantonsschule, Schulzimmer und Sporträume; Wettingen, Kantonsschule, Klosterstrasse 20 bis 24 und Aarau, Abteilung Kultur, Ringier Bildarchiv. Der Ausbau des Kantonalen Zeughauses in Aarau sowie die Umgestaltung des Westflügels in der Kantonschule Wettingen führen im Jahr 2016 zu einem erneuten Anstieg der Aufwendungen.
07: Es handelt sich um Nutzungsanpassungen für die FHNW, welche über die Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG abgewickelt werden. Die Projekte Windisch FHNW, Treppe und Personenunterführung sowie Windisch, FHNW, Teilumbau Hauptgebäude/ Mensa wurden 2013 abgeschlossen.
08: Im Jahr 2015 steigt der Aufwand aufgrund der Zusammenführung der Standorte der Staatsanwaltschaften Rheinfelden und Laufenburg sowie dem Mieterausbau des Sammlungsdepots in Egliswil. Die Fertigstellung dieser Vorhaben sowie der Vorhaben Aarau, Kunsthaus, Aussendepot und Aargau, DVI, Standorte Grundbuchämter führen ab 2016 zu sinkenden Aufwendungen.
09: 2015 steigt der Aufwand wegen den Mieterausbauten Aarau, Lagerflächen, Neuer Standort und Baden, Justizbehörde Konkursamt, Sanierung Büros. Deren Fertigstellung im Jahr 2016 führen zu sinkenden Aufwendungen. 2017 steigt der Aufwand erneut wegen dem Ausbau des definitiven Standorts der Kantonspolizei in Lenzburg.
10: Im Jahr 2017 werden keine Investitionsbeiträge erwartet.
11: Aufgrund der neuen Rechnungslegung wird der Nettoaufwand Immobilien Aargau (NIMAG) vom Finanzierungssaldo Immobilien Aargau (FIMAG) abgelöst. Dieser berücksichtigt neben dem baulichen Investitionsaufwand auch die Abschreibungen. Zur Deckung des Schulraumbedarfs Mittelschulen wurde der NIMAG 2013 kurzfristig erhöht. Die Steigerung in den Planjahren berücksichtigt die kostenintensiven Phasen der Ausführung von: Aarau, Kantonaler Führungsstab; Wettingen, Kantonsschule, Ersatz Turnhalle; Aarau, Laborgebäude Nord; Aarau, Ausbau, Kantonales Zeughaus und Aarau, Pflegeschule, Haus 39. Im Rahmen der langfristigen Projektpriorisierung hat der Regierungsrat die Anhebung des FIMAG beschlossen. Das Gesamttotal der Indikatoren 01 / 03 / 06 / 08 / 09 und 12 des Ziels 003 sowie der Indikatoren 02 und 03 des Ziels 004 abzüglich der Investitionsbeiträge (Z003-I10) ergibt den FIMAG.
12: Ziel ist es, den FIMAG (Indikator 11) jährlich auszuschöpfen. Aufgrund erhöhter Planungsunsicherheit (ausserordentliche und kurzfristige Begehren, unzureichende Vorlaufzeiten für die strategische Planung, etc.) bzw. Bauverzögerungen (Baugesuchseinsprachen, submissionsrechtliche Beschwerden, bautechnische Ursachen etc.) werden Vorhaben über den Budgetvorgabewert des FIMAG hinaus geplant und mittels pauschaler Budgetkorrektur wieder auf den Vorgabewert gebracht. Mit dem Ausgleich Finanzierungssaldo Immobilien Aargau verfügt der Aufgabenbereich über eine finanzielle Manövriermasse.
13/14: Gemäss dem nGAF liegt die Kompetenzsumme des Regierungsrats bei der Bewilligung von Verpflichtungskrediten neu bei 2 Mio. Fr. Die Indikatoren wurden entsprechend angepasst. Vorhaben mit kleinem finanziellem Umfang (Indikator 13) werden meist kurzfristig geplant. Entsprechend dem FIMAG werden in den Planjahren vermehrt Grossprojekte ausgeführt.

Ziel 430Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Substanzwerterhalt der Immobilien ist gewährleistet.								
01 Bewirtschafteter Gebäudewert	Mio. Fr.	-	-	1'816.0	1'831.0	1'829.0	1'827.0	◑
02 Baulicher Unterhalt Erfolgsrechnung	1000 Fr.	7'833	14'785	8'488	8'336	16'243	17'781	◑
03 Baulicher Unterhalt Investitionsrechnung	1000 Fr.	3'792	2'600	2'003	2'381	4'143	4'262	◑
- Erneuerungen (Eigenbestand) (430Z003-I03)	1000 Fr.	-	-	23'380	15'475	19'090	12'890	◑
04 Anteil des baulichen Unterhalts und der Erneuerungen am bewirtschafteten Gebäudewert (= Substanzwerterhalt)	%	-	1.97	1.87	1.43	2.16	1.91	◑

Mit der Umsetzung des nGAF wird im baulichen Unterhalt zwischen Investitionen in der Erfolgs- und Investitionsrechnung unterschieden. Eine Unterscheidung nach der Instandhaltung und Instandsetzung (siehe AFP 2013-2016 Ziel 24) wird hinfällig. Der Schwellenwert der einzelnen Vorhaben liegt bei Fr. 250'000.-.
01: Der bewirtschaftete Gebäudewert setzt sich aus den Gebäudewerten der kantonseigenen Anlagen (Z001-I04), der Strassenliegenschaften (Z001-I06) und der Finanzierungsgesellschaft Immobilien FHNW AG (Z001-I10) zusammen. Die Bewirtschaftung der Gebäude der Stiftung Schlossdomäne Wildegg erfolgt saldoneutral und ist daher nicht Bestandteil des Indikators. 2015 werden die Dreifachturnhalle in Wettingen und die Multifunktionshalle in Gränichen fertiggestellt. Der ab 2016 abnehmende Gebäudewert ist auf eine von der Abteilung Tiefbau mittel- bis langfristig angestrebte Reduktion des Bestandes an Strassenliegenschaften zurückzuführen.
02: Im Rahmen der Vorhabenpriorisierung wird der Sockelbetrag für den baulichen Unterhalt Erfolgsrechnung in den Jahren 2014 und 2015 reduziert und ab 2016 wieder angehoben.
430Z003-I03: Die Fertigstellung der Gesamtsanierungen des Verwaltungsgebäudes des Strassenverkehrsamts in Schafisheim und der Justizvollzugsanstalt in Lenzburg bewirkt in den Jahren 2015 bzw. 2017 einen Rückgang. 2016 steigen die Aufwendungen kurzfristig wegen des Baufortschritts der nachfolgenden Vorhaben: Aarau, Pflegeschule, Haus 39; Aarau, Infanteriekaserne 1, Sanierung und Aarau, Alte Kantonsschule, Gesamtkonzept Infrastruktur.
04: Im Rahmen der Vorhabenpriorisierung wird der bauliche Unterhalt in den Jahren 2014 und 2015 reduziert und ab 2016 wieder angehoben.

Ziel 430Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Gebrauchstauglichkeit der Gebäude im Eigenbestand ist sichergestellt.								
01 Relevante Gebäude	Anzahl	-	-	219	219	219	219	
02 Durchgeführte Gebäude-Zustandsanalysen	Anzahl	-	20	20	30	40	40	
03 Umgesetzte Massnahmen aus den Gebäude-Zustandsanalysen	%	-	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	

Zur Sicherung der Gebäudequalität werden bei den kantonseigenen Anlagen Zustandsprüfungen durchgeführt und die Gebäudequalität analysiert. Die Analysemethode wurde verfeinert, so dass vorerst weniger Gebäude überprüft werden. Es wird angestrebt, innerhalb von rund 6 Jahren alle relevanten Gebäude im Eigenbestand zu untersuchen. Basis für die Berechnung sind 62 Gebäude der Kategorie A (erste Priorität) und 157 Gebäude der Kategorie B (zweite Priorität) im Eigenbestand. Die daraus abgeleiteten Sofortmassnahmen fliessen in die Planung ein und werden innerhalb von drei Jahren umgesetzt.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**26'274**	**14'524**	**-44.7%**	**16'779**	**22'233**	**22'616**
Globalbudget Aufwand	**-**	**43'902**	**38'505**	**-12.3%**	**41'200**	**46'754**	**47'137**
30 Personalaufwand	-	6'690	6'630	-0.9%	6'570	6'591	6'591
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	36'752	31'381	-14.6%	34'134	39'666	40'048
36 Transferaufwand	-	130	130	0.0%	130	130	130
39 Interne Verrechnungen	-	331	364	10.2%	366	367	367
Globalbudget Ertrag	**-**	**-17'628**	**-23'981**	**36.0%**	**-24'421**	**-24'521**	**-24'521**
42 Entgelte	-	-10	-10	0.0%	-10	-10	-10
44 Finanzertrag	-	-16'868	-23'221	37.7%	-23'661	-23'761	-23'761
49 Interne Verrechnungen	-	-750	-750	0.0%	-750	-750	-750
LUAE Saldo	**-**	**28'293**	**39'205**	**38.6%**	**38'806**	**36'586**	**34'403**
LUAE Aufwand	**-**	**32'429**	**43'351**	**33.7%**	**42'752**	**40'352**	**38'007**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	19	50	163.2%	50	50	50
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	22'386	24'296	8.5%	24'181	22'246	20'348
36 Transferaufwand	-	10'024	19'005	89.6%	18'521	18'056	17'609
LUAE Ertrag	**-**	**-4'136**	**-4'146**	**0.2%**	**-3'946**	**-3'766**	**-3'604**
42 Entgelte	-	-3'250	-2'250	-30.8%	-2'050	-1'870	-1'708
46 Transferertrag	-	-886	-1'896	114.0%	-1'896	-1'896	-1'896
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**47'833**	**31'850**	**-33.4%**	**60'039**	**52'247**	**55'459**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**55'028**	**36'900**	**-32.9%**	**64'289**	**55'127**	**55'459**
50 Sachanlagen	-	55'028	36'900	-32.9%	64'289	55'127	55'459
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-7'195**	**-5'050**	**-29.8%**	**-4'250**	**-2'880**	**-**
60 Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	-	-6'000	-2'250	-62.5%	-1'450	-	-
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-	-1'195	-2'800	134.3%	-2'800	-2'880	-

Globalbudget

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Aufwandseitig wird im Rahmen der Vorhabenpriorisierung der bauliche Unterhalt Erfolgsrechnung im Jahr 2014 reduziert und in den Planjahren wieder angehoben.
44 Finanzertrag: Ertragsseitig erhöhen sich mit dem Kauf des Campus Brugg-Windisch per 1. August 2013 die Mieterträge. Die kantonalen Einrichtungen Wohn- und Beschäftigungsheim Sternbild, das Zentrum für Arbeit und Beschäftigung (ZAB) sowie die Wohnpsychiatrie Windisch werden per 1. Januar 2014 in eine neue Trägerschaft überführt und generieren ab 2014 Mehreinnahmen von rund 1,2 Mio. Fr.

LUAE

33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen: Die Gebäude des Verwaltungsvermögens werden mittels linearer Abschreibung ab Nutzungsbeginn bewertet. Die Projektabschlüsse entsprechen dem Nutzungsbeginn (= technisches Baujahr) und führen zu Veränderungen in den Abschreibungen.
36 Transferaufwand: Der volle Jahresbetrag des Zins- und Amortisationsaufwands des Campus Brugg-Windisch für die Finanzierungsgesellschaft Immobilien FGI FHNW wird 2014 erstmals fällig und erhöht den Transferaufwand um rund 9 Mio. Fr.
42 Entgelte: Rund 20 Liegenschaften werden aus der kantonalen Wohnbauförderung abgebaut, was 2014 zu einem Minderertrag von 1 Mio. Fr. führt. Bis 2023 werden die restlichen 200 Liegenschaften sukzessive aus der Wohnbauförderung entlassen. Somit entfallen auch die jeweiligen Bundesbeiträge.
46 Transferertrag: Ab 2014 wird der Bundesbeitrag von rund 1 Mio. Fr. für den baulichen Unterhalt der Kaserne Aarau in den LUAE verbucht.

Investitionsrechnung

50 Sachanlagen: Der Rückgang der Aufwände im Budgetjahr ist auf den Abschluss verschiedener Bauvorhaben (Schafisheim, Strassenverkehrsamt, Gesamtsanierung Verwaltungsgebäude; Gränichen, Multifunktionshalle; Schulraumbedarf Mittelschulen, Turnhallen; Aarau, Kaserne 1, Schadstoffsanierung) zurückzuführen. 2014 befinden sich zahlreiche Vorhaben noch in der Planung. Deren kostenintensive Bauphasen führen 2015 zu einer massiven Steigerung der Aufwendungen (Aarau, Kantonaler Führungsstab; Wettingen, Kantonsschule, Ersatz Turnhalle; Lenzburg, Justizvollzugsanstalt, Gesamtsanierung; Aarau, Laborgebäude, Neubau; Aarau, Pflegeschule, Haus 39; Aarau, Kantonales Zeughaus, Ausbau; Brugg, Standort Archäologie; Lenzburg, Erweiterung Justizvollzugs-Infrastruktur; Eiken, Zivilschutzausbildungszentrum (ZAZ) sowie Wohlen, Kantonspolizei, Neuer Standort). Einzelne Projektabschlüsse und positive Baufortschritte führen ab 2016 zu leicht sinkenden Aufwendungen.
60 Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen: Die nicht an die Spitalaktiengesellschaft übertragenen Liegenschaften des Kantonsspitals Aarau werden ab 2013 gestaffelt verkauft.
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung: Ertragsseitig wird in den Jahren 2014 bis 2016 ein Investitionsbeitrag vom Bund für das Bauvorhaben Lenzburg, Justizvollzugsanstalt, Gesamtsanierung erwartet.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**54'567**	**53'728**	**-1.5%**	**55'585**	**58'818**	**57'019**
- Abschreibungen*	-	22'386	24'296	8.5%	24'181	22'246	20'348
+ Nettoinvestitionen	-	47'833	31'850	-33.4%	60'039	52'247	55'459
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**80'014**	**61'283**	**-23.4%**	**91'442**	**88'819**	**92'130**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
LG Immobilienmanagement LUAE							
Saldo	**-**	**22'386**	**24'296**	**8.5%**	**24'181**	**22'246**	**20'348**
Total Aufwand	-	22'386	24'296	8.5%	24'181	22'246	20'348
Abschr. Gebäude	-	10'476	9'973	-4.8%	10'061	9'672	9'237
Abschr. Inst., Einb.	-	11'589	13'843	19.4%	13'329	11'760	10'214
Weiterer Aufwand	-	321	480	49.5%	792	814	897
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Finanzierungsgesellschaft FHNW							
Saldo	**-**	**6'513**	**16'525**	**153.7%**	**16'241**	**15'956**	**15'671**
Total Aufwand	-	6'513	16'525	153.7%	16'241	15'956	15'671
Beitr. öff. Untern.	-	6'494	16'475	153.7%	16'191	15'906	15'621
Weiterer Aufwand	-	19	50	163.2%	50	50	50
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**48'253**	**49'899**	**3.4%**	**78'476**	**62'154**	**62'774**
	VK-Globalbudget	-	4'175	1'871	-55.2%	2'027	1'708	904
	VK-Investitionsrechnung	-	44'078	48'027	9.0%	76'449	60'446	61'870
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**1'928**	**4'414**	**128.9%**	**3'801**	**2'497**	**175**
	Aufwand	-	1'978	4'414	123.1%	3'801	2'497	175
	Ertrag	-	-50	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**10'382**	**13'120**	**26.4%**	**27'577**	**29'289**	**9'855**
	Aufwand	-	10'607	13'120	23.7%	27'577	29'289	9'855
	Ertrag	-	-225	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**35'943**	**32'365**	**-10.0%**	**47'098**	**30'368**	**52'744**
	Aufwand	-	36'863	35'165	-4.6%	49'898	33'248	52'744
	Ertrag	-	-920	-2'800	204.3%	-2'800	-2'880	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis									
VK, einmaliger Aufwand	21.06.2005	35'200	40'224	1'674	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	21.06.2005	2'200	2'200	-	-	-	-	-	-
FHNW Windisch, Sanierung Labor/Aula									
VK, einmaliger Aufwand	03.07.2007	28'558	30'822	1'461	-	-	-	-	-
Aarau, Bahnhof, STWE, Innenausbau									
VK, einmaliger Aufwand	13.11.2007	18'800	20'609	1'715	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	13.11.2007	230	230	-	21	5	-	-	-
FHNW Windisch, Sportbauten Mülimatt									
VK, einmaliger Aufwand	04.12.2007	18'059	18'688	1'372	-	-	-	-	-
Aarau, Biometrische Ausweise									
VK, einmaliger Aufwand	24.02.2009	2'810	2'821	-77	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	24.02.2009	103	103	-	-	-	-	-	-
Brugg/Zurzach, DVI, STPO									
VK, einmaliger Aufwand	22.06.2010	1'030	1'030	102	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	22.06.2010	176	179	-	-	-	-	-	-

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Baden, DVI, STPO									
VK, einmaliger Aufwand	22.06.2010	550	550	-23	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	22.06.2010	391	-	-	-	-	-	-	-
FHNW, Campus Neubau, Windisch									
VK, einmaliger Aufwand	29.06.2010	189'880	189'880	12'869	-	-	-	-	-
Windisch, FHNW, Baufelder B+C									
VK, einmaliger Aufwand	29.06.2010	1'700	1'700	556	750	-	-	-	-194
Lenzburg, JVA, Gesamtsanierung									
VK, einmaliger Aufwand	21.09.2010	40'800	40'965	24'546	10'200	9'300	1'840	-	3'206
Schafisheim, StVA, Verw.Geb., Gesamtsan.									
VK, einmaliger Aufwand	18.01.2011	22'645	22'843	5'058	4'050	-	-	-	1'008
Wettingen, Kanti, 4 neue Klassenzimmer									
VK, einmaliger Aufwand	28.06.2011	3'540	3'613	-619	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	28.06.2011	304	304	-	271	136	-	-	-
Zofingen, DVIGES, KESB +GB									
VK, einmaliger Aufwand	06.12.2011	5'502	5'554	412	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	06.12.2011	63	63	-	174	174	113	-	-
Schulraumbedarf Mittelschulen									
VK, einmaliger Aufwand	17.01.2012	12'850	12'850	1'131	97	97	49	-	888
Muri, DVIGES, KESB									
VK, einmaliger Aufwand	08.05.2012	2'527	2'536	779	-	-	-	-	-
Wohlen, DVI, GB, Neuer Standort									
VK, einmaliger Aufwand	08.05.2012	1'154	1'166	419	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	08.05.2012	98	98	-	134	134	56	-	-
Aarau, Raumbedarf Obergericht + IT AG									
VK, einmaliger Aufwand	12.06.2012	3'020	3'020	551	-	-	-	-	-
VK, wiederkehrender A.	12.06.2012	326	-	-	-	-	-	-	
Aargau, DVI, STPO, Ziellösung									
VK, einmaliger Aufwand	30.10.2012	3'141	3'142	2'905	314	2'000	496	-	95
VK, wiederkehrender A.	30.10.2012	297	-	-	71	283	283	283	-
Schulraumbedarf Mittelschulen, Sporthallen									
VK, einmaliger Aufwand	05.03.2013	9'915	9'915	-	-	-	-	-	-
Wohlen, DVI, KAPO, Neuer Standort									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	8'950	8'950	-	200	350	1'000	2'000	-
VK, wiederkehrender A.	geplant	-	-	-	-	-	-	21	-
Aarau, Kantonaler Führungsstab									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	36'130	36'130	-	2'035	11'010	16'430	4'900	-
Aarau, DVI, KAPO, Neuer Standort									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	67'900	67'900	-	600	3'300	1'100	1'900	-
Eiken, ZAZ, Erweiterung									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	7'905	7'905	-	1'705	3'100	3'100	-	-
Aarau, Ausbau Kant. Zeughaus									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	18'650	18'650	-	910	200	7'150	9'000	-
Lenzburg, DVIGES, Kapo-BG def. Stao.									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	9'400	9'400	-	200	300	300	4'300	-
Lenzburg, DVI, Erweit. JV-Infrastruktur									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	17'000	17'000	-	2'000	12'000	3'000	-	-
Aarau, DVI/KAPO, San. Polizeikommando									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	26'940	26'940	-	200	-	-	640	-

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Wettingen, Kantonsschule, Ersatz Turnhalle									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	18'500	18'500	-	7'500	10'500	500	-	-
Brugg, BFGS, Konzentration Baslerstrasse									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	7'139	7'139	-	3'314	375	3'050	400	-
VK, wiederkehrender A.	geplant	-	-	-	80	120	350	-	-
Aarau, Neubau Laborgebäude									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	45'900	45'900	-	900	1'200	1'500	21'100	-
Raumkonzept ZV, Neubau Verwaltungsgebäude									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	51'900	51'900	-	1'600	2'000	-	1'300	
Aarau, Pflegeschule, Haus 39									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	51'510	51'510	-	300	3'500	7'700	10'000	-
Unterentfelden, BZU, Gesamtsanierung									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	29'900	29'900	-	-	500	1'100	1'100	-
Aarau, BKS/BM, Sportanlage Telli									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	29'000	29'000	-	-	-	400	700	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**39.50**	**42.70**	**42.65**	**-0.1%**	**42.65**	**42.65**	**42.65**
Ordentliche Stellen	36.77	42.00	41.95	-0.1%	41.95	41.95	41.95
Fremdfinanzierte Stellen	0.70	0.70	0.70	0.0%	0.70	0.70	0.70
Projektstellen	2.03	0	0	0.0%	0	0	0

Aufgabenbereich 435: Informatik

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich ist zuständig für die Strategie und den Betrieb der zentralen Informatik. Dabei begleitet er die kantonalen Grossprojekte und sorgt für leistungsfähige und moderne Informatiklösungen. Daneben unterstützt er mit seinen Dienstleistungen praxistauglich und effizient die Arbeit der kantonalen Verwaltung und ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern sowie anderen Anspruchsgruppen aus Wirtschaft und Politik einen einfachen Zugang und eine transparente Kommunikation mit dem Kanton Aargau. Der Aufgabenbereich ist auch verantwortlich für die Erbringung von Informatik-Basisleistungen. Dazu gehören insbesondere der sichere Betrieb der beiden zentralen Rechenzentren, die Betreuung des gesamten Datennetzwerks und der Querschnittsapplikationen sowie die Führung des Service Desks.

Zuständige Kommission
Kommission für Allgemeine Verwaltung (AVW)

Leistungsgruppen
LG 435.50 Applikationsmanagement
LG 435.60 Projektmanagement
LG 435.70 Infrastrukturmanagement
LG 435.80 Kundenservice

Umfeld
Der Trend zur Digitalisierung nimmt weiterhin zu und die Bedienung neuer Kommunikationsinstrumente gehört für immer mehr Menschen zum Alltag. Verschiedene Anspruchsgruppen erwarten, einen möglichst grossen Teil ihres Amtsverkehrs online und effizient abwickeln zu können. Die Ansprüche an die zentral zu erbringenden Dienstleistungen (Netzwerk, Serverbetrieb, Applikationsüberwachung, Datensicherung und Verfügbarkeit) wachsen also weiterhin – und mit ihnen die Menge der elektronischen Daten um jährlich mindestens 20 %. Der Aufgabenbereich wird zunehmend schon zu Beginn der Planung von Projekten mit Informatikbezug einbezogen. Demzufolge wächst der Bedarf an kompetenter IT-Projektbegleitung, IT-Architektur- und Sicherheitsberatung, was dem jeweiligen Projekterfolg zu Gute kommt.

Risiken
Die Weiterentwicklung der modernen Kommunikationsangebote stellt neue, noch schwer abschätzbare Anforderungen an die Sicherheitssysteme, welche im Rahmen der Umsetzung der bundesweiten Network Security Policy verfeinert werden. Der Einsatz von mobilen Geräten wie z.B. Smartphones erhöht den Supportbedarf und die Komplexität des IT-Betriebs. Die Zahl von Projektvorhaben aus den Departementen nimmt laufend zu. Trotz der Notwendigkeit dieser Projekte können aufgrund der Ressourcenpriorisierung nicht alle berücksichtigt werden.

Handlungsfelder
Der Kanton Aargau reagiert auf den Digitalisierungstrend, indem er die E-Government-Angebote auf der Plattform der Verwaltungsbereiche ausbaut (z.B. Applikationen mit E-Shops) sowie seine Präsenz in den sozialen Medien verstärkt (E001). Besonders wichtig ist in den nächsten Jahren auch die elektronische Bereitstellung von Geo-Daten für Institutionen und Private. Die technische Umsetzung der beschlossenen Geo-Informationsgesetze erfordert zentrale Datenmodelle und eine ausbaufähige Infrastruktur (E002). Die grossen Ersatzinvestitionen beim elektronischen Arbeitsplatz (Windows 7 und Office 2010) für rund 5'000 PC-Arbeitsplätze (E004) sowie bei den zentralen Telefonanlagen (E003) fordern während den Projektlaufzeiten erhöhten Ressourceneinsatz. Die Erneuerungen ermöglichen eine zeitgemässe Kommunikation nach aussen wie nach innen. Bei der künftig einheitlichen Softwareverteilung und beim Betrieb der Telefonanlage kommt jeweils ein höherer Automatisierungsgrad zum Zuge. Die Zentralisierung ermöglicht vorteilhaftere Lizenzmodelle und erhöht die Gesamtverfügbarkeit der Systeme.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

435E001	E-Government-Plattform ausbauen
2011	Presentation Services
2011	Content Services
2013	Technische Infrastruktur
2015	Realisieren Elektronischer Dienstleistungen
2015	Einführung von E-Shop Lösungen

Die Massnahmen 6 (Workflow Services), 7 (eBusiness Services) und 8 (Integration Services) aus dem AFP 2013-2016 werden neu unter der Massnahme "Einführung von E-Shop Lösungen" zusammengefasst.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2008-1987 vom 18. November 2008	Mio. Fr.	8.93

435E002	Umsetzung des Geo-Informationsgesetzes (GeoIG) und des Kantonalen GeoIG
2010	Projektantrag
2013	Konzept AGIS-Architektur
2013	Konzept Datenmodellierung
2015	Umsetzung AGIS-Infrastruktur
ab 2016	Umsetzung Datenmodellierung

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-2173 vom 30. Oktober 2012	Mio. Fr.	4.85

435E003	Umsetzung der Telefoniestrategie (KOMPLA)		
2011	Voranalyse		
2011	Präqualifikation		
2012	Submission		
2013	Zentrale Systeme aufbauen		
2013	Botschaft		
2014	Pilotbenutzer aufbauen		
2015	Installation bei den Endbenutzern in der Verwaltung Platz Aarau		
2016	Installation bei den Endbenutzern Kantonspolizei		
2017	Installation bei den Endbenutzern der Verwaltung Kanton Aargau		
Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2013-2405 vom 26. März 2013		Mio. Fr.	10.70

435E004	Neuer IT-Arbeitsplatz (NITA)		
2011	Desktop-Strategie		
2011	Desktop-Management: Strategie und Betriebsorganisation		
2014	Fertigstellung Rollout		
2014	Migration der Applikationen		
ab 2014	Umschulung des Personals		
Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-1764 vom 6. März 2012		Mio. Fr.	13.80

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 435Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Informatikeinsatz des Kantons ist wirtschaftlich und effizient.								
01 IT-Arbeitsplätze in der Verwaltung	Anzahl	5'100	4'950	5'000	5'000	5'000	5'000	◑
02 IT-Gesamtkosten pro PC-Arbeitsplatz	Fr.	8'925	8'925	8'925	8'925	8'925	8'925	●
03 IT-Aufwand am Gesamtaufwand	%	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5	◑
04 IT-Aufwand pro Einwohner	Fr.	80	80	80	80	80	80	●
05 IT-Aufwand pro Einwohner im interkantonalen Vergleich	Rang	-	-	3	3	3	3	◑

01: Arbeitsplätze, die sowohl mit einem PC als auch einem Laptop ausgestattet waren, bekommen im Rahmen des Projektes NITA nur noch ein Gerät, so dass die Gesamtzahl vorerst nicht zunehmen sollte.
02: Der verwaltungsweite Informatikaufwand pro PC-Arbeitsplatz wird standardisiert nach den Richtlinien der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK) erhoben. Der Wert ist damit unter den 22 beteiligten Kantonen vergleichbar. Der Kanton Aargau befindet sich im Mittelfeld. Die Durchschnittskosten bei den ausgewerteten Kantonen lagen 2011 bei Fr. 9'955.-. Beim Informatikaufwand werden sämtliche informatikrelevanten Aufwendungen eingerechnet (Betrieb und Unterhalt der Hard- und Software, IT-Personal, Externe IT-Dienstleister und IT-Projektkosten).
03: Der Kanton Aargau liegt mit seinen Werten im interkantonalen Vergleich im Mittelfeld (Durchschnitt der Kantone 2011: 1,5 %).
04/05: Der durchschnittliche IT-Aufwand im Kanton Aargau belief sich 2011 auf Fr. 80.- pro Einwohner und lag damit unter dem Durchschnitt der Kantone (Fr. 126.-). Kantone mit hohem IT-Aufwand sind besser in der Lage, ein umfangreiches und kundenfreundliches Informatikangebot bereitzustellen.

Ziel 435Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Geoinformationen werden gemäss Geo-Informationsgesetz durch das Aargauische Geographische Informationssystem (AGIS) bedarfsgerecht bereitgestellt.								
01 Uneingeschränkt öffentlich zugängliche Geodatensätze	Anzahl	501	495	500	505	510	515	●
02 Öffentlich zugängliche interaktive Karten	Anzahl	67	68	70	72	74	76	●
03 Abgaben an Drittkunden	Anzahl	936	870	880	890	900	910	◑
04 Nutzung AGIS-Desktop-Applikationen	Stunden	247'812	220'000	250'000	260'000	270'000	280'000	◑

04: Der Wert des Budgetjahrs entspricht etwa 125 Vollzeit-Benutzern oder 500 Personen, welche ungefähr 25 % ihrer Arbeitszeit damit arbeiten.

Ziel 435Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Internetauftritt des Kantons ist mit dem E-Government-Angebot zeitgemäss und barrierefrei verfügbar.								
01 Elektronische Dienstleistungen	Anzahl	10	15	20	25	30	35	●
02 Aufgabenbereiche mit E-Shop	Anzahl	1	2	3	4	5	5	●
03 Seitenaufrufe www.ag.ch pro Tag	Anzahl	-	-	19'000	21'000	23'000	25'000	◑
04 Verfügbarkeit von www.ag.ch	%	99.0	98.0	98.0	98.0	98.0	98.0	●
05 Barrierefreie Objekte im Webangebot unter www.ag.ch	%	-	70.0	73.0	76.0	79.0	82.0	●

Ziel 435Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das kantonale Netzwerk ist sicher, leistungsfähig und hat eine hohe Verfügbarkeit.								
01 Netzwerkverfügbarkeit Betriebszeit (7x24)	%	99.9	99.2	99.2	99.2	99.2	99.2	●
02 Netzwerkverfügbarkeit Bürozeit (Mo-Fr 7:00-18:00)	%	99.9	99.0	99.0	99.0	99.0	99.0	●
03 Abgewehrte Viren pro Jahr	Anzahl	-	-	6'000	6'000	6'000	6'000	○
04 Durch Virenbefall beschädigte Systeme pro Jahr	Anzahl	0	0	0	0	0	0	●
05 Anteil Spam-E-Mail am Mailverkehr	%	91.5	90.0	85.0	85.0	85.0	85.0	○

01/02: Das Netzwerk umfasst das gesamte Wide Area Network (WAN), inklusive Gemeinde-Anbindungen.
05: Seit einigen Monaten weisen die Analysen nur noch ca. 90 % Spam-E-Mails aus. Wenn Absender verdächtig sind, werden diese bereits von Vorsystemen abgefangen.

Ziel 435Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Service Desk-Leistungen werden nachfragegerecht und professionell erbracht.								
01 Vom Service Desk bearbeitete Tickets	Anzahl	11'887	11'000	16'500	15'000	12'000	11'000	◑
02 Anteil der durch den Service Desk gelösten Tickets	%	70.9	65.0	66.0	67.0	68.0	69.0	●
03 Zuweisungen von Tickets an IT-Fachabteilungen (2nd level)	%	-	-	34.0	33.0	32.0	31.0	●
04 Kunden, die mit der Abwicklung zufrieden sind	%	-	-	90.0	90.0	90.0	90.0	●

01: Die Steigerung berücksichtigt das Projekt "Neuer IT-Arbeitsplatz" (NITA), welches vorübergehend eine massive Zunahme der Tickets mit sich bringen wird. In den kommenden Jahren werden ausserdem vermehrt Support-Anfragen zur E-Government-Plattform erwartet.

Ziel 435Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das IT-Projektportfolio-Management ist vollständig und aktuell.								
01 Projekte und Vorhaben im Portfolio	Anzahl	-	-	130	135	140	145	●
02 Korrekt eingereichte neue IT-Projekte	%	95.0	95.0	98.0	98.0	98.0	98.0	●
03 Technische Projektleitungen	Anzahl	-	-	68	70	72	74	●

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**31'264**	**35'234**	**12.7%**	**35'169**	**35'316**	**35'402**
Globalbudget Aufwand	**-**	**35'263**	**39'520**	**12.1%**	**39'465**	**39'512**	**39'608**
30 Personalaufwand	-	15'708	16'159	2.9%	16'686	16'725	16'796
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	19'510	23'309	19.5%	22'727	22'735	22'761
36 Transferaufwand	-	46	52	14.3%	52	52	51
Globalbudget Ertrag	**-**	**-3'999**	**-4'286**	**7.2%**	**-4'296**	**-4'196**	**-4'206**
42 Entgelte	-	-2'999	-3'326	10.9%	-3'336	-3'236	-3'246
46 Transferertrag	-	-100	-60	-40.0%	-60	-60	-60
49 Interne Verrechnungen	-	-900	-900	0.0%	-900	-900	-900
LUAE Saldo	**-**	**624**	**418**	**-33.0%**	**5'893**	**5'598**	**5'830**
LUAE Aufwand	**-**	**624**	**418**	**-33.0%**	**5'893**	**5'598**	**5'830**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	624	418	-33.0%	5'893	5'598	5'830
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**7'067**	**7'947**	**12.4%**	**3'260**	**2'191**	**3'492**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**7'067**	**7'947**	**12.4%**	**3'260**	**2'191**	**3'492**
50 Sachanlagen	-	7'067	7'947	12.4%	3'260	2'191	3'492
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

30 Personalaufwand: Die Zunahme wird hauptsächlich durch das Stellenwachstum, insbesondere im Bereich Service Desk, verursacht.
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Der Aufwand erhöht sich vor allem aufgrund der notwendigen Erneuerung des Netzwerks im Rechenzentrum (1,6 Mio. Fr.). Der weiterhin steigende Bedarf an Servern, Sicherheitssystemen, Speicher und SAP-Anwendungen inklusive technischer Beratung erfordert zusätzliche Mittel in der Höhe von rund 2,2 Mio. Fr.
42 Entgelte: Neu werden die Kosten von Servern, welche aus Projekten anderer Aufgabenbereiche erwachsen, diesen weiterverrechnet (rund Fr. 400'000.-).

LUAE

33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen: Die Abschreibungen im Budgetjahr beziehen sich auf das NITA-Vorprojekt und das Informatik-Teilprojekt der Daten- und Registerharmonisierung (DRH). Die Investitionen der Projekte NITA und E-Government-Plattform werden ab dem Jahr 2015 abgeschrieben. Damit erhöhen sich die Abschreibungen in den Planjahren deutlich.

Investitionsrechnung

50 Sachanlagen: Im Projekt KOMPLA (Telefonstrategie) wurden die Jahrestranchen dem Projektverlauf angepasst, so dass sich die Jahrestranche gegenüber dem Budget 2013 um knapp Fr. 900'000.- erhöht. Da sich die Grossprojekte NITA (Neuer IT-Arbeitsplatz 2012) und E-Government-Plattform dem Ende zuneigen, sinkt der Aufwand der Investitionsrechnung in den Planjahren deutlich.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**31'888**	**35'652**	**11.8%**	**41'062**	**40'914**	**41'233**
- Abschreibungen*	-	624	418	-33.0%	5'893	5'598	5'830
+ Nettoinvestitionen	-	7'067	7'947	12.4%	3'260	2'191	3'492
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**38'331**	**43'181**	**12.7%**	**38'429**	**37'507**	**38'895**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**7'067**	**7'953**	**12.6%**	**3'265**	**2'193**	**3'495**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	7'067	7'953	12.6%	3'265	2'193	3'495

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**228**	**2'050**	**801.1%**	**350**	**537**	**300**
	Aufwand	-	228	2'050	801.1%	350	537	300
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**950**	**389**	**-58.5%**	**1'075**	**527**	**750**
	Aufwand	-	950	389	-58.5%	1'075	527	750
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**5'890**	**5'514**	**-6.4%**	**1'840**	**1'129**	**2'445**
	Aufwand	-	5'890	5'514	-6.4%	1'840	1'129	2'445
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
E-Government Plattform									
VK, einmaliger Aufwand	18.11.2008	8'925	8'925	3'407	-85	-87	-	-	-908
Daten- & Registerharmonisierung DRH (TP)									
VK, einmaliger Aufwand	09.12.2008	637	637	269	-	-	-	-	-
Neuer IT-Arbeitsplatz (NITA)									
VK, einmaliger Aufwand	06.03.2012	13'800	13'800	3'519	2'934	-	-	-	7'707
Umsetzung Telefonie-Strategie (KOMPLA)									
VK, einmaliger Aufwand	26.03.2013	10'700	10'700	9'534	2'660	1'924	1'127	2'442	12'061

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**103.84**	**116.95**	**118.35**	**1.2%**	**117.85**	**113.95**	**108.00**
Ordentliche Stellen	84.42	101.00	100.00	-1.0%	104.00	104.00	104.00
Fremdfinanzierte Stellen	10.62	1.00	1.00	0.0%	1.00	1.00	1.00
Projektstellen	8.80	14.95	17.35	16.1%	12.85	8.95	3.00

Aufgabenbereich 440: Landwirtschaft

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Der Aufgabenbereich setzt die Agrarpolitik des Bundes und des Kantons um. Dabei fördert er unter Einbezug wichtiger Partner eine leistungsfähige, wirtschaftlich eigenständige, nachhaltig produzierende und auf die Versorgungssicherheit ausgerichtete Landwirtschaft. Der Aufgabenbereich wirkt bei der Gestaltung verwandter Bereiche wie Raumnutzung, Nahrungsmittelsicherheit sowie Tier-, Umwelt- und Gewässerschutz aktiv mit.

Zuständige Kommission
Kommission für Volkswirtschaft und Abgaben (VWA)

Leistungsgruppen
LG 440.10 Landwirtschaftliches Zentrum Liebegg
LG 440.20 Direktzahlungen und Beiträge
LG 440.30 Strukturverbesserungen und Raumnutzung

Umfeld
Gesättigte Märkte und Billigimporte aus dem Ausland drücken die Preise. Durch die Verhandlungen mit der Welthandelsorganisation und der Europäischen Union werden die Grenzen für viele Produkte fallen. Mittels Grundlagen- und Strukturverbesserungsprojekten werden Landwirtschaft sowie Natur und Landschaft nachhaltig gefördert. Das neue Landwirtschaftsgesetz, das seit dem 1. August 2012 in Kraft ist, bildet den Rahmen für diese Entwicklung. Gleichzeitig wird auch die neue Agrarpolitik 2014-2017 (AP 14-17) des Bundes Auswirkungen auf die Aufgabenerfüllung des Aufgabenbereichs haben.

Risiken
Eine effiziente landwirtschaftliche Produktion wird durch stark verzettelte, meist kleinräumige Eigentums- und Produktionsstrukturen sowie die starke Zerstreuung der Gunstlagen über das gesamte Kantonsgebiet verhindert. Gleichzeitig verstärkt sich der Druck auf wertvolles landwirtschaftliches Kulturland als Folge der stark steigenden Raumbedürfnisse der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Naturschutzes. Im Zuge der Grenzöffnungen steigt der Wettbewerbsdruck für die gesamte Nahrungsmittelkette. Preisgünstige Nahrungsmittelimporte und mögliche konjunkturelle Schwächeperioden können das Auseinanderdriften von Landwirtschaft, urbaner Bevölkerung und übriger Wirtschaft fördern. Folge davon ist die abnehmende Zahlungsbereitschaft von Politik und Bevölkerung für landwirtschaftliche Aufgaben.

Handlungsfelder
Ernährungssicherheit und Ressourcenschutz sind die zentralen Herausforderungen der Zukunft. Die Versorgung der Bevölkerung mit einheimischen Nahrungsmitteln ist durch eine nachhaltige Förderung der landwirtschaftlichen Produktion sicherzustellen. Dazu sind Grundlagen- und Strukturverbesserungsprojekte notwendig.
Die AP 14-17 soll erfolgreich umgesetzt werden (E001).
Um den Herausforderungen der geöffneten Märkte gewachsen zu sein, ist es für die Aargauer Landwirtschaft notwendig, sich von der ausländischen Konkurrenz abzuheben. Die spezifischen agrarpolitischen Ziele und Massnahmen werden mit anderen, der Landwirtschaft eng verknüpften Politikbereichen abgestimmt und die interdisziplinäre Zusammenarbeit soll weiter verstärkt werden. Zur langfristigen Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen sind mindestens 40'000 ha Fruchtfolgeflächen sicherzustellen. Der engen Verknüpfung zwischen der Landwirtschaft und der Raumpolitik ist deshalb verstärkt Beachtung zu schenken.
Weiter ist im Interesse der Artenvielfalt und für die Naherholung der ökologische Ausgleich gezielt zu fördern. Im Vordergrund stehen qualitative Verbesserungen bereits bestehender Biodiversitätsflächen. Gleichzeitig sind die natürlichen Ressourcen wie Boden, Wasser und Luft weitmöglichst zu schonen (E002).

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

440E001	Neue Agrarpolitik des Bundes (AP 14-17)
2013	Planung und Konzeption des Systemwechsels
2014	Überprüfung und Anpassung der Rechtssetzung auf kantonaler Ebene
2014	Systemumsetzung nach der Vernehmlassung zu den Ausführungsbestimmungen
2014	Einführung und Lancierung der neuen Vorschriften und Massnahmen

Mit der AP 14-17 will der Bundesrat die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit in der Land- und Ernährungswirtschaft verbessern sowie die gemeinwirtschaftlichen Leistungen wie Tierwohl, Ressourceneffizienz und ökologische Produktion gezielter fördern. Kernelement ist ein Direktzahlungssystem mit klarer Ausrichtung auf erbrachte Leistungen. Dadurch soll die Wirksamkeit und Effizienz der eingesetzten Mittel gesteigert werden. Dieser Systemwechsel erfordert auf kantonaler Ebene, neben der Überprüfung und Anpassung der Rechtssetzung, eine akkurate Planung und Umsetzung der Einführungsmassnahmen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

440E002	Neue Herausforderungen im ländlichen Raum
2013	Schutz des Kulturlandes: Erarbeitung von Instrumenten zur Sicherung der Fruchtfolgeflächen
2014	Umsetzung Klimastrategie Landwirtschaft des Bundes: Planung und Konzeption der 1. Etappe
2014	Ausscheidung Gewässerräume: Planung und Konzeption der Umsetzung in der Landwirtschaftszone
2015	Umsetzung Biodiversitätsstrategie des Bundes: Konzept zur Umsetzung des Aktionsplans in der Landwirtschaft

Vor dem Hintergrund der vielerorts regen Bautätigkeit, der fortschreitenden Urbanisierung und der Bedürfnisse des Naturschutzes bleibt der Druck auf das Kulturland hoch. Um diese Herausforderungen, insbesondere im Bereich der Raum- und Zonenplanung, anzugehen, werden verstärkt strategische Anstrengungen unternommen. Erste Massnahmen sind formuliert. Die Klimastrategie des Bundes (für die Landwirtschaft) wird auf relevante Inhalte geprüft und erste Massnahmen geplant. In der Gewässerraumfrage wird schweizweit eine einheitliche Regelung erarbeitet.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

440E003	Geo-Agrardatenerfassungs-System (GADES)
2012	Projektplanung
2013	Pilot Datenerfassung
2014	Aufbau Infrastruktur und Datenerhebung 1. Teil (30% der Gemeinden)
2015	Datenerhebung 2. Teil (40% der Gemeinden)
2016	Datenerhebung 3. Teil (30% der Gemeinden)

Gemäss Geoinformationsgesetz des Bundes (GeoIG; SR 510.62) sind die Kantone verpflichtet, alle landwirtschaftlichen Kulturflächen räumlich und digital zu erfassen. Bis 2014 wird ein geographisches Informationssystem (GIS) mit einer entsprechenden Infrastruktur, geschultem Personal sowie bereinigten Grundlagendaten aufgebaut, so dass die Digitalisierung der Kulturflächen bis Ende 2016 abgeschlossen werden kann.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.99

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 440Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Das Landwirtschaftliche Zentrum (LZ) Liebegg unterstützt und fördert als bäuerliches Kompetenzzentrum seine Kunden in den Bereichen nachhaltige Landwirtschaft, Hauswirtschaft und Ernährung.								
01 Weiterbildungshalbtage	Anzahl	541	500	500	500	500	500	◑
- Fachartikel/ Publikationen in der landw. Fachpresse (440Z005-I01)	Anzahl	166	135	150	150	150	150	●
02 Teilnehmende, welche mit dem Kurs zufrieden oder sehr zufrieden sind	%	97.0	90.0	93.0	93.0	93.0	93.0	◑
03 Dienstleistungsfälle im öffentlichen Interesse	Anzahl	827	800	800	800	800	800	◑
04 Grad der Kundenzufriedenheit mit den Dienstleistungen	%	99.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
05 Praxisversuche	Anzahl	37	42	40	40	40	40	◑
06 Begleitete Projektideen	Anzahl	-	-	10	10	15	15	●
07 Gemeinden mit Feuerbrandbefall	Anzahl	58	80	65	65	65	65	○
08 Bruttoaufwand für Pflanzenschutzdienst	1000 Fr.	550	635	500	500	500	500	○

Bundesvorgaben verpflichten den Kanton Weiterbildungen und Dienstleistungen zu bestimmten Themen und Problemen im Bereich der Landwirtschaft anzubieten. Entsprechend eingeschränkt ist die kantonale Steuerbarkeit der betreffenden Indikatoren.
01: Die Anzahl durchgeführte Weiterbildungsveranstaltungen gemessen in Halbtagen kann von Jahr zu Jahr variieren. Aufgrund der knappen Finanzen wird das Angebot im Vergleich zum Jahr 2012 reduziert.
03: Der Indikator umfasst alle Beratungen und Anfragen im öffentlichen Interesse (exkl. Beratung in Innovationsprojekten) zu Themen wie ökologischer Leistungsnachweis, Tierwohl, Bio-Landbau, überbetriebliche Zusammenarbeit, Arbeitssicherheit, gemeingefährliche Krankheiten, Schädlinge und invasive Pflanzen. Bei der Anzahl entspricht eine Einheit dem Aufwand von mindestens drei Arbeitsstunden.
05: Die Anzahl entspricht den Versuchen, welche durch das LZ Liebegg alleine oder in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen angelegt und ausgewertet werden.
06: Die Anzahl entspricht den Ideen für Projekte zur regionalen Entwicklung (PRE) mit einem Arbeitsaufwand von mindestens einem Arbeitstag.
08: Der Feuerbrandbefall und die entsprechenden Kontroll- und Bekämpfungskosten sind stark witterungsabhängig. Entscheidend ist das Wetter während der Blütezeit des Kernobstes von Mitte April bis Mitte Mai. Dank konsequenter Tilgungs- und Eindämmungsstrategie konnten die Kosten stetig gesenkt werden. Trotzdem muss jedes Jahr mit einem starken Befallsdruck und den entsprechend hohen Bekämpfungskosten gerechnet werden.

Ziel 440Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Der Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen im Bereich Direktzahlungen erfolgt effizient und termingerecht.								
01 Direktzahlungen und Beiträge von Bund nach AP 2014-17	Mio. Fr.	142.0	143.0	146.0	146.0	147.0	148.0	○
02 Landwirtschaftsbetriebe mit Berechtigung für Direktzahlungen	Anzahl	2'739	2'750	2'650	2'600	2'550	2'550	○
03 Anteil Beschwerden an die LAREKO (Landw. Rekurskommission) bezogen auf die Zahl der beitragsberechtigten Betriebe	%	0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1	◑
04 Beiträge (Bund und Kanton) an Landwirtschaftsbetriebe für Biodiversität und Landschaftsqualität	1000 Fr.	-	-	19'000.0	19'000.0	19'500.0	19'500.0	◑
05 Umfang der ÖAF (ökologischen Ausgleichsflächen), gemäss Programmen des Bundes (Direktzahlungsverordnung)	Hektar	8'170	7'900	8'300	8'400	8'500	8'500	○

Ziel 440Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen im Bereich Direktzahlungen erfolgt effizient und termingerecht.								
06 Flächen ökologisch wertvoller Lebensräume in der Landwirtschaft (Vertragsflächen für den ökologischen Ausgleich mit erhöhter Qualität (Qualitätsstufe 2 und 3))	Hektar	4'370	4'400	4'500	4'700	4'800	4'800	○
07 Vertragsflächen in Nitrat- und Phosphatgebieten	Hektar	1'176	1'225	1'200	1'250	1'275	1'275	◑
08 Beiträge an Landwirtschaftsbetriebe für Nitrat- und Phosphatprojekte	1000 Fr.	-	-	730	760	775	775	◑
09 Landwirtschaftsbetriebe mit Bestätigung 'baulicher Gewässerschutz ist erfüllt'	%	94.0	92.0	94.0	95.0	95.0	95.0	○

02: Die Zahl der Bauernbetriebe sinkt aufgrund des Strukturwandels.
05: Es handelt sich dabei um Ökoflächen der Qualitätsstufe 1 inklusive Hochstammobstbäume (1 Baum = 1 Are). Die fehlende kantonale Steuerbarkeit besteht aufgrund einer Mindestvorgabe des Bundes an die Bauern (7 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche).
06: Der Indikator umfasst Bewirtschaftungsverträge inner- und ausserhalb der Beitrags- und Aufwertungsgebiete (BAG). Die Flächenzunahme findet primär auf bestehenden Ökoflächen statt, welche qualitativ verbessert respektive vernetzt werden. Der Indikator ist kantonal nicht steuerbar, da es sich um ein freiwilliges Programm für die Bauern handelt.

Ziel 440Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Grundlagen für Strukturverbesserungen und Raumnutzung werden gefördert.								
01 Landwirtschaftliche Nutzfläche	Hektar	60'817	61'100	60'200	59'900	59'600	59'500	○
02 Entwicklung der Fruchtfolgefläche: Gesamtbilanz	Hektar	-	-	40'580	40'490	40'485	40'480	○
03 Zu beurteilende Geschäfte gemäss Boden-, Pacht- und Regulierungsrecht	Anzahl	2'333	2'300	2'300	2'300	2'300	2'300	○
04 Zur Beurteilung zugewiesene Baugesuche	Anzahl	-	-	950	950	950	950	○
05 Zur Beurteilung zugewiesene Geschäfte Verwaltungsinterne Konferenz (VIK)	Anzahl	-	-	150	150	150	150	○
Moderne Meliorationen								
06 Gemeinden mit Bedarf an Modernen Meliorationen	Anzahl	121	120	118	117	116	115	○
07 Laufende Vorplanungen für Moderne Meliorationen	Anzahl	-	3	3	2	2	2	◑
08 Laufende Meliorationsprojekte	Anzahl	-	6	6	7	7	7	◑
09 Jährliche Investitionen in Meliorationsprojekte (Brutto)	Mio. Fr.	10.0	10.0	3.0	3.3	4.5	4.5	◑
10 Jährliche Investitionen in Meliorationsprojekte (Kanton)	Mio. Fr.	-	-	1.0	1.1	1.5	1.5	◑
Periodische Wiederinstandstellungen (PWI)								
11 Laufende PWI-Projekte	Anzahl	-	-	27	27	27	27	◑
12 Jährliche Investitionen in PWI-Projekte (Brutto)	Mio. Fr.	-	-	10.0	10.0	10.0	10.0	◑
13 Jährliche Investitionen in PWI-Projekte (Kanton)	Mio. Fr.	-	-	1.0	1.0	1.0	1.0	◑
Darlehen durch die ALK								
14 Durch die ALK erteilte Investitionskredite und Darlehen	Anzahl	142	180	160	150	150	150	○
15 Summe der durch die ALK erteilten Investitionskredite und Darlehen	Mio. Fr.	20.0	21.0	19.0	18.0	18.0	18.0	○

Strukturverbesserung ist der Oberbegriff für die von Bund und Kanton geförderten landwirtschaftlichen Massnahmen wie Bodenverbesserungen, landwirtschaftlicher Hochbau und Projekte zur Regionalen Entwicklung (PRE).
Mit den Modernen Meliorationen oder den Meliorationsprojekten sind Landumlegungen mit Infrastrukturmassnahmen im ländlichen Raum gemeint. Die PWI-Projekte (Periodische Wiederinstandstellung) umfassen Massnahmen zur Sanierung von Infrastrukturanlagen in der Landwirtschaft. Dies können Flurwege, Drainagen, Wasserversorgungen oder Trockenmauern sein. Die PWI-Projekte gehören - wie auch die Meliorationen - zu den Strukturverbesserungen.
Die Instrumente Moderne Meliorationen und PWI-Projekte entsprechen der zukünftigen Agrar- und Raumplanungspolitik des Bundes.
01: Der Kulturlandverlust ist eine Folge der Ausdehnung der Siedlungen, Naturschutzprojekte, Wasserbau- und Hochwasserschutzmassnahmen, Strassenbauten usw.
02: Die sicherzustellende Minimalfläche gemäss Sachplan Fruchtfolgeflächen beträgt 40'000 ha.
06: Der Indikator entspricht der Anzahl Gemeinden, in denen auf mindestens 70 % der Gemeindefläche seit 40 Jahren oder mehr keine Melioration mehr durchgeführt wurde. Im Budgetjahr wird voraussichtlich mit zwei Gesamtmeliorationen begonnen.
07: Die steigende Zahl Moderner Meliorationen ist nur mit einer kontinuierlichen Anzahl Vorplanungen erreichbar. Im Budgetjahr werden die

Vorplanungen in Birrwil, Othmarsingen und Seengen bearbeitet.
08: Im Budgetjahr laufen Gesamtmeliorationen in den Gemeinden Sins, Küttigen, Abtwil, Oberehrendingen, Eiken und im Suhrental (mit 4 Gemeinden).
09: Der Indikator entsprach bis anhin den gesamten Investitionen von Bund, Kanton, Gemeinden und Grundeigentümern. Ab 2014 wird die Kennzahl der Strukturverbesserungsprojekte in Meliorations- und PWI-Projekte aufgeteilt.
10: Finanzrelevant werden im Budgetjahr die folgenden Gesamtmeliorationen sein: Sins-Reussegg, Küttigen, Abtwil und wahrscheinlich das Suhrentalprojekt. Die kantonalen Beiträge für Meliorationsprojekte entsprechen ca. 34 % der Bruttoinvestitionen.
11: Von den derzeit laufenden PWI- und Erneuerungsprojekten werden voraussichtlich deren 8 im Jahr 2013 abgeschlossen (Gansingen, Gebenstorf, Herznach, Hornussen, Riniken, Tegerfelden, Wislikofen, Zeihen), während wieder ungefähr 7 neue hinzukommen. Folgende laufende Projekte werden 2014 noch nicht abgeschlossen sein: Böbikon, Böttstein, Densbüren, Hellikon, Lengnau, Mellikon, Möhlin, Oberflachs Wege, Oberflachs Mauern, Schneisingen, Sins und Zuzgen. Die neuen Projekte für das Budgetjahr sind noch nicht bewilligt. PWI-Projekte sind jedoch sehr schnell aufgegleist und können innerhalb eines Jahres ab Planungsbeginn bewilligt werden.
12/13: Der Kantonsbeitrag für PWI-Projekte beträgt ca. 10 % der Gesamtkosten.
14/15: Das voraussichtlich günstig bleibende Zinsumfeld (Hypothekarzins) führt weiterhin zu Bauinvestitionen auf hohem Niveau.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**10'199**	**10'864**	**6.5%**	**10'610**	**10'748**	**10'543**
Globalbudget Aufwand	**-**	**22'864**	**23'883**	**4.5%**	**24'512**	**24'013**	**23'807**
30 Personalaufwand	-	7'476	7'639	2.2%	7'560	7'558	7'545
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	2'901	3'213	10.8%	3'118	3'223	2'996
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	30	50	66.7%	50	100	100
36 Transferaufwand	-	9'197	9'281	0.9%	10'084	9'332	9'367
39 Interne Verrechnungen	-	3'260	3'700	13.5%	3'700	3'800	3'800
Globalbudget Ertrag	**-**	**-12'665**	**-13'019**	**2.8%**	**-13'902**	**-13'265**	**-13'265**
42 Entgelte	-	-642	-534	-16.9%	-534	-534	-534
44 Finanzertrag	-	-52	-52	0.0%	-52	-52	-52
46 Transferertrag	-	-7'125	-7'557	6.1%	-8'440	-8'003	-8'003
49 Interne Verrechnungen	-	-4'846	-4'876	0.6%	-4'876	-4'676	-4'676
LUAE Saldo	**-**	**881**	**1'040**	**18.0%**	**1'278**	**2'006**	**2'316**
LUAE Aufwand	**-**	**147'891**	**147'040**	**-0.6%**	**147'278**	**149'006**	**150'316**
36 Transferaufwand	-	881	1'040	18.0%	1'278	2'006	2'316
37 Durchlaufende Beiträge	-	147'010	146'000	-0.7%	146'000	147'000	148'000
LUAE Ertrag	**-**	**-147'010**	**-146'000**	**-0.7%**	**-146'000**	**-147'000**	**-148'000**
47 Durchlaufende Beiträge	-	-147'010	-146'000	-0.7%	-146'000	-147'000	-148'000
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**861**	**1'020**	**18.5%**	**1'258**	**1'986**	**2'296**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**3'681**	**4'270**	**16.0%**	**4'428**	**5'156**	**5'466**
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	881	1'040	18.0%	1'278	2'006	2'316
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	2'800	3'230	15.4%	3'150	3'150	3'150
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-2'820**	**-3'250**	**15.2%**	**-3'170**	**-3'170**	**-3'170**
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	-	-20	-20	0.0%	-20	-20	-20
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-2'800	-3'230	15.4%	-3'150	-3'150	-3'150

Globalbudget

30 Personalaufwand: Die Veränderung im Budgetjahr (rund Fr. 200'000.-) ist auf das Projekt Geo-Agrardatenerfassungs-System (GADES) und auf höhere Arbeitgeberbeiträge zurückzuführen.
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand: Die Erhöhung (rund Fr. 300'000.-) betrifft die Bereiche Informatik (Umstellung der Software Agricola), Förderung der Regionalentwicklungsprojekte sowie Biodiversität und Landschaftsqualität.
36 Transferaufwand/ 46 Transferertrag: Die veränderten Transfererträge (Bundesbeiträge) und Transferaufwände (Beiträge an die Landwirtschaft) im Budget- sowie in den Planjahren basieren auf der Agrarpolitik 2014-2017 (AP 14-17), welche vorsieht die Bereiche Biodiversität und Landschaftsqualität zu fördern. Mit dem Abschluss des Ammoniakprojekts im Jahr 2015, reduzieren sich der Transferaufwand sowie der Transferertrag ab 2016.
39 Interne Verrechnungen: Mit der Umsetzung der neuen Vorgaben der AP 14-17 nehmen die Bereiche Biodiversität und Landschaftsqualität zu. Dadurch erhöhen sich auch die internen Verrechnungen mit der Abteilung Landschaft und Gewässer im Departement Bau, Verkehr und Umwelt.

LUAE

36 Transferaufwand: Gemäss neuer Rechnungslegung werden Investitionsbeiträge direkt abgeschrieben (vgl. 56 Eigene Investitionsbeiträge).

Investitionsrechnung

56 Eigene Investitionsbeiträge: Die Erhöhung der eigenen Investitionsbeiträge wie auch der Saldo der Investitionsrechnung ergeben sich aus den zurückgestellten Strukturverbesserungsprojekten, welche im Budgetjahr und in den Planjahren realisiert werden.
57/ 67 Durchlaufende Investitionsbeiträge: Mit den von Bund und Kanton zugesicherten Strukturverbesserungsprojekten werden im Budgetjahr rund Fr. 430'000.- mehr Beiträge ausgelöst.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**11'080**	**11'904**	**7.4%**	**11'888**	**12'754**	**12'859**
- Abschreibungen*	-	881	1'040	18.0%	1'278	2'006	2'316
+ Nettoinvestitionen	-	861	1'020	18.5%	1'258	1'986	2'296
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**11'060**	**11'884**	**7.5%**	**11'868**	**12'734**	**12'839**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
DL BB Landwirtschafts-Betriebe							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	147'000	146'000	-0.7%	146'000	147'000	148'000
DB private Untern.	-	147'000	146'000	-0.7%	146'000	147'000	148'000
Total Ertrag	-	-147'000	-146'000	-0.7%	-146'000	-147'000	-148'000
DBuBe Direktzahlung	-	-147'000	-146'000	-0.7%	-146'000	-147'000	-148'000

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**482**	**890**	**84.6%**	**1'097**	**1'432**	**1'266**
	VK-Globalbudget	-	312	330	5.7%	359	409	120
	VK-Investitionsrechnung	-	170	560	229.4%	738	1'023	1'146
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**437**	**690**	**57.8%**	**1'027**	**1'352**	**1'176**
	Aufwand	-	735	690	-6.1%	1'027	1'352	1'176
	Ertrag	-	-298	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**45**	**200**	**344.4%**	**70**	**80**	**90**
	Aufwand	-	45	200	344.4%	70	80	90
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**54.05**	**54.50**	**54.50**	**0.0%**	**54.50**	**54.50**	**54.50**
Ordentliche Stellen	53.85	54.10	54.10	0.0%	54.10	54.10	54.10
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0.20	0.40	0.40	0.0%	0.40	0.40	0.40

Aufgabenbereich 510: Soziale Sicherheit

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Vollzug von Bundesgesetzen sowie des kantonalen Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG) zur Unterstützung von Hilfesuchenden, die für ihren Lebensunterhalt selbst nicht hinreichend oder nicht rechtzeitig aus eigenen Mitteln aufkommen können; Durchsetzen von Rückerstattungsansprüchen des Kantons; Vollzug des Bundesgesetzes für Opferhilfe zur Unterstützung von Personen, die Opfer einer Straftat wurden; Rechtsmittelinstanz für Sozialhilfebeschwerden.

Zuständige Kommission
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW)

Leistungsgruppen
LG 510.10 Sozialhilfe Kanton und Gemeinden
LG 510.30 Soziale Prävention und Integration
LG 510.40 Opferhilfe

Organisation:
Kommunale und regionale Sozialdienste (Gemeinden und Regionen) sind für den Vollzug des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes verantwortlich. Dabei werden sie vom Kantonalen Sozialdienst beraten und unterstützt. Mit Kursen und Tagungen werden die in der Sozialhilfe tätigen Personen im Sozial- und Präventionsbereich weitergebildet.
Der Kantonale Sozialdienst bearbeitet den innerkantonalen Kostenteiler und den interkantonalen Zahlungsverkehr für den Bereich der ZUG-Fälle (gemäss Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger). Um sicherzustellen, dass die gesetzlichen Vorgaben gemäss SPG eingehalten werden, wird die abrechnungsrelevante Fallführung der Gemeinden stichprobenartig einer Überprüfung unterzogen. Die seit dem 1. Januar 2013 im Aufgabenbereich integrierte Beschwerdestelle SPG ist die zuständige Rechtsmittelinstanz bei Beschwerden gegen Entscheide der kommunalen Sozialbehörden.
Die Opferhilfe wird in zwei Einheiten geführt. Die Opferberatung berät Opfer und deren Angehörige von Straftaten der Kantone Aargau und Solothurn gemäss dem Opferhilfegesetz. Der Fachbereich Opferhilfe spricht finanzielle Leistungen und stellt die Koordination sicher.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Sozialhilfe:
Die derzeit relativ stabile wirtschaftliche Lage führte dazu, dass die Sozialhilfequote von 1.9% unverändert blieb. Im Vergleich zu 2011/2012 nimmt aufgrund der Bevölkerungsentwicklung die Anzahl der Sozialhilfe beziehenden Personen leicht zu. Auch ab dem Jahr 2014 dürfte sich dieser Trend bei gleichbleibender wirtschaftlicher Lage ähnlich fortsetzen. Zu den Hauptrisikoträgern gehören nach wie vor Personen ohne Ausbildung, insbesondere junge Erwachsene, denen der Übertritt von der Schule in die Ausbildung und in den primären Arbeitsmarkt nicht gelingt, sowie Alleinerziehende.

Sozialhilfebeschwerden:
Aufgrund der neuen schweizerischen Strafprozessordnung (StPO) wurden die Bezirksämter im Kanton Aargau per 31. Dezember 2012 aufgelöst. Gemäss Einführungsgesetz zur StPO wurde die Rechtsmittelinstanz für Sozialhilfebeschwerden ab dem 1. Januar 2013 von den Bezirksämtern an den Kantonalen Sozialdienst übertragen. Die Beschwerdestelle SPG überprüft als untere kantonale Aufsichtsbehörde auf schriftliche Beschwerde hin Entscheide der Sozialbehörden (inkl. Rechtsverweigerungs- und Rechtsverzögerungsbeschwerden) und befasst sich auch mit gegen Sozialbehörden gerichteten Aufsichtsanzeigen.

Soziale Prävention und Integration:
Die Anstossfinanzierung des Bundes für Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung (inkl. vorschulpflichtige Kinder) - welche bis zum 31. Januar 2015 verlängert wurde - hat in den Vorjahren zu einer stetigen Zunahme der subventionsberechtigten Institutionen im Kanton Aargau geführt. Im Anschluss an die Anstossfinanzierung werden die Kosten gestützt auf das Sozialhilfe- und Präventionsgesetz (SPG) anteilmässig durch den Kanton getragen, soweit diese beantragt sind. Nach der Überweisung verschiedener parlamentarischer Vorstösse (27. März 2012) hat der Regierungsrat die Erarbeitung einer neuen Vorlage zur Regelung der familienergänzenden Kinderbetreuung in Angriff genommen. Die Anhörungsbotschaft wird im Juli 2013 publiziert. Die Behandlung im Grossen Rat ist im 3. Quartal 2014 bzw. im 1. Quartal 2015 vorgesehen. Die Inkraftsetzung ist im 4. Quartal 2015 geplant, die Umsetzung ab dem Schuljahr 2016/17.

Opferberatung:
Die Opferberatung wird seit dem 1. Januar 2011 als unabhängige Beratungsstelle des Kantonalen Sozialdienstes geführt. Die Beratungsstelle nimmt über einen Leistungsvertrag auch die Opferberatung für den Kanton Solothurn wahr. Nach erfolgreicher externer Evaluation wurde der Leistungsvertrag zwischen den Kantonen Aargau und Solothurn um vier Jahre verlängert (2013-2016). Wichtig ist, dass die Beratungsstelle im Sinne der Opferhilfegesetzgebung weiterhin als unabhängige Fachstelle tätig sein kann.

Massnahmen gegen häusliche Gewalt:
Die Mitte 2009 eingeführten Massnahmen gegen die häusliche Gewalt wurden im 2012 evaluiert. Um einen fachgerechten Umgang mit häuslicher Gewalt längerfristig sicherzustellen, werden bis Ende 2014 die Empfehlungen aus der Evaluationsstudie umgesetzt. Dazu gehört insbesondere das Schaffen einer einheitlichen Datenbasis.

Sozialpolitische Planung:
Der Entwicklungsschwerpunkte "Sozialpolitische Planung" soll Möglichkeiten und Wege aufzeigen, wie die Potenziale der Menschen gestärkt werden können.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

510E001	**Sozialpolitische Planung**
2011-2012	Erarbeiten eines Sozialberichts
2012-2013	Erarbeiten Sozialstrategie
12.2014	Beschluss Grosser Rat

Ziel des ES ist es, für den Kanton Aargau eine Sozialpolitische Planung zu erstellen. Sie setzt sich aus zwei Teilen zusammen. Im Sozialbericht wird die aktuelle soziale Lage der Bevölkerung im Kanton Aargau dargestellt. Basierend auf den Erkenntnissen des Sozialberichts wird anschliessend die Sozialplanung erstellt. Sie umfasst die strategischen Stossrichtungen der Sozialpolitik des Kantons Aargau.
Bei der Ausgestaltung der Sozialpolitik ist darauf zu achten, dass die Menschen faire Chancen erhalten, die notwendigen Potenziale für eine eigenständige Lebensgestaltung aufbauen zu können und gute Rahmenbedingungen zu haben, um ein selbstverantwortliches Leben zu führen. Um die Sozialpolitik nachhaltig zu gestalten, legt die Sozialstrategie Gewicht auf eine gute Koordination und effiziente Umsetzung der Sozialstrategie.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.48

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 510Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Der Lastenausgleich unter den Gemeinden ist sichergestellt.								
01 Anrechenbare Fälle gemäss Kostenteiler Kanton/Gemeinden	Anzahl	11'701	12'200	12'200	12'200	12'200	12'200	○
02 Gesamtquote des Kantonsbeitrags am Sozialhilfeaufwand der Gemeinden (gemäss Kostenteiler § 47 ff SPG)	%	28.0	28.0	28.0	28.0	28.0	28.0	●
03 Aufwand des Kantons für anrechenbare Fälle gemäss Kostenteiler Kanton/Gemeinden	Mio. Fr.	21.0	24.5	22.1	22.1	22.1	22.4	◑
04 Revisionen zur kostenrelevanten Fallüberprüfungen in den Gemeinden pro Jahr	Anzahl	30	30	30	30	30	30	●
05 Bevölkerungszahl	Anzahl	-	-	645'595	654'233	663'190	672'043	◑

Mit diesem Ziel steuert der Grosse Rat eine angemessene Beteiligung des Kantons an den Sozialhilfekosten der Gemeinden. Hierdurch sollen die kaum steuerbaren Aufwendungen nach dem Sozialhilfe- und Präventionsgesetz in den Gemeinden finanziell abgefedert werden. Mit der Veränderung des Indikators, welcher im §47 SPG definiert ist, kann der finanzielle Aufwand des Kantons vom Grossen Rat direkt beeinflusst werden.
02/03: Aufgrund des Jahresberichts 2012 wurde die Entwicklung der SH-Bezüger und des Aufwands angepasst. Für das Budget 2013 wurde Aufwand voraussichtlich zu hoch eingeschätzt.

Ziel 510Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Weiterbildung von in der Sozialhilfe tätigen Personen und Sozialbehörden zum Vollzug des SPG und SPV ist sichergestellt.								
01 Kursteilnehmende	Anzahl	77	90	160	90	90	90	◑
02 Tagungsteilnehmende	Anzahl	-	-	200	200	200	200	◑

Mit diesem Ziel wird eine Basisaufgabe im Aufgabenbereich aufgezeigt, nämlich die Sicherstellung des Auftrages gemäss § 42 SPG; Weiterbildung der in der Sozialhilfe tätigen Personen sowie Mitglieder der Sozialbehörden. Im Abstand von 4 Jahren, jeweils nach den Kommunalwahlen, ist ein höherer Bedarf an Weiterbildungen vorhanden (2014, 2018, ...). Die Kenntnis der sozialrechtlichen Grundlagen ist Voraussetzung für eine einheitliche und korrekte Amts- bzw. Dossierführung.
02: Dieser Indikator ist neu. Für 2012 wurden noch keine Daten erhoben, für 2013 wurde kein Budget erstellt.

Ziel 510Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Ein fristgerechter Vollzug des Opferhilfegesetzes ist sichergestellt.								
01 Eingegangene Gesuche Opferhilfe jährlich	Anzahl	-	-	270	270	270	270	○
02 Erledigte Gesuche Opferhilfe jährlich	Anzahl	-	-	270	270	270	270	◑
03 Pendente Gesuche Opferhilfe per 31.12.	Anzahl	-	-	90	90	90	90	◑
04 Gesuchspendenzen im Vergleich zu den eingegangenen Opferhilfegesuchen per 31.12.	%	-	-	33.0	33.0	33.0	33.0	◑
05 Regressfälle Opferhilfe in Bearbeitung	Anzahl	90	100	100	100	100	100	○
06 Opferberatungsfälle	Anzahl	1'602	1'200	1'600	1'600	1'600	1'600	○

Die Zielindikatoren 01, 02, 03, 07 (und auch der Fallerfassungsmodus) sind im Vergleich zum AFP 2013-2016 neu. Mit den Indikatoren soll eine leistungsfähige Opferhilfe sichergestellt werden, die ihre Aufgaben auch in Zukunft auf hohem Niveau erfüllt.
01: Dieser Wert beinhaltet neu nur noch die Gesuche für längerfristige Hilfe, Genugtuung und/oder Entschädigung ohne die Soforthilfe.
06: Dieser Wert enthält sowohl die neuen sowie die vom Vorjahr übernommenen Fälle.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**31'549**	**28'035**	**-11.1%**	**27'647**	**27'695**	**28'420**
Globalbudget Aufwand	**-**	**48'146**	**41'610**	**-13.6%**	**41'222**	**41'270**	**41'795**
30 Personalaufwand	-	4'750	4'756	0.1%	4'715	4'729	4'750
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	2'294	2'378	3.7%	2'280	2'313	2'318
36 Transferaufwand	-	36'002	33'377	-7.3%	33'127	33'128	33'628
39 Interne Verrechnungen	-	5'100	1'100	-78.4%	1'100	1'100	1'100
Globalbudget Ertrag	**-**	**-16'597**	**-13'575**	**-18.2%**	**-13'575**	**-13'575**	**-13'375**
42 Entgelte	-	-12'836	-12'536	-2.3%	-12'536	-12'536	-12'336
46 Transferertrag	-	-3'460	-745	-78.5%	-745	-745	-745
49 Interne Verrechnungen	-	-301	-294	-2.3%	-294	-294	-294
LUAE Saldo	**-**	**7'790**	**8'035**	**3.1%**	**8'035**	**8'035**	**8'035**
LUAE Aufwand	**-**	**12'760**	**12'340**	**-3.3%**	**12'340**	**12'340**	**12'340**
36 Transferaufwand	-	12'760	12'340	-3.3%	12'340	12'340	12'340
LUAE Ertrag	**-**	**-4'970**	**-4'305**	**-13.4%**	**-4'305**	**-4'305**	**-4'305**
42 Entgelte	-	-3'700	-3'700	0.0%	-3'700	-3'700	-3'700
46 Transferertrag	-	-1'270	-605	-52.4%	-605	-605	-605
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Veränderung im Budget
30 Personalaufwand
Mehraufwand infolge Reorganisationsmassnahmen durch Verschiebung von 5.4 Stellen vom AB 515 Asylbetreuung in den AB 510 Soziale Sicherheit.
Minderaufwand wird durch die Verschiebung einer Stelle der öffentlichen Sozialhilfe in den Bereich Zentrale Dienste.
Minderaufwand in der ab 2013 neu geführten Beschwerdestelle sowie im Bereich Arbeitsmarktservice durch Anpassung an die effektiven Bedürfnisse angepasst.
Mehraufwand infolge Besetzung einer Praktikantenstelle Opferhilfe. Ausserdem wird eine höhere Anzahl und aufwändigere Fälle erwartet.

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Mehraufwand für externe Dienstleistungen infolge Aufbaus eines Qualitätsmanagements beim Kantonalen Sozialdienst (Fr. 45'000),
Mehraufwand für die Erhöhung der Leistungsvereinbarungen für die "Dargebotene Hand" (Fr. 20'000) und „Massnahmen gegen häusliche Gewalt“ (Fr. 60'000),
Mehraufwand infolge Änderung des Spesendekrets (Fr. 5'000),
Minderaufwand für die Jahrestranche im Projekt „Sozialpolitische Planung“ (Fr. 36'000),
Minderaufwand aufgrund des allgemeinen Spardrucks in diversen Kostenarten.

36 Transferaufwand
Minderaufwand für die Kantonsbeiträge Sozialhilfe gemäss Kostenteiler Kanton/Gemeinden SPG aufgrund des Jahresergebnisses 2012 (Fr. 2.4 Mio.),
Minderaufwand für die Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung aufgrund der Verschiebung in die Leistungsgruppe 510.30 Soziale Prävention (Fr. 1.5 Mio.).

39 Interne Verrechnungen
Minderaufwand durch Verschiebung der „Unterbringung und Ausrichtung der Nothilfe für ausreisepflichtige Personen“ in den AB 515 (Fr. 4.0 Mio.).

42 Entgelte
Mehrertrag infolge der höheren Anzahl von Flüchtlingen aus der Globalpauschale des Bundes für diese Personengruppe (Fr. 0.2 Mio.),
Minderertrag infolge Wegfall Bundesbeiträge für Krankenkassenprämienverbilligungen (Fr. 0.5 Mio.) durch Verschiebung der „Unterbringung und Ausrichtung der Nothilfe für ausreisepflichtige Personen“ in den AB 515.

46 Transferertrag
Minderertrag infolge Wegfall der Einmalpauschale des Bundes durch die Verschiebung der Aufgabe „Unterbringung und Ausrichtung der Nothilfe für ausreisepflichtige Personen“ in den AB 515 (Fr. 2.7 Mio.).

Veränderung in den Planjahren
2015: Minderaufwand für externe Dienstleistungen (Fr. 0.1 Mio.) infolge Ende des Aufbaus eines Qualitätsmanagements.
2015: Ende des Projektes Sozialpolitische Planung.
2015: Auflösung der Leistungsvereinbarung mit Pro Infirmis für die Beratung von behinderten Sozialhilfeempfängern (Fr. 260'000).
2017: Minderertrag aus der Globalpauschale des Bundes für Flüchtlinge (Fr. 200'000)

LUAE
Veränderung im Budget
36 Transferaufwand
Minderaufwand für Einarbeitungszuschüsse (Fr. 620'000) aufgrund des Jahresberichts 2012,
Mehraufwand für Beiträge an Kantone (Fr. 200'000) für die ausserkantonale Beratung von Opfern.

46 Transferertrag
Minderertrag für Einarbeitungszuschüsse (Fr. 620'000) aufgrund des Jahresberichts 2012,
Minderertrag aus Kantonsbeiträgen (Fr. 15'000) für die Beratung von ausserkantonalen Opfern.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**39'339**	**36'070**	**-8.3%**	**35'682**	**35'730**	**36'455**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**39'339**	**36'070**	**-8.3%**	**35'682**	**35'730**	**36'455**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
SozHilfe Aargauer Bürger ausser Kanton							
Saldo	**-**	**5'840**	**5'840**	**0.0%**	**5'840**	**5'840**	**5'840**
Total Aufwand	-	5'840	5'840	0.0%	5'840	5'840	5'840
Sozialhilfe	-	5'840	5'840	0.0%	5'840	5'840	5'840
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**1'182**	**1'139**	**-3.6%**	**843**	**170**	**170**
	VK-Globalbudget	-	1'182	1'139	-3.6%	843	170	170
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**509**	**466**	**-8.4%**	**170**	**170**	**170**
	Aufwand	-	509	466	-8.4%	170	170	170
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**673**	**673**	**0.0%**	**673**	**-**	**-**
	Aufwand	-	673	673	0.0%	673	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**27.95**	**35.60**	**41.00**	**15.2%**	**41.00**	**41.00**	**41.00**
Ordentliche Stellen	26.05	29.80	34.20	14.8%	34.20	34.20	34.20
Fremdfinanzierte Stellen	1.90	5.80	6.80	17.2%	6.80	6.80	6.80
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Ordentliche Stellen
Verschiebung von 4.4 Stellen aus dem AB 515 aufgrund der Reorganisation des Kantonalen Sozialdienstes.
Fremdfinanzierte Stellen
Verschiebung von 1.0 Stellen aus dem AB 515 aufgrund der Reorganisation des Kantonalen Sozialdienstes.

Aufgabenbereich 515: Betreuung Asylsuchende

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Gewährleisten der Sozialhilfe für Asylsuchende (Obdach, Ernährung, Kleidung und medizinische Grundversorgung); Gewährleisten der Nothilfe für illegale anwesende Personen (Personen mit Nicht-Eintretensentscheid und rechtsgültig Abgewiesene).

Zuständige Kommission
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW)

Leistungsgruppen
LG 515.10 Asylbetreuung Kanton und Gemeinden

Organisation:
Gestützt auf Bundes- und kantonale Gesetzgebung wird gewährleistet, dass Personen des Asylbereichs (Asylsuchende, Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene), die erforderliche Unterbringung, Betreuung und Fürsorge sowie Personen ohne rechtsgültigen Status (Personen mit Nichteintretensentscheid, Weggewiesene) die erforderliche Nothilfe erhalten. Zur Förderung der Integration und der Eigenständigkeit längerfristig Anwesender werden Deutschkurse und Beschäftigungsprogramme angeboten. Die gesundheitliche Grundversorgung sowie die Bewirtschaftung der Globalpauschale des Bundes sind sicher zu stellen. Die Verantwortung des kantonalen Sozialdienstes liegt ausschliesslich in der Unterbringung und Betreuung dieser Personen. Für Statuswechsel, freiwillige Rückkehr sowie die Rückschaffung sind der Bund und/oder das Amt für Migration und Integration Aargau (MIKA) zuständig.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Zuweisungen:
Die Zahl der Zuweisungen von Asylsuchenden durch den Bund und der Bestand an Personen des Asylrechts im Kanton Aargau wird primär durch Ereignisse im Ausland beeinflusst. Bereits im AFP 2013-2016 wurden die erwarteten Zuweisungen aufgrund der weltpolitischen Entwicklung seit 2011 (arabischer Frühling) nach oben korrigiert. Für das Jahr 2013 prognostiziert das Bundesamt für Migration 25'000-30'000 Asylgesuche. So bleiben auch im Planungszeitraum der Bestand und der damit verbundene Aufwand für Unterbringung, Betreuung, Unterstützung und medizinische Grundversorgung auf finanziell hohem Niveau.

Auch die Zahl der Personen mit einem rechtskräftigen Wegweisungs- oder Nichteintretensentscheid wird auf hohem Niveau bleiben. Diese Personengruppe hat zeitlich unbegrenzten Anspruch auf Nothilfe, was zu höheren Ausgaben in der Sozialhilfe führt. Personen mit Nichteintretensentscheid oder Weggewiesene werden in der Regel in kantonalen Strukturen untergebracht.

Betreuung und Sicherheit:
Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit der Bevölkerung und der Personen in kantonalen Unterkünften ist die Führung eines effektiven und wahrnehmbaren Sicherheits- und Nachtdienstes mit zum Teil externen Leistungserbringern zwingend; dies verursacht hohe Kosten. Auf Grund der mit Crime-Stop beschlossenen zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen hat der Sicherheitsaufwand stark zugenommen.

Revision des Asylgesetzes:
Auf Bundesebene ist eine Revision des Asylgesetzes im Gange, welche unter anderem die Beschleunigung der Asylverfahren sowie eine Erhöhung der Plätze in den Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes vorsieht. Die Umsetzung wird einen noch unbestimmten Einfluss auf die Zahl der Zuweisungen haben. Das Bundesamt beabsichtigt die Nutzung des Truppenlagers Bremgarten als temporäre Bundesunterkunft (Aussenstelle des Empfangszentrums Basel); die dort untergebrachten Asylsuchenden werden an die Aufnahmequote des Kantons Aargau angerechnet. Der mit dem Dringlichen Bundesbeschluss beschlossene Testbetrieb "Verfahrensbeschleunigung" für die Jahre 2013 bis 2015 wird zu keiner budgetrelevanten Entlastung führen.

Deutschkurse und Beschäftigungsprogramme:
Die Nachfrage nach Alphabetisierungs- und Deutschkursen ist weiterhin hoch. Beschäftigungsprogramme mit einem gemeinnützigen Charakter für Asylsuchende werden unter der Anwendung der gesetzlichen Vorgaben angeboten. Die Crime-Stop-Massnahmen werden tendenziell zu einem Ausbau der Beschäftigungsprogramme führen.

Revision des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (515E001):
Mittel- und langfristig sollen mittels gesetzlicher Anpassungen einerseits grössere, zentrale Unterkünfte realisiert und andererseits sämtliche Gemeinden zur Aufnahme von Asylsuchenden verpflichtet werden können

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

515E001	Asylunterkünfte, Änderung des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG)
2013	Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs
2014	Beschluss durch den Grossen Rat
01.07.2015	Inkraftsetzung

Ziel des ES ist es, mittels Gesetzesänderung die Zuständigkeit der Unterbringungs- und Betreuungsaufgabe für Personen des Asylrechts zwischen Kanton und Gemeinden bzw. die Aufnahmepflicht (und deren Durchsetzbarkeit) mit solidarischem Ansatz neu zu definieren. Im Weiteren sollen die gesetzlichen Grundlagen für das zukünftige Unterbringungskonzept und die damit angestrebten Verbesserungen bezüglich der Betreuung und der Sicherheit geschaffen werden. Nach jetziger Kenntnis kann das Projekt mit den bestehenden Mitarbeiterressourcen bewältigt werden, so dass keine zusätzlichen Finanzmittel benötigt werden. Finanzielle Auswirkungen nach Inkraftsetzung des Gesetzes sind momentan noch nicht bekannt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 515Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Betreuung der Asylsuchenden und Nothilfebeziehenden ist sichergestellt.								
01 Im Kanton untergebrachte Asylsuchende mit Status N (im Verfahren) und Status F (mit vorläufiger Aufnahme) (Jahresdurchschnitt inkl. Gemeinden)	Anzahl	2'320	2'200	2'300	2'300	2'300	2'300	○
02 Dem kantonalen Sozialdienst zugewiesene Asylsuchende, die als Unterstützungsfall geführt werden	Anzahl	1'834	1'900	1'900	1'900	1'900	1'900	○
03 Übernachtungen in Kantonsunterkünften	Anzahl	374'809	365'000	370'000	370'000	370'000	370'000	○
04 Übernachtungen in Gemeindeunterkünften	Anzahl	276'254	330'000	280'000	280'000	280'000	280'000	○
05 Durchschnittliche Quote der Auslastung der kantonalen Unterkünfte (Bettenbelegung).	%	111.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◐
06 Übernachtungenin Notschlafstellen (kantonale Unterkünfte) von Ausriesepflichtigen	Anzahl	70'327	90'000	70'000	70'000	70'000	70'000	◐
07 Kantonale Unterbringungsplätze für Asylsuchende und Nothilfebeziehende im Jahresdurchschnitt	Anzahl	-	-	1'400	1'500	1'700	1'700	●

Mit diesem Ziel wird eine Basisaufgabe im Aufgabenbereich aufgezeigt, nämlich die Sicherstellung des Auftrages gemäss Asylgesetz und §§ 16 ff SPG bestehend aus Unterbringung und Unterstützung der Personen des Asylrechts.
01/02: Da die Entwicklung auf Bundesebene (schnellere Verfahren, erhöhte Kapazitäten in Empfangs- und Verfahrenszentren des Bundes) noch nicht abgeschätzt werden kann, muss kurz- und mittelfristig mit unveränderten Beständen und Zuweisungen gerechnet werden. Dementsprechend werden die Werte 2014-2017 aufgrund der Berichtswerte 2012 fortgeschrieben.
03/04: Anpassung der Werte 2014 aufgrund der Berichtswerte 2012.
05: Die angestrebte Auslastungsquote von 80% kann nur durch die Schaffung von zusätzlichen Unterbringungsplätzen erreicht werden.
07: Im Anhörungsbericht "Massnahmen zur Sicherstellung genügender Asylunterkünfte mit Teilrevision des Sozialhilfe- und Präventionsgesetzes (SPG)" wird der Bedarf an kantonalen Unterbringungsplätzen auf Grund der gemittelten Bestandes- und Flusszahlen unter Berücksichtigung der zu erreichenden durchschnittlichen Auslastung von 80% (Indikator 05) auf 1'700 Betten geschätzt. Diese Plätze sollen ab 2016 mit neu zu errichtenden Grossunterkünften (voraussichtlich eine pro Jahr) sichergestellt werden. Dabei soll mit den Grossunterkünften ein wesentlicher Teil des Bedarfs gedeckt werden. Ein kleinerer Teil des Bedarfs soll weiterhin über Mietobjekte verschiedener Grössen sichergestellt werden.

Ziel 515Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Zur Förderung von Tagesstrukturen der Asylsuchenden werden Kurse und Beschäftigungsprogramme angeboten.								
01 Personen in Deutsch- und Alphabetisierungskursen	Anzahl	433	450	420	420	420	420	●
02 Kinder in Einschulungsvorbereitungskursen (EVK)	Anzahl	196	120	190	190	190	190	●
03 Kinder in Kindergärten	Anzahl	-	-	70	70	70	70	●
04 Plätze für Beschäftigungsprogramme Asylwesen	Anzahl	115	115	115	115	115	115	●
05 Plätze für Integrationsprogramme	Anzahl	55	55	40	40	40	40	●
06 Bestellte Beschäftigungsprogrammtage	Tage	23'000	23'000	23'000	23'000	23'000	23'000	●
07 Präsenztage in Beschäftigungsprogrammen	Tage	14'379	13'000	16'000	21'000	21'000	21'000	◐

Die angebotenen Kurse und Programme unterstützen die Bewältigung des Alltags und bieten Tagesstrukturen während des laufenden Verfahrens. Kinder, welche der obligatorischen Schulpflicht unterstehen, werden in den Einschulungsvorbereitungskursen auf das Gemeindeschulsystem (Regelklassen) vorbereitet. Ab Schuljahr 2013/14 gilt das Kindergartenobligatorium, entsprechende Angebote werden analog den Einschulungsvorbereitungskursen zur Verfügung gestellt.
05: Seit 2013 entfällt ein Integrationskurs (15 Teilnehmende).
07: Anpassung der Werte gemäss Beschluss der KAPF.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**435**	**5'706**	**1'210.8%**	**5'122**	**4'702**	**5'136**
Globalbudget Aufwand	**-**	**31'495**	**38'532**	**22.3%**	**38'049**	**37'629**	**38'062**
30 Personalaufwand	-	9'658	9'581	-0.8%	9'487	9'496	9'477
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	21'006	27'864	32.6%	27'475	27'045	27'497
36 Transferaufwand	-	830	1'087	30.9%	1'087	1'087	1'087
Globalbudget Ertrag	**-**	**-31'059**	**-32'826**	**5.7%**	**-32'926**	**-32'926**	**-32'926**
42 Entgelte	-	-2'009	-2'476	23.2%	-2'476	-2'476	-2'476
44 Finanzertrag	-	-50	-50	0.0%	-50	-50	-50
46 Transferertrag	-	-23'900	-29'200	22.2%	-29'300	-29'300	-29'300
49 Interne Verrechnungen	-	-5'100	-1'100	-78.4%	-1'100	-1'100	-1'100
LUAE Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
LUAE Aufwand	**-**	**9'000**	**8'000**	**-11.1%**	**8'000**	**8'000**	**8'000**
37 Durchlaufende Beiträge	-	9'000	8'000	-11.1%	8'000	8'000	8'000
LUAE Ertrag	**-**	**-9'000**	**-8'000**	**-11.1%**	**-8'000**	**-8'000**	**-8'000**
47 Durchlaufende Beiträge	-	-9'000	-8'000	-11.1%	-8'000	-8'000	-8'000
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Veränderung im Budget
30 Personalaufwand
Minderaufwand infolge einer Reorganisation beim Kantonalen Sozialdienst und damit verbunden, Verschiebung von 5.4 Stellen vom AB 515 Asylbetreuung in den AB 510 Soziale Sicherheit.

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Eine Anpassung an die im 2012 tatsächlich angefallenen Kosten und eine höhere Anzahl an Asylsuchenden führt verschiedentlich zu Mehraufwand: Lebensmittel (Fr. 500'000), Textilien (Fr. 50'000), übriger Betriebsunterhalt der Unterkünfte (Fr. 250'000) aufgrund zusätzlicher Unterkünfte und baulicher Anpassungen, Mietzinsen (Fr. 400'000) aufgrund geplanter Neueröffnungen von Unterkünften, medizinische Grundversorgung (Fr. 760'000) externe Dienstleistungen für Beschäftigungsprogrammanbieter (Fr. 150'000). Zusätzlichen Aufwand erfordern auch die Sicherheitsleistungen im Rahmen des gemeinsamen Projekts Crime Stop mit dem DVI (Fr. 4.6 Mio.).
Der Abschluss des Projekts Neuer IT-Arbeitsplatz verursacht einen Minderaufwand (Fr. 56‘000).

36 Transferaufwand
Die Anpassung an die im Jahr 2012 tatsächlich angefallenen Beiträge an Asylsuchende (Transportkosten und Taschengeld) (Fr. 150'000) sowie Motivationsentschädigungen (Fr. 70'000) führen zu Mehraufwand.

42 Entgelte
Die Verschiebung der Aufgabe Unterbringung und Ausrichtung der Nothilfe für ausreisepflichtige Personen vom AB 510 in den AB 515 führt zu Mehrerträgen aus Krankenkassenprämienverbilligungen (Fr. 600'000). Mindererträge entstehen aufgrund der Reduktion von Integrationsprogrammen und der entsprechenden geringeren Rückerstattung für Programme mit Integrationscharakter (Fr. 72'000) sowie aus dem Wegfall der Rückerstattungen des Bundes für Informatikaufwendungen (Fr. 56'000) aufgrund des Projektabschlusses neuer IT-Arbeitsplatz Aargau.

46 Transferertrag
Die höhere Anzahl von Asylsuchenden führt zu höheren Beiträgen des Bundes mittels der Globalpauschale (Fr. 1 Mio.). Die Verschiebung der Betreuung von ausreisepflichtigen Personen aus dem AB 510 verursacht Mehrertrag aus der Globalpauschale des Bundes (Fr. 3.8 Mio.). Aus der Ersatzabgabe der Gemeinden für ungenügende Asylaufnahmen wird ein Mehrertrag generiert (Fr. 0.5 Mio.).

49 Interne Verrechnungen
Durch die Verschiebung der Aufgabe der Unterbringung und Ausrichtung der Nothilfe für ausreisepflichtige Personen aus dem AB 510 in den AB 515 entfällt eine interne Verrechnung (Fr. 4.0 Mio.).

Veränderung in den Planjahren
Eine Reihe von Sachverhalten führen in den Planjahren zu Abweichungen. Dies sind Reduktion der Sicherheitsleistungen (2015: Fr. 0.4 Mio.; 2016: Fr. 0.6 Mio.) sowie teuerungsbedingter Mehraufwand allgemein (Fr. 0.2 Mio.), Mehraufwand für die medizinische Grundversorgung (2015: Fr. 40'000, 2016: Fr. 200'000, 2017: Fr. 200'000) aufgrund Prämienanpassungen, Mehrertrag aus der Ersatzabgabe von Gemeinden mit ungenügenden Asylaufnahmen (2015: Fr. 100'000), Mehraufwand für externe Dienstleistungen für Beschäftigungsprogrammanbieter aufgrund zunehmender Anzahl Asylsuchender und zusätzlichen Programmen (Fr. 50'000).

LUAE
Veränderung im Budget
37 Durchlaufende Beiträge (LUAE)
Minderaufwand für die Abgeltung an Gemeinden für Asylsuchende (Fr. 1 Mio.).
47 Durchlaufende Beiträge (LUAE)
Minderertrag aufgrund tieferer Beiträge des Bundes mittels Globalpauschale für die Abgeltung an Gemeinden für Asylsuchende (Fr. 1.0 Mio.).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**435**	**5'706**	**1'210.8%**	**5'122**	**4'702**	**5'136**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**435**	**5'706**	**1'210.8%**	**5'122**	**4'702**	**5'136**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
DurchlBeitrag an GDE für Asylsuchende							
Saldo	**-**	**9'000**	**8'000**	**-11.1%**	**8'000**	**8'000**	**8'000**
Total Aufwand	-	9'000	8'000	-11.1%	8'000	8'000	8'000
Gemeinden	-	9'000	8'000	-11.1%	8'000	8'000	8'000
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
DurchlBuBe für Asylsuchende an GDE							
Saldo	**-**	**-9'000**	**-8'000**	**-11.1%**	**-8'000**	**-8'000**	**-8'000**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-9'000	-8'000	-11.1%	-8'000	-8'000	-8'000
Durchlaufende Bundesbeiträge für Dritte	-	-9'000	-8'000	-11.1%	-8'000	-8'000	-8'000

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**82.75**	**90.90**	**85.50**	**-5.9%**	**85.50**	**85.50**	**85.50**
Ordentliche Stellen	14.26	14.60	10.20	-30.1%	10.20	10.20	10.20
Fremdfinanzierte Stellen	68.49	76.30	75.30	-1.3%	75.30	75.30	75.30
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Ordentliche Stellen
Verschiebung von 4.4 Stellen in den AB 510 aufgrund der Reorganisation des Kantonalen Sozialdienstes.
Fremdfinanzierte Stellen
Verschiebung von 1.0 Stellen in den AB 510 aufgrund der Reorganisation des Kantonalen Sozialdienstes

Aufgabenbereich 520: Gesundheitsschutz

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Schützen und fördern der Gesundheit sowie vorbeugen vor Krankheiten der Bevölkerung durch Überwachungs-, Bewilligung-, Beratung-, Vollzugs-, Konzeptions- und Führungsaufgaben im Bereich des ambulanten Gesundheitswesens und der Suchtberatung und -therapie; Vollzug der im KVG geregelten "Ausserkantonalen Hospitalisation".

Zuständige Kommission
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW)

Leistungsgruppen
LG 520.10 Infektionskrankheiten
LG 520.20 Gesundheitsförderung
LG 520.30 Ärztliches Aufsichtswesen
LG 520.40 Dezentrale Akutversorgung
LG 520.50 Sanitätsdienstlicher Katastrophenschutz
LG 520.60 Ausserkantonale Hospitalisationen

Organisation:
Das Aufgabenspektrum ist vielfältig. Zur Förderung der Gesundheit werden Schwerpunktprogramme entwickelt und gefördert. Zur Steuerung der Suchthilfe werden Leistungsverträge mit Suchthilfeorganisationen vereinbart. Zur Gewährleistung eines einwandfreien Betriebes werden Organisationen überwacht und beaufsichtigt. Dazu gehören Rettungsorganisationen, die freipraktizierende Ärzteschaft und andere selbstständig in der Gesundheitspflege tätige Personen, das Bewilligungswesen von Betäubungsmittel-Substitutionsprogrammen, der schulärztliche Dienst sowie die Amtsärzte. Die Gesuche für Kostengutsprachen ausserkantonaler Hospitalisationen werden beurteilt und entschieden.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Infektionskrankheiten:
Das neue Epidemiengesetz tritt voraussichtlich 2016 in Kraft. Die finanziellen Auswirkungen dieser Neuerungen sind zur Zeit noch nicht bekannt.
Im Februar 2012 verabschiedete der Bundesrat die Nationale Strategie zur Maserelimination. Die Kantone werden aufgefordert, vermehrt Massnahmen zu ergreifen, um die nationalen Ziele zu erreichen. Die Umsetzung auf kantonaler Ebene wird von 2013 bis 2015 einen Mehraufwand von rund Fr. 85'000.- jährlich zur Folge haben.

Gesundheitsförderung:
Was die Volksgesundheit als Ganzes betrifft, sind insbesondere die Probleme des Übergewichts, des Bewegungsmangels, der stressbedingten Erkrankungen, des Tabakkonsums, des Alkoholmissbrauchs, des Konsums illegaler Suchtmittel sowie suchtmittelunspezifischer Abhängigkeitsformen (z.B. Internet- oder Spielsucht) nach wie vor von grosser Bedeutung. Deshalb wurden präventive Schwerpunktprogramme wie "Gesundes Körpergewicht", "Betriebliche Gesundheitsförderung", "Gesundheitsfördernde Schulen" und "Gesundheitsförderung im Alter" lanciert. Die nächste grosse Herausforderung betrifft die psychische Gesundheit. Die Zahlen der Burnoutfälle sowie die massive Zunahme der Renten infolge psychischer Problematik fordern ein verstärktes Engagement in diesem Bereich.

Die Entwicklungsschwerpunkte und die Schwerpunktprogramme werden in enger und konstruktiver Zusammenarbeit mit anderen Kantonen und nationalen Organisationen angegangen (z.B. GDK-NWCH, Gesundheitsförderung CH, CH-Netzwerk Gesundheitsfördernde Schulen, Forum BGM Ostschweiz, Nationales Netzwerk Psychische Gesundheit).

Ärztliches Aufsichtswesen:
Die Rekrutierung vom Amts-, aber auch Schulärzten bleibt infolge des zunehmenden Grundversorgermangels und trotz deutlich erhöhten Amtsarztentschädigungen sehr schwierig.

Sanitätsdienstlicher Katastrophenschutz:
Um schnell und kompetent reagieren zu können, müssen im Bereich des sanitätsdienstlichen Katastrophenschutzes ausreichend und gut geschultes Personal sowie die materiellen Ressourcen bereitgehalten werden.

Ausserkantonale Hospitalisationen:
Obwohl seit der KVG Revision zum 1. Januar 2012 eine sogenannte Freizügigkeit für Ausserkantonale stationäre Spitalbehandlungen besteht, können für die Patientinnen und Patienten ungedeckte Kosten entstehen. Dies dann, wenn die ausserkantonale Therapie gemäss Art. 41.3 KVG nicht medizinisch indiziert ist, die ausserkantonale Baserate höher als die innerkantonale ist, und keine Zusatzversicherung existiert. Über die medizinische Indikation entscheidet der kantonsärztliche Dienst.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

520E001	Gesundheitsförderung im Alter
2008	Erarbeiten eines Konzeptes
2010	Abschluss des Vorprojekts
2010	Erarbeitung von Massnahmen im Rahmen des Konzeptes
ab 2011	Umsetzung des Konzeptes
2011	Netzwerkgründung
2012	Website entwickeln
2012	Entwicklung von Beratungstools für Gemeinden
ab 2012	Pilotprojekte in den Gemeinden lancieren
2014/2015	Evaluation

Die Bevölkerung wird immer älter. Ein deutlicher Ausbau der stationären Langzeitpflege wird unumgänglich. Mit möglichst gesunden, autonom lebenden älteren Menschen und einer entsprechenden zeitlichen Verschiebung der Eintritte in Pflegeeinrichtungen lassen sich erhebliche Kosten sparen. Während 2 Jahren wurde im Rahmen eines Vorprojektes mit allen kantonalen Akteuren im Bereich Alter ein Umsetzungskonzept erarbeitet. Für die Umsetzung des Hauptprojekts von 2012-2015 wurde ein weiterer Kleinkredit über Fr. 646'000.- bewilligt. Die Massnahmen des ES entsprechen denen des Entwicklungsleitbilds, "mit der demografischen Entwicklung ... das wachsende Potenzial von pensionierten Menschen zugunsten der Gesellschaft zu nutzen". Im Jahr 2012 wurde die Fachstelle Alter geschaffen. Hier werden altersrelevante Themen (z.B. Wohnen, Raumgestaltung, Gesundheit, Arbeit und Alter) vernetzt und koordiniert werden. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit Fachabteilungen (z.B. Kantonsärztlicher Dienst im Rahmen dieses ES). Im Rahmen einer Evaluation werden neue Schwerpunkte ab 2016 gesetzt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.93

520E002	Förderung der psychischen Gesundheit im Kanton Aargau
2012	Entwicklung einer Strategie
2013	Gründung eines Netzwerks "Psychische Gesundheit"
2014	Systematisierung der Angebote
2013-2016	Durchführen von 4 kantonalen Aktionstagen
2014	Durchführen einer Kampagne zur Sensibilisierung der Bevölkerung
2015	Erarbeiten eines Konzepts zur Suizidprävention
2016	Schlussevaluation und Entscheid über die Weiterführung des Projekts

Die Weltgesundheitsorganisation erwartet für das Jahr 2020, dass depressive Störungen den zweiten Platz unter allen globalen Krankheiten einnehmen werden. Zurzeit erkranken jährlich rund 10'000 Aargauerinnen und Aargauer an einer psychischen Krankheit. Psychische Erkrankungen verursachen jährlich Kosten von ca. Fr. 3'000.- pro Einwohner inklusive indirekter Folgekosten, die durch Arbeitsunfähigkeit und Frühpensionierung verursacht werden.
Um dieser Herausforderung gerecht zu werden, soll das Projekt "Psychische Gesundheit Aargau" die Vernetzung mit Akteuren der Bereiche Gesundheitsförderung, Prävention, Therapie und Reintegration sicherstellen, Risikogruppen besser erreichen, um so einen Beitrag zur Reduktion der Neuerkrankungen zu leisten und die Gesundheitskosten zu stabilisieren.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.68

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 520Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Übertragbare Krankheiten und Epidemien werden bekämpft.								
01 Bearbeitete Meldungen betreffend übertragbare Krankheiten	Anzahl	1'980	2'000	2'000	2'000	2'010	2'010	○
02 Umgebungsuntersuchungen bei Tuberkuloseerkrankungen	Anzahl	-	-	20	20	22	22	○
03 Durchgeführte Schulimpfungen durch den vom Kanton finanzierten Impfdienst der Lungenliga	Anzahl	-	-	11'000	11'000	11'000	11'000	●

Mit den Meldeangaben von bestimmten meldepflichtigen Infektionskrankheiten können Krankheitsausbrüche frühzeitig erkannt, notwendige Massnahmen gegen eine Weiterverbreitung eingeleitet sowie bestehende Präventionsmassnahmen überprüft werden. Eine wichtige Massnahme zur Verhinderung von weiteren Ansteckungen und Erkrankungen sind die Umgebungsuntersuchungen bei Tuberkulose. Je nach Ausgangssituation und Umfeld des Erkrankungsfalles kann eine einzelne Umgebungsuntersuchung sehr aufwendig sein.
Impfungen sind eine sehr wirksame vorbeugende Massnahme zur Verhinderung von verschiedenen Infektionskrankheiten und deren Komplikationen. Die Schulimpfungen durch den Impfdienst tragen wesentlich zu einer guten Durchimpfung bei.

Ziel 520Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Gesundheit wird gefördert und die Suchtkrankheiten bekämpft.								
01 Unterstützte Suchtpräventions- und Dokumentationsstelle	Anzahl	1	1	1	1	1	1	●
02 Unterstützte Suchtberatungsstellen	Anzahl	9	9	9	9	9	9	●
03 Anteil der "Bewegten Kindergärten" an allen Kindergartenabteilungen	%	23.0	24.0	26.0	28.0	30.0	32.0	◑
04 Im Projekt "1. Lehrjahr rauchfrei" teilnehmende Lehrlinge	Anzahl	620	500	650	675	700	700	◑
05 Die Quote der Aussteiger im Projekt "1. Lehrjahr rauchfrei" liegt unter 10 Prozent	%	6.0	-	10.0	10.0	10.0	10.0	◑
06 Schulärzte	Anzahl	157	190	150	150	150	150	◑
07 Jährlich durchgeführte Fortbildungsveranstaltungen für Schulärzte	Anzahl	1	-	1	1	1	1	●
08 Betriebe im Verein "Betriebliches Gesundheitsmanagement"	Anzahl	-	33	80	90	100	110	◑

Übergewicht, Bewegungsmangel, stressbedingte Erkrankungen und Suchtmittelkonsum belasten nach wie vor das Gesundheitswesen stark. Die Kantonalen Programme unterstützen Projekte und Programme, die auf eine Reduktion dieser Problematik zielen. Durch die oben genannten Indikatoren kann der Impact dieser Aktivitäten teilweise aufgezeigt werden.

Ziel 520Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Ausbildung von Grundversorgern und Kinder- und Jugendpsychiatern wird gefördert.								
01 Mitfinanzierte Halbjahres-Weiterbildungsassistenzstellen für Grundversorger	Anzahl	18	30	26	30	29	30	●
02 Mitfinanzierte Assistenzstellen für Kinder- und Jugendpsychiater	Anzahl	0	3	2	2	2	3	●
03 Mitfinanzierte Hausarztmentoren	Anzahl	0	-	2	2	2	2	●
04 Hausärzte im Kanton Aargau	Anzahl	329	-	330	330	330	330	
05 Praxisneueröffnungen- übernahmen von Ärzten mit absolvierter Weiterbildung bei Grundversorgern	Anzahl	-	-	2	2	2	2	○

Der Grundversorger- und Kinderpsychiatermangel soll auf kantonaler Ebene durch die Mitfinanzierung von Weiterbildungsstellen in der freien Praxis bekämpft werden, indem die Assistenten motiviert werden, aufgrund der positiven Erfahrungen in der freien Praxis künftig selber eine Praxis im Kanton Aargau zu eröffnen.

Ziel 520Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die rettungsdienstliche und amtsärztliche Versorgung ist sichergestellt.								
01 Quote der Rettungsdienste, die 15 Minuten nach Alarmeingang beim Patienten sind	%	82.0	80.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◐
02 Amtsärzte	Anzahl	24	26	26	26	26	26	●
03 Fortbildungsveranstaltungen für Amtsärzte	Anzahl	2	2	2	2	2	2	●

Die Einhaltung der sogenannten 15-Minuten-Regel gewährleistet eine zeitgerechte Versorgung von schwer verletzten und erkrankten Menschen. Mit 26 Amtsärzten kann die flächendeckende amtsärztliche Versorgung des Kantons Aargau sichergestellt werden.

Ziel 520Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Kanton Aargau stellt die sanitätsdienstliche Versorgung im Katastrophenfall sicher.								
01 Betriebsbereite Mobile Sanitätshilfsstellen (Mob San Hist)	Anzahl	4	4	4	4	4	4	●
02 Einsatzbereite Samariterleiterfunktionäre (SLF) zum Betrieb der MobSanHist	Anzahl	72	100	100	100	100	100	●
03 Einsatzübung/Ausbildung für SLF pro Jahr	Anzahl	2	1	1	1	1	1	●
04 Durchgeführte "Arbeitstage" mit den SLF	Anzahl	1	1	1	1	1	1	●

Die personellen und materiellen Kapazitäten der Rettungsdienste im Alltag reichen nicht aus, um bei sanitätsdienstlichen Grossereignissen bestehen zu können. Die Alltagsstrukturen müssen durch kantonale sanitätsdienstliche Elemente verstärkt werden.

Ziel 520Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Kanton stellt den Vollzug von ausserkantonalen Hospitalisationen sicher.								
01 Bearbeitete Gesuche für Ausserkantonale Hospitalisationen pro Jahr	Anzahl	-	10'300	6'500	6'700	6'900	7'000	○
02 Bearbeitete Rechnungen pro Jahr	Anzahl	-	-	16'000	16'500	17'000	17'500	○

Die Gesuchbearbeitung und die Rechnungskontrolle erfolgen im AB 520 Gesundheitschutz, die finanziellen Mittel sind im AB 535 Gesundheitsversorgung eingestellt.
01: Da die Baserate im Kanton ZH und in den anderen Kantonen tiefer ist als im Kanton AG wird auf eine Gesuchstellung verzichtet.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**13'280**	**14'023**	**5.6%**	**13'919**	**13'968**	**16'016**
Globalbudget Aufwand	**-**	**16'422**	**17'165**	**4.5%**	**17'011**	**16'960**	**19'008**
30 Personalaufwand	-	3'199	3'344	4.5%	3'353	3'350	3'358
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	5'389	5'256	-2.5%	5'190	5'165	5'881
36 Transferaufwand	-	7'833	8'564	9.3%	8'468	8'445	9'109
39 Interne Verrechnungen	-	-	-		-	-	660
Globalbudget Ertrag	**-**	**-3'142**	**-3'142**	**0.0%**	**-3'092**	**-2'992**	**-2'992**
41 Regalien und Konzessionen	-	-250	-250	0.0%	-250	-250	-250
42 Entgelte	-	-712	-712	0.0%	-712	-712	-712
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-180	-180	0.0%	-130	-30	-30
46 Transferertrag	-	-2'000	-2'000	0.0%	-2'000	-2'000	-2'000
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Veränderung im Budget
30 Personalaufwand
Die Einführung von Kantonalen Einsatzleitern Sanität, Anpassung der Arbeitgeberbeiträge, Erhöhung des Pensums der Projektstelle Gesundheitsfördernde Schulen um 30% sowie die Neubesetzung von vakanten Amtsarztstellen führen zu Mehraufwand.

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Aufgrund von pauschalen Kürzungen bei externen Aufträgen und Reduzierung von Angebotsstellen für die "Weiterbildung Praxisassistenten" kommt es zu Minderaufwänden. Als kurzfristige Entlastungsmassnahme wurde auf die Erneuerung der 17 Jahre alten mobilen Sanitätshilfsstellen verzichtet (Fr. 300‘000).

36 Transferaufwand
Im Jahr 2013 wurden die Beiträge für die Suchtberatung wegen der gemäss Leistungsvereinbarung überschrittenen Maximalhöhe des Eigenkapitals um ca. Fr. 700'000 gekürzt. Im Jahr 2014 wird diese Kürzung aufgehoben, weil das Eigenkapital unter der festgelegten Limite liegt.

Veränderung in den Planjahren
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
2017: Verpflichtungskredit Kantonale Notrufzentrale (KNZ) (Fr. 550'000).

39 Interne Verrechnungen
2017: Kantonale Notrufzentrale (KNZ) (Fr. 660'000).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**13'280**	**14'023**	**5.6%**	**13'919**	**13'968**	**16'016**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**13'280**	**14'023**	**5.6%**	**13'919**	**13'968**	**16'016**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**2'114**	**2'533**	**20.0%**	**1'661**	**1'411**	**1'414**
	VK-Globalbudget	-	2'114	2'533	20.0%	1'661	1'411	1'414
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**1'279**	**1'698**	**33.0%**	**1'411**	**1'411**	**1'414**
	Aufwand	-	1'279	1'891	48.0%	1'603	1'604	1'607
	Ertrag	-	-	-193		-193	-193	-193
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**250**	**250**	**0.0%**	**250**	**-**	**-**
	Aufwand	-	250	250	0.0%	250	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**585**	**585**	**0.0%**	**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	585	585	0.0%	-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
VK Aufbau u. Führen eines Krebsregisters									
VK, wiederkehrender A.	14.12.2010	685	685	-	585	-	-	-	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**11.03**	**11.68**	**12.00**	**2.7%**	**11.00**	**11.00**	**11.00**
Ordentliche Stellen	8.17	9.08	9.10	0.2%	9.10	9.10	9.10
Fremdfinanzierte Stellen	1.31	1.10	1.10	0.0%	1.10	1.10	1.10
Projektstellen	1.55	1.50	1.80	20.0%	0.80	0.80	0.80

Projektstellen
2014: Anhebung der Stellenprozente um 30% für das Projekt "Gesundheitsfördernde Schulen".
2015: Ende des Projekts "Sanitätskonzept".

Aufgabenbereich 533: Verbraucherschutz

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Sicherstellen des Gesundheits- und Umweltschutzes und Schutz vor Täuschungen für die Bevölkerung in den Bereichen Lebensmittel, Trink- und Badewasser, Gebrauchsgegenstände, Messwesen, Schutz vor Passivrauchen, Chemikalien und Organismen. Schutz der Bevölkerung und der Tiere durch Verhindern und Bekämpfen von Seuchenausbrüchen in Tierbeständen; Überwachen von Schlachtanlagen und Fleischkontrollorganen sowie Sicherstellen des Schutzes der Tiere in Tierhaltungen.

Zuständige Kommission
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW)

Leistungsgruppen
LG 533.10 Lebensmittelkontrolle
LG 533.20 Trink- und Badewasser
LG 533.30 Chemiesicherheit
LG 533.40 Veterinärdienst

Organisation:
Im Aufgabenbereich werden der Vollzug von Bundesgesetzen in den Bereichen Lebensmittelkontrolle (inkl. Trinkwasserkontrolle), Messwesen, Tierseuchenbekämpfung, Tierschutz, Chemiesicherheit und Schutz vor Passivrauchen umgesetzt. Daneben werden einige Verordnungen bzw. Aufgaben aus dem Landwirtschafts-, Heilmittel und Umweltrecht sowie dem Strahlenschutz- und dem Strassenverkehrsrecht vollzogen. Generell handelt es sich um Vollzugsaufgaben, die gemäss schweizerischem- und EU-Recht nicht an Private delegiert werden können. Um den neuen Aufgaben (z. B. der Nachweis gentechnisch veränderter Organismen) gerecht zu werden, erfolgte in den letzten Jahren eine Spezialisierung in den einzelnen Untersuchungslaboratorien. Der Kanton Aargau arbeitet in diesen Gebieten mit den Kantonen der Region NWCH zusammen. Diese Entwicklung wird weiter gehen.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Lebensmittelkontrolle:
Infolge der Globalisierung der Märkte ist eine anerkannte, nach internationalen Normen akkreditierte Kontrollbehörde notwendig, damit die Schweiz auch weiterhin Waren (u.a. Lebensmittel) exportieren kann. Das Amt ist daher seit 1995 gemäss ISO 17020 bzw. 17025 akkreditiert (gemäss der eidgenössischen Akkreditierungsverordnung). Durch gezielte Inspektionen und Untersuchungen sorgt die Lebensmittelkontrolle dafür, dass Betriebe gesetzeskonforme Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände in Verkehr bringen. Wo Mängel festgestellt werden, sind seitens der Behörde die Verfügung geeigneter Massnahmen zu deren nachhaltiger Behebung und, je nach Situation, eine nachfolgende Überprüfung der erfolgreichen Umsetzung vonnöten. Die Einforderung einer verstärkten Eigenkontrolle durch den Betrieb ist ein zusätzliches wichtiges und gesetzlich verankertes Element in der Lebensmittelkontrolle. Mit der Revision des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes ist die Einführung des Täuschungsschutzes für bestimmte Gebrauchsgegenstände (u.a. Kosmetika) vorgesehen. Diskutiert wird ebenfalls die Einführung der Publikation von Inspektionsergebnissen. Der Verbraucherschutz wäre mit diesen zwei neuen Vorgaben erheblich zusätzlich gefordert. Die Einführung des neuen Lebensmittelgesetzes ist derzeit zum 1. Januar 2015 geplant, was auch Vorgaben von verbindlichen Inspektionsfrequenzen zur Folge hätte.

Die Kontrollen im Bereich der Primärproduktion werden ab 2014 neu organisiert. Neu wird weitestgehend eine Person den gesamten Kontrollumfang (Lebensmittel- und Veterinärbereich) überprüfen. Innerhalb des Verbraucherschutzes ist die Organisation an diese neue Rahmenbedingung anzupassen. Auch sind die betroffenen Mitarbeitenden für die neue Aufgabe zu schulen.

Trink- und Badewasser:
Zur Gewährleistung von einwandfreiem Trinkwasser und hygienischen und sicheren Badeanlagen bedarf es regelmässiger Inspektionen. Zur Überprüfung der Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Selbstkontrolle durch die Betriebe werden Trink- und Badewasser zusätzlich mittels Analysen überprüft. Der Bund plant auch für Trinkwasserversorgungen die Einführung verbindlicher Inspektionsfrequenzen. Im Rahmen der Revision des eidgenössischen Lebensmittelgesetzes wird zusätzlich über die Aufnahme einer Regelung für Dusch- und Badewasser beraten. Damit würde die Basis für eine national einheitliche Regelung der Badewasserkontrolle geschaffen.

Chemiesicherheit:
Gemäss revidierter Störfallverordnung soll die Koordination von Raumplanung und Störfallvorsorge verbessert werden, damit die Risiken in der Umgebung von Anlagen, welche sich in deren Geltungsbereich befinden, nicht weiter steigen. Auf der Basis des Pilotprojektes werden die Massnahmen zur Überwachung und Bekämpfung gebietsfremder Organismen (Neobiota) priorisiert und quantifiziert. Die Umsetzung erfordert einen entsprechenden Verpflichtungskredit. Im Rahmen des Vorsorgeprozesses im ABC-Schutz sollen die bekannten Defizite in der Zusammenarbeit von Bund und Kanton eliminiert werden. Aufgrund der erneuten Anpassung der Kennzeichnungsvorgaben für Chemikalien nach GHS (Globally Harmonized System) bis Mitte 2015 ist die Chemiesicherheit mit zusätzlicher Aufklärungsarbeit der Inverkehrbringer gefordert.

Veterinärdienst:
Gestützt auf die eidgenössische Tierseuchengesetzgebung sind Bekämpfungsprogramme mit präventivem Charakter und Ausbrüche von Seuchen zu meistern. Die Einführung neuer Diagnosetechniken fördert zum einen die Effizienz in der Überwachung. Zum anderen treten mit dem verstärkten Tierverkehr und dem Klimawandel neue Tierkrankheiten in der Schweiz auf, welche es zu bewerten und zu bekämpfen gilt (2012: Schmallenbergvirus-Erkrankung und Besnoitiose beim Rind). Die Bekämpfung der Brutkrankheiten von Bienen bleibt aktuell. Der per 1.1.2013 geschaffene schweizerische Bienengesundheitsdienst soll in Zusammenarbeit mit den Kantonen die Eindämmung der Brutkrankheiten durch Präventionsarbeit bei den Imkerinnen und Imkern unterstützen. Hierfür ist auf Kantonsebene eine entsprechende Ansprechstelle zu schaffen.
Mit Verabschiedung des eidgenössischen Tierseuchengesetzes Ende 2012 wird die Finanzierung des Tierverkehrs und der Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen neu geregelt. Dem Kanton entfallen damit die Einnahmen aus dem Viehhandelskonkordat. Gleichzeitig wird er durch den Bund für die Durchführung der obligatorischen Tierseuchenüberwachungsprogramme entschädigt. Die Details dieser neuen Bestimmungen werden derzeit durch den Bund erarbeitet.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

533E001	Umsetzung der Neobiota-Strategie
2011	Aufbau einer Koordinationsstelle
2011-2014	Erste Etappe der Umsetzung der Neobiota-Strategie
2014	Standortbestimmung mit erstem Evaluationsbericht

Ausgelöst durch die Revision der Freisetzungsverordnung vom 10.9.2008 haben die betroffenen kantonalen Amtsstellen eine Neobiota-Strategie erarbeitet. Auf der Grundlage der Pilotphase ist für die nächste Phase beim Grossen Rat ein Verpflichtungskredit zu beantragen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.32

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 533Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Ein hohes Schutzniveau bei Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen ist gewährleistet.								
01 Betriebe mit leicht verderblichen Lebensmitteln (ohne Milchproduzenten)	Anzahl	3'572	3'500	3'500	3'500	3'500	3'500	○
02 Inspektionen zur Kontrolle der Einhaltung der Lebensmittelgesetzgebung (ohne Trinkwasserversorgungen und Milchproduzenten)	Anzahl	-	3'700	3'700	3'700	3'700	3'700	◑
03 Untersuchte Proben pro Jahr im Bereich Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	Anzahl	3'466	3'300	3'300	3'300	3'300	3'300	◑
04 Quote der mindestens einmal in 2 Jahren durchgeführten Inspektionen in Betrieben mit leicht verderblichen Lebensmitteln	%	-	97.0	97.0	97.0	97.0	97.0	●
05 Kosten für die Lebensmittelkontrollen pro Einwohner im Kanton Aargau	Fr.	9	10	10	10	10	10	◑

Da Erfolge in der Prävention nicht direkt gemessen werden können, wird ein bestehendes hohes Schutzniveau als Massstab genommen, das als Ziel gewährleistet werden soll. Dies mit Inspektionsquoten und untersuchten Proben pro Einwohner. Wie in der EU sind aber auch in der Schweiz regelmässige, risikobasierte Inspektionen vorgeschrieben. Anfang 2013 hat der Verband der Kantonschemiker der Schweiz hierzu entsprechende Leitlinien für Inspektionsfrequenzen in den einzelnen Betriebskategorien festgelegt. Die stichprobenmässige Untersuchung von Produkten erfolgt ebenfalls risikobasiert und orientiert sich an der Vorgabe Deutschlands, wonach pro 1'000 Einwohner 5 Lebensmittel und 0.5 Gebrauchsgegenstände zu untersuchen sind. Dies, da die Schweiz hierzu bis dato keine Vorgaben kennt.

Ziel 533Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Ein hohes Schutzniveau bei Trink- und Badewasser ist gewährleistet.								
01 Grössere Trinkwasserfassungen	Anzahl	270	268	268	268	268	268	○
02 Quote der grösseren Trinkwasserfassungen, die jährlich inspiziert werden	%	30.0	40.0	40.0	40.0	40.0	40.0	◑
03 Amtliche Untersuchungsreihen zur risikobasierten Kontrolle von Trinkwasser auf Problemstoffe oder -organismen	Anzahl	-	3	3	3	3	3	◑
04 Bäder	Anzahl	98	102	102	102	102	102	○
05 Quote der Bäder, die jährlich inspiziert werden	%	93.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
06 Kosten für die Trink- und Badewasserkontrollen pro Einwohner im Kanton Aargau	Fr.	1	2	2	2	2	2	◑

Auch im Bereich der Trink- und Badewasserkontrolle ist der Präventionsgedanke oberstes Gebot. Dieser wird ebenfalls mittels regelmässigen Inspektionen und risikobasierten Untersuchungen des Trinkwassers auf Problemstoffe gewährleistet. Daneben gilt es, in einem Verunreinigungsfall des Trinkwassers umgehend Massnahmen zur Sicherstellung der Gesundheit der Einwohnerinnen und Einwohner bzw. zur Behebung des Mangels einzuleiten.

Ziel 533Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Ein hohes Schutzniveau bei Chemikalien und Organismen ist gewährleistet.								
01 Betriebe im Bereich Chemikalien und Organismen	Anzahl	1'075	1'100	1'100	1'100	1'100	1'100	○
02 Quote der Betriebe im Bereich Chemikalien und Organismen, die jährlich inspiziert werden	%	20.4	20.0	20.0	20.0	20.0	20.0	◑
03 Anteil der Baugesuche oder Nachforderungen, die innert 2 Wochen beurteilt werden	%	100.0	95.0	95.0	90.0	90.0	90.0	●
04 Kosten für die Sicherheit im Bereich Chemikalien und Organismen pro Einwohner im Kanton Aargau	Fr.	2	2	2	2	2	2	◑

Die bewährte Inspektionsfrequenz soll es ermöglichen, relevante Veränderungen in vollzugsunterworfenen Betrieben erfassen und beurteilen zu können. Eine zeitnahe Berichterstattung fördert die Akzeptanz der Betroffenen für diese amtliche Aufgabe und sorgt für eine möglichst rasche Umsetzung von Korrekturmassnahmen durch die Betriebsverantwortlichen. Bei der Marktkontrolle werden betriebsspezifische Inspektionen durch stoffspezifische Kampagnen ergänzt.

Ziel 533Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Ein hohes Schutzniveau bei der Tierseuchenbekämpfung und beim Tierschutz ist gewährleistet.								
01 Grossvieheinheiten im Kanton	Anzahl	77'411	75'000	75'000	75'000	75'000	75'000	○
02 Erfüllungsgrad der obligatorischen Überwachungsprogramme des Bundes im Bereich Tierseuchen	%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	○
03 Reaktionszeit auf Meldungen über einen Seuchenfall	Tage	1	1	0	0	0	0	◑
04 Inspektionen in Tierhaltungen zur Überprüfung der Tierschutzgesetzgebung	Anzahl	585	500	500	500	500	500	◑
05 Anteil der Fälle, bei denen 3 Tage nach einem Verdacht auf schwere Vorstösse gegen die Tierschutzgesetzgebung der Tatbestand abgeklärt und bei Bedarf geeignete Vollzugsmassnahmen angeordnet werden.	%	100.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑
06 Unterstützte private externe Beratungs- und Dienstleistungsstellen im Tierschutz	Anzahl	2	2	2	2	2	2	●
07 Registrierte Bienenvölker	Anzahl	-	9'900	9'900	9'900	9'900	9'900	○
08 Kosten für den Veterinärdienst pro Einwohner im Kanton Aargau (ohne Fleischhygiene)	Fr.	-	-	4	4	4	4	◑

Im Veterinärdienst dient eine gezielte und durch den Bund koordinierte Tierseuchenüberwachung der Feststellung des Tierseuchenstatus und der Erarbeitung von erforderlichen Bekämpfungsstrategien (basierend auf den Ergebnissen). Diese Erkenntnisse sind zur Gewährleistung des internationalen Tier- und Warenverkehrs essentiell. Regelmässige Inspektionen in Tierhaltungen dienen weiter der Überprüfung, ob die erforderlichen Tierschutzvorgaben vor Ort tatsächlich eingehalten werden. In Bezug auf das fortschreitende Bienensterben ist die neu eingeführte Anzahl registrierter Bienenvölker ein wichtiger Indikator.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**11'384**	**11'169**	**-1.9%**	**10'734**	**10'718**	**10'677**
Globalbudget Aufwand	**-**	**15'436**	**14'725**	**-4.6%**	**14'290**	**14'234**	**14'193**
30 Personalaufwand	-	10'846	10'692	-1.4%	10'538	10'553	10'513
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	3'457	3'374	-2.4%	3'094	3'022	3'022
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	454	154	-66.0%	154	154	154
36 Transferaufwand	-	89	95	6.7%	95	95	95
39 Interne Verrechnungen	-	590	410	-30.5%	410	410	410
Globalbudget Ertrag	**-**	**-4'051**	**-3'556**	**-12.2%**	**-3'556**	**-3'516**	**-3'516**
40 Fiskalertrag	-	-150	-		-	-	-
41 Regalien und Konzessionen	-	-200	-		-	-	-
42 Entgelte	-	-3'111	-3'146	1.1%	-3'146	-3'106	-3'106
49 Interne Verrechnungen	-	-590	-410	-30.5%	-410	-410	-410
LUAE Saldo	**-**	**-300**	**-223**	**-25.6%**	**-223**	**-223**	**-300**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**77**		**77**	**77**	**-**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	-	77		77	77	-
LUAE Ertrag	**-**	**-300**	**-300**	**0.0%**	**-300**	**-300**	**-300**
40 Fiskalertrag	-	-300	-300	0.0%	-300	-300	-300
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**288**		**211**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**288**		**211**	**-**	**-**
50 Sachanlagen	-	-	288		211	-	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Veränderung im Budget
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven
Wegfallende Viehhandelsgebühren führen zu Ertragsausfällen und damit zu geringeren Rücklagen für die Tierseuchenbekämpfung.

39 Interne Verrechnungen
Die Höhe des Kantonsbeitrags an die Tierseuchenbekämpfung ist abhängig von der Höhe der Tierhalterbeiträge und der Viehhandelsgebühren. Entsprechend reduziert er sich aufgrund des Wegfalls der Viehhandelsgebühren.

40 Fiskalertrag
Infolge des Wegfalls der befristeten Erhöhung der Hundesteuer zur Finanzierung des Verpflichtungskredits "Umsetzung Hundegesetz" entsteht ein Minderertrag.

41 Regalien und Konzessionen
Grund für Minderertrag ist der Wegfall der Gebühren Viehhandelspatente.

49 Interne Verrechnungen
Geringerer Kantonsbeitrag (siehe Kommentar 39 Interne Verrechnungen).

Veränderung in den Planjahren
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Die Anschaffung von teuren Analysegeräten entfällt , da diese in den Vorjahren beschafft wurden.

Investitionsrechnung
Veränderung im Budget
50 Sachanlagen
Einmaliger Verpflichtungskredit für das IT-Projekt "LIMS".

Veränderung in den Planjahren
50 Sachanlagen
2016: Ende des IT-Projekts "LIMS".

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**11'084**	**10'946**	**-1.3%**	**10'511**	**10'495**	**10'377**
- Abschreibungen*	-	-	77		77	77	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	288		211	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**11'084**	**11'157**	**0.7%**	**10'645**	**10'418**	**10'377**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**111**	**461**	**315.9%**	**211**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	111	173	56.4%	-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	288		211	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**111**	**461**	**315.9%**	**211**	**-**	**-**
	Aufwand	-	261	461	76.9%	211	-	-
	Ertrag	-	-150	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**69.84**	**72.01**	**72.01**	**0.0%**	**71.21**	**71.21**	**71.21**
Ordentliche Stellen	69.10	71.21	71.21	0.0%	71.21	71.21	71.21
Fremdfinanzierte Stellen	0.15	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0.59	0.80	0.80	0.0%	0	0	0

Projektstellen
2015: Ende des Projekts "Umsetzung Hundegesetz".

Aufgabenbereich 535: Gesundheitsversorgung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Sicherstellen der medizinischen Angebote im Kanton Aargau in den Bereichen der stationären Akut- und Langzeitversorgung, in der Psychiatrie und Rehabilitation sowie Vollzug der im KVG geregelten Verbilligung der Krankenkassenprämien.

Zuständige Kommission
Kommission für Gesundheit und Sozialwesen (GSW)

Leistungsgruppen
LG 535.10 Soziale Krankenversicherung
LG 535.20 Akutversorgung
LG 535.40 Langzeitversorgung
LG 535.50 Psychiatrie
LG 535.60 Rehabilitation

Organisation:
Im Aufgabenbereich werden bundesrechtliche Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) vollzogen, die das Verhältnis zwischen Kanton und Leistungserbringern (Spitäler und Pflegeheime) regeln. Aufgabe des Kantons ist es, die Versorgung zu planen und die Finanzierung der Leistungserbringer via Kantonsanteil an der Spitalfinanzierung zu regeln (Spitalgesetz). Im Bereich der Prämienverbilligung werden die strategischen Grundlagen erarbeitet, um Abläufe und Zuständigkeiten zu optimieren. Mit der Umsetzung der KVG-Revision sind direkte Steuerungsmöglichkeiten der Finanzen für den Grossen Rat kaum noch vorhanden. Sie beschränken sich eher auf strategische Vorgaben, wie in der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung (GGpl) vorgegeben.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Allgemein:
Auch für das Jahr 2014 liegt die Beobachtung der Auswirkungen der KVG-Revision bezüglich möglicher Strukturbereinigungen, sowie die Vorbereitung der Bewerbung für die Spitalliste 2015 im Fokus.
Im Rahmen der Neuordnung der übergeordneten Aufgaben- und Lastenverteilung gemäss Strategie 1 der Gesundheitspolitischen Gesamtplanung 2010 wird ab 2014 die Übernahme der Gesamtkosten Akutsomatik durch den Kanton und die Übernahme der Kosten der Langzeitpflege durch die Gemeinden angestrebt. Entsprechend werden im Aufgabenbereich 535 die Gemeindeerträge ab dem Jahr 2014 gemäss §29a Spitalgesetz wegfallen. Damit die aktuelle Lastenverteilung Kanton und Gemeinden gesamthaft bestehen bleibt, erfolgt eine Kompensation in anderen Aufgabenbereichen.
Der Kanton Aargau pflegt im Bereich der Koordination Planung im Gesundheitswesen, Partnerschaften mit den Kantonen BL, BS, SO, BE, ZH und LU. Er arbeitet primär mit BL, BS und SO aktiv am Monitoring der Patientenströme und strebt auch ein Monitoring in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit an. Die interkantonalen Arbeiten zum Aufbau eines entsprechenden Projekts sind unter Federführung des Kantons Basel-Landschaft im Gange.

Soziale Krankenversicherung:
Die Kosten für die Prämienverbilligung werden nach dem derzeitigen Stand des Prozentsatzes des massgeblichen Einkommens und den Richtprämie für Erwachsene und Kinder zukünftig überproportional steigen. Um die Kostensteigerungen moderat zu halten, sollen die Richtprämien 2015 und 2016 gesenkt werden. Die Überarbeitung des EG KVG wird im Sinne einer Totalrevision vorgenommen. Die Massnahmen zur Umsetzung sind im Entwicklungsschwerpunkt 535E001 beschrieben. Die Inkraftsetzung ist gemäss heutiger Planung und unter Einhaltung aller Fristen, welche im Gesetzgebungsverfahren gegeben sind, auf den 1. Januar 2017 geplant. Die Umsetzung der Säumigenliste erfolgt dagegen schon auf den 1. Januar 2015.

Akutversorgung:
Der bereinigte Gesamtaufwand des Kantons an der Spitalfinanzierung wird am Szenario A (günstig) der Botschaft (12.107) über die Finanzierbarkeit der aargauischen Gesundheitspolitik ausgerichtet. Mit dieser Variante wird eine Entwicklung der Gesundheitskosten angestrebt, welche die Erfüllung anderer Staatsaufgaben nicht gefährdet. Die geltende Bundesgesetzgebung zu halten, lässt den Kantonen bei der Tarifgestaltung nur sehr wenig Spielraum. Hauptinstrument bleibt die Spitalplanung.

Langzeitversorgung:
Im Langzeitpflegebereich entstehen für den Kanton keine direkten Kosten, da die Gemeinden die Restkosten vollständig selber tragen. Indirekt wird der Kanton jedoch im Rahmen der Ergänzungsleistungen belastet.
Die Clearingstelle unterstützt die Gemeinden bei der Umsetzung der Restkostenfinanzierung im stationären und teilweise im ambulanten Langzeitpflegebereich. Gleichzeitig sichert sie die termingerechte Leistungsabgeltung der Heime. Die erhobenen Daten werden als zuverlässige Planungsgrundlagen für die kommenden Jahre aufbereitet.

Psychiatrie:
Die Psychiatrischen Dienste Aargau (PDAG) richten sich strategisch im stationären Bereich auf die Akutpsychiatrie aus. Die Neuplatzierung von psychisch behinderten Menschen unter und über 65 Jahren mit einer stabilen Langzeiterkrankung in regionale geschützte und entsprechend eingerichtete Strukturen ist bereits fortgeschritten und soll bis voraussichtlich Ende 2014 abgeschlossen sein.

Rehabilitation:
Bei der Rehabilitation ist auf nationaler Ebene die Umstellung des Vergütungssystems von Tagespauschalen auf leistungsgezogene Entgelte (DRG-System) im Gange.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

535E001	Totalrevision EG KVG
2012	Erarbeiten von Grundlagen
2012-2013	Erarbeiten des Normkonzepts
Mitte 2013	Genehmigung Normkonzept Säumigenliste durch RR
12.2013	Genehmigung Normkonzept Totalrevision EG KVG
09.2013	Gesetzesentwurf Säumigenliste
02.2014	Genehmigung Botschaftsentwurf Säumigenliste
03.2014	Erste Beratung Säumigenliste im Grossen Rat
06.2014	Zweite Beratung Säumigenliste im Grossen Rat
07.2014	Genehmigung und Start Vernehmlassung Totalrevision
1. Januar 2015	Inkraftsetzung Säumigenliste
05.2015	Genehmigung erste Botschaft Totalrevision durch RR
06.2015	Erste Beratung Totalrevision im Grossen Rat
03.2016	Zweite Beratung Totalrevision im Grossen Rat
1. Januar 2017	Inkraftsetzung Totalrevision EG KVG

Die Arbeiten zur Totalrevision des EG KVG wurden mit der Besetzung der Projektstelle Anfang 2012 begonnen. Der ES hat eine Vielzahl von Hauptzielen: erstens eine bedürfnisgerechtere Verteilung der Prämienverbilligungsgelder, zweitens die Vereinfachung bzw. Vernetzung des administrativen Prämienverbilligungsverfahrens (inkl. EDV), unter Nutzung von Synergien und unter Beachtung der Vorgaben in KVG und KVV, drittens die Schaffung von geeigneten Instrumenten zur Steuerung der Ausgaben der öffentlichen Hand für Prämienverbilligung und Prämienausstände, viertens die Regelung des Verfahrens (inkl. EDV) und der Finanzierung im Zusammenhang mit Prämienausständen und fünftens die Umsetzung der schwarzen Liste der säumigen Prämienzahler, unter Beachtung der Vorgaben in KVG und KVV. Nebenziele sind einerseits Überarbeitungen der Bestimmungen zu Statistiken, Spitälern und Einrichtungen, ausserkantonalen Hospitalisationen, kantonalen Schiedsgericht gemäss. KVG und andererseits der Abgleich des EG KVG mit dem KVG.

Mit der Motion 13.114 wurde gefordert, die Liste für säumige Versicherte im Kanton Aargau raschmöglich einzuführen. Die Umsetzung der Motion verursacht zusätzliche Kosten in der Höhe von Fr. 980'000,-, wobei Fr. 560'000.- im Jahr 2013 und Fr. 420'000.- im Jahr 2014 anfallen. Im Rahmen der Zusatzfinanzierung und Zielanpassung 2013, II. Teil wird dem Grossen ein entsprechender Antrag zum Entscheid vorgelegt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Grosser Rat	Mio. Fr.	1.32

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 535Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Aufwand der kantonalen Prämienverbilligung und der Anteil der Bezüger bleiben stabil.								
01 Personen mit Anspruch auf Prämienverbilligung	Anzahl	159'106	161'980	162'280	159'307	159'544	164'630	◑
02 Anteil Bezüger von Prämienverbilligung an der Gesamtbevölkerung	%	25.6	26.0	25.0	24.5	24.5	25.3	◑
03 Prozentsatz des massgeblichen Einkommens	%	11.0	11.0	11.0	11.5	11.5	11.5	●
04 Richtprämie Prämienverbilligung für Erwachsene	Fr.	3'300	3'350	3'350	3'300	3'300	3'350	○
05 Richtprämie Prämienverbilligung für Kinder	Fr.	950	950	950	950	950	1'000	○
06 Kantonaler Aufwand für die Prämienverbilligung (ohne Aussenstände)	Mio. Fr.	268.8	280.0	282.1	284.1	297.4	314.5	●
07 Bundeszuschüsse für Prämienverbilligung	Mio. Fr.	165.1	170.0	175.2	180.8	186.5	192.3	○

Bei der Prämienverbilligung wird von einer konstanten Entwicklung ausgegangen. Die Kriterien für das Jahr 2014 wurden bereits vom Regierungsrat festgelegt. Um den kantonalen Aufwand für die Prämienverbilligung stabil zu halten, muss in den Planjahren die Richtprämie reduziert werden. Erst ab 2017 ist eine Anhebung budgetpolitisch wieder in Betracht zu ziehen. Der Rückgang des Anteils Bezüger von 26% auf 25% erklärt sich aus der Tatsache, dass bei stabil bleibender Richtprämie und gleichzeitig steigender effektiver Prämie die Anspruchsberechtigung abnimmt. Es muss beachtet werden, dass mit dieser Anpassung der Richtprämie der erwarteten Prämienerhöhung nur teilweise Rechnung getragen wird.
03: Mit Beschluss des Grossen Rats vom 3. Dezember 2013 wird der Prozentsatz des massgeblichen Einkommens ab 2015 auf 11.5% erhöht. Das Budget wird erst mit dem AFP 2015-2018 angepasst.

Ziel 535Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Kosten des Kantons in der stationären Akutversorgung steigen moderat.								
01 Aargauer PatientInnen (Fälle) in den aargauischen Akutspitälern	Anzahl	75'264	77'349	76'691	77'841	79'009	80'194	○
02 Aargauer PatientInnen (Fälle) in den ausserkantonalen Akutspitälern	Anzahl	13'142	13'650	14'608	14'827	15'049	15'275	○
03 Selbstversorgungsgrad Akutbereich	%	85.1	85.0	84.0	84.0	84.0	84.0	◑
04 Durchschnittliche Baserate im Bereich der Spitalfinanzierung (Ausgangswert 2012 Fr. 9'500.-)	Fr.	10'028	9'500	9'681	9'681	9'681	9'681	◑
05 Anteil der kantonalen Beteiligung an der Spitalfinanzierung	%	47.0	48.6	49.0	51.0	53.0	55.0	◑
06 Aufwand Akutsomatik (inkl. AKH, ohne GWL)	Mio. Fr.	413.3	427.0	432.1	460.2	489.4	519.8	◑

Die Zielsetzung des Berichts über die Finanzierbarkeit des Aargauer Gesundheitswesens, eine moderate Steigerung der Gesundheitskosten zu erreichen, soll durch 36 Massnahmen sichergestellt werden (gemäss Massnahmenliste auf den Seiten 75-80 des Berichts "Finanzierbare Aargauer Gesundheitspolitik"). Dadurch soll die Erfüllung anderer Staatsaufgaben nicht gefährdet werden.

Ziel 535Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Kanton unterstützt die Gemeinden bei der Abwicklung der Restkostenfinanzierung in der Langzeitpflege (Clearingstelle).								
01 80-jährige und Ältere im Kanton Aargau gemäss Pflegeheimkonzeption	Anzahl	26'006	-	29'177	30'190	31'153	32'080	○
02 Anteil der Bevölkerungskategorie 80+, die in den Pflegeheimen leben (gemäss Pflegeheimkonzeption)	%	24.3	24.0	23.0	23.0	22.0	22.0	○
03 Benötigte Pflegeheimbetten im Kanton Aargau	Anzahl	5'928	6'759	6'886	7'004	7'099	7'198	○
04 Periodische Kontrollen des baulichen Zustands der stationären Pflegeinrichtungen	Anzahl	-	24	24	24	24	15	●
05 Bearbeitete Fälle der Clearingstelle	Anzahl	-	0	10'522	10'843	11'173	11'514	○
06 Bearbeitetes Finanzvolumen der Clearingstelle	1000 Fr.	49'136	55'000	60'000	65'000	65'000	65'000	○
07 Einhaltung der Zahlungsfrist nach Rechnungseingang	Tage	-	-	30	30	30	30	●
08 Die Restkosten der Pflege werden den Gemeinden quartalsweise im Folgemonat weiter belastet	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	●

Gemäss Pflegegesetz §14c führt der Kanton eine Clearingstelle. Diese stellt den Zahlungsverkehr der Restkosten sicher, kontrolliert die Rechnungen und verrechnet die Kosten an die zuständigen Stellen. Das Reglement über die bauliche und betriebliche Infrastruktur in Pflegeeinrichtungen ist per 1.1.2013 in Kraft getreten, so dass seit 2013 periodische Kontrollen durchgeführt werden.
02: Der Anteil der Bevölkerungskategorie 80+, die in den Pflegeheimen leben, ist für 2012 erst ab Mitte Jahr verfügbar. Es wird hier deshalb der angenommene Wert gemäss Pflegeheimkonzeption verwendet.
05: Die Anzahl der Fälle entsprechen den Bewohnern/ Bewohnerinnen in den stationären Einrichtungen, sowie der Personen mit ambulanter Pflege.

Ziel 535Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Die Kosten des Kantons in der stationären Psychiatrie steigen moderat.								
01 Aargauer PatientInnen (Pflegetage) in aargauischen Institutionen der Psychiatrie	Anzahl	134'255	134'255	134'926	135'601	136'279	136'960	○
02 Aargauer PatientInnen (Pflegetage) in ausserkantonalen Institutionen der Psychiatrie	Anzahl	25'445	29'471	25'700	25'829	25'958	26'088	○
03 Selbstversorgungsgrad Psychiatrie	%	64.7	82.0	84.0	84.0	84.0	84.0	◑
04 Tagestaxe im Bereich der Psychiatrie (Ausgangswert 2012 Fr. 618.-)	Fr.	584	618	608	620	623	626	◑
05 Aufwand Psychiatrie (inkl. AKH)	Mio. Fr.	60.2	52.0	51.7	55.0	57.8	60.5	◑

Die Zielsetzung des Berichts über die Finanzierbarkeit des Aargauer Gesundheitswesens, eine moderate Steigerung der Gesundheitskosten zu erreichen, soll durch 36 Massnahmen sichergestellt werden (gemäss Massnahmenliste auf den Seiten 75-80 des Berichts "Finanzierbare Aargauer Gesundheitspolitik"). Dadurch soll die Erfüllung anderer Staatsaufgaben nicht gefährdet werden.

Ziel 535Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Kosten des Kantons im Bereich der stationären Rehabilitation steigen moderat.								
01 Aargauer PatientInnen (Pflegetage) in aargauischen Rehabilitationskliniken	Anzahl	89'932	81'281	92'650	94'040	95'451	96'882	○
02 Aargauer PatientInnen (Pflegetage) in ausserkantonalen Rehabilitationskliniken	Anzahl	13'083	21'412	17'684	17'912	18'181	18'454	○
03 Selbstversorgungsgrad Rehabilitation	%	87.3	81.0	84.0	84.0	84.0	84.0	◑
04 Tagestaxe im Bereich der Rehabilitation (Ausgangswert 2012 Fr. 498.-)	Fr.	517	498	532	535	538	540	◑
05 Aufwand Rehabilitation (inkl. AKH)	Mio. Fr.	26.0	31.0	27.9	29.6	31.4	33.2	◑

Die Zielsetzung des Berichts über die Finanzierbarkeit des Aargauer Gesundheitswesens, eine moderate Steigerung der Gesundheitskosten zu erreichen, soll durch 36 Massnahmen sichergestellt werden (gemäss Massnahmenliste auf den Seiten 75-80 des Berichts "Finanzierbare Aargauer Gesundheitspolitik"). Dadurch soll die Erfüllung anderer Staatsaufgaben nicht gefährdet werden.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**505'631**	**664'097**	**31.3%**	**693'718**	**735'042**	**781'327**
Globalbudget Aufwand	**-**	**883'175**	**903'426**	**2.3%**	**943'268**	**990'300**	**1'042'471**
30 Personalaufwand	-	2'379	2'708	13.8%	2'751	2'652	2'361
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	4'061	5'173	27.4%	5'238	5'223	5'415
36 Transferaufwand	-	821'735	835'546	1.7%	870'279	917'424	969'695
37 Durchlaufende Beiträge	-	55'000	60'000	9.1%	65'000	65'000	65'000
Globalbudget Ertrag	**-**	**-377'544**	**-239'329**	**-36.6%**	**-249'550**	**-255'258**	**-261'145**
42 Entgelte	-	-3'500	-3'500	0.0%	-3'500	-3'500	-3'500
46 Transferertrag	-	-319'044	-175'829	-44.9%	-181'050	-186'758	-192'645
47 Durchlaufende Beiträge	-	-55'000	-60'000	9.1%	-65'000	-65'000	-65'000
LUAE Saldo	**-**	**-32'100**	**-34'100**	**6.2%**	**-34'100**	**-34'100**	**-34'100**
LUAE Aufwand	**-**	**2'400**	**400**	**-83.3%**	**400**	**400**	**400**
36 Transferaufwand	-	2'400	400	-83.3%	400	400	400
LUAE Ertrag	**-**	**-34'500**	**-34'500**	**0.0%**	**-34'500**	**-34'500**	**-34'500**
44 Finanzertrag	-	-34'500	-34'500	0.0%	-34'500	-34'500	-34'500
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**400**	**400**	**0.0%**	**400**	**400**	**400**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**400**	**400**	**0.0%**	**400**	**400**	**400**
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	400	400	0.0%	400	400	400
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Veränderung im Budget
30 Personalaufwand
Mehraufwand infolge einer departementsinternen Stellenverschiebung sowie zwei neuen Projektstellen (Genehmigungsverfahren Tarife Gesundheitswesen und Konzeptionen).

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Mehraufwand im Budget und den Planjahren für Verpflichtungskredit (VK) "EDV-System für Säumigenliste" (Fr. 0.42 Mio.), Verwaltungskosten SVA für die Bewirtschaftung der Verlustscheine aus Krankenkassenausständen (Fr. 0.46 Mio.) und für Verpflichtungskredit "Palliative Care" (Fr. 0.25 Mio.).

36 Transferaufwand
Diese Aufwandkostengruppe umfasst im AB 535 die Finanzierung der Prämienverbilligung, der Akutversorgung (Zentrums- und Regionalspitäler), der Psychiatrie (PDAG und übrige Versorger) und der Rehabilitation. Hauptgründe für den Mehraufwand in Höhe von Fr. 11.8 Mio. sind:
Mehraufwände für Prämienverbilligung aufgrund der höheren Anzahl Bezüger (Fr. 1.6 Mio.) und Ausstände aus Verlustscheinen (Fr. 11.2 Mio.) (neu ab 2014).
Basis für das Budget und die Planjahre der Versorgungsbereiche (Akut, Langzeit, Psychiatrie und Reha) sind die Annahmen der „Finanzierbaren Aargauer Gesundheitspolitik“, bereinigt um das Rechnungsergebnis 2012.
Im Akutbereich wird ein Mehraufwand von Fr. 5.9 Mio. erwartet.
In der Psychiatrischen Versorgung wird ein Minderaufwand von Fr. 0.3 Mio. erwartet, wobei der innerkantonale Aufwand rückläufig und der ausserkantonale Aufwand steigend erwartet wird. In den Planjahren werden steigende Aufwände erwartet.
Im Bereich der Rehabilitation wird mit einem Minderaufwand von Fr. 3.1 Mio gerechnet. In den Planjahren werden weiter steigende Aufwände erwartet.
Bei den gemeinwirtschaftlichen Leistungen (GWL) wird aufgrund der Zunahme der „Auszubildenden“ und des Leistungszuwaches gemäss Leistungsvertrag ein Mehraufwand von Fr. 0.5 Mio. erwartet. In den Planjahren werden gleichbleibende Aufwände prognostiziert.

37 Durchlaufende Beiträge
Aufwand der Restkosten der Pflege, welche von der Clearingstelle bearbeitet und vollständig durch die Gemeinden getragen werden (siehe auch 47 Durchlaufende Beiträge).

46 Transferertrag
Mehrertrag aus den Bundesbeiträgen zur Prämienverbilligung (Fr. 4.9 Mio.), Minderertrag aus der Gemeindebeteiligung an der Spitalfinanzierung, die ab 2014 gemäss der Neuordnung der übergeordneten Lastenverteilung, Strategie 1 (Übernahme der Gesamtkosten Akutsomatik durch den Kanton) wegfällt (Fr. 148.1 Mio.).

47 Durchlaufende Beiträge
Siehe auch 37 Durchlaufende Beiträge.

Veränderung in den Planjahren
30 Personalaufwand
2017: Minderaufwand infolge Ende von 3 Projektstellen (Konzeptionen, Genehmigungsverfahren, EG KVG).

LUAE

Veränderung im Budget
36 Transferaufwand (LUAE)
Minderaufwand infolge Wegfall der Verzinsung der Bauschulden Regionalspitäler und Pflegeheime ab 2014.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**473'531**	**629'997**	**33.0%**	**659'618**	**700'942**	**747'227**
- Abschreibungen*	-	400	400	0.0%	400	400	400
+ Nettoinvestitionen	-	400	400	0.0%	400	400	400
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**473'531**	**629'997**	**33.0%**	**659'618**	**700'942**	**747'227**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Übertragung Spitalliegenschaften							
Saldo	**-**	**-34'500**	**-34'500**	**0.0%**	**-34'500**	**-34'500**	**-34'500**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-34'500	-34'500	0.0%	-34'500	-34'500	-34'500
Finanzertrag verschiedene öffentliche Unternehmen	-	-34'500	-34'500	0.0%	-34'500	-34'500	-34'500

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**459**	**1'315**	**186.7%**	**995**	**964**	**750**
	VK-Globalbudget	-	459	1'315	186.7%	995	964	750
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**459**	**1'115**	**143.1%**	**795**	**764**	**550**
	Aufwand	-	459	1'115	143.1%	795	764	550
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**0**	**200**	**∞%**	**200**	**200**	**200**
	Aufwand	-	0	200	∞%	200	200	200
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**15.57**	**16.80**	**19.80**	**17.9%**	**20.20**	**20.20**	**17.20**
Ordentliche Stellen	12.20	13.80	14.80	7.2%	15.20	15.20	15.20
Fremdfinanzierte Stellen	1.38	2.00	2.00	0.0%	2.00	2.00	2.00
Projektstellen	1.99	1.00	3.00	200.0%	3.00	3.00	0

Ordentliche Stellen
2014: 1 Stelle vom AB 540 verschoben.

Projektstellen
2014: 2 neue Projektstellen "Wissenschaftlicher Mitarbeiter Konzeptionen" und "Genehmigungsverfahren Tarife Gesundheitswesen".

Veränderung in den Planjahren
2017: Ende von 3 Projektstellen.

Aufgabenbereich 540: Militär und Bevölkerungsschutz

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Vollziehen der Gesetzgebungen von Bund und Kanton im Bereich "Militär und Bevölkerungsschutz" zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen von ausserordentlichen Lagen; Sicherstellen der Einsatzbereitschaft zur Bewältigung von Katastrophen, Notlagen, schweren Mangellagen sowie kriegerischen Ereignissen in der Schweiz.

Zuständige Kommission
Kommission für öffentliche Sicherheit (SIK)

Leistungsgruppen
LG 540.10 Kreiskommando
LG 540.20 Wehrpflichtersatzabgabe
LG 540.30 Waffenplatz und Logistik
LG 540.40 Katastrophenvorsorge
LG 540.50 Zivilschutz Ausbildung
LG 540.60 Koordination Zivilschutz

Organisation:
Im Aufgabenbereich werden auf der Basis von Bundes- und kantonalen Gesetzen die folgenden Aufgaben erfüllt: Kontrollführung aller Militärdienst-, Schutzdienst und Meldepflichtigen mit Wohnsitz im Kanton Aargau, Erfüllung von Vollzugsaufgaben in den Bereichen Rekrutierung, Schiesswesen, Dienstverschiebungswesen und Entlassungen aus der Armee, Durchsetzen der subsidiären Wehrpflichterfüllung durch Veranlagung und Bezug der Wehrpflichtersatzabgaben, Erbringen von logistischen Leistungen für die Armee, Betrieb des Waffenplatzes Aarau, Material und Organisation, Vorbereitung auf die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen, Grund- und Kaderausbildung der Zivilschutz-Angehörigen im Kanton Aargau, Koordination des Zivilschutzes in den Bereichen Alarmierung, Material und Organisation.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Kurz- und mittelfristig (2014-2017) wird es sowohl in der Armee wie auch im Bevölkerungsschutz und im Zivilschutz keine grundlegenden Neuerungen geben. Im Zivilschutz soll das in den Bereichen Personal, Material und Ausbildung erkannte Defizit behoben werden. Vermutlich ab dem Jahr 2017 dürften die Reformen der Weiterentwicklung der Armee (WEA) sowie des eidgenössischen Projekts "Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+" für die Kantone und deren Aufgaben Veränderungen bringen.
Mit der künftigen Gesamtplanung "Schutz und Sicherheit" wurde die Zielvariable "Angemessen geschützte und sichere Bevölkerung" definiert, d.h. es werden die notwendigen Massnahmen gezielt so getroffen, dass die Aargauer Bevölkerung nicht nur im Alltag, sondern auch in ausserordentlichen Lagen angemessen sicher und geschützt ist. Die "Gefährdungsanalyse Aargau" zeigt auf, mit welchen Katastrophen, Notlagen und schweren Mangellagen gerechnet werden muss und wie diese auf Stufe Kanton und Regionen bewältigt werden können.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

540E001	Konzeption Zivilschutz Aargau 2013 (Teilrevision des Gesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) im Kanton Aargau)
2011	Auswirkungen BZB auf BZG-AG klären
2012	Erarbeiten des Normkonzeptes
2013	Erstellen der ersten Wirkungskontrolle und des Normkonzepts, Beschluss RR, Anhörungsverfahren
2014	Gesetzes- und Botschaftsentwurf, Mitberichtsverfahren
2015	Beratung in Kommission und GR
01.01.2016	Inkraftsetzung

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (BZG) ist seit dem 1. Januar 2012 in Kraft. Die Gesetzesänderung hat auch Auswirkungen auf die kantonale Gesetzgebung (BZG-AG). Mit der Wirkungskontrolle wird die heutige Gesetzgebung in den Bereichen Bevölkerungsschutz und Zivilschutz analysiert. Gestützt auf diese Beurteilung und gestützt auf die Gefährdungsanalyse Aargau wird daraus die künftige Ausrichtung des Zivilschutzes (Zivilschutzkonzeption 2013) abgeleitet. Diese Überlegungen werden anschliessend in die Teilrevision BZG-AG einfliessen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat	Mio. Fr.	0.15

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 540Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Die vom Bund vorgegebenen Armeeprozesse beim Kreiskommando werden effizient vollzogen								
01 Stellungspflichtige Orientierungstag	Anzahl	2'822	3'100	2'800	2'800	2'800	2'800	○
02 Orientierungsanlässe für Stellungspflichtige	Anzahl	78	70	64	64	64	64	●
03 Quote der Stellungspflichtigen, die den Orientierungstag mit "gut" beurteilen	%	88.0	80.0	80.0	81.0	82.0	83.0	◑
04 Stellungspflichtige Rekrutierung	Anzahl	3'455	3'200	3'200	3'100	3'100	3'100	○
05 Quote der Auslastung der Rekrutierungszyklen	%	100.0	97.0	97.0	97.0	97.0	97.0	◑
06 Dienstverschiebungsgesuche Militär	Anzahl	2'757	2'900	2'600	2'600	2'600	2'600	○
07 Zu entlassende Angehörige der Armee (AdA)	Anzahl	1'697	1'800	1'650	1'650	1'650	1'650	○
08 Schiesspflichtige	Anzahl	13'108	13'500	12'500	12'400	12'300	12'000	○
09 Einnahmen aus Bussen (Schiessbussen, Rekrutierungsbussen, Truppenbussen)	Fr.	331'414	260'000	300'000	300'000	300'000	300'000	○

Mit der Abschaffung der Militärsektionen zum 31. Dezember 2012 führt das Kreiskommando ab dem 1. Januar 2013 gänztätige Orientierungstage (OT) zentral in Aarau durch. Bisher wurden die OT dezentral an einem Halbtag, ergänzend zum vorangehenden Informationsabend der Militärsektionen, durchgeführt. Mit dieser Änderung können pro OT mehr Stellungspflichtige aufgeboten werden. Der Klassenunterricht erfolgt neu durch WK-Soldaten. Aus diesem Grund musste das Qualitätsziel der OT angepasst werden.
Gemäss heutigem Planungsstand dürfte der Bestand der Armee halbiert werden (Verzicht auf die Reserve). Im Moment kann davon ausgegangen werden, dass diese Umsetzung ab dem Jahr 2017 umgesetzt wird. Die Grösse der Armee wird mittels "Verweildauer" gesteuert und hat deshalb keinen Einfluss auf die Rekrutierung.
Als Ersatz der bisherigen 71 Militärsektionen musste der Stellenplan des Kreiskommandos von 10 auf neu 11 Stellen erhöht werden. Trotzdem beträgt die Einsparung Fr. 450'000.- pro Jahr.

Ziel 540Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Veranlagungen und Bezug der Wehrpflichtersatzabgabe werden effizient durchgeführt.								
01 Ersatzpflichtige	Anzahl	19'140	18'000	19'000	19'000	19'000	19'000	○
02 Veranlagungen Ersatzpflichtiger und Bezugsdokumente	Anzahl	37'459	40'000	38'000	38'000	38'000	38'000	○
03 Zu bearbeitende Gesuche um Erlass, Teilzahlung, und Ratenzahlung	Anzahl	2'018	1'700	1'900	1'900	1'900	1'900	○
04 Quote der innert 1 Monat geprüften neuen Ersatzpflichtigen (RS, DVS, Rekr)	%	90.0	90.0	80.0	80.0	80.0	80.0	◑
05 Betreibungsverfahren bei Ersatzpflichtigen	Anzahl	1'666	1'900	1'700	1'700	1'700	1'700	○
06 Einnahmen aus dem Wehrpflichtersatz	Mio. Fr.	2.3	2.0	2.1	2.1	2.1	2.1	○

Die Anzahl der Ersatzpflichtigen wird sich auf dem Niveau von rund 19'000 einpendeln. Bei allen aufgeführten Budgetzahlen ist das wirtschaftliche und soziale Umfeld massgebend und schwierig abzuschätzen.
04: Aufgrund von verschiedenen Übergangsbestimmungen wir es immer komplizierter die notwendigen Abklärungen zu erledigen.

Ziel 540Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die vom Bund vorgegebenen Prozesse im Bereich Waffenplatz und Logistik sind optimal vollzogen.								
01 Kundenkontakte Retablierungsstelle Aarau	Anzahl	7'124	6'000	6'000	5'500	5'500	5'500	○
02 Quote der Kunden, die bei Kontakten mit der Retablierungsstelle deren Dienstleistungen mit "sehr gut" oder "gut" bewerten	%	96.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	●
03 Quote der Kunden in der Kaserne, die bei Befragungen die Dienstleistungen mit "sehr gut" oder "gut" beurteilen	%	97.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	●
04 Einnahmen vom Bund aufgrund der Leistungsvereinbarungen	Mio. Fr.	3.3	3.0	3.2	3.3	3.3	3.3	◑

Es zeichnet sich längerfristig ein Rückgang der Kundenkontakte ab. Aufgrund höherer Preise bei den Leistungsvereinbarungen werden höhere Erträge vom Bund für Leistungen in der Logistik und auf dem Waffenplatz erzielt.

Ziel 540Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Einsatzbereitschaft im Bereich der Katastrophenvorsorge ist sichergestellt.								
01 Personen, die im Kantonalen-Katastrophen-Einsatzelementes (KKE) eingeteilt sind	Anzahl	440	450	480	500	530	545	●
02 Aus- und Weiterbildung der Angehörigen der Regionalen Führungsorgane (RFO) (geleistete Manntage in den verschiedenen Kurstypen)	Anzahl	230	350	250	250	250	250	●
03 Care-Team-Einsätze	Anzahl	115	150	150	150	150	150	○
04 Wiederholungskurse für das Kantonale-Katastrophen-Einsatzelement (KKE) pro Jahr	Anzahl	4	4	4	4	4	6	●
05 Aus- und Weiterbildungen für die "Regionalen Führungsorgane"	Anzahl	14	30	15	15	15	15	●
06 Ausgebildete Angehörige der "Infoline" des Kantonalen Führungsstabes	Anzahl	38	35	35	35	35	35	●

Das Kantonale Katastrophen Einsatzelement (KKE) befindet sich weiter im Aufbau und wird seinen Sollbestand 2017 erreicht haben. Die Anzahl der Regionalen Führungsorgane wird durch weitere Zusammenschlüsse reduziert. Dies hat direkte Auswirkungen auf die Anzahl der Aus- und Weiterbildungen, aber auch auf die geleisteten Manntage in den verschiedenen Kurstypen.

Ziel 540Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Ausbildung von Zivilschutz-Funktionsträgern (Pioniere, Betreuer, Stabsassistenten) ist sichergestellt.								
01 Auszubildende Angehörige Zivilschutz pro Jahr (Grund-, Zusatz-, Kaderausbildung und Weiterbildung)	Anzahl	1'050	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	◑
02 Administration für Kursteilnehmer Bundeskurse	Anzahl	131	250	250	250	250	250	○
03 Bearbeitete Dienstverschiebungsgesuche, Verwarnungen, Anzeigen und Entlassungen des Zivilschutzes	Anzahl	353	360	360	360	360	360	○
04 Teilnehmerdiensttage im Zivilschutzzentrum Eiken	Anzahl	9'544	10'000	10'000	10'000	10'000	10'000	◑
05 Quote der ausgebildeten Funktionsträger, die die besuchten Kurse mit "gut" oder besser beurteilen	%	97.0	85.0	85.0	85.0	85.0	85.0	●
06 Einnahmen von den Gemeinden für die Zivilschutzausbildung	Mio. Fr.	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	1.7	◑

Mit Ausnahme der Beurteilung der Kurse unterliegen alle Zahlen der Tauglichkeitsrate der Stellungspflichtigen und können von der Sektion Ausbildung nicht beeinflusst werden. Die angegebenen Zahlen beruhen auf den Erfahrungswerten der vergangenen Jahre.

Ziel 540Z006	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die technische Ausrüstung der Zivilschutzorganisationen zur Gewährleistung von Schutz und Sicherheit der Aargauer Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen ist auf dem neuesten Stand.								
01 Schutzräume	Anzahl	40'631	41'500	40'900	41'000	41'050	41'100	○
02 Belüftete Schutzplätze	Anzahl	832'383	780'000	860'000	870'000	875'000	880'000	○
03 Zivilschutzanlagen	Anzahl	168	165	145	140	130	110	○
04 Bestand der Bündelfunksystem-POLYCOM-Geräte	Anzahl	404	404	404	404	404	404	○
05 Stationäre Sirenen	Anzahl	390	365	385	385	380	380	○
06 Aufzuschaltende Sirenen auf die zentrale Auslöserstelle bei der EZ und VLZ Kapo	Anzahl	16	365	355	5	5	5	○
07 Zu betreuende "2500 MHz-Anlagen" in den Führungsstandorten der ZSO	Anzahl	29	30	28	25	25	25	○
08 Jährlich bereitzustellende Ausrüstung für Angehörige des Zivilschutzes	Anzahl	464	550	480	450	450	400	◑
09 Jährliche Kontrollen der Schutzanlagen in den Regionen im Auftrag des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz	Anzahl	7	15	15	10	10	8	◑

Ziel der künftigen Ausrichtung des Zivilschutzes im Kanton Aargau ist die Werterhaltung der vorhandenen Schutzinfrastrukturen, die Modernisierung der Alarmierungsmittel sowie der Ersatz des Materials zur Verbesserung der Einsatzbereitschaft und der Mobilität.
06: Das Projekt ist Ende 2014 abgeschlossen, nachher handelt es sich nur noch um einzelne Sirenen.
08: Die Anzahl ist abhängig von der Anzahl der Rekrutierten. Mit den Regionalisierungen werden auch weniger AdZS benötigt.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**6'062**	**5'831**	**-3.8%**	**5'389**	**5'291**	**5'377**
Globalbudget Aufwand	**-**	**13'505**	**13'223**	**-2.1%**	**12'675**	**12'527**	**12'598**
30 Personalaufwand	-	9'159	9'179	0.2%	8'982	8'848	8'863
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	4'335	4'033	-7.0%	3'682	3'668	3'664
34 Finanzaufwand	-	3	3	0.0%	3	3	3
36 Transferaufwand	-	8	8	0.0%	8	8	8
39 Interne Verrechnungen	-	-	-		-	-	60
Globalbudget Ertrag	**-**	**-7'443**	**-7'393**	**-0.7%**	**-7'287**	**-7'236**	**-7'221**
42 Entgelte	-	-1'724	-1'701	-1.3%	-1'621	-1'616	-1'605
44 Finanzertrag	-	-45	-45	0.0%	-45	-45	-45
46 Transferertrag	-	-5'674	-5'647	-0.5%	-5'621	-5'576	-5'571
LUAE Saldo	**-**	**-2'527**	**-2'417**	**-4.4%**	**-2'415**	**-2'415**	**-2'415**
LUAE Aufwand	**-**	**6'658**	**5'936**	**-10.8%**	**5'933**	**5'933**	**5'933**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	5	5	0.0%	5	5	5
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	4'900	5'000	2.0%	4'900	4'900	4'900
36 Transferaufwand	-	28	28	0.0%	28	28	28
37 Durchlaufende Beiträge	-	1'725	903	-47.7%	1'000	1'000	1'000
LUAE Ertrag	**-**	**-9'185**	**-8'353**	**-9.1%**	**-8'348**	**-8'348**	**-8'348**
42 Entgelte	-	-7'444	-7'434	-0.1%	-7'334	-7'334	-7'334
44 Finanzertrag	-	-16	-16	0.0%	-14	-14	-14
47 Durchlaufende Beiträge	-	-1'725	-903	-47.7%	-1'000	-1'000	-1'000
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**590**	**570**	**-3.4%**	**530**	**500**	**430**
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	590	570	-3.4%	530	500	430
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-590**	**-570**	**-3.4%**	**-530**	**-500**	**-430**
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-590	-570	-3.4%	-530	-500	-430

Globalbudget

Veränderung im Budget
30 Personalaufwand
Der leichte Mehraufwand resultiert aus verschiedenen Sachverhalten:
Minderaufwand infolge Pensumreduktionen im Bereich der Zentralen Dienste (Fr. 87'000), Minderaufwand infolge Auflösung der Militärsektionen (Fr. 283'000), Mehraufwand infolge zusätzlichem Mitarbeitenden Militärsektionen innerhalb des Stellenplans (Fr. 152'000), Minderaufwand beim Wehrpflichtersatz infolge Stellenreduzierung und Stellenneubewertung (Fr. 35'000), Mehraufwand in der Katstrophenvorsorge infolge einer zusätzlichen Stelle innerhalb des Stellenplans und Stellenneubewertung (Fr. 217'000), Mehraufwand beim Zivilschutz infolge zusätzlicher Stellenprozente innerhalb des Stellenplans (Fr. 70'000).

31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Aufgrund des allgemeinen Spardrucks wurden die Budgets aller betroffenen Kostenarten überprüft und da, wo sinnvoll und möglich, gekürzt.

Veränderung in den Planjahren
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand
Aufgrund des allgemeinen Spardrucks wird in den Planjahren auf Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen verzichtet.

LUAE

Veränderung im Budget
37 Durchlaufende Beiträge (LUAE)
Die Beiträge des Bundes für Schutzbauten werden voraussichtlich geringer ausfallen.
47 Durchlaufende Beiträge (LUAE)
Die Beiträge des Bundes für Schutzbauten werden voraussichtlich geringer ausfallen.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**3'536**	**3'414**	**-3.4%**	**2'974**	**2'876**	**2'963**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	0	0	0.0%	0	0	0
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**3'536**	**3'414**	**-3.4%**	**2'974**	**2'876**	**2'963**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
ErsBeiträge ZS-Schutzraumbauten SpezFin							
Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Einlagen in Spezialfinanzierungen EK	-	4'900	5'000	2.0%	4'900	4'900	4'900
Weiterer Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Ersatzabgaben	-	-4'900	-5'000	2.0%	-4'900	-4'900	-4'900
Weiterer Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**55**	**71**	**29.1%**	**70**	**71**	**71**
	VK-Globalbudget	-	55	71	29.1%	70	71	71
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**55**	**71**	**29.1%**	**70**	**71**	**71**
	Aufwand	-	55	71	29.1%	70	71	71
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**74.54**	**78.10**	**77.10**	**-1.3%**	**77.10**	**77.10**	**77.10**
Ordentliche Stellen	74.54	78.10	77.10	-1.3%	77.10	77.10	77.10
Fremdfinanzierte Stellen	0	0	0	0.0%	0	0	0
Projektstellen	0	0	0	0.0%	0	0	0

Ordentliche Stellen
1 Stelle in den AB 535 verschoben.

Aufgabenbereich 545: Sozialversicherungen

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Führen einer Ausgleichskasse im Bundesauftrag.

Zuständige Kommission
Kommission für Gesundheit und Soziales (GSW)

Organisation:
Die SVA ist eine selbstständige Staatsanstalt, die gemäss § 1, Abs. 3 im Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen (GAF) nicht in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fällt. Somit wurden weder Entwicklungsschwerpunkte noch Ziele formuliert. Die Beschreibung der Umfeldentwicklung soll dennoch ein Mindestmass an Informationen für diesen kostenträchtigen Aufgabenbereich liefern.

Die Ausgleichskassen vollziehen Bundesaufgaben und mit Genehmigung des Bundesrates auch weitere Aufgaben, die an die Kantone übertragen werden (Art. 63 Abs. 4 Bundesgesetz über die AHV). Von dieser Möglichkeit ist im Kanton Aargau Gebrauch gemacht worden. Der Sozialversicherungsanstalt Aargau (SVA) wurde der Vollzug folgender Aufgaben übertragen: Ergänzungsleistungen zur AHV und IV, Betreuungsgesetz, Prämienverbilligung, Familienzulagen für Arbeitnehmende und Nichterwerbstätige.

Umfeldentwicklung, Risiken und Auswirkungen:
Die zukünftigen Herausforderungen hängen stark mit der demografischen Entwicklung zusammen. Während geburtenstarke Jahrgänge das Rentenalter erreichen, treten eher geburtenschwache Jahrgänge ins Erwerbsleben. Der Sicherung der ersten Säule als wichtigstes Sozialwerk kommt daher noch grössere Bedeutung zu. Der Sanierung über Leistungsabbau (Erhöhung Rentenalter der Frauen oder auch generelle Heraufsetzung des Rentenalters) wie auch der zusätzlichen Mittelbeschaffung über höhere MWSt-Abgaben oder Lohnprozente stehen gesellschaftliche und wirtschaftliche Widerstände entgegen. Bei der Invalidenversicherung sind die Auswirkungen der 5. IVG-Revision spürbar. Sie zeigt sich in einem höheren Eingliederungserfolg und gestiegenen Rentenablehnungsquote. Die Wirkung dieser Massnahmen wird aber in den folgenden Jahren abflachen, weil die beeinflussbare Anzahl bereits ein tiefes Niveau erreicht hat. Noch nicht bekannt sind die Wirkungen der IVG-Revision 6a. Im Kanton Aargau sollen ab 2012 innert drei Jahren etwa 1'500 IV-Rentner/innen ins Erwerbsleben zurückgeführt werden.

Die Ergänzungsleistungen verzeichnen im Kanton Aargau überdurchschnittliche Steigerungsraten. So stieg die Anzahl der EL-Bezüger im Aargau zwischen 2000 und 2010 um 72%, während der Zuwachs gesamtschweizerisch nur 37% betrug. Das Verhältnis der EL-Bezüger zur Gesamtbevölkerung liegt im Aargau aber mit 2.4% deutlich unter dem Durchschnittswert der Schweiz mit 3.5%. Auch in Zukunft wird mit einer weiteren Steigerung der Anzahl an Anspruchsberechtigten und damit verbunden auch mit steigenden Kosten gerechnet.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Globalbudget Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Globalbudget Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Saldo	**-**	**144'160**	**157'260**	**9.1%**	**162'710**	**168'033**	**174'090**
LUAE Aufwand	**-**	**219'170**	**234'270**	**6.9%**	**241'720**	**249'043**	**255'100**
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	3'470	3'580	3.2%	3'690	3'800	3'800
36 Transferaufwand	-	215'700	230'690	6.9%	238'030	245'243	251'300
LUAE Ertrag	**-**	**-75'010**	**-77'010**	**2.7%**	**-79'010**	**-81'010**	**-81'010**
42 Entgelte	-	-10	-10	0.0%	-10	-10	-10
46 Transferertrag	-	-75'000	-77'000	2.7%	-79'000	-81'000	-81'000
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

LUAE
Veränderung im Budget
36 Transferaufwand (LUAE)
Grund für den Mehraufwand ist die Zunahme der Bezüger bei den Ergänzungsleistungen.

Veränderung in den Planjahren
Auch in den Planjahren wird mit weiter steigenden Kosten für Ergänzungsleistungen gerechnet. Dabei wird von einem jährlichen Wachstum von rund 3% ausgegangen.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**144'160**	**157'260**	**9.1%**	**162'710**	**168'033**	**174'090**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**144'160**	**157'260**	**9.1%**	**162'710**	**168'033**	**174'090**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Ergänzungsleistungen AHV / IV							
Saldo	**-**	**137'600**	**150'690**	**9.5%**	**156'030**	**161'343**	**167'400**
Total Aufwand	-	212'600	227'690	7.1%	235'030	242'343	248'400
Ergänzungsleistungen AHV/IV	-	209'400	224'390	7.2%	231'630	238'843	244'900
Weiterer Aufwand	-	3'200	3'300	3.1%	3'400	3'500	3'500
Total Ertrag	-	-75'000	-77'000	2.7%	-79'000	-81'000	-81'000
Bundesbeiträge Ergänzungsleistungen zur AHV/IV	-	-75'000	-77'000	2.7%	-79'000	-81'000	-81'000

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Ordentliche Stellen	-	-	-		-	-	-
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

Aufgabenbereich 605: Baubewilligung und Recht

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die kantonalen Bewilligungsverfahren garantieren die fristgerechte, rechtsgleiche und koordinierte Behandlung von Baugesuchen und von Spezialverfahren (Plangenehmigungen, Verfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfungen, signalisationsrechtliche Zustimmungen etc.). Zudem werden Streitfälle, die das Bau- und Umweltrecht betreffen, geschlichtet oder entschieden und Gemeinden in baurechtlichen und raumplanerischen Fragestellungen unterstützt und beraten. Ausserdem werden die Gemeinden in Fragen des Vollzugs begleitet.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 605.10 Entscheide Baubewilligung
LG 605.20 Recht

Organisation
In diesem Aufgabenbereich werden - angelehnt an die Leistungsgruppen - die Abteilung für Baubewilligung und die Rechtsabteilung abgebildet.

Umfeldentwicklung und Risiken / Auswirkungen und Massnahmen
Die Abteilung für Baubewilligungen legt den Fokus weiterhin auf kurze und benutzerfreundliche Abläufe. Die Ausgestaltung der Abteilung als Kompetenzzentrum wird weiter verfolgt. Erhalt und Steigerung des Fachwissens der Mitarbeitenden bleibt eine zentrale Aufgabe. Die Betreuung der Vollzüge erweist sich als Daueraufgabe, welche in den Leistungskatalog aufgenommen wird.
Im Bereich Recht sind die gesetzlichen Vorschriften betreffend Raumentwicklung, Bauwesen und Umweltschutz komplex und die Verfahren aufwändig. Sowohl Bauvorhaben Privater wie auch Strassen- und Wasserbauprojekte der öffentlichen Hand sind anfechtbar. Die Vorhaben betreffen nicht selten in hohem Mass auch individuelle Interessen. Entsprechend ist die Bereitschaft gross, Rechtsmittel zu ergreifen. Die Anzahl der Beschwerden hängt vor allem von der Bautätigkeit ab. Namentlich öffentliche Bauvorhaben können eine Vielzahl von Beschwerden auslösen.

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 605Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Für Baugesuche werden die Rechtsvorgaben von Bund und Kanton korrekt und innerhalb des Ermessensspielraums umgesetzt. Die Verfahren werden schnell und effizient erledigt.								
01 Eingegangene Baugesuche pro Jahr	Anzahl	2'860	2'600	2'600	2'600	2'600	2'600	○
02 Erledigte Baugesuche pro Jahr	Anzahl	2'855	2'600	2'600	2'600	2'600	2'600	◑
03 Mindestanteil erledigter Baugesuche innert 30 Tagen	%	56.3	50.0	50.0	50.0	50.0	50.0	◑
04 Mindestanteil erledigter Baugesuche innert 60 Tagen	%	87.4	88.0	88.0	88.0	88.0	88.0	◑
05 Baubewilligungsgebühren	Mio. Fr.	3.1	2.0	2.6	2.6	2.6	2.6	○
06 Maximaler Anteil geänderter Entscheide der Abteilung für Baubewilligungen durch die Gerichte	%	0	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0	◑
08 Maximaler Anteil der Beschwerden im Verhältnis zu Baugesuchen	%	2.0	3.0	3.0	3.0	3.0	3.0	◑

Die Bautätigkeit hat sich als krisenresistent erwiesen. Es wird künftig mit gleichbleibenden, eventuell leicht sinkenden Gesuchszahlen gerechnet. Demgegenüber ist der Trend hin zu komplexeren Vorhaben unverändert.
03: Der Mindestanteil berechnet sich ohne Anhörungsverfahren sowie ohne Verfahren mit Beteiligung von Bundesanstalten und externen Fachstellen.
05: Die Gebühren richten sich nach der Zahl der Gesuche bzw. nach der approximativen Bausumme.

Ziel 605Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Beschwerden werden innert nützlicher Frist entschieden.								
01 Neueingänge von Einwendungen und Beschwerden	Anzahl	398	400	400	400	400	400	○
02 Minimaler Anteil der Beschwerden, die innert 180 Tagen erledigt werden	%	81.1	83.0	83.0	83.0	83.0	83.0	●
03 Erledigte Einwendungen und Beschwerden	Anzahl	384	400	400	400	400	400	●
04 Hängige Einwendungen und Beschwerden (inkl. sistierte Fälle)	Anzahl	252	210	210	210	210	210	○
05 Einwendungen und Beschwerden: davon erledigt ohne Sachentscheid (Rückzüge/Vergleiche)	%	42.85	40.00	40.00	40.00	40.00	40.00	◑

Ziel 605Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Verwaltungsgerichtsbeschwerde: Die Entscheide der Verwaltung stossen auf gute Akzeptanz und sind qualitativ gut.								
01 Maximaler Anteil der Entscheide, die beim Gericht angefochten werden	%	5.2	12.0	12.0	12.0	12.0	12.0	○
02 Minimaler Anteil der Entscheide, die das Gericht unbeanstandet lässt (blosse Korrekturen im Kostenpunkt bleiben unberücksichtigt)	%	72.2	70.0	70.0	70.0	70.0	70.0	◑
03 Entscheide, die beim Verwaltungsgericht angefochten werden	Anzahl	18	45	45	45	45	45	○
04 Entscheide, die das Verwaltungsgericht unbeanstandet lässt (blosse Korrekturen im Kostenpunkt bleiben unberücksichtigt)	Anzahl	13	32	32	32	32	32	◑

Ziel 605Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Controlling baurechtlicher Vorschriften und Vollzug rechtskräftiger Entscheide								
01 Erledigte Vollzüge	Anzahl	181	180	180	180	180	180	◑

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**2'072**	**1'534**	**-26.0%**	**1'510**	**1'503**	**1'529**
Globalbudget Aufwand	**-**	**5'153**	**5'135**	**-0.3%**	**5'111**	**5'104**	**5'130**
30 Personalaufwand	-	5'009	5'008	-0.0%	4'985	4'978	5'004
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	143	125	-12.3%	125	125	125
36 Transferaufwand	-	1	1	0.0%	1	1	1
Globalbudget Ertrag	**-**	**-3'081**	**-3'601**	**16.9%**	**-3'601**	**-3'601**	**-3'601**
42 Entgelte	-	-2'821	-3'301	17.0%	-3'301	-3'301	-3'301
49 Interne Verrechnungen	-	-260	-300	15.4%	-300	-300	-300
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Veränderungen im Budget
Aufwand:
31; Reduktion der Summe für Debitorenverluste auf den effektiven Bedarf der Vorjahre.
Ertrag:
42; Aufgrund der Erfahrungswerte der Vorjahre und einer positiven Einschätzung der Baukonjunktur wird mit einer Steigerung des Ertrags im Zusammenhang mit Baugesuchsgebühren gerechnet.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**2'072**	**1'534**	**-26.0%**	**1'510**	**1'503**	**1'529**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**2'072**	**1'534**	**-26.0%**	**1'510**	**1'503**	**1'529**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	VK-Globalbudget	-	-	-		-	-	-
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**-**	**32.50**	**32.50**	**0.0%**	**32.50**	**32.50**	**32.50**
Ordentliche Stellen	-	32.50	32.50	0.0%	32.50	32.50	32.50
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

Aufgabenbereich 610: Raumentwicklung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Schaffen und Umsetzen von Planungsgrundlagen und Rahmenbedingungen zur nachhaltigen Entwicklung der Siedlungsgebiete und Landschaften sowie Abstimmung von Siedlung, Verkehr und Freiräumen im Lebens- und Wirtschaftsraum Aargau.
Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs Raumentwicklung umfasst die kantonale Richtplanung, die Begleitung, Prüfung und Genehmigung der kommunalen Nutzungsplanungen, die Zusammenarbeit und Koordination mit dem Bund, dem angrenzenden Ausland, den Nachbarkantonen und den Gemeinden. Zum Grundauftrag gehört zudem die fachliche Unterstützung und Begleitung der Regionen und Gemeinden bei regionalen und kommunalen Planungen, bei der Siedlungsentwicklung nach innen sowie bei der Ortsbildpflege.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 610.10 Kantonale Entwicklung
LG 610.20 Regionale und kommunale Entwicklung
LG 610.25 Siedlungs- und Freiraumentwicklung

Organisation
Der Aufgabenbereich ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in drei Sektionen gegliedert, welche zusammen die Abteilung Raumentwicklung bilden.

Umfeldentwicklung und Risiken
Die Änderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG), die am 3. März 2013 im Aargau mit einem Ja-Anteil von 67% angenommen wurden, sind unter Einbezug der Regionalplanungsverbände und Gemeinden umzusetzen. Kernpunkt der Revision ist die Eindämmung der Zersiedelung. Zu den Hauptaufgaben gehören im Wesentlichen die Festlegung des Siedlungsgebiets für den Richtplanhorizont von 25 Jahren, die Schaffung einer Regelung zum Ausgleich von Planungsvorteilen, die Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen und die Verflüssigung des Baulands. In verschiedenen Regionen ist die gute Erreichbarkeit wegen der zunehmenden Mobilität auf Schiene und Strasse nicht mehr immer gewährleistet. Deshalb sind Massnahmen zur Abstimmung von Siedlung, Verkehr und Freiraum auch im Rahmen der grenzüberschreitenden Agglomerationsprogramme weiterhin vordringlich. Im Vordergrund stehen die Umsetzung der Projekte des Agglomerationsprogramms der 1. Generation (2011-2014) und die Vorbereitung der Umsetzung der Massnahmen der 2. Generation (2015-2018).

Dem Bund wurden Ende Juni 2012 vier Agglomerationsprogramme eingereicht: "Aargau Ost", "Limmattal" zusammen mit dem Kanton Zürich, "Aareland" zusammen mit dem Kanton Solothurn sowie "Basel" in Zusammenarbeit mit den Kantonen Basel, Basel-Landschaft und Solothurn sowie mit Deutschland und Frankreich. In den Metropolitanräumen Zürich und Basel sowie im Limmattal (Agglopark) werden die gemeinsam initiierten Projekte weiterbearbeitet. Der Kanton Aargau positioniert sich dabei innerhalb dieser Wirtschaftsräume als attraktiver Wohn- und Wirtschaftskanton. Die hohe Bautätigkeit, die Alterung der Gebäude und der zunehmende Siedlungsdruck führen dazu, dass die wertvollen Ortsbilder immer stärker gefährdet sind. Dies erfordert eine zielgerichtete und zeitgerechte Beratung und Begleitung der Gemeinden bei Planungen und Beurteilungen von Bauprojekten.

Auswirkungen und Massnahmen
Die Umsetzung des geänderten RPG (voraussichtliches Inkrafttreten Frühjahr 2014) und des 2011 beschlossenen Richtplans erfolgt in den nächsten Jahren zusammen mit den Regionen und Gemeinden. Im Mittelpunkt steht die vom geänderten RPG verlangte Aufgabe, eine Gesamtlösung zur Siedlungsentwicklung zu erarbeiten. Grundlagen zum erwarteten hohen Bevölkerungswachstum werden mit allen Departementen und der Staatskanzlei im Rahmen des Projekts "Bevölkerungsentwicklung Kanton Aargau" erarbeitet. Gesamthaft sind genügend Bauzonenreserven vorhanden. Diese liegen aber teilweise nicht an den Orten, für die gemäss Richtplan und Raumkonzept ein Wachstum vorgesehen ist. Während in verschiedenen ländlichen Gebieten hinsichtlich der Nachfrage zu viele Reserven bestehen, fehlt in den Zentren und Agglomerationen genügend Bauland. Zudem sind die Bauzonen oft unternutzt oder nur teilweise verfügbar. In Umnutzungsgebieten und urbanen Gebieten mit geringer Dichte bestehen beträchtliche Potenziale zur inneren Siedlungsentwicklung. Deren Nutzung ist von zentraler Bedeutung, wenn eine weitere Zersiedelung vermieden werden soll. Mit den Instrumenten der Raumentwicklung ist darauf hinzuwirken, dass mittels multifunktional nutzbarer Bauten und Freiräume auf die sich verändernde Nachfrage reagiert werden kann. Dabei sind die Voraussetzungen für eine hohe Wohnbauqualität zu schaffen. Damit die Naherholungsgebiete auch in dicht besiedelten Räumen gesichert und gemäss Richtplanvorgabe in 15 Minuten zu Fuss erreicht werden können, werden - zum Teil auch zusammen mit den Nachbarkantonen - Agglomerationsparks in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete ausgeschieden.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

610E001	Agglоprogramme, 1. und 2. Generation
2012	Vorarbeiten für den Abschluss von Finanzierungsvereinbarungen mit dem Bund zur Umsetzung der Agglomerationsprogramme Verkehr und Siedlung der ersten Generation.
2015	Weiterentwicklung der Projekte der zweiten Generation nach Vorgaben des Bundes in Zusammenarbeit mit den Regionalplanungsverbänden.

In den Agglomerationsprogrammen müssen die Projekte für die Phase 2011-2016 weiter konkretisiert und mit den Regionen und Gemeinden abgestimmt werden. Die Projekte für die Phase ab 2015 (bis 2018) sind beim Bund eingereicht und weiter zu entwickeln. Die Arbeiten für die 3. Generation sind aufzunehmen. Der dafür notwendige Zusatzkredit in der Höhe von Fr. 1'702'500.- wird dem Grossen Rat mit den Zusatzfinanzierungen und Zielanpassungen 2013, II. Teil, beantragt.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2006-0870 vom 28.11.2006, GRB 2010-0887 vom 26.10.2010 und GRB geplant	Mio. Fr.	4.22

610E002	Bevölkerungsentwicklung Kanton Aargau
2013	Erarbeitung von Grundlagen bezüglich der Auswirkungen der demographischen Entwicklung, insbesondere der Migration und Alterung auf die Bereiche Siedlung, Verkehr, Landschaft usw.
2014	Entwicklung einer Handlungsempfehlung, interdepartementale Koordination

Das Projekt bezüglich Bevölkerungsentwicklung steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Projekt zur Bestimmung des Siedlungsgebiets. Schwerpunkt bei diesem Projekt ist die Querschnittsaufgabe für eine ganzheitliche Strategie der Regierung. Die Bearbeitung erfolgt nach Massgabe der verfügbaren statistischen Daten und departementalen Grundlagen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: Regierungsrat Mio. Fr. 0.90

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 610Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Strategien, Konzepte und Vorgaben zur Raumentwicklung sind auf die aktuellen Entwicklungen, Anforderungen und Zielsetzungen ausgerichtet.								
01 Abgeschlossene Richtplananpassungen pro Jahr (ohne Fortschreibung)	Anzahl	5	8	8	10	10	10	◑
02 Laufende Richtplanänderungs-Verfahren auf Antrag von Gemeinden, Replas, Privaten	Anzahl	13	8	10	5	5	5	◑
03 Laufende Entwicklungs- und Standortförderungsprojekte (z. B. Aggloprogramme, ESP-Projekte, Umnutzungsprojekte, usw.)	Anzahl	22	30	30	30	30	30	◑
04 Einwohnerentwicklung pro Jahr	Anzahl	6'495	6'000	6'000	6'000	6'000	6'000	○
05 Einwohnerentwicklung Agglomeration	Anzahl	4'980	4'500	4'500	4'500	4'500	4'500	○
06 Einwohnerentwicklung ländlicher Raum	Anzahl	1'515	1'500	1'500	1'500	1'500	1'500	○
07 Jährliche Überbauungen von nicht überbauter Bauzonen	Hektar	131	120	120	120	120	120	○
08 Überbaute Bauzone pro Einwohner	m2	282	280	275	275	275	275	○
09 Entwicklung der Fruchtfolgefläche: Gesamtbilanz	Hektar	40'637	40'630	40'580	40'490	40'485	40'480	○

01: Die Raumentwicklung fördert die Aufwertung und Funktionsfähigkeit des Wirtschafts- und Lebensraums Aargau, insbesondere durch aktuelle, den Veränderungen und Bedürfnissen angepasste Vorgaben. Dies spiegelt sich unter anderem in den abgeschlossenen Richtplananpassungen wieder.
02: Nach der Gesamtrevision des Richtplans und der Festlegung des Siedlungsgebiets Kapitel S 1.2 wird von einer reduzierten Anzahl von Einzelanpassungen ausgegangen. Dies insbesondere, da zukünftig die einzelfallweisen Anpassungen des Siedlungsgebiets auf Antrag der Gemeinden wegfallen. Die Anpassungen beschränken sich auf neue Vorhaben oder Koordinationsstandsänderungen bestehender Vorhaben (Festsetzung bisheriger Zwischenergebnisse oder Vororientierungen).
03: Richtungweisend sind Entwicklungsprojekte zur Standortförderung in den Bereichen Wirtschaft, Wohnen, Bildung und Freizeit.
07: Der Baulandverbrauch ist abhängig von der Wirtschaftslage, der Angebots- und Nachfrageentwicklung sowie der Erschliessplanung und der Entwicklungsdynamik der Gemeinden. 120 ha entsprechen der erwarteten Entwicklung.
08: Durch die Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen (höhere Dichten, jedoch unter Beibehaltung und Schaffung von städtebaulichen Qualitäten) sollen tendenziell weniger Flächen überbaut werden.
09: Sicherzustellende Minimalfläche gemäss Sachplan Fruchtfolgeflächen: 40'000 ha.

Ziel 610Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Raumentwicklung im Kanton Aargau ist vernetzt mit den Regionen, den Nachbarkantonen, dem Bund sowie dem benachbarten Ausland.								
01 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Koordinationsplattformen, mit den Nachbarkantonen und dem benachbarten Ausland	Anzahl	10	10	10	10	10	10	◑
02 Grenzüberschreitende Projekte und Aufgaben mit den Regionen	Anzahl	7	7	7	7	7	7	◑

01: Die Raumplanung hat grenzüberschreitend zu erfolgen (Art. 7 Abs. 1 RPG). Die dafür erforderliche Vernetzung zeigt sich in zahlreichen grenzüberschreitenden Projekten, Vernehmlassungen zu Vorlagen des Bundes und der Nachbarkantone sowie der Mitarbeit in überkantonalen Arbeitsgruppen. Diese Aktivitäten sind naturgemäss fremdbestimmt durch die Vorlagen und Projekte der Regionen, Nachbarkantone, des Bundes und des benachbarten Auslandes.
Die 6 institutionellen Zusammenarbeitsgremien sind: Trinationaler Eurodistrikt Basel (TEB), Oberrheinkonferenz (ORK), Hochrheinkommission

(HRK), AareLand, Metropolitankonferenzen Zürich und Basel.
Kern der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit bildet der regelmässige Informationsaustausch über die Plattformen mit den Nachbarkantonen Zürich, Solothurn, Zug und Luzern. Die Vernetzung mit den Nachbarkantonen und dem benachbartem Ausland stärkt die Position des Kantons Aargau und ermöglicht eine frühzeitige Koordination und Kommunikation, ebenso die Zusammenarbeit in Projekten des Bundes. Damit werden offene Fragen grundsätzlich auf übergeordneten Ebenen geklärt und der Aufwand in Einzelgeschäften optimiert.
02: Bei der Siedlungs- und Freiraumentwicklung werden Themen in verschiedenen grenzüberschreitenden Projekten und Gremien bearbeitet: IBA Basel 2020, Metropolitankonferenzen Zürich und Basel. Zudem ist der Kanton Aargau an vier Agglomerationsprogrammen der 2. Generation beteiligt: Aareland, Limmattal, Basel und Aargau Ost.

Ziel 610Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Nutzungsplanungen werden effizient abgewickelt.								
01 Genehmigte Nutzungsplanungen pro Jahr (allgemeine Nutzungsplanung und Sondernutzungsplanung)	Anzahl	94	130	140	150	150	150	
03 Anteil Nutzungsplan - Vorprüfungen innert 60 Tagen	%	60.0	65.0	65.0	65.0	65.0	65.0	
04 Anteil Nutzungsplan - Vorprüfungen innert 120 Tagen	%	95.0	98.0	98.0	98.0	98.0	98.0	

Das revidierte RPG, die neuen Vorgaben des Baugesetzes und des kantonalen Richtplans sowie der vielerorts auslaufende Zeithorizont der rechtskräftigen Nutzungsplanungen lassen eine steigende Anzahl Gesamtrevisionen erwarten. Infolge der Förderung der Siedlungsentwicklung nach innen und der zunehmenden Anzahl von Arealentwicklungen ist eine hohe Anzahl von Sondernutzungsplanungsverfahren zu erwarten.
03/04: Seit 2010 nimmt die Anzahl der Gesamtrevisionen von Nutzungsplanungen zu. Aktuell sind in rund 100 Gemeinden die Verfahren im Gang. Die revidierten Vorgaben (BauG, BauV, RPG) machen auch für neuere kommunale Planungen eine weitere Revision notwendig. Innert den nächsten 10 Jahren ist mit Gesamtrevisionen in allen Gemeinden zu rechnen.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**6'634**	**7'247**	**9.2%**	**6'636**	**6'793**	**6'106**
Globalbudget Aufwand	**-**	**6'951**	**7'564**	**8.8%**	**6'953**	**7'110**	**6'128**
30 Personalaufwand	-	4'355	4'650	6.8%	4'597	4'610	4'185
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	1'743	1'834	5.2%	1'376	1'421	863
36 Transferaufwand	-	854	1'080	26.5%	980	1'080	1'080
Globalbudget Ertrag	**-**	**-317**	**-317**	**0.0%**	**-317**	**-317**	**-22**
42 Entgelte	-	-22	-22	0.0%	-22	-22	-22
46 Transferertrag	-	-295	-295	0.0%	-295	-295	-
LUAE Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Veränderungen im Budget, Aufwand:
30; Erhöhung des Pensums und gleichzeitige Umwandlung in eine fremdfinanzierte Stelle im Projekt Geologisches Tiefenlager.
31; Realisierung eines Standplatzes für Fahrende.
36; Höhere Beiträge an kommunale Nutzungsplanungen entsprechend den erwarteten kommunalen Planungen.
Veränderungen in den Planjahren
Aufwand:
30; 2017 Wegfall der fremdfinanzierten Stelle Geologisches Tiefenlager und der Projektstelle Baukultur in den Gemeinden.
31; 2015 und 2017 ist keine Realisierung von Standplätzen für Fahrende vorgesehen. 2017 Abschluss diverser Projekte mit Verpflichtungskrediten (z. Bsp. Geologisches Tiefenlager, Begleitung Baukultur in Gemeinden, Städtebauliche Unterstützung und Siedlungsentwicklung).
Ertrag:
46; Wegfall der Bundesbeiträge im Projekt Geologisches Tiefenlager.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**6'634**	**7'247**	**9.2%**	**6'636**	**6'793**	**6'106**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**6'634**	**7'247**	**9.2%**	**6'636**	**6'793**	**6'106**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**1'051**	**1'516**	**44.8%**	**1'048**	**1'099**	**412**
	VK-Globalbudget	-	1'051	1'516	44.8%	1'048	1'099	412
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**784**	**932**	**19.2%**	**800**	**595**	**311**
	Aufwand	-	1'101	1'249	13.7%	1'117	912	333
	Ertrag	-	-317	-317	0.0%	-317	-317	-22
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**267**	**584**	**120.3%**	**249**	**504**	**101**
	Aufwand	-	267	584	120.3%	249	504	101
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**60.22**	**29.25**	**29.95**	**2.4%**	**29.95**	**29.95**	**27.10**
Ordentliche Stellen	57.66	25.60	25.60	0.0%	25.60	25.60	25.60
Fremdfinanzierte Stellen	-	0	0.85	∞%	0.85	0.85	-
Projektstellen	2.56	3.65	3.50	-4.1%	3.50	3.50	1.50

Aufgabenbereich 615: Energie

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Unterstützen der effizienten Energienutzung, der Nutzung einheimischer, erneuerbarer Energien und Schaffen von Rahmenbedingungen für die Sicherstellung einer rationellen, sparsamen und wertigkeitsgerechten Energieversorgung. Wahren der finanziellen und ökologischen Interessen des Kantons bei der Nutzung von Energieerzeugungsanlagen.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 615.10 Energieeffizienz
LG 615.20 Energiewirtschaft

Organisation
Die Abteilung Energie ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in zwei Sektionen gegliedert. Die Sektion Energieeffizienz fördert die effiziente Energieanwendung. Sie bearbeitet die Förderprogramme für Gebäudehüllen sowie -technik und entwickelt diese weiter. Die Sektion Energiewirtschaft bearbeitet Projekte in den Bereichen erneuerbare Energien und Grossverbraucher, betreut Wasserkraftkonzessionen und Energieleitungen. Sie treibt die High-Tech-Strategie des Kantons Aargau voran.

Umfeldentwicklung und Risiken
Das erste Massnahmenpaket des Bundes zur Energiestrategie 2050 sieht Massnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz, zur Steigerung der erneuerbaren Energien (Wasser, Wind, Sonne), zur Energieabgabe, zu fossilen Kraftwerken und zu Pilot- und Demonstrationsanlagen vor. Im Gebäudebereich, der gemäss Verfassung im Zuständigkeitsbereich der Kantone liegt, soll der Gesamtenergieverbrauch markant reduziert werden. Insbesondere soll der Gebäudestandard weiter erhöht werden, indem die Mustervorschriften der Kantone (MuKEn) ein weiteres Mal verschärft werden.

Als besondere Herausforderung gilt die Erhöhung der Sanierungsquote der bestehenden Gebäude. Gegenüber der Trendentwicklung soll in der Mobilität der Energieverbrauch reduziert werden. Geplant sind insbesondere Verbrauchervorschriften für Fahrzeuge. Durch Erlass von Effizienzvorschriften für Elektrogeräte soll der Energieverbrauch weiter reduziert werden. Der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie und der damit notwendige Umbau der Schweizer Strom- und Energieversorgung stellt eine grosse Herausforderung dar. Mit der Umsetzung des ersten Massnahmenpakets des Bundes zur Energiestrategie 2050 können die gesetzten Ziele etwa zur Hälfte erreicht werden. Lenkungsmassnahmen sollen ab 2020 zusätzlich zur Zielerreichung beitragen. Mit dem Umbau des Energiesystems müssen geeignete Investitionsanreize für den Bau von Produktionsanlagen und die Energienetze geschaffen werden. 40% der Schweizer Stromproduktion sollen mehrheitlich durch Effizienzsteigerungen und den Ausbau erneuerbarer Energiequellen ersetzt werden. Die Bestimmung der notwendigen Rahmenbedingungen, um die dazu richtigen Anreize rechtzeitig zu schaffen, ist eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten.

Auswirkungen und Massnahmen
Das neue Energiegesetz des Kantons Aargau unterstützt die Massnahmen des Bundes, insbesondere bei der Reduktion des Gesamtenergieverbrauchs und der fossilen Energieträger in neuen Gebäuden. Mit der Energieberatung unterstützt der Kanton Aargau die Strategie des Bundes zusätzlich. Um die Versorgungssicherheit langfristig gewährleisten zu können, ist der Energieverbrauch zu reduzieren und erneuerbare Energiequellen müssen vermehrt sinnvoll genutzt werden. Herausforderungen sind in den Bereichen Transport und Speicherung zu lösen. Mit der Umsetzung des Grossverbrauchermodells soll die Energieeffizienz von Grossverbrauchern gesteigert werden. Die kantonale Energieplanung soll die kantonalen Potentiale für den Ausbau erneuerbarer Energiequellen aufzeigen und die Ausschöpfung periodisch überprüfen. Die Leistungsgruppe beteiligt sich aktiv an den Diskussionen rund um die Energiestrategie 2050.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

615E001	Neue Energiestrategie
2013	energieAARGAU auf die Energiestrategie 2050 des Bundes ausrichten
2013	Energieplanung nach kantonalem Energiegesetz
2013	Trialog - Neue Energiepolitik
2015	Neue Konzepte in der Energieversorgung

Die Neuausrichtung der nationalen Energiepolitik bietet dem Energiekanton Aargau die Möglichkeit, seine starke Position im Bereich der Energietechnologien zu festigen und diese mit Fokus auf Energieeffizienz und erneuerbaren Energien auch im Sinne des Masterplans Cleantech des Bundes und der Hightechstrategie des Kantons Aargau weiter auszubauen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 615Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Bevölkerung ist über energiepolitische Massnahmen informiert.								
01 Informationsveranstaltungen und Schulungen	Anzahl	59	50	50	50	50	50	◑
02 Energieberatungen	Anzahl	-	-	3'070	3'330	3'560	3'810	◑
03 Fremdkosten Information, Beratung, Aus-, Weiter- und Fortbildung	Fr.	-	-	1'710'000	2'040'000	2'350'000	2'345'000	◑
04 Eigenleistung Information, Beratung, Aus-, Weiter- und Fortbildung	Stunden	-	-	4'000	4'000	4'000	4'000	◑

Durch Beraten und Informieren der Bevölkerung soll zur Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz gemäss EnergieG § 15 "Information, Beratung, Aus-, Weiter- und Fortbildung" beigetragen werden.
02/03/04: Neue Indikatoren. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

Ziel 615Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Direkte Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bei Gebäuden.								
01 Geförderte Haustechnik bei Gebäudemodernisierungen nach MINERGIE-Standards	Anzahl	-	-	20	25	30	30	◑
02 Geförderte Neubauten nach MINERGIE Standards	Anzahl	-	-	35	40	45	55	◑
03 Kollektoranlagen, installierte Kollektorfläche pro Jahr	m2	3'931	8'000	8'000	8'000	8'000	8'000	◑
04 Wärmepumpenanlagen, installierte Leistung pro Jahr	KWh/a	3'016	7'500	7'500	7'500	7'500	7'500	◑
05 Abwärmenutzung pro Jahr	MWh/a	5'317	400	400	400	400	400	◑
06 Kleinholzfeuerungen, erstellte Anlagen pro Jahr	Anzahl	66	80	80	80	80	80	◑
07 Grossholzfeuerungen, erstellte Anlagen pro Jahr	Anzahl	7	10	10	10	10	10	◑
08 Globalbeitrag des Bundes	Fr.	2'895'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000	2'300'000	◑
09 Kantonale Beiträge direkte Massnahmen	Fr.	-	-	4'180'000	4'280'000	4'360'000	4'370'000	◑
10 Eigenleistung direkte Massnahmen	Stunden	-	-	2'400	2'400	2'400	2'400	◑
11 Jährliche Zunahme der energetischen Wirkung durch Unterstützungsmassnahmen	MWh/a	19'884	40'000	40'000	40'000	50'000	50'000	◑
12 Die kantonalen Massnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit und Unterstützungsprogramm erreichen eine hohe Wirkung	Rang	9	10	10	10	10	10	◑

Durch das Unterstützen von konkreten Projekten soll zur Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien und zur Verbesserung der Energieeffizienz beigetragen werden.
01: Neue Indikatoren. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
12: Die Rangierung entstammt der „Wirkungsanalyse kantonaler Förderprogramme“ über die Globalbeiträge an die Kantone nach Art. 15 EnG durch das Bundesamt für Energie.

Ziel 615Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Steigerung Energieeffizienz bei Grossverbrauchern.								
01 Erfasste Betriebsstätten	Anzahl	-	-	600	600	600	600	○
02 Betriebsstätten mit Zielvereinbarung	%	-	-	40.0	70.0	80.0	100.0	◑
03 Durchschnittliche Reduktion des Energieverbrauchs im Vergleich zum Vorjahr	%	-	-	2	2	2	2	◑

Neues Ziel. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
Kantonale Grossverbraucher sollen mittels Zielvereinbarungen oder Verfügungen zur Senkung des eigenen Energieverbrauchs verpflichtet werden. Die Reduktionsziele sollen mit wirtschaftlich tragbaren Massnahmen erreicht werden.

Ziel 615Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Steigerung Stromproduktion aus erneuerbarer Energie.								
01 Installierte Leistung Wasserkraft	Megawatt	-	-	557	564	566	568	
02 Erzeugung Wasserkraft	GWh	-	-	3'020	3'050	3'100	3'120	
03 Installierte Leistung Photovoltaik	Megawatt	-	-	54	73	96	121	
04 Erzeugung Photovoltaik	GWh	-	-	52	70	96	121	
05 Installierte Leistung Wind	Megawatt	-	-	0	0	3	9	
06 Erzeugung Wind	GWh	-	-	0	0	5	17	

Neues Ziel. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
Mittels Festlegung optimaler Rahmenbedingungen soll die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie gesteigert werden.
01: Berücksichtigt sind die Kraftwerke an den Flüssen Rhein, Aare, Reuss und Limmat mit den jeweiligen Anteilen des Kantons Aargau.
03: Ausgangswert für die Marktzahlen sind die Werte für 2012 der Herkunftsnachweis-Datenbank von Swissgrid. Diese Datenbank ist aber noch nicht vollständig, deshalb wurde in Abstimmung mit dem Branchenverband Swissolar ein Zuschlag von 30% einberechnet. Der jährliche Zubau wurde ebenfalls mit Swissolar abgestimmt.
05: Bis 2015 Kleinwindanlage Nützweid in Schmiedrued; ab 2016 Zubau von einem Windpark pro Jahr.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**7'075**	**7'753**	**9.6%**	**8'160**	**8'547**	**8'540**
Globalbudget Aufwand	**-**	**8'376**	**10'357**	**23.6%**	**11'430**	**12'169**	**12'244**
30 Personalaufwand	-	1'680	1'715	2.0%	1'703	1'707	1'692
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	236	187	-20.7%	177	172	172
36 Transferaufwand	-	6'460	8'455	30.9%	9'550	10'290	10'380
Globalbudget Ertrag	**-**	**-1'302**	**-2'604**	**100.0%**	**-3'269**	**-3'622**	**-3'704**
42 Entgelte	-	-55	-270	390.2%	-270	-270	-270
46 Transferertrag	-	-1'247	-2'334	87.2%	-2'999	-3'352	-3'434
LUAE Saldo	**-**	**-47'560**	**-47'760**	**0.4%**	**-52'290**	**-52'290**	**-52'290**
LUAE Aufwand	**-**	**7'300**	**6'300**	**-13.7%**	**6'300**	**6'300**	**6'300**
36 Transferaufwand	-	300	300	0.0%	300	300	300
37 Durchlaufende Beiträge	-	7'000	6'000	-14.3%	6'000	6'000	6'000
LUAE Ertrag	**-**	**-54'860**	**-54'060**	**-1.5%**	**-58'590**	**-58'590**	**-58'590**
41 Regalien und Konzessionen	-	-47'860	-48'060	0.4%	-52'590	-52'590	-52'590
47 Durchlaufende Beiträge	-	-7'000	-6'000	-14.3%	-6'000	-6'000	-6'000
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Veränderungen im Budget
Aufwand:
31; Reduktion der Aufwendungen für externe Dienstleistungen.
36; Höherer Aufwand für die indirekte und direkte Energieförderung (Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Förderprogramme).
Ertrag:
42; Ertrag aus der Weiterverrechnung der Kosten für die Minergie-Zertifizierungen.
46; Höhere Globalbeiträge des Bundes entsprechend dem Aufwand für die Förderprogramme Energie.

Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
36; Höherer Aufwand für die indirekte und direkte Energieförderung (Beratung, Öffentlichkeitsarbeit und Förderprogramme).
Ertrag:
46; Höhere Globalbeiträge des Bundes entsprechend dem Aufwand für die Förderprogramme Energie.

LUAE
Veränderungen im Budget
Aufwand:
37; Durchlaufender Bundesbeitrag für die Auszahlung der Fördermittel des nationalen Gebäudeprogramms. Die Auszahlungen erfolgen im Auftrag der Kantone durch eine nationale Dienstleistungszentrale.
Ertrag:
47; Durchlaufender Bundesbeitrag für das Gebäudeprogramm.

Veränderung in den Planjahren
Ertrag:
41; 2015 ff. Wasserzinserhöhung Kraftwerke von 100 Franken auf 110 Franken pro KW Bruttoleistung (Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte, WRG).

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**-40'485**	**-40'007**	**-1.2%**	**-44'130**	**-43'743**	**-43'750**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-40'485**	**-40'007**	**-1.2%**	**-44'130**	**-43'743**	**-43'750**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Beiträge "Das Gebäudeprogramm"							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	7'000	6'000	-14.3%	6'000	6'000	6'000
DB private Haush.	-	7'000	6'000	-14.3%	6'000	6'000	6'000
Total Ertrag	-	-7'000	-6'000	-14.3%	-6'000	-6'000	-6'000
Durchlaufende Bundesbeiträge für Dritte	-	-7'000	-6'000	-14.3%	-6'000	-6'000	-6'000
Wasserzinsen und Heimfallverzicht							
Saldo	**-**	**-47'560**	**-47'760**	**0.4%**	**-52'290**	**-52'290**	**-52'290**
Total Aufwand	-	300	300	0.0%	300	300	300
Weiterer Aufwand	-	300	300	0.0%	300	300	300
Total Ertrag	-	-47'860	-48'060	0.4%	-52'590	-52'590	-52'590
Wassernutzungsgeb	-	-44'900	-45'100	0.4%	-49'630	-49'630	-49'630
Weiterer Ertrag	-	-2'960	-2'960	0.0%	-2'960	-2'960	-2'960

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**3'554**	**4'181**	**17.7%**	**4'281**	**4'358**	**4'371**
	VK-Globalbudget	-	3'554	4'181	17.7%	4'281	4'358	4'371
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Grosser Rat	Aufwand	-	-	-		-	-	-
(Sammelvorlage)	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**3'554**	**4'181**	**17.7%**	**4'281**	**4'358**	**4'371**
Grosser Rat	Aufwand	-	4'800	6'515	35.7%	7'280	7'710	7'805
(Einzelvorlage)	Ertrag	-	-1'247	-2'334	87.2%	-2'999	-3'352	-3'434

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Förderprogramm Energie 2010/2011									
VK, einmaliger Aufwand	30.03.2010	15'200	15'200	8'556	100	-	-	-	8'456
Förderprogramm Energie 2012/2013									
VK, einmaliger Aufwand	30.08.2011	14'000	14'000	8'535	3'000	1'250	250	-	4'035
Förderprogramm Energie 2014/2015									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	14'000	14'000	-	3'415	6'030	4'360	2'890	-
Förderprogramm Energie 2016/2017									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	14'000	14'000	-	-	-	3'100	4'915	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**8.09**	**11.10**	**11.10**	**0.0%**	**11.10**	**11.10**	**11.10**
Ordentliche Stellen	8.09	11.10	11.10	0.0%	11.10	11.10	11.10
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

Aufgabenbereich 620: Umweltschutz

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Veranlassen von vorsorglichen Massnahmen (im Rahmen von Bau- und andern Bewilligungsverfahren) und Sanierungen im Vollzug des geltenden Rechts zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser und damit zum Schutz des Menschen und seiner natürlichen Umwelt vor übermässigen schädlichen oder lästigen Einwirkungen. Der Vollzug betrifft die Bereiche Gewässerschutz, Bodenschutz, Luftreinhaltung, Lärmschutz, Schutz vor nichtionisierender Strahlung, Abfallwirtschaft und Altlastensanierungen. Die kantonale Fachstelle berät Behörden und Private. Sie empfiehlt Massnahmen zur Verhinderung und zur Verminderung nachteiliger Einwirkungen auf die Umwelt oder setzt diese in ihrem Zuständigkeitsbereich durch.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 620.10 Abwasserreinigung und Siedlungsentwässerung
LG 620.20 Boden und Wasser
LG 620.30 Luft und Lärm
LG 620.40 Abfälle und Altlasten

Organisation
Der Aufgabenbereich ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in vier Sektionen gegliedert, welche zusammen die Abteilung für Umwelt (AfU) bilden. Die AfU ist die vom Umweltschutzgesetz (USG, Art. 42) und vom Gewässerschutzgesetz (GSchG, Art. 49) vorgeschriebene kantonale Fachstelle, soweit der Regierungsrat für einzelne Vollzugsbereiche nicht andere Verwaltungseinheiten bezeichnet hat (Verordnung zum EG UWR, Anhang 4).

Umfeldentwicklung und Risiken
Die Tätigkeiten der Menschen bei der Arbeit und in der Freizeit beeinflussen massgebend den Zustand und die Entwicklung der Umwelt. So hat die Mobilität beispielsweise direkte Auswirkungen auf die Lärmbelastung und die Luftqualität. Die Verwendung von Medikamenten und hormonaktiven Substanzen in Produkten des täglichen Gebrauchs (z.B. Kosmetika) führt über den Abwasserpfad zu einer schleichenden Verunreinigung der Gewässer und hat damit direkte Auswirkungen auf die Lebewesen.
Es ist davon auszugehen, dass mittelfristig die Abwasserreinigungsanlagen mit einer zusätzlichen Reinigungsstufe ausgerüstet werden müssen. Im Hinblick auf diese Ausbaustufe sind ARA-Zusammenschlüsse zu wirtschaftlich und ökologisch optimierten Anlagen zu fördern.
Der steigende wirtschaftliche Druck auf die Landwirtschaft lässt die ökologischen Aspekte und auch die erzielten Erfolge in diesem Produktionszweig in den Hintergrund rücken. Mit der neuen Agrarpolitik (AP 2014) soll der Ackerbau gefördert werden, was potenziell die Gefahr von mehr Fremdsubstanzen im Grundwasser und in den Oberflächengewässern birgt (vermehrter Düngereinsatz).
Der Boden ist ein wichtiger Filter für den Schutz des Grundwassers und ein Speicher für die Niederschläge (Schutz vor Hochwasser). Damit diese wichtigen Funktionen langfristig erhalten bleiben, kommt dem Bodenschutz (stofflicher wie physikalischer Schutz) eine wachsende Bedeutung zu.

Auswirkungen und Massnahmen
Mit der Umsetzung des Bundesrechts sowie des kantonalen Rechts im Bereich des Umwelt- und Gewässerschutzes sollen Boden, Luft und Wasser sowie die Lebensräume für Tiere und Pflanzen im Interesse der Gesamtbevölkerung langfristig erhalten bleiben. Der Klimawandel könnte vermehrt zu trockenen, niederschlagsarmen Sommern führen, was mittelfristig einen Einfluss auf die Trinkwasserversorgung haben kann. Es gilt deshalb, die Erkenntnisse aus dem Leitbild Trinkwasserversorgung konsequent umzusetzen. Die Gemeinden werden bei ihren diesbezüglichen Vorhaben unterstützt. Bezüglich der landwirtschaftlichen Produktion gilt es, Entwicklungen und deren Auswirkungen auf die Umwelt mit einem optimalen Monitoring im Auge zu behalten, um - bei Bedarf - angemessen reagieren zu können.
In der Regel werden Abfälle heute einer umweltgerechten Entsorgung zugeführt (z.B. einer Kehrichtverbrennungsanlage) und viele Abfälle werden wiederverwertet (recycliert). Trotzdem führt der steigende Konsum zu einem vermehrten Ressourcenverbrauch und zu immer noch steigenden Abfallmengen. In Zukunft gilt es, ganz gezielt bereits bei der Produktion den Kreislaufgedanken umzusetzen und so die Abfallmengen - speziell die Mengen problematischer Abfälle - zu senken. Die Produktion und der Handel werden deshalb vermehrt auch in die Verantwortung bei der Entsorgung einbezogen.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

620E001	**Die sanierungsbedürftigen belasteten Ablagerungsstandorte werden identifiziert und entsprechende Massnahmen ausgelöst.**
2015	Abklärungen betreffend notwendiger Überwachungs- oder Sanierungsmassnahmen bei den Ablagerungsstandorten abgeschlossen.
2016	Im Bedarfsfall haben die Gemeinden mit der Planung und Umsetzung nötiger Sanierungsmassnahmen begonnen.

Dieser Entwicklungsschwerpunkt ist eine wichtige Anschlusstätigkeit an die Ergebnisse aus dem Kataster der belasteten Standorte. Er steht im Zusammenhang mit der Übergangsfrist in § 43 EG Umweltrecht für Kantonsbeiträge nach § 9 EG Umweltrecht. Die Finanzierung läuft über LUAE.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: keiner -

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar

Ziel 620Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Der Zustand und Veränderungen der Umwelt werden erfasst, analysiert und dokumentiert. Die Resultate stehen den politischen Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zur Verfügung.								
01 Regelmässig nachgeführte öffentliche Datenreihen	Anzahl	8	9	9	9	9	9	direkt
02 Minimaler Anteil der befragten Entscheidungsträger, die solche Informationen nutzen	%	-	-	-	-	80.0	-	eingeschränkt
03 Anzahl beprobte Messstellen im Kantonalen Bodenbeobachtungsnetz	Anzahl	16	15	15	15	52	21	direkt
04 Anteil der Gemeinden, welche über die durchgeführten Abwasserkontrollen informiert wurden	%	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	direkt
05 Datenverfügbarkeit der Luftimmissionsmessdaten und Meteodaten	%	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	direkt
06 Die Abfallstatistik des Vorjahres wird bis zum 30.6. publiziert.	%	-	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	direkt
07 Der Internetauftritt der chemischen Wasserqualität der aarg. Fliessgewässer ist bis zum 31.3. mit den Vorjahresdaten aktualisiert	%	-	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	direkt

01: Die zur Verfügung stehenden Datenreihen sind: Grundwasserstände, Daten KABO, Rohstoffbilanz, Luftimmissionsmessungen, Kataster der belasteten Standorte, Abfallstatistik, Qualität (chemisch und biologisch) Oberflächengewässer, ARA-Betriebsdaten, ab 2013 Bodenfeuchtemessnetz.
02: Die Umfrage ist alle 5 Jahre geplant. Letzte Umfrage war 2011, nächste im 2016 geplant.
03: 2012-2015: Beprobung Bodenbiologie an ausgewählten KABO-Standorten; 2016-2017: KABO-Hauptbeprobung.
04: Die Information erfolgt über die im Vorjahr durchgeführten Kontrollen in Industrie- und Gewerbebetrieben bis spätestens zum 31.03. des Folgejahres.
05: Gemessen werden die Konzentration von PM10, NO2 und Ozon jeweils als Stundenmittelwerte.

Ziel 620Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuerbarkeit
Umweltrelevante Vorhaben und Projekte erfüllen die gesetzlichen Vorgaben. Schädliche und/oder lästige Umwelteinwirkungen werden sach- und zeitgerecht beseitigt.								
01 Anteil bestandener Betriebskontrollen auf Abbaustellen	%	96.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	eingeschränkt
02 Anteil verfügter Schutzzonen bei allen Trinkwasserfassungen (Quellen und Grundwasser)	%	90.0	90.0	91.0	92.0	93.0	94.0	eingeschränkt
03 Minimaler Anteil von öffentlichen ARA, welche die Einleitbedingungen erfüllen	%	96.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	eingeschränkt
04 Anteil kontrollierter Baustellen und Abbaustellen ohne Abmahnung bezüglich Erfüllung der Partikelfilterpflicht	%	-	60.0	80.0	90.0	92.0	95.0	eingeschränkt
05 Minimaler Anteil von Gemeinden, welche gemäss GEP und V-GEP-Check die Massnahmen zeitgerecht umsetzen	%	74.0	75.0	75.0	80.0	80.0	85.0	eingeschränkt
06 Minimaler Anteil erfüllter Abwasser-Kontrollen bei Industrie- und Gewerbebetrieben	%	84.0	85.0	90.0	90.0	90.0	90.0	eingeschränkt
07 Anteil innerhalb von 2 Wochen durchgeführter Qualitätssicherungen für Strassenlärm-Sanierungsprojekte der ATB (Stufe Vorprojekt)	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	direkt
08 Anteil der Beurteilungen von Untersuchungsberichten bei belasteten Standorten, die innerhalb von 4 Wochen erfolgen	%	71.0	85.0	90.0	90.0	90.0	90.0	direkt
09 Anteil der Beurteilungen von Entsorgungskonzepten bei belasteten Standorten, die innerhalb von 3 Wochen erfolgen	%	83.0	85.0	90.0	90.0	90.0	90.0	direkt

Ziel 620Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Umweltrelevante Vorhaben und Projekte erfüllen die gesetzlichen Vorgaben. Schädliche und/oder lästige Umwelteinwirkungen werden sach- und zeitgerecht beseitigt.								
10 Anteil der Schadenfälle, bei denen das AfU-Pikett innerhalb 1 Std. nach Alarmierung auf Platz ist	%	100.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	●
11 Aufwand für die Beurteilung von Baugesuchen, UVB und Nutzungsplanungen	Stunden	9'979	8'500	10'000	10'000	10'000	10'000	◑
12 Die Sanierung SMDK wird von der Aufsichtsbehörde eng begleitet	Stunden	1'051	1'200	1'200	1'200	1'200	1'200	●

07: Neuer Indikator. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
11: Budget angepasst aufgrund JB 2012

Ziel 620Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Unternehmen, Private und Gemeinden werden in ihren Umweltschutzaufgaben wirkungsvoll unterstützt.								
01 Aufwand für Koordination, Info, Beratung von G'den, Verb., Privaten zu Fragen der Siedlungsentwässerung	Stunden	2'848	3'200	3'000	3'000	3'200	3'200	◑
02 Anzahl elektronisch beantwortete Anfragen zur Erdwärmenutzung	Anzahl	338	350	400	375	375	350	◑
03 Im jeweiligen Jahr durchgeführte Informations- und Ausbildungsveranstaltungen	Anzahl	14	14	17	17	18	18	●
04 Aktuelle, im Internet zugängliche Vollzugshilfen und Merkblätter (Stichtag 1.12.)	Anzahl	29	30	34	37	37	38	●
05 Im jeweiligen Jahr erschienene Artikel in UMWELT AARGAU	Anzahl	12	17	17	18	18	19	●
06 Minimaler Anteil positiver Antworten auf eine entsprechende Umfrage bei Gemeinden und betroffenen Unternehmungen	%	-	-	-	-	95.0	-	◑
07 Anzahl beantwortete telefonische bzw. elektronische Anfragen zu Luft- und Lärmfragen, sowie zu nichtionisierender Strahlung (Erstberatung)	Anzahl	-	-	270	295	320	330	○
08 Anzahl beantwortete telefonische und elektronische Anfragen zu Entsorgungsfragen (Erstberatung)	Anzahl	-	-	100	100	100	100	○

02: Für solche Anfragen wurde eine eigene Mailadresse eingerichtet (wp@ag.ch).
03: Sachbezogene und zielgruppenspezifische Informations- und Ausbildungsveranstaltungen. In der Regel halbtägig, gelegentlich ganztägig. Z.B.: Klärwärtertagung, Tagung für Abwasseringenieure, Ausbildung Umweltschutz bei KAPO, bei den Fischereiaufsehern, bei der landwirtschaftlichen Lehre oder Informationen für Gemeindebehörden.
06: Die Umfrage ist alle 5 Jahre geplant. Letzte Umfrage war 2011. Nächste im 2016 geplant.
07/08: Neue Indikatoren. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**9'032**	**8'902**	**-1.4%**	**8'862**	**8'454**	**8'061**
Globalbudget Aufwand	**-**	**11'084**	**11'234**	**1.3%**	**11'199**	**10'744**	**10'346**
30 Personalaufwand	-	7'570	7'692	1.6%	7'640	7'623	7'525
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	2'812	2'742	-2.5%	2'768	2'531	2'231
36 Transferaufwand	-	502	600	19.5%	590	590	590
39 Interne Verrechnungen	-	200	200	0.0%	200	-	-
Globalbudget Ertrag	**-**	**-2'052**	**-2'332**	**13.6%**	**-2'337**	**-2'290**	**-2'285**
42 Entgelte	-	-1'535	-1'635	6.5%	-1'635	-1'635	-1'635
46 Transferertrag	-	-517	-697	34.8%	-702	-655	-650
LUAE Saldo	**-**	**-11'267**	**-11'588**	**2.9%**	**-11'570**	**-11'480**	**-11'411**
LUAE Aufwand	**-**	**3'143**	**2'862**	**-8.9%**	**2'880**	**2'620**	**2'689**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	193	262	35.6%	330	330	399
36 Transferaufwand	-	1'400	1'170	-16.4%	1'120	1'210	1'210
37 Durchlaufende Beiträge	-	1'550	1'430	-7.7%	1'430	1'080	1'080
LUAE Ertrag	**-**	**-14'410**	**-14'450**	**0.3%**	**-14'450**	**-14'100**	**-14'100**
41 Regalien und Konzessionen	-	-12'800	-13'000	1.6%	-13'000	-13'000	-13'000
46 Transferertrag	-	-60	-20	-66.7%	-20	-20	-20
47 Durchlaufende Beiträge	-	-1'550	-1'430	-7.7%	-1'430	-1'080	-1'080
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**400**	**500**	**25.0%**	**500**	**500**	**500**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**400**	**500**	**25.0%**	**500**	**500**	**500**
50 Sachanlagen	-	400	500	25.0%	500	500	500
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Veränderungen im Budget
Aufwand:
36; Kantonale Beiträge im Rahmen der erwarteten Störfälle an die Feuerwehren mit Sonderaufgaben gemäss § 13 der Verordnung zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über den Schutz von Umwelt und Gewässer (V EG UWR).
Ertrag:
42; Mehrertrag infolge höherer Anzahl Bewilligungen für Erdwärmesonden.
46; Höhere Bundesbeiträge für den Schadendienst.

LUAE
Veränderung im Budget
Aufwand:
36; Kantonsbeiträge an Altlastensanierungen im Rahmen der erwarteten, abgeschlossenen Sanierungsprojekte.

Investitionsrechnung
Veränderung im Budget
Aufwand:
50; Ersatzbeschaffung eines Oelwehrfahrzeuges.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**-2'235**	**-2'686**	**20.2%**	**-2'708**	**-3'025**	**-3'350**
- Abschreibungen*	-	193	262	35.6%	330	330	399
+ Nettoinvestitionen	-	400	500	25.0%	500	500	500
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**-2'028**	**-2'448**	**20.7%**	**-2'539**	**-2'856**	**-3'249**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Wassernutzungsgebühren							
Saldo	**-**	**-12'800**	**-13'000**	**1.6%**	**-13'000**	**-13'000**	**-13'000**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-12'800	-13'000	1.6%	-13'000	-13'000	-13'000
Wassernutzungsgeb	-	-12'800	-13'000	1.6%	-13'000	-13'000	-13'000

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**840**	**1'113**	**32.5%**	**1'243**	**875**	**590**
	VK-Globalbudget	-	440	613	39.3%	743	375	90
	VK-Investitionsrechnung	-	400	500	25.0%	500	500	500
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**220**	**393**	**78.6%**	**523**	**375**	**90**
	Aufwand	-	285	470	64.9%	605	410	120
	Ertrag	-	-65	-77	18.5%	-82	-35	-30
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**400**	**500**	**25.0%**	**500**	**500**	**500**
	Aufwand	-	400	500	25.0%	500	500	500
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**220**	**220**	**0.0%**	**220**	**-**	**-**
	Aufwand	-	220	220	0.0%	220	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Fördermassnahme Schleppschlauch									
VK, einmaliger Aufwand	19.01.2010	1'200	1'200	352	220	220	-	-	-88

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**50.55**	**51.65**	**51.90**	**0.5%**	**51.90**	**51.90**	**51.10**
Ordentliche Stellen	49.01	50.10	50.10	0.0%	50.10	50.10	50.10
Fremdfinanzierte Stellen	1.39	1.40	1.80	28.6%	1.80	1.80	1.00
Projektstellen	0.15	0.15	-		-	-	-

Aufgabenbereich 625: Umweltentwicklung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Die Kernaufgaben dieses Aufgabenbereichs sind die nachhaltige Entwicklung, der Schutz und die Nutzung unseres Lebensraumes. Dies umfasst eine verbindlich gesicherte, ökologische Vernetzung unserer Lebensräume auf Landschaftsebene, den Schutz gesellschaftlicher und ökologischer Werte durch einen integralen Hochwasserschutz, die ökologische Aufwertung und Längsvernetzung unserer Bäche und Flüsse, sowie die Gewässernutzung und den Biotop- und Artenschutz.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 625.10 Natur und Landschaft
LG 625.20 Gewässernutzung
LG 625.30 Wasserbau

Organisation
Der Aufgabenbereich ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in drei Sektionen gegliedert, welche zusammen die Abteilung Landschaft und Gewässer bilden. Mit dem Werkhof Rottenschwil verfügt der Aufgabenbereich über ein Kompetenzzentrum für Gewässer- und Naturschutzunterhalt.

Umfeldentwicklung, Risiken und Massnahmen
Der Klimawandel, die Energiestrategie 2050 und der mit der Bevölkerungsentwicklung verbundene Siedlungs- und Erholungsdruck wirken sich zunehmend auf den Aufgabenbereich Umweltentwicklung aus. Diese Herausforderungen sind proaktiv anzugehen. Um einen hochwertigen Hochwasserschutz zu gewährleisten sind die bestehenden Schutzbauten den heutigen, sowie den künftig zu erwartenden Bedingungen anzupassen bzw. neue Schutzbauten entsprechend zu dimensionieren. Die Gefahrenkarte Hochwasser weist den notwendigen Handlungsbedarf aus und der Kanton Aargau, als Eigentümer der Gewässer, ist in der Verantwortung, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die notwendigen Hochwasserschutzmassnahmen zu realisieren.

Bei den Flüssen sind interkantonal abgestimmte Massnahmenpläne erforderlich, um den Herausforderungen gerecht zu werden. In den nächsten Jahren kommen mehrere grössere Hochwasserschutzprojekte vor den Grossen Rat (Suhrental, Wiggertal, Möhlintal, Furtbach). Ebenso soll auch die Hochwassersicherheit im Reusstal - mit einem adäquaten Geschiebe- und Schwemmholzmanagement - verbessert werden. Dies wird in den nächsten Jahren zu einer substanziellen Erhöhung der Investitionen führen.

Die Bestrebungen zur Ausschöpfung des Optimierungspotenzials der Wasserkraft an den Flüssen widerspiegeln sich in den zahlreichen laufenden und geplanten Konzessions- und Baubewilligungsverfahren. Im Bereich der Kleinwasserkraftwerke werden zudem einige Neukonzessionierungen erwartet. Die Längsvernetzung der Fliessgewässer wird in den nächsten Jahren mit einem Schwergewicht bei der Surb fortgeführt.

Der Kanton Aargau gehört zu den am stärksten zerschnittenen Kantonen der Schweiz. Entsprechend wichtig ist daher die Wiedervernetzung der isolierten Lebensräume damit sich die einheimischen Tier- und Pflanzenarten dem Umweltwandel besser anpassen können. Ein besonderer Stellenwert liegt dabei neu auf der Vernetzung innerhalb der Siedlung. Mit dem Programm Natur 2020, den Bewirtschaftungsverträgen "Naturnahe Landwirtschaft", dem Auenschutzpark Aargau und den Wildtierkorridoren wird die einheimische Tier- und Pflanzenwelt in den Vorranggebieten in ihrer Entwicklung unterstützt. Die verschiedenen Aktivitäten sind insbesondere auch abgestimmt auf den ökologischen Leistungsauftrag der schweizerischen Agrarpolitik 2014-2017 und die nationale Biodiversitätsstrategie. Sie kompensieren den wachsenden Siedlungs- und Nutzungsdruck und helfen mit, die Vorgaben des kantonalen Richtplans umzusetzen. Dabei kommt der Zusammenarbeit mit den Gemeinden eine wichtige Rolle zu. Die Wirkungskontrolle bietet Gewähr für eine effiziente und transparente Umsetzung der getroffenen Massnahmen. In Ergänzung zu den bestehenden Programmen soll mit einem "Planungsbericht Landschaft" erstmals eine kantonale Strategie für den qualitativen Umgang mit der beschränkten Ressource - und wichtigen Standortfaktor - Landschaft geschaffen werden.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

625E001	**Integrales Hochwassermanagement Reusstal: Schutz von Siedlungsgebieten und Industrieanlagen**
2014 - 2018	Massnahmen am Vierwaldstättersee: Seeregulierung, Wehrreglement mit Vorabsenkung und Drosselung, dafür evtl. neues Hilfswehr
2014 - 2018	Massnahmen am Reussunterlauf: Hochwasserschutz Bremgarten und Mellingen
2014 - 2018	Massnahmen an der Reuss unterhalb Vierwaldstättersee: Gerinneaufweitung; Rückhalteräume in der Reussebene, Rückverlegung von Dämmen, Schwemmholzrückhalt, Geschiebemanagement, Anpassungen an Brücken
2014 - 2018	Aufbau eines Hochwasserwarnsystems

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB geplant	Mio. Fr.	50.00

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 625Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Der Lebensraum für Wildtiere wird verbessert.								
01 Nettoaufwand des Kantons für Wildtierkorridore	1000 Fr.	-	-	402	216	410	407	◑
02 Nettoaufwand des Kantons für Renaturierungen, Vernetzungen und ökologische Aufwertung der Gewässer (WNG § 32 Abs. 2)	1000 Fr.	1'904	4'490	4'510	4'963	4'963	4'693	◑
03 Realisierte Wildtierkorridore	Anzahl	16	17	19	20	21	22	◑
04 Eliminierte Wanderhindernisse an Bächen	Anzahl	20	18	18	15	15	15	◑
05 Aufgewertete Gewässerabschnitte	km	3	5	5	5	5	5	◑

Mit geeigneten Massnahmen sollen die Lebensräume unserer Wildtiere aufgewertet werden. Dazu werden zerschnittene Lebensräume wieder miteinander vernetzt, Wanderhindernisse in Gewässern eliminiert und ökologische Aufwertungen und Renaturierungen realisiert.
01: Neuer Indikator. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
Nettoaufwand des Kantons für Wildtierkorridore ohne Aufwand Strassenkasse.
03: In den kommenden Jahren ist die Realisierung folgender Wildtierkorridore vorgesehen: 2014: AG 6 Suret, AG 5 Böttstein-Villigen und AG R9 Bremgarten, 2015: AG R13 Hallwil, 2016: AG 7 Gränichen; 2017: Zeiningen-Möhlin Wallbach.

Ziel 625Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Artenvielfalt wird gefördert.								
01 Fläche wertvoller Lebensräume	Hektar	10'307	10'800	11'000	11'400	11'500	11'600	◑
02 Fläche mit Bewirtschaftungsvereinbarungen (6-Jahresverträge)	Hektar	4'504	4'350	4'800	4'800	4'800	4'800	●
04 Anteil der Verantwortungsarten mit Aktionsplan in Umsetzung	%	-	-	35.0	43.0	50.0	55.0	●
06 Gesamtaufwand der subventionierten Naturschutzprojekte von Gemeinden und Organisationen	1000 Fr.	1'930	1'600	1'650	1'700	1'800	1'900	◑
07 Biotopschutz-Index	Punkte	88.0	87.0	88.0	88.0	89.0	89.0	◑
08 Kessler-Index Kulturland	Punkte	101.0	102.0	102.0	103.0	103.0	104.0	◑
09 Kessler-Index Siedlungsgebiet	Punkte	-	-	74.0	75.0	77.0	80.0	◑

Mit zunehmendem Siedlungsdruck und fortschreitendem Verlust vielfältiger und wenig beeinträchtigter Lebensräume wird die Artenvielfalt bedroht. Mit geeigneten Massnahmen soll dieser Entwicklung entgegengewirkt werden. Dazu gehört der ökologische Ausgleich, bei dem mit Bewirtschaftungsverträgen Anreiz geboten wird, noch vorhandene naturnahe Lebensräume zu erhalten und durch optimale Bewirtschaftung und Pflege qualitativ aufzuwerten. Mit neuen, effektiven und kostengünstigen Ansätzen soll siedlungsbezogener Artenreichtum geschaffen und naturnahe Erholung in siedlungsnahen Räumen ermöglicht werden.
01: Darunter fallen Naturschutzgebiete von kantonaler Bedeutung und Vertragsflächen in der Landwirtschaft.
04: Neuer Indikator. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
Stand 2012 sind es insgesamt 46 Verantwortungsarten.
09: Neuer Indikator. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

Ziel 625Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Wasserkraft wird unter Wahrung der ökologischen und landschaftlichen Werte genutzt.								
01 Konzessions- und Baubewilligungsverfahren bei Kraftwerken an den Flüssen	Anzahl	9	8	9	8	8	8	○
02 Beratungen Kleinwasserkraftwerke	Anzahl	24	20	20	20	20	20	◑
- Installierte Leistung Wasserkraft (615Z004-I01)	Megawatt	-	-	557	564	566	568	○
- Erzeugung Wasserkraft (615Z004-I02)	GWh	-	-	3'020	3'050	3'100	3'120	○

Die Wasserkraft im Kanton Aargau wird entsprechend ihrem Potential und unter Wahrung der ökologischen und landschaftlichen Werte genutzt. Die Grundlagen hierzu sind im aktuellen Richtplan des Kantons Aargau verankert. Die Einhaltung der Restwassermengen ist ebenso zu gewährleisten wie der Hochwasserschutz oder das Geschiebemanagement.
Mit dem weiteren Einsatz von Dotierkraftwerken können an den Flüssen zusätzlich noch ungenutzte Restwassermengen turbiniert werden. An den Bächen sind gemäss kantonalem Richtplan Neubauten am Aabach, an der Wigger inkl. Tych, am Rothkanal sowie am Unterlauf der Suhre unter der Voraussetzung zulässig, dass dadurch die Vernetzung der Flussläufe verbessert wird. Diese Voraussetzung kann durch den Einsatz geeigneter Wasserkraftturbinen erfüllt werden. Insgesamt resultiert dadurch ein zusätzliches Potenzial von ca. 25 Mio. kWh pro Jahr.
615Z004-I01: Berücksichtigt sind die Kraftwerke an den Flüssen Rhein, Aare, Reuss und Limmat mit den jeweiligen Anteilen des Kantons Aargau.

Ziel 625Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Flüsse und Bäche sind entsprechend ihrem Schutzziel hochwassersicher.								
01 Nettoinvestition des Kantons für Hochwasserschutzbauten	1000 Fr.	2'625	5'903	4'973	7'640	11'453	11'374	◐
02 Zum Schutz gegen Hochwasser sanierte Gewässerabschnitte	km	4	15	12	15	15	15	◐

Um einen hochwertigen Hochwasserschutz zu gewährleisten, sind die bestehenden Schutzbauten den heutigen, sowie den künftig zu erwartenden Bedingungen anzupassen bzw. neue Schutzbauten entsprechend zu dimensionieren. Die Gefahrenkarte Hochwasser weist den notwendigen Handlungsbedarf aus und der Kanton Aargau, als Eigentümer der Gewässer, ist in der Verantwortung, in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, die notwendigen Hochwasserschutzmassnahmen zu realisieren und den Gewässerunterhalt zu gewährleisten.
01: Ab 2015 wird der Mittelbedarf ansteigen, da die regionalen Hochwasserschutzprojekte (u.a. Suhrental, Bünztal, Möhlintal, Wigger, Jonenbach, Furtbach) realisiert werden.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**16'204**	**15'396**	**-5.0%**	**14'976**	**14'885**	**14'377**
Globalbudget Aufwand	**-**	**23'509**	**23'290**	**-0.9%**	**22'980**	**22'939**	**22'431**
30 Personalaufwand	-	6'122	6'406	4.6%	6'423	6'436	6'307
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	9'940	9'940	-0.0%	9'544	9'434	9'378
36 Transferaufwand	-	2'355	1'830	-22.3%	1'840	1'895	1'571
37 Durchlaufende Beiträge	-	446	438	-1.8%	498	498	498
39 Interne Verrechnungen	-	4'646	4'676	0.6%	4'676	4'676	4'676
Globalbudget Ertrag	**-**	**-7'305**	**-7'894**	**8.1%**	**-8'004**	**-8'054**	**-8'054**
42 Entgelte	-	-186	-176	-5.4%	-176	-176	-176
44 Finanzertrag	-	-60	-65	8.3%	-65	-65	-65
46 Transferertrag	-	-3'353	-3'515	4.8%	-3'565	-3'515	-3'515
47 Durchlaufende Beiträge	-	-446	-438	-1.8%	-498	-498	-498
49 Interne Verrechnungen	-	-3'260	-3'700	13.5%	-3'700	-3'800	-3'800
LUAE Saldo	**-**	**3'364**	**7'390**	**119.7%**	**10'397**	**14'174**	**13'827**
LUAE Aufwand	**-**	**4'814**	**8'850**	**83.8%**	**11'867**	**15'654**	**15'317**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	3'344	7'150	113.8%	9'125	12'208	12'958
36 Transferaufwand	-	1'470	1'700	15.6%	2'742	3'446	2'360
LUAE Ertrag	**-**	**-1'450**	**-1'460**	**0.7%**	**-1'470**	**-1'480**	**-1'490**
41 Regalien und Konzessionen	-	-1'450	-1'460	0.7%	-1'470	-1'480	-1'490
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**9'446**	**8'806**	**-6.8%**	**11'823**	**15'610**	**15'274**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**21'625**	**22'507**	**4.1%**	**32'193**	**38'241**	**35'996**
50 Sachanlagen	-	19'691	18'849	-4.3%	25'959	30'450	30'815
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	1'470	1'700	15.6%	2'742	3'446	2'360
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	464	1'959	322.1%	3'492	4'345	2'821
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-12'179**	**-13'701**	**12.5%**	**-20'370**	**-22'631**	**-20'723**
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-	-11'715	-11'743	0.2%	-16'878	-18'286	-17'901
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-464	-1'959	322.1%	-3'492	-4'345	-2'821

Globalbudget
Veränderungen im Budget
Aufwand:
30; Um die rasche Realisierung der Hochwasserschutzprojekte zu gewährleisten, wird mit einem Vollbestand der Projektleiter gerechnet, nachdem in den letzten Jahren nicht alle Stellen besetzt werden konnten.
36; Kantonsbeiträge an Wasserbauprojekte welche durch Gemeinden oder Dritte realisiert wurden, gemäss Mehrjahresprogramm.
Ertrag:
46; Höhere Bundesbeiträge an wiederkehrende Pflege- und Unterhaltsarbeiten in Auen- und Naturschutzgebieten.
49; Höhere Bundesbeiträge für Bewirtschaftungsverträge aufgrund der Agrarpolitik 2014-2017. Der Gesamtbeitrag geht beim DFR, Abteilung Landwirtschaft ein.
Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
36; 2017 Kantonsbeiträge im Rahmen der Wasserbauprojekte welche durch Gemeinden oder Dritte realisiert wurden, gemäss Mehrjahresprogramm.

LUAE
Veränderungen im Budget
Aufwand:
33/36; Direktabschreibungen Investitionen Wasserbau, Auen und Investitionsbeiträge.
Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
33/36; Direktabschreibungen Investitionen Wasserbau, Auen und Investitionsbeiträge.

Investitionsrechnung
Veränderungen im Budget
Aufwand:
50; Investitionen in die Realisierung von Wasserbau- und Auenprojekte gemäss Mehrjahresprogramm und Verfahrensreife.
56; Investitionsbeiträge an Gemeinden und Dritte für Wasserbauprojekte, gemäss Mehrjahresprogramm.
57; Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden für Wasserbauprojekte.
Ertrag:
63; Beiträge von Bund, Gemeinden und Dritten im Verhältnis zu den Investitionen im Wasserbau und Auen.
67; Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden für Wasserbauprojekte.
Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
50; Investitionen in die Realisierung von Wasserbau- und Auenprojekte gemäss Mehrjahresprogramm und Verfahrensreife.
56; Investitionsbeiträge an Gemeinden und Dritte für Wasserbauprojekte, gemäss Mehrjahresprogramm.
57; Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden für Wasserbauprojekte.
Ertrag:
63; Beiträge vom Bund, Gemeinden und Dritten im Verhältnis zu den Investitionen im Wasserbau und Auenprojekten.
67; Durchlaufende Bundesbeiträge an Gemeinden für Wasserbauprojekte.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**19'568**	**22'786**	**16.4%**	**25'374**	**29'058**	**28'204**
- Abschreibungen*	-	4'814	8'850	83.8%	11'867	15'654	15'317
+ Nettoinvestitionen	-	9'446	8'806	-6.8%	11'823	15'610	15'274
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**24'200**	**22'742**	**-6.0%**	**25'330**	**29'015**	**28'161**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**9'821**	**9'158**	**-6.7%**	**12'222**	**16'278**	**15'819**
	VK-Globalbudget	-	735	609	-17.1%	621	667	546
	VK-Investitionsrechnung	-	9'086	8'550	-5.9%	11'601	15'610	15'274
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**2'657**	**3'322**	**25.1%**	**3'617**	**2'343**	**1'656**
	Aufwand	-	4'223	7'000	65.8%	7'418	4'656	3'162
	Ertrag	-	-1'566	-3'678	134.9%	-3'801	-2'313	-1'506
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'654**	**2'183**	**31.9%**	**2'011**	**4'380**	**2'951**
	Aufwand	-	3'203	5'763	79.9%	7'624	11'250	6'651
	Ertrag	-	-1'548	-3'580	131.2%	-5'613	-6'870	-3'699

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Kreditkompetenz	**Saldo**	**-**	**5'510**	**3'653**	**-33.7%**	**6'594**	**9'554**	**11'212**
Grosser Rat	Aufwand	-	14'946	10'525	-29.6%	18'038	23'500	27'227
(Einzelvorlage)	Ertrag	-	-9'436	-6'872	-27.2%	-11'444	-13'946	-16'016

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Wynental, HWS/Renaturierung									
VK, einmaliger Aufwand	06.05.2003	16'060	17'617	2'015	-	-	-	-	2'015
Auenschutzpark Aargau, 2. Etappe									
VK, einmaliger Aufwand	30.03.2004	23'000	25'453	561	-	-	-	-	561
HWS Surb, Surbtal									
VK, einmaliger Aufwand	23.09.2008	12'420	13'456	5'749	4'005	9	-	-	1'735
Programm Natur 2020 - Etappe 11-15									
VK, einmaliger Aufwand	11.01.2011	16'450	16'689	6'315	3'138	3'344	-	-	-167
ASP Ren. Chly Rhy, Rietheim									
VK, einmaliger Aufwand	03.07.2012	9'380	9'388	2'969	-	2'232	-	-	737
HRB Bünz, Wohlen									
VK, einmaliger Aufwand	20.11.2012	16'350	16'427	15'706	2'047	5'115	4'500	2'949	1'059
TAB Bünz, Wohlen/Dottikon/Möriken-Wildegg									
VK, einmaliger Aufwand	20.11.2012	8'260	8'299	7'976	1'113	2'511	2'700	983	670
HWS Jonenbach, Jonen									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	15'000	15'000	-	89	465	3'500	3'441	-
HWS Wigger, Zofingen/Strengelbach									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	13'000	13'000	-	134	3'720	4'000	1'475	-
HRB Staffelbach, Suhre									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	15'000	15'000	-	-	195	50	3'932	-
HW Management Reusstal									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	50'950	50'950	-	-	279	3'200	4'111	-
Revitalisierungsprogramm									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	5'000	5'000	-	-	167	1'450	1'888	-
ASP Wildegg-Brugg, Villnachern									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	7'000	7'000	-	-	-	300	492	-
HWS Furtbach, Würenlos									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	18'900	18'900	-	-	-	100	4'424	-
Programm Natur 2020 - Etappe 16-20									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	18'000	18'000	-	-	-	3'700	3'535	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**44.73**	**45.60**	**45.60**	**0.0%**	**45.60**	**44.60**	**43.60**
Ordentliche Stellen	42.86	43.60	43.60	0.0%	43.60	43.60	43.60
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	1.87	2.00	2.00	0.0%	2.00	1.00	-

Aufgabenbereich 630: Umweltsanierung

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Sanieren von belasteten Standorten und der natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Luft, Wasser, für die der Kanton massnahmenpflichtig ist, um die Sicherheit des Lebensraums zu gewährleisten und die Entwicklung des Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums zu unterstützen.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 630.10 Umweltsanierung

Organisation
Der Aufgabenbereich Umweltsanierung umfasst die Sicherung der Deponie Bärengraben sowie die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK).

Deponie Bärengraben
Gemäss Beschluss des Grossen Rates vom 2. November 2004 beteiligt sich der Kanton mit einer einmaligen Einlage von 11,3 Mio. Franken an einem Konsortialfonds zur Sanierung der Deponie Bärengraben. Mit dem Fonds werden Unterhalt und Betrieb der zur Nachsorge und zur Sanierung eingesetzten Anlagen sowie die Störfallnachsorge während 80 Jahren sichergestellt. Der Kanton hat seine Einlage 2008 vollständig einbezahlt. Alle zur Sanierung der Deponie notwendigen Massnahmen sind eingeleitet, die Auffüllung wurde 2010 abgeschlossen. Mit dem Ziel, die Reinigungsleistung zu verbessern und den Aufwand für den Betrieb der Sickerwasserbehandlungsanlage zu reduzieren, führt die Fachhochschule Nordwestschweiz verschiedene Versuche durch. Die Auswertung liegt im Frühjahr 2013 vor. Auf der Deponie fehlen noch die Überdeckung und die Ausbildung eines Steinschlagschutzes. Mittels einer detaillierten Auswertung der Überwachungsresultate der vergangenen Jahre wird eine Langfristprognose über den möglichen Verlauf des Schadstoffaustrags aus der Deponie erarbeitet.

Die Ergebnisse des Berichts zeigen, dass die zur Reduktion der Schadstoffemissionen aus der Deponie in die Umwelt getroffenen Massnahmen wirksam und funktionstüchtig sind. Die Nachsorgedauer für die Gasemissionen beträgt voraussichtlich nur noch 10 bis 20 Jahre. Die Nachsorgedauer bezüglich des Deponiesickerwassers ist noch nicht prognostizierbar. Für eine Prognose sind die Überwachungsdaten über die Schadstoffemissionen auf dem Sickerwasserpfad der nächsten 10 bis 20 Jahre notwendig. Aktuell können Betrieb und Unterhalt der Sanierungsmassnahmen aus den Zinserträgen des Fonds finanziert werden.

Sondermülldeponie Kölliken (SMDK)
Die Sanierung der SMDK wird vom Konsortium SMDK durchgeführt, an welchem der Kanton zu 41,67% beteiligt ist. Das Konsortium hat die Aufgabe, unter erforderlichem Schutz der Anwohnenden und der Mitarbeitenden mit optimalem Mitteleinsatz die SMDK nachhaltig zu sanieren. Die Abteilung für Umwelt überwacht als Aufsichtsbehörde die Einhaltung der Sanierungsziele. Bis Ende 2010 wurde die erste Rückbauetappe der Deponie (RE 1; ca. 25%) abgeschlossen und die zweite (RE 2) konnte im Jahr 2011 gestartet werden. Aufgrund der Erfahrungen aus der abgeschlossenen RE 1 und wegen Änderungen im Bundesrecht musste das Rückbau- und Entsorgungskonzept für die RE 2 erheblich angepasst werden. Seit Oktober 2011 erfolgt der Rückbau im Normalbetrieb planmässig. Die neuen Verfahren haben sich bewährt. Unter Einbezug der ersten Rückbauetappe ist damit insgesamt rund ein Drittel des Deponiekörpers (inkl. Abdeckung) zurückgebaut und entsorgt. Mit einem Abschluss des Deponierückbaus wird auf Ende Mai 2016 gerechnet. Vor Beginn der zweiten Etappe orientierte der Regierungsrat mit der Botschaft GR 11.42 umfassend über den Stand der Gesamtsanierung und die notwendigen Anpassungen an den Rückbau- und Entsorgungsverfahren. Zur Deckung der prognostizierten Mehrkosten bewilligte der Grosse Rat am 10. Mai 2011 einen Zusatzkredit von 57 Mio. Franken.

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 630Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Von der Deponie Bärengraben geht keine akute Umweltgefährdung aus.								
01 Deponiekörper Bärengraben	m3	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	3'000'000	○
02 Beanstandungen der Abt. für Umwelt an den Monitoring-Berichten	Anzahl	0	0	0	0	0	0	○

Ziel 630Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Die Gesamtsanierung der SMDK erfolgt unter Einhaltung der behördlichen Auflagen und innerhalb der Kosten- und Terminvorgaben (inkl. Bedingungen des Zusatzkredits).								
01 Beanstandungen der Abt. für Umwelt an den Monitoring-Berichten	Anzahl	0	0	0	0	0	0	○
02 Kostenabweichung gegenüber der Endkostenprognose pro Saldo, bezogen auf den Kredit	%	0	0	0	0	0	0	○
03 Nichteinhaltung der Fristen	Anzahl	0	0	0	0	0	0	○
04 Politische Vorstösse zur SMDK	Anzahl	0	0	0	0	0	0	○
05 Reklamationen der Anwohner wegen Immissionen	Anzahl	0	0	0	0	0	0	○
06 Deponiekörper SMDK (verbleibende Abfallmenge Ende Jahr)	Tonnen	288'000	240'000	160'000	80'000	0	0	○

Aufgrund der Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit und der Entsorgungssicherheit kann in der Rückbauetappe 2 nur noch eine reduzierte Tages-Rückbauleistung erreicht werden. Deshalb verzögert sich der Abschluss des Deponierückbaus bis Mai 2016.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Globalbudget Aufwand	**-**	**38'760**	**26'080**	**-32.7%**	**35'630**	**10'090**	**4'030**
36 Transferaufwand	-	38'760	26'080	-32.7%	35'630	10'090	4'030
Globalbudget Ertrag	**-**	**-38'760**	**-26'080**	**-32.7%**	**-35'630**	**-10'090**	**-4'030**
49 Interne Verrechnungen	-	-38'760	-26'080	-32.7%	-35'630	-10'090	-4'030
LUAE Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
LUAE Aufwand	**-**	**15'000**	**45'000**	**200.0%**	**22'670**	**22'800**	**9'880**
37 Durchlaufende Beiträge	-	15'000	45'000	200.0%	22'670	22'800	9'880
LUAE Ertrag	**-**	**-15'000**	**-45'000**	**200.0%**	**-22'670**	**-22'800**	**-9'880**
47 Durchlaufende Beiträge	-	-15'000	-45'000	200.0%	-22'670	-22'800	-9'880
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Veränderungen im Budget
Aufwand:
36; Die Jahrestranche an die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) richtet sich nach dem geplanten Bauablauf und dem Finanzplan der SMDK.
Ertrag:
49; Ausgleich der Rechnung BVU durch interne Verrechnung und Belastung Spezialfinanzierung Sonderlasten.

Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
36; Die Jahrestranche an die Sanierung der Sondermülldeponie Kölliken (SMDK) richtet sich nach dem geplanten Bauablauf und dem Finanzplan der SMDK.
Ertrag:
49; Ausgleich der Rechnung BVU durch interne Verrechnung und Belastung Spezialfinanzierung Sonderlasten.

LUAE

Veränderungen im Budget
Aufwand/Ertrag:
37/47; Die Höhe der an die SMDK durchlaufenden Bundesbeiträge aus dem VASA-Fonds (Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten) richtet sich nach den anfallenden Kosten der Sanierung.

Veränderungen in den Planjahren
Aufwand/Ertrag:
37/47; Die Höhe der an die SMDK durchlaufende Bundesbeiträge aus dem VASA-Fonds (Verordnung über die Abgabe zur Sanierung von Altlasten) richtet sich nach den anfallenden Kosten der Sanierung.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
- Abschreibungen*	-	-	-		-	-	-
+ Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Bundesbeiträge VASA-Fonds							
Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
Total Aufwand	-	15'000	45'000	200.0%	22'670	22'800	9'880
Durchlaufende Bundesbeiträge	-	15'000	45'000	200.0%	22'670	22'800	9'880
Total Ertrag	-	-15'000	-45'000	200.0%	-22'670	-22'800	-9'880
Durchlaufende Bundesbeiträge	-	-15'000	-45'000	200.0%	-22'670	-22'800	-9'880

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
	VK-Globalbudget	-	0	0	0.0%	0	0	0
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**
	Aufwand	-	38'760	26'080	-32.7%	35'630	10'090	4'030
	Ertrag	-	-38'760	-26'080	-32.7%	-35'630	-10'090	-4'030

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Investitionsbeiträge SMDK									
VK, einmaliger Aufwand	30.11.2004	225'000	-	-	-	-	-	-	-
ZK, einmaliger Aufwand	10.05.2011	57'000	282'000	75'776	26'080	35'630	10'090	4'030	-54

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Ordentliche Stellen	-	-	-		-	-	-
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

Aufgabenbereich 635: Verkehrsangebot

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Sicherstellen der Mobilität durch eine verkehrsträgerübergreifende, wirtschaftliche und nachhaltige Verkehrsentwicklung sowie ein attraktives und marktgerechtes Verkehrsangebot, welche die Entwicklung des Lebens-, Wirtschafts- und Wohnraums unterstützen.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 635.10 Öffentlicher Verkehr
LG 635.20 Gesamtverkehr

Organisation
Der Aufgabenbereich ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in die zwei Sektionen Öffentlicher Verkehr und Verkehrsplanung gegliedert, welche zusammen die Abteilung Verkehr bilden.

Umfeldentwicklung und Risiken
Die Auslastung der Fahrzeuge im öffentlichen Verkehr nimmt stetig zu. In den Stosszeiten am Morgen und am Abend stösst das Angebot auf den Haupt- und Zulaufachsen an die Grenzen. Zudem zeichnen sich auch vermehrt Engpässe bei den Umsteigeanlagen ab. Auf der Ost-West-Schienenachse bestehen kaum mehr freie Trassen für zusätzliche Züge. Die weitere Verkehrszunahme auf einem Strassennetz, das vielerorts an die Grenzen der Leistungsfähigkeit stösst, hat in zunehmendem Mass Forderungen nach Kapazitätsausbauten zur Folge.

Auswirkungen und Massnahmen
Im Zusammenhang mit den Beratungen zur Botschaft FABI (Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur) des Bundesrates konnten verschiedene kurzfristige Massnahmen auf der Ost-West-Achse aufgenommen werden.

Der Kanton Aargau setzt sich in verschiedenen überregionalen und nationalen Gremien für eine raschere Behebung der Kapazitätsengpässe im öffentlichen Verkehr ein. An den regionalen Konferenzen der Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV Zürich und der KöV Nordwestschweiz) engagiert sich der Kanton Aargau intensiv für den weiteren Ausbau des öV-Angebots auf der Schiene (Regional- wie Fernverkehrshalte). Im Gotthard- und im Lötschberg-Komitee sowie in den Metropolitankonferenzen Zürich und Basel vertritt der Kanton seine Anliegen aktiv.

Für den Ausbau des Regionalverkehrs auf der Schiene wird eine Botschaft an den Grossen Rat ausgearbeitet, die den Zeithorizont nach 2016 abdeckt (S-Bahn Aargau 2016 ff.).

Mit einem neuen Benchmarksystem, das zusammen mit dem Bundesamt für Verkehr und anderen Kantonen erstellt wird, werden die Grundlagen für den Abschluss von Zielvereinbarungen mit den Busbetreibern gelegt.

Im Rahmen der strategischen Infrastrukturplanung Verkehr, Schwerpunkt Strasse, sollen ausgehend vom Richtplan und der kantonalen Strategie "mobilitätAARGAU" die Prioritäten für Infrastrukturausbauten unter Berücksichtigung der verfügbaren Ressourcen so gesetzt werden, dass die Zukunftstauglichkeit des kantonalen Verkehrsnetzes sichergestellt ist.

Kurzfristig sind mit Massnahmen des Verkehrsmanagements die vorhandenen Verkehrsflächen optimal zu nutzen. Ziel ist, die Funktionsfähigkeit und die entlastende Wirkung der Hauptverkehrsachsen aufrecht zu erhalten. Im vorliegenden Aufgabenbereich 635 erfolgt die Konzepterstellung. Die anschliessende Projektrealisation erfolgt im Aufgabenbereich 640 Verkehrsinfrastruktur. Im Rahmen von Netzstrategien werden mittel- und langfristige Ergänzungen des Strassennetzes unter anderem in den Regionen Aarau und im Raum Lenzburg-Unteres Seetal geprüft. Auch wenn ein zielgerichtetes Erhöhen der Kapazitäten in Teilen des Netzes eine Voraussetzung für einen flüssigen und wirtschaftlichen Verkehr ist, genügen Infrastrukturausbauten alleine nicht. Die Möglichkeiten der kombinierten Mobilität (P+R, B+R, P+P, Car-Sharing usw.), des Fuss- und Veloverkehrs und des Mobilitätsmanagements (Koordinieren, Vernetzen, Lenken) sind durch Förderung und Weiterentwicklung auszuschöpfen. Die geplante Fachstelle Fuss- und Veloverkehr unterstützt die Umsetzung zentraler Massnahmen und berät die Gemeinden.

Aktuelle Verkehrsdaten sind eine wichtige Grundlage der Verkehrsplanung (Statistik, Entwicklungen, Vor-/Nachuntersuchungen, Prognosen). Dem kantonalen Verkehrsmodell (KVM-AG) als Planungsgrundlage kommt dabei eine grosse Bedeutung zu. Das Modell wird in Zusammenarbeit mit dem Bund und den Nachbarkantonen ständig weiter entwickelt. Die Auswirkungen von neuen Infrastrukturanlagen werden mit einem Monitoring verfolgt, damit der Kanton aus den Ergebnissen Schlüsse für zukünftige Vorhaben ziehen kann.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

635E001	**Mit der Limmattalbahn, Teil Aargau Killwangen-Dietikon, wird das Limmattal besser erschlossen.**
2010	Gründung der Aktiengesellschaft Limmattalbahn AG
2011	Vorprojekt (bewilligt vom Grossen Rat)
2011	Vorlage an den Grossen Rat: Bauprojektierung
2012	Einreichung des Agglomerationsprogramms beim Bund
2014	Vorlage an den Grossen Rat: Realisierung
2016	Baubeginn der Limmattalbahn
ab Ende 2019	Inbetriebnahme der Neubaustrecke (ggf. etappiert)

Realisieren des neuen strategischen öV-Infrastruktur-Projekts Limmattalbahn in Zusammenarbeit mit dem Kanton Zürich. Die Limmattalbahn verbindet und erschliesst auf 13.4 km im aufstrebenden Limmattal zwischen Zürich-Altstetten und Killwangen die wachsenden Arbeitsplatz- und Wohngebiete.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2011-1398 vom 23.08.2011	Mio. Fr.	8.90

635E002	S-Bahn Aargau 2016 ff. bildet mit dem Ausbau und Abstimmung der Infrastruktur die Grundlage für die Verbesserung des S-Bahn Angebotes im Aargau.
2012	Studien und Vorprojekte
2013	Bauprojektierung/Auflageprojekte. Kreditbotschaft
2014	Realisierung bauliche Massnahmen
2018	Abschluss/Inbetriebnahme

Abgestimmt auf die Inbetriebnahme von grösseren ausserkantonalen Bahnbauwerken soll das S-Bahnangebot des Kantons Aargau schrittweise verbessert werden. Dies bedingt Anpassungen und Ausbauten bei Infrastrukturbauten, welche ab 2014 vorgenommen werden sollen.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-2029 vom 03.07.2012 und GRB geplant — Mio. Fr. 39.83

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 635Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Das Angebot des öffentlichen Verkehrs wird nachfrageorientiert und nach wirtschaftlichen Aspekten weiterentwickelt respektive konsolidiert. Infrastruktur und Rollmaterial werden langfristig entwickelt und laufend optimiert und unterhalten.								
01 Gewichtete Bahnabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	105'158	104'100	105'500	106'500	108'500	108'600	◑
02 Gewichtete Busabfahrten in den Gemeinden pro Woche	Anzahl	124'659	124'000	125'000	126'000	128'000	129'000	◑
03 Höhe der Abgeltungen des Bundes für das öV-Angebot	Mio. Fr.	58.5	57.6	56.1	56.4	56.6	56.9	●
04 Höhe der Abgeltungen des Kantons für das öV-Angebot	Mio. Fr.	78.3	82.5	83.4	87.6	91.3	94.8	●
05 Höhe der Abgeltungen der Gemeinden für das öV-Angebot	Mio. Fr.	56.0	55.0	58.4	61.3	64.1	65.9	●
06 Höhe der Abgeltungen für das öV-Angebot insgesamt	Mio. Fr.	193.0	195.1	197.8	205.2	212.0	217.6	●
07 Jährlich investierte Mittel für öV-Infrastruktur	Mio. Fr.	13.1	9.8	16.8	19.4	17.9	22.6	●
08 Kostendeckung Bahnen (Normalspur)	%	51.0	50.0	52.0	53.0	53.0	53.0	◑
09 Kostendeckung Bahnen (Meterspur; exkl. Infrastrukturbetriebskosten)	%	45.0	41.0	43.0	44.0	44.0	44.0	◑
10 Kostendeckung Bus	%	38.0	40.0	43.0	44.0	44.0	44.0	◑
11 Abgeltungen Kanton und Gemeinden für den öffentlichen Verkehr pro Einwohner (ohne Beiträge an Tarifverbunde und an Sonderleistungen)	Fr.	208	219	215	223	232	239	◑
12 Kundenzufriedenheit Bahnangebot (Skala 1 - 100)	Punkte	72.0	73.0	73.0	73.0	73.0	73.0	◑
13 Kundenzufriedenheit Busangebot (Skala 1 - 100)	Punkte	76.0	75.0	75.0	75.0	75.0	75.0	◑

01: Im Rahmen der Infrastrukturausbauten S-Bahn Aargau 2016 ff wird auch das Angebot ab 2016 optimiert und ausgebaut.
02: Abstimmung des Busangebotes ab 2016 auf die Ausbauten im Rahmen des Projektes S-Bahn Aargau 2016 ff.
04: Aufgrund der angekündigten Bundesbeteiligung in den kommenden Jahren muss mit einer prozentual grösseren Belastung des Kantons und der Gemeinden gerechnet werden.
05: siehe Kommentar 04
07: Starker Anstieg der benötigen Investitionsbeiträge aufgrund des Projekts S-Bahn Aargau 2016 ff.
08/09/10: Aufgrund des neuen Trassenpreissystems ab 2013 wurden Tarifmassnahmen ergriffen. Diese bewirkten, dass der Kostendeckungsgrad bei den Busbetrieben anstieg. Die Kostendeckung bei den Bahnen verschlechterte sich aufgrund der hohen Trassenpreise. In den kommenden Jahren wird mit einer gegenüber den Vorjahren eher tieferen Nachfrage gerechnet. Aufgrund der relativ stabilen Kosten wird der Kostendeckungsgrad stagnieren.
11: Aufgrund der geringen Erhöhung des Bundesanteils steigt die Belastung für Kanton und Gemeinden.
12: Die nächste Kundenzufriedenheitsumfrage findet im 2013 statt. Ziel ist es, die hohen Zufriedenheitswerte zu halten.
13: siehe Kommentar 12

Ziel 635Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Das Park+Ride-Angebot wird auf weitere Standorte ausgedehnt und die Kapazität der Anlagen erhöht.								
01 Park+Ride-Anlagen	Anzahl	81	83	81	82	82	82	
02 Park+Ride-Plätze	Anzahl	2'900	2'900	2'950	3'000	3'050	3'100	

Für 2013 und 2014 ist der Ausbau der Anlagen Menziken sowie Hirschthal geplant. Im 2015 soll in Gränichen, Oberdorf eine neue Anlage erstellt werden. Die Erweiterung der bestehenden Anlagen führt zu einer Zunahme der vorhandenen Park+Ride Plätze.

Ziel 635Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Fachberatung in verkehrsplanerischen Projekten								
01 Fachberatungen	Anzahl	-	-	340	340	350	360	

Neues Ziel. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.
Die Fachberatungen erstrecken sich von Baugesuchen, über Fachgutachten bis hin zu Stellungnahmen zu Projekten der Abteilung Tiefbau. Diese Beratungstätigkeit wird aufgrund der erhöhten Bautätigkeit in den kommenden Jahren zunehmen.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**89'088**	**87'506**	**-1.8%**	**91'538**	**94'562**	**98'043**
Globalbudget Aufwand	**-**	**150'777**	**148'903**	**-1.2%**	**155'585**	**161'189**	**166'430**
30 Personalaufwand	-	3'488	3'715	6.5%	3'722	3'726	3'742
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	2'817	1'887	-33.0%	2'072	1'812	1'797
36 Transferaufwand	-	144'471	143'301	-0.8%	149'791	155'651	160'891
Globalbudget Ertrag	**-**	**-61'689**	**-61'397**	**-0.5%**	**-64'047**	**-66'627**	**-68'387**
42 Entgelte	-	-57	-57	0.0%	-57	-57	-57
46 Transferertrag	-	-59'366	-58'890	-0.8%	-61'540	-64'120	-65'880
49 Interne Verrechnungen	-	-2'266	-2'450	8.1%	-2'450	-2'450	-2'450
LUAE Saldo	**-**	**9'563**	**16'750**	**75.2%**	**19'400**	**17'936**	**22'581**
LUAE Aufwand	**-**	**9'563**	**16'750**	**75.2%**	**19'400**	**17'936**	**22'581**
36 Transferaufwand	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
LUAE Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**9'563**	**16'750**	**75.2%**	**19'400**	**17'936**	**22'581**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**9'563**	**16'750**	**75.2%**	**19'400**	**17'936**	**22'581**
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget
Veränderung im Budget
Aufwand:
30; Geplante Projektstelle für die Projektleitung der Massnahmen im Rahmen der Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur (FABI).
31; Reduktion von externen Dienstleistungen in den Bereichen Angebotsplanung öffentlicher Verkehr und Gesamtverkehr.

Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
36; Höhere Abgeltungen für Angebotsoptimierungen, neues Rollmaterial und Teuerung gemäss Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr.
Ertrag:
46; Beiträge der Gemeinden im Verhältnis zum Aufwand für Abgeltungen öffentlicher Verkehr.
49; Interne Verrechnungen für Planungsleistungen zu Gunsten der Strassenrechnung.

LUAE
Veränderung im Budget
Aufwand:
36; Abschreibungen Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr.

Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
36; Abschreibungen Investitionsbeiträge öffentlicher Verkehr.

Investitionsrechnung
Veränderung im Budget
Aufwand:
36; Investitionsbeiträge an Bahninfrastrukturen gemäss Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr.

Veränderung in den Planjahren
Aufwand:
36; Investitionsbeiträge an Bahninfrastrukturen gemäss Mehrjahresprogramm öffentlicher Verkehr.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**98'651**	**104'256**	**5.7%**	**110'938**	**112'498**	**120'624**
- Abschreibungen*	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
+ Nettoinvestitionen	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**98'651**	**104'256**	**5.7%**	**110'938**	**112'498**	**120'624**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Abschreibungen öV							
Saldo	**-**	**9'563**	**16'750**	**75.2%**	**19'400**	**17'936**	**22'581**
Total Aufwand	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Direktabschreibungen Investitionsbeiträge	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**11'681**	**18'027**	**54.3%**	**20'355**	**18'296**	**22'862**
	VK-Globalbudget	-	2'118	1'277	-39.7%	955	360	281
	VK-Investitionsrechnung	-	9'563	16'750	75.2%	19'400	17'936	22'581
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**725**	**1'005**	**38.6%**	**1'605**	**1'325**	**1'900**
	Aufwand	-	725	1'005	38.6%	1'605	1'325	1'900
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'393**	**2'472**	**77.5%**	**1'950**	**235**	**81**
	Aufwand	-	2'193	2'992	36.5%	2'230	235	81
	Ertrag	-	-800	-520	-35.0%	-280	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**9'563**	**14'550**	**52.1%**	**16'800**	**16'736**	**20'881**
	Aufwand	-	9'563	14'550	52.1%	16'800	16'736	20'881
	Ertrag	-	-	-		-	-	-

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
WSB, VII. Vereinbarung									
VK, einmaliger Aufwand	24.11.1994	9'246	9'246	877	-	-	-	-	877
BDWM, IV. Vereinbarung									
VK, einmaliger Aufwand	12.01.1999	6'298	6'589	106	-	-	-	-	106
Sanierung Seetalbahn; bahntechnische Anlagen									
VK, einmaliger Aufwand	21.05.2000	2'350	-	-	-	-	-	-	-
ZK, einmaliger Aufwand	08.03.2005	220	2'570	223	-	-	-	-	223
BDWM, VI./VII Vereinbarung									
VK, einmaliger Aufwand	19.10.2004	4'901	4'910	9	-	-	-	-	9
BDWM VIII. Vereinbarung									
VK, einmaliger Aufwand	22.11.2005	5'721	6'081	1'394	-	-	-	-	1'394
S19 ins Untere Aaretal									
VK, einmaliger Aufwand	07.09.2010	11'500	11'900	3'400	1'750	-	-	-	1'650
Verkehrsmanagement Baden Regio									
VK, einmaliger Aufwand	07.09.2010	12'600	13'018	12'664	828	1'258	611	611	9'356
WSB, Umbau Mittelperron Aarau									
VK, einmaliger Aufwand	29.03.2011	6'500	6'500	302	-	-	-	-	302
Limmattalbahn									
VK, einmaliger Aufwand	23.08.2011	8'900	9'109	3'461	1'050	1'050	600	200	561
Baden IO K115/268, Schulhausplatz									
VK, einmaliger Aufwand	06.03.2012	16'920	17'194	15'899	287	4'207	2'270	2'270	6'865
BDWM LV Infrastruktur 2013-2016									
VK, einmaliger Aufwand	04.12.2012	7'640	7'640	5'060	2'690	870	1'500	2'500	-2'500
WSB LV Infrastruktur 2013-2016									
VK, einmaliger Aufwand	04.12.2012	12'500	12'500	10'615	2'945	3'615	4'055	2'500	-2'500
S-Bahn Aargau 2016 ff.									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	39'830	39'830	-	5'000	5'800	7'700	12'800	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**22.08**	**24.85**	**24.85**	**0.0%**	**24.85**	**24.85**	**24.85**
Ordentliche Stellen	21.63	24.35	24.35	0.0%	24.35	24.35	24.35
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	0.45	0.50	0.50	0.0%	0.50	0.50	0.50

Aufgabenbereich 640: Verkehrsinfrastruktur

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Sicherstellen der Mobilität durch einen ökonomisch und ökologisch ausgewogenen Bau, Betrieb und Substanzwerterhalt einer der Allgemeinheit dienenden und sicheren Verkehrsinfrastruktur.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 640.10 Strassenbau
LG 640.20 Strassenbewirtschaftung
LG 640.30 Verkehrsmanagement

Organisation
Der Aufgabenbereich ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in drei Unterabteilungen gegliedert. Diese bilden zusammen die Abteilung Tiefbau.

Umfeldentwicklung und Risiken
Die Neuzulassungen von Motorfahrzeugen sind weiter steigend und damit verbunden eine stetige Zunahme des Verkehrs. Die Anzahl der Staustunden auf dem Strassennetz steigt überproportional zur Zunahme des Verkehrs an. Die Erreichbarkeit der Agglomerationen und die Leistungsfähigkeit der Verkehrsinfrastrukturen gerät weiter unter Druck. Dabei steht immer mehr die Zuverlässigkeit der Verbindungen im Vordergrund.

Auswirkungen und Massnahmen
Die strategischen Grundsätze aus "mobilitätAargau" gelten weiterhin als langfristige Zielorientierung. In der vorliegenden AFP-Periode werden schwergewichtig die bereits in Planung und Genehmigungsverfahren weit fortgeschrittenen Grossprojekte zur Baureife geführt und grossteils mit der Realisierung begonnen. Dies gilt insbesondere für das Verkehrsmanagement-System in der Region Baden/Wettingen, mit dem die Optimierung der Verkehrsströme und damit die bessere Kapazitätsnutzung der bestehenden Infrastruktur gewährleistet werden kann. In den Agglomerationen Brugg und Aarau werden die Projektierungen weitergeführt.

Unter dem Aspekt Abstimmung Siedlung und Verkehr werden die bewilligten Umfahrungen von Mellingen, Bad Zurzach und Sins zur Baureife weiter entwickelt.

In den Bereichen Engpassbeseitigung und Verkehrssicherheit werden die genehmigten Projekte in Baden-Zentrum und im Autobahnanschluss Lenzburg zur Ausführung gebracht.

Mit der Entwicklung eines IT unterstützten Erhaltungsmanagement können die über 600 Vorhaben zur Erhaltung und zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur besser priorisiert und aufeinander abgestimmt werden. Damit können die knappen personellen Ressourcen im Baumarkt optimal genutzt werden. Damit wird auch der Verknappung der Planungskapazitäten auf dem Arbeitsmarkt begegnet, welche die rasche Realisierung von Projekten zusehends erschwert.

Die Projekte aus dem Agglomerationsprogramm werden mit hoher Intensität weiter bearbeitet.

Der systematische Werterhalt der Kantonsstrassen wird unter Betrachtung des Lebenszyklus der Anlageteile konsequent auf die Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit ausgerichtet. Dadurch wird eine maximale Betriebssicherheit angestrebt. Weitere Massnahmen sind die Anwendung von rationellen Baumethoden und Recycling-Verfahren zur Minimierung von Umweltbelastungen.

Im Bereich der Verkehrssicherheit hat der Kanton Aargau bereits eine Spitzenstellung. Dies basiert auf einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Die vom Bund beschlossenen Massnahmen im Programm "Via Sicura" werden organisatorisch in die Planungsabläufe eingebaut um die Ziele der Unfallreduktion weiter umsetzen zu können.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

640E001	Gesamtsanierung Baden Zentrum
2014	Baden/Wettingen, Brückenkopf Ost
2014-2015	K268 Äussere Mellingerstrasse
2015-2016	B-218 e Schlossbergtunnel
2015-2017	K268 Mellingerstrasse/Schadenmühle
2015-2017	Gesamtsanierung Schulhausplatz Baden

Zur Gesamtsanierung Baden Zentrum sind die oben aufgeführten Projekte vorgesehen, welche nach Kompetenzregelung der jeweiligen Bewilligungsinstanz zum Kreditbeschluss vorgelegt werden.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2012-1777 vom 06.03.2012, GRB 2012-1793 vom 13.03.2012, GRB 2012-1794 vom 13.03.2012 und Verpflichtungskredite Regierungsrat	Mio. Fr.	128.02

640E002	Verflüssigung des Verkehrs und Erhöhung der Sicherheit durch Realisierung des Verkehrsmanagements Region Baden-Wettingen
2010	Botschaft an den Grossen Rat
2011	Baubeginn
2017	Bauabschluss

Zur Realisierung eines umfassenden Verkehrsmanagements wurde für die erste Region im Jahre 2010 durch den Grossen Rat der entsprechende Grosskredit genehmigt. Die Projektarbeiten erfolgen unter Mitwirkung der betroffenen Gemeinden und Verkehrsbetriebe.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2010-0803 vom 07.09.2010	Mio. Fr.	39.68

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 640Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Verkehrsteilnehmenden und Gemeindebehörden sind mit der Gesamttätigkeit der Abteilung Tiefbau zufrieden.								
01 Umfrageergebnis (Zufriedenheit mit: Ausbaustandard, baul. Zustand, Sauberkeit, Minimalwert etc.)	%	-	0	80.0	-	-	-	◑

Die Umfrage wird alle vier Jahre durchgeführt. Die nächste Umfrage ist für 2014 geplant.

Ziel 640Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Verkehrssicherheit wird erhöht.								
01 Realisierte Unfallschwerpunktmassnahmen	Anzahl	4	4	4	4	4	4	●
02 Bei Schneefall und Glätte ist die Benutzbarkeit der Kantonsstrassen innerhalb von 4 Std. nach Alarmierung sichergestellt. Vorgabe der Zielerreichung mindestens	%	99.0	95.0	95.0	95.0	95.0	95.0	◑

Die Anzahl Unfallschwerpunkte wird vom Kanton Aargau aufgrund der Norm VSS SN 641 716 jährlich definiert. Die Anzahl ist aufgrund der Ereignisse im Strassenverkehr dynamisch und liegt in der Grössenordnung von insgesamt ca. 20 Unfallschwerpunkten. An diesen Unfallschwerpunkten ereignen sich ca. 5% aller Verkehrsunfälle auf Kantonsstrassen. Zu allen festgestellten Unfallschwerpunkten werden geeignete Massnahmen definiert. Davon sollen jährlich 4 Massnahmen umgesetzt werden. Diese werden teils sofort realisiert oder im Rahmen von künftigen Projektierungen in Strassenprojekten umgesetzt. Zeitlich nachgelagert erfolgt zudem eine Erfolgskontrolle, welche zeigt, ob die umgesetzten Massnahmen die gewünschte Wirkung erzielt haben.

Ziel 640Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Der Substanzerhalt ist mit Instrumenten für die Zustandsbewertung und die Werterhaltungsplanung sichergestellt.								
01 Kantonsstrassennetz	km	1'150	1'150	1'150	1'150	1'150	1'150	○
02 Deckbeläge KS in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	%	31.0	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0	◑
03 Brücken und Stützkonstruktionen	Anzahl	2'518	2'518	2'518	2'518	2'518	2'518	○
04 Brücken und Stützkonstruktionen in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	Anzahl	52	80	80	80	80	80	◑
05 Tunnelbauwerke	km	6	6	6	6	6	6	○
06 Tunnel-Kilometer in den zwei schlechtesten Zustandsklassen sind maximal	km	0	0	0	0	0	0	◑
07 Mittelzuteilung für Werterhaltungsmassnahmen in % des Wiederbeschaffungswerts im Durchschnitt	%	1.3	1.2	1.2	1.3	1.3	1.2	◑

01-06: Die Zustandsklassen definieren sich nach der VSS-Norm 640925. Klasse 5 "Alarmierender Zustand": Sicherheit gefährdet, Massnahmen sind vor nächster Inspektion erforderlich; Klasse 4 "Schlechter Zustand": Grosse Schäden, Massnahmen sind einzuleiten.
07: Die Budget- und Plan-Werte basieren auf den aus den Jahrestranchen der Verpflichtungskredite ermittelten Werterhaltungsanteilen.

Ziel 640Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuerbarkeit
Die Umsteigeanlagen für den Individualverkehr werden nachfrageorientiert ausgebaut.								
01 Park+Pool-Anlagen	Anzahl	9	9	10	11	12	13	◑
02 Park+Pool-Plätze	Anzahl	416	479	516	596	626	696	◑

Für 2013 ist die Erweiterung der Anlage Eiken um 45 PW-Parkplätze geplant. 2014 soll eine neue Anlage in Neuenhof mit total 37 PW-Parkplätzen erstellt werden. 2015 ist eine neue Anlage in Rheinfelden-West, 2016 eine Anlage in Aarau-Ost und 2017 eine Anlage in Wettingen geplant.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**52'219**	**50'845**	**-2.6%**	**50'146**	**50'038**	**50'022**
Globalbudget Aufwand	**-**	**60'576**	**61'112**	**0.9%**	**60'413**	**60'304**	**60'289**
30 Personalaufwand	-	28'840	28'977	0.5%	28'716	28'704	28'713
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	24'833	25'567	3.0%	25'129	25'030	25'005
36 Transferaufwand	-	1'675	1'105	-34.0%	1'105	1'105	1'105
39 Interne Verrechnungen	-	5'228	5'463	4.5%	5'464	5'465	5'466
Globalbudget Ertrag	**-**	**-8'357**	**-10'267**	**22.9%**	**-10'267**	**-10'267**	**-10'267**
42 Entgelte	-	-2'623	-4'463	70.1%	-4'463	-4'463	-4'463
44 Finanzertrag	-	-2'640	-2'550	-3.4%	-2'550	-2'550	-2'550
46 Transferertrag	-	-2'394	-2'554	6.7%	-2'554	-2'554	-2'554
49 Interne Verrechnungen	-	-700	-700	0.0%	-700	-700	-700
LUAE Saldo	**-**	**-52'219**	**-50'845**	**-2.6%**	**-50'146**	**-50'038**	**-50'022**
LUAE Aufwand	**-**	**133'508**	**137'676**	**3.1%**	**149'234**	**205'695**	**185'072**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	89'256	103'862	16.4%	128'933	185'394	164'771
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	21'752	13'513	-37.9%	-	-	-
39 Interne Verrechnungen	-	22'500	20'300	-9.8%	20'300	20'300	20'300
LUAE Ertrag	**-**	**-185'727**	**-188'520**	**1.5%**	**-199'379**	**-255'731**	**-235'093**
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-	-		-7'201	-58'508	-34'203
46 Transferertrag	-	-56'000	-55'400	-1.1%	-55'600	-57'100	-57'200
49 Interne Verrechnungen	-	-129'727	-133'120	2.6%	-136'578	-140'123	-143'690
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**89'256**	**103'862**	**16.4%**	**128'933**	**185'394**	**164'771**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**153'179**	**174'441**	**13.9%**	**236'161**	**277'432**	**235'728**
50 Sachanlagen	-	152'779	174'441	14.2%	236'161	277'432	235'728
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	400	-		-	-	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-63'923**	**-70'579**	**10.4%**	**-107'228**	**-92'038**	**-70'957**
60 Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	-	-2'000	-2'000	0.0%	-2'000	-2'000	-2'000
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-	-61'523	-68'579	11.5%	-105'228	-90'038	-68'957
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-400	-		-	-	-

Globalbudget

Veränderungen im Budget
Aufwand:
36; Geringere Beiträge an Infrastrukturprojekte des öffentlichen Verkehrs.
Ertrag:
42; Vermehrter Einsatz von aufbereiteten PAK-haltigen Belägen (polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe). Das Material wird in Kieswerken aufbereitet und in der Fundationsschicht beim Strassenbau verwendet wobei eine Verrechnung zu Lasten von Kantonsstrassenprojekten erfolgt.
46; Höherer Ertrag aus Beiträgen von Gemeinde und Bund an Verkehrsinfrastrukturprojekte im Verhältnis zum Investitionsaufwand.

LUAE

Veränderungen im Budget
Aufwand:
33; Direktabschreibung Investitionen Verkehrsinfrastruktur.
35; Einlage in den Fonds Strassenrechnung (Saldo der jährlichen Erfolgsrechnung).
49; Höhere Einnahmen aus Motorfahrzeugabgaben entsprechend den Prognosen des Strassenverkehrsamtes.

Veränderungen in den Planjahren
Aufwand:
33; Direktabschreibung der Investitionen Verkehrsinfrastruktur.
35; In den Planjahren ist keine Einlage, sondern eine Entnahme aus dem Fonds Strassenrechnung vorgesehen.
Ertrag:
45; Entnahme aus dem Fonds Strassenrechnung. In den Jahren 2015 bis 2017 ist die Realisierung diverser Grossprojekte geplant.
49; Höhere Einnahmen aus Motorfahrzeugabgaben entsprechend den Prognosen des Strassenverkehrsamtes.

Investitionsrechnung
Veränderungen im Budget
Aufwand:
50; Höherer Investitionsaufwand für Grossprojekte im Strassenbau und Verkehrsmanagement.
Ertrag:
57; Auslaufender Finanzbedarf für die als Verbundaufgabe Bund/Kanton fertig gestellten Projekte im Nationalstrassenbereich.
63; Höherer Investitionsertrag aus Beiträgen von Gemeinde und Bund im Verhältnis zum Investitionsaufwand.

Veränderungen in den Planjahren
Aufwand:
50; Höherer Investitionsaufwand für die Realisierung von Grossprojekten (z. Bsp. Umfahrungsprojekte Mellingen, Sins, Brugg und Zurzach, Schulhausplatz Baden, Wiggertalstrasse und Zubringer Lenzburg sowie Verkehrsmanagement Projekte in Baden, Aarau, Brugg und Wiggertal).
Ertrag:
63; Höherer Investitionsertrag aus Beiträgen von Gemeinde und Bund im Verhältnis zum Investitionsaufwand.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**0**	**0**	**∞%**	**0**	**0**	**0**
- Abschreibungen*	-	89'256	103'862	16.4%	128'933	185'394	164'771
+ Nettoinvestitionen	-	89'256	103'862	16.4%	128'933	185'394	164'771
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**0**	**0**	**0.0%**	**0**	**0**	**0**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

F. Übersicht LUAE über 5 Mio. Franken

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Basisfinanzierung							
Saldo	**-**	**-185'727**	**-188'520**	**1.5%**	**-192'178**	**-197'223**	**-200'890**
Total Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-185'727	-188'520	1.5%	-192'178	-197'223	-200'890
Bundesbeitrag aus Mineralölsteuer	-	-22'400	-22'300	-0.4%	-22'400	-23'800	-23'800
Bundesbeitrag aus LSVA	-	-28'500	-28'000	-1.8%	-28'100	-28'200	-28'300
Bundesbeitrag aus Kilometerglobale	-	-5'100	-5'100	0.0%	-5'100	-5'100	-5'100
Motorfahrzeugabgaben	-	-129'727	-133'120	2.6%	-136'578	-140'123	-143'690
Fondsveränderung							
Saldo	**-**	**21'752**	**13'369**	**-38.5%**	**-7'344**	**-58'651**	**-34'345**
Total Aufwand	-	21'752	13'369	-38.5%	0	0	0
Einlagen in Spezialfinanzierungen EK	-	21'752	13'369	-38.5%	0	0	0
Total Ertrag	-	-	-		-7'344	-58'651	-34'345
Entnahmen aus Spezialfinanzierungen des EK	-	-	-		-7'344	-58'651	-34'345

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
IV Verkehrssicherheit Kantonspolizei							
Saldo	**-**	**21'900**	**19'700**	**-10.0%**	**19'700**	**19'700**	**19'700**
Total Aufwand	-	21'900	19'700	-10.0%	19'700	19'700	19'700
Interne Verrechnungen allg.	-	20'900	18'700	-10.5%	18'700	18'700	18'700
interne Verrechnung IT	-	1'000	1'000	0.0%	1'000	1'000	1'000
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Abschreibungen Strassenbau							
Saldo	**-**	**50'994**	**67'442**	**32.3%**	**76'562**	**139'031**	**119'015**
Total Aufwand	-	50'994	67'442	32.3%	76'562	139'031	119'015
Abschreibungen Spezialfinanzierung	-	50'994	67'442	32.3%	76'562	139'031	119'015
Weiterer Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Weiterer Ertrag	-	-	-		-	-	-
Abschreibungen Strassenbewirtschaftung							
Saldo	**-**	**31'120**	**30'848**	**-0.9%**	**45'072**	**36'771**	**31'912**
Total Aufwand	-	31'120	30'848	-0.9%	45'072	36'771	31'912
Abschreibungen Spezialfinanzierung	-	31'120	30'848	-0.9%	45'072	36'771	31'912
Weiterer Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Weiterer Ertrag	-	-	-		-	-	-
Abschreibungen Verkehrsmanagement							
Saldo	**-**	**7'142**	**5'574**	**-22.0%**	**7'300**	**9'593**	**13'845**
Total Aufwand	-	7'142	5'574	-22.0%	7'300	9'593	13'845
Abschreibungen Spezialfinanzierung	-	7'142	5'574	-22.0%	7'300	9'593	13'845
Weiterer Aufwand	-	-	-		-	-	-
Total Ertrag	-	-	-		-	-	-
Weiterer Ertrag	-	-	-		-	-	-

Dargestellt werden sämtliche Spezialfinanzierungen sowie alle LUAE, deren Aufwand, Ertrag oder Saldo über 5 Mio. Franken betragen.

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**89'694**	**104'262**	**16.2%**	**129'213**	**185'669**	**165'021**
	VK-Globalbudget	-	438	400	-8.6%	280	275	250
	VK-Investitionsrechnung	-	89'256	103'862	16.4%	128'933	185'394	164'771
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**70'740**	**71'418**	**1.0%**	**72'187**	**64'007**	**62'357**
	Aufwand	-	116'396	120'012	3.1%	124'799	102'879	96'963
	Ertrag	-	-45'656	-48'594	6.4%	-52'612	-38'872	-34'606
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**150**	**100**	**-33.3%**	**80**	**25**	**-**
	Aufwand	-	150	100	-33.3%	80	25	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**18'804**	**32'744**	**74.1%**	**56'946**	**121'637**	**102'664**
	Aufwand	-	34'671	52'729	52.1%	109'562	172'803	137'015
	Ertrag	-	-15'867	-19'985	26.0%	-52'616	-51'166	-34'351

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Sanierung Seetalbahn 1. Etappe									
VK, einmaliger Aufwand	21.08.2001	8'014	-	-	-	-	-	-	-
ZK, einmaliger Aufwand	08.03.2005	875	9'290	-259	231	-	-	-	-490
Sanierung Seetalbahn 2. Etappe									
VK, einmaliger Aufwand	08.03.2005	30'589	34'214	1'679	926	1'057	597	-	-901
Sanierung Seetalbahn 3. Etappe									
VK, einmaliger Aufwand	08.03.2005	16'969	19'281	355	-	-	-	-	355
Zofingen IO K233 Unterführung SBB									
VK, einmaliger Aufwand	19.01.2010	13'294	13'981	7'847	4'300	5'340	717	-	-2'510
Zofingen Mühlethal K315 Ausbau									
VK, einmaliger Aufwand	19.01.2010	7'670	8'052	6'066	-	-	-	-	0
ZK, einmaliger Aufwand	geplant	4'130	4'130	-	2'852	3'310	3'107	20	-
Aarau AO K110/244 Anschluss Rohr									
VK, einmaliger Aufwand	30.03.2010	10'033	10'300	2'082	-	-	-	-	2'082
Verkehrsmanagement Baden Regio									
VK, einmaliger Aufwand	07.09.2010	39'680	40'956	34'219	4'955	12'050	7'871	2'689	6'654
Mellingen NK268 Umfahrung									
VK, einmaliger Aufwand	16.11.2010	36'516	37'691	32'875	2'325	1'055	9'675	10'705	9'115
Boswil/Bünzen NK359 Niveauübergang									
VK, einmaliger Aufwand	15.03.2011	22'980	23'694	14'751	5'105	3'915	787	-	4'944
Baden IO K115/268 Schulhausplatz									
VK, einmaliger Aufwand	06.03.2012	94'700	96'445	86'535	1'265	20'457	23'540	21'687	19'586
Koblenz IO K113/131 Ausbau Grenzübergang									
VK, einmaliger Aufwand	06.03.2012	6'400	6'462	5'255	1'187	1'690	865	-	1'513
Baden IOK268 Schadenmühle									
VK, einmaliger Aufwand	13.03.2012	20'350	20'726	19'444	1'088	8'980	6'093	340	2'943
Baden, K117 B-218e Schlossbergtunnel									
VK, einmaliger Aufwand	13.03.2012	5'500	5'557	5'001	176	1'780	1'727	512	806
Künten/Eggenwil IO/AO K271 OV									
VK, einmaliger Aufwand	05.06.2012	9'917	10'242	9'472	294	3'680	3'180	528	1'790
Wiggertalstrasse NK204 neu									
VK, einmaliger Aufwand	05.06.2012	32'920	33'529	26'682	2'190	6'975	7'483	3'044	6'990
Birmenstorf IO K272/K418 Knoten Chrüz									
VK, einmaliger Aufwand	04.12.2012	6'750	6'750	6'440	1'709	2'728	610	-	1'393
Lenzburg, Zubringer A1									
VK, einmaliger Aufwand	04.12.2012	75'350	75'350	73'197	900	1'100	25'000	24'800	21'397
Bad Zurzach Ostumfahrung									
VK, einmaliger Aufwand	15.01.2013	58'825	59'287	57'250	1'200	2'400	17'050	16'500	20'100
Sins NK124 Südwestumfahrung									
VK, einmaliger Aufwand	15.01.2013	88'392	89'092	86'372	2'464	1'467	16'539	14'851	51'051
Stetten, B-052 Brücke Gnadenthal									
VK, einmaliger Aufwand	15.01.2013	13'190	13'190	12'136	6'864	3'077	304	-	1'891
Aristau-Merenschwand K261 OVA									
VK, einmaliger Aufwand	05.03.2013	9'061	9'130	8'630	326	6'359	832	-	10'113
Brugg/Windisch Südwestumfahrung Brugg									
VK, einmaliger Aufwand	05.03.2013	46'450	47'189	44'501	3'290	11'000	10'050	6'550	13'611

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Rekingen/Mellikon AO H7/K131 Ausbau									
VK, einmaliger Aufwand	05.03.2013	6'700	6'751	6'267	470	2'670	2'234	47	846
Buchs IO NK 209, Verbindungsspange									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	11'400	11'400	-	7'945	1'995	-	-	-
Oftringen K235, B-140 SBB-Brücke									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	16'300	16'300	-	667	3'250	9'200	710	-
Aarau AO K107, B-023 Aarebrücke									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	33'000	33'000	-	-	563	9'500	8'750	-
Suhr IO, K235 Umbau Knoten Kreuz									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	13'800	13'800	-	-	1'620	4'444	3'230	-
Unterkulm K242 ET WSB Mitte									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	20'100	20'100	-	-	700	5'500	4'900	-
Verkehrsmanagement Aarau Regio									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	33'000	33'000	-	-	44	2'120	6'652	-
Wohlen IO/AO K265 Nutzenbachstrasse									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	7'400	7'400	-	-	300	2'585	2'380	-
Verkehrsmanagement Brugg Regio									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	26'000	26'000	-	-	-	775	5'500	-
Verkehrsmanagement Wiggertal Regio									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	33'000	33'000	-	-	-	418	870	-
Lenzburg-Ammerswil AO K374/K376 OVA									
VK, einmaliger Aufwand	geplant	5'800	5'800	-	-	-	-	1'750	-

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**227.21**	**233.95**	**233.95**	**0.0%**	**233.95**	**233.95**	**233.95**
Ordentliche Stellen	226.21	230.95	230.95	0.0%	230.95	230.95	230.95
Fremdfinanzierte Stellen	1.00	1.00	1.00	0.0%	1.00	1.00	1.00
Projektstellen	-	2.00	2.00	0.0%	2.00	2.00	2.00

Aufgabenbereich 645: Wald, Jagd und Fischerei

A. Aufgaben und Umfeldentwicklung

Aufgaben
Vollzug der Wald-, Jagd- und Fischereigesetzgebung von Bund und Kanton: Der Grundauftrag des Aufgabenbereichs umfasst den integralen Schutz (Fläche und Lebensraumqualität) und die Nutzung des Waldes (Holz und Freizeitaktivitäten), den Schutz und die Förderung der Wild- und Wassertiere sowie deren Lebensräume, die Verpachtung der Jagd- und Fischereireviere sowie die Bewirtschaftung des Staatswaldes.

Zuständige Kommission
Kommission für Umwelt, Bau, Verkehr, Energie und Raumordnung

Leistungsgruppen
LG 645.10 Walderhaltung
LG 645.20 Waldbewirtschaftung
LG 645.30 Jagd und Fischerei

Organisation
Der Aufgabenbereich ist - angelehnt an die Leistungsgruppen - in die drei Sektionen Walderhaltung, Waldbewirtschaftung, Jagd und Fischerei sowie die vier Kreisforstämter 1-4 gegliedert, welche zusammen die Abteilung Wald bilden.

Umfeldentwicklung und Risiken
Das Umfeld des Aufgabenbereichs zeichnet sich dadurch aus, dass Umwelteinflüsse und zunehmende Raumansprüche der Gesellschaft den Druck auf die Lebensräume und die einheimischen Tier- und Pflanzenarten erhöhen. Generell nimmt das Spannungsfeld zwischen der Nutzung und dem Schutz der natürlichen Ressourcen in den drei Bereichen Wald, Jagd und Fischerei zu. Die Vollzugsaufgaben werden anspruchsvoller. Der Schutz des Waldareals ist von der Bevölkerung akzeptiert und durch die Rechtsprechung bestätigt worden.
Die Entwicklung von invasiven Arten oder anderen, den Wald bedrohende Organismen ist zu beobachten.
Die Waldbewirtschaftung ist Sache der Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer. Sie erfolgt nach den Prinzipien des naturnahen Waldbaus und nimmt Rücksicht auf die Waldböden. Die natürlichen Voraussetzungen für die Nutzung des Rohstoffs Holz sind im Aargau günstig. Die Wald- und Holzwirtschaft leistet nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Wertschöpfung und Sicherung von Arbeitsplätzen sowie zum Klimaschutz. Diese Leistungen können in der erwarteten Qualität künftig nur erbracht werden, wenn die Forstbetriebe ökonomisch überlebensfähig bleiben. Dies wird angesichts gedrückter internationaler Holzpreise schwieriger.
Der Kanton Aargau besitzt rund 3'300 ha Wald in 72 Gemeinden. Für den Staatswald stellen sich die gleichen Herausforderungen wie für die anderen Waldeigentümerinnen und Waldeigentümer.
Die Nutzung der Wildbestände und die Vermeidung untragbarer Wildschäden werden unter anderem durch den steigenden Freizeitdruck schwieriger. Der Lebensraum der Wassertiere wird durch die Entwicklung von Siedlung, Verkehr und den Ausbau von Kleinwasserkraftwerken zunehmend eingeengt.

Auswirkungen und Massnahmen
Im Bericht "waldentwicklungAARGAU" sind die Hauptausrichtungen sowie die Strategien und Massnahmen der kantonalen Waldpolitik zusammengefasst. Der Erhalt und die Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald werden im Rahmen der vierten Etappe des Naturschutzprogramms Wald fortgesetzt. Die Ansprüche an den Wald nehmen an Vielfalt und Intensität zu und führen zu einem erhöhten Druck auf Wald und Landschaft. Daraus resultiert ein höherer Aufwand im Vollzug, insbesondere bei den Bewilligungsverfahren. Die gesellschaftlichen Ansprüche an den Wald müssen vermehrt analysiert und aktiv aufgenommen sowie mit anderen Nutzungsansprüchen koordiniert werden.
Die Ausschöpfung des Nutzungspotentials erfordert eine aktive Unterstützung innovativer Holzverwendungen namentlich der Buche, der häufigsten Baumart im Aargauer Wald.
Die in den letzten Jahren im Staatswald erreichte Verbesserung der Betriebsstrukturen und die aufgebaute partnerschaftliche Zusammenarbeit mit anderen öffentlichen Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern bieten gute Voraussetzungen dafür, dass die Staatswaldbewirtschaftung auch in Zukunft ökonomischen, ökologischen und gesellschaftlichen Anforderungen gerecht wird.
Die Vermeidung von Wildschäden, insbesondere beim Schwarz-, Reh- und Rotwild, erfordert eine engere Zusammenarbeit und Veränderungsbereitschaft der involvierten Kreise. Der Lebensraum der Wassertiere muss weiter verbessert werden. Ergänzend zu den grossen Wasserbauprojekten werden kleinere, aber wirksame fischereibiologische Aufwertungsmassnahmen initiiert und unterstützt.

B. Entwicklungsschwerpunkte

Steuerungsbereich Grosser Rat

645E001	Erhalt und Entwicklung der biologischen Vielfalt im Wald
2014 - 2019	Vierte Etappe Naturschutzprogramm Wald

01: Die vierte Etappe des Naturschutzprogramms Wald wird mit folgenden Massnahmen umgesetzt: Schaffung von Naturwald-, Spezial-Eichenwaldreservaten und Altholzinseln, sowie Aufwertungen von Waldrändern.

Bruttoaufwand Verpflichtungskredit: GRB 2013-2351 vom 5.03.2013	Mio. Fr.	11.40

C. Ziele und Indikatoren

Steuerungsbereich Grosser Rat

Steuerbarkeit: ● direkt steuerbar, ◑ eingeschränkt steuerbar, ○ nicht steuerbar

Ziel 645Z001	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Tier- und Pflanzenarten finden im Wald geeignete Lebensräume vor.								
01 Waldreservate (Nutzungsverzicht)	Hektar	2'547	2'550	2'615	2'680	2'745	2'810	◑
02 Unterhalt Waldränder pro Jahr	km	-	-	7	8	9	10	◑
03 Spezialreservate	Hektar	882	820	845	870	895	930	◑
04 Eichenwälder	Hektar	2'259	1'875	2'600	2'750	2'900	3'050	◑
05 Anteil mit 50-jährigen Verträgen gesicherte Reservatsfläche an der Gesamtwaldfläche	%	10.4	9.0	10.6	11.1	11.5	12.0	◑

Im Rahmen des Naturschutzprogramms Wald werden mit Waldeigentümerinnen und Waldeigentümern langfristige Verträge über Nutzungsverzichtsflächen und Eichenwälder abgeschlossen sowie spezielle Standorte (Spezialreservate) und Waldränder aufgewertet. Die Budget- und Planwerte sind aus den langfristigen Zielsetzungen des Naturschutzprogramms Wald, Etappe 2014-2019, abgeleitet. Zu den langfristig gesicherten Flächen werden die Naturwaldreservate und Altholzinseln sowie die Eichenwaldreservate gezählt.
02: Neuer Indikator. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

Ziel 645Z002	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Wald wird naturnah und nachhaltig bewirtschaftet.								
01 genutzte Holzmenge im Aargauer Wald	m3	412'000	500'000	500'000	500'000	500'000	500'000	○
02 Fläche Jungwald	Hektar	7'682	7'682	7'682	7'682	7'682	7'682	○
03 Laubholzanteil an der Gesamtwaldfläche ist grösser als	%	53	53	50	50	50	50	◑
04 Anteil Naturverjüngung (gesetzte Pflanzen pro 10 m3 Nutzung sind weniger als)	Anzahl	-	-	5	5	5	5	◑
05 Die Waldbewirtschaftung erfolgt kostendeckend (Ertrag/Aufwand ist grösser als)	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	○
07 gepflegte Jungwaldfläche pro Jahr	Hektar	1'728	1'700	1'700	1'700	1'700	1'700	◑

Eine nachhaltige Waldbewirtschaftung zeichnet sich dadurch aus, dass die genutzte Holzmenge die nachwachsende nicht übersteigt (Indikator 01), der Wald möglichst auf natürliche Weise verjüngt (Indikator 04) und so weit nötig gepflegt wird als Investition in zukünftig wertvolle, gesunde und stabile Waldbestände (Indikator 07), ein ausgewogenes Verhältnis der verschiedenen Entwicklungsstufen (junge und alte Bestände) vorhanden ist (Indikator 02) und dass der Wald an die Standorte angepasste, minimale Laubholzanteile aufweist, damit die Böden nicht degenerieren (Indikator 03). Der Laubholzanteil und die Anzahl gesetzter Pflanzen im Verhältnis zur genutzten Holzmenge sind ein gutes Mass für die Naturnähe des Waldes. Je mehr taugliche Naturverjüngung vorhanden ist, desto weniger Pflanzungen sind nötig. Innerhalb der letzten 10 Jahre haben sich die Pflanzungen nahezu halbiert. Der zur Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit bzw. des Zuwachspotentiales minimal erforderliche Laubholzanteil ergibt sich aus den natürlichen Standortsverhältnissen und beträgt im Aargau ca. 50% der Fläche (Beschirmung). Der tatsächliche Laubholzanteil wird im Rahmen des Landesforstinventars (LFI) alle 10 Jahre erhoben und beträgt aktuell 60%.
04/05: Neue Indikatoren. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

Ziel 645Z003	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Steuer-barkeit
Der Staatswald wird naturnah und nachhaltig bewirtschaftet.								
01 Anteil mit 50-jährigen Verträgen gesicherte Reservatsfläche an der Staatswaldfläche	%	-	-	30.0	30.0	30.0	30.0	●
02 Die Waldbewirtschaftung erfolgt kostendeckend (Ertrag/Aufwand ist grösser als)	%	-	-	100.0	100.0	100.0	100.0	◑
03 Anteil Naturverjüngung (gesetzte Pflanzen pro 10 m3 Nutzung sind weniger als)	Anzahl	-	-	5	5	5	5	●
04 Holznutzung in % des Hiebsatzes (30'840 m3) im Durchschnitt der letzten fünf Jahre	%	99	100	100	100	100	100	●

Für die Bewirtschaftung des Staatswaldes gelten die gleichen gesetzlichen Ziele und Vorgaben wie für den übrigen Wald im Kanton. Dadurch ist es möglich, nicht nur die Qualität der Staatswaldbewirtschaftung, sondern auch den Beitrag des Staatswaldes zur Erreichung der kantonalen Ziele abzuschätzen.
01/02/03: Neue Indikatoren. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

Ziel 645Z004	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Jagd und Fischerei werden nachhaltig sichergestellt.								
01 Erlegte Rehe pro Jahr	Anzahl	-	-	5'000	5'000	5'000	5'000	◑
02 Fischfangerträge (Stück)	Anzahl	93'428	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000	◑
03 Ausbezahlte Beiträge an die Wildschadenverhütung und -vergütung sind kleiner als	Fr.	-	-	500'000	500'000	500'000	500'000	◑
04 Bewilligungen und Mitberichte Fischerei- und Jagdrecht	Anzahl	1'101	960	960	960	960	960	○
05 Überwachungs- und Aufwertungsprojekte	Anzahl	17	25	20	25	30	30	◑

Die jagdliche resp. fischereiliche Nutzung des Wildes und der Fische/Krebse hat nach dem Grundsatz der Nachhaltigkeit zu erfolgen. Dies bedeutet, dass die Abschöpfung der Ressourcen den Zuwachs nicht übersteigen darf. Die Rehwildbestände sind so zu regulieren, dass die natürliche Verjüngung standortsgerechter Baumarten möglich ist und die Wildschäden tragbar bleiben. Eine Steuerung erfolgt via Abschussplanungen beim Rehwild, Massnahmenplänen zu einzelnen Tierarten und Fördermassnahmen bei den Wassertieren (Lebensraumaufwertungen, Besatz).
Voraussetzung für die Erhaltung und Entwicklung der Bestände der Wild- und Wassertiere sind intakte Lebensräume. Je mehr Lebensraumaufwertungsprojekte realisiert werden können, desto mehr profitieren die Wild- und Wassertiere. Um die Wirksamkeit der ausgeführten Massnahmen überprüfen zu können, sind Erfolgskontrollen notwendig.
01/03: Neue Indikatoren. Die Werte wurden für 2012 und 2013 nicht erhoben bzw. budgetiert.

Ziel 645Z005	Einheit	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	Planjahre 2016	Planjahre 2017	Steuer-barkeit
Der Wald bleibt in seiner Fläche erhalten und weitgehend frei von Bauten.								
01 Waldfläche	Hektar	49'039	49'030	49'030	49'030	49'030	49'030	◑
02 Behandelte Baugesuche im und am Wald plus Rodungsentscheide	Anzahl	438	435	435	435	435	435	○
03 Durchschnittliche Rodungsfläche der letzten fünf Jahre	Hektar	8.5	6.5	6.5	6.5	6.5	6.5	◑
04 Maximale Anzahl neu bewilligter Bauten und Anlagen im Wald	Anzahl	8	10	10	10	10	10	◑

Die Waldfläche ist gemäss dem Bundesgesetz über den Wald geschützt und darf nicht verringert werden. Rodungen sind verboten, Bauten im Wald dürfen nur beim Nachweis der Standortgebundenheit bewilligt werden. Im Rahmen des Vollzugs der Walderhaltung ist sicherzustellen, dass die gerodete Fläche möglichst gering bleibt.
Durch die Beratung von Bauherrschaften und einer zurückhaltenden Bewilligungspraxis können Bauvorhaben im Wald auf ein Minimum beschränkt und so die Rodungsfläche sowie die pro Jahr neu erstellten Bauten und Anlagen in etwa konstant gehalten werden.

D. Finanzielle Steuergrössen

Steuerungsbereich Grosser Rat / zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Globalbudget Saldo	**-**	**8'441**	**10'641**	**26.1%**	**9'928**	**9'410**	**9'896**
Globalbudget Aufwand	**-**	**18'012**	**19'744**	**9.6%**	**19'625**	**19'566**	**19'538**
30 Personalaufwand	-	5'932	6'102	2.9%	6'124	6'105	6'121
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	3'682	4'195	13.9%	4'154	4'013	3'769
36 Transferaufwand	-	8'397	9'447	12.5%	9'347	9'447	9'647
Globalbudget Ertrag	**-**	**-9'570**	**-9'103**	**-4.9%**	**-9'697**	**-10'156**	**-9'642**
41 Regalien und Konzessionen	-	-1'680	-1'683	0.2%	-1'683	-1'683	-1'683
42 Entgelte	-	-3'825	-3'898	1.9%	-3'887	-3'887	-3'832
44 Finanzertrag	-	-45	-45	0.0%	-45	-45	-45
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-715	-265	-62.9%	-565	-1'015	-565
46 Transferertrag	-	-2'805	-2'912	3.8%	-2'867	-2'876	-2'867
49 Interne Verrechnungen	-	-500	-300	-40.0%	-650	-650	-650
LUAE Saldo	**-**	**103**	**58**	**-43.8%**	**58**	**56**	**56**
LUAE Aufwand	**-**	**770**	**525**	**-31.8%**	**875**	**874**	**874**
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	103	58	-43.8%	58	56	56
37 Durchlaufende Beiträge	-	168	168	0.0%	168	168	168
39 Interne Verrechnungen	-	500	300	-40.0%	650	650	650
LUAE Ertrag	**-**	**-668**	**-468**	**-30.0%**	**-818**	**-818**	**-818**
42 Entgelte	-	-300	-300	0.0%	-400	-400	-400
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-200	-		-250	-250	-250
47 Durchlaufende Beiträge	-	-168	-168	0.0%	-168	-168	-168
Investitionsrechnung Saldo	**-**	**450**	**-**		**-**	**450**	**-**
Investitionsrechnung Aufwand	**-**	**450**	**-**		**-**	**450**	**-**
50 Sachanlagen	-	450	-		-	450	-
Investitionsrechnung Ertrag	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**

Globalbudget

Veränderungen im Budget
Aufwand:
31; Beginn Naturschutzprogramm 4. Etappe für Bauauftäge. Projekte für Lebensraumaufwertungen im Wald.
36; Beginn Naturschutzprogramm 4. Etappe für Beiträge.
Ertrag:
44; Kein Verkauf von Waldgrundstücken geplant.
45; Weniger Entnahmen aus zweckgebundenen Rücklagen zur Finanzierung von Projekten Waldbewirtschaftung und für Ersatzinvestitionen der Forstbetriebe.
49; Entnahme aus Rücklagen Rodungen. Diese werden zweckgebunden für Beiträge an die Jungwaldpflege verwendet.

Veränderungen in den Planjahren
Ertrag:
45; Entnahme aus zweckgebundenen Rücklagen zur Finanzierung von Projekten Waldbewirtschaftung und für Ersatzinvestitionen der Forstbetriebe.
49; Entnahme aus Rücklagen Rodungen. Diese werden zweckgebunden für Beiträge an die Jungwaldpflege verwendet.

LUAE

Veränderungen im Budget
Aufwand:
39; Belastung in den Rücklagen Rodungen der zweckgebundenen Beiträge an die Jungwaldpflege.

Veränderungen in den Planjahren
Aufwand:
39; Belastung in den Rücklagen Rodungen der zweckgebundenen Beiträge an die Jungwaldpflege.

Investitionsrechnung

Verändungen in den Planjahren
Aufwand:
50; Anschaffung eines neuen Forstfahrzeuges.

E. Finanzierungsrechnung

zur Information

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	**-**	**8'544**	**10'699**	**25.2%**	**9'986**	**9'466**	**9'952**
- Abschreibungen*	-	103	58	-43.8%	58	56	56
+ Nettoinvestitionen	-	450	-		-	450	-
Finanzierungsrechnung Saldo	**-**	**8'891**	**10'641**	**19.7%**	**9'928**	**9'860**	**9'896**

**Abschreibungen Sachanlagen Verwaltungsvermögen und Direktabschreibungen Investitionsbeiträge*

G. Übersicht Verpflichtungskredite

zur Information

Verpflichtungskredite in 1'000 Fr.		JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Saldo VK nach Steuergrösse	**Saldo VK total**	**-**	**1'573**	**2'306**	**46.6%**	**2'301**	**2'121**	**1'931**
	VK-Globalbudget	-	1'573	2'306	46.6%	2'301	2'121	1'931
	VK-Investitionsrechnung	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Regierungsrat	**Saldo**	**-**	**438**	**686**	**56.6%**	**681**	**501**	**311**
	Aufwand	-	438	686	56.6%	681	501	311
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Sammelvorlage)	**Saldo**	**-**	**-**	**-**		**-**	**-**	**-**
	Aufwand	-	-	-		-	-	-
	Ertrag	-	-	-		-	-	-
Kreditkompetenz Grosser Rat (Einzelvorlage)	**Saldo**	**-**	**1'135**	**1'620**	**42.7%**	**1'620**	**1'620**	**1'620**
	Aufwand	-	1'700	1'900	11.8%	1'900	1'900	1'900
	Ertrag	-	-565	-280	-50.4%	-280	-280	-280

H. Verpflichtungskredite mit Einzelvorlagen

zur Information

Verpflichtungskredit Bruttoaufwand in 1'000 Fr.	Beschluss Grosser Rat	Kredit	Kredit mit Teuerung	Rest-Kredit 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Rest-Kredit 2017
Naturschutzprogramm Wald, 3. Etappe									
VK, einmaliger Aufwand	04.09.2007	9'460	9'460	1'691	-	-	-	-	1'691
Naturschutzprogramm Wald, 4. Etappe									
VK, einmaliger Aufwand	05.03.2013	11'400	11'400	11'400	1'900	1'900	1'900	1'900	3'800

VK = Verpflichtungskredit, ZK = Zusatzkredit

I. Stellenplan

zur Information

Anzahl	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Stellen total	**40.50**	**44.45**	**44.45**	**0.0%**	**44.45**	**44.45**	**44.45**
Ordentliche Stellen	40.50	44.45	44.45	0.0%	44.45	44.45	44.45
Fremdfinanzierte Stellen	-	-	-		-	-	-
Projektstellen	-	-	-		-	-	-

III. Stellenplan

Personalbestand in Vollzeitstellen

	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamttotal Kanton Aargau	11'485.82	11'857.86	11'948.41	**0.8%**	11'927.26	11'959.91	12'065.61
Total der Aufgabenbereiche	4'235.27	4'454.26	4'385.21	**-1.6%**	4'366.16	4'350.91	4'316.11
Ordentliche Stellen	3'717.78	3'883.86	3'817.11	-1.7%	3'840.71	3'860.16	3'867.56
Fremdfinanzierte Stellen	396.01	422.45	423.70	0.3%	421.70	421.70	420.05
Projektstellen	121.48	147.95	144.40	-2.4%	103.75	69.05	28.50
Total übrige Stellen	7'250.55	7'403.60	7'563.20	**2.2%**	7'561.10	7'609.00	7'749.50
Stellen Lehrpersonen	6'931.34	7'010.00	7'152.50	2.0%	7'150.40	7'198.30	7'338.80
Praktikumsstellen	150.39	188.60	199.70	5.9%	199.70	199.70	199.70
Stellen Berufslernende	160.96	184.00	190.00	3.3%	190.00	190.00	190.00
Sozialstellen	7.86	21.00	21.00	0.0%	21.00	21.00	21.00

Aufgabenbereiche

Grosser Rat, Gerichte, Finanzkontrolle, Datenschutz	307.60	401.49	401.69	**0.0%**	406.69	404.19	402.59
010 Grosser Rat	7.73	8.50	8.60	1.2%	8.60	8.60	8.60
710 Rechtsprechung	286.21	378.49	378.59	0.0%	383.59	381.09	379.49
810 Finanzaufsicht	11.06	11.50	11.50	0.0%	11.50	11.50	11.50
820 Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz	2.60	3.00	3.00	0.0%	3.00	3.00	3.00
Regierungsrat	6.43	7.20	7.20	**0.0%**	5.00	5.00	5.00
100 Zentrale Dienstleistungen und kantonale Projekte	6.43	7.20	7.20	0.0%	5.00	5.00	5.00
Staatskanzlei	47.77	50.75	50.45	**-0.6%**	49.45	49.95	49.95
120 Zentrale Stabsleistungen	47.77	50.75	50.45	-0.6%	49.45	49.95	49.95
Departement Volkswirtschaft und Inneres	2'146.12	2'204.72	2'203.57	**-0.1%**	2'183.72	2'171.57	2'165.47
200 Zentrale Dienstleistungen DVI	25.94	33.10	30.80	-6.9%	30.80	30.80	30.80
210 Polizeiliche Sicherheit	688.90	702.20	711.45	1.3%	724.20	732.20	739.20
215 Verkehrszulassung	160.04	164.78	164.78	0.0%	166.78	168.78	168.78
225 Migration und Integration	113.15	109.20	113.90	4.3%	113.90	113.90	109.90
230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration	322.14	346.00	348.00	0.6%	346.00	346.00	346.00
235 Register und Personenstand	157.88	166.95	146.95	-12.0%	136.75	122.65	120.05
240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich	14.98	15.00	14.20	-5.3%	14.20	13.20	13.20
245 Standortförderung	7.04	8.50	8.50	0.0%	8.50	8.50	8.50
250 Strafverfolgung	178.65	176.00	176.00	0.0%	162.80	152.80	152.80
255 Straf- und Massnahmenvollzug	298.75	306.99	312.99	2.0%	316.99	329.94	323.44
Departement Bildung, Kultur und Sport	640.62	639.92	571.47	**-10.7%**	560.27	555.07	541.57
300 Zentrale Dienstleistungen BKS	378.02	57.45	55.35	-3.7%	55.35	53.35	53.35
310 Volksschule	-	106.25	109.65	3.2%	108.65	108.15	108.15
315 Sonderschulung, Heime und Werkstätten	110.58	112.68	35.33	-68.6%	35.33	35.33	35.33
320 Berufsbildung und Mittelschule	-	201.21	200.31	-0.4%	201.91	201.21	201.21
325 Hochschulen	-	9.20	9.80	6.5%	9.80	9.80	9.80
335 Sport	-	10.70	9.60	-10.3%	10.60	10.60	10.60
340 Kultur	152.02	142.43	151.43	6.3%	138.63	136.63	123.13

in 1'000 Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Departement Finanzen und Ressourcen	462.67	477.27	474.97	**-0.5%**	473.37	469.47	463.52
400 Zentrale Dienstleistungen DFR	26.62	28.25	24.60	-12.9%	24.10	24.10	24.10
410 Finanzen	18.31	18.50	18.50	0.0%	18.50	18.50	18.50
415 Statistik	10.10	9.80	9.80	0.0%	9.80	9.80	9.80
420 Personal	21.09	21.60	21.60	0.0%	21.00	21.00	21.00
425 Steuern	189.16	184.97	184.97	0.0%	184.97	184.97	184.97
430 Immobilien	39.50	42.70	42.65	-0.1%	42.65	42.65	42.65
435 Informatik	103.84	116.95	118.35	1.2%	117.85	113.95	108.00
440 Landwirtschaft	54.05	54.50	54.50	0.0%	54.50	54.50	54.50
Departement Gesundheit und Soziales	313.10	338.31	341.21	**0.9%**	339.81	338.81	335.81
500 Zentrale Dienstleistungen DGS	31.42	33.22	33.80	1.7%	33.80	32.80	32.80
510 Soziale Sicherheit	27.95	35.60	41.00	15.2%	41.00	41.00	41.00
515 Betreuung Asylsuchende	82.75	90.90	85.50	-5.9%	85.50	85.50	85.50
520 Gesundheitsschutz	11.03	11.68	12.00	2.7%	11.00	11.00	11.00
533 Verbraucherschutz	69.84	72.01	72.01	0.0%	71.21	71.21	71.21
535 Gesundheitsversorgung	15.57	16.80	19.80	17.9%	20.20	20.20	17.20
540 Militär und Bevölkerungsschutz	74.54	78.10	77.10	-1.3%	77.10	77.10	77.10
545 Sozialversicherungen	-	-	-		-	-	-
Departement Bau, Verkehr und Umwelt	489.61	510.60	510.65	**0.0%**	510.65	509.65	505.00
600 Zentrale Dienstleistungen BVU	36.23	37.25	36.35	-2.4%	36.35	36.35	36.35
605 Baubewilligung und Recht	-	32.50	32.50	0.0%	32.50	32.50	32.50
610 Raumentwicklung	60.22	29.25	29.95	2.4%	29.95	29.95	27.10
615 Energie	8.09	11.10	11.10	0.0%	11.10	11.10	11.10
620 Umweltschutz	50.55	51.65	51.90	0.5%	51.90	51.90	51.10
625 Umweltentwicklung	44.73	45.60	45.60	0.0%	45.60	44.60	43.60
630 Umweltsanierung	-	-	-		-	-	-
635 Verkehrsangebot	22.08	24.85	24.85	0.0%	24.85	24.85	24.85
640 Verkehrsinfrastruktur	227.21	233.95	233.95	0.0%	233.95	233.95	233.95
645 Wald, Jagd und Fischerei	40.50	44.45	44.45	0.0%	44.45	44.45	44.45

IV. Erfolgs- und Investitionsrechnung (Artengliederung)

Erfolgsrechnung

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
3 Aufwand Erfolgsrechnung	-	4'860	5'015	3.2%	5'236	5'214	5'219
30 Personalaufwand	-	1'610	1'630	1.2%	1'620	1'633	1'660
300 Behörden, Kommissionen und Richter	-	9	8	-11.9%	8	8	8
301 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals	-	496	484	-2.4%	480	481	482
302 Löhne der Lehrpersonen	-	838	856	2.2%	852	864	885
303 Temporäre Arbeitskräfte	-	0	0	13.3%	0	0	0
304 Zulagen	-	0	6	4'966.7%	6	6	6
305 Arbeitgeberbeiträge	-	232	243	4.9%	242	243	248
306 Arbeitgeberleistungen	-	1	1	-13.6%	1	1	1
309 Übriger Personalaufwand	-	34	32	-7.9%	30	31	29
31 Sach- und übriger Betriebsaufwand	-	373	367	-1.5%	332	325	302
310 Material- und Warenaufwand	-	48	46	-4.3%	48	47	47
311 Nicht aktivierbare Anlagen	-	29	31	8.3%	28	27	28
312 Ver- und Entsorgung Liegenschaften VV	-	6	8	25.6%	8	8	8
313 Dienstleistungen und Honorare	-	172	176	2.3%	175	179	181
314 Baulicher und betrieblicher Unterhalt	-	25	25	-1.4%	28	33	34
315 Unterhalt Mobilien und immaterielle Anlagen	-	20	17	-15.2%	18	19	20
316 Mieten, Leasing, Pachten, Benützungsgebühren	-	33	28	-16.5%	28	28	27
317 Spesenentschädigungen	-	9	9	2.1%	9	9	9
318 Wertberichtigungen auf Forderungen	-	30	27	-9.4%	27	27	28
319 Verschiedener Betriebsaufwand	-	0	0	60.0%	-37	-53	-80
33 Abschreibungen Verwaltungsvermögen	-	132	152	15.6%	187	249	228
330 Sachanlagen Verwaltungsvermögen	-	121	141	17.1%	177	239	219
339 Abtragung Bilanzfehlbetrag	-	11	11	-1.1%	11	10	10
34 Finanzaufwand	-	50	43	-14.2%	44	43	42
340 Zinsaufwand	-	50	42	-14.4%	44	43	42
341 Realisierte Kursverluste	-	-	-		-	-	-
342 Kapitalbeschaffungs- und Verwaltungskosten	-	1	1	-2.5%	0	0	0
343 Liegenschaftenaufwand Finanzvermögen	-	-	-		-	-	-
344 Wertberichtigungen Anlagen Finanzvermögen	-	-	-		-	-	-
349 Verschiedener Finanzaufwand	-	-	-		-	-	-
35 Einlagen in Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	38	28	-27.0%	159	25	30
350 Einlagen in Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	-	2	0	-100.0%	-	-	-
351 Einlagen in Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-	27	19	-30.5%	150	15	20

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
352 Einlagen in Rücklagen im Eigenkapital	-	0	0	-58.3%	0	0	0
353 Einlagen in Reserven im Eigenkapital	-	8	9	6.7%	9	10	10
36 Transferaufwand	-	2'142	2'279	6.4%	2'365	2'429	2'459
360 Ertragsanteile an Dritte	-	6	6	0.0%	6	6	6
361 Entschädigungen an Gemeinwesen	-	3	4	12.5%	4	4	4
362 Finanz- und Lastenausgleich	-	39	88	124.8%	93	100	66
363 Beiträge an Gemeinwesen und Dritte	-	2'080	2'160	3.8%	2'237	2'291	2'351
364 Wertberichtigungen Darlehen Verwaltungsvermögen	-	1	1	0.0%	1	1	1
365 Wertberichtigungen Beteiligungen Verwaltungsvermögen	-	-	-		-	-	-
366 Abschreibungen Investitionsbeiträge	-	13	20	62.6%	24	27	31
369 Verschiedener Transferaufwand	-	-	-		-	-	-
37 Durchlaufende Beiträge	-	257	293	13.9%	276	278	266
370 Durchlaufende Beiträge	-	257	293	13.9%	276	278	266
38 Ausserordentlicher Aufwand	-	-	-		-	-	-
380 Ausserordentlicher Personalaufwand	-	-	-		-	-	-
381 Ausserordentlicher Sach- und Betriebsaufwand	-	-	-		-	-	-
384 Ausserordentlicher Finanzaufwand	-	-	-		-	-	-
386 Ausserordentlicher Transferaufwand	-	-	-		-	-	-
389 Ausserordentliche Einlagen in das Eigenkapital	-	-	-		-	-	-
39 Interne Verrechnungen	-	258	222	-13.9%	252	232	231
399 Interne Verrechnungen	-	258	222	-13.9%	252	232	231
4 Ertrag Erfolgsrechnung	-	-4'908	-5'044	2.8%	-5'277	-5'240	-5'250
40 Fiskalertrag	-	-2'253	-2'300	2.1%	-2'348	-2'404	-2'475
400 Direkte Steuern natürliche Personen	-	-1'646	-1'646	0.0%	-1'660	-1'710	-1'766
401 Direkte Steuern juristische Personen	-	-389	-427	9.7%	-457	-460	-471
402 Übrige Direkte Steuern	-	-88	-93	6.3%	-93	-94	-94
403 Besitz- und Aufwandsteuern	-	-130	-134	2.5%	-137	-141	-144
41 Regalien und Konzessionen	-	-117	-118	0.7%	-283	-123	-123
410 Regalien	-	-2	-2	-1.6%	-2	-2	-2
411 Schweiz. Nationalbank	-	-51	-52	1.3%	-52	-52	-52
412 Konzessionen	-	-64	-64	0.1%	-229	-69	-69
413 Ertragsanteile an Lotterien, Sport-Toto, Wetten	-	-0	-0	37.0%	-0	-0	-0
42 Entgelte	-	-269	-266	-1.1%	-266	-271	-270
420 Ersatzabgaben	-	-7	-7	0.0%	-7	-7	-7
421 Gebühren für Amtshandlungen	-	-93	-95	1.4%	-94	-94	-93
422 Spital- und Heimtaxen, Kostgelder	-	-23	-18	-21.3%	-19	-23	-23
423 Schul- und Kursgelder	-	-3	-3	-7.0%	-3	-3	-3
424 Benützungsgebühren und Dienstleistungen	-	-27	-28	3.8%	-28	-28	-28

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
425 Erlöse aus Verkäufen	-	-39	-37	-4.8%	-37	-38	-38
426 Rückerstattungen	-	-42	-41	-2.9%	-41	-40	-40
427 Bussen	-	-34	-34	0.0%	-34	-34	-34
429 Übrige Entgelte	-	-0	-3	1'204.2%	-3	-3	-3
43 Verschiedene Erträge	-	0	-0	∞%	-18	-27	-40
430 Verschiedene betriebliche Erträge	-	-	-0		-0	-0	-0
439 Übriger Ertrag	-	0	0	0.0%	-18	-27	-40
44 Finanzertrag	-	-184	-192	4.6%	-192	-194	-196
440 Zinsertrag	-	-19	-9	-55.1%	-9	-10	-11
441 Realisierte Gewinne Finanzvermögen	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
442 Beteiligungsertrag Finanzvermögen	-	-	-0		-0	-0	-0
443 Liegenschaftenertrag Finanzvermögen	-	-3	-2	-7.3%	-2	-2	-2
444 Wertberichtigungen Anlagen Finanzvermögen	-	-0	-		-	-	-
445 Finanzertrag aus Darlehen und Beteiligungen des Verwaltungsvermögens	-	-7	-8	15.9%	-8	-7	-7
446 Finanzertrag von öffentlichen Unternehmungen	-	-137	-149	8.2%	-148	-149	-150
447 Liegenschaftenertrag Verwaltungsvermögen	-	-17	-24	37.7%	-24	-24	-24
45 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven	-	-99	-135	35.9%	-108	-148	-82
450 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im Fremdkapital	-	-3	-14	357.0%	-16	-18	-11
451 Entnahmen aus Spezialfinanzierungen im Eigenkapital	-	-27	-39	46.2%	-35	-91	-47
452 Entnahmen aus Rücklagen im Eigenkapital	-	-27	-2	-91.4%	-3	-4	-3
453 Entnahmen aus Reserven im Eigenkapital	-	-43	-80	86.0%	-54	-35	-21
46 Transferertrag	-	-1'470	-1'518	3.2%	-1'534	-1'563	-1'567
460 Ertragsanteile	-	-251	-262	4.5%	-269	-277	-285
461 Entschädigungen von Gemeinwesen	-	-86	-91	5.4%	-90	-90	-90
462 Finanz- und Lastenausgleich	-	-219	-243	10.8%	-235	-235	-211
463 Beiträge von Gemeinwesen und Dritten	-	-913	-921	0.9%	-940	-961	-982
469 Verschiedener Transferertrag	-	-	-		-	-	-
47 Durchlaufende Beiträge	-	-257	-293	13.9%	-276	-278	-266
470 Durchlaufende Beiträge	-	-257	-293	13.9%	-276	-278	-266
48 Ausserordentlicher Ertrag	-	-	-		-	-	-
480 Ausserordentlicher Steuerertrag	-	-	-		-	-	-
481 Ausserordentlicher Ertrag von Regalien, Konzessionen	-	-	-		-	-	-
482 Ausserordentliche Entgelte	-	-	-		-	-	-
484 Ausserordentlicher Finanzertrag	-	-	-		-	-	-
486 Ausserordentlicher Transferertrag	-	-	-		-	-	-
489 Ausserordentliche Entnahmen aus dem Eigenkapital	-	-	-		-	-	-

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
49 Interne Verrechnungen	-	-258	-222	-13.9%	-252	-232	-231
499 Interne Verrechnungen	-	-258	-222	-13.9%	-252	-232	-231

Investitionsrechnung

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
5 Aufwand Investitionsrechnung	-	266	276	4.0%	372	408	370
50 Sachanlagen	-	249	250	0.5%	340	373	332
500 Grundstücke	-	2	2	0.0%	2	2	2
501 Strassen / Verkehrswege	-	151	172	13.9%	229	275	233
502 Wasserbau	-	20	19	-4.3%	26	30	31
504 Gebäude	-	55	38	-30.8%	70	56	56
505 Wald	-	-	-		-	-	-
506 Mobilien / Informatik	-	22	20	-8.7%	13	9	10
51 Investitionen auf Rechnung Dritter	-	-	-		-	-	-
519 Investitionen auf Rechnung Dritter	-	-	-		-	-	-
56 Eigene Investitionsbeiträge	-	13	20	62.6%	24	27	31
560 Bund	-	0	0	0.0%	0	0	0
561 Kantone und Konkordate	-	0	2	371.1%	6	3	3
562 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-	2	3	75.9%	4	8	7
563 Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-		-	-	-
564 Öffentliche Unternehmungen	-	10	15	47.7%	13	16	21
565 Private Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
566 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-	-		-	-	-
567 Private Haushalte	-	0	0	13.3%	0	0	0
568 Ausland	-	-	-		-	-	-
57 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	4	6	35.5%	7	8	6
570 Bund	-	1	1	-42.4%	1	1	0
571 Kantone und Konkordate	-	-	-		-	-	-
572 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-	0	2	326.1%	3	4	3
573 Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-		-	-	-
574 Öffentliche Unternehmungen	-	2	3	21.3%	3	3	3
575 Private Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
576 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-	-		-	-	-
577 Private Haushalte	-	1	1	-9.1%	1	1	1
578 Ausland	-	-	-		-	-	-
58 Ausserordentliche Investitionen	-	-	-		-	-	-
580 Ausserordentliche Investitionen für Sachanlagen	-	-	-		-	-	-
586 Ausserordentliche Investitionsbeiträge	-	-	-		-	-	-
589 Übrige ausserordentliche Investitionen	-	-	-		-	-	-
59 Übertrag an Bilanz	-	-	-		-	-	-

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
6 Ertrag Investitionsrechnung	-	-87	-93	7.4%	-136	-121	-95
60 Übertragung von Sachanlagen in das Finanzvermögen	-	-8	-4	-46.9%	-3	-2	-2
600 Übertragung von Grundstücken	-	-5	-2	-55.6%	-2	-2	-2
604 Übertragung Gebäude	-	-4	-2	-35.7%	-1	-	-
605 Übertragung Wald	-	-	-		-	-	-
606 Übertragung Mobilien / Informatik	-	-	-		-	-	-
61 Rückerstattungen	-	-	-		-	-	-
619 Rückerstattungen	-	-	-		-	-	-
63 Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-	-74	-83	11.7%	-125	-111	-87
630 Bund	-	-24	-25	2.4%	-34	-31	-22
631 Kantone und Konkordate	-	-0	-2	424.4%	-8	-5	-3
632 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-	-47	-51	9.8%	-78	-72	-59
633 Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-		-	-	-
634 Öffentliche Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
635 Private Unternehmungen	-	-3	-5	47.3%	-5	-4	-3
636 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-	-		-	-	-
637 Private Haushalte	-	-	-		-	-	-
638 Ausland	-	-	-		-	-	-
66 Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
660 Bund	-	-	-		-	-	-
661 Kantone und Konkordate	-	-	-		-	-	-
662 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-	-	-		-	-	-
663 Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-		-	-	-
664 Öffentliche Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
665 Private Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
666 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-	-		-	-	-
667 Private Haushalte	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
668 Ausland	-	-	-		-	-	-
67 Durchlaufende Investitionsbeiträge	-	-4	-6	35.5%	-7	-8	-6
670 Bund	-	-4	-6	35.5%	-7	-8	-6
671 Kantone und Konkordate	-	-	-		-	-	-
672 Gemeinde und Gemeindezweckverbände	-	-	-		-	-	-
673 Öffentliche Sozialversicherungen	-	-	-		-	-	-
674 Öffentliche Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
675 Private Unternehmungen	-	-	-		-	-	-
676 Private Organisationen ohne Erwerbszweck	-	-	-		-	-	-
677 Private Haushalte	-	-	-		-	-	-
678 Ausland	-	-	-		-	-	-

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
68 Ausserordentlicher Investitionsertrag	-	-	-		-	-	-
680 Ausserordentlicher Investitionsertrag für Sacheinlagen	-	-	-		-	-	-
683 Ausserordentliche Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	-	-	-		-	-	-
689 Übriger ausserordentlicher Investitionsertrag	-	-	-		-	-	-
69 Übertrag an Bilanz	-	-	-		-	-	-
690 Aktivierung Nettoinvestitionen	-	-	-		-	-	-

V. Funktionale Gliederung der Finanzierungsrechnung

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtaufwand	-	4'993	5'129	2.7%	5'406	5'355	5'338
0 ALLGEMEINE VERWALTUNG	-	225	201	-10.4%	196	211	240
01 Legislative und Exekutive	-	10	9	-3.3%	9	9	9
02 Allgemeine Dienste	-	215	192	-10.8%	187	201	231
03 Beziehungen zum Ausland	-	-	-		-	-	-
08 F&E in allgemeine Verwaltung	-	-	-		-	-	-
1 ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT, VERTEIDIGUNG	-	435	429	-1.3%	445	437	423
11 Öffentliche Sicherheit	-	151	146	-3.3%	143	141	151
12 Rechtssprechung	-	124	118	-5.5%	117	114	114
13 Strafvollzug	-	85	91	7.1%	102	89	83
14 Allgemeines Rechtswesen	-	52	49	-4.7%	48	51	49
15 Feuerwehr	-	1	2	11.9%	1	1	1
16 Verteidigung	-	22	24	10.7%	34	42	26
18 F&E in Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-	-	-		-	-	-
2 BILDUNG	-	1'659	1'722	3.7%	1'727	1'750	1'777
21 Obligatorische Schule	-	875	900	2.9%	895	909	931
22 Sonderschulen	-	200	206	2.8%	211	215	217
23 Berufliche Grundbildung	-	141	142	1.0%	143	152	151
25 Allgemeinbildende Schulen	-	167	171	2.5%	178	166	164
26 Höhere Berufsbildung	-	36	36	0.7%	37	37	37
27 Hochschulen	-	206	232	12.7%	230	237	243
28 Forschung	-	7	7	0.0%	7	7	7
29 Übriges Bildungswesen	-	28	27	-2.3%	28	28	28
3 KULTUR, SPORT UND FREIZEIT, KIRCHE	-	61	64	6.5%	74	66	66
31 Kulturerbe	-	26	26	0.2%	30	26	25
32 Kultur, übrige	-	20	20	-0.4%	20	21	21
33 Medien	-	-	-		-	-	-
34 Sport und Freizeit	-	14	18	28.0%	24	20	20
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	-	0	0	-60.0%	0	0	0
38 F&E in Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-	-	-		-	-	-
4 GESUNDHEIT	-	628	633	0.8%	671	704	739
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-	602	606	0.7%	644	677	712
42 Ambulante Krankenpflege	-	0	1	64.1%	1	1	1
43 Gesundheitsprävention	-	19	20	4.6%	20	19	19
48 F&E in Gesundheit	-	-	-		-	-	-
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-	7	7	-0.6%	7	6	6
5 SOZIALE SICHERHEIT	-	848	873	2.9%	886	911	944
51 Krankheit und Unfall	-	284	297	4.8%	299	313	330
52 Invalidität	-	386	396	2.7%	408	420	434
53 Alter + Hinterlassene	-	1	1	0.0%	1	1	1
54 Familie und Jugend	-	6	6	2.0%	6	6	6
55 Arbeitslosigkeit	-	56	58	3.7%	57	57	58

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
56 Sozialer Wohnungsbau	-	-	-		-	-	-
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-	116	114	-1.4%	114	114	115
58 F&E in soziale Sicherheit	-	-	-		-	-	-
59 Soziale Wohlfahrt, n.a.g.	-	-	-		-	-	-
6 VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG	-	369	396	7.3%	466	512	480
61 Strassenverkehr	-	207	227	9.5%	287	330	290
62 Öffentlicher Verkehr	-	158	165	4.8%	176	179	186
63 Verkehr, übrige	-	4	3	-8.9%	3	3	3
64 Nachrichtenübermittlung	-	-	-		-	-	-
68 F&E in Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-	-	-		-	-	-
7 UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG	-	124	142	15.2%	138	119	95
71 Wasserversorgung	-	-	-		-	-	-
72 Abwasserbeseitigung	-	1	1	3.0%	1	1	1
73 Abfallwirtschaft	-	56	73	30.1%	61	35	16
74 Verbauungen	-	21	28	32.6%	37	45	42
75 Arten- und Landschaftsschutz	-	21	16	-23.4%	18	16	16
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-	2	2	-1.7%	2	2	2
77 Übriger Umweltschutz	-	8	8	1.4%	8	8	8
78 F&E in Umweltschutz	-	-	-		-	-	-
79 Raumordnung	-	13	13	-1.6%	12	12	10
8 VOLKSWIRTSCHAFT	-	228	230	0.7%	233	236	239
81 Landwirtschaft	-	174	174	0.1%	175	176	177
82 Forstwirtschaft	-	14	14	-1.5%	13	14	13
83 Jagd und Fischerei	-	3	3	6.1%	3	3	3
84 Tourismus	-	1	1	0.0%	1	1	1
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-	12	12	0.7%	14	15	16
86 Banken und Versicherungen	-	8	9	6.7%	9	10	10
87 Brennstoffe und Energie	-	16	17	6.3%	18	18	19
88 F&E in Volkswirtschaft	-	-	-		-	-	-
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-	-	-		-	-	-
9 FINANZEN UND STEUERN	-	416	439	5.5%	569	409	336
91 Steuern	-	22	20	-8.5%	20	20	20
92 Steuerabkommen	-	-	-		-	-	-
93 Finanz- und Lastenausgleich	-	42	94	122.6%	103	110	66
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	-	7	10	43.2%	10	10	10
95 Ertragsanteile, übrige	-	-	-		-	-	-
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-	41	33	-18.6%	34	33	32
97 Rückverteilungen	-	-	-		-	-	-
99 Nicht aufgeteilte Posten	-	304	281	-7.5%	402	237	208

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamtertrag	-	-4'995	-5'137	2.8%	-5'413	-5'362	-5'345
0 ALLGEMEINE VERWALTUNG	-	-43	-51	19.3%	-51	-51	-51
01 Legislative und Exekutive	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
02 Allgemeine Dienste	-	-42	-51	19.4%	-51	-51	-51
03 Beziehungen zum Ausland	-	-	-		-	-	-
08 F&E in allgemeine Verwaltung	-	-	-		-	-	-
1 ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT, VERTEIDIGUNG	-	-359	-365	1.6%	-369	-377	-377
11 Öffentliche Sicherheit	-	-187	-191	2.2%	-194	-198	-202
12 Rechtssprechung	-	-53	-53	0.3%	-54	-54	-54
13 Strafvollzug	-	-31	-31	-0.6%	-32	-37	-34
14 Allgemeines Rechtswesen	-	-70	-71	2.2%	-71	-69	-68
15 Feuerwehr	-	-1	-1	28.8%	-1	-1	-1
16 Verteidigung	-	-18	-18	0.6%	-18	-18	-18
18 F&E in Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-	-	-		-	-	-
2 BILDUNG	-	-316	-515	63.1%	-520	-530	-538
21 Obligatorische Schule	-	-186	-321	72.6%	-322	-330	-338
22 Sonderschulen	-	-7	-89	1'260.9%	-91	-93	-94
23 Berufliche Grundbildung	-	-77	-78	1.3%	-79	-80	-80
25 Allgemeinbildende Schulen	-	-20	-13	-32.9%	-13	-13	-12
26 Höhere Berufsbildung	-	-10	-10	-0.1%	-11	-10	-10
27 Hochschulen	-	-12	-		-	-	-
28 Forschung	-	-	-		-	-	-
29 Übriges Bildungswesen	-	-4	-4	-4.2%	-4	-4	-4
3 KULTUR, SPORT UND FREIZEIT, KIRCHE	-	-14	-19	33.9%	-25	-21	-21
31 Kulturerbe	-	-3	-4	11.4%	-4	-4	-4
32 Kultur, übrige	-	-0	-1	194.4%	-1	-1	-1
33 Medien	-	-	-		-	-	-
34 Sport und Freizeit	-	-11	-15	38.3%	-20	-16	-16
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
38 F&E in Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-	-	-		-	-	-
4 GESUNDHEIT	-	-248	-105	-57.7%	-110	-110	-110
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-	-243	-100	-58.8%	-105	-105	-105
42 Ambulante Krankenpflege	-	-	-		-	-	-
43 Gesundheitsprävention	-	-5	-5	0.0%	-5	-5	-5
48 F&E in Gesundheit	-	-	-		-	-	-
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-	-0	-0	-76.9%	-0	-0	-0
5 SOZIALE SICHERHEIT	-	-515	-429	-16.6%	-439	-450	-458
51 Krankheit und Unfall	-	-170	-175	2.9%	-181	-186	-192
52 Invalidität	-	-231	-144	-37.9%	-147	-151	-155
53 Alter + Hinterlassene	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
54 Familie und Jugend	-	-	-		-	-	-
55 Arbeitslosigkeit	-	-44	-45	1.6%	-45	-44	-44
56 Sozialer Wohnungsbau	-	-	-		-	-	-
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-	-69	-66	-5.1%	-66	-67	-67

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
58 F&E in soziale Sicherheit	-	-	-		-	-	-
59 Soziale Wohlfahrt, n.a.g.	-	-	-		-	-	-
6 VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG	-	-189	-197	4.1%	-236	-225	-206
61 Strassenverkehr	-	-127	-133	4.8%	-168	-156	-138
62 Öffentlicher Verkehr	-	-60	-62	2.3%	-66	-67	-66
63 Verkehr, übrige	-	-2	-3	7.7%	-3	-3	-3
64 Nachrichtenübermittlung	-	-	-		-	-	-
68 F&E in Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-	-	-		-	-	-
7 UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG	-	-43	-74	70.6%	-59	-60	-45
71 Wasserversorgung	-	-1	-1	0.7%	-1	-1	-1
72 Abwasserbeseitigung	-	-1	-1	1.6%	-1	-0	-0
73 Abfallwirtschaft	-	-17	-47	178.9%	-24	-24	-11
74 Verbauungen	-	-7	-13	87.4%	-19	-23	-21
75 Arten- und Landschaftsschutz	-	-11	-6	-47.7%	-7	-5	-5
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-	-1	-1	13.5%	-1	-1	-1
77 Übriger Umweltschutz	-	-	-		-	-	-
78 F&E in Umweltschutz	-	-	-		-	-	-
79 Raumordnung	-	-6	-6	-8.5%	-6	-5	-5
8 VOLKSWIRTSCHAFT	-	-411	-414	0.8%	-579	-422	-424
81 Landwirtschaft	-	-159	-159	0.4%	-160	-160	-161
82 Forstwirtschaft	-	-7	-6	-6.7%	-7	-7	-7
83 Jagd und Fischerei	-	-2	-2	15.1%	-2	-2	-2
84 Tourismus	-	-	-		-	-	-
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-	-4	-4	2.1%	-4	-4	-4
86 Banken und Versicherungen	-	-129	-131	1.3%	-132	-133	-135
87 Brennstoffe und Energie	-	-109	-111	1.9%	-275	-115	-115
88 F&E in Volkswirtschaft	-	-	-		-	-	-
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-	-	-		-	-	-
9 FINANZEN UND STEUERN	-	-2'856	-2'968	3.9%	-3'024	-3'115	-3'115
91 Steuern	-	-2'086	-2'129	2.0%	-2'173	-2'226	-2'293
92 Steuerabkommen	-	-	-		-	-	-
93 Finanz- und Lastenausgleich	-	-224	-278	24.2%	-262	-267	-223
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	-	-198	-210	6.0%	-216	-223	-231
95 Ertragsanteile, übrige	-	-2	-2	-17.1%	-2	-2	-2
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-	-13	-11	-19.0%	-11	-10	-11
97 Rückverteilungen	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
99 Nicht aufgeteilte Posten	-	-331	-338	1.9%	-360	-387	-355

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
Gesamttotal	-	-2	-8	294.7%	-6	-6	-7
0 ALLGEMEINE VERWALTUNG	-	182	150	-17.4%	145	159	189
01 Legislative und Exekutive	-	9	9	-3.5%	9	9	9
02 Allgemeine Dienste	-	173	141	-18.2%	136	150	180
03 Beziehungen zum Ausland	-	-	-		-	-	-
08 F&E in allgemeine Verwaltung	-	-	-		-	-	-
1 ÖFFENTLICHE ORDNUNG UND SICHERHEIT, VERTEIDIGUNG	-	75	64	-15.5%	77	60	46
11 Öffentliche Sicherheit	-	-36	-45	25.4%	-50	-57	-52
12 Rechtssprechung	-	71	64	-9.8%	64	60	60
13 Strafvollzug	-	54	60	11.6%	69	51	48
14 Allgemeines Rechtswesen	-	-18	-22	22.1%	-23	-19	-19
15 Feuerwehr	-	1	1	-1.3%	1	1	1
16 Verteidigung	-	4	6	62.7%	16	24	8
18 F&E in Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	-	-	-		-	-	-
2 BILDUNG	-	1'344	1'207	-10.2%	1'207	1'220	1'239
21 Obligatorische Schule	-	689	580	-15.9%	573	579	593
22 Sonderschulen	-	194	117	-39.5%	120	122	123
23 Berufliche Grundbildung	-	64	64	0.6%	63	72	71
25 Allgemeinbildende Schulen	-	148	158	7.1%	165	154	151
26 Höhere Berufsbildung	-	25	26	1.1%	26	27	27
27 Hochschulen	-	193	232	19.8%	230	237	243
28 Forschung	-	7	7	0.0%	7	7	7
29 Übriges Bildungswesen	-	24	23	-1.9%	24	23	24
3 KULTUR, SPORT UND FREIZEIT, KIRCHE	-	46	45	-1.9%	50	46	45
31 Kulturerbe	-	23	22	-1.5%	26	22	21
32 Kultur, übrige	-	20	20	-2.1%	20	20	20
33 Medien	-	-	-		-	-	-
34 Sport und Freizeit	-	4	3	-3.1%	3	4	4
35 Kirchen und religiöse Angelegenheiten	-	0	0	-66.7%	0	0	0
38 F&E in Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-	-	-		-	-	-
4 GESUNDHEIT	-	379	528	39.1%	561	594	629
41 Spitäler, Kranken- und Pflegeheime	-	358	506	41.1%	539	572	607
42 Ambulante Krankenpflege	-	0	1	64.1%	1	1	1
43 Gesundheitsprävention	-	14	15	6.3%	15	15	15
48 F&E in Gesundheit	-	-	-		-	-	-
49 Gesundheitswesen, n.a.g.	-	7	7	0.9%	7	6	6
5 SOZIALE SICHERHEIT	-	333	443	33.1%	447	462	486
51 Krankheit und Unfall	-	113	122	7.8%	118	126	138
52 Invalidität	-	154	252	63.7%	260	269	280
53 Alter + Hinterlassene	-	1	1	0.0%	1	1	1
54 Familie und Jugend	-	6	6	2.0%	6	6	6
55 Arbeitslosigkeit	-	11	13	12.0%	13	13	13
56 Sozialer Wohnungsbau	-	-	-		-	-	-
57 Sozialhilfe und Asylwesen	-	47	49	3.9%	48	46	48

in Mio. Fr.	JB 2012	Budget 2013	Budget 2014	%-Δ Vorjahr	Planjahre 2015	2016	2017
58 F&E in soziale Sicherheit	-	-	-		-	-	-
59 Soziale Wohlfahrt, n.a.g.	-	-	-		-	-	-
6 VERKEHR UND NACHRICHTENÜBERMITTLUNG	-	180	199	10.7%	230	286	274
61 Strassenverkehr	-	80	94	16.9%	119	173	152
62 Öffentlicher Verkehr	-	98	104	6.2%	110	112	121
63 Verkehr, übrige	-	1	1	-36.1%	1	1	1
64 Nachrichtenübermittlung	-	-	-		-	-	-
68 F&E in Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-	-	-		-	-	-
7 UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG	-	80	69	-14.7%	80	58	50
71 Wasserversorgung	-	-1	-1	0.7%	-1	-1	-1
72 Abwasserbeseitigung	-	0	0	2.6%	0	0	0
73 Abfallwirtschaft	-	40	27	-32.3%	36	11	5
74 Verbauungen	-	14	15	5.0%	17	22	21
75 Arten- und Landschaftsschutz	-	11	11	0.2%	11	10	10
76 Bekämpfung von Umweltverschmutzung	-	2	2	-7.7%	2	2	1
77 Übriger Umweltschutz	-	8	8	1.4%	8	8	8
78 F&E in Umweltschutz	-	-	-		-	-	-
79 Raumordnung	-	7	7	4.7%	7	7	5
8 VOLKSWIRTSCHAFT	-	-183	-184	0.9%	-347	-186	-185
81 Landwirtschaft	-	15	15	2.5%	15	16	16
82 Forstwirtschaft	-	7	7	3.5%	7	7	6
83 Jagd und Fischerei	-	1	1	-10.3%	1	1	1
84 Tourismus	-	1	1	0.0%	1	1	1
85 Industrie, Gewerbe, Handel	-	9	9	0.1%	10	11	12
86 Banken und Versicherungen	-	-121	-122	0.9%	-123	-124	-125
87 Brennstoffe und Energie	-	-94	-95	1.2%	-257	-97	-97
88 F&E in Volkswirtschaft	-	-	-		-	-	-
89 Sonstige gewerbliche Betriebe	-	-	-		-	-	-
9 FINANZEN UND STEUERN	-	-2'439	-2'529	3.7%	-2'455	-2'706	-2'779
91 Steuern	-	-2'064	-2'108	2.2%	-2'153	-2'205	-2'272
92 Steuerabkommen	-	-	-		-	-	-
93 Finanz- und Lastenausgleich	-	-181	-184	1.2%	-159	-157	-157
94 Ertragsanteile an Bundeseinnahmen	-	-191	-200	4.7%	-206	-213	-221
95 Ertragsanteile, übrige	-	-2	-2	-17.1%	-2	-2	-2
96 Vermögens- und Schuldenverwaltung	-	27	22	-18.4%	23	23	21
97 Rückverteilungen	-	-0	-0	0.0%	-0	-0	-0
99 Nicht aufgeteilte Posten	-	-27	-56	106.7%	42	-151	-147

VI. Spezialfinanzierungen, Rücklagen und Reserven

Spezialfinanzierungen

in Mio Fr.	Stand per 31.12.2012	Veränderungen* Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Stand per 31.12.2017
AB 240 Gemeindeaufsicht und Finanzausgleich							
Finanzausgleich	229.3	-4.7	-35.2	-27.5	-32.3	-12.2	117.4
AB 335 Sport							
Swisslos-Sportfonds	38.8	-3.0	-7.1	-12.8	-8.9	-8.9	-1.9
AB 410 Finanzen							
Sonderlasten	-975.3	-19.4	-3.6	144.8	9.8	15.3	-828.3
Swisslos-Fonds	53.2	2.4	-6.5	-3.4	-9.0	-2.5	34.3
AB 540 Militär und Bevölkerungsschutz							
Ersatzbeiträge Zivilschutz-Schutzraumbauten	1.0	4.9	5.0	4.9	4.9	4.9	25.6
AB 640 Verkehrsinfrastruktur							
Strassenrechnung	148.0	21.8	13.4	-7.3	-58.7	-34.3	82.8
Total Spezialfinanzierungen	**-505.0**	**2.0**	**-34.1**	**-98.7**	**-94.1**	**-37.7**	**-570.0**

*Anmerkung: (-) Entnahmen aus Spezialfinanzierungen (+) Einlagen in Spezialfinanzierungen

Rücklagen

in Mio Fr.	Stand per 31.12.2012	Veränderungen* Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Stand per 31.12.2017
AB 215 Verkehrszulassung							
Auflösung VIACAR-Rücklagen	5.8	-1.2	-1.5	-1.2	-1.2	-0.4	0.2
AB 225 Migration und Integration							
Integrationsbeitrag Bund	6.7	-2.4	-0.3	-0.3	-1.4	-1.2	1.3
AB 230 Arbeitssicherheit und arbeitsmarktliche Integration							
Gutschrift Bund aufgrund Leistungsanreizmodell	1.2	0	-0.1	-0.1	-0.1	-0.1	0.8
AB 325 Hochschulden							
Ausbildungsbeiträge	24.6	-24.1	0	0	0	0	0.5
AB 430 Immobilien							
Baulicher Unterhalt	0	0	0	0	0	0	0
AB 440 Landwirtschaft							
Darlehen Landwirtschaft	0.3	0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.6
AB 520 Gesundheitsschutz							
Alkoholzehntel	3.2	-0.2	-0.2	-0.1	0	0	2.7
Spielsuchtbekämpfung	0.5	0	0	0	0	0	0.5
AB 533 Verbraucherschutz							
Tierseuchenbekämpfung	1.3	0.5	0.2	0.2	0.2	0.2	2.4
AB 645 Wald, Jagd und Fischerei							
Waldrodung	3.1	0	-0.3	-0.6	-1.0	-0.6	0.7
Total Rücklagen	**46.6**	**-27.4**	**-2.1**	**-2.1**	**-3.5**	**-2.1**	**9.4**

*Anmerkung: (-) Entnahmen aus Rücklagen (+) Einlagen in Rücklagen

Reserven

in Mio Fr.	Stand per 31.12.2012	Veränderungen* Budget 2013	Budget 2014	Planjahre 2015	2016	2017	Stand per 31.12.2017
AB 410 Finanzen							
Ausgleichsreserve	232.9	-43.0	-80.0	-53.9	-35.0	-21.0	0
Reserve Abgeltung Staatsgarantie AKB	45.3	8.4	9.0	9.3	9.5	9.8	91.3
AB 535 Gesundheitsversorgung							
Übertragung Spitalliegenschaften SpiG §14, Abs.1b	379.1	-34.5	-34.5	-34.5	-34.5	-34.5	206.6
Total Reserven	**657.3**	**-69.1**	**-105.5**	**-79.1**	**-60.0**	**-45.7**	**298.0**

*Anmerkung: (-) Entnahmen aus Reserven (+) Einlagen in Reserven

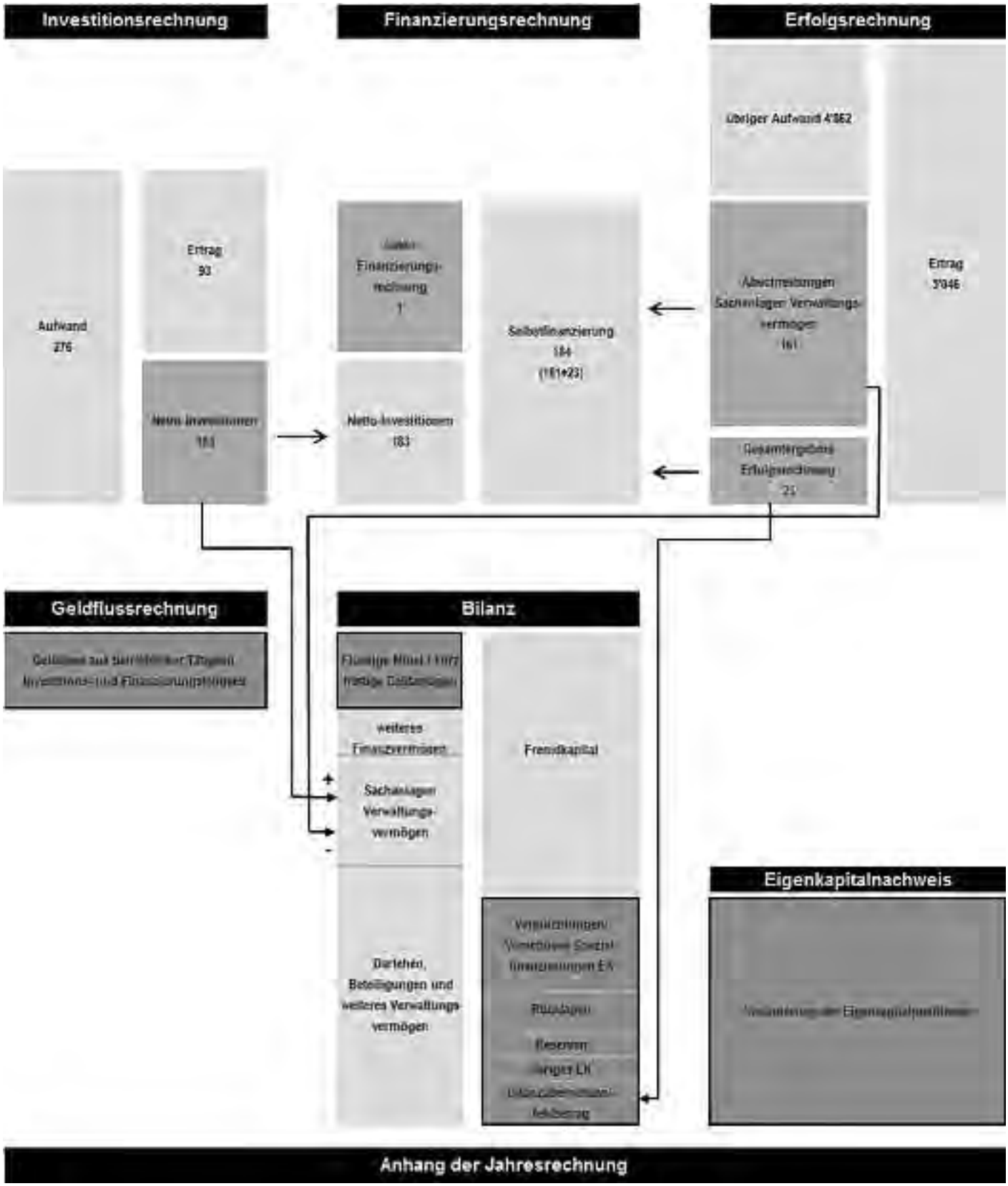
VII. Informationen und Erklärungen

Definitionen der Finanzkennzahlen

Bereinigter Aufwand (BA):	Gesamtaufwand abzüglich Abschreibungen Verwaltungsvermögen und Investitionsbeiträge, Wertberichtigungen, Einlagen in Spezialfinanzierungen und Reserven, Durchlaufende Beiträge sowie Verrechnungen (KG 30, 31, 34, 36, 38, 50, 51, 56, 58) - KG 318 - KG 344 - KG 364 - KG 365 - KG 366 - KG 389
Laufender Ertrag (LE):	Gesamtertrag der Erfolgsrechnung abzüglich Durchlaufende Beiträge, Entnahmen aus dem Eigenkapital und Verrechnungen (KG 40 bis 46) + KG 48 - KG 489
	Kennzahlen gemäss HRM 2
Nettoverschuldungsquotient*:	Nettoschulden x 100 : Fiskalertrag [(KG 14 - KG 144 - KG 145 - KG 29) : KG 40] x 100
Selbstfinanzierungsgrad:	Selbstfinanzierung x 100 : Nettoinvestitionen {(Saldo Erfolgsrechnung + KG 33 + KG 35 - KG 45 + KG 364 + KG 365 + KG 366 + KG 389 - KG 489) : [(KG 50 bis 58) - (KG 60 bis 68)]} x 100
Zinsbelastungsanteil:	Nettozinsaufwand x 100 : Laufender Ertrag [(KG 340 - KG 440) : LE] x 100
Investitionsanteil:	Bruttoinvestitionen x 100 : Gesamtausgaben [(KG 50 + KG 51 + KG 56 + KG 58) : BA] x 100
Kapitaldienstanteil:	Kapitaldienst x 100 : Laufender Ertrag [(KG 340 - KG 440 + KG 33 + KG 364 + KG 365 + KG 366) : LE] x 100
Nettoschuld pro Einwohner*:	Nettoschulden : Ständige Wohnbevölkerung (KG 14 - KG 144 - KG 145 - KG 29) : Ständige Wohnbevölkerung
	Kennzahlen im Verhältnis zum BIP Aargau
Staatsquote:	Bereinigter Aufwand in % des BIP Aargau (BA : BIP) x 100
Steuerquote:	Steuern auf Einkommen und Vermögen in % des BIP Aargau [KG 40 - KG 403 : BIP] x 100
Nettoverschuldungsquote*:	Nettoschulden in % des BIP Aargau [(KG 14 - KG 144 - KG 145 - KG 29) : BIP] x 100

Anmerkung: * Als Datenbasis dient die auf die neue Rechnungslegung umgeschriebene Bilanz per 31.12.2012. Massgebend für die Veränderung der Schulden in den Jahren 2013 – 2017 ist der Saldo der Finanzierungsrechnung.

Aargauer Rechnungsmodell



Glossar

Begriff	Erläuterung
Abschreibungen	Das Verwaltungsvermögen wird grundsätzlich linear über die Nutzungsdauer abgeschrieben. Grundstücke, Sachanlagen im Bau, Darlehen und Beteiligungen werden nicht abgeschrieben. Investitionen von Spezialfinanzierungen, Wasserbauten und Investitionsbeiträge werden direkt abgeschrieben.
Aufgabenbereich	Die staatlichen Aufgaben sind in Aufgabenbereichen zusammengefasst. Die Aufgabenbereiche sind in Leistungsgruppen unterteilt. Der Aufgabenbereich ist die Steuerungsebene des Grossen Rats.
Aufgaben- und Finanzplan	Auf vier Jahre angelegtes, rollendes Planungsinstrument, das auf den Aufgabenbereichen basiert. Der Aufgaben- und Finanzplan setzt sich aus den Aufgabenbereichsplänen zusammen. Ein Aufgabenbereichsplan umfasst das Budgetjahr und drei Planjahre mit den aufgabenseitigen und finanziellen Steuergrössen sowie weiteren Angaben.
Ausgleichsreserve	Die Ausgleichsreserve dient zum Ausgleich von Fehlbeträgen der Finanzierungsrechnung bei konjunkturellen Schwankungen. Über Äufnung und Auflösung entscheidet der Grosse Rat.
Budget	Der Grosse Rat beschliesst das Budget, das aus den aufgabenseitigen und finanziellen Steuergrössen im Budgetjahr besteht. Bei den finanziellen Steuergrössen beschliesst er jeweils den Saldo.
Budgetmittel	Die Budgetmittel bestehen aus dem pro Steuerungsgrösse und Aufgabenbereich vom Grossen Rat beschlossenen Saldo aus Aufwand und Ertrag.
Entwicklungsleitbild	Langfristiges, auf zehn Jahre angelegtes, politisches Planungsinstrument, in welchem der Regierungsrat zu Legislaturbeginn Entwicklungsszenarien, Ziele und Strategien des Kantons festlegt.
Entwicklungsschwerpunkt	Bildet die Innovation des Aufgabenbereichs ab, z.B. Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen. Er kann sich auf die im Entwicklungsleitbild, in anderen Grundsatzpapieren des Regierungsrates oder in einem Planungsbericht definierten Ausrichtungen und Strategien abstützen. Er ist in der Regel mehrjährig und kann auch über die Zeitperiode des AFP hinausgehen.
Erfolgsrechnung	Das Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung setzt sich zusammen aus dem operativen und dem ausserordentlichen Ergebnis. Der Aufwand und der Ertrag aus den Globalbudgets und den LUAE ergeben den Aufwand und den Ertrag der Erfolgsrechnung.
Finanzierungsrechnung	Die Finanzierungsrechnung stellt die Nettoinvestitionen der Selbstfinanzierung gegenüber. Die Selbstfinanzierung ergibt sich aus dem Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung und den Abschreibungen der Sachanlagen des Verwaltungsvermögens. Die Finanzierungsrechnung dient der finanzpolitischen Steuerung. Sie ist massgebend für die Schuldenbremse.
Funktionale Gliederung	Die funktionale Gliederung dient der vergleichenden Finanzstatistik. In der funktionalen Gliederung werden die Finanzströme einem Aufgabengebiet zugeordnet gemäss den Vorgaben des Handbuchs HRM2.
Globalbudget	Finanzielle Steuergrösse, die pro Aufgabenbereich auf Stufe Saldo durch den Grossen Rat beschlossen wird. Im Globalbudget werden sämtliche Aufwendungen und Erträge der Erfolgsrechnung abgewickelt, die nicht Teil des leistungsunabhängigen Aufwands und Ertrags sind.
Indikator	Indikatoren messen die verschiedenen Aspekte eines Ziels wie externe Faktoren, Leistungen und Wirkungen. Für jeden Indikator ist die Steuerbarkeit angegeben: direkt steuerbar, eingeschränkt steuerbar, nicht steuerbar.
Investitionsrechnung	Finanzielle Steuergrösse, die pro Aufgabenbereich auf Stufe Saldo durch den Grossen Rat beschlossen wird. Ein Vorhaben mit mehrjähriger betriebswirtschaftlicher Nutzungsdauer stellt eine Investition dar, wenn der Aufwand die Wesentlichkeitsgrenze von Fr. 250'000.– überschreitet. Dieser Aufwand und der damit zusammenhängende Ertrag wird in der Investitionsrechnung geführt. Der Investitionsaufwand und –ertrag werden in die Bilanz überführt und gemäss der entsprechenden Anlagekategorie über die Nutzungsdauer, direkt oder nicht abgeschrieben.
Jahresbericht mit Jahresrechnung	Jährlicher Bericht des Regierungsrats, des Büros des Grossen Rats und der Justizleitung an den Grossen Rat. Der Jahresbericht vergleicht das Budget und das effektive Rechnungsergebnis (Soll-Ist-Vergleich) mit Abweichungsanalysen und Korrekturmassnahmen.
Kontenplan	Detaillierter Kontenplan mit allen Einzelkonten für den Kanton Aargau (8 Stellen).
Kontorahmen	Klassifizierung nach Sachgruppen (2 Stellen), Kontengruppen (3 Stellen) und Konten (4 Stellen) gemäss HRM2 für Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung und Bilanz.
Leistungsgruppe	Steuerungsebene der Departemente. Die zuständigen Instanzen legen nach Massgabe der Aufgabenbereiche die Pläne und Berichte der Leistungsgruppen fest.
Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag	Finanzielle Steuergrösse, die pro Aufgabenbereich auf Stufe Saldo durch den Grossen Rat beschlossen wird. Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag (LUAE) fällt grundsätzlich unabhängig von den erbrachten Leistungen an. Er ist durch den Kanton nicht direkt steuerbar. LUAE dient in der Regel der allgemeinen Finanzierung des Staatshaushaltes oder anderer öffentlicher Gemeinwesen (z.B. Gemeinden). Bsp: Steuereinnahmen, Finanzaufwand und -ertrag, Finanzausgleich.
Management Informationssystem	Informatikgestütztes Analyse- und Berichtssystem, das die Steuerungsprozesse aller Steuerungsinstanzen unterstützt.
Nachtragskredit	Reichen die in einem Aufgabenbereich beschlossenen Budgetmittel des Globalbudgets oder der Investitionsrechnung zur Zielerreichung nicht aus, ist eine Anpassung der aufgabenseitigen Steuergrössen oder ein Nachtragskredit zu beantragten.

Begriff	Erläuterung
Planjahre	Der Grosse Rat genehmigt die aufgabenseitigen und finanziellen Steuergrössen der Planjahre. Er kann Änderungen vornehmen und für den nächsten Aufgaben- und Finanzplan eigene Vorstellungen formulieren. Die Planjahre gelten für den nächsten Aufgaben- und Finanzplan als Richtlinie.
Planungsbericht	Planungsinstrument, mit welchem der Regierungsrat dem Gossen Rat neue oder wesentlichen Veränderungen von kantonalen Aufgaben zur Genehmigung unterbreiteten kann.
Schuldenbremse	Ein Fehlbetrag der Finanzierungsrechnung ist ab dem übernächsten Jahr in Raten von mindestens 20 % abzutragen. Der Grosse Rat kann das Budget, das zu einem Fehlbetrag der Finanzierungsrechnung führt, nur mit absoluter Mehrheit aller Mitglieder beschliessen.
Spezialfinanzierung	In einer Spezialfinanzierung sind Mittel zur Erfüllung bestimmter öffentlicher Aufgaben zweckgebunden. Die Errichtung einer Spezialfinanzierung bedarf einer gesetzlichen Grundlage. Spezialfinanzierungen werden in getrennten Rechnungen geführt und in der Regel in den LUAE ausgewiesen. Ihr Saldo beträgt innerhalb der Erfolgsrechnung und der Finanzierungsrechnung immer null.
Steuergrösse	Die aufgabenseitigen Steuergrössen pro Steuerungsebene sind die Entwicklungsschwerpunkte und die Wirkungsziele bzw. Leistungsziele. Das Globalbudget, die LUAE und die Investitionsrechnung stellen die finanziellen Steuergrössen dar. Die finanziellen Steuergrössen werden als Nettoaufwand (Saldo aus Aufwand und Ertrag) beschlossen bzw. genehmigt.
Verpflichtungskredit	Mehrjährige finanzielle Verpflichtungen ab Fr. 250'000.– werden in einem Verpflichtungskredit geführt. Bei der Berechnung der Höhe des Verpflichtungskredits wird nur der Aufwand berücksichtigt (Bruttoprinzip). Einmaliger und wiederkehrender Aufwand eines Verpflichtungskredits werden beim Beschluss separat ausgewiesen. Verpflichtungskredit werden in den finanziellen Steuergrössen Globalbudget oder Investitionsrechnung geführt.
Ziel	Ziele bilden die Aufgaben eines Aufgabenbereichs ab. Sie werden mit Indikatoren gemessen. Diese zeigen an, welcher künftigen Zustand erreicht werden soll.
Zusatzkredit	Reicht ein bewilligter Verpflichtungskredit nicht aus, ist ein Zusatzkredit bei der zuständigen Instanz zu beantragen.

Abkürzungsverzeichnis

Abkürzung	Bezeichnung
AB	Aufgabenbereich
AFP	Aufgaben- und Finanzplan
DAF	Dekret über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen
EK	Eigenkapital
ER	Erfolgsrechnung
ES	Entwicklungsschwerpunkt
FK	Fremdkapital
GAF	Gesetz über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen
GB	Globalbudget
GFK	Gesetz über die Finanzkontrolle
GO	Geschäftsordnung
GOG	Gerichtsorganisationsgesetz
GVG	Geschäftsverkehrsgesetz
HRM2	Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell für die Kantone und Gemeinden, 2. Version (2008)
IR	Investitionsrechnung
JB	Jahresbericht
KG	Kontengruppe
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
KV	Kantonsverfassung
LG	Leistungsgruppe
LUAE	Leistungsunabhängiger Aufwand und Ertrag
MIS	Management-Informations-System
SAR	Aargauische Gesetzessammlung
SF	Spezialfinanzierung
SK	Sammelkonto
VAF	Verordnung über die wirkungsorientierte Steuerung von Aufgaben und Finanzen
VK	Verpflichtungskredit
VO Liegenschaften	Liegenschaftenverordnung
WOV	Wirkungsorientierte Verwaltungsführung
WOV-FIREL	Projekt 'Weiterentwicklung der Führungsinstrumente und Neugestaltung der Rechnungslegung'
ZK	Zusatzkredit

VIII. Übersicht Umschreibung der beschlossenen Globalkredite in Verpflichtungskredite

AB	Vorhaben	Globalkredit		Verpflichtungskredit		Steuer-grösse
		einmalig	wiederkehrend	einmalig	wiederkehrend	
Div.	Rechtsmedizinische Leistungen KSA		2'500'000		2'500'000	GB
Div.	Crime Stop, zusätzliche U-Haftplätze	3'200'000		3'200'000		GB
Div.	Crime Stop, zusätzliche Ausschaffungshaftplätze	3'250'000		3'250'000		GB
100	WOV-FIREL	2'870'000		2'870'000		GB
120	Hauptprojekt E-Voting Auslandschweiz	1'393'000		1'393'000		GB
120	Postdienstleistungen	2'150'000		2'150'000		GB
100	Umsetzung neues Vormundschaftsrecht	1'358'000		1'358'000		GB
100	Hightech Aargau	37'920'000		37'920'000		GB
210	POLYCOM-Revision-1	3'950'000		3'950'000		IR
210	Ersatzbeschaffung für das bestehende Polizeisystem im Bereich der Navigation, Ortung und Abfrage (NOA)	1'300'000		1'300'000		IR
210	Kantonale Notrufzentrale	3'300'000		3'300'000		IR
225	ELAR	4'698'000		4'698'000		IR
235	Amtliche Vermessung Zofingen	520'000		1'800'000		GB
235	Amtliche Vermessung Buchs, Los 2	1'100'000		1'100'000		GB
235	Amtliche Vermessung Reinach, Los 3	2'100'000		2'100'000		GB
235	Vermessungsvorhaben 1	22'000'000		34'000'000		GB
235	Vermessungsvorhaben 2	13'500'000		20'300'000		GB
235	Grunag	20'925'000		20'925'000		GB
240	Daten- und Registerharmonisierung	10'100'000		10'100'000		GB
245	NRP 2012-2015	3'298'000		3'298'000		GB
245	Internationales Standortmarketing	2'400'000		2'400'000		GB
250	Umsetzung CH StPO und JStPO	4'600'000		4'600'000		GB
250	Abbau altrechtliche und Grossverfahren	3'410'000		3'410'000		GB
310	Abschlusszertifikat	1'860'000		1'860'000		GB
310	Geleitete Schule	2'830'000		2'830'000		GB
310	Stärkung Volksschule Aargau	715'000		1'515'000		GB
310	Attraktivitätssteigerung Lehrerberuf	18'000	111'000	18'000	111'000	GB
310	Befristete Schulung in Kleingruppen	1'120'000		1'120'000		GB
310	Englisch Primarschule	16'700'000	8'700'000	16'700'000	8'700'000	GB
310	Französisch Primarschule	13'421'500		13'421'500		GB
310	Checks und Aufgabensammlung		2'100'000		2'100'000	GB
310	Früherkennung und Frühintervention	9'100'000		9'100'000		GB

AB	Vorhaben	Globalkredit		Verpflichtungskredit		Steuer-grösse
		einmalig	wiederkehrend	einmalig	wiederkehrend	
315	SHW Umsetzung NFA	1'160'000	75'000	1'160'000	75'000	GB
320	Case Management Berufsbildung	5'299'000		5'299'000		GB
320	Begabtenförderung Sekundarstufe II: MS	1'635'000		1'635'000		GB
320	Coaching Berufsbildung (COBE)		459'000		459'000	GB
320	Beiträge an überbetriebliche Kurse	3'736'800		3'736'800		GB
320	Beiträge an erfolgreiche Absolventen	2'608'000		2'608'000		GB
320	International Baccalaureate	1'836'600		1'836'600		GB
325	FHA Projekt Campus	1'300'000		1'300'000		GB
325	Technopark/Forschungsfonds LV 2010 - 13	4'200'000		4'200'000		GB
325	Technopark/Forschungsfonds LV 2014 - 17	3'200'000		3'200'000		GB
325	Zentrum für Demokratie		800'000		800'000	GB
325	FHNW, LV Beitrag 2012 - 2014	259'328'000		259'328'000		GB
340	MA Schloss Wildegg		500'000		965'000	GB
340	KA Nachbearbeitung Spillmannwiese	1'300'000		1'300'000		GB
340	KA Zusammenarbeit Assistenzprofessur Vindonissa	2'275'000		2'275'000		GB
340	KA Grabung Bäderquartier	1'813'000		1'813'000		GB
340	KA Bäderquartier 2. Etappe	4'960'000		4'960'000		GB
340	KA Fundarchiv, Aufarbeitung der Arbeitsrückstände	1'825'000		1'825'000		GB
340	KA Fehlmannmatte	2'700'000		2'700'000		GB
340	KA Zentrumsüberbauung	1'750'000		1'750'000		GB
340	KA Baden, Verenaäcker	1'380'000		1'380'000		GB
340	KA Wacht, Kaiseraugst	3'190'000		3'190'000		GB
340	KA Frick Gänsacker	1'460'000		1'460'000		GB
340	STA LAEDAG	4'520'000		4'520'000		IR
100	Informatik-Projekt RESAP	8'700'000		8'700'000		IR
420	PULSplus 2013	2'380'000		2'380'000		IR
425	Erneuerung Applikation VEST3/WEBE	4'000'000		4'000'000		IR
430	Aarau, Bahnhof, STWE, Innenausbau	18'800'000	230'000	18'800'000	230'000	GB/IR
430	Lenzburg, Neubau Zentralgefängnis	35'200'000	2'200'000	35'200'000	2'200'000	GB/IR
430	Aarburg, Jugendheim, Erweiterung Werkstattgebäude	960'300		1'160'300		IR
430	Schafisheim, StVA, Sanierung Verwaltungsgebäude	22'645'000		22'645'000		IR
430	Aarau, Kantonaler Führungsstab	3'300'000		3'300'000		IR
430	Aarau, Biometrische Ausweise	2'810'000	103'000	2'810'000	103'000	GB/IR

AB	Vorhaben	Globalkredit		Verpflichtungskredit		Steuer-grösse
		einmalig	wiederkehrend	einmalig	wiederkehrend	
430	Schafisheim, MEPO, NA Werkstatt	1'300'000		1'300'000		IR
430	Brugg/Zurzach, DVI, STPO	1'030'000	176'000	1'030'000	176'000	GB/IR
430	Jugendanwaltschaft, zusätzlicher Raumbedarf	3'620'000		3'620'000		IR
430	Baden, DVI, STPO	550'000	391'000	550'000	391'000	GB/IR
430	Aargau, DVI, STPO, Ziellösung	3'141'000	297'000	3'141'000	297'000	GB/IR
430	Lenzburg, JVA, Gesamtsanierung	40'800'000		40'800'000		IR
430	Zofingen, DVIGES, KESB und GB	4'752'000	63'000	5'502'400	63'000	GB/IR
430	Muri, DVIGES, KESB	2'527'000		2'527'000		IR
430	Wohlen, DVI, GB, Neuer Standort	1'154'000	98'000	1'154'000	98'000	GB/IR
430	Windisch, FHNW, Baufelder B+C	1'700'000		1'700'000		IR
430	Zofingen, SPD, Nutzungsanpassungen	680'000	41'000	680'000	41'000	GB/IR
430	Brugg, Zumietung im Steiger	384'000	375'000	384'000	375'000	GB/IR
430	Wettingen, Kantonsschule, neue Klassenzimmer	3'540'000	304'000	3'540'000	304'000	GB/IR
430	Schulraumbedarf Mittelschulen	12'850'000		12'850'000		IR
430	Überbrückung Schulraumbedarf Sportbereich	9'915'000		9'915'000		IR
430	Aarau, Raumbedarf Obergericht und IT AG	3'020'000	325'500	3'020'000	325'500	GB/IR
430	Aarau, Kaserne 1, Schadstoffsanierung	2'400'000		2'400'000		IR
430	Unterkulm, JB, STPO	455'500		455'500		GB
430	Unterkulm, JBBG, KESB	213'200	52'300	213'200	52'300	GB
430	Baden, JBBG, KESB	1'330'700	194'560	1'330'700	194'560	GB/IR
430	Brugg, JBBG, KESB	265'600	73'100	265'600	73'100	GBI/IR
430	Laufenburg, JBBG, KESB	131'400	33'900	131'400	33'900	GB/IR
430	Rheinfelden, JBBG, KESB	1'911'500	13'440	1'911'500	13'440	GB/IR
435	Umsetzung GeoIG und KGeoIG	4'852'000		4'852'000		IR
435	Exchange Erneuerung	1'752'000		1'752'000		IR
435	E-Government Plattform	8'925'000		8'925'000		IR
435	Daten- und Registerharmonisierung	637'000		637'000		IR
435	Umsetzung Telefonie-Strategie (KOMPLA)	10'700'000		10'700'000		IR
435	Neuer IT-Arbeitsplatz (NITA)	13'800'000		13'800'000		IR
440	Moderne Melioration Sins-Reussegg	1'765'000		1'765'000		IR
510	VK IIZ-MAMAC		112'500		112'500	GB
510	Massnahmen zur Schuldenprävention		230'000		230'000	GB
510	Einarbeitungszuschüsse		330'000		330'000	GB

AB	Vorhaben	Globalkredit		Verpflichtungskredit		Steuer-grösse
		einmalig	wiederkehrend	einmalig	wiederkehrend	
520	Impfdienst Lungenliga		250'000		250'000	GB
520	Aufbau und Führen eines Krebsregisters		685'000		685'000	GB
535	Krankenheim Zofingen, Anstossfinanzierung	1'200'000		1'200'000		GB
600/640	Umsetzung GeoIG BVU	1'445'000		1'445'000		GB
610/635	Agglo Siedlung und Verkehr	2'520'500		2'520'500		GB
610	Fachstelle Fahrende	2'052'000		2'052'000		GB
615	Förderprogramm Energie 2010/2011	11'400'000		15'200'000		GB
615	Förderprogramm Energie 2012/2013	9'400'000		14'000'000		GB
620	Fördermassnahme Schleppschlauch	1'200'000		1'200'000		GB
620	Ersatzbeschaffung Fahrzeug Ölwehr AG	3'300'000		3'300'000		IR
625	HWS Surb, Surbtal	4'930'000		12'420'000		IR
625	TAB Bünz, Wohlen / Dottikon / Möriken-Wildegg	2'016'000		8'260'000		IR
625	HRB Bünz, Wohlen	4'987'000		16'350'000		IR
625	Öffnung linker Arm, Klingnauer Stausee	2'440'000		2'440'000		IR
625	Renaturierung Bünz, Hendschiken	392'175		2'905'000		IR
625	ASP Renaturierung Chly Rhy, Rietheim	2'080'000		9'380'000		IR
625	Programm Natur 2020 - Etappe 11-15	9'870'000		16'450'000		IR
625	Auenschutzpark Aargau, 2. Etappe	23'000'000		23'000'000		IR
625	Wynental, HWS/Renaturierung	16'060'000		16'060'000		IR
625	Programm Längsvernetzung	4'129'000		6'352'000		IR
630	Investitionsbeiträge SMDK	282'000'000		282'000'000		GB
635	Bus, Busterminal Süd und Personenunterführung Mitte Brugg	2'073'000		2'073'000		IR
635	Tariferleichterungen Z-Pass	2'400'000		4'000'000		GB
635	WSB, Haltestelle Torfeld Süd	2'250'000		2'250'000		IR
635	S19 ins Untere Aaretal	11'500'000		11'500'000		IR
635	Limmattalbahn	8'900'000		8'900'000		IR
635	S-Bahn Aargau 2016 ff.	3'600'000		3'600'000		IR
635	WSB LV Infrastruktur 2013-2016	12'500'000		12'500'000		IR
635	BDWM LV Infrastruktur 2013-2016	7'640'000		7'640'000		IR
635	WSB Doppelspur Abschnitt Bachstrasse	3'800'000		3'800'000		IR
635	Umsetzung BehiG, 1. Tranche Privatbahnen	1'814'000		1'814'000		IR
635	Instandsetzung BDWM-Reussbrücke	4'230'000		4'230'000		IR

AB	Vorhaben	Globalkredit		Verpflichtungskredit		Steuer-grösse
		einmalig	wiederkehrend	einmalig	wiederkehrend	
635	Bahnhofplatz und Bushof Aarau	1'400'000		1'400'000		IR
635	Investitionsbeitrag Bahnhof Wettingen	1'700'000		1'700'000		IR
635	WSB Umbau Mittelperron Aarau	6'500'000		6'500'000		IR
635	BDWM, IV. Vereinbarung	6'297'900		6'297'900		IR
635	BDWM, VI./VII Vereinbarung	4'900'800		4'900'800		IR
635	BDWM VIII. Vereinbarung	5'721'000		5'721'000		IR
635	WSB, VII. Vereinbarung	9'245'775		9'245'775		IR
635	Sanierung Seetalbahn; bahntechnische Anlagen	2'570'000		2'570'000		IR
640	Boswil/Bünzen, NK359 Niveauübergang	19'637'000		22'980'000		IR
640	Sanierung Seetalbahn, 1. Etappe	8'889'640		8'889'640		IR
640	Sanierung Seetalbahn, 2. Etappe	30'589'300		30'589'300		IR
640	Sanierung Seetalbahn, 3. Etappe	16'969'300		16'969'300		IR
640	Zofingen IO K233 Unterführung SBB	5'539'000		13'294'000		IR
640	Zofingen Mühlethal K315 Ausbau	5'890'000		7'670'000		IR
635/640	Baden IO, K115,268 Schulhausplatz	47'358'000		94'700'000		IR
640	Brugg/Windisch; Südwestumfahrung Brugg	36'920'000		46'450'000		IR
640	Mellingen NK268 Umfahrung	29'336'000		36'516'000		IR
640	Stetten, B-052 Brücke Gnadenthal	12'690'000		13'190'000		IR
640	Baden IO, K268 Schadenmühle	8'140'000		20'350'000		IR
640	Rekingen / Mellikon AO, H7/K131 Ausbau	6'700'000		6'700'000		IR
640	Aarau AO K110/244 Anschluss Rohr	8'448'000		10'033'000		IR
640	Lenzburg, A1 Zubringer	72'513'000		75'350'000		IR
640	Wiggertalstrasse, NK204 neu	15'343'000		32'920'000		IR
635/640	Verkehrsmanagement Baden Regio	25'200'000		39'680'000		IR
640	Künten / Eggenwil IO/AO, K271 OV	9'257'000		9'917'000		IR
640	Baden, K117 B-218e Schlossbergtunnel	5'500'000		5'500'000		IR
640	Koblenz IO, K113/131 Ausbau Grenzübergang	5'770'000		6'400'000		IR
640	Sins, NK124 Südwestumfahrung	78'592'000		88'392'000		IR
640	Bad Zurzach, Ostumfahrung	48'825'000		58'825'000		IR
640	Aristau-Merenschwand, K261 OVA	9'061'000		9'061'000		IR
640	Birmenstorf IO; K272/K418 Knoten Chrüz	5'050'000		6'750'000		IR
645	Naturschutzprogramm Wald, 3. Etappe	7'500'000		9'460'000		GB
645	Naturschutzprogramm Wald, 4. Etappe	9'700'000		11'400'000		GB

AB	Vorhaben	Globalkredit		Verpflichtungskredit		Steuer-grösse
		einmalig	wiederkehrend	einmalig	wiederkehrend	
710	JB: Informatik, Ablösung AGVE	114'800		114'800		IR
710	Pendenzenabbau VersGericht / Verw.Gericht	890'000		890'000		GB
710	JB: Informatik, AGVE	369'000		369'000		IR
710	JB: Informatik, JEE (Juris 2010)	300'000		300'000		IR
710	Informatik GOG-Revision	1'163'700		1'163'700		IR
710	Zentrale Server-Infrastruktur (IT AG)	750'000	100'000	750'000	100'000	GB/IR
710	Betreibungssoftware	150'000		150'000		IR
710	Informatik KESR	6'685'000		6'685'000		IR

Anmerkung: In der Übersicht sind nur in Verpflichtungskredite umgeschriebene Globalkredite aufgeführt, die vom Grossen Rat beschlossen wurden; Steuergrösse: GB = Globalbudget; IR = Investitionsrechnung